



DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER, RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND
ENGLISCHER SPRACHE.

Die Zeitschrift wird redigiert von G. Sinowjew und erscheint unter nächster Teilnahme von Bucharin, Kamenew, Lenin, Lunatscharski, Pokrowski, Rakowski, Rjasanow, Trotzki (Rußland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Kilbom, Nerman, Ström (Schweden), Friis, Grepp, Tranmael (Norwegen), Ravesteijn, Roland-Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Steinhardt, Strasser, Tomann (Oesterreich), M. Albert, Levi, Pieck, Radek, Thalheimer, K. Zetkin (Deutschland), Mac Laine, Pankhurst, Quelch, Rotstein (England), Cachin, Delinières, Guilbeaux, Lorient, Monatte, Péricat, Sadoul, Souvarine (Frankreich), Balabanoff, Bombacci, Bordiga (Italien), Herzog, Humbert-Droz, Münzenberg, Platten (Schweiz), Alpari, Bela Kun, Rudas, Rudnyanzky (Ungarn), Marchlewsky Polen, Blagojew, Kabaktschijew, Kolarow (Bulgarien), John Reed, Jim Larkin (Amerika) u. a.

No 15

ZWEITER JAHRGANG

VERLAG: PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62. TEL. 1-19
REDAKTION: PETROGRAD, SMOLNY, KAB. G. SINOWJEW

*Verlag der
Kommunistischen Internationale.*

*In Kommission:
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf.
Louis Capnbley, Hamburg 11*

Hergestellt bei Konrad Hanf, Hamburg 8

1921

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Karl Liebknecht. Aufsätze aus dem Gefängnis	1
K. Radek. Die Fragen der Weltrevolution in der Beleuchtung des internationalen Menschewismus	26
G. Sinowjew. Menschewismus, Kommunismus und die Welt- revolution	54
N. Bucharin. Ueber die Offensivtaktik	67
D. Manulski. Ueber die Verhandlungen in Riga	72
H. Barbusse. Die Pflicht des Sozialisten	78
N. Len'n. Falsche Reden über die Freiheit	85
M. Pawlowitsch. Im Lande der gelben Internationale	102
M. Zchakaja. Georgien und Armenien, die Entente und Sow- jetrußland	112
G. Ssafarow. Der Orient und die Revolution	127
Aufrufe des Kongresses der Ostvölker:	
Aufruf an die Ostvölker	141
Aufruf an die Arbeiter Europas, Amerikas und Japans	152
E. Varga. Die politische und soziale Lage des englischen Weltreichs	159
J. Sadoul. Die Verbannung der Fürsten	183
W. Kolarow. Die Oktoberrevolution	210
Hulla. Die Spaltung in der tschechoslowakischen Sozial- demokratie	213
Ein finnischer Kommunist. Die Lage in Finnland	241
J. Herzog. Die revolutionäre Bewegung in der Schweiz	255

	Seite
W. Newsky. Die Arbeit der Kommunistischen Partei auf dem Lande	265
N. Krupskaja. Die Hauptstelle für politische Aufklärung . . .	278
N. Podwojsky. Die allgemeine militärische Ausbildung	284

**Der Internationale Rat der Roten
Gewerkschaften.**

A. Losowsky. Amsterdam, Moskau, London	298
G. Dmitroff. Die gewerkschaftliche Bewegung in Bulgarien .	324
Die Lage der Arbeiterklasse in Estland. — Resolutionen des Zentralrates der Gewerkschaften in Reval vom 7. September 1920	332
W. Jarozki. Der internationale Gewerkschaftsrat	335

**Dokumente der Internationalen
Kommunistischen Bewegung.**

Programm-Manifest des provisorischen Ausschusses der Kommunistischen Fraktion der Italienischen Sozialistischen Partei	346
An das Proletariat von Europa und Amerika. Aufruf der Kommunistischen Partei Ungarns	353
Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Finnlands . . .	358
Resolution des II. Kongresses der Kommunistischen Partei Bulgariens	369
Die Kommunistische Partei Südslawiens. Resolution des II. Kongresses	377
Entwurf der Resolution der Französischen Sozialistischen Partei über den Beitritt zur III. Internationale	385

**Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.**

Sitzungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.	
Sitzung vom 3. November.	400
Sitzung vom 11. November.	406
Sitzung vom 24. November.	410
Sitzung vom 28. November	418

	Seite
Aufrufe und Briefe.	
An alle Kommunistischen Parteien.	418
Die amerikanische Revolution. Aufruf an die Arbeiterklasse Nord- und Südamerikas.	420
An alle Mitglieder der Italienischen Sozialistischen Partei . .	439
An die Schweizer Linke	445
An alle Mitglieder der Linken U. S. P. D., der K. P. D. und der K. A. P. D.	448
An alle Arbeiter Luxemburgs	452
An den Weltkongreß der gelben Gewerkschaftsführer in London	457
An die Spanische Sozialistische Partei	463

**Die Sektionen
der Kommunistischen Internationale.**

Bericht der Kommunistischen Partei Bulgariens	466
Bericht über die Tätigkeit der Vereinigten Kommunistischen Partei Americas	474
Die Stellung der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Abbruch der bewaffneten Kämpfe im Rheinisch-West- fälischen Industriegebiet	481

**Helden und Märtyrer der proletarischen
Revolution.**

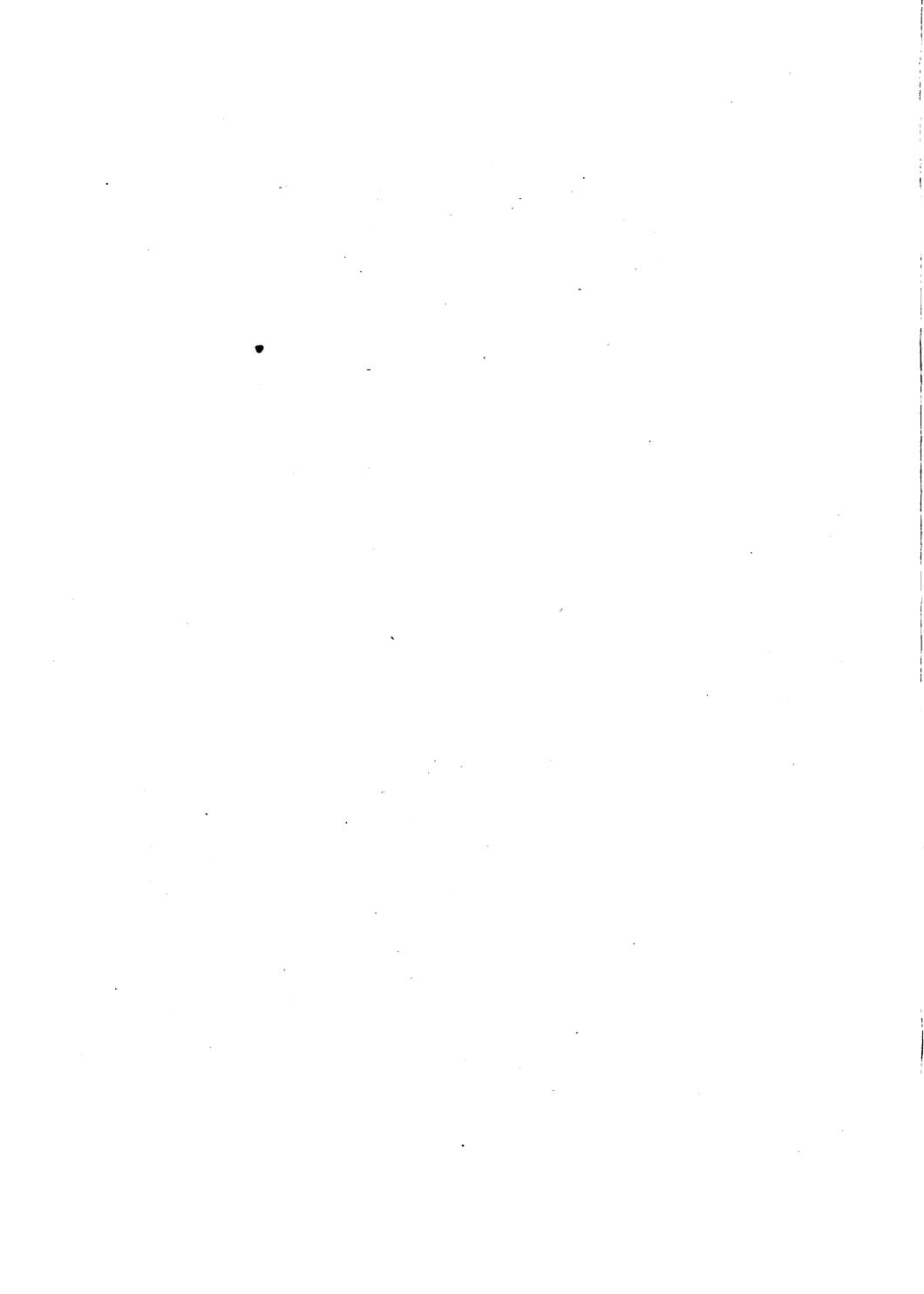
Raymond Lefèvre	524
Ines Armand	528

**Internationale Kommunistische
Frauenbewegung.**

Richtlinien für die Kommunistische Frauenbewegung . . .	530
---	-----

Illustrationen:

Raymond Lefèvre, Ines Armand.





Karl Liebknecht.

Das Manuskript der hier folgenden Aufsätze Karl Liebknechts, die noch nirgends erschienen sind, wurde mir in Berlin von der Gattin des Verstorbenen, Sophie Liebknecht, eingehändigt. G. Sinowjew.

Aufsätze aus dem Gefängnis.

Alle diese kleinen Aufsätze sind im Zuchthaus (1917-1918) geschrieben. Fast ohne Zeitungsmaterial — nur an Hand einer Tageszeitung. Die Zeitung wurde Liebknecht Ende der Woche gegeben — nachdem man sie durchgesehen hatte; er las sie Sonntags, weil die Zwangsarbeit während der Woche kaum eine Viertelstunde Zeit ließ. Wir bringen hier nur einen Teil der Aufsätze, die übrigen werden wir später folgen lassen.

Die Aufgabe der deutschen Arbeiter nach dem Kriege. (1917).

Beim Versagen des Proletariats, beim Ausbleiben der sozialen Revolution gegen den Krieg, bei deutschem Sieg vor allem, würde der ganze Krieg „umsonst“ geführt, würden die ganzen Opfer „umsonst“ gebracht sein — so hört man oft.

Ja, wenn das nur wäre! Wenn das internationale Proletariat seine Arbeit, seinen Kampf nach dem Kriege in der Machtstellung und in dem Punkt wieder aufnehmen und fortsetzen könnte, in denen es sich bei Kriegsausbruch befand!

Aber es ist in allen kriegführenden Ländern grauenhaft geschwächt — physisch und moralisch; die besitzenden Klassen der siegreichen Länder sind gewaltig gestärkt — politisch und wirtschaftlich. Die meisten Führer und ein großer Teil der arbeitenden Massen in den siegreichen Ländern bis ins Mark korrumpiert, betäubt, desorientiert oder entmutigt; in den besiegten Ländern bis zur Raserei chauvinisiert oder verzweifelt. Das Proletariat aktionsunfähiger, die besitzenden Klassen selbstbewußter und zielklarer als je. Die internationale Solidarität gewaltig gehemmt — die Völkerverhetzung gewaltig erleichtert, ja zum chronischen Zustand erhoben. Der Imperialismus triumphierend, der Sozialismus diskreditiert — selbst die Kommune von 1871 rückwirkend . . . Ein Riesendefizit, nicht eine Null ist das Kriegsergebnis für das revolutionäre Proletariat!

Aus dem deutsch-französischen Kriege, aus allen Kriegen seitdem ging der Sozialismus rein und neu geheiligt, neu gestählt hervor — aus dem Weltkriege als ein Trümmerhaufen. Ein Trümmerhaufen seiner Organisationen — am meisten dort, wo sie sich äußerlich durch Unterwerfung unter die herrschenden Gewalten am besten erhalten haben, d. h. als Ganzes den Todfeinden des Proletariats in die Hand gespielt sind.

Die Arbeiterbewegung bis hinter das Jahr 1870 zurückgeworfen: Das ist das Fazit.

In jedem einzelnen Lande und in der Internationale muß von vorn angefangen werden — in der Aufklärungsarbeit, in der Organisation, in der Schulung zum Klassenkampf, in der Erziehung zur internationalen Solidarität.

Die Schöpfung einer aktionsfähigen internationalen Massenorganisation und -bewegung des Proletariats, diese grundlegende Aufgabe, hat von neuem zu beginnen; unter schwierigeren Bedingungen als je. Alle Hände ans Werk! Arbeiten — nicht verzweifeln!

Auch nach dem Kriege wird, wie während des Krieges, ja, in noch höherem Maße oder doch offensichtlicher — Deutschland der Schlüssel- und Angelpunkt der internationalen Lage sein; besonders für die revolutionäre Entwicklung. Die Pflicht des deutschen Proletariats ist höchste Aktivität — umso mehr, je mehr es während des Krieges versagt hat. So wird es seine historische Schuld zu büßen haben, nur so seine Schuld sühnen können. Vor den künftigen Geschlechtern aber wird der deutsche Arbeiter verflucht und verworfen sein, der diese Pflicht nicht erkennt und erfüllt.

Im einzelnen wird unsere Aufgabe sein:

1. Unter Zugrundelegung der nach dem Kriege vorhandenen

staatlichen Gestaltungen und ihren wirtschaftlichen, sozialen, politischen und historischen Bedingungen in jedem Lande die Anhänger zu sammeln, zu ordnen, im Geiste des revolutionären Internationalismus zu schulen, und in diesem Geiste mit aller Kraft und den wirksamsten Mitteln (ohne Rücksicht auf Gesetzmäßigkeit? natürlich!) Massenagitation und -organisation zu betreiben.

2. Vom Boden der nach dem Kriege vorhandenen staatlichen Gebilde, imperialistischen Komplexe, kapitalistischen Weltbeziehungen ausgehend, die proletarische Internationale als Zusammenfassung der vom Geiste des revolutionären Internationalismus erfüllten Proletarier aller einzelnen Länder, als den Träger des internationalen Klassenkampfes, wiederherzustellen.

3. Die nach dem Kriege vorhandenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Massenerregungen für Organisation und Kampf in allen Ländern auszunutzen.

4. Die nach dem Kriege vorhandenen nationalen Gegensätze durch Umschmelzung möglichst auch in den Dienst des internationalen Klassenkampfes zu stellen, oder doch für diesen Kampf möglichst unschädlich zu machen.

5. Den internationalen Klassenkampf in allen Ländern auf allen Gebieten mit aller Schärfe zu führen; dabei die spezielle antimilitaristische Arbeit (Agitation und Organisation!) in den militärischen und nichtmilitärischen Massen mit besonderem Eifer zu betreiben.

6. Bei alledem den Hauptnachdruck auf Deutschland zu legen: Die deutschen Massen müssen vor allem gewonnen und vorangetrieben werden.

7. Nach den Bedürfnissen, wie sie durch die Aufgaben zu 1—6 diktiert werden, die verräterischen, unzuverlässigen, falsch orientierten und schwächlichen (nicht aktionsfähigen) Strömungen im Proletariat zu bekämpfen.

Fluch der Halbheit.

(September 1917).

Der Fluch aller Halbheit, aller Unentschlossenheit ist der erste, älteste der politischen Flüche — trotz Kain und Abel.

Nur eine Ganzheit, keine Halbheit, kein achseltragender Kerenski, nur eine Diktatur des Arbeiter- und Soldatenrats, eine Diktatur des Proletariats kann die russische Revolution für die Massen retten; retten vor dem — noch immer — lauerten Zarismus, retten vor den Hohenzollern und Habsburgern, retten vor dem russischen Imperialismus und vor dem Imperialismus der Entente.

Nur eine Diktatur des Proletariats und der zu ihm stehenden Massen in Stadt und Land, die die Verteidigung dieser — ihrer Republik, dieses ihres revolutionären Rußlands gegen die erobernden Sk'avenhorden der Mittelmächte und ihrer Tamerlane entschieden proklamieren und in diesem revolutionären Geiste den Krieg — ihre Macht auch gegen den Ententeimperialismus ühend — fortführen; nur in diesem Sinne. Bisher fehlte dazu die Kraft — wenigstens die Kraft des Entschlusses. Im Juli (!) noch lehnte Tscheidse die Übernahme der vollen Regierungsgewalt durch den Arbeiter- und Soldatenrat ab. Heute brennt das Feuer unter den Nägeln, daß sich das russische Proletariat anders entscheide und in kühnem Selbstvertrauen das Steuer in die Hand nehme.

Taktisches zum Prinzip.

Unsere Stellung zum Krieg ist durchaus international: in der politischen, sozialen, wirtschaftlichen Orientierung des Urteils; in der Aktion und ihren Mitteln; im Ziel.

Auch die Landesverteidigung ist für uns eine Sache des revolutionären Klassenkampfes der Arbeiterklasse in jedem einzelnen Lande und des Zusammenwirkens der Arbeiterklasse aller Länder unter der Losung: Proletarischer Klassenkampf gegen imperialistischen Krieg; internationaler Klassenkampf gegen Staatenkrieg.

Das Ziel unseres Krieges gegen den Krieg ist international; international ist das Maß, nach dem wir die möglichen Kriegsergebnisse abwägen: der internationale Gesamteffekt für das Weltproletariat ist's. nach dem wir fragen, den wir so günstig wie möglich zu gestalten suchen.

Internationaler Klassenkampf gegen den imperialistischen Krieg — das bedeutet kein plummes, starres, in jedem Lande isoliert für sich und in stiermäßigem Drauflosrennen zu befolgendes Schema, sondern einen lebendigen organischen Prozeß, einen einheitlich zusammenhängenden Prozeß in der ganzen Welt des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Über diese ganze Welt erstreckt sich unsere Beobachtung und Beurteilung jenes Prozesses und seiner Entwicklung. In der Gesamtheit aller Länder und in jedem einzelnen Lande richten wir unser Verhalten nach dieser internationalen Beurteilung ein, um den höchstmöglichen Gesamteffekt, die Stärkung der revolutionären Macht des Proletariats — als einer Einheit — zu erzielen. Die ungeheuren gesellschaftlichen Gärungen des Weltkrieges gilt es jeweils im rechten Augenblick und am rechten Orte durch das Eingreifen der proletarischen Massen im international-sozialistischen Sinne zu beeinflussen. Je

nach den revolutionären Aussichten und Möglichkeiten im einen und anderen Lande und zu den verschiedenen Zeiten gilt es schärfer oder vorsichtiger zuzufassen, rücksichtsloser oder zurückhaltender zu arbeiten. Jederzeit ist die höchsterreichbare internationale Wechselwirkung im revolutionär-sozialistischen Sinne anzustreben, jeweils die Wirkung der politischen Haltung nicht nur im eignen einzelnen Lande, sondern in allen Ländern zu beachten und zu berechnen. An den Angel- und Schlüsselpunkten der Lage ist die größte Energie einzusetzen. So war von vornherein im Weltkriege und noch heute die Höchstspannung der proletarisch-revolutionären Kräfte zum Kampf gegen Krieg und Regierung in Deutschland mehr als in allen anderen Ländern Pflicht, oberste, heiligste Pflicht. Hier ruhte und hier ruht die Hauptverantwortung für jeden Schaden, der im Weltkriege das internationale Proletariat, den Sozialismus trifft. Darum ist die historische Schuld der deutschen „Mehrheit“ so riesengroß; darum verdient die Schande ihrer Koalition mit der Regierung der Hohenzollern das härteste Urteil vor der Geschichte, ein unvergleichlich härteres Urteil als der Regierungssozialismus irgend eines anderen Landes.

Gelänge es den Mittelmächten heute, in der jetzigen militärischen Situation den Krieg zu beenden, so wäre dies ein Verhängnis für das deutsche Volk, eine Heimsuchung für die Welt, ein Quell dauernder Unruhe, die Sicherheit eines baldigen neuen Krieges. Ein Sieg der Mittelmächte im jetzigen Zustand der russischen Machtlosigkeit wäre ein Sieg des Imperialismus, der politischen Unterdrückung, der sozialen Vergewaltigung auf der ganzen Linie, ein Sieg der konterrevolutionären Mächte mit Hilfe der russischen Revolution, mit Hilfe des russischen Proletariats; wäre damit der furchtbarste Schlag auch für das Prestige des Sozialismus, die schwerste Diskreditierung des proletarischen Emanzipationskampfes überhaupt.

Schufferei und Ko.

(Ende März 1918).

Erzberger hat am 27. Februar 1918 den Regierungssozialisten das wohlverdiente Zeugnis ausgestellt, daß sie es gewesen sind, „die im Interesse der nationalen Zusammenarbeit die größten parteipolitischen Opfer gebracht haben“. In der Tat: wie tief noch unter den 4. August 1914 sie heute gesunken sind, läßt sich am Unterscheid in der Begründung ihrer ersten und ihrer letzten Kreditbewilligung wie an einer Skala ablesen. Damals die „Vaterlandsverteidigung“; im März 1918: „die Verweigerung der Kriegskredite würde zur Allmacht des Militärs führen.“

Dem Militär hundert Milliarden bewilligt, um — die Allmacht des Militärs zu verhindern, die freilich auch ohne diese Kredite festgefügt dasteht. Für hundert Milliarden reale Macht dem Militär gegeben, um einen Platz in der Reichsbedientenstube!

Freilich ist dieses Sinken in Wirklichkeit nur scheinbar. Schon die erste Bewilligung war im Kern nichts anderes als ein Ausdruck des Bedürfnisses nach einer Regierungsbedientenstellung. Nur war dieses Bedürfnis damals geschickter maskiert. Nur ist die Schamlosigkeit der Kreditbewilligung gestiegen — und das ist gut so.

Tonne für den Walfisch.

Der taktische Sinn des Kühlmann-Spiels der Scheidemänner ist klar: Nach außen „Friedensoffensive“. Vor allem aber nach innen: Die Massen in kritischer Zeit wieder einmal durch eine Kampfes- und Siegesfarce zu unterhalten, abzulenken, zu beruhigen. Kurz: Dutzendste Variation des alten Bethmann-Spiels. Natürlich haben auch die herrschenden Klassen heftige Gegensätze untereinander, die auch bei solchen Gelegenheiten und recht ernst ausgefochten werden. Aber im Verhältnis zum Proletariat reduzieren sich diese Gegensätze und Kämpfe auf das oft erörterte Spiel mit verteilten Rollen, das auch eine besondere Detaileigentümlichkeit der dialektischen Entwicklungsform darstellt. Natürlich sind die Kühlmannschen Entgleisungen, so tief sie blicken lassen, auch der Regierungs- usw. Mehrheit scheußlich fatal — oder sollten sie so weit sein, den Acheron selbst bewegen zu wollen, um Schluß machen zu müssen? Das ist nur wenig glaubhaft, darf uns taktisch keinesfalls bestimmen.

Einige Bemerkungen zu: „Unsere Aufgaben“. (Anfang April 1918.)

1. Jugend! Jugend! Jetzt und in Zukunft nicht alles tun, die Jugend für uns, für die Internationale zu gewinnen, sie unlöslich in sie hineinzuschmelzen, wäre ein verhängnisvoller Fehler, der die Zukunft unserer Bewegung in Frage stellen kann. Die Jugend den Regierungssozialisten und ihrem korrumpierenden, verrrottenden Einfluß überlassen, wäre schlimmer als der Verlust der parlamentarischen Mandate. Die Jugendfrage ist für uns eine Lebensfrage, ja, die Lebensfrage.

2. Intelligenzen. Für Wissenschaft, Organisation, Propaganda sind Intelligenzen unentbehrlich; ohne sie ist keine Presse, keine Literatur möglich. Intelligenzen aus Arbeiterkreisen oder

Ideologen. Die Aufklärung der Massen, die Art ihrer Organisation, der auf Selbstbewußtsein und Eigeninitiative der Massen gerichtete Geist der Bewegung werden den festesten Damm gegen das Eindringen und den Einfluß unzuverlässiger Elemente bilden. — Nicht durch kleinlich-bornierte alimini-Mißtrauen neue, frische Kräfte abschrecken, sondern durch kühne, freie begeisterte Tat, durch den Schwung der Bewegung, durch klare Entschlossenheit und stählerne Festigkeit im Kampf, durch die Grenzenlosigkeit des Opfermuts, kurz, durch den leidenschaftlichen Idealismus, die unbeirrte Grundsatztreue, die Tüchtigkeit der Leistungen, die edelsten Geister an uns reißen und an uns fesseln, das gilt's.

Zur Vorgeschichte des Krieges. (Anfang April 1918.)

Die Memoiren Hamanns, die Denkschrift Lichnowskys (von beiden kenne ich nur einen in der Presse veröffentlichten Teil) und Jagows Erwiderungen, Pichons Enthüllungen der Betamannschen Instruktionen vom 11. 7. 1914 und wohl auch der (mir leider nur im Zerrspiegel des Dementis zugängliche) Brief Mühlens haben die — offizielle und inoffizielle — diplomatische Vorgeschichte des Krieges und einige seiner Wurzeln vollkommener aufgedeckt, als man in diesem Stadium erwarten konnte.

Wir brauchen das ungenierte Bekenntnis des Mannes, der in der kritischen Zeit die auswärtige Politik Deutschlands amtlich vertrat, zu dem kapitalistischen Charakter der deutschen Kriegsgründe (Orient [Bagdad] und die dazu gehörige Balkansolidarität mit Oesterreich), die Identifizierung dieser Gründe mit dem „Prestige“ des Reichs, und die Schärfe, mit der selber der „Engländer“ Jagow beteuert, um des Bagdad-Geldsache-Prestiges willen zum Kriege bereit gewesen zu sein („heute lassen sich wirtschaftliche und politische Interessen nicht mehr trennen“).

Wir begrüßen den laufenden Nachweis der Verständnis-, ja Bündnisbereitschaft Englands, die nach der Bestätigung der drei unmittelbar beteiligten Diplomaten sowohl um 1900 wie zur Haldane-Zeit, wie kurz vor dem Kriege an Deutschlands Widerstreben gescheitert ist; der Verlauf der Haldane-Verhandlungen (die deutsche Forderung unbedingter englischer Neutralität und die deutsche Zurückweisung der von England angebotenen Neutralität für den Fall eines Angriffs auf Deutschland) bildet in diesem Zusammenhang ein Zeugnis für die englische Friedensliebe wie für die schon damals vorhandenen deutschen Angriffsabsichten.

Erfreulich ist die inhaltliche Bekanntgabe der beiden Ver-

träge mit England („Bagdad“ und Afrika-Abkommen); doch müssen nach den Andeutungen Kjellens noch deutsch-französische Verhandlungen geschwehrt haben und bei Kriegsausbruch vor dem Abschluß gestanden haben (über Syrien, Französisch-Guinea und einen lothringischen Grenzstreifen).

Wichtig ist die immer mehr amtlich festgestellte maßgebende Rolle, die die „Anglophoben“ bei der Verhinderung dieser Verträge gespielt haben: Der Beweis scheint erbracht, daß diese Kreise (wie wiederholt, z. B. in den „Glossen“, behauptet) gerade um die „drohende“ deutsch-englische Verständigung zu hintertreiben, im Sommer 1914 den Krieg pressiert und forciert haben.

Die Evidenz ist erbracht, daß die in zwölfter Stunde England gegenüber gezeigte deutsche Verständigungs- (Verträge!) und Friedens- (Neutralitätsgarantie Mißverständnis!) Bereitschaft bestenfalls der zweimalige plumpe Versuch war, England von der Entente abzuspalteln und auf die Seite der Mittelmächte zu ziehen — was einen so überwältigenden Vorteil geboten hätte, daß der Krieg, ehe begonnen, auch schon gewonnen gewesen wäre.

Interessant, eine wichtige Unterstreichung und Ergänzung der Offenherzigkeiten des Weißbuches, ist das offene Eingeständnis Jagows, daß man die Kriegsgefahr voll überblickte, sich über die Petersburger Haltung und das Eintreten Englands für ein angegriffenes Frankreich nicht täuschte; daß die deutsche Regierung die Botschafterkonferenz (und natürlich auch jeden anderen scheidlichen Austragsversuch) ablehnte, weil sie wußte, daß sie vor jedem Forum der Welt eine schwere diplomatische Niederlage erleiden, d. h. ein vernichtendes Verdikt davontragen würde. Bedeutsam die prägnante Feststellung, daß es für die deutsche Regierung nur einen einzigen Ausweg zur Vermeidung des Weltkrieges gab: die „Lokalisierung“ des Konflikts, d. h. die Auslieferung der Maus Serbien an die Katze Oesterreich, d. h. Sieg der Mittelmächte ohne Krieg, d. h. einen Ausweg, der kein Ausweg war, der, wie die deutsche Regierung wußte, gar nicht in Frage kommen konnte, viel weniger noch, als eine „Lokalisierung“ des Krieges auf Rußland und Oesterreich, die der deutschen Regierung als eine so hirnverbrannte Zumutung erschien, daß sie niemals auch nur erwogen wurde.

Das Kartenhaus des Weltfriedens fiel zusammen, als Deutschland durch Oesterreich die serbische Karte umwarf; auf die österreichische und serbische fielen unvermeidlich die russische und die deutsche, die französische und die englische. Der Weltfriede war nur ein Kartenhaus; aber der es umstürzte, war kein anderer, als der die erste Karte umstieß, d. h. Deutschland und Oesterreich.

Wo die Linien der deutschen Politik bis zum Kriegsausbruch nicht auf diesen Punkt zu konvergieren, sondern zu divergieren scheinen, handelt es sich um eine optische Täuschung durch taschenpielerische Diplomategesten oder um die Folge davon, daß in der offiziellen Regierung selbst verschiedene Strömungen und Orientierungen der auswärtigen Politik nebeneinander bestanden, miteinander stritten und sich ablösten, während die sehr viel geraderen Linien der wirklich maßgebenden inoffiziellen Politik hinter ihnen verborgen blieben, Linien, die man bei Lichnowsky und Jagow und auch Mühlen (selbst in dem amtlichen Dementi dazu) deutlich verfolgen kann.

Zweifellos dachten aber Wilhelm II. und Bethmann über eine Verständigung mit England im Grunde nicht viel anders als die unverhüllten Anglophoben; ihre Verständigungsmanöver waren Gekräusel auf den Wellen des Stromes.

Imperialismus und Krieg oder Sozialismus und Frieden.

(April 1918.)

Was ist der Inhalt der Gegensätze, die bisher zum Kriege trieben und immer wieder treiben werden, solange sie bestehen? Die kapitalistische Weltkonkurrenz zwischen den verschiedenen staatlich-zusammengefaßten Interessengruppen, zwischen den verschiedenen imperialistischen Systemen um die Reichtümer (Rohstoffe, Arbeitskräfte, Absatzmärkte, Anlagegebiete) der Erde.

Also heben wir diese kapitalistische Konkurrenz auf, machen wir die Reichtümer der Erde zu einer gemeinsamen Angelegenheit der ganzen Menschheit! Ersetzen wir die kapitalistische Gesellschaft, die die Menschheit in Klassen und sich zerfleischende Räuberhorden auseinanderreißt, durch die sozialistische Gesellschaft, die die Menschheit versöhnt und zusammenschließt!

Diese Internationale der Zukunft, die triumphierende, zu schaffen, ist Aufgabe der Internationale der Gegenwart, der kämpfenden Internationale.

Das Mittel dazu ist die soziale Revolution, die allein nicht nur jetzt den Frieden bereiten, sondern auch die künftigen Kriegsursachen ausrotten kann.

Wer das Ziel will, muß das Mittel wollen.

Imperialismus und Krieg — oder Sozialismus und Frieden — kein Drittes gibt's.

Aufruf.
(April 1918.)

Erhebt euch, ihr Schläfer! Kurzsichtiges Volk! Machst du nicht heute dem Imperialismus den Garaus, bevor die Gewalthaber ihr Ziel erreicht haben, so wird der jetzige Krieg nur die Ouverture zu einer ganzen Epoche furchtbarer Weltkriege sein.

Und meinst du, die Opfer, die dir heute die soziale Revolution auferlegen würde, vermeiden zu können? Diese Revolution muß doch kommen, soll die Menschheit nicht zugrunde gehen. Und du mußt sie doch vollbringen. Und du mußt die Opfer dazu hingeben — Opfer, aus denen der Menschheit Segen sprießt. Und die Mühen und Opfer werden nicht kleiner, sondern größer sein, wenn du sie verschiebst; wenn du sie nicht heute, während des Krieges, entschlossen auf dich nimmst. Nur eine Vermehrung des Unheils ist es, die dein Zaudern heranzögert.

Die Notwendigkeit der sozialen Revolution.
(April 1918.)

Die Wahl, die Entscheidung, vor der das Proletariat heute steht, ist nicht soziale Revolution oder Fortsetzung des jetzigen Krieges, sondern soziale Revolution oder Fortsetzung dieses Krieges und daran anschließend eine ganze Periode weiterer Weltkriege, deren Konturen sich heute bereits am Horizont abzuzeichnen beginnen — hinter dem Dampf des jetzigen Blutmeeres und dem Qualm der europäischen Verwüstung. In dieser heranbrausenden Strömung wird die Internationale des Sozialismus kein rettendes Eiland bilden, wie einst im Deutsch-französischen, wie im Russisch-japanischen Kriege; sie ist im heutigen Kriege zum Tummelplatz des nationalen Chauvinismus geschändet. Auch aus dieser Schmach kann nur die soziale Revolution erretten.

Diktatur.
(Anfang oder Mitte April 1918.)

Diktatur des Proletariats im technischen Sinne liegt nur vor, wenn das Proletariat als solches, zur Vertretung seiner spezifischen Klasseninteressen, als Träger der sozialen Revolution und zur Vollziehung der sozialen Revolution die diktatorische Gewalt ergreift und führt. Nicht aber, wenn es die politische Herrschaft um anderer Aufgaben willen (z. B. um irgendeinen Frieden zu schlie-

ßen) übernommen hat und zur Vollziehung anderer Aufgaben führt.

Zu den Steuervorlagen.

(Ende April 1918.)

Daß die Regierung jetzt, gerade jetzt, und gerade diese Steuern fordert, zeigt, wie stark sie sich fühlt, wenigstens bei der Einbringung fühlte; wie sicher sie ist, wenigstens war, den Massen auch diese Provokation bieten zu können, ohne den deutschen Siegeslauf zu gefährden. Und wenn die Vorlage die trotz aller Papiermastkuren ausgehungerte Reichskasse speisen soll, so soll sie doch in erster Linie Stimmung für die Forderung einer Kriegsentschädigung großen Kalibers und für das Programm der Vaterlandspartei machen. Durch diese Steuerbastonade hofft man der Bevölkerung das nötige Verständnis für die Schmerzhaftigkeit der Kriegslasten beizubringen und den „einmütigen Schrei“ nach Abwälzung auf die Feinde zu entlocken.

Gern schrieb ich noch etwas zu der deutschen Marinesache.

Durch die jammervolle Haltung der Haase-Genossen, die sich statt wuchtigsten Gegenangriffs, statt politischer Gegenoffensive größten Stils in eine elende Verteidigungsposition zurückgezogen und mit Advokatenkniffen kniffen, die trotz einiger konventioneller Worte die heldenmütigen Vorkämpfer der deutschen Revolution in der Marine und ihre Ideale preisgaben und die russische Revolution „mit Sympathie begrüßten“, wie einen lahmen Hund und kitschig als das größte Ereignis des Jahrhunderts bezeichneten, statt von der Reichstagstribüne zur deutschen Revolution, zur politischen Aktion der deutschen Massen aufzurufen, aufzurütteln — durch diese traurige Haltung der radikalsten Opposition des Reichstags ist die Stellung des deutschen Imperialismus verstärkt — auch wenn Michaelis schließlich über diesen Zwirnsfaden gestolpert ist —; ja um so mehr: denn die Ausschiffung dieses selbst von der Deutschen Tageszeitung schließlich ganz offen unmöglich genannten Mannes, der nicht einmal als Kulisse zu gebrauchen war, diese Ausschiffung und nicht minder das Kabinett Hertling bedeutet nur eben eine Sanierung der deutschen imperialistischen Regierung. Und kann es einen glänzenderen Erfolg für diese Regierung geben, als daß die Haase-Genossen zum Objekt der Solidarität, ja der Barmherzigkeit für die Scheidemann und Genossen, bis zum Objekt der Sympathie eines Müller-Meinigen, Naumann e tutti quanti herabgesunken sind?

Ledeboours lahme Drohung mit dem Massenstreik für die blaue Zukunft und in die weite Welt der Internationale hinein kann dieses Ergebnis nicht ändern, eher es unterstreichen: Mangel an Initiative, an Entschlossenheit, an Kraft, an allem!

Das System Eichborn-Mumm.

(Anfang Mai 1918.)

Preußen-Deutschland ist gewiß ein ganz einzigartiges Staatswesen, das auch in seinen außerpolitischen Praktiken konkurrenzlos dasteht, nur sich selbst übertreffen kann, aber auch immer zu übertreffen weiß, so daß man sich hüten mag, je zu wännen, dieses Mal habe es den höchsten Gipfel erklommen, und mit den Superlativen der Entrüstung sparsam umgehen muß, will man nicht zu früh den Atem verlieren. Das deutsche Vorgehen in der „Ukraine“ war von Anbeginn eine erstklassige Schurkerei, aber es entfaltet sich von Tag zu Tag weiter zur höchsten Büberei. Dieser Einmarsch auf Grund halb gefälschter Vollmacht, dieses Einschleichen unter der Maske der Freundschaft, halb erpreßter, um alsbald den tückisch überrumpelten Freund an der Gurgel zu packen, zu knebeln und auszuplündern, findet seinesgleichen nur in der preußischen Vergangenheit: in dem Streich von 1792 gegen Polen.

Der „Frieden“ von Brest-Litowsk ist kein Friede — denn der Krieg geht weiter — direkt und indirekt gegen „Großrußland“, mit dem man in „Frieden“ lebt, — im Baltikum, in Finnland, in der „Ukraine“, der Krim, im Donaugebiet, im Kaukasus, im ganzen Osten; und wer weiß, bald um Moskau; und wer weiß, wie bald ist der Blut- und Eisenring ums Schwarze Meer geschlossen, der neue Alexanderzug mit Alpen-(Kaukasus)Übergang à la Hannibal, Cäsar, Napoleon vollbracht. Der Krieg geht weiter — er ist nur in eine andere (revolutionäre) Phase getreten. Der „Friede“ von Brest-Litowsk war von vornherein nur ein kriegstaktisches und wirtschaftspolitisches Manöver Deutschlands, nur ein raffiniertes Mittel, die Widerstandskraft Rußlands völlig zu brechen und für Eroberungs- und Beutezüge größten Stils unter geringsten Opfern die Wege zu ebnen. Nur dazu wurde die Schwindelgründung der Kiewer Rada vollzogen und benutzt; weil sie dazu nicht mehr brauchbar war, ist diese Schattenregierung gestürzt und durch eine andere ersetzt; nicht, weil sie machilos war, sondern weil sie anfang, Macht, eigene Macht zu erwerben und zu betätigen. Das alles liegt jetzt offen zutage, wird auch zynisch eingeräumt. So also sieht das Muster eines deutschen Verständigungsfriedens à la Kühlmann-Erzberger-Scheidemann aus, wie inn alle übrigen

Feinde auch hätten haben können, wenn sie guten Willens gewesen wären. Nun wissen die Ententevölker, woran sie sind! Was sie von deutscher Friedensbereitschaft zu gewärtigen haben! Auch die Neutralen wissen nun, was für sie auf dem Spiel steht, was deutsche Vormacht, deutsche „Freundschaft“ auch für sie bedeutet. Und auch das deutsche Volk, die Völker des Vierbunds haben eine neue Belehrung über den Nutzen ihrer Siege und warum der Krieg kein Ende nimmt. Man schließt mit der Ukraine Frieden — und durchzieht sie mit Feuer und Schwert; man schließt mit ihr Frieden — und raubt sie aus, hängt und würgt, was sich verteidigt; man schließt mit ihr Frieden, und erobert, besetzt sie; man schließt mit ihr Frieden, anerkennt ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit — und verhängt über sie preußisches Gendarmenregiment, preußische Militärdiktatur, preußisches Standrecht; man anerkennt ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit — und sperrt ihre Regierung ein wie eine Bande Landstreicher! Und — fordert zuguterletzt für all diese Gaunereien, Gewalttaten, Erpressungen, Räubereien, Mordbrennereien von der begaunerten, vergewaltigten, ausgeraubten Ukraine eine — Entschädigung!

Jetzt, angesichts dieser Vorgänge und der Erfahrungen im Innern, mit dem Belagerungszustand, in der Wahlrechtsfrage, in der Steuerpolitik und sonst, wird man unsere frühere Bemerkung verstehen: ein Sieg in den Händen der jetzigen deutschen Machthaber wäre ein Verhängnis für das deutsche Volk, eine Heimsuchung für die Welt.

Alle diese Infamien werden sich rächen — sie gebären ihre Vergeltung aus sich selbst. Nimmer wird die blutige Faust des deutschen Militarismus Frieden schaffen; nimmer wird der Osten oder ein anderer Teil der Welt unter der preußischen Pickelhaube Ruhe finden. Unmöglich kann der deutsche Imperialismus auf die Dauer Hundert von Millionen Europäer vergewaltigen. Unmöglich kann er neben jeden Polen, Letten, Esten, Finnen, Ukrainer, Russen, Rumänen, Ungarn, Tschechen, Serben, Slowenen, Bulgaren, Türken usw. einen Gendarmen stellen. Ueberall brodeln und gärt es. Schon vieler Orten zeigt sich klar, auf wie unsicheren Fundamenten die protzige und klotzige Gewaltpolitik ruht, die so viel Wasser auf die Mühlen der Kriegsschürer in der Entente leitet, wie sie nur wünschen können, den Weg nach Persien und Afghanistan verbarrikadiert, statt ihn zu öffnen, alle Welt immer heftiger gegen Deutschland aufpeitscht und selbst den Bestand des Vierbunds immer ernster gefährdet. Welcher Zündstoff in den besetzten Gebieten angehäuft ist, dafür bieten einen Anhalt die letzten Ukraine-Ereignisse, deren Kern nichts anderes ist als eine Revolution der

ukrainischen Massen gegen die deutsche „Intervention“, d. h. gegen die deutsche Diktatur, als eine Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Krieges in revolutionärer Form, als eine Volkserhebung gegen die heimtückischen deutschen Okkupanten, als eine so elementare Bewegung, daß sich ihr selbst die deutschen Kreaturen der Rada-„Regierung“ nicht entziehen konnten — Revolte der Werkzeuge gegen ihre Anwender! Massenerhebung gegen die deutsche Besatzungsarmee, und Gegenrevolution, wohl vorbereiteter, gegenrevolutionärer Staatsstreich des Generals Eichhorn, der sich dabei als Wandschirm gewisser großagrarischer und großkapitalistischer Kreise bediente, die sich durch halbsozialistische Pläne der Rada-Regierung bedroht fühlen, aber darum noch längst nicht willenlose Puppen des deutschen Militärs sind. Der deutsche Staatsstreich ist unternommen, um die deutsche Macht zu erhalten und zu befestigen — für fernere Ziele, die wir besprachen, und für zwei unmittelbar dringende Aufgaben: die wirtschaftliche Ausplünderung des unglücklichen Landes und seinen Friedensschluß mit Rußland, bei dem auch die Abgrenzung des Gebiets und die sonstige staatliche Zukunft der Ukraine zur Entscheidung kommt, Fragen, deren Erledigung im deutschen Sinne — denn auch der Ukraine-Rußland-Frieden soll in Berlin diktiert werden! — offenbar der Rada-Regierung nicht mehr zugetraut wurde. Sicher hat das edle Paar Eichhorn-Mumm alle Register der Lüge, der Intrige, der Lockspitzelei und des beliebten Polizeiputschismus gezogen, um den erwünschten Vorwand für sofortiges Eingreifen zu schaffen. Und es läßt sich bei der verlogenen deutschen Berichterstattung nicht klar übersehen, welchen Umfang und welche Formen die revolutionäre Massenerhebung beim Beginn des Staatsstreichs bereits angenommen hatte. Daß aber die Kleinbauern und Landarbeiter sowie das städtische Proletariat, d. h. die ungeheure Mehrheit des ukrainischen Volkes, dem Eindringling vom ersten Tage an den heftigsten Widerstand entgegengesetzte und daß der Haß gegen die Invasionsarmee durch ihr Auftreten nur verallgemeinert und vertieft worden ist, daß in der Tat das ganze Land in mehr oder weniger offener Empörung stand, unterliegt keinem Zweifel, selbst wenn an all den romantischen Geschichten, die man dem deutschen Volke jetzt auftischt, kein wahres Wort ist. Daß selbst manche Kreise, die aus sozialen Gründen die Intervention gewünscht und gefördert hatten, — trotz Fortdauer der sozialen Revolution — unter dem Eindruck der Invasion anderen Sinnes geworden sind, erweist die Rada und ihre Regierung. Der deutsche Imperialismus, den man als Klassengenossen gegen den gemeinsamen sozialen Feind ins Land gerufen hatte, entpuppte sich als

räuberischer Ausbeuter und Unterdrücker auch der ukrainischen Bourgeoisie, und in solchem Maße, daß das imperialistische Gegengift ihr meist schlimmer bekam als das soziale Gift, vor dem sie Rettung suchte.

Das Dilemma des Imperialismus.

(Mai 1918.)

Die Ausbeutung ganzer Staaten und Völker neben der kapitalistischen Klassenausbeutung kennzeichnet den Imperialismus, diesen qualifizierten Kapitalismus, im Unterschied zum einfachen, auf Klassenausbeutung beschränkten Kapitalismus. In ihm schlägt das Soziale ins Staatliche und Nationale um, der Klassengegensatz in den sozialen Gegensatz ganzer Länder und Völker, der aber hinter dem andauernden Klassengegensatz selbst weit zurückbleibt, oft wechselseitig ist, dauernd dem niveausgleichenden Einflüsse kapitalistischer und proletarischer Wandlung unterliegt und den internationalen Charakter von Kapital und Arbeit nicht aufhebt, die Tendenz zu seiner Betätigung eher stimuliert, jedenfalls, wenn und soweit er das Kapital im Kampf um den Profit „nationalisiert“, zerspaltet und verfeindet, um so mehr das Proletariat zum Kampf gegen die Ausbeutung internationalisiert, verbündet, solidarisiert: ein Gegensatz, bei dem sich natürlich der Schaden im ausgebeuteten wie der Gewinn im Ausbeuterstaate unter die Klassen nach kapitalistischer Manier verteilt und die herrschenden Klassen des ausgebeuteten letzten Endes doch Versippte und Mitschuldige der herrschenden Klassen des Ausbeuterstaates sind.

Bei alledem macht es nur einen formalen Unterschied, ob die auszubeutenden Völker staats- oder „völkerrechtlich“ dem Ausbeuterstaat irgendwie angegliedert sind oder nicht, ob sich der Ausaugungs- und Verdauungsvorgang innerhalb eines formal geschlossenen imperialistischen Komplexes abspielt oder nicht; ob die Vergewaltigung „friedlich“ oder kriegerisch stattfindet; der „friedliche“ und der kriegerische Aggregatzustand des Imperialismus sind nicht zu trennen.

Der Gegensatz der verschiedenen imperialistischen Komplexe ist nicht nur Konkurrenz um die Ausbeutung der außerhalb ihres staats- und völker„rechtlichen“ Bereichs liegenden Länder und Völker (Naturschätze und Vorteile [Klima usw.] und menschliche Reichtümer, Arbeitskräfte und Markt), sondern auch um die Ausbeutung der innerhalb dieser Grenzen befindlichen, und zwar sowohl der an den Ausbeuterstaat angegliederten Ausbeutungsgebiete (Kolonien, Ägyptisierungsobjekte), wie auch der imperialistischen

Herrenvölker selbst, und zwar auch hier um natürliche Schätze und Vorteile aller Art (Klima usw.), menschliche Reichtümer, Arbeitskräfte, Markt.

Die höchste Steigerung imperialistischen Kampfes ist der Kampf der verschiedenen imperialistischen Komplexe um die Frage: welcher von ihnen nicht nur den den die andern aus der Beherrschung der übrigen Welt verdrängen, sondern auch den einen oder die andern unterwerfen und zu seinem Ausbeutungsobjekt machen wird. Dieser Kampf hat längst begonnen; der ihm zugrunde liegende Gegensatz ist von Anfang an in den imperialistischen Gegensatz impliziert — er wird immer mehr zum Hauptstück, je mehr sich die andern, die „auswärtigen“ Expansivmöglichkeiten erschöpfen. Die Entscheidung dieser Frage wird schließlich zum einzigen und ganzen Objekt und Ziel des imperialistischen Kampfes. Damit ist seine letzte Form erreicht, zugleich der Endpunkt der Entwicklung des Imperialismus, der nicht ohne Expansion leben kann, aber an der Expansion, ohne die er nicht leben kann, stirbt, nachdem er alle ihre Möglichkeiten erschöpft hat — der Flamme gleich, die mit dem Verzehr ihrer Nahrung erlischt, ihre Existenzbedingungen vernichtet hat. Die Kulmination der imperialistischen Sonne ist zugleich ihr Untergang.

Das Dilemma zwischen dem Produktions- und Absatzinteresse, die Gefahr, die Henne zu schlachten, die die goldenen Eier legt, besagt: Der Imperialismus kann weder mit der wirtschaftlichen Blüte der Konkurrenten noch ohne sie leben; eine Seite des inneren Zwiespalts, des Antagonismus, der zu seinem Wesen gehört. Die kapitalistische Konkurrenz ist Konkurrenz um die Profitmöglichkeiten. Die Haupteigenschaften des Kapitalismus sind die Ausbeutung der Arbeitskraft und die Akkumulation des Kapitals. Aus der Kombination beider folgt zweierlei: die Expansion usw., die Notwendigkeit, daß der kapitalistische Absatzbereich größer sein muß als der kapitalistische Produktionsbereich.

Fände nur Ausbeutung statt, keine Akkumulation, so würde der Profit vom Kapitalisten verzehrt: Produktions- und Absatzgebiet würden sich decken; fände nur Akkumulation statt, ohne Ausbeutung, in welchem Falle die Aktion keine kapitalistische wäre, so würde das nicht akkumulierte Arbeitsprodukt von den Produzenten verzehrt: Produktions- und Absatzgebiet würden sich wiederum decken. Indem aber die Ausbeutung bewirkt, daß die Produzenten (die in der Produktion tätigen Arbeitskräfte) nicht das ganze Arbeitsprodukt verzehren können, und Akkumulation bedeutet, daß die Kapitalisten nicht den ganzen Profit verzehren, sondern laufend einen Teil von ihm kapitalistisch neu anlegen, er-

gibt sich, daß das Arbeitsprodukt auch von den Kapitalisten und den Produzenten (Arbeitern) gemeinsam nicht ganz verbraucht, daß es zum Teil an außerhalb des Produktionsbereichs befindliche Käufer abgesetzt werden muß, und zwar derjenige Teil, dessen Ertrag als neues Kapital angelegt (akkumuliert), in ein neues Kapital umgewandelt werden soll.

Aber wo wird das Akkumulierte abgesetzt?

Fände nur Ausbeutung statt, keine Akkumulation, so würde weder ein Bedürfnis nach erweitertem Absatz aufkommen, — da das abzusetzende Produkt nicht zunimmt, noch ein Mehrbedarf an Rohstoffen, Produktionsmitteln usw., da die Produktion auf der gleichen Stufe verharrt. Fände nur Akkumulation statt, keine Ausbeutung, so würde das Mehrprodukt von den Produzenten konsumiert werden, der Mehrbedarf könnte entweder im bisherigen Bereich, eventuell mit Hilfe neuer Entdeckungen und Erfindungen befriedigt werden; oder in anderen Bezirken; auch in diesem Fall läge keine kapitalistische Expansion vor, da voraussetzungsgemäß eben die Ausbeutung ausgeschlossen, die zum Wesen der kapitalistischen Expansion gehört.

Erst indem . . . usw.

Zu unterscheiden ist die Ausbeutung im Produktionsbereich (innerhalb des Produktionsprozesses) und die Ausbeutung im Absatzbereich — innerhalb des Absatzprozesses.

Um beide Bereiche geht der imperialistische Kampf, außerdem um die Naturkräfte und -schätze, um die Möglichkeit ursprünglicher Akkumulation. Die Expansion ergreift den Produktionsbereich, einschließlich des Bereichs, in dem sich die Bedingungen der Produktion befinden, und den Absatzbereich: Stets aber ist der letztere weiter als der erste. Er muß zuerst an die Schranken stoßen usw.

Die expansive Tendenzspirale bildet das Motorische des imperialistischen Triblebens. Die Expansion ergreift den Produktionsbereich und den Absatzbereich. Sie erfolgt in einer sich ständig erweiternden Doppelspirale: das ist die Bahn der imperialistischen Entwicklung. Beide Spiralen führen schließlich ans „Ende der Welt“ — diejenige des Absatzbereichs zuerst. Ausbeutung und — kapitalistische! — Akkumulation werden aus einer Notwendigkeit eine Unmöglichkeit. Mag sich der Imperialismus durch teilweise Selbstzerstörung, die ihm gestattet, bereits geleistete Arbeit vorübergehend zu wiederholen, eine Gnadenfrist schaffen; er mag herum- und herausfahren, aus allen Pfützen saufen und die ganze Erde zernagen und zerkratzen: seine Uhr ist abgelaufen. So führt der Imperialismus, wenn ihn die soziale Katastrophe nicht vorher ereilt, automatisch zur wirtschaftlichen Katastrophe. Selbstver-

richtung durch Erzeugung der sozialen Macht, die ihn überwinden wird, Selbstvernichtung durch Aufhebung seiner eigenen wirtschaftlichen Voraussetzungen — das ist sein doppelt besiegeltes Schicksal.

Zu Rußland.
(Anfang Mai 1918.)

Eines tut unseren Freunden in Rußland, tut den Sowjets in der heutigen Lage not, mehr als alles sonst: sich so schnell wie möglich handfeste Machtmittel zu verschaffen, die hinreichen, vor allem, allem andern dem deutschen Imperialismus eine Parole zu bieten — sich seinem Würgegriff zu entziehen, auch der Ukraine, Finnland und den übrigen Randstaaten festen Rückhalt zu gewähren, so die Neukristallisation Rußlands auf föderativer Grundlage vorzubereiten; die Dauer des sozialistischen Regimes zu sichern und ihm die Durchführung seiner sozialen Aufgaben zu ermöglichen, damit er als Vorbild und Pionier für das Proletariat der anderen Länder der sozialen Weltrevolution die Bahn bereiten kann, die Bahn, auf der als erstes und schwerstes Hindernis der deutsche Imperialismus liegt. Eins ist den russischen Sowjets not — vor allem, allem andern — nicht Demonstrationen und Dekorationen, sondern derbe, handfeste Macht. Wozu allerdings außer Energie auch Klugheit und Zeit gehören — Klugheit auch, um Zeit zu gewinnen, deren selbst die höchste und klügste Energie zum Erfolge bedarf.

Auf der Rückseite dieses Blattes steht:

Vieles wieder unter den Tisch gefallen — besonders Russisches!

Begriffliches.
(Mai 1918.)

Begrifflich zu unterscheiden sind — obwohl sie in der Praxis sich oft verschlingen und auch zusammenfallen können:

Wirtschaftliche und innerpolitische (auch soziale) Kriegsziele und

wirtschaftliche und innerpolitische (auch soziale) Gesichtspunkte der Kriegsstrategie,

je nachdem der wirtschaftliche und innerpolitische (soziale) Erfolg Zweck oder Mittel der Kriegführung ist.

Von wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Kriegsstrategie sind diktiert z. B. die Anleihe- und Valutaoffensiven, die Nahrungsmittel- und Rohstoffraubzüge, die Störung der feindlichen Wirtschaft (Abschneiden der Rohstoffquellen, Produktionsmittel, Verkehrswege), von innerpolitischen Gesichtspunkten der Kriegsstrategie: die Hindenburgschen „Entlastungsoffensiven“ zur Ablenkung und Beruhigung der mißmutigen Massen, besonders bei Streikgefahr.

Die Antiwahlrechtsoperationen sollen der Fortdauer der deutschen Reaktion dienen; sie fallen damit ins Gebiet der innerpolitischen und sozialen Kriegsziele, in das alles gehört, was sich gegen die revolutionäre Entwicklung wendet, alles was die politische Rückständigkeit und die Klassenherrschaft des Preußentums und die kapitalistische Ordnung erhalten soll.

Zur Entstehung des Krieges.

(Juni 1918.)

Daß der Krieg ein deutscher und österreichischer Präventivkrieg sei, ist eine den Mittelmächten viel zu günstige Auffassung. Nur vom Gesichtspunkt des Weltrüstens aus mag es zutreffen. In Wahrheit handelt es sich, wie sich immer klarer herausstellt, in der Hauptsache um einen Expansionskrieg des deutschen Imperialismus, der sich auch Oesterreich-Ungarns nur als Werkzeug zur Inszenierung und Durchführung bedient hat. Unbezahlbar ist das jetzige Geständnis Wilhelms II., den mancher anfangs, so geschickt hatte er die „impulsive Natur“ geschauspielert!, ein wenig zu exkulpieren geneigt war.

Er sei sich von vornherein über den Sinn des Weltkrieges im klaren gewesen, so versicherte er am 15. Juni 1918: wir buchen das. Er habe die Illusionen des deutschen Volkes darüber nie geteilt, fügt er hinzu. Das ist ein hanebüchenes Stück. Wer hat dem deutschen Volk diese Illusion beigebracht? Wer hat es raffiniert, systematisch, skrupellos verwirrt, verrückt und toll gemacht? Es gehört ein dickes Fell dazu, wenn der Betrüger sich so vor dem Betrogenen herausstreicht, weil er selbst seinen Schwindel nicht geglaubt hat.

Was die militärische Vorbereitung für den Krieg anbelangt, so hebt der Korvettenkapitän von Selchow (vom Admiralstab der Marine) in seiner kürzlich erschienenen Propagandaschrift „Weltkrieg und Flotte“ hervor: daß Deutschland in bezug auf große, für Fernverwendung geeignete U-Boote „bei Kriegsbeginn an der Spitze aller Kriegsmarinen stand, sowohl was die Zahl der Boote, wie auch, was ihre Seetüchtigkeit betraf.“

Die „Tür nach Rußland“.

(Juni 1918.)

Die baltischen Provinzen sind die Tür zu Rußland. Folglich müssen sie bei Rußland bleiben; dem Hausbewohner gebührt die Tür zum Haus. Aber der „Baltenabend“, Berlin vom 29. Mai 1918, folgert anders: Weil die baltischen Provinzen die Tür zu Rußland sind, müssen sie — in deutsche Gewalt kommen! Weil nämlich Nordrußland und Sibirien für Deutschland (d. h. den deutschen Imperialismus) „wirtschaftlich so notwendig“ sind.

Der Dieb fordert, daß ihm die Tür des Hauses überantwortet werde, damit sie seinen Diebesgelüsten nicht vor der Nase zugeschlagen und verschlossen werden kann!

Taktisches.

(Juli 1918.)

Wir wollen nicht Vertreter des kontemplativen, sondern des tätigen Prinzips sein.

An Kräften, die Grenzen der praktischen Möglichkeiten zu erkennen, wird kein Mangel sein. Doch hapert's zumeist an Kräften, die die Entwicklung jeden Augenblick zur Realisierung der äußersten Möglichkeit zu treiben suchen. Was sie nur können, indem sie Ziel und Richtung noch weit über diese äußerste Möglichkeit nehmen: das Mögliche ist nur erreichbar durch Erstreben des Unmöglichen.

Die realisierte Möglichkeit ist die Diagonale von Unmöglichkeiten. Je höher das Ziel gesteckt wird, je energischere Kräfte für das Höchste wirken, für das unerreichbar Höchste, um so Höheres wird erreicht. Das objektiv Unmögliche wollen, ist nicht Narrheit oder Fanatismus, Phantasterei oder Verblendung, sondern praktische Arbeit im eminenten Sinn.

Die Unmöglichkeit der Realisierung eines Zieles aufzeigen, heißt mitnichten seine Unsinnigkeit beweisen, höchstens die Einsichtslosigkeit der Kritiker in die gesellschaftlichen Bewegungsgesetze. So sind wir grundsätzlich Minderheit. Denn, wenn immer wir Mehrheit und Geltung für unsere Ideen und Forderungen gewonnen haben, werden unsere Ideen und Forderungen schon höher gestiegen sein. Stets müssen sie nach dem Wesen unserer Funktion über das von der Mehrheit Anerkannte hinausgehen. In rastlosem Kampf für den Aufstieg der Menschheit.

Stets auf Erfolg vertrauen und stets auf Mißerfolg gerüstet sein, das ist die Zauberformel, die den Sieg verbürgt.

Unser Platz ist in Deutschland!

(Als ein Austausch von der russischen Botschaft vorgeschlagen wurde.)

(August 1918.)

Ein über den imperialistischen Parteien schwebender Internationalismus mit Predigten an das Weltproletariat hat heute keine Realität. Der Internationalismus besteht heute nur in der Gestalt der Erhebung jedes einzelstaatlichen Proletariats gegen den eigenen Imperialismus. Ein Gran revolutionären Druckes von innen gilt mehr als ein Fuder revolutionärer Arbeit im Auslande.

Der Bann gebrochen!

(Ende September 1918.)

Kaum ist der eiserne Reif der deutschen Übermacht gelockert, kracht das Machtgebäude in allen Fugen — in Bulgarien, in der Türkei, in Oesterreich, in Polen, in Deutschland selbst.

Militärische Vergewaltigung ist kein Fundament, auf dem Dauerndes errichtet werden kann.

Der kleine und große Kladderadatsch!

(Ende September 1918.)

Jetzt, da die militaristische Herrschaft Deutschlands stürzt, jetzt wird der Krieg revolutionär im höchsten Sinne.

Doch noch stehen wir am Anfang. Die Hauptsache kommt. Die entscheidende Stunde schlägt — zur sozialen Revolution.

Der kleine Kladderadatsch ist da — jetzt folgt der große.

Deutsche Soldaten! Deutsche Arbeiter!

(Ende September 1918.)

Immer aufdringlichere und gewissenlosere Manöver verüben die Gwalthaber, um Euch fest in den Händen zu behalten.

Die Rede des Kaisers vor ein paar hundert kommandierten Kruppschen Arbeitern, die wie die Rekruten auf dem Kasernenhof ihr „Jawohl!“ rufen mußten, wenn sie nicht aufs Pflaster fliegen wollten, was war diese Rede anders als eine unwürdige Posse? Wenn diesen Herren das Wasser an der Kehle sitzt, heißt Ihr Kameraden!! Freunde!! Solang sie Euch nicht nötig haben: Liebe

Kameraden!! Liebe Freunde!! Um Euch zu kirren, daß Ihr ihnen helft: Liebste Kameraden und Freunde! Habt Ihr sie aus der Patsche gezogen, ihnen Thron, Herrlichkeit, Macht und neuen Raub gewährt und verschafft, so folgen Leierkasten und Fußtritte, daß Euch Hören und Sehen vergeht. So war es in der Vergangenheit — so wird's in Zukunft sein, wenn Ihr den heuchlerischen Schmeichelworten vertraut. Der Kaiser — das ist derselbe, der die klassenbewußten Arbeiter als Elende beschimpfte, der die streikenden Arbeiter mit Zuchthaus bedrohte, aber seine ganze Zärtlichkeit den Streikbrechern widmete, der dem frechen und unbotmäßigen Volke Kartätschen verhiß, die Alexanderkaserne mit Schießscharten gegen das Volk versah, der seine Soldaten gegen streikende und für politische Freiheit demonstrierende Arbeiter marschieren ließ, der Deutschland in einem halbabsolutistischen Zustand erhielt, der die elsäß-lothringische Verfassung in Scherben schlagen wollte; der Kaiser, das ist der deutsche Kriegsherr, der vor dem deutschen Volke und vor der ganzen Menschheit die Hauptverantwortung für den entsetzensvollen Krieg trägt! Der heute genau so ist und denkt wie vor dem Kriege, wie in dem Augenblick, da er das Unheil heraufbeschwor! Der Euch künftig genau so schaben und schinden wird, wenn Ihr ihn nicht unschädlich macht.

Und Hindenburgs Sedankundgebung! Seine Warnung vor „feindlicher“ Agitation! Wer sieht nicht, daß sie nur ein plumper Trick ist? Jene Flugblätter sind nicht das Werk von „Feinden“ aus anderen Ländern, die Euch auf falsche Bahn führen und vernichten wollen, sondern das Werk von Freunden aus dem eigenen Lande, die Euch auf die rechte Bahn weisen, auf die Bahn der Selbstbefreiung, der Selbsthilfe gegen die Hindenburg und Hohenzollern.

Und die Hatz über angebliche Grausamkeiten der „Feinde“ gegen deutsche Gefangene nicht minder: Lüge, faustdicke Lüge! Lüge, um Euch zu neuem Hasse und neuer Kriegslust aufzupeitschen, um das Fraternalisieren mit dem Feinde zu verhindern, damit Ihr lieber für Eure Peiniger in Deutschland sterbt, als lebend in die Hände der Feinde zu fallen, die gar nicht Eure Feinde sind.

„Wahre dich, deutsches Volk und deutsche Heimat!“ Jawohl — wahre dich vor den heuchlerischen Schmeichelworten, vor der verhetzenden Demagogie, vor den verwirrenden Lügen der Hohenzollern und Hindenburg und ihrer Helfershelfer — der Regierungssozialisten.

Von Wilhelm, dem Hohenzollern bis Scheidemann, dem Ministerfrack, reicht die Front Eurer Feinde!

Wirkung des Krieges auf die innerpolitische Freiheit der Volksmassen.

Die besorgte Prophezeiung und spätere Feststellung, daß der Krieg allenthalben zerstörend, wenigstens schwer hemmend auf die innere Freiheit der Völker gewirkt habe, sind keineswegs überholt oder Lügen gestraft.

Allerdings wurde neuerdings in den meisten kriegführenden und manchen neutralen, aber unter dem Kriege leidenden Ländern, eine Erweiterung der Volksrechte versprochen, hie und da auch schon in Angriff genommen und in England bereits durchgeführt. Aber für die Kriegszeit bleibt es, wenn auch in sehr verschiedenen Abstufungen, doch überall bei Belagerungszustand und Militärdiktatur, d. h. Volksrechtlosigkeit. Und jene Versprechungen oder Reformen sind nicht unmittelbare Wirkungen des Krieges, sondern die Folge von Gegenwirkungen gegen den Krieg, die Folge der Massenbewegung gegen den Krieg, oder der Furcht vor ihr, als ein Produkt des Gegensatzes gegen den Krieg (durch den sie auch die oft erwartete, vorübergehend ad hoc demokratisierende Wirkung gemeinsamer Gefahr realisiert). Kurz: die antidemokratische Tendenz des Krieges ist geblieben, nur ist sie teilweise durch eine demokratische Gegentendenz der Kriegsgegnerschaft antagonistisch durchkreuzt und aufgehoben.

Was aber diese Gegentendenz bisher gebracht hat, sind bestenfalls formale Rechte — Druckerschwärze! Papier ist geduldig, besonders in Kriegszeiten. Die Massen seien auf der Hut. Gelingt den herrschenden Klassen, gelingt dem Imperialismus der Massenbetrug, den diese mit den Demokratisierungen beabsichtigen, verhilft ihnen das demokratische Manöver zum Siege, so werden die Massen trotz aller papiernen Rechte, materiell eher schwächer denn stärker als vor dem Kriege, einer gigantisch gesteigerten Macht der herrschenden Klassen gegenüberstehen. Und selbst wenn die neuen papiernen „Volksrechte“ formell nicht angetastet werden, wird es dann schwerster Kämpfe bedürfen, um eine wirkliche materielle Demokratisierung zu erzwingen. Es wird dann weit schwererer Kämpfe dazu bedürfen als heute, während des Krieges. Jedem gegenwärtigen und künftigen Völkerrecht materiellen Inhalt zu geben, die Macht der Arbeiterklasse zu steigern, die Demokratie zu sichern, das Proletariat zu befreien, heute, während des Krieges, haben die Massen die unfehlbare Macht dazu in der Hand. Mögen sie sich endlich aufraffen, russisch zu handeln!

„Volksbund für Freiheit und Vaterland.“

Der „Deutsche Volksbund für Freiheit und Vaterland“, unter den burgfriedlichen Auspizien der Generalkommission der sogenannten freien Gewerkschaften und anderer blauer, gelber und schwarz-weiß-roter Arbeiter- und Beamtenorganisationen gebildet, hat einen programmatischen Aufruf veröffentlicht. Darin wird das Ideal einer „Vereinigung kluger Realpolitik und volkstümlich freiheitlicher Staatsordnung“ aufgerichtet, das sicherlich höchst proletarische Ziel gesetzt, Deutschland zu einem „modernen Großstaat“ zu gestalten und mitgeteilt, daß das deutsche Volk dazu bedarf: erstenseiner äußersten Zusammenfassung unserer Kräfte (im Kriege), zweitens der sofortigen innerpolitischen Neuorientierung, drittens einer klaren, von Volk und Regierung getragenen Außenpolitik.

Es ist charakteristisch, daß diese Burgfriedensdurchhaltegründung in ihrem Namen das Wort „Freiheit“ als Köder voranstellt, während sie im Aufruf das wahre und einzig ernste Ziel ungeniert an die Spitze stellt. Da nun Durchhalten und Siegen das sicherste Mittel zur Hintertreibung jeder „Freiheit“ ist, also das Wort Freiheit in seinem Namen eine Lüge und nur das Wort „Vaterland“ im Sinne der herrschenden Klasse wahr ist, so müßte der Bund sich ehrlicher Weise benamen: „Bund für ‚Vaterland‘ und gegen Freiheit“ — noch deutlicher: „Bund für die herrschenden Klassen und den Krieg — gegen Frieden und Volksrechte“.

Die neue „Sozialdemokratie“.

Das „Neue“ an der schwarz-weiß-roten Sozialdemokratie, die auf dem Würzburger Parteitag ihre ultrareformistischen Nacktänze aufführte und die Richtigkeit unserer Auffassung über die Wurzeln ihrer Kriegspolitik schlagend in fast soziologischen Formeln bestätigte, dieses „Neue“ an ihr — der grobe Opportunismus, der unverhüllte, dirnenhaft aufdringliche Ministerialismus, die Katzbuckelei und Hundewinselei vor den Herrschenden, die staatsmännischen Harlekinaden, die Verrätereien und Uebertölpelungsversuche gegen die Volksmassen — all das ist nicht neu, sondern so alt wie jenes dritte Geschlecht der politischen Weibmänner, Prinzipschacherer, Wirrköpfe und Schurken. Neu ist nur die Bezeichnung dieser Eigenschaften mit dem anständigen Namen Sozialdemokratie.

Welchen Wert diese „neue Sozialdemokratie“ für die herrschenden Klassen besitzt, zeigt die Haltung der bürgerlichen Parteien der Reichstagsmehrheit; ja selbst der „Deutschen Tages-

zeitung“, wo die prinzipielle Bereitschaft auch der Konservativen, mit ihnen zusammenzuarbeiten, deutlich ausgesprochen wird. „Zeugnisse unserer vermehrten Macht“ sagen David und Gelichter. Jeder Nicht-David weiß: Zeugnisse ihrer Brauchbarkeit zur Korruption, Verderbnis, Schwächung, Entnervung der Arbeiterklasse!

Mehrheitspolitik und Reformen:

Was etwa an Reformen heute erzielt wird, wird es nicht durch, sondern trotz der Mehrheitspolitik; durch die Opposition gegen die Mehrheitspolitik und die Sorge vor ihrem Wachstum.

Selbst diese kümmerlichen Federn, mit denen sich die Scheidemannen heute schmücken oder in Zukunft schmücken werden, sind fremde Federn.



Die Fragen der Weltrevolution in der Beleuchtung des inter- nationalen Menschewismus.

I.

Ein „neues Wort“ des internationalen Menschewismus.

Als die russischen Arbeiter und Bauern im Oktober 1917 die Herrschaft der Bourgeoisie vernichteten und die Macht in ihre eigenen Hände nahmen, werteten die rechten Menschewiki, die Sozialpatrioten, dieses geschichtliche Ereignis als Verbrechen, die linken Menschewiki, die Internationalisten des Typus Martow aber — als politisches Abenteuer. Nach der Pfeife der Menschewiki tanzte Karl Kautsky, und in seiner Broschüre über „Diktatur und Demokratie“, herausgegeben im Sommer 1918, verweigerte der gewesene Theoretiker der II. Internationale der russischen Revolution seine Anerkennung. Seitdem sind noch zwei Jahre ins Land gegangen. Die Sowjetmacht hat ihre Feinde einen um den anderen aufs Haupt geschlagen und ist zum wichtigsten, zum größten Faktor der internationalen Politik geworden. Der russische Menschewismus war gezwungen, die Sowjetmacht nicht nur als geschichtliche, sondern auch als progressive Tatsache anzuerkennen. Zu allen Zeiten des Ringens zwischen Sowjetmacht und Gegenrevolution waren die Menschewiki gezwungen, ihre Gesinnungsgenossen zur Verteidigung der Sowjetmacht als Organ der Revolution aufzufordern. Die Diktatur des Proletariats, sagten bisher die Menschewiki, führt zum Triumph der junkerlichen, der kapitalistischen Gegenrevolution. Jetzt ist die Sowjetmacht in ihren Augen ein Bollwerk der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische und junkerliche Gegenrevolution, während die sogenannte Demokratie in Deutschland wie in Oesterreich zum Sieg der Gegenrevolution führt. Gleichzeitig wachsen die Sympathien des internationalen Proletariats für die Sowjetmacht, sie wird zu seinem Leitstern.

Die nackte Verneinung der Politik der Sowjetmacht, ein Kampf, so wie ihn Kautsky geführt hat, hat nun zur Folge, daß die Arbeiter die Reihen der menschewistischen Parteien verlassen. Der inter-

ationale Menschewismus vermag nicht mehr die Stellung Kautskys zu behaupten. Er verläßt sie, um den Kampf für die Grundidee des Menschewismus geschickter zu führen, die, abgesehen von verschiedenen literarisch-politischen Schattierungen, in der Verteidigung der reformistischen Idee besteht: Kompromiß des Proletariats mit der Bourgeoisie als Weg zum Sozialismus. Otto Bauer, ein Schüler Kautskys, neben Rudolf Hilferding der Hauptvertreter des Kautskyanertums, hat vor einigen Monaten eine Broschüre in deutscher Sprache unter dem Titel: „Bolschewismus oder Sozialdemokratie?“ herausgegeben, die ein Muster dieser neuen Form des Kampfes gegen die Ideen der russischen Revolution, gegen die Ideen des modernen Kommunismus darstellt. Der Versuch Bauers, die menschewistische Taktik „auf eine neue Art“ zu begründen, ausgehend von der Anerkennung des Bolschewismus als eines progressiven Faktors für Rußland und seiner Verneinung für Europa, hat, wie der Leser sehen wird, den gleichen Bankrott erlitten wie der Versuch seines Lehrers Kautsky, den Bolschewismus einfach „nicht anzuerkennen“.

II.

Die Anschauungen Otto Bauers.

Nach der geschichtlichen Einleitung über die soziale Entwicklung Rußlands, wo Bauer durch viele Zitate und Ziffern beweist, daß er, um mit Puschkin zu sprechen, „irgend etwas und irgendwie ein wenig studiert hat“, geht er zu der Betrachtung des sozialen Inhalts der russischen Revolution über und gelangt zu der Ueberzeugung, daß der politische Sieg des Proletariats der Bauernschaft geholfen hat, ihre sozialen Ziele zu erreichen.

Die Bauernschaft hat dem Proletariat geholfen, die Herrschaft der Gutsherren und Kapitalisten zu vernichten, weil das Proletariat ihr geholfen hat, den junkerlichen Boden zu bekommen und die Ueberbleibsel des Feudalismus zu liquidieren. Das Proletariat in Person der kommunistischen Partei versuchte weiterzugehen, vom Privateigentum an Grund und Boden zur wirklichen Sozialisierung des Grund und Bodens durch Schaffung von Sowjetwirtschaften überzugehen. Als es aber auf einen energischen Widerstand der Bauernschaft stieß, ließ es von diesem Ziel ab, und auf diesem Verzicht beruht die Sowjetmacht.

„Der russische Bauer ist noch kein „politisches Lebewesen“. Nur der Kampf um das Herrenland hat ihn in den Strudel der Geschichte hineinzureißten vermocht. Sobald das Herrenland

erobert und sobald der neuerrungene Besitz gesichert ist, fällt er wieder in den Zustand der politischen Indifferenz zurück. Läßt ihn die Sowjetmacht in seinem Dorfe ungeschoren, dann kümmert er sich nicht darum, was die Sowjetmacht in den Städten treibt. So scheidet der Bauer aus dem Getriebe der Geschichte aus; er sinkt wieder in den engen Kreis seiner rein lokalen Interessen, wieder in die Tiefe geschichtslosen Daseins zurück. Auf der Bühne der Geschichte bleibt das Proletariat mit der Bourgeoisie allein. Darauf beruht die Herrschaft des Proletariats. Und nur wenn die Proletarierherrschaft von der Konterrevolution bedroht ist, hinter deren Bataillonen der Feudalherr auf sein Landgut zurückzukehren hofft, dann erhebt sich auch der Bauer, um gemeinsam mit dem Proletariat den gemeinsamen Feind abzuwehren.“ (Seite 42—43.)

Die Sowjetverfassung spiegelt nach der Meinung Bauers diese Lage wider und festigt sie gleichzeitig, indem sie den Bauern in den Sowjets weniger Rechte gibt als den Arbeitern. Aber sogar diese Verfassung könnte bei dem zahlenmäßigen Uebergewicht der Bauern zu einer Waffe ihrer Herrschaft werden, wenn nicht die Tatsache bestände, daß die Sowjetmacht die Bourgeoisie so gründlich zerrieben hat, daß sie bereits nicht mehr imstande ist, zu einem organisierenden Mittelpunkt für die Bewegungen der Bauernschaft zu werden. Die Bauernschaft selbst ist aber zu wenig kulturell entwickelt, um imstande zu sein, die Herrschaft des Proletariats zu überwinden.

Jedoch in dem Maße, in dem unter dem Einfluß der Arbeit der Sowjetmacht das Bewußtsein der Bauernschaft wachsen wird, wird sie gestützt auf die Sowjetverfassung, zur Macht gelangen, wird sie in Rußland die Demokratie einführen. Was wird dann die soziale Natur der Demokratie sein? Darauf antwortet Bauer mit der gewöhnlichen menschewistischen Schilderung des Entwicklungsganges der Arbeiterklasse unter der Sowjetmacht. Ein Teil der Arbeiterklasse kehrt zurück ins Dorf, ein Teil geht mit den Waffen in der Hand die Sowjetmacht verteidigend, zugrunde, ein Teil tritt in die Reihen der Sowjetbürokratie. Die übrige Masse ist nicht imstande, genügend Energie und Selbständigkeit an den Tag zu legen, die nötig wäre zur Organisation der sozialistischen Wirtschaft.

Die Sowjetregierung schafft zu diesem Zweck ein System bürokratischer Industrieverwaltung, „es ist eine sozialistische Gesellschaft, die da entsteht. Denn die Sowjetmacht hat die Arbeitsmittel den Kapitalisten entwunden, den Arbeitsprozeß von der Herrschaft des Kapitals befreit, die Verfügung über den Arbeitsertrag den Kapitalisten entrissen und sie selbst organisiert, jetzt in-

dem sie über die Arbeitsmittel und über die Arbeitskräfte des Landes nach ihrem Plan verfügt, eine planmäßige, unmittelbar gesellschaftliche Arbeit und eine planmäßige, unmittelbar gesellschaftliche Verteilung des Arbeitsertrages. Aber wenn das Sozialismus ist, so ist es doch ein Sozialismus besonderer Art, ein despotischer Sozialismus. Denn der Sozialismus bedeutet hier nicht, daß das arbeitende Volk selbst über seine Arbeitsmittel verfügt, seinen Arbeitsprozeß leitet und seinen Arbeitsertrag verteilt. Er bedeutet vielmehr, daß eine aus dem Volke herausgelöste, nur eine winzige Minderheit des Volkes repräsentierende, über den Volksmassen thronende Staatsgewalt über die Arbeitsmittel und über die Arbeitskraft, über den Arbeitsprozeß und über den Arbeitsertrag des Volkes verfügt und mit ihren Zwangsmitteln alle Kräfte des Volkes ihrem Arbeitsplan unterwirft, in ihre Arbeitsorganisation einspannt.“ (Seite 62—63.)

Nun und? Verneint Bauer die Notwendigkeit einer solchen Politik? Hält er sie für eine Rückkehr zu den Zeiten Araktschejews, wie es die Menschewiki während der Diskussion über die Arbeitsarmeen sagten? Nein! Mit süßsaurer Miene erklärt er das von ihm geschilderte Bild durch das niedrige Kultur-niveau des jungen russischen Proletariats und schreibt: „Auch die Grundsätze der Demokratie sind nicht „ewige Wahrheiten“. Auch die Demokratie ist Entwicklungsprodukt und Entwicklungsphase. Nur auf bestimmter Entwicklungsstufe der Produktivkräfte, der Klassenkämpfe, der kulturellen Reife der Masse ist Demokratie möglich. Wo diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, ist der Despotismus einer vorgeschrittenen Minderheit eine „transitorische Notwendigkeit, ein zeitweilig unentbehrliches Instrument des historischen Fortschrittes.“ (Seite 63) Das, was Rußland jetzt durchmacht, ist gerade das, was Marx 1847 in Deutschland erwartete.

Was wird aber aus diesem despotischen Sozialismus, wenn sich das kulturelle Niveau der Bauern hebt und wenn sie, wie Bauer prophezeit, ihre Herrschaft aufrichten? Weiß der Teufel, antwortet Bauer, wahrscheinlich wird Rußland ein Gemisch von Privateigentum an Grund und Boden und von kapitalistischem Privateigentum der ausländischen Inhaber von Konzessionen und schließlich des Staatskapitalismus, den die Sowjetmacht entwickelt hat, bilden.

Das ist die neue menschewistische Philosophie, die sich in der Hauptsache auf die alte Philosophie Kautskys zurückführen läßt. Obgleich die Bauer und Hilferding und die kleineren Götter des menschewistischen Olympos Kautsky noch so verleugnen, so haben sie doch in allem Grundlegenden seine Anschauung über die russische Revolution als Uebergangsstufe zur bürgerlichen Ord-

nung beibehalten. Die 1918 ausgegebene menschewistische Parole „Zurück zum Kapitalismus!“, die Parole der russischen Menschewiki, von der sie sich nur in Worten losgesagt haben, erhält Bauer völlig in Kraft. Der ganze Unterschied zwischen Bauer und Kautsky besteht darin, daß Herr Bauer nach zweieinhalb Jahren siegreichen Kampfes Sowjetrußlands gegen seine Feinde gezwungen war, darauf zu verzichten, Sowjetrußland als historisches Abenteuer zu betrachten, und gezwungen war, ihm ein wissenschaftliches Attest zu geben und es als notwendige Stufe der geschichtlichen Entwicklung anzuerkennen. Vom geschichtlichen Standpunkt ausgehend, könnten wir jeglicher Polemik mit Bauer entsagen, denn ein höheres Attest als die Anerkennung der Tätigkeit der Sowjetmacht als die einzig mögliche revolutionäre Politik kann niemand fordern: eine unmögliche Politik kann ja niemand führen. Da es sich aber nicht um Atteste für die Sowjetmacht handelt, so lohnt es sich bei diesem Muster des Nichtverstehens der Geschichte, das das Haupt des europäischen Menschewismus an den Tag legt, zu verweilen.

III.

Die Bauersche „Philosophie“ der russischen Revolution.

1. Die Agrarfrage in der russischen und in der Weltrevolution.

Die Konjunktur, unter welcher die Arbeiterklasse Rußlands die Macht in ihre Hände nahm, ist eine ausschließliche. Kaum wird sich jemals eine Situation wiederholen, wo der Friedensdurst und das Verlangen der bewaffneten Bauernmassen nach Grund und Boden sich mit dem Kampf des Proletariats um die Macht vereinen. In allen unseren Erklärungen der Gründe für die langsame Entwicklung der internationalen Revolution haben wir immer darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse nirgends so leichte Vorbedingungen des Sieges finden wird wie in Rußland. Hier ist es aber zu Ende mit der ganzen historischen Wahrheit in der Analyse der russischen Revolution durch den österreichischen Menschewik. In zwei Hauptfragen, in der Frage über das Verhalten des Proletariats zur Bauernschaft in der Weltrevolution und über den wirtschaftlichen Aufbau der proletarischen Revolution hat der Menschewik Bauer nichts verstanden, und er mußte sich trotz seiner süß-sauren Phrasen über die geschichtliche Notwendigkeit des „despotischen Sozialismus“ im Lager der Gegenrevolution erweisen.

Überall in der Welt ist die Bauernschaft eine noch mehr konservative, eite noch mehr durch Eigentumsinteressen bestimmte bürgerliche Masse als in Rußland. Was beabsichtigt denn der Menschewismus in der europäischen Revolution mit dieser Masse zu tun? Sogar als Minderheit, wie das in Deutschland der Fall ist, bildet diese Masse eine genügende Kraft, um es dem Proletariat unmöglich zu machen, ihr eine sozialistische Produktionsmethode durch einen Akt der Staatsgewalt aufzudrängen. Daher wird es gezwungen sein, das Eigentum des Bauern an Grund und Boden vorläufig in Ruhe zu lassen. Wenn O. Bauer mit Schadenfreude fragt, wo denn der Sozialismus im russischen Dorfe sei, dann geißelt er nicht die russische, sondern die internationale Revolution, denn sie wird nirgends imstande sein, in ihrer ersten Periode die Sozialisierung der Landwirtschaft durchzuführen. In der sozialistischen Weltliteratur gibt es keinen einzigen ernstesten Schriftsteller, der nicht damit rechnet. Kann aber das siegreiche Proletariat das Dorf in Ruhe lassen, die Warenproduktion und die Freiheit des Handelns mit den landwirtschaftlichen Produkten zulassen? Das kann es nicht tun, weil der Hungertod die Arbeiterrevolution bedroht, es muß daher einerseits die Bauernschaft spalten, die Diktatur über ihren kapitalistischen Teil errichten, versuchen, durch neue Anteile an Grund und Boden, wo das möglich ist, die Kleinbauernschaft auf seine Seite zu bringen und sich auf die Organisation der Kleinbauernwirtschaften zu stützen. Die politische Ungleichheit der Großbauernmasse wird auch für die Weltrevolution zur Notwendigkeit, denn sie entspricht der Tatsache, daß die Bauernschaft sich immer unter dem Druck der Stadt befand. Diese Ungleichheit, die der formellen Demokratie widerspricht, entspricht nicht nur den Klasseninteressen des Proletariats, das nicht der schönen Augen der Demokratie wegen dem bürgerlichen Bourgeois gestatten kann, es zum Hungertode zu verurteilen. Diese Ungleichheit entspricht gleichzeitig auch den Interessen des geschichtlichen Fortschritts und dadurch in letzter Reihe den Interessen der mittleren Bauernschaft. Der Kapitalismus läßt es nicht zu, die Landwirtschaft schon jetzt zu einer technisch möglichen Höhe zu entwickeln und zu heben, nein, er hält sogar die wohlhabenden Bauern auf einem Niveau „idiotischen“ kulturellen Lebens zurück. Nur die Aufhebung der Trennung von Stadt und Land, nach welcher der Kommunismus strebt, gibt allein der menschlichen Entwicklung der Bauernmassen genügende Breite. Das ist das geschichtliche Recht der Diktatur des Proletariats über seine bürgerlichen Gegner. Bauer selbst muß anerkennen: „wäre Rußland eine demokratische Republik, so würden die kulturlosen russischen Bauern zur wehrlosen

Beute jedes Schlagworts, jeder Demagogie“. (Seite 47.) Wie verhält es sich aber „mit dem kulturellen“ Bauern aus Tirol oder Bayern, hat sich Bauer in seinem „demokratischen Oesterreich“ auf die Bauernmasse stützen können? Ist er nicht zum Opfer der bürgerlichen Demagogie der Antisemiten geworden, die die Bauernschaft den europäischen Kapitalisten verkaufen? Aber, antwortet Herr Bauer, Sowjetrußland hält sich ja nur deshalb, weil es den Großbauern in Ruhe gelassen hat, weil es sich geweigert hat, seine Diktatur auszunutzen, um die Bauernräte vorwärts zum Sozialismus zu treiben. Derselbe Herr Bauer sieht in unserer Verpflegungspolitik eine Äußerung der Arbeiterdiktatur über die Bauernschaft, was auch wirklich der Fall ist. Was aber das anbetrifft, daß wir nur langsam die höchsten Formen der Agrarwirtschaft entwickeln, daß wir sogar zeitweilig auf die spezifischen Formen des Kampfes gegen die wohlhabende Bauernschaft verzichten, so ist das nur eine taktische Maßnahme.

Die Behauptung Bauers, die Bolschewiki hätten gehofft, „daß der bäuerliche Kleinbetrieb, der soeben den feudalkapitalistischen Großbesitz besiegt und zerschlagen hatte, nun in schnellerer Entwicklung in einen sozialistischen Großbetrieb übergeführt werden könne“ (Seite 36) — diese Behauptung ist ganz und gar phantastisch.

An eine rasche Entwicklung des bäuerlichen Kleinbetriebs in einen sozialistischen Großbetrieb haben nur die Sozialisten-Revolutionäre gedacht. Bauer kann keinen einzigen kommunistischen Schriftsteller nennen, auf den er sich in seiner Behauptung beziehen könnte. Der Übergang vom bäuerlichen Kleinbetrieb zum sozialistischen Großbetrieb wird nur je nach dem Maße der Festigung der Arbeitermacht möglich sein. Nur in dem Maße, wie die Arbeitermacht das Getreidemonopol in vollem Umfange durchsetzt, nur in dem Maße, wie sie alle industriellen Produktionsmittel nicht nur in ihren Händen konzentriert, sondern die Produktion dermaßen vorwärtstreibt, daß sie imstande wäre, dem Dorf landwirtschaftliche Maschinen zur genossenschaftlichen und gemeinsamen Ausnutzung zu geben, werden die Proletarier imstande sein, das Hinüberleiten der Landwirtschaft in sozialistische Bahnen zu beginnen.

Die russische Revolution ist noch nicht imstande gewesen, das zu tun. Als erste, von allen Seiten von kapitalistischen Feinden umzingelte Revolution war sie gezwungen, ihre Kräfte gegen den Hauptfeind zu konzentrieren, das europäische Finanzkapital zu schlagen, das vorläufig gefährlicher für sie war als der kleine Kapitalist im Dorfe. In dem Maße, in dem es gelingen wird, die

Gefahr, die Sowjetrußland von dem Finanzkapital droht, mit Hilfe der Bauernschaft zu besiegen, die in der Sowjetmacht mit Recht ihre Waffe gegen die feudal-kapitalistische Gegenrevolution erblickt, in demselben Maße erwächst vor der Sowjetmacht die Frage des Kampfes für den allmählichen Übergang der Landwirtschaft zu den sozialistischen Wirtschaftsformen in ihrem ganzen Umfang. Die gesamte Tätigkeit der Sowjetmacht schafft durch die Hebung des kulturellen Niveaus der Bauernschaft diese Voraussetzung für die Sozialisierung der Landwirtschaft.

Doch die höchste Stufe der bäuerlichen Kultur, erklärt der Sozialdemokrat Bauer, wird die Diktatur des Proletariats über die Bauernschaft unmöglich machen. Wir werden einstweilen nicht dabei verweilen, daß die Diktatur des Proletariats gleichzeitig auch die Diktatur eines Teils der Bauernschaft, und zwar der ärmsten Bauernschaft, bedeutet.

Interessant ist hier folgendes: Unter welchen Bedingungen könnte das Wachstum des Klassenbewußtseins der Bauernschaft die proletarische Diktatur bedrohen? Nur unter der Bedingung der Festigung des Weltkapitalismus, nur wenn es dem Weltkapital, das sich in Westeuropa gefestigt hat, gelänge, die Sowjetmacht zu schwächen, ihr Monopol des Außenhandels zu zerstören, durch Konterbande und Privathandel den russischen Bauern mit Industrieprodukten zu versehen, die von uns zerstörten Mittelpunkte der russischen bürgerlichen Gegenrevolution wiederherzustellen — nur dann würde die Hebung des kulturellen Niveaus der russischen Bauernschaft ein Wachsen der bürgerlichen Gefahr für die Arbeiterdiktatur in Rußland darstellen. Und es gibt nichts Bezeichnenderes für den Menschewik Bauer, als daß er, indem er in Worten das Wachsen der internationalen Revolution und ihre Entwicklung anerkennt, sich in der Tat keine andere Umgebung der russischen Revolution vorstellen kann als den sieghaften Kapitalismus in Westeuropa.

Sowjetrußland weiß sehr gut, daß es zugrunde gehen müßte, falls der Kapitalismus in Europa siegte, und es hat sich immer als Vorhut der wachsenden Weltrevolution betrachtet, deren Schicksal damit verknüpft ist, ob die Reserven des westeuropäischen Proletariats rechtzeitig ihm zu Hilfe kommen können. Herr Bauer kann sich nicht vorstellen, daß ein solches Wunder geschehe. Wir lassen ihn in seinem menschewistischen Unglauben, aber auch er kann nicht verneinen, daß mit diesem seine Weisheit vom Siege des Großbauern über die Arbeiter in Rußland steht und fällt.

Anstatt mit der Miene eines erfahrenen Kenners der Agrarverhältnisse, der weiß, daß die Pferde Hafer fressen, über die Ten-

denzen der Agrarentwicklung in Rußland zu schreiben, könnte er seine gesamte Philosophie auf den knechtischen Ausruf beschränken: „Warum habt Ihr, russische Arbeiter, zu den Waffen gegriffen? Der Weltkapitalismus ist unbesiegbar, er wird Euch zerschmettern!“

Das war die Überzeugung des Menschewik Bauer auch 1917, als er sich als Kriegsgefangener in Rußland befand und in seiner Broschüre, herausgegeben unter dem Pseudonym Weber, die Unmöglichkeit der Arbeiterdiktatur in Rußland beflissen war zu beweisen. Die Arbeiterdiktatur ist nunmehr Tatsache geworden. Bauer ist gezwungen, diese Tatsache sogar für fortschrittlich zu halten. Nun, so sucht er den russischen Arbeitern zu beweisen, daß die Geschichte mit ihnen gescherzt habe, daß unter dem Anschein ihrer Diktatur die Diktatur der kommunistischen Partei über das Proletariat errichtet sei.

2. Diktatur der Klasse und der Partei.

Dieses Liedchen von der Kommunistischen Partei in Rußland über das russische Proletariat hat der „originelle“ Wiener Denker von Kautsky übernommen. Kautsky ist dafür den russischen Menschewiki verpflichtet, die es ihrerseits der russischen Bourgeoisie entlehnt haben, die, wie bekannt, die Sage von der Kommissarenherrschaft, von der Selbstherrschaft der Kommunistischen Partei über das ganze russische Volk verbreitete.

Die Philosophie des Menschewik Bauer finden wir in allen Aufrufen von Denikin und Koltschak, nur mit dem Unterschied, daß diese Gesinnungsgenossen des Wiener menschewistischen Philosophen noch hinzufügen, daß die Partei der russischen Kommunisten, die den Willen des russischen Volkes vergewaltigt, einzig und allein aus Juden besteht. Bauer, der vor kurzem noch mit den Antisemiten im Ministerkabinett der berüchtigten österreichischen demokratischen Republik saß, die auf Rechnung der Wohltätigkeit der Entente lebt, benutzt aus natürlichem Edelmut nicht das Argument vom „jüdischen“ Charakter der Sowjetdiktatur. Darin besteht der ganze Unterschied der Bauerschen Philosophie von der Wrangelschen Philosophie der russischen Revolution. Um was handelt es sich denn? Woher diese Ähnlichkeit, die einen Teil der Menschewiki sogar zum aktiven Kampf mit den Waffen in der Hand gegen die Sowjetmacht führt? Ein Teil der Menschewiki läßt sich daher herab bis zum Koltschakentum, weil er — überzeugt von der Unmöglichkeit einer anderen Ordnung als der kapitalistischen in Rußland — gezwungen ist, ob er will oder nicht, in

das Lager der Bourgeoisie zu geraten. Der andere Teil der Menschewiki aber unterscheidet sich durch einen Stumpfsinn anderer, „delikatere“ Art. Er ist nicht imstande, die Rolle der revolutionären Vorhut im Verhältnis zu der Klasse, an deren Spitze sie steht, zu verstehen. Zu dieser zweiten Kategorie gehört Otto Bauer.

Wenn Wrangel über Kommissarherrschaft lamentiert, so ist selbstverständlich, daß das nichts anderes bedeutet, als den Wunsch Wrangels, als Selbstherrscher im Namen der Großgrundbesitzerklasse zu regieren. Wenn Otto Bauer von der Diktatur der Kommunistischen Partei über das Proletariat spricht, so bedeute das, daß er weder den Mechanismus der bürgerlichen Revolution, noch die Logik der proletarischen Revolution versteht. Hat denn in der französischen Revolution die gesamte Masse der Bourgeoisie selbst den revolutionären Kampf geführt, ihn selbst geleitet? Der ökonomisch vorgeschrittene Teil der Bourgeoisie war an die alte Ordnung gebunden, war mit dem Feudalismus dermaßen verknüpft, daß er nur eine Reform der alten Ordnung, ihre Anpassung nicht an die Bedürfnisse der kapitalistischen Entwicklung, sondern an die eigenen Gruppeninteressen der Bankiers und Großgrundbesitzer anstrebte. Die Sache der bürgerlichen Revolution befand sich in Händen der kleinbürgerlichen Massen, die die Ziele der Revolution im Kampf gegen die ökonomisch führende Schicht der Bourgeoisie verwirklichten. Es wäre aber ein Irrtum anzunehmen, daß sogar das Kleinbürgertum als Klasse in seiner Gesamtheit eine führende revolutionäre Rolle spielt. Es genügt an die Desertationen zu erinnern, gegen welche die revolutionäre Staatsgewalt einen verzweifelten Kampf zu führen hatte; und die Deserteure bildeten einen bedeutenden Teil derselben Bauernschaft, der die Revolution die Freiheit gegeben hatte. Es genügt mit der Stellung bekannt zu werden, die die kleinbürgerlichen Schichten einnehmen, die mit der Produktion von Luxusgegenständen beschäftigt sind. Es genügt an die Bewegungen zu erinnern, die durch die Teuerung hervorgerufen wurden, es genügt an die gesamte Politik der Jakobiner und der sogenannten „Tollen“ zu denken, um zu verstehen, daß sogar in Revolutionen, deren Aufgabe gerade die Verwirklichung der Demokratie war, die Volksmasse, in deren Interesse und in deren Namen sich der Kampf entwickelte, eine entscheidende Rolle in allen großen Revolutionskämpfen nur unter der Führung und Leitung, unter der eisernen Diktatur der Jakobinerpartei spielte. In der Revolution entscheiden die Massen. Nur die Klasse siegt, die, die Tendenzen der geschichtlichen Entwicklung vertretend, es versteht, in entscheidenden Augenblicken eine verhältnismäßige Mehrheit der Kämpfer um sich zu sammeln. Wir betonen,

es handelt sich nicht um eine formelle arithmetische Mehrheit, sondern um ein verhältnismäßiges Übergewicht der aktivsten, der tatkräftigsten, der beweglichsten sozialen Elemente. Diese Elemente, geführt von einer von ihnen selbst geschaffenen Partei, unterordnen ihrer Diktatur nicht nur die feindlichen Klassen, sondern auch die eigene Klasse, wenn sie voll Unentschiedenheit schwankt, wenn sie unter dem Einfluß des Elends in Verzweiflung gerät und bereit ist, ihre eigene Sache, die Sache ihrer Zukunft zu verraten. Die Diktatur des vorgeschrittenen Teils der revolutionären Klasse widerspricht nicht der Diktatur der Klasse als Ganzes, sondern ist eine Bedingung dieser Diktatur. Erst nachdem die Bourgeoisie alle ihre Kräfte in die eiserne Faust der Jakobinerpartei versammelt hatte, erst nachdem sie sich der Diktatur dieser Partei untergeordnet hatte, konnte die Bourgeoisie die feudale Ordnung besiegen.

Wie verhält es sich aber mit der Diktatur der Bourgeoisie in einer Periode zugespitzten Kampfes? Herrscht sie dann als Ganzes, verwirklicht sie dann als Ganzes ihre Diktatur? Sie verwirklicht sie in Person der meist reaktionären, standhaftesten, entschiedensten Elemente, die zur Durchführung ihrer Politik oft gezwungen sind, Diktatoren zu sein, sogar gegen den Willen eines Teiles ihrer eigenen Klasse. Was bedeutet der Kampf der linken liberalen Elemente Englands gegen die Politik Churchills und Curzons, die Lloyd George verhüllt? Er bedeutet die Tatsache, daß ein Teil der kapitalistischen Klasse Englands, der an der Möglichkeit einer offenen Diktatur des Kapitals zweifelt, den notwendigen Maßnahmen dieser Diktatur Widerstand leistet. Die Diktatur der Bourgeoisie wird durchgeführt nicht nur als Diktatur über die Arbeiterklasse, sondern auch als Diktatur der entschiedeneren Elemente der Bourgeoisie über die weniger entschiedenen.

Kann das Verhalten des vorgeschrittenen Teils der Arbeiterklasse zu der Klasse als Ganzem während der Revolution grundsätzlich ein anderes sein als in den Epochen früherer Revolutionen? Ist die Diktatur der Arbeiterklasse als Ganzes denkbar, d. h. eine Diktatur, die nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse als Ganzes durchgeführt wird, sondern von ihr selbst als Ganzes durchgeführt wird? Es genügt, an ein solches ABC des Marxismus, daran zu erinnern, daß der Begriff der Arbeiterklasse nur eine gewisse Kategorie von Personen zur Grundlage hat, die eine bestimmte Rolle in der Produktion der kapitalistischen Gesellschaft spielt, und zwar die Rolle der Verkäufer ihrer Arbeitskraft. Außerhalb dieses zusammenfassenden Merkmals finden wir in der Arbeiterklasse verschiedene Schichten mit verschiedenem Lebensniveau, mit ver-

schiedener Kulturstufe, mit verschiedenen geschichtlichen Traditionen. Der Prozeß der ökonomischen Entwicklung nivelliert in bedeutendem Maße die ökonomische Lage und das Geistesleben der Arbeiterklasse. Er versetzt ihre Mehrheit in die Lage einer Masse, die gleichzeitig kulturell entwickelt, voll politischen Interesses und materiel nicht versorgt ist. Dieser geschichtliche Prozeß beseitigt aber nicht völlig die Existenz einer bevorzugten Schicht in dieser Klasse, die durch Vorteile und Traditionen mit der Bourgeoisie verknüpft ist und vernichtet auch nicht das Vorhandensein dermaßen unterdrückter und erniedrigter Schichten des Proletariats, daß sie sogar nicht imstande sind, an einen Kampf zu denken. Wie sollen sich nun die vorgeschrittenen Arbeiter, die Arbeitervorhut, zu den aristokratischen Schichten des Proletariats verhalten, die nicht gegen die Bourgeoisie kämpfen wollen, und zu den erniedrigten und unterdrückten Schichten, die nicht imstande sind zu kämpfen? Es versteht sich, daß die Vorhut vor allen Dingen versuchen soll, durch Agitation diese Massen zu ihrem Niveau, zum Verständnis der geschichtlichen Aufgaben im ganzen zu heben, andererseits soll sie bereit sein, die Widerstandskraft der mit der Bourgeoisie verbundenen Elemente zu brechen, endlich soll sie durch Beispiel, durch Tat den Glauben an den Sieg in den zurückgebliebenen Schichten erwecken. Die Diktatur des Proletariats in der Revolution bis zu ihrem endgültigen Siege wird die Diktatur seiner vorgeschrittenen Elemente sein. Wie stark und groß der vorgeschrittene Teil des Proletariats im Vergleich zu der gesamten Klasse sein wird, davon hängt in bedeutendem Maße die Lösung der Frage ab, ob die Revolution zum Siege oder zur Niederlage der Arbeiterklasse führen wird. Wer aber das Recht des vorgeschrittenen Teils des Proletariats, die Diktatur über die gesamte Arbeiterklasse zu verwirklichen, verneint, der verneint die Diktatur des Proletariats selbst.

Bauer kann sagen: „Ja, ich bin doch ein Gegner der Diktatur des Proletariats, ich bin doch für die Demokratie.“ Wir antworten ihm: „Sie irren sich, Herr Bauer. Sie haben Kant gelesen, sie haben sich mit Philosophie beschäftigt, aber mit ihrer Philosophie der russischen Revolution klappt es nicht. Sie haben ja gesagt, daß die Oktoberrevolution und die durch sie geschaffene Sowjetordnung nicht nur eine geschichtliche Notwendigkeit ist, sondern der einzige Weg zur Liquidation der junkerlich-feudalen Ordnung in Rußland. Wir wollen nicht mit Ihnen darüber streiten, ob es auch der einzige Weg zur Durchführung des Sozialismus in Rußland ist. Wollen wir nur bei dieser geschichtlichen Aufgabe verbleiben, die Sie gnädigst für die russische Revolution anerkannt

haben, und wir fragen: wie konnte man in Rußland die Großgrundbesitzerordnung liquidieren ohne den Widerstand jenes Teils der Arbeiterklasse zu brechen, der der menschewistischen Partei und den Sozialrevolutionären folgte, wenn die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die die Koalitionspolitik trieben, mit der Großgrundbesitzerklasse verbunden waren? Sie erkennen den Sieg der Arbeiterklasse, der Sowjetmacht über die gutsherrlich-kapitalistische Gegenrevolution, über Judenitsch, Kolttschak, Denikin und über die hinter ihrem Rücken stehende Entente als eine große Tat an. Wie können Sie dann aber den vorgeschrittenen Teilen des Proletariats vorwerfen, daß sie in Person der kommunistischen Partei ihre Politik den Teilen des Proletariats aufdrängen, die zurückgeblieben von ihrer Vorhut, gequält von Hunger und Kälte, auf eigene Initiative dem Feind vielleicht nicht genügend tatkräftigen Widerstand geleistet, nicht mit genügender Energie gekämpft hätten? Über die geschichtliche Notwendigkeit der Oktoberrevolution, über ihre fortschrittliche Bedeutung sprechen und gleichzeitig den fortgeschrittenen Arbeitern einen Vorwurf machen wegen der Errichtung der Diktatur der kommunistischen Partei, das heißt mit anderen Worten heucheln oder unsinniges Zeug schwatzen.

Wenn aber dieser Hauptvorwurf unbegründet ist, wenn die Diktatur der Kommunistischen Partei in Rußland die Diktatur des russischen Proletariats bedeutet, dann ist alles andere, was Otto Bauer über den „despotischen Sozialismus“, über den Sieg der Bürokratie usw. sagt, leeres Geschwätz. Sowjetrußland befindet sich drei Jahre im Kriegszustande. An den Fronten ist wenigstens ein Drittel der Kommunistischen Partei, die energischsten, die besten Vertreter der Arbeiterklasse. Herr Bauer aber, der angeblich diesen Kampf mitfühlt, fragt: Wo sind denn Eure Sowjets? Die Sowjets sind der vorgeschrittenste Teil des Proletariats, die besten Organisatoren, die besten Agitatoren der russischen Arbeiterklasse. Wo sind sie? An der Front. Sie leiten dort den gesamten Heeresapparat, sie sind seine Seele. Ja, der Krieg hat in bedeutendem Maße die Sowjetform der Diktatur des Proletariats berührt, er hat alle administrativen Arbeiterorgane eingeschränkt.

Er hat eine übermütige Entwicklung des bürokratischen Apparats hervorgerufen, die jedoch nicht imstande ist, den proletarischen Charakter Sowjetrußlands zu beseitigen, denn alle Organe, die seine soziale und ökonomische äußere Politik leiten, sind aus der Arbeiterklasse erwachsen, mit ihr verbunden, stehen unter der unmittelbaren Kontrolle der Kommunistischen Partei, der

Partei des revolutionären Teils des russischen Proletariats. Daß diese Partei ihren Einsatz nicht auf die revolutionäre Bürokratie, sondern auf die Organisation der Arbeiterklasse, auf die Arbeiterdemokratie setzt, beweist am besten folgende Tatsache: Sobald es scheint, daß die Flut des Krieges zurückgegangen ist, stellt die Kommunistische Partei die Frage der Entfaltung der Organe der Arbeiterdiktatur auf die Tagesordnung. Die erste Frage, die sie im Frühling dieses Jahres auf die Tagesordnung stellte, als es schien, daß der Friede nicht mehr weit ist, war die Frage über die Rolle der Gewerkschaften in dem wirtschaftlichen Aufbau. Die erste Losung, mit der sie sich im Augenblick der Zerschmetterung Wrangels an das Proletariat wendet, ist die Frage der Festigung und Erweiterung der Arbeiterdemokratie, des Kampfes gegen die bürokratische Gefahr durch Festigung der Organe der Arbeiterdemokratie. Bauer weist auf die Verfassung unserer nationalisierten Industrie hin. Er behauptet, daß sie nicht Selbstverwaltung der Arbeiterklasse ist. Wenn er aber kein grundsätzlicher Gegner der Ausnutzung bürgerlicher Fachleute und Techniker in der sozialistischen Produktion ist — was nicht nur Idiotismus wäre, sondern auch allen Anschauungen Bauers widerspräche — welche andere Form der Verwaltung der Industrie könnte Bauer erfinden außer derjenigen, die in Rußland besteht: die Organisation der Verwaltung, bestehend aus Vertretern des Arbeiterstaates und der Gewerkschaften. Die einzig denkbare Form, die sich von der in Rußland existierenden unterscheiden würde, das wäre die Übergabe der Industrie in die Hände der Gewerkschaften. Bauer ist ja aber Kautskyaner und nicht Syndikalist, und man kann nicht annehmen, daß er Syndikalist geworden wäre. Wenn dem aber so ist, was gibt es dann Positives in seiner Kritik? Nichts als völliges Unverständnis der Revolution, nichts als Wut gegen die proletarische Revolution, versteckt unter süßsauren Phrasen.

„Ihre Presse ist voll von Enthüllungen des Bürokratismus, der den ökonomischen Sowjetaufbau Sowjetrußlands zerfrißt“ — wird Herr Bauer antworten. Das beweist, daß er in Rußland russisch gelernt, aber leider nicht zu denken gelernt hat. Wissen ist nicht nur Kenntnis der Tatsache, sondern auch Kenntnis der Ursachen.

Die Ursache des Geschwürs des Bürokratismus, gegen welches die Sowjetmacht und die Kommunistische Partei ankämpft, ist die Tatsache, daß sie gezwungen war, ihre besten Organisatoren nicht der Arbeit des wirtschaftlichen Aufbaues zuzuwenden, sondern der Verteidigung des Lebens der Revolution. Wer das nicht verstanden hat, der hat nichts verstanden und will nichts verstehen.

Herr Bauer ist äußerlich einen Schritt weitergegangen als

Kautsky. Er hat die Sowjetrepublik als fortschrittlichen Faktor anerkannt. In der Tat hat er weder ihr Wesen, noch ihre Methoden und Perspektiven verstanden. In der Tat ist er um keinen Schritt weitergegangen als sein Lehrer. Er hat nur von der untergegangenen k. k. österreichisch-ungarischen Monarchie die lebenswürdige Heuchelei geerbt, die ihm dennoch nicht gestattet, seinen gegenrevolutionären Sinn zu verstecken. Und dieser gegenrevolutionäre Sinn bricht sich mit noch mehr Klarheit Bahn, wenn Herr Bauer von der Analyse der russischen Revolution zu den Perspektiven der Weltrevolution übergeht.

IV.

Die Hindernisse der Revolution des Westens.

Der zweite Teil der Bauerschen Broschüre ist den Problemen der europäischen Revolution gewidmet. In der Tat ist aber das Thema der tiefsinnigen Erörterungen dieses Revolutionärs ein ganz anderes. Unter dem Anschein des Suchens nichtrussischer Bahnen für die europäische Revolution sucht er nicht mehr und nicht minder zu beweisen, als daß die proletarische Revolution in Europa überhaupt unmöglich ist.

Bauer beginnt mit der gewöhnlichen Gegenüberstellung des Kräfteverhältnisses in Rußland und Westeuropa. Bestrebt, Grund und Boden zu bekommen, folgte die Bauernschaft Rußlands den Arbeitern, in Westeuropa bildet sie eine geschlossene Front, die gegen die Arbeiter gerichtet ist. In Rußland, sagt Bauer, war die Bourgeoisie schlecht organisiert. Im Westen sind die Intellektuellen mit zehnmal festeren Banden mit dem Kapitalismus verknüpft als in Rußland, aber „ohne Mitwirkung der Intelligenz kann kein Staat verwaltet, keine Fabrik betrieben, keine Volkswirtschaft organisiert werden“ (S. 76.) Den Widerstand der Intellektuellen hält Herr Bauer für das stärkste Hindernis der proletarischen Revolution in Europa. In Rußland, sagt er weiter, bilden die Arbeiter einen unbedeutenden Teil der Bevölkerung. Das landwirtschaftliche Gebiet ist ungeheuer groß und man kann sich irgendwie durch Requisitionspolitik ernähren. Anders gestaltet sich die Lage in Westeuropa. Hier führt jede Erschütterung des komplizierten wirtschaftlichen Apparates zu einer Hungerkatastrophe, in der die Revolution untergehen wird. Die russische Revolution hat den alten Staatsmechanismus radikal vernichtet, „aber eine so gewaltsame, so langwierige, die Ununterbrochenheit der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung so völlig zerreißende Operation

erträgt der robuste Körper eines Agrarlandes; der empfindlichere Organismus eines Industriestaates würde an ihr zugrunde gehen. In West- und Mitteleuropa wird die proletarische Revolution darauf bedacht sein müssen, daß der gesellschaftliche Stoffwechsel nicht unterbrochen wird. Sie wird daher keine kapitalistische Organisation zerstören dürfen, ehe nicht die sozialistische Organisation bereit steht, die sie ablösen und ihre Funktionen weiter versehen soll.“ (Seite 81.)

Das sind aber nur die inneren Schwierigkeiten der Revolution. Es gibt noch äußere. Wie können denn, fragt Herr Bauer, die europäischen Länder ohne amerikanische Baumwolle, ohne australische Wolle, ohne amerikanisches Gummi leben? Es fällt ihnen schon jetzt schwer, sie zu bekommen, denn die ruinierte Wirtschaft Europas liefert keine Äquivalente zum Austausch gegen die Erzeugnisse. Was würde aber erst im Falle einer gewaltsamen Revolution geschehen? Daher muß man... den Sozialismus überhaupt verabschieden? — fragen wir. Nein, Gott bewahre, antwortet Herr Bauer, man muß nur eine solche Revolution machen, die den Kapitalisten und Grundbesitzern keinen Schmerz bereitet. Er schlägt nicht mehr und nicht minder vor als eine langsame, allmähliche Nationalisierung nur derjenigen Industriezweige, die dazu völlig vorbereitet sind, wobei der Kapitalist in einigen Fällen auch weiter die Fabrik verwaltet und nur unter gesellschaftlicher Kontrolle steht, in anderen aber die Verwaltung an Staatsorgane übergeht, von denen weiter unten die Rede sein wird. Jedenfalls bekommt der Kapitalist völligen Schadenersatz, das Recht auf den Mehrwert ist ihm sichergestellt. Es versteht sich, daß alle Hypotheken, alle Bankdepositen und alles übrige, was den Kapitalisten die Möglichkeit sichert, ohne Arbeit zu leben, unberührt bleibt. Nur auf diese Weise kann man den Untergang der Revolution durch die Anarchie vermeiden. Bevor wir die „anständige“ Revolution Herrn Bauers näher betrachten, wollen wir bei seinen Voraussetzungen verweilen.

Eine Vorbedingung revolutionärer Politik ist immer die nüchterne Wertung der Wirklichkeit. Darum ist der moderne Kommunismus bestrebt, aufs genaueste, auf das eindringendste die Eigentümlichkeiten der Lage in jedem Lande zu studieren. Er schließt niemals die Augen vor Schwierigkeiten, die die Revolution erwarten. Das nüchterne Inbetrachtziehen der wirklichen Verhältnisse ist eins, ein anderes Ding aber ist die Feigheit des durch das internationale Kapital eingeschüchterten Kleinbürgers, der den „Marxismus“ nur benutzt, um sich und andere zu überzeugen, daß die Revolution unmöglich ist. Nachdem er aber diese Prozedur

durchgemacht hat, erinnert er sich, daß er ja für die Revolution ist, und dann beginnt er zu schwindeln. Er unterschiebt als Revolution etwas anderes, und zwar ein gewöhnliches kleinbürgerliches Geschäft mit dem Kapitalismus.

Herr Bauer hat das eine Auge weit geöffnet und sieht, wie stark die Bourgeoisie in Westeuropa ist. Er ist aber durchaus blind auf dem anderen Auge, mit welchem er die Stärke des Proletariats sehen könnte. Und er gelangt zu der folgenden ungeheuerlichen Schlußfolgerung: Es existiert eine ungeheure Stärke der Organisation des Kapitals und keine Stärke des Proletariats, obgleich jeder, der das ABC des Marxismus gelernt hat, versteht, daß die Konzentrierung der Macht des Kapitals ohne eine entsprechende Konzentrierung der Macht des Proletariats unmöglich ist.

Herr Bauer sieht und kennt die wohlhabende Bauernschaft, die zusammengeschlossen und konservativ ist; er sieht die modernen kapitalistischen Grundbesitzer; er sieht aber nicht das Dorfproletariat, das à la longue ein zuverlässiger Bundesgenosse des Proletariats ist als die Bauernschaft. Aber auch über die Bauernschaft äußert sich Herr Bauer als Bücherwurm und Doktrinär. Er erklärt offen, daß die Möglichkeit der Aufteilung von Grund und Boden an die wenigbesitzenden Bauern auf Kosten des gutsherrlichen Großbetriebes ausgeschlossen sei. Dieser ehrwürdige Gelehrte weiß aus den Büchern, daß die Wirtschaft in den Großbetrieben produktiver ist als die bäuerlichen Kleinwirtschaften. Daraus zieht er die Schlußfolgerung, daß wir im Namen des Fortschrittes, der Entwicklung der Produktivkräfte und unter Drohung eines Bannfluches keinen Grund und Boden den Bauern zuteilen dürfen. Dieser Marxismus ist kein Marxismus, denn letzterer besteht nicht darin, sich irgendeine Lehre einzupauken und dazu eine sehr oberflächliche, und zwar, daß der gutsherrschaftliche Großbetrieb ökonomisch höher steht als der bäuerliche Kleinbetrieb. Der Marxismus als Lehre über den Klassenkampf läßt die eventuelle Möglichkeit der Unterordnung der besonderen Interessen des Proletariats seinen allgemeinen Aufgaben. Und es sind Tausende von Situationen denkbar, in denen das Proletariat durchaus bewußt im Namen seines Sieges, dieser wichtigsten Vorbedingung der Hebung der Produktivkräfte der Menschheit überhaupt, auf ein politisches Kompromiß eingeht, das auf einem gewissen Gebiet, auf eine gewisse Zeit das Ersetzen einer höheren Wirtschaftsform durch eine minder hohe gewähren kann.

Noch schlimmer steht es mit den Vorstellungen Bauers über das Verhalten der Intellektuellen zur internationalen Revolution. Seine Behauptung, daß sich die Intellektuellen im Westen unbedingt

feindlicher gegen die proletarische Revolution verhalten werden, als das in Rußland der Fall war, ist durchaus unbegründet. Er zieht nicht die Tatsache in Betracht, daß während in Rußland die kapitalistische Entwicklung der letzten 10 Jahre den Intellektuellen, die bisher zur Arbeitslosigkeit und Brotlosigkeit verurteilt waren, glänzende Aussichten einer bevorzugten Lage eröffnete als Teilnehmer an der kapitalistischen Verwaltung der Wirtschaft, während die Märzrevolution ihnen Perspektiven der Ergreifung des Staatsapparats eröffnete, die Intellektuellen im kapitalistischen Europa einen Prozeß der Zersetzung und Proletarisierung durchleben. Ihre wirtschaftliche Lage verschlechtert sich in unaufhaltsamem Tempo. Sie sehen, daß die kapitalistische Klasse, die den Krieg nicht zu vermeiden vermochte, nicht imstande ist, einen Frieden zu schließen, der die Wiederherstellung der Wirtschaft zuließe. Anfangs wurde dieser Zersetzungsprozeß als Folge der „endlosen“ Forderungen der Arbeiterklasse dargestellt. Je mehr sich aber der Klassenkampf in Westeuropa unter dem Einfluß der kapitalistischen Zersetzung und der wachsenden Teuerung verschärfte, umso mehr beginnen die bürgerlichen Intellektuellen zu verstehen, daß die Revolution ein unausbleibliches Ergebnis des Zusammenbruchs des Imperialismus ist, daß die Revolution der einzige Ausweg der Menschheit aus dem wachsenden Elend, aus der wachsenden Desorganisation, aus dem künftigen sozialen Chaos ist, und wir beobachten überall eine Spaltung der Intellektuellen zwischen dem Lager der feudalkapitalistischen Gegenrevolution und dem Lager der proletarischen Gegenrevolution. Die Intellektuellen machen überall eine ideologische Krise durch. Sie stehen am Scheidewege, in ihrer Mitte gären revolutionäre Ideen. Es versteht sich, daß auch der revolutionäre Teil der Intellektuellen noch nicht unser zuverlässiger Bundesgenosse ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn z. B. das Proletariat jetzt in Deutschland die Macht ergriffe, ein bedeutender Teil der Intellektuellen auf seiner Seite wäre.

Wenn Bauer in seinen Bedenken über die Schwierigkeiten, die die proletarische Revolution im Westen erwarten, die revolutionären Tendenzen auf dem flachen Lande und unter den Intellektuellen außer acht läßt, dann ist seine Stellungnahme in der Frage über die Hungerkatastrophe, die der europäischen Arbeiterklasse im Falle einer proletarischen Revolution droht, direkt lächerlich. Sie erinnert durchaus an die Argumentation des Gogolschen Helden Chlestakow, der, als er sich mit Appetit, aber ohne Geld in einem Hotel befindet, von dem Hotelbesitzer ein Mittagessen fordert, letzteres dadurch motivierend, daß er sonst vor den Hund

kommt. Vor der ungeheuren Schwierigkeit stehend, die die Brotfrage zweifellos für die westeuropäische Revolution darstellt, sucht Bauer die Lösung dieser Frage nicht in den sich entfaltenden Kräften der Revolution, sondern wendet sich an die Kapitalisten mit der Erklärung: Meine Herren, wenn wir gegen Euch in offenen Kampf treten, dann kommen wir ganz vor den Hund. Gestatten Sie uns, Euch friedlich und allmählich zu vernichten und füttern Sie aus Dankbarkeit für unseren Edelmuth die Revolution. Er stellt der Hungerkatastrophe, die seiner Meinung nach die Revolution bedroht, nicht den zweiten, sich schon zeigenden geschichtlichen Ausweg gegenüber. Er stellt ihr gegenüber seine Sehnsucht nach einer Revolution, während welcher man nicht zu hungern hätte. Wir sehen des weiteren, daß das, was Bauer als Rettungsmittel vor dem Hunger während der Revolution betrachtet, nichts anderes ist, als der feige Traum eines elenden Intellektuellen, der trotz seiner Stumpfheit und Beschränktheit vor lauter Schrecken zum Phantasten und Utopisten wird. Bauer läßt außer acht, daß das westeuropäische Proletariat, nachdem es die Macht in seine Hände genommen, von den ungeheuren militärischen und ökonomischen Reichtümern im Bunde mit Sowjetrußland Besitz ergreifen wird, die Getreidebezirke der Balkanländer, Ungarns, Rumäniens, der Ukraine, des Kubangebiets, Sibiriens zu seiner Verfügung stehen werden. Für Bauer existiert bei der Betrachtung der Perspektiven der westeuropäischen Revolution nicht der landwirtschaftliche Osten und Südosten, wie für ihn bei der Analyse der russischen Revolution nicht die Möglichkeit der Hilfe seitens des westeuropäischen Proletariats existiert. Wenn er darüber spricht, daß die proletarische Revolution in Europa der Handelsbeziehungen mit den noch existierenden kapitalistischen Staaten bedürfen wird, dann zieht er nur den Umstand in Betracht, daß die Proletarier des revolutionären Europas der amerikanischen Baumwolle, der australischen Wolle usw. benötigen werden. Er bemerkt aber nicht die Kehrseite der Medaille. Auch die Kapitalisten Amerikas und Australiens bedürfen ja des Käufers, wenn sie nicht ihre Industrie und ihren Handel einstellen und die Revolution in ihren Ländern durch Arbeitslosigkeit beschleunigen wollen.

Ja, das westeuropäische Proletariat wird viel zu leiden, auch viel zu ertragen haben, bevor es sich aus den Klauen des untergehenden Kapitalismus befreit. Wer zu ihm aber nur über die Schwierigkeiten spricht, ihm seine Kraft verschweigt, nicht auf die Aussichtslosigkeit seiner Lage im Falle des Verzichts auf die Revolution hinweist, der handelt bewußt oder unbewußt als Agent der Gegenrevolution, was Herr Bauer auch tatsächlich ist. Aber

erlauben Sie, antwortet er uns, ich habe ja ein Rezept der friedlichen, blutlosen Enteignung des Kapitals, ein Rezept der friedlichen Weltrevolution.

2. Der Guildensozialismus als Rettung.

Betrachten wir dieses Rezept. Vor dem Weltkriege galt Deutschland, das Land, das Marx und Engels gezeugt hat, als großes Laboratorium der revolutionären Ideen. Die revolutionären Ideen, die in Europa gesiegt haben, waren made in Germany. Deutschland liegt jetzt in Trümmern. Herr Bauer, der bisher im Marxismus arbeitete, hat jetzt die Verbreitung der in England produzierten Waren übernommen. Warum denn nicht? Die englischen Waren sind ja die besten in Europa. Herr Bauer handelt jetzt mit den Geisteserzeugnissen des Guildensozialismus. Er muß anerkennen, daß diese Ware aus einem kleinbürgerlichen, aus einem Kleinbetrieb stammt. Wie jeder Verkäufer, muß Herr Bauer aber Reklame für seine Ware machen: so erklärt er, daß „der Guildensozialismus im letzten Jahrzehnt eine Entwicklung durchgemacht hat, die ihn befähigt hat, allmählich zur stärksten geistigen Macht innerhalb der englischen Arbeiterbewegung zu werden“ (Seite 92). Jeder Charlatan, der sein einzig rettendes Mittel verkauft, ist gezwungen, darüber verschiedene Märchen zu erzählen. Dagegen ist nichts zu machen. Anders ist es ja nicht möglich, denn wie könnte man ein gewöhnliches Wässerchen als ein Lebenselixier verkaufen und dabei nicht lügen? Der Guildensozialismus hat gar keinen Einfluß auf die englischen Arbeitermassen, das ist einfach eine Strömung, die Sympathien unter den englischen sozialliberalen Intellektuellen und unter einem unbedeutenden Teil der englischen Gewerkschaftsführer findet, sofern diese ehrenwerten Leute außer Whisky noch anderer „geistiger Genüsse“ bedürfen. Die Guildensozialisten, die Herren Penty, Cole und die ganze übrige Sippschaft, diese Schüler des alten fabianischen Spezialisten in der Arbeiterfrage, Sidney Webb, getäuscht in ihren Hoffnungen, die Arbeiter durch Versprechungen liberaler Reformen zu betrügen, bemühen sich nun, den Bestrebungen der Arbeiter zur Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung näher zu kommen. Diese Kleinbürger haben folgende Kombination ausgeklügelt. Die Produktionsmittel gehören dem Staat, er zahlt den jetzigen Inhabern ihre Rente. Jeder Industriezweig ist Nationalgut und wird von den Vertretern der entsprechenden Gewerkschaft verwaltet. Der Produktionsplan und die Preise der Erzeugnisse werden von der Gewerkschaft gemeinsam mit den Vertretern des Staates, der Organe der Stadtverwaltungen und der Konsumenten bestimmt.

Das alles zusammen ist nun die „Selbstverwaltung der Industrie“ durch die Arbeiter und sichert ihnen die Freiheit. Während in Rußland, sagt Herr Bauer, die Industrie von der revolutionären Bürokratie verwaltet wird, legt der Guildensozialismus die Verwaltung der Industrie in die Hände der Arbeiterorganisationen. „Der Bolschewismus ist der Sozialismus der Ideologen der Arbeiterbewegung, denen die Massenbewegung des Proletariats nur das Instrument zur Verwirklichung eines sozialen Ideals ist und die, wie sie selbst, im revolutionären Kampf kein Opfer gescheut haben, ihr Ideal verwirklichen wollen um jeden Preis, auch wenn die Masse zuerst durch eine Wüste des Hungers, der Kälte, der Staatsnechtschaft, des Krieges hindurchgehen muß, um das gelobte Land zu erreichen.

Der Gedanke der industriellen Demokratie dagegen wuchs aus den Kämpfen der Arbeiterklasse selbst heraus. Wenn die Arbeiterschaft in der Praxis des gewerkschaftlichen Kampfes ihren Einfluß auf die Industrie stetig verstärkt, erwächst in ihr der Gedanke, die Kontrolle über die Industrie stetig soweit auszudehnen, bis sie selbst die Industrie ganz übernehmen kann, und wie die Arbeiterschaft ihre gewerkschaftliche Aktion verstärkt durch die politische Aktion der Partei, zu der sich die einzelnen Gewerkschaften unter voller Wahrung ihrer Autonomie in industriellen Dingen vereinigen, so denkt sie sich auch den sozialen Staat der Zukunft als eine Föderation von autonomen „nationalen Guilden“. Das ist nicht der Sozialismus von Ideologen, denen das Proletariat nur das Instrument der Idee ist, sondern der Sozialismus der Arbeiterbewegung selbst, die sich in der und aus der täglichen Praxis des Kampfes in der Werkstätte ihre eigene Idee formt.“ (Seite 96.)

Nachdem er so die kleinbürgerliche Idee der Guildensozialisten, die in dem intellektuellen Kreise von einem halben Dutzend Schriftsteller entstanden ist, als Kind der Arbeiterbewegung, als Ausdruck ihres Kampfes dargestellt hat, begibt sich Bauer nun auf das Gebiet der nationalen Philosophie. Der englische Arbeiter, sagt er, der in einem alten Kulturlande aufgewachsen ist, ist eine Persönlichkeit, erfüllt von Freiheitsbestrebungen. Er hat die Idee des freien Sozialismus in den Vordergrund gerückt. Der russische Proletarier, der Sohn des gestrigen Leibeigenen, ist ein Instrument in den Händen eines Häufleins von Ideologen, sehr ehrlicher Leute, die im Namen der Arbeiterklasse Opfer bringen, aber — es läßt sich nichts dabei tun — revolutionärer Bürokraten. Diese Philosophie Bauers hat zwei Lücken: 1. Guildensozialismus ist, wie wir gesagt haben, nicht die Widerspiegelung der Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung, sondern eine Idee, die entstanden ist in

den Oberschichten dieser Masse unter einem Häuflein von Intellektuellen, die von der Arbeitermasse absolut losgerissen sind; 2. den englischen Arbeiter nach der Epoche des Chartismus als Persönlichkeit, die nach Freiheit strebt, darzustellen, heißt, einem Lakaien der Bourgeoisie, der alte Kleider und Zylinder seines Herrn kauft, für die Verkörperung eines freien Menschen zu halten. Einst hat Kautsky in seinen Artikeln über den russischen und amerikanischen Arbeiter, den Kämpfer für die Revolution, den russischen Arbeiter, dem englischen Knecht, dem Arbeiteraristokraten gegenübergestellt. Andere Zeiten — andere Lieder. Das in den Sumpf der Gegenrevolution geratene Kautskyanertum klammert sich an die, wie wir sehen werden, tote Utopie der verächtlichen, halb-liberalen englischen Intellektuellen und erklärt, in ihren geistigen Exkrementen wühlend: Das ist die Schöpfung des freiesten Teils des Proletariats, das ist die Schöpfung des englischen Proletariers, dieses bekannten Champions der Freiheit. Zu Ehren des revolutionären Teils des englischen Proletariats muß gesagt werden, daß es nichts gemein hat mit der Idee, die den kapitalistischen Staat unberührt an seinem alten Platze läßt, die der bürgerlichen Klasse als Ganzes das Recht der Auspressung des Mehrwerts aus dem Arbeiter erhält, die den Vertretern der bürgerlichen Regierung das Recht gibt, gemeinsam mit anderen Vertretern der Bourgeoisie den Wirtschaftsplan auszuarbeiten und die Preise zu bestimmen, in der Tat also der Bourgeoisie die gesamte Macht überläßt. Das revolutionäre Proletariat Englands würde dieser Idee den Rücken wenden, wenn es sie kennen würde, denn das ist nur eine frisch aufgewärmte, alte, banale, fabianische Idee über die Erhaltung des Kapitalismus durch die sogenannte Konstitution im Betrieb, d. h. dadurch, daß den Arbeitern das Recht gewährt wird, über die Industrieverwaltung zu — reden, während in Wirklichkeit die Bourgeoisie sie leitet.

Wir lassen Herrn Bauer mit Entzücken den „Rücken“ des englischen Proletariats als aufgehende Sonne des Guildensozialismus betrachten. Auch der unglückliche Ritter von la Mancha hielt ja die stinkende Heldin aus dem Pferdestall in der Ueberzeugung in seinen Armen, daß das die wunderschöne Königstochter Dulcinea sei. Wir fragen aber unseren Don Quichote des Guildensozialismus: Wo sehen Sie wenigstens die geringsten Anzeichen dessen, daß die englische Bourgeoisie auf dieses kleine Zugeständnis eingeht, das der Guildensozialismus vorschlägt?

Wenn wir Kommunisten versuchen, die Arbeiter zu überzeugen, daß die Welt den Weg gehen wird, den wir voraussagen, dann weisen wir, ob schlecht oder recht, auf die Entwicklungs-

tendenzen, auf Tatsachen hin. Wir wiesen auf den wirtschaftlichen Verfall der kapitalistischen Welt hin. Wir zeigten die Unfähigkeit der Bourgeoisie, ihn aufzuhalten. Wir wiesen hin auf die Verschärfung der Klassengegensätze, auf ihre Steigerung bis zum Bürgerkriege, auf die vollkommene Unfähigkeit der Bourgeoisie, auch angesichts der Gefahr der sozialen Revolution eine internationale Front gegen das Proletariat herzustellen. Die kommunistische Perspektive, die kommunistische Zielsetzung war also kein Ausdruck unserer Ungeduld, kein Resultat unserer frommen Wünsche. Sie war objektiv begründet. Bauer geht ganz anders vor. Er erklärt: Die soziale Revolution „nach russischem Muster“ ist ein Greuel, und darum — hoch der Guildensozialismus! Man könnte Bauer unter die Presse setzen, aber man könnte aus ihm keinen einzigen Beweis ausquetschen, der zeigen würde, daß die Entwicklung auch nur in England allein sich in der Richtung seines, mit Respekt zu sagen, demokratischen Sozialismus bewegt. Schauen wir uns nur die Ereignisse der letzten Zeit außerhalb Rußlands an: in Deutsch-Oesterreich rutschen die Herren Sozialdemokraten vom Regierungssessel herunter, die kapitalistische Reaktion tritt offen und klar auf und reicht dem ungarischen Henker Horthy die Hand. In Deutschland hat die Sozialdemokratie eine Wahlniederlage erlitten, dank der sie aus der Regierung ausscheiden mußte. Deutschland hat eine kapitalistische gegenrevolutionäre Regierung bekommen, gegen die sich die revolutionären Arbeitermassen zu einer großen kommunistischen Kampfpartei zusammenballen. Das Zentrum der Arbeiterbewegung, die Unabhängige Sozialdemokratie, ist in seiner proletarischen Mehrheit auf die Seite des Kommunismus getreten. Die in Bauers Fußstapfen wandelnde Minderheit hat nur die Wahl zwischen dem Tode in Einsamkeit oder dem Tode in den Umarmungen von Scheidemann. In Italien gehen die Kämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie immer mehr der Austragung entgegen. Italien steht vor der Oktoberrevolution. Bauers geistigen Brüder, die Turati, Treves, D'Aragona, können diesen Prozeß verschleppen, aufhalten können sie ihn nicht. In Frankreich wütet die kapitalistische Diktatur und gewinnt die Köpfe und Herzen der Arbeiterschaft für die Idee der proletarischen Diktatur. Und wie sieht es in England aus, wo der Stern des Guildensozialismus zuerst am Himmel erschienen ist? Herr Bauer hat im Sommer 1919 eine anonyme Broschüre über die Weltrevolution erscheinen lassen (er war damals deutsch-österreichischer Minister und wagte aus Angst vor der Entente nicht unter seinem Namen zu schreiben). In dieser Broschüre behauptete er, die englische Bourgeoisie sei gewillt, getreu ihrer alten, klugen Kom-

promißpolitik, der Arbeiterschaft ein Zugeständnis nach dem anderen zu machen. Er behauptete, die Kohlenindustrie werde nationalisiert und vieles andere solle geschehen, was eine langsame, aber sichere Entthronung des englischen Kapitals bedeutet. Seit dieser Zeit sind 1 1/2 Jahre ins Land gegangen, und nichts ist von alledem, was Bauer voraussagte, eingetreten. Die englische Bourgeoisie hat dem Proletariat nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht, ihm nicht den geringsten Einfluß auf die Leitung der Industrie zuerkannt. Die sozialen Konflikte in England werden immer größer. Die Bourgeoisie und das Proletariat treten immer verschiedener gegeneinander auf. Auf eine kurze Formel gebracht, läßt sich die internationale Situation charakterisieren als wachsende Zuspitzung der Gegensätze, die keinen Kompromiß, sondern nur eine gewaltsame Lösung voraussehen lassen.

3. Der demokratische Weg oder das Sieb aus bloßen Löchern.

Herrn Bauer schwant Unheil. Und nachdem er alle Reize der Demokratie dargestellt hat, erklärt er: „Auch wenn das Proletariat die politische Macht mit den Mitteln der Demokratie erobert, wird sich die Bourgeoisie seiner Herrschaft widersetzen. Sie wird sich gegen den demokratischen Staat auflehnen, sie wird seinen Gesetzen den Gehorsam verweigern, sie wird seine Verwaltung sabotieren, sobald die Demokratie zur proletarischen Demokratie geworden sein wird. Auch ein demokratisches Parlament wird diktatorische Machtmittel für sich in Anspruch nehmen müssen, es wird die Sabotage, vielleicht den aktiven Widerstand der Bourgeoisie mit diktatorischen, vielleicht auch mit terroristischen Mitteln zu brechen haben, sobald dieses Parlament zum Herrschaftsinstrument der Arbeiterklasse geworden sein wird.“ (Seite 113.) Siehe da! Siehe da! Was wird aus der „Kontinuität des gesellschaftlichen Stoffwechsels“, was wird aus der Hungerkatastrophe, die Bauer als Resultat des Bürgerkrieges als unausbleiblich dargestellt hat? Nun, die Katastrophe schrumpft zusammen zu einer Erschütterung, aber die Erschütterung, so prophezeit Bauer, wird nicht so schwer sein, weil die Kanonen im Lande der Demokratie auffahren werden, denn, falls die Arbeiterklasse auf demokratischem Wege zur Macht gelangt, d. h. wenn sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, dann „vergewaltigt in diesem Falle die Gewalt des Proletariats die sozialen Machtfaktoren nicht, sondern sie setzt ihre Geltung gegen die Gewalt einer Minderheit durch, die sich ihr entgegensetzt.“ (Seite 113.) Was bedeutet dieses

„soziologische“ Geschwätz? Bauer spricht doch von den Entwicklungstendenzen in den Industrieländern, in denen das Proletariat und die sozial zu ihm gravierenden Schichten die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Kommt das Proletariat zur Gewalt durch einen Wahlsieg, so schafft diese Tatsache die Gegnerschaft der Bourgeoisie nicht aus der Welt. Die Diktatur des Proletariats wird also auch in dem Falle, wenn sie auf demokratischem Wege zustande kommt, den Zweck verfolgen, das soziale Machtverhältnis zu vergewaltigen, um das Kauderwelsch Bauers zu gebrauchen. Das Proletariat wird versuchen, der Bourgeoisie die Produktionsmittel zu entreißen. Warum soll der Widerstand der Bourgeoisie in diesem Falle geringer, der Bürgerkrieg weniger bitter sein? Warum soll das ausländische Kapital seinen bedrückten Brüdern nicht zu Hilfe eilen? Nur darum, weil die Enteignung der Bourgeoisie durch ein Parlament beschlossen worden ist? Herr Bauer überträgt den parlamentarischen Kretinismus von sich auf die Kohlen-, Eisen- und Baumwollkönige, die wahrlich nicht verdient haben, als so demokratische Ochsen zu gelten, wie sie Herr Bauer der staunenden Welt darstellt.

Aber Herrn Bauer schwant noch ein größeres Unglück. Er sieht noch ein zweites Loch in seiner demokratischen Rechnung. Er schreibt: „Freilich, es ist keineswegs sicher, daß die Geschichte dem Proletariat erlauben wird, seine Diktatur erst nach der Eroberung der politischen Macht mit den Mitteln der Demokratie, also in der Form der Diktatur eines demokratischen Parlaments und lokaler demokratischer Selbstverwaltungskörper aufzurichten. Es kann sehr wohl geschehen, daß die Entwicklung der Klassenkämpfe das Proletariat zu vorübergehender Diktatur schon in einer Phase zwingt, in der es noch nicht mit den Mitteln der Demokratie herrschen kann. In der Periode der entscheidenden Machtkämpfe zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat wird der Klassengegensatz überaus verschärft. Die Schärfe des Klassengegensatzes kann die Demokratie sprengen. Es kann eine Lage eintreten, in der die Bourgeoisie nicht mehr stark genug ist, das Proletariat aber noch nicht stark genug ist, die Bourgeoisie mit den Mitteln der Demokratie zu beherrschen, und in der doch auch die Machtverteilung zwischen beiden Klassen — etwa in der Form einer Koalition zwischen Bourgeoisie und proletarischen Parteien, wie in Deutsch-Oesterreich oder in der Form einer freiwilligen Duldung der Bourgeoisieherrschaft durch das Proletariat, wie in Italien — an der Schrofheit der Klassengegensätze scheitert. Kann der demokratische Apparat nicht mehr funktionieren, so muß entweder die Bourgeoisie oder das Proletariat mit den Mitteln der Gewalt

seine Klassenherrschaft aufrichten. Die Diktatur des Proletariats wird in diesem Falle zum einzigen Mittel, die brutale, konterrevolutionäre Diktatur der Bourgeoisie zu verhindern“ (Seite 113—114). Herr Bauer glaubt besonders schlau zu sein, auf alle Fälle gerüstet, indem er mit unschuldiger Miene auch die Möglichkeit ins Auge faßt, daß die Bourgeoisie keinesfalls gewillt sein wird, sich bis zu dem Moment ruhig zu verhalten, da das Proletariat sie in der friedlichen demokratischen Sauce verspeisen wird. In Wirklichkeit liefert er sich mit diesen Feststellungen mit dem Kopfe aus. Denn eine proletarische Partei ist doch kein Kiebitz, der dem Kartenspiel zuschaut und den Kartenspielern Ratschläge für alle Fälle gibt. Sie muß gerüstet sein auf den schlechtesten Fall, auf den schwereren, gefährlicheren Waffengang. Gibt ihr die Geschichte günstigere Bedingungen des Kampfes, nun — desto besser. Dann wird sie von ihren Waffen keinen Gebrauch machen müssen, aber Waffen muß sie besitzen. Wir Kommunisten haben niemals behauptet, daß das Proletariat in jedem Lande nur durch scharfen Bürgerkrieg zur Macht gelangen kann. Ist es doch z. B. in Rußland, um gar nicht von Ungarn zu sprechen, wo die Diktatur des Proletariats sozusagen legal aufgerichtet worden ist, ohne schweren Bürgerkrieg zur Macht gelangt. Wir haben es z. B. für möglich gehalten, daß in einzelnen halbagrarischen Ländern, wo die Bauern mit der Herrschaft des Kapitals unzufrieden sind, die Arbeiterschaft sogar auf dem Wege des Wahlsieges zur Macht gelangen kann. Die Frage ist nur: wie kann sich die Arbeiterklasse an der Macht erhalten? Auf diese Frage antworten wir: in jedem Falle nur durch die Anwendung der Gewaltmittel gegen die Bourgeoisie. Und wie beantwortet Herr Bauer diese Frage? Er hält die Macht ergreifung des Proletariats auf demokratischem Wege für den wahrscheinlichsten und erwünschten Fall, aber er läßt auch die Möglichkeit zu, daß es genötigt wird, auf dem gewaltsamen Wege die Macht zu ergreifen; in welcher Weise wird es aber seine Macht aufrecht zu erhalten haben? Herr Bauer antwortet, daß das Proletariat sich in beiden Fällen nur durch die Diktatur an der Macht halten kann. Herr Bauer hat ein großes Wort gelassen ausgesprochen, und dieses Wort lautet: Herr Bauer und seine Sippschaft sind ordinäre Verräter an der Sache des Proletariats, denn man bedenke nur: der gelehrte Marxist hat in seiner tiefsten Seele die Ueberzeugung, daß das Proletariat nur auf dem Wege des Bürgerkrieges siegen kann, und mit dieser Ueberzeugung im Herzen suchen seine Partei und sein internationaler Klüngel die Arbeiterschaft zu überzeugen, die Propaganda der Diktatur, die Bereitschaft, die Gewalt der Bourgeoisie mit proletarischer Gewalt

zu brechen, kurz und gut, die kommunistische Politik schädige das Proletariat. Herr Bauer entwaffnet das Proletariat angesichts des bewaffneten Feindes vor großen kommenden Schlachten. Jeder General, der das tun würde, würde dafür an die Wand gestellt werden. Herr Bauer wird sich aber ganz gewiß beleidigt fühlen, daß wir ihn einen Verräter nennen. Wir zweifeln nicht, daß er sich allen Ernstes als verleumdete Unschuld fühlt. Wir sagten in der Einleitung, daß Bauers Broschüre, obwohl sie von der internationalen zentralistischen Presse gefeiert wurde, um keinen Schritt über Kautsky hinausgeht. Wir modifizieren unser Urteil. Bauer hat den Kautskysmus zum vollen Zusammenbruch geführt. Denn nachdem er auf 100 Seiten seiner Broschüre die Kautskysche Analyse wiederholt hat, hat er am Schluß sich aus der Sackgasse der Widersprüche, in die er sich verrannt hat, durch einen Sprung zu retten versucht, der ihn zur Anerkennung nicht nur der Diktatur des Proletariats, sondern sogar des Terrorismus geführt hat. Damit hat er bewiesen, daß der Standpunkt, den er und sein Meister dem kommunistischen entgegensetzen suchten, unhaltbar ist. Der Schüler Kautskys hat seinen Meister begraben, hat Kautskys und den eigenen Konstruktionen sogar den Charakter eines ehrlichen politischen Glaubens genommen. Er hat den Kautskysmus als eine Scharlatanerie entlarvt, die selbst die Verkünder nicht ernst nehmen.

4. Auf den Knien vor der Entente.

Und darum nimmt es auch kein Wunder, wenn dieses Produkt der kleinbürgerlichen Angst vor der Revolution und vor der Konterrevolution dort endet, wo heute die feigsten, die elendsten Elemente der deutschen Bourgeoisie stehen. Herr Bauer endet seine Broschüre mit einer Rede an die deutsche Nation. Die deutsche Bourgeoisie, der deutsche Imperialismus haben das deutsche Volk durch ihre Gewaltpolitik an den Abgrund gebracht. Die deutschen Arbeiter sollen jetzt Sklaven des deutschen und des Ententekapitals werden. Die einzige Rettung des deutschen Proletariats ist die proletarische Revolution, die, indem sie das Joch des Kapitals in Deutschland abschüttelt, gleichzeitig die Revolution in den Ententeländern beschleunigen würde. Natürlich kann diese Befreiung nicht ohne große Opfer erreicht werden. Für Bauer ist sie eine Tollheit, denn sie würde nach seiner Überzeugung Deutschland nur zum Kriegsschauplatz „der Russen und der Franzosen“ machen. Er wettet gegen die Allianz von Ludendorff und Lenin. Wir fragen den gestrigen Alliierten der Wiener Antisemiten: Was denken Sie, Herr Bauer, über die Allianz der deutschen Proletarier

mit den russischen Proletariern? Auch gegen diesen Gedanken wehrt sich Herr Bauer mit Händen und Füßen. Der gemeinsame Befreiungskampf des deutschen und russischen Proletariats würde Deutschland dem Hunger, dem Bürgerkrieg und der Invasion preisgeben, erklärt er. Also, Proletarier, Deutschlands, überlaßt auch weiterhin die Initiative der Orgesch, laßt Euch aushungern durch die demokratischen Spekulanten, duldet die französische Invasion ohne zu mucksen — das ist der Weg, der zum Guildensozialismus und zur friedlichen demokratischen Entwicklung führt. Und wenn ihr auf diesem Wege nicht zum demokratischen Sozialismus, sondern dazu gelangt, daß Deutschland zur Kolonie der Entente wird, so werdet ihr das stolze Bewußtsein haben, daß ihr Euch von dem „Aberglauben an die Allmacht der Gewalt und an die Allgewalt des Staates“ befreit habt. Der neue Fichte predigt Euch den Kultus der Persönlichkeit. Die könnt ihr auch dann behalten, wenn Euch das Ententekapital in Ketten schlägt.

Herr Bauer will, daß man ihm in Weimar ein Denkmal neben Goethe errichtete, dem Napoleon, der Zertrümmerer Deutschlands, große Verehrung zollte. Napoleon führte mit sich Werthers Leiden. Wir glauben nicht, daß Marschall Foch die Broschüre Bauers mit sich in seinem Gepäck herumträgt, aber er würde der Broschüre, wenn er sie lesen würde, seinen Beifall nicht versagen. Der deutsche Sozialdemokrat, der dem zweifach — von der eigenen und der fremden Bourgeoisie — geknechteten Proletariat den Gedanken der revolutionären Erhebung als ein Erbe des ostelbischen, des Potsdamer Geistes denunziert, er verdient ganz gewiß eine Auszeichnung seitens der Entente. Der Kniefall vor der Entente gehört logisch zu dem Eunuchensystem der Bauerschen Broschüre, zu dem System des internationalen Menschewismus, der, aus Unglauben an die Kraft des Proletariats geboren, zu der Kapitulation vor der Bourgeoisie im nationalen und im internationalen Maßstab führt. Und auch in diesem Schlußstück des Gedankengebäudes von Bauer zeigt er sich als ein Schüler Kautskys. Gleichzeitig mit der Propaganda gegen die Diktatur des Proletariats begann auch Kautsky seine Propaganda des Wilsonismus. Herr Bauer kann natürlich nach dem Versailler Frieden das Lob des braven Paralytikers nicht fortsetzen, aber er kann eins fortsetzen, — die Propaganda des ängstlichen Bangens, des ängstlichen Schwankens, das niemand retten, niemand freimachen kann, und er wird die fortsetzen, solange er noch Gehör bei den Proletariern findet. Wir hoffen, daß dies nicht mehr lange dauern wird.

Karl Radek.

Menschewismus, Kommunismus und die Weltrevolution.)*

Genossen und Genossinnen!

Die Diskussion hat offen gezeigt, daß die Zugehörigkeit der rechten Führer der U. S. P. zur III. Internationale ein Ding der Unmöglichkeit ist, und zwar nicht darum, weil wir nicht 18, sondern 21 Bedingungen aufgestellt haben, sondern darum, weil die einzige wichtige Vorbedingung dazu fehlt, nämlich, daß diese rechten Führer es mit dem Kommunismus und mit der proletarischen Revolution wirklich ernst meinen. Diese Vorbedingung fehlt, darum und nur darum gehören wir nicht zueinander. Die rechten Führer der U. S. P. wollen der Kommunistischen Internationale nicht angehören. Die Kommunistische Internationale ihrerseits will diese rechten Führer in ihrer Mitte nicht haben.

Die Kommunistische Internationale hat mich hierher gesandt, um eine programmatische prinzipielle Diskussion durchzusetzen. Wir müssen die rechten Führer direkt zwingen, nicht auf dem Gebiete kleiner Organisationsfragen zu bleiben, sondern in den wichtigsten Schicksalsfragen der Weltrevolution Farbe zu bekennen. Das war auch das Ziel unserer Freunde, der Genossen aus der Linken der U. S. P., und dieses Ziel haben wir erreicht.

Die rechte Seite des Parteitags hat gestern begeistert der Programmrede des Menschewiks Martow zugejubelt. Martows Rede zerfiel in zwei Teile. Der eine war eine Anklage gegen die Sowjetregierung, der andere Teil eine Anklage gegen den „naiven, religiösen Glauben der Massen an den sofortigen Sieg des Sozialismus“, wie sich Martow ausdrückt, d. h. eine Anklage gegen die Massenbewegung des revolutionären kommunistischen Proletariats der ganzen Welt. Über den ersten Teil, der eine Bombe gegen die russische proletarische Regierung sein sollte, werde ich mich später auslassen. Zunächst über den zweiten Teil, der viel wichtiger ist. In diesem Teil seiner Rede sagt Martow in der Hauptsache daselbe, was auch der Vertreter der rechten U. S. P., Rudolf Hilferding, in der Rede, die er gegen mich gehalten hat, sagt. Wenn wir

*) Schlußwort zur Rede auf dem Parteitag der U. S. P. D. in Halle am 14. Oktober 1920.

den rechten Führern den Vorwurf machen, daß sie mit den Massen nicht zu gehen verstehen und ihren revolutionären Elan dämpfen, so nennt das Rudolf Hilferding „Schmutzkonzurrenz in Radikalismus“. Das große Problem, was wir tun müssen, um den Massen in ihrem schweren leidensvollen Kampfe führend voranzugehen, dieses Problem besteht in den Augen eines rechten Führers, wie es Hilferding ist, in einer kleinlichen „Konkurrenz des Radikalismus“. Was beweist das? Das beweist, daß Hilferding und ebenso Martow den Kampf der Massen gar nicht verstehen, daß sie nicht dieselbe Luft atmen, wie die Arbeitermassen, daß sie den Massen nicht vorangehen, sondern sie eben rückwärts zu stoßen versuchen.

Martow sprach in seiner Rede wiederholt von diesem naiven religiösen Glauben der Massen. Er sah das größte Unglück der Bewegung darin, daß die Arbeitermassen jetzt unter dem Einfluß des Bolschewismus, wie er glaubt, fanatisiert sind und die Hoffnung haben, der Sozialismus könne in Erfüllung gehen. Genossen und Genossinnen! Wie kann ein wirklicher Sozialist sich darüber beklagen, daß bei den Massen ein solcher Glaube besteht? Ich meine, wir sollten uns darüber nicht beklagen. Wir sollen es nicht bedauern, sondern umgekehrt, wir sollen uns darüber freuen. Der sogenannte naive religiöse Glaube der Proletariermassen ist in der Tat der wichtigste revolutionäre Faktor der Weltgeschichte. Ohne diesen sogenannten naiven religiösen Glauben und ohne diesen sogenannten bolschewistischen Fanatismus der Massen wäre die proletarische Revolution unmöglich. Dieser sogenannte Fanatismus der Massen ist die Seele unserer ganzen proletarischen Bewegung, die wichtigste Stoßkraft der Weltrevolution. Nicht beklagen müssen wir diese Erscheinung, sondern wir müssen sie begrüßen. Wie denken sich das Martow und Hilferding sonst? Wie kann eine welthistorische Umwälzung geschehen, wie können wir einen Sieg des Proletariats über die ganze Welt erlangen, wenn die Masse nicht begeistert, mit ganzer Seele und mit festem Glauben und mit unerschütterlicher Siegeszuversicht in den Kampf eintritt?

Genossen, ich habe schon in meiner ersten Rede darauf hingewiesen, was der verstorbene August Bebel viele Male den deutschen Proletariermassen zugerufen hat. Ihr alten Kämpfer in der deutschen Bewegung, erinnert Euch, wodurch war August Bebel den breitesten Proletariermassen Deutschlands und der ganzen Welt so teuer und so lieb? Was hat ihm die Anhänglichkeit der breitesten Arbeitermassen Deutschlands und der ganzen Welt verschafft? Gerade sein glühender „fanatischer“ Glaube an den baldigen Sieg des Sozialismus, seine leidenschaftliche und naive, wie es Martow vielleicht jetzt ausdrücken würde, religiöse Zuver-

sicht, daß die Stunde der Bourgeoisie bald schlagen wird, daß die Arbeitermassen über die Bourgeoisie siegen werden.

Genossen, erinnert Euch des historischen Augenblicks, da August Bebel in seinen alten Tagen auf einem Parteitag tief bewegt erklärt hat: „Ich bin überzeugt, daß wir alle, die wir hier im Saale sind, den Sieg des Sozialismus noch erleben werden“. Erinnern Sie sich, wie solche Erklärungen von Bebel immer die größte Begeisterung der besten proletarischen Elemente in der deutschen Partei ausgelöst haben! Nun, Genossen, Bebel sagte das einige Jahre vor dem imperialistischen Kriege. Dann kam der Krieg, dann kam die schreckliche ökonomische Krise, dann kam die Götterdämmerung der bürgerlichen Gesellschaft, wie sich derselbe Bebel auszudrücken pflegte. Und jetzt, wo die Götterdämmerung der bürgerlichen Gesellschaft da ist, wo tatsächlich durch die Massen ein elektrischer Strom der kommunistischen Begeisterung gegangen ist, jetzt kommen Führer wie Martow und Hilferding und wollen die sogenannten fanatisierten Proletarierrmassen mit einer kalten Dusche abkühlen. Jetzt sagt man uns, dieser sogenannte religiöse Fanatismus der Massen sei eine reaktionäre Erscheinung!

Wie denken sich Martow und Hilferding den Sieg der proletarischen Revolution? Meinen sie wirklich, daß es genügt, wenn einmal die guten, alten, bewährten Führer auf einem Parteitag eine Resolution annehmen, wenn man eine Anzahl dicker Bände sogenannter wissenschaftlicher Werke über den wissenschaftlichen Sozialismus schreibt, oder wenn man eine Abstimmung in einer Nationalversammlung vornimmt, damit der Sozialismus da sei? Nein, Genossen, nur Reformisten, nur Leute, die die intimen Seelenregungen unserer Klasse, die tiefen Gefühle der Proletarierrmassen gar nicht verstehen, können so sprechen, wie es Martow und Hilferding getan haben. Nein, wir brauchen uns nicht über den „naiven“, fanatischen Glauben der Massen an den baldigen Sieg der sozialistischen Revolution zu beklagen, sondern umgekehrt, wir sollen ihn begrüßen. Wir sollen ihn weiterführen, wir sollen uns an die Spitze dieser sogenannten fanatisierten Masse stellen. Denn, Genossen und Genossinnen, in Wirklichkeit liegt in dieser Zuversicht gar nichts Naives, gar nichts Religiöses, sondern umgekehrt, naiv sind diejenigen, die da meinen, daß eine solche Umwälzung, wie es die proletarische Revolution sein wird, ohne die helle Begeisterung der breiten Proletarierscharen möglich sei; naiv sind diejenigen, die da meinen, man könne ohne Bürgerkrieg den Kapitalismus beseitigen. Naiv und in reformistischen Gedanken befangen sind diejenigen, die da meinen, man könne die proletarische Revolution mit sozialpazifistischen Mitteln machen; naiv und bürger-

lich-religiös sind diejenigen, die da meinen, man könne mit der sogenannten alten bewährten Taktik und mit den Redensarten des Erfurter Programms die proletarische Revolution vollziehen. Martow und Hilferding und überhaupt die rechten Führer aller Länder machen den Massen den Vorwurf: Ihr habt zu viel fanatischen Glauben an den Sieg der proletarischen Revolution! Ja, Genossen, ich glaube, mit viel mehr Recht könnten die Proletariertmassen diesen Vorwurf umkehren und den Reformisten und allen diesen rechten Führern zurufen: „Hört, Ihr Führer, warum habt Ihr zu wenig Glauben, zu wenig fanatische Zuversicht zu dem Sieg unserer heiligen Sache, zu unserem proletarischen Kampfe, zu unserem Endziele, zu unserer Diktatur, zu unserem baldigen, endgültigen Sieg?

Die rechten Führer haben keinen Glauben an diese proletarische Revolution. Das habe ich in meiner ersten Rede zu beweisen versucht. Nun, Genossen, waren nicht die ganzen Reden Martows und Hilferdings ein glänzender Beweis für diese meine Behauptung? Haben Hilferding und Martow nicht bewiesen, daß ihnen dieser Glaube wirklich fehlt?

Genossen und Genossinnen, in England gibt es seit Jahrzehnten eine sehr interessante Gruppe reformistischer Intellektueller, die gewissermaßen als der klassische Typus der Reformistenführer angesehen werden können. Das ist die Gruppe der Fabians, derjenigen Ideologen des Reformismus, die eben auch den sogenannten religiösen Fanatismus der Massen verabscheuen, die langsam und leise marschieren wollen, aber eigentlich wie die Krebse immer rückwärts gehen. Diese Fabians sind wissenschaftlich gebildete Leute, die glauben, daß die Revolution vielleicht einmal, nach fünfzig Jahren kommen kann, sie sind eben Zauderer. Sie wollen auch, daß die Massen nicht so schnell marschieren. Nun, Genossen, Friedrich Engels hatte diese Spezies der Reformisten in England gut kennengelernt während seiner Emigrantenzzeit in London.

Ich behaupte nicht, daß alle rechten Unabhängigen Fabians sind. Ich muß schon eingestehen, daß es innerhalb der rechten Unabhängigen verschiedene Schattierungen — auch revolutionäre — gibt. Aber die Theoretiker, mit Kautsky an der Spitze, sind jetzt der Ideologie der Fabians sehr nahe gekommen. Der Sozialpazifismus ist ja dasselbe, was das Fabianertum ist. Erlauben Sie mir, folgende Zeilen, die von Friedrichs Engels stammen, zu zitieren. In einem Briefe, den Friedrich Engels aus London am 31. Dezember 1892 an Sorge geschrieben hat, heißt es — ich zitiere wörtlich — (s. Briefwechsel Engels-Sorge, S. 390):

„Die Fabians sind hier in London eine Gruppe (Engels drückt

sich gröber aus), die Verstand genug haben, die Unvermeidlichkeit der sozialen Umwälzung einzusehen, die aber dem rohen Proletariat unmöglich diese Riesenarbeit allein anvertrauen und deshalb die Gewohnheit haben, sich an die Spitze zu stellen. Angst vor der Revolution ist ihr Grundprinzip. Sie sind die „Gebildeten par excellence“. . . . „Sie haben mit großem Fleiß unter allerlei Schund auch manche gute Propagandaschrift geleistet, und in der Tat das beste, was die Engländer in dieser Beziehung geleistet. Aber sowie sie auf ihre spezifische Taktik kommen: den Klassenkampf zu vertuschen, wird's faul. Daher auch ihr fanatischer Haß gegen Marx und uns alle — wegen des Klassenkampfes“.

Das sind Worte von Friedrich Engels, Genossen. Ich möchte nicht auf die jetzigen Reformisten das alles anwenden, was Engels über die Fabians gesagt hat. Es mögen jetzt vielleicht bei den Reformisten Leute sein, die man nicht so schonungslos charakterisieren darf, wie es Engels getan hat. Aber dennoch, wenn wir uns aufmerksam und genau den direkten Haß mancher rechten Führer gegen die kommunistische Bewegung ansehen, so müssen wir wiederholen: Angst vor der Revolution ist tatsächlich auch jetzt bei vielen Opportunisten das Grundprinzip. Ja, Genossen, ich frage Sie: was hat aus der Rede Martows anderes herausgeklungen, als diese schreckliche Angst vor der kommenden großen, in manchen Zügen grausamen, aber dennoch menscheitsbefreienden Revolution? Und hat nicht dieselbe Angst aus der ganzen Rede Hilferdings geklungen? Und, noch eins Genossen. Es sind nicht nur die Gelehrten, die Intellektuellen, die diese Angst vor der Revolution zu ihrem Grundprinzip erklären, nein, es gibt auch einen kleinen Teil unter den Arbeitern, die diese Angst vor der Revolution zu ihrem Grundprinzip erheben. Das ist die Arbeiteraristokratie, das ist jener numerisch kleine, aber politisch sehr wichtige Teil der Arbeiter selbst, den Marx und Engels als Arbeiteraristokratie gekennzeichnet haben, und der jetzt der reaktionäre Faktor in unserer Befreiungsbewegung ist.

Und damit komme ich zur zweiten wichtigsten Frage unserer Diskussion, zur Gewerkschaftsfrage. Genossen, es ist kein Zufall, daß es während der beiden entscheidenden Tage unserer Diskussion am kräftigsten gekracht hat, als wir auf die sogenannte Gewerkschaftsinternationale zu sprechen kamen. Das ist jetzt die Lebensfrage der ganzen Bewegung. Ich habe schon betont, weder Crispin noch Dittmann haben in Moskau ein einziges Wort dagegen gesagt, daß wir die Gewerkschaftsinternationale angegriffen haben. Nun ist es anders gekommen, und es ist klar — nicht zufällig. Die Arbeiteraristokratie hat ihre Zuflucht eben in den alten reformisti-

schen Gewerkschaften gefunden, die Jouheaux, die Legien, die Appleton, die Oudegeest, die Samuel Gompers, sie sind Ideologen dieser Arbeiteraristokratie. Diese Arbeiteraristokratie erhebt erst recht die Angst vor der Revolution zu ihrem Grundprinzip. Alle gescheiterten Führer der Bourgeoisie haben es wohl begriffen. Darum unterstützen sie auch die aristokratischen Elemente in der Arbeiterbewegung mit allen Kräften, darum sehen sie in den alten reformistischen Gewerkschaften ihren Hort und ihre Stütze.

Um Mißdeutungen vorzubeugen, erklären wir, was wir in der Kommunistischen Internationale schon hundertmal erklärt haben: wir behaupten nicht, daß alle Gewerkschaften, die sich der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen haben, gelbe Gewerkschaften seien. Mit nichten! Wir wissen wohl, daß Hunderttausende und Millionen von Arbeitern, die in dieser Gewerkschaftsinternationale organisiert sind, keine Gelben sind, sondern arbeitende Proletarier, die sich ihrer historischen Rolle nur noch nicht ganz bewußt sind. Wir haben darum die Parole ausgegeben, nicht aus den Gewerkschaften auszutreten, sondern innerhalb der Gewerkschaften zu verbleiben, dort Tag für Tag politische und propagandistische Arbeit zu leisten, systematisch Propaganda gegen den Reformismus zu treiben und damit die Gewerkschaften vom Joch der bürgerlichen Ideologie des Reformismus, der Arbeiteraristokratie zu befreien. Wir werden es auch tun, möge kommen was will. Genossen, Sie müssen aber bemerkt haben, daß die Führer der Arbeiteraristokratie jetzt schon anfangen, die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen. Die Labour Party in England, die doch im wesentlichen eine Gewerkschaftsorganisation ist, hat beschlossen, die Kommunisten in die Labour Party nicht aufzunehmen. In Deutschland treten bereits Tendenzen zutage, daß man die Kommunisten aus den Gewerkschaften ausschließt, weil sie die Absicht haben, kommunistische Zellen innerhalb der Gewerkschaften zu bilden. Möge man versuchen, uns auszuschließen! Die Reformisten werden sich dabei den Hals brechen. Wenn Legien und seine Gesinnungsgenossen oder Jouheaux und seine Gesinnungsgenossen die Kommunisten ausschließen wollen, weil sie kommunistische Zellen bilden, so werden wir sie doch bilden, wenn nötig, illegal, nicht nur gegenüber den Bürgerlichen, sondern auch gegenüber Jouheaux und Legien. Früher oder später werden die Massen der Gewerkschaftsmitglieder, diejenigen Massen, von denen Martow sagt, sie seien in religiösem Fanatismus und naivem Glauben befangen, doch uns gehören.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist auf gewerkschaftlichem Gebiet dasselbe, was die Brüsseler oder Genfer

II. Internationale auf politischem Gebiete war. Die Amsterdamer Internationale ist ein Stück der II. Internationale, unter anderen Verhältnissen, vielleicht mit etwas anderen Mitteln, aber im großen und ganzen müssen wir doch gegenüber dieser Internationale in Amsterdam dieselben Methoden anwenden, wie wir sie gegenüber der II. Internationale auf politischem Gebiete angewandt haben. Wie wir auf politischem Gebiete schon fast in allen Ländern die Kerntruppe der Arbeitermasse vom Reformismus befreit haben, so werden wir dasselbe auf gewerkschaftlichem Gebiete tun. Wenn Sie in Deutschland ernst und konsequent die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stützen wollen, so müssen Sie unbedingt dazu kommen, eine Art Labour Party in Deutschland ins Leben zu rufen, d. h. eine verschwommene, teils politische, teils gewerkschaftliche, teils parlamentarische, teils halb ökonomische, reformistische Vereinigung, die die Politik der Arbeiteraristokratie und nicht der Proletariermassen verfolgt. Es wird jetzt auch in Deutschland auf gewerkschaftlichem Gebiete zu großen Kämpfen kommen. Wir sehen diesen Richtungskämpfen mit Gewißheit und mit Zuversicht entgegen. Nicht eine Zerreißung der Arbeiterbewegung wird durch diese Kämpfe eintreten, sondern eine Konsolidierung, eine Befreiung der Gewerkschaftsbewegung vom Reformismus und von der Ideologie der Arbeiteraristokratie.

Erlauben Sie mir jetzt noch, darauf einzugehen, was man hier gegen die Sowjetregierung Rußlands vorgebracht hat.

Die rechte U. S. P. erklärt in der Resolution, die sie dem Parteitag vorgelegt hat, sie sei entschlossen, auch weiter die Sowjetregierung Rußlands zu unterstützen. Sie hat aber gleichzeitig allen Anschuldigungen gegen die Sowjetregierung begeistert zugestimmt, die hier der Führer der Menschewiki, Martow, vorgebracht hat. Genossen, es ist Ihr gutes Recht, Menschewiki zu sein. Nun, dann brauchen Sie es aber nicht zu leugnen, sondern können es offen aussprechen. Die Anschuldigungen, die hier Martow vorgebracht hat, können Sie nur verstehen, wenn Sie ganz kurz hören, was der Menschewismus in Rußland war. Erlauben Sie mir, hier ganz kurz die politische Laufbahn des Menschewismus zu skizzieren. Genossen, schon bei Beginn der Revolution von 1905 haben die Menschewiki Verrat an dieser Revolution geübt. Sie haben sich schon während der ersten Revolution von 1905 mit der russischen liberalen Bourgeoisie, den sogenannten Kadetten, gegen die Bolschewiki, gegen die Arbeiterklasse vereinigt.

Dann kam die Konterrevolution. Da haben die Menschewiki erst recht die revolutionäre Bewegung in Rußland verraten. Sie sind mit dem Vorschlag aufgetreten, unsere illegale Partei zu liqui-

dieren. Sie forderten offen, daß wir zur Reformpartei werden sollten.

Dann kam der Krieg. Mit einigen Ausnahmen trat die Kerntruppe des Menschewismus in Rußland (Martow war in der Emigration) für den imperialistischen Krieg ein, sie unterstützte sogar die zaristische Regierung, die diesen Krieg führte, und versuchte die Arbeiterklasse Rußlands durch den vulgärsten Chauvinismus zu verzeihen.

Und dann kam die Märzrevolution 1917. Sofort hat sich der Reformismus mit dem Bürgertum verbündet gegen den Bolschewismus, gegen die Arbeiterklasse. Die Menschewiki forderten die Fortsetzung des imperialistischen Krieges. Sie betrieben absolut dieselbe Politik wie Scheidemann und Noske in Deutschland. Sie haben zusammen mit den Sozialrevolutionären die berühmte Juni-offensive 1917 gegen die deutsche Front vorbereitet, die uns das Leben von Zehntausenden russischer Arbeiter und Bauern kostete. Die Menschewiki bildeten zusammen mit den Bürgerlichen, mit den Gutsbesitzern, mit den Bankiers (z. B. Minister Tereschtschenko), und mit den Sozialrevolutionären die sogenannte Koalitionsregierung. Die Menschewiki unterdrückten zusammen mit den Bürgerlichen unsere Zeitungen, verboten die „Prawda“, jagten unsere Organisationen auseinander. Während der Julitage 1917 war es die menschewistische Koalitionsregierung, die Pogrome gegen die Bolschewiki organisierte. Menschewistische Minister, wie Zeretelli u. a., tragen die Verantwortung für das, was die Koalitionsregierung im Jahre 1917 in Petrograd getan hat. Die Menschewiki haben zusammen mit den Sozialrevolutionären die Entwaffnung des Petrograder und Moskauer Proletariats vorbereitet. Die menschewistische Koalitionsregierung hat in den Julitagen 1917 die Genossen Lenin, Trotzki, Kollontai, Lunatscharski, mich und andere als Spitzel und Agenten der deutschen monarchistischen Regierung Wilhelms II. hinstellen und direkt die Massen gegen uns aufzuhetzen versucht. Trotzki, Kamenev und andere Genossen wurden verhaftet. Die Menschewiki sabotierten die proletarische Oktoberrevolution mit allen Mitteln.

Nach der Oktoberrevolution hat ein großer Teil der Menschewiki, die sogenannte Fraktion der Aktivisten, mit der Waffe in der Hand gegen die proletarische Revolution gekämpft. Maiski, Mitglied des Zentralkomitees der menschewistischen Partei, war Mitglied der konterrevolutionären Regierung in Samara, und zwar war er Minister der Arbeit in dieser Regierung. Die Menschewiki haben also an der konterrevolutionären Regierung, die sich in Sa-

mara während des tschechoslowakischen Aufstandes der Weißgardisten gebildet hat, teilgenommen usw. usw.

Das ist in kurzen Zügen die Laufbahn des Menschewismus, der dasselbe ist, was die Scheidemannpartei in Deutschland bedeutet; S. P. D. gleicht S. P. R. Und eben darum hat sich jetzt der Menschewismus in Rußland überlebt. Martow kann Beifall bei der rechten U. S. P. in Halle ernten, aber Martow kann keinen Beifall auslösen in einer proletarischen Versammlung in Rußland, und zwar darum nicht, weil die russischen Arbeiter ganz gut wissen, daß die Menschewiki als Ganzes in Rußland dasselbe getan haben, was Scheidemann und Noske in Deutschland getan haben. Ja, wir haben gegen die Menschewiki Repressalien anwenden müssen. Aber wenn der Menschewismus in Rußland vernichtet wurde, so geschah es nicht durch die Repressalien allein. Man hat auch gegen den Bolschewismus während der ersten Periode unserer Revolution die gewaltigsten Repressalien angewandt, und dennoch hat man den Bolschewismus nicht ausrotten können. Im Gegenteil, je mehr Repressalien angewandt wurden, desto stärker wurde der Bolschewismus. Mit dem Menschewismus ging es umgekehrt, weil die Arbeiter Rußlands die konterrevolutionäre Politik der Menschewiki kannten und haßten.

Jetzt werden Sie die Anklage Martows verstehen, dessen Partei in Rußland für die Arbeiterklasse erledigt ist und der darum so fanatisch gegen uns auftritt. Martow vergaß Ihnen mitzuteilen, daß er zu diesem Parteitag dennoch und trotz alledem Pässe erhalten hat, obwohl unsere Regierung ganz gut wußte, was er auf diesem Parteitag sagen würde. Wir fürchten nicht die Anschuldigungen, die Martow gegen uns erhebt; mögen die polnischen bürgerlichen Zeitungen abdrucken, was Martow gegen uns gesagt — sie werden es auch tun — mögen alle antibolschewistischen Zeitungen der ganzen Welt die Anschuldigungen abdrucken, die Martow erhoben hat. Die Arbeiterschaft aber wird verstehen, daß man diesen Anschuldigungen genau soviel Glauben, nicht mehr und nicht weniger, schenken kann, wie denjenigen Anschuldigungen, die Scheidemann gegenüber den deutschen revolutionären Arbeitern erhebt.

Martow behauptet, der Zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale habe sich nicht mit dem russisch-polnischen Kriege beschäftigt. Das ist falsch, wie auch vieles andere, was Martow gesagt hat.

Das erste Manifest, das der Kongreß der Kommunistischen Internationale an die Arbeiterschaft der ganzen Welt erließ, war gerade dem russisch-polnischen Kriege gewidmet. Das tat der Kongreß zwar ohne Diskussion, aber nur darum, weil es für So-

zialisten klar war und ist, daß dieser Krieg ein Defensivkrieg der russischen Arbeiterschaft gegen die polnischen Kapitalisten war, und daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt Sowjetrußland unterstützen müsse.

Martow wie Hilferding, Crispian wie Dittmann haben behauptet, wir, die Kommunisten, wollen den neuen Krieg, wollen die deutschen Proletarier in einen Krieg hetzen. Ich erkläre noch einmal: das ist nicht wahr, das ist von den genannten Rednern nicht bewiesen. Aber, Genossen, heute habe ich eine französische sozialpolitische Zeitung „La vie socialiste“ (Das sozialistische Leben) vom 9. Oktober, aus Paris erhalten. Dort ist zu lesen (übersetzt): „Der III. Internationale angehören, heißt einen neuen Krieg vorbereiten“. Wer sagt das? Herr Renaudel — der französische Zwillingbruder des Herrn Scheidemann.

Das will schon etwas bedeuten. Die rechte U. S. P. erklärt, sie wolle auch weiter die russische Sowjetregierung unterstützen. Gleichzeitig druckt die „Freiheit“ einen Aufruf unter dem Titel: „Der neue Tyrann, Hilferufe der armenischen Sozialisten“. Wer sind die armenischen Sozialisten? Es sind dieselben Scheidemann, es sind dieselben Leute, wie die polnischen Sozialpatrioten unter der Führung Daszynskis. Die armenischen Sozialverräter schreiben — ich zitiere wörtlich: „Das Zentralkomitee der armenischen Arbeiterpartei unterbreitet die vorerwähnten Tatsachen dem Internationalen Sozialistischen Bureau“.

Genossen, was ist das sogenannte Internationale Sozialistische Bureau? Das ist das Bureau der II. Internationale! Die armenischen Sozialpatrioten befinden sich direkt in der II. Internationale. Und das ist ja logisch, sie sind Mitglieder der II. Internationale, weil sie Noskiten sind, weil sie dasselbe sind, was die polnischen Daszynski sind.

Man sagt zwar, man wolle die Sowjetregierung unterstützen, aber man druckt diesen Aufruf gegen die russische proletarische Regierung an erster Stelle ab. Solche „Unterstützung“ der Sowjetregierung können wir leicht entbehren. Die armenische sogenannte Demokratie und die armenische sogenannte Arbeiterpartei sind einfache Werkzeuge der Entente. Diese Werkzeuge der Entente versuchten jetzt die „Freiheit“ zu unterstützen. Die „Freiheit“ schrieb gestern in einem Artikel „Das entschleierte Bild“ folgendes: „Doch in seinen (d. h. meinen) Ausführungen über die Notwendigkeit der Aufweckung der ausgebeuteten Völker des Ostens und ihren Kampf gegen den englisch-französischen Imperialismus zeigt er (d. h. ich) allerdings ein sehr gutes Verständnis sowohl für die Psychologie der asiatischen Völker wie für die praktische Notwendigkeit der

Sowjetpolitik, die die Aufstandsbewegung der islamitischen Völker braucht, um einen Druck auf die englische Regierung ausüben zu können.“

Ich habe die „Freiheit“ wörtlich zitiert. Nun frage ich, Genossen, ist es wahr, daß nur die Sowjetregierung die Aufstandsbewegung der islamitischen Völker braucht? Und die deutsche Arbeiterklasse, die Arbeiterklasse der ganzen Welt — braucht sie nicht eine solche Aufstandsbewegung der islamitischen Völker gegen die Entente, gegen die Bourgeoisie der ganzen Welt? Also, Genossen, Sie sehen auch hier, auf welche Weise die „Freiheit“ gewillt ist, die Sowjetregierung zu unterstützen. Und eine solche Unterstützung verbitten wir uns. Wenn die „Freiheit“ Aufrufe, die sich an die II. Internationale wenden, abdruckt, so ist das ein Beweis, daß die „Freiheit“ anfängt, ein Organ der II. Internationale zu werden, ein antibolschewistisches Organ. Wir erklären dazu ganz ruhig: so viele Hundert antibolschewistische Zeitungen gibt es schon in der Welt, möge es noch eine antibolschewistische Zeitung in Berlin geben, die sich „Freiheit“ nennt und die vielleicht nicht immer in den Händen der Reformisten bleiben wird.

Ich komme zum Schluß, zur Frage der Bedingungen. Die schriftliche Erklärung, die Hilferding im Namen der Rechten abgegeben hat, hat uns zum hundertsten Male bewiesen, daß für die rechten Führer gar nicht die Bedingungen in Frage kommen, sondern die programmatische Frage der Diktatur des Proletariats, der Weltrevolution, der Gewerkschaften usw. Es hat jetzt absolut keinen Zweck mehr, mit der rechten U. S. P. über einzelne Punkte zu diskutieren, nachdem die rechte U. S. P. sich offen zum Menschewismus bekannt hat.

Hilferding hat in seiner Rede zitiert, was die Genossin Rosa Luxemburg im Jahre 1904, also vor 16 Jahren, gesagt hat, als der Unterschied zwischen Menschewismus und Bolschewismus noch ganz unklar war. Solche Zitate haben absolut keinen Wert. Mit viel größerem Recht hätte Hilferding das zitieren können, was Trotzki vielleicht noch im Jahre 1916 gegen uns gesagt hat. Ja, es gab einmal eine Lage, wo es noch nicht klar war, daß der Menschewismus dem Reformismus gleichkommt und wo sich verschiedene Revolutionäre über den Charakter des Menschewismus irren konnten. Aber jetzt, während der Revolution, kommen täglich Hunderte der besten menschewistischen Elemente zu uns. Ich bin es aber dem Andenken unserer Meisterin und Lehrerin Rosa Luxemburg schuldig, daß ich die Äußerungen von Hilferding richtigstelle. Es gibt ein Dokument von Rosa Luxemburg über die Frage nicht aus dem Jahre 1904, sondern aus dem Jahre 1916, also aus

einem Jahre, wo die Krise klar und die II. Internationale zusammengebrochen war. Es gibt ein Dokument, das heißt: „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“, das als Anhang zur Juninusbroschüre abgedruckt ist, und das von der Genossin Rosa Luxemburg stammt. Dort heißt es wörtlich:

„3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Internationale entscheidet im Frieden über die Taktik der nationalen Sektionen, in Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik, der Maifeier, ferner über die gesamte im Kriege einzuhaltende Taktik.

4. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die ihren Beschlüssen zuwiderhandeln, stellen sich außerhalb der Internationale.“

Genossen, das ist klar und deutlich. Die Genossin Luxemburg wäre nicht gegen die 21 Bedingungen, sondern für die 21 Bedingungen, ebenso wie wir es sind.

Der rechte Teil des Parteitages ist im Unrecht, wenn er meint, daß laut § 17 der Bedingungen die linken U. S. P.-Genossen verpflichtet seien, einfach in den Spartakusbund überzugehen. Das ist nicht wahr. Das ist weder die Meinung der Kommunistischen Internationale, noch die Meinung des Spartakusbundes selbst. Unsere Meinung geht dahin, daß wir eine brüderliche Vereinigung aller kommunistischen Elemente vornehmen müssen und nicht einen einfachen Übertritt. Und mögen die rechten U. S. P.-Führer ruhig sein, diese brüderliche Vereinigung wird sich ohne jede Störung, ohne jede Zänkerei, ohne jede Rivalität, kameradschaftlich vollziehen.

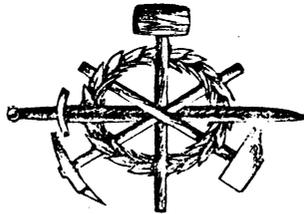
Die 21 Bedingungen sind da. Der Verlauf des ganzen Parteitages hat bewiesen, daß diese 21 Punkte das erreichen, worauf sie hinzielen. Sie helfen uns, Weizen von Spreu zu trennen; sie helfen uns, alle wirklich kommunistischen Elemente zusammenfassen. Wenn wir die reformistischen Opportunisten, die halb bürgerlich aristokratischen Elemente los werden, wenn wir unter uns sind, so werden wir uns ganz leicht darüber verständigen, was in den 21 Punkten durch die Praxis vielleicht geändert werden soll. Aber jetzt stehen wir alle in geschlossener Front, auf der Basis aller Thesen der Kommunistischen Internationale, und aller 21 Bedingungen, die von dem besten Teil der internationalen Arbeiterklasse formuliert worden sind. Und jetzt, wo die reine Scheidung kommt, jetzt kommt auch, ob Sie es wollen oder nicht, auf der einen Seite eine Vereinigung aller opportunistischen Elemente, und auf der

anderen Seite — aller kommunistischen Elemente in Deutschland. Ich behaupte: wenn auf diesem Parteitage, der ja schleunigst von der Rechten einberufen worden ist, bei einer Lage, wo 45 Zeitungen in den Händen der Rechten sind, wo sie die gesamten Debatten auf organisatorisches Gebiet hinübergeleitet haben, wo sie die 21 Bedingungen zu mißdeuten versuchten — wenn bei einer solchen Lage der kommunistische Teil der U. S. P. dennoch eine große Mehrheit auf dem Parteitage hat, so ist das ein Beweis dafür, daß bei den Arbeitern, den Mitgliedern der U. S. P., eine erdrückende Mehrheit auf unserer Seite ist.

In Deutschland wird sich jetzt eine große einheitliche kommunistische Partei bilden, und das ist das größte historische Ereignis dieser Tage. Darum noch einmal: Es lebe diese neue einheitliche Kommunistische Partei, die vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, die vereinigte Sektion der Kommunistischen Internationale!

Genossen, Freunde, Brüder! Willkommen in der Kommunistischen Internationale!

G. Sinowjew.



Ueber die Offensivtaktik.

Der revolutionäre Weltprozeß, dieser riesenhafte Vorstoß, der seinesgleichen in der Geschichte der Menschheit sucht, vollzieht sich in einer Zusammensetzung der verschiedensten Elemente, Entwicklungsstufen, Kampfmethoden, der verschiedensten die Umwälzung durchführenden Kräfte. Es versteht sich von selbst, daß zu verschiedenen Zeitabschnitten, in verschiedenen Entwicklungsphasen dem Proletariat auch verschiedene Probleme entstehen, und zwar in erster Reihe Probleme taktischen Charakters. Wir haben es hier keineswegs mit einer spezifischen Eigenheit der proletarischen Revolution zu tun. Dieselbe Erscheinung finden wir in der Epoche der Ablösung der Feudalherrschaft durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Die französische Revolution, durch die die gründlich eingestampfte Landstraße für die kapitalistische Entwicklung noch weiter ausgebaut wurde, hatte ebenfalls eine Reihe von Phasen durchzumachen, die zwar grundverschieden voneinander waren, aber doch den gleichen, weltgeschichtlichen, auf der Klassenherrschaft beruhenden sozialen Sinn in sich trugen. Diese Revolution begann (insofern man hier überhaupt von einem „Anfang“ und einem „Ende“ sprechen kann) im Jahre 1789. Sie „endete“ sozusagen 1815, zugleich mit dem Abschluß der Napoleonischen Kriege und dem Sturz Napoleons. Im Laufe eines Vierteljahrhunderts machte die Revolution mehrere Stadien durch, die auch die jeweilige Taktik der Bourgeoisie gegenüber den Gutsherren kennzeichneten.

Die Bourgeoisie begann mit einem Aufstand gegen die Feudalherrschaft. Danach organisierte sie ihre Diktatur gegen den Landadel, hieb erbarmungslos auf dessen Schädel ein, kämpfte mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Verschwörungen, die gegenrevolutionären Aufstände usw. Darauf folgte ein Zeitraum der erbittertsten Abwehr gegen die reaktionären äußeren Feinde, gegen das sogenannte „Heilige Bündnis“ der Monarchen, denen es ganz und gar nicht behagen wollte, daß der Adel „ausgeplündert“ und die Könige um einen Kopf kürzer gemacht wurden. Der Produktionsprozeß im Innern des Landes erlitt einen Abbruch — eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Bürgerkrieges; — allerorts herrschte Zerrüttung und Armut; die Finanzen gerieten in fürchterlichen Verfall; das Schiebertum blühte trotz aller Repressiv-

maßnahmen. Diese Zustände wurden durch die Blockade und den äußeren Klassenkampf gegen die konterrevolutionären Staaten noch verschärft.

Die Tatkraft der Bourgeoisie (als Ganzes genommen) überwand diese Hindernisse. Die Bürgerlichen festigten ihren Apparat, bauten ein Heer auf, das unter den Klängen der revolutionären „Marseillaise“ marschierte, und gingen darauf von der Abwehr zum Angriff gegen ihre Feinde über. Eine neue Periode setzte nunmehr ein, eine Periode der Revolutionskriege, die Europa objektiv befreiten. Natürlich weiß jeder auch nur halbwegs Gebildete, daß die Machthabenden während dieses Zeitraums miteinander abwechselten, und daß erst das Kleinbürgertum (die „Jakobiner“) durch die Großbourgeoisie, danach diese durch die bürgerliche Militärdiktatur Napoleons ersetzt wurde. Ebenso gut weiß aber auch jedermann, daß Napoleon im Vergleich zu den Monarchen Europas eine revolutionäre Kraft war. Schon Heinrich Heine begriff vorzüglich die riesige geschichtliche Bedeutung und den Befreiungscharakter der Napoleonischen Kriege. Sie waren es, die die Leibeigenschaft in Europa untergruben. Im Vergleich zum Sozialismus und zum Proletariat haben wir es hier natürlich mit einer gegenrevolutionären Kraft zu tun. Zu jener Zeit handelte es sich aber nicht um die Verwirklichung des Sozialismus, sondern um den Sieg des Kapitalismus über die Feudalknechtschaft. Die Pazifisten und Sozialfriedensstifter (von der Art Jaurès), die mit geschlossenen Augen umherlaufen, beweinen den Übergang von der Abwehr zum Angriff, der für sie den „Untergang“ der Ideen der Großen Revolution bedeutet. Die Marxisten jedoch müssen einsehen, welch ein Unsinn es ist, die Frage von diesem Standpunkt aus zu behandeln. Denn tatsächlich waren es die Bajonette der revolutionären Heere, die die verfaulte feudalherrschaftliche Hülle Europas endgültig zerrissen. Die Gewalt spielte hier die Rolle der Hebamme bei der Geburt der neuen kapitalistischen Gesellschaft. Der Übergang der Bourgeoisie, die „sich als Staatsmacht konstituiert hatte“, von der Abwehr zum Angriff kennzeichnete tatsächlich ein Anwachsen der revolutionären Kräfte.

So lagen die Dinge vor etwa mehr als hundert Jahren.

Nun fragt es sich: ist eine solche Lage der Dinge unter der Diktatur des Proletariats möglich?

Manche geraten über diese „hinterlistige“ Frage „in Verlegenheit“: Würde das nicht „bürgerliche“ Taktik sein? Hat nicht die Bourgeoisie zu diesem Mittel gegriffen? Darf dann das Proletariat es anwenden?

Es ist klar, daß diese Beweisführung nichts taugt. Mehr noch, sie ist durch und durch opportunistisch und — mögen die Herren Pazifisten mir gnädigst verzeihen — direkt dumm. Schon lange werden derartige Argumente gegen die revolutionäre Taktik des Proletariats angeführt: „Ein Aufstand?“ — „Gott bewahre! Das hat die Bourgeoisie getan.“ — „Barrikaden?“ — „Gott sei uns gnädig! So kämpfte die Bourgeoisie. Das Proletariat ist in der Mehrheit. Es bedarf nicht solcher grausamer Mittel.“ — „Diktatur? Terror?“ — „Das ist ebenfalls bürgerlich.“ — So sprachen, sprechen und werden alle Kompromißler sprechen.

Den revolutionären Proletariern ist nicht die Form, sondern das Klassenwesen der Sache wichtig. Und es ist klar wie die Sonne, daß zwischen der bürgerlichen und der proletarischen „Ausdehnung“, zwischen der bürgerlichen und der proletarischen „Expansion“ derselbe Unterschied besteht, wie zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus. Wer diesen Unterschied nicht begreift, der begreift überhaupt nichts, an dem ist Hopfen und Malz verloren, den bessert nur das Grab.

Die internationale Bourgeoisie ist natürlich sehr daran interessiert, daß das Proletariat seine territoriale Basis nicht erweitere. „Ist nun einmal in einem Lande das Unglück geschehen, daß die Arbeiter die Macht ergriffen haben“, sagt die Bourgeoisie, „so sollen sie wenigstens in ihrem Lande sitzen wie in einem Käfig. Aber daß sie nur stillhalten und sich nicht fortbewegen.“

Daß die Bourgeoisie so urteilt, ist begreiflich. Wenn aber einer, der sich „Sozialist“ nennt, grundsätzlich gegen die proletarische „Expansion“ auftritt, so ist es klar, daß er noch durch und durch Spießbürger und nicht proletarischer Revolutionär ist.

Schon ganz süßlich und beschränkt sind solche Einwände wie: „Das Bajonett taugt nicht zu solchen zarten Dingen, wie die erhabene Idee des Sozialismus.“ Das ist nichts weiter als ein Nachsingen der liberalbürgerlichen Lieder. Ist denn der Aufstand kein „Bajonett“? Ist die Revolution denn nicht dasselbe „Bajonett“? Ein „zartfühlender“ Kommunismus paßt für den Salon, wo die Leute sich mit leichtem Geplauder abgeben, er taugt aber nicht für den rauhen Lebenskampf, wo die Menschen für ihre Sache kämpfen und sterben. Ja, es ist ein hartes, rauhes Leben, aber es ist die rauhe Wirklichkeit, es ist die Verwirklichung der hehren Ideale, kein platonisches Seufzen und Sehnen nach ihnen.

Das „Kommunistische Manifest“ besagt, daß das Proletariat die ganze Welt erobern werde. Wie? Durch die Revolution, also

folglich auch durch das „Bajonett“. Hat das Proletariat in einem Lande die Macht an sich gerissen und ist es stark genug, um zum Angriff gegen die bürgerlichen Staaten zu schreiten, so will das sagen, daß die Kraft der Revolution groß ist, daß sie gut organisiert ist, daß große Aussichten auf einen Sieg vorhanden sind. Der Bourgeoisie zum Schrecken, dem Proletariat zur Freude. Und zwar dem Proletariat aller Länder, darunter auch des kapitalistischen Staates, gegen die die revolutionäre Armee der proletarischen Republik zum Angriff vorrückt.

Hier entstehen neue „Einwände“ gegen eine derartige Taktik des bereits siegreichen Teils des Weltproletariats. Eine „Einmischung“ könne nicht dauerhaft sein. Eine „künstlich“ geschaffene, nicht „organisch aufgewachsene“ Sowjetmacht taue nichts. Eine derartige Macht sei ein „Fremdkörper“, sei „importierter Kommunismus“ usw. usw.

Fragen wir uns aber nun einmal: Weshalb mischt sich denn eigentlich die Bourgeoisie gegenwärtig in ihre Angelegenheiten ein und gewinnt dadurch noch? Gibt es denn auch nur einen einzigen polnischen Bourgeois, der so dumm wäre, gegen die Hilfe Frankreichs oder Englands Einspruch zu erheben? Gibt es denn einen einzigen ungarischen Bourgeois, der sich gegen solche Hilfe stemmen würde? Natürlich nicht. Die Bürgerlichen — das sind Geschäftsleute. Sie sind nicht so naiv, daß sie sagen würden: Um die Revolution und die Roten „organisch“ zu besiegen, muß die polnische Bourgeoisie sich nur auf ihre eigenen Kräfte stützen, sonst ist sie verloren. Im Gegenteil, sie dingt Mannschaft, Offiziere, Generäle, Panzerautos, Instruktoren, kauft Gase und führt mit Hilfe solcher „Einmischung“ den Kampf gegen die proletarischen Armeen.

Ja, die Bourgeoisie ist klug. Manche Sozialfriedensstifter sind es aber nicht. Das ist das Unglück. Hierin liegt der schwere Fehler, den auch manche Arbeiterkreise noch teilen. Dieser Fehler muß aus der Welt geschafft werden. Die sozialpazifistische, ihrem Wesen nach längst veraltete liberal-bürgerliche Ideologie muß zertümmert werden, denn mit ihr kann die Arbeiterklasse nicht siegen. Wenn die heutige Bourgeoisie der verschiedenen Länder einander auf das beste hilft und nicht zu stolz ist, diese Hilfe anzunehmen, wie kann da das internationale Proletariat auf solche gegenseitige Unterstützung und kameradschaftliche Einmischung im Interesse des Sozialismus und seines Sieges verzichten? Es läßt sich natürlich in diesem oder jenem Falle annehmen, daß die Zeit zur Einmischung noch nicht reif sei, daß noch nicht die nötigen

Kräfte hierfür vorhanden seien usw. Grundsätzliche Einwände aber dürfen nicht gemacht werden.

Hat die „Einmischung“ in diesem Fall die auswärtige „Sowjetisierung“) aber einmal begonnen, so sind die kommunistischen Parteien verpflichtet, sie mit ihrer ganzen Taktik zu unterstützen. Widrigenfalls üben sie gewöhnlichen Verrat, lassen sie sich Fahnenflucht zuschulden kommen. Fürwahr, wäre es denn nicht Verrat, wenn die Partei einen unvermeidlichen oder bereits ausgebrochenen Aufstand gegen das Kapital nicht unterstützen wollte? Genau so steht es mit der roten Einmischung. Sie muß mit allen Mitteln unterstützt werden. Wer Kommunist sein oder als solcher gelten will und gegen solche Unterstützung protestiert, der ist kein internationaler Revolutionär, sondern ein nationalistischer Opportunist, wenn auch von etwas „zarterer“ Art.

Die „nationale“ Stimmung der Arbeiterklasse überschätzen, heißt dasselbe tun, was die Opportunisten tun, wenn sie über die verfrühte revolutionäre Erhebung wehklagen. Es mag ja Fälle geben, wo Unreife vorliegt. Aber auch dann sind die Parteien verpflichtet, ihre prinzipielle Stellung klarzulegen, gegen den Strom zu schwimmen und nicht sich im Flußbett des kleinbürgerlichen Chauvinismus und der spießbürgerlichen Politikkrämerei zu bewegen.

Wir haben die Frage mehr oder weniger abstrakt behandelt. Aber wir wissen wohl, daß die angeregten Fragen aus theoretischen zu praktischen werden. Wir leben am Scheidewege, an der Grenze zwischen der proletarischen Abwehr und dem proletarischen Angriff gegen die Festen des Kapitalismus. Wenn nicht heute, so werden wir morgen uns über die Frage entscheiden müssen. Theoretische Klarheit und volles Verständnis des Problems tut daher bei allen not. Die Revolution kann nur als Weltrevolution siegen. Das haben wir tausendmal wiederholt. Jede Möglichkeit, den Kapitalismus in anderen Ländern zu Fall zu bringen, ist daher eine revolutionäre Notwendigkeit. Durch eine Verschleppung des ganzen Prozesses werden die kampfmüden Massen noch tausendmal mehr gequält. Haben wir die Möglichkeit (was natürlich nicht immer der Fall ist), den Stahlwider der bewaffneten proletarischen Diktatur in das wurzelfaule Gebäude der bürgerlichen Ordnung zu stoßen, so sparen wir dadurch unsere Kräfte.

N. Bucharin.

Ueber die Verhandlungen in Riga.

Die Verhandlungen in Riga werden der Weltgeschichte als eine der Etappen in der Selbstverteidigung der Sowjetrepubliken den Angriffen des Imperialismus gegenüber eingegliedert werden. Gegenwärtig, wo es Herrn Martow im Auslande endlich gelungen ist, die Sowjetmacht frei und ungehindert zu verleumden und unsere Partei, unsere Rote Armee und die Sowjetregierung mit der Beschuldigung des „roten Imperialismus“ zu überschütten, ist es mehr denn je am Platz, die Geschichte der Rigaer Verhandlungen als einen Beweis für die Lüge und den Zynismus der menschewistischen Aüguren darzulegen. Unsere Niederlage an der Front ist zu allererst eine strategische Niederlage gewesen: unsere Armee rückte mit schwindelerregender Schnelligkeit vor, so daß sie Hunderte von Meilen ohne Reserveteile, ohne materielle Vorräte hinter sich zurücklegen mußte, die Frontlinie zog sich immer mehr in die Länge und wurde immer weniger dicht. Während die polnische Armee, die sich zu einer Angriffssaust zusammenballte, durch die Vorzüge einer unerwarteten Gegenoffensive und die Möglichkeit, unsere Front zu durchbrechen, siegte, zersplitterte sich unsere Armee in der ungeheuer großen Ausdehnung und verlor in ihrem unaufhaltsamen Vorwärtsstreben sogar den Zusammenhang zwischen den einzelnen Teilen. Die Behauptung kluger Leute, die zuerst reden und dann erst denken, wir seien ins Innere von Polen gegen den Willen des polnischen Proletariats, ja selbst der polnischen Kommunisten eingefallen, sind eine so gemeine Entstellung der Wahrheit, daß wir es für unnötig erachten, sie zu widerlegen. Unsere polnischen Genossen selber werden aller Wahrscheinlichkeit nach Martow eine würdige Antwort geben. Wir wollen uns nur auf Tatsachen stützen. In dem polnischen „Arbeiter“, einer unserer Partei und Regierung keineswegs freundlich gesinnten Zeitschrift, kann Herr Martow Beschreibungen der Grausamkeiten finden, die der polnische Adel bis auf den heutigen Tag an den Landarbeitern und an den Proletariern, welche unter der Anklage stehen, die rote Armee zu unterstützen, verübt. Tatsachen stehen fest, und nicht einmal ein so gewandter Redner wie Martow ist imstande, sie umzustößen.

Die Tatsachen in der Geschichte der Rigaer Verhandlungen z. B. bezeugen, daß das Augenmerk jedes „ehrlichen Demokraten“ gerichtet sein muß, nicht auf den nicht existierenden roten Imperialismus, sondern auf den tatsächlich vorhandenen weißen, der den Sowjetrepubliken im Rigaer Frieden aufgezwungen wurde.

Polen ist nicht als Nationalreich, das seine durch dreimalige Teilung unter Rußland, Preußen und Oesterreich zerrissenen Länder wieder vereinigt hat, aus Riga hervorgegangen, sondern als Reich einzelner Nationalitäten, welche, abgesehen von den Deutschen, fünf Millionen Weißrussen, drei Millionen galizische Ukrainer und nahezu eine Million wolhynischer Bauern und Arbeiter verschlungen haben. Jegliche „Selbstbestimmung der Nationen“ verwandelt sich im Zeitalter des Imperialismus in ihr Gegenteil. Das Bestreben der „Nation“, gegenwärtig ein Nationalreich zu gründen, führt zur eigenen „Antithese“, zur Schaffung eines Reichs von Nationalitäten. Die „Selbstbestimmung“, welche Polen in Riga ausgeübt hat, ist der beste Beweis für den vielfach potenzierten Imperialismus, der jeglicher hürgerlich-nationalen Bewegung der gegenwärtigen Zeit eigen ist. Der polnische Imperialismus bildet nur einen abgesplitterten geringen Teil des Imperialismus der Großmächte, die das weiße Polen unterstützen. Hätten die Sowjetrepubliken unmittelbar mit dem polnischen Imperialismus zu tun gehabt, so hätten wir Kraft und Möglichkeit genug gehabt, die imperialistischen Begierden in Polen zu paralysieren. Die Schwierigkeit der Lage in Riga beruhte auf dem Umstande, daß wir am Diplomatentische die Entente hatten, als deren Vorhut im Osten das Polenreich erscheint. Indem wir mit Polen unterhandelten, waren wir uns dessen bewußt, daß wir im Grunde genommen Verhandlungen mit denjenigen verbündeten Mächten führten, welche der polnischen Delegation den Rücken deckten. Und die Tatsache schon, daß die Sowjetrepubliken infolge ihrer Verteidigung den europäischen Räubern gegenüber unvergleichlich leichtere Bedingungen diktierten, als diejenigen, auf welche Sowjetrußland und die Ukraine einst in Brest eingehen mußten, ist ein Beweis für die zweifelhafte Festigung der Sowjetmacht auf dem internationalen Schauplatz. In Brest haben wir uns ergeben, sind zurückgetreten, sind auf die Bedingungen des Generals Hoffmann in der endgültigen Fassung ohne Widerrede eingegangen. In Riga sind wir nicht als Besiegte gewesen und haben uns nicht für besiegt gehalten, da die polnische Armee nicht vor den Toren Charkows und Moskaus stand und unsere Rote Armee hart an Warschau herangetreten war.

Die polnische Delegation erkannte selbst, daß es unmöglich ist, einen Frieden auf vorübergehenden militär-strategischen Kombinationen aufzubauen; Polen versuchte seine günstige Weltlage möglichst auszunutzen. Und wenn der Rigaer Friede vom Brester Frieden himmelweit entfernt ist, so liegt die Erklärung dazu erstens in der Festigung der Sowjetmacht selbst und zweitens in der Verstärkung des Druckes auf die Regierungen seitens des internationalen Proletariats. Riga erschien gleichsam als Barometer dieses Näherrückens in den gegenseitigen Beziehungen des internationalen Proletariats und der internationalen Bourgeoisie. Wir haben uns noch nicht stark genug erwiesen, um sofort zu einem Angriff auf das

internationale Kapital überzugehen, aber auch nicht schwach genug, um unsere Stellungen kampflos aufzugeben und vor dem Drängen der internationalen Haifische zurückzuweichen. Auf der politischen Wage, welche in Riga die gegenseitigen Kraftverhältnisse bestimmte, hat jedes Atom der Revolutionsgärung in Europa eine ebenso große Bedeutung, wie der Erfolg unserer roten Regimenter. Es kann mit Bestimmtheit behauptet werden, daß wir, falls die Ereignisse in Italien bis zu einem offenen Zusammenstoß der Klassenkräfte gekommen wären und sich nicht lediglich auf syndikalistische Illusionen beschränkt hätten, einen dauerhafteren Frieden in Riga geschlossen hätten, als denjenigen, den wir haben unterschreiben müssen.

Die Hauptzugeständnisse, die unsere Delegation in Polen gemacht hat, waren territorialer Natur. Die gesamte Politik der zeitgenössischen Reiche ist auf der Annektion des Territoriums, welches den Schauplatz für die Aushutung des Kapitals bedeutet, aufgebaut. In den zeitgenössischen bürgerlichen Staaten ist die Theorie des „Nationalpatriotismus“ von der Theorie des „Oekonomiepatriotismus“ verdrängt worden. Der Kampf um vorteilhafte Grenzen beim Friedensschluß bildet den Nerv jeglichen imperialistischen Krieges. In einer Zeit aber, die mit Klassenkonflikten gesättigt ist und durch die Entfaltung des Bürgerkrieges gekennzeichnet wird, hat der Grenzkampf der regierenden Klassen nur eine illusorische Bedeutung. Dasjenige, was in den Augen aller bürgerlichen Ideologen, die den Kapitalismus als eine bekannte Form der menschlichen Beziehungen zu betrachten gewohnt sind, einen dauernden parlamentarischen Charakter trägt, kann in den Augen einer revolutionären Partei, wie es unsere Kommunistische Partei ist, bloß eine zeitweilige, eine Uebergangsbedeutung haben. In der Zeit der Revolution werden die Grenzpfähle zu häufig umgestellt, als daß sie im Ernst vom Grenzfetischismus durchdrungen sein könnten. Die Geschichte hat dem starken deutschen Imperialismus in Brest zu hämisch ins Gesicht gelacht, als daß wir an die Unverbrüchlichkeit der mittels friedlicher Verträge festgesetzten Grenzen glauben könnten. Es handelt sich auch keineswegs — Achtung, Leser! — darum, daß die Sowjetrepubliken illoyal sind in bezug auf ihre Verträge. „Illoyal“ objektiv ist die Geschichte selbst, welche diese Verträge gleich Papierfetzen zerreißt. Illoyal sind die inneren revolutionären Kräfte, welche die Politik der regierenden Klassen untergraben; Polen selbst hat sich in Riga Mühe gegeben, seine innere Lage auf dem Wege der Annektion von Gebieten, welche von Fremdvölkern bewohnt werden, zu komplizieren. Polen ist aus Riga als eine Art von Neu-Oesterreich-Ungarn mit außerordentlich ungleichartiger fremdstämmiger Bevölkerung hervorgegangen. Es hat auf seiner gesamten Ostgrenze durch seine Politik beständige Streitigkeiten geschaffen: es hat im äußersten Norden zu einer Reihe nationaler Konflikte mit der litauischen Bevölkerung, im Zentrum mit Weißrußland und

im Süden mit der ukrainischen Bevölkerung von Ostgalizien Anlaß gegeben. Schon während der Friedensverhandlungen haben sich diese Konflikte fühlbar gemacht in dem Auftreten derjenigen bürgerlichen Parteien und „Regierungen“, welche ihren sozialpolitischen Sympathien nach der roten Ukraine und dem roten Rußland näher standen. Die polnischen Annektionsgelüste wurden nicht nur von den Vertretern Sowjetweißrußlands und des Revolutionsausschusses Galiziens, sondern auch von den kleinbürgerlichen Gruppen, wie der „weißrussischen Regierung“ Lastowskis und der Nationalrada von Ostgalizien mit Herrn Kost Lewitzki an der Spitze, bekämpft. Dem Schreiber dieser Zeilen hat die Delegation von Ostgalizien, deren Bestand Lewitzki, Doktor Nasaruka, Mischusch und Dep. Ernst Branter bildeten, einen Protest eingehändigt gegen die Annektion Galiziens durch Polen, wo die Methoden der polnischen Okkupation sich in „systematischer Ausrottung des ukrainischen Volkes“ äußerten. Derjenige, dem die Formen der nationalen Bedrückung bekannt sind, welche vom polnischen Adel in Ostgalizien seit den ältesten Zeiten im Kampf mit den Arbeiterschichten der ukrainischen Volksmassen angewandt wurden, der wird für die komplizierte innere Lage, die die polnischen Imperialisten nach dem Frieden von Riga erwartet, volles Verständnis haben. Selbst wenn das weiße Polen innere soziale Erschütterungen vermeiden könnte, so würde doch der nationale Kampf allein genügen, den Boden unter den Füßen der Regierung Pilsudskis fortzuziehen und ihr große Schwierigkeiten zu bereiten.

Indessen stellt Polen, was die Möglichkeit innerer Erschütterungen anbelangt, keineswegs ein glückliches Arkadien dar. Es ist uns bekannt, daß die Arbeitermassen lange vor dem Frühlingsabenteuer Pilsudzkis sich auf den Straßen von Warschau zugunsten eines Friedens mit den Sowjetrepubliken erhoben hatten. Unser Vorrücken ins Innere Polens während des Sommers verschärfte den Kampf der politischen Parteien. In Polen tauchten Kriegsgegner in Gestalt der Partei des Herrn Dmowski auf, der in Gemeinschaft mit seinen Anhängern beim Vorrücken unserer Armee gegen Warschau es vorzog, das Gebiet der Hauptstadt zu verlassen und nach Posnan überzusiedeln. Diesen Ort, diese Provinz, welche die polnische Reaktion zu ihrem Wohnsitz machen wollte, hofften die Nationaldemokraten zum Ausgangspunkt ihres Angriffs auf die P. S. P. zu machen und sich nach dem Sturz der Regierung Pilsudskis an die Spitze des Reichs zu stellen. Wenn dieser Plan scheiterte, so geschah es nicht infolge des Abnehmens der Parteizwistigkeiten, sondern infolge des Umstandes, daß unsere Armee Warschau aufgab. Im Zusammenhang mit den Waffenerfolgen Polens nahmen die Zwistigkeiten der Parteien nicht nur nicht ab, sondern verschärfen sich im Gegenteil aufs Entschiedenste. Es kam so weit, daß in der polnischen Presse während der Friedensunterhandlungen gegenseitige Anklagen der P. S. P. und der Nationaldemokraten

erschienen. In denen sie einander beschuldigten, Attentate auf die Leiter der entgegengesetzten Parteien vorzubereiten, was die Herrschaften der P. S. P. freilich nicht daran hinderte, auf der Friedenskonferenz zu Riga mit den Nationaldemokraten gemeinschaftlich gegen die Sowjetrepubliken und unsere Kommunistische Partei vorzugehen.

Es fällt überhaupt schwer, sich ein schmachvolleres Schauspiel vorzustellen, als das, welches die Vertreter der Partei in Riga boten. Am gleichen Diplomatentische saßen die Vertreter nicht nur feindschaftlicher Regierungen, sondern auch verschiedener Tendenzen der Arbeiterbewegung einander gegenüber. Die für die Vertreter des weißen Polens bestimmten Sitze waren von den Vertretern der II. Internationale eingenommen, welche einen eigenen Regierungsapparat und eine eigene Armee zur Bekämpfung der III. von den Sowjetrepubliken vertretenen Internationale geschaffen hatten. Unser Krieg und Friede mit Polen waren gewissermaßen der Krieg und Friede der abgequälten, zermarterten Ukraine und Rußlands mit der blutigen Agentur der II. Internationale, welche bei dem Angriff des internationalen Kapitals auf die russischen und ukrainischen Arbeiter und Bauern eine so verächtliche und gemeine Rolle spielte. Man hätte sehen müssen, wie zynisch diese Herrschaften den Vorschlag der russisch-ukrainischen Delegation, Polen den Waffentransport für Wrangel zu verbieten und die Festnahme des Banditen Balachowitsch zu fordern, ablehnten, um das ganze Maß der Gemeinheit zu begreifen, das in dem „Sozialismus“ der Agenten der II. Internationale steckt. Und doch ist es unserer Delegation noch gelungen, den Beweis dafür vor polnischer Seite zu erzwingen, freilich nicht infolge der Unterstützung der P. S. P. Dieser Zynismus trat aber noch deutlicher zutage, als die Frage hinsichtlich des sogenannten Goldvorrates aufgeworfen wurde. Keine der übrigen politischen Parteien verlangte so beharrlich die Auslieferung des Goldes von Polen, wie gerade diese Partei. Wir können nur lebhaft bedauern, daß die polnischen Arbeiter in dem Augenblick nicht anwesend waren, als der polnische „Gurland“, der nicht unbekannte Schriftleiter des „Arbeiters“ Perl, der dieses Blatt ehemals redigierte, als es noch illegal erschien, mit einer Frechheit, die aller äußeren diplomatischen Formen spottete, von den Vertretern der Arbeiter- und Bauernregierung die Auszahlung einiger Zehnmillionen in Gold zugunsten der polnischen Gegenrevolution zu erpressen suchte. Bis auf den heutigen Tag fällt es einem schwer, bei der Erinnerung an diesen Auftritt das Gefühl tiefster Verachtung loszuwerden. Was hätten die polnischen Arbeiter aber gesagt, wenn sie erst die langen Reden der P. S. P. gegen unseren Vorschlag der Amnestie angehört hätten. Tausende von polnischen Arbeitern und Bauern schmachten in Festungen und Gefängnissen, während die Vertreter der II. Internationale hartnäckig gegen die Aufnahme eines Amnestieartikels in den Friedensvertrag kämpften.

Mag der von uns unterschriebene Friede auch kein leichter sein. Wir hätten einen vorteilhafteren Frieden erreichen können, wenn wir uns auf unsere Kriegsmacht und auf die Hilfe des internationalen Proletariats gestützt hätten. In diesem Falle hätten wir unser Land aber allen Schrecken eines Winterfeldzuges und dessen unvermeidlichen Folgen: Epidemien, Verkehrsstörungen, einer weiteren Zerrüttung der Produktion und dem Aussterben der Bevölkerung aussetzen müssen. Die Schlächter der Entente haben gerade damit gerechnet. Die Sowjetmacht, welche unter dem Zeichen des Friedens zur Welt gekommen ist, konnte und durfte nicht Millionen ihrer Bevölkerung opfern. Wenn sie auch nicht nur Ländergebiete, sondern auch lebendiges Material an Menschen, denen die polnische Reaktion blutige Striemen beibringen wird, abgetreten hat, so hat sie doch dem Blutvergießen ein Ende gemacht, sie hat der gesamten Bevölkerung die Last des Übergangsstadiums erleichtert. Sie wird für die Opfer, die sie dem Frieden gebracht hat, weder von den eignen werktätigen Massen, noch von den werktätigen Massen Polens, weder von dem internationalen Proletariat noch sogar von der unglücklichen galizischen und weißrussischen Bevölkerung verurteilt werden. Das Übrige wird die Geschichte beitragen. In nächster Zukunft wird sie erklären, wer in Riga im Recht gewesen ist; sind diejenigen im Recht gewesen, die die natürlichen ethnographischen Grenzen zwischen den Völkerschaften gewaltsam niedergerissen haben, oder sind es diejenigen gewesen, die sowohl auf friedlichem Wege als auch mit dem Schwert in der Hand um die Befreiung der Werktätigen aller Nationen und Völker gekämpft haben und noch gegenwärtig kämpfen. Furchtlos erwarten wir den Urteilspruch der Weltgeschichte.

D. Manulski.



Die Pflicht des Sozialisten.*)

Ich rufe die Gastfreundschaft meiner Kameraden aus der „Humanité“ an und bitte sie, mir zu gestatten, mich durch ihr Blatt an alle Mitglieder der Partei zu wenden, um meine Ansicht über den Streit auszudrücken, der gegenwärtig in die Reihen der französischen Sozialisten Spaltung hingetragen hat.

Mögen die jungen oder die alten Parteikämpfer mich nicht als Eindringling betrachten, weil ich mich gewöhnlich nicht unmittelbar an der Politik beteilige und die Organisationen, denen ich mich widme, nämlich die „Internationale der Kriegsveteranen“ (L'internationale des anciens combattants) und die „Clarté“, ihre Tätigkeit völlig unabhängig von allen politischen Parteien ausüben.

Das will natürlich nicht heißen, daß diejenigen, in deren Namen ich, von brüderlichem Gefühl getrieben, spreche, wenn ich an die Öffentlichkeit trete, sich überhaupt nicht mit Politik abgeben. Können ernsthafte, vom machtvollen Wirbelwind der gegenwärtigen Ereignisse getriebene Leute denn überhaupt der Politik fernstehen? Vom Standpunkt des öffentlichen Lebens betrachtet, ist die Politik ein schaffender Mechanismus. Sie ist als solcher eng verbunden mit der Menschheit. Die Politik von den wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Fragen trennen, wäre unserer Ansicht nach Kinderei und Sophismus; wir haben gewissen „Intellektuellen“ der Linken schon des öfteren vorzuwerfen gehabt, daß sie die Idee von der Tat trennen und die Rolle von Aristokraten und Anarchisten spielen, die man, gelinde gesprochen, als unnütze Leute bezeichnen muß.

Das will auch nicht sagen, daß wir in unseren Grundsätzen mit den orthodoxen Sozialisten uneinig seien. Im Gegenteil, jeder von uns hat hier auf Erden seine Mission und seine Sorgen; im Interesse des allgemeinen Ideals aber ist es notwendig, daß alle Kräfte ihm im harmonischen Einklang gewidmet seien, nicht aber in chaotischer Unordnung seine Verwirklichung anstreben. Wir, Mitglieder der Parteien der „Clarté“ und der Kriegsveteranen, bemühen uns durch gediegene, dokumentarisch begründete Propaganda die Wahrheit über Tatsachen und Ideen zu verbreiten; wir sind bestrebt, die schwankenden Gemüter des Publikums, dieser unorganisierten Masse, auf den richtigen Weg zu lenken. Diese Arbeit der geistigen und moralischen Vorbereitung, diese grundlegende und notwendige Arbeit muß mit geeigneten Mitteln außerhalb der direkten

*) Dieser Artikel von Henri Barbusse erschien in der Nr. 6058 der „Humanité“ vom 24. Oktober 1920.

politischen Aktion geführt werden, bis die frohen Tage kommen, wo die Ideen der Wahrheit und Gerechtigkeit triumphieren und die wahrhaft gerechten politischen Parteien ernten werden, was dort gesät wird, wohin sie heute noch keinen Zutritt haben.

Unsere Auffassung der sozialen Religion, die Auffassung von Leuten, die außerhalb der Kirchen und Kapellen sich zur Religion der göttlichen Wahrheit bekennen, veranlaßt uns, an den praktischen Politikern von heute und von morgen Kritik zu üben.

Es scheint uns an der Zeit, die elementaren Wahrheiten, die viele Sozialisten aus dem Auge verloren haben, zutage zu fördern. Wir sehen, wie sie in Wortgefechten versumpft sind, die sich ohne Ende hinziehen, immer mehr in Einzelheiten zertallen und immer seichter werden. Sie mischen die großen mit den kleinen Fragen zusammen, die wichtige Idee aber, die allen ehrlichen Leuten gemeinsam ist, wird inzwischen der Gefahr ausgesetzt, zurückgedrängt zu werden. Man muß Klarheit schaffen in diesem Chaos, selbst wenn es nur durch Anwendung von Gewalt erzielt werden kann.

* * *

Die Pflicht des Sozialisten ist jetzt ebenso klar, wie sie dringend und unaufschiebbar ist. Alle wahren Sozialisten müssen sich bedingungslos den Radikalen anschließen, denn auf ihrer Seite ist die Wahrheit.

Sie haben recht in ihrer Doktrin, in dem Buchstaben ihres Gesetzes. Der internationale Kommunismus fordert den absoluten Internationalismus. Dieser Artikel ihrer Doktrin ist wichtiger als alle anderen, denn auf ihn stützt sich die gesamte neue Lebensordnung. Die vernichtende Wirkung des Kapitalismus auf das Leben beruht auf der Einteilung der Menschheit in Nationen, der Wettbewerb der Nationen bildet die Rechtfertigung aller Kriege, den Vorwand für jegliche Unterdrückung.

Der Internationalismus läßt keine Klauseln zu. Trachten wir also, sie stets zu vermeiden. Einen Halbnationalismus gibt es nicht. Der Gedanke der Heimat widerspricht dem Gedanken der Menschheit. Die Verteidigung der Nation, ja überhaupt irgend etwas Nationalismus kann in dieser lehnen, ohnegleichen dastehenden Sache der Menschheit nicht in Betracht kommen. Es gibt weder Gemeinschaften noch Personen unter der Sonne, die sich dermaßen voneinander unterscheiden, daß die Gesetze der Gerechtigkeit sich nicht in gleichem Maße für alle eignen würden.

Sie haben recht, — Ihr müßt es alle zugeben — wenn sie die einzige soziale Wahrheit im Schaffen, in der Arbeit sehen, wenn sie daher mit einem Schlage allen Vorrechten ein Ende machen und endlich die wider-natürliche, finstere Tyrannei des Mammons stürzen. Sie haben recht, wenn sie zugleich mit der Vernichtung des Parasitentums einer Klasse

auf Kosten der anderen, auch das Parasitentum der Parlamente und Regierungen aus der Welt schaffen wollen. Gegenüber diesen Grundsätzen, auf denen der Kommunismus sich aufbaut, sind die übrigen Leitsätze von untergeordneter Bedeutung; sie hängen von der Möglichkeit ab, sie unter den jeweiligen Bedingungen zu verwirklichen, und nicht vom Dogma; sie lassen Anpassungen und Schattierungen zu.

Es handelt sich somit ausschließlich um die Dosierung; die Frage wird unwichtig und relativ, sobald die wichtige, entscheidende Bedingung gestellt wird, daß jeder Erwerb in direktem Verhältnis zur individuellen Arbeit stehen muß. Man darf die nebensächlichen Aufgaben daher nicht mit den hehren Aufgaben der Ideale zusammenwerfen und die Offensichtlichkeit der einen nicht systemlos den praktischen Schwierigkeiten, die die Ausführung der anderen bietet, gegenüberstellen. Das hieße einen unumstößlichen Begriff aus Mangel an Klarheit verzerren. Das System an und für sich ist logisch, geradlinig und zuverlässig. Es paßt die Interessen der Einzelpersonen besser als man es sich je vorstellen konnte, den Interessen der Allgemeinheit an. Es ist der aufrichtigste, wahrste Ausdruck des Sozialismus, des Gegenkapitalismus. Vom Standpunkt der eigentlichen Doktrin haben sie in ihren Gewaltmethoden recht. Die Moskowiter haben es gut gemacht, — wenn sie es tatsächlich vollbracht haben, — daß sie die Diktatur des Verstandes drei Jahre lang durch die Gewalt aufrecht erhielten. Jede Revolution verschafft ihrer Verfassung durch die Gewalt Geltung. Welche übernatürliche, magische Allwissenheit könnte den Zeitraum festsetzen, nach dessen Ablauf das Weiterbestehen einer neuen Ordnung aufhört, gerechtfertigt zu sein?

Sie haben recht, wenn sie sagen, daß man die Diktatur des Proletariats anstreben muß, wenn man das Klassensystem abschaffen will. Es wäre verbrecherische Naivität anzunehmen, daß die soziale Gleichheit auf irgend welchem anderen Wege erreicht werden kann.

Sie haben recht, wenn sie sagen, daß die Weltrevolution notwendig ist und daß man sie anstreben muß; sie haben jedoch nie behauptet, daß die Revolution dort unverzüglich eintreten muß, wo sie noch nicht reif ist. Unumgänglichkeit heißt ja noch nicht Vorzeitigkeit. Sie haben nie solchen Unsinn gepredigt.

*
*
*

Die Anwendung von Gewalt wird einer Doktrin, die man als den Ausdruck der wahren Organisation der Welt und der Solidarität bezeichnen kann, stets verhaßt sein; aber es sind ja nicht die Unterdrückten, die die Gewalt erdacht haben. Der Bürgerkrieg verfolgt uns seit Jahrhunderten. Die Märtyrer der alten Gesellschaft, die sich der Gewalt bedienen, greifen nur deshalb zur Waffe, an der noch ihr eigenes Blut klebt, um sich selbst

zu verteidigen. Man müßte die Beute eines gefährlichen Mystizismus sein, wollte man glauben, daß die Gewalt je durch die Schönheit des Verstandes allein bekämpft werden könnte.

Sie haben recht, wenn sie dem Reformismus gegenüber unduldsam und unerbittlich sind. Der Reformismus ist das einzige Ränkespiel, durch das der Sozialismus zugrunde gehen kann; er ist das spezifische Gift des Sozialismus. Es heißt den Verstand derjenigen verwirren, die die soziale Ordnung umbauen wollen, wenn man sie glauben macht, diese großartige, lückenlose Umwandlung könne auf dem Wege diplomatischer Kombinationen erzielt werden, durch die die alte Ordnung mit Hilfe von Parteien, d. h. mit Hilfe der Kriminalgesetze, d. h. als Ganzes fortbestehen würde. Ein ehrlicher Mensch hat kein Recht, sich eine Ordnung vorzustellen, in der der Betrug Sicherstellung und Genugtuung erhalten würde. Alle diese Halbmaßnahmen können nichts weiter sein als Gaukelspiel, das den Verstand trübt und die Meinungen verwirrt, während hinter den Kulissen der Status quo fortduert und eine neue Sintflut heraufzieht, wie es im Lauf der letzten 50 Jahre der „fortschrittlichen“ Ordnung der Fall war, die den Krieg von 1870 mit dem Kriege von 1914 verbindet. Der „Völkerbund“, die „Nationalisation“, das „Internationale Arbeitsbüro“ sind trotz ihrer pomphaften Benennungen durchaus konservative Einrichtungen.

Und, endlich, haben sie recht, wenn sie dem Aufbau der wahren sozialistischen Einheit strikte Bedingungen stellen. Die bis ins kleinste gehenden Einschränkungen, die die Bolschewiki ausgearbeitet haben und die ihren unmittelbaren Interessen offensichtlich zuwidergehen, sind überaus bemerkenswerte Anzeichen der bolschewistischen Weisheit. Die Einheit, die sie auf den Trümmern mißglückter Versuche und auseinandergefallener Bündnisse aufbauen wollen, die Einheit, die wachsen und eines Tages die ganze Welt umspannen wird, muß tief und makellos sein. Eine an den Haaren herbeigezogene, zu Zugeständnissen bereite Einheit aber würde bei der ersten Berührung mit dem Leben auseinanderfallen. Was nützt die große Anzahl, wenn man an ihr zugrunde gehen kann? Die Partei, die leben will, darf sich nicht mit kranken Elementen belasten. Mögen sie zu den paralytischen Radikalen und den Reaktionären der Trikolore zurückkehren. Man muß sich so zeigen, wie man wirklich ist.

Sie haben recht... Sie handeln überlegt, auf wissenschaftlicher Grundlage und folgerichtig. Sie sind radikal, weil sie verständig sind, und wenn sie überall und stets behaupten, daß sie die Fragen als Ganzes behandeln, so tun sie es, weil sie praktische Leute voll schaffenden Geistes sind.

* * *

Der wahre Sozialist und der ehrliche Bürger wird in den Statuten der III. Internationale nichts finden, was er nicht nur mit vollem Vertrauen, sondern auch mit einem Seufzer der Erleichterung aufnehmen könnte.

Wenn man sich über den alltäglichen Kampf, die Wortgefechte und die Presse stellend, nur schwer begreifen kann, daß eine ganze Partei französischer Sozialisten mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, um irgendwie zu der Wahrheit zu gelangen, die sich in ihnen selbst birgt, so ist es eine noch größere Qual, feststellen zu müssen, daß diese selben Leute verblendet sind, gegenüber dem, was man als Realität des Sozialismus bezeichnen könnte.

Der Sozialismus als solcher besteht noch kaum. Er hat denjenigen Moment seines Geschicks erreicht, wo er gerade genügend gefestigt und bemerkbar geworden ist, daß seine Feinde verstehen können, was er eigentlich vorstellt. Es gibt in jedem Lande eine kleine und arme, aber auserlesene Schar, die kämpft, verfolgt und unterdrückt wird. Und wo sie noch nicht aufs Haupt geschlagen, sondern nur betäubt ist, wird sie von einem demokratischen Lügengewebe umstrickt, für dessen Kosten die Kapitalisten aufkommen. Im Vergleich zum Kapitalismus steckt der Sozialismus noch kaum in den Kinderschuhen. Einer unserer amerikanischen Genossen führt uns einen fürchterlichen Ausspruch an, dessen der machtvolle, kapitalistische Propagandaapparat sich bedient: „Wir verfügen über Kirchen, über Schulen, über Zeitungen, folglich verfügen wir auch über Wähler, über Regierungen, Armeen und Richter“. Das stimmt mit mathematischer Genauigkeit. Der Kapitalismus stellt noch überall die absolute Machtvollkommenheit, die reale Kraft vor. Die sozialistische Partei, die die Empörung des Geistes und der Sinne gegen die ungeheure Ungerechtigkeit zusammenfaßt, ist vorläufig nur ein unstäter, unklarer Traum voller Mystizismus. Wir wissen wohl, daß die Wahrheit über alles siegen wird, daß die Wolke zum Sturm werden, daß ein Wolkenbruch kommen muß, Wir wissen, daß die Zukunft uns gehört. Aber die Prophezeiung ist ernst und schwer zu ertragen. Noch trennen uns viele Stürme vom künftigen Paradies, die Erwartung aber ist mit Elend, mit Leiden, mit dem Vergießen von Menschenblut verbunden.

In unserem Zeitalter, wo die Barbarei noch die Welt überschwemmt, noch Gemüt und Herz der Massen durchdringt, noch das menschliche Gewissen gefangen hält, hat sich aber dennoch ein Land gefunden, wo durch ein wunderbares Zusammentreffen der Verhältnisse der hehre Traum der Menschheit zur Wirklichkeit geworden ist. Für eine Menschheit, die noch unter dem Druck der Überlieferung steht, auf der die Spuren ihrer Ketten noch wie Ketten lasten, ist die Befreiung verfrüht gekommen. Ja, die Wahrheit wird siegen. Aber, ich wiederhole es, wollen wir uns nicht von Worten und festgesetzten Ter-

minen verleiten lassen, laßt uns die Achtung, die wir den russischen Revolutionären schulden, nicht durch allzu selige, allzu leicht ausgesprochene Hoffnungen schmälern. Diese Rettungskolonne hat vorläufig nur durch ihr Blut ein Lebenszeichen von sich gegeben. Sie wird ganz fürchterlich bedroht. Man hat versucht, uns zu zwingen, daß wir zugeben, es könnten zwischen den Millerand und den Lloyd George Unstimmigkeiten über den Krieg mit Rußland bestehen. Man sprach uns von Waffenstillstand, von Frieden. Es war ein niederträchtiger Witz, der dazu dienen sollte, die Aufmerksamkeit abzulenken oder zu zerstreuen. Tatsächlich aber besteht ein unlösliches Bündnis aller internationalen Imperialisten, aller Machthaber, aller Reichen, aller Könige, aller, die an der Spitze bewaffneter Völker stehen, gegen das befreite Rußland. Dieser Krieg wird nie aufhören, es sei denn mit dem Untergang des Sozialismus oder mit dem Sturz des Kapitalismus.



Wenn ein mehr oder weniger versteckter Zarismus alle Throne der Welt besetzen wird, wenn die Menschheit von einem Pol zum andern — wer weiß, auf wieviele Generationen hinaus — in den Kerker der kapitalistischen „Ordnung“ geworfen wird, in den wir Hals über Kopf gestoßen werden, was wird dann die närrische Grille wert sein, die von einer allmählichen, anständigen Eroberung der Macht durch das Volk, von opportunistischem Fortschritt schwätzt, dem Ihr gestattet habt, allmählich die Stelle des qualvoll wahren Ideals einzunehmen? An jenem Tage wird der Sozialismus ganz von neuem auferstehen müssen, die fürchterlichen Qualen, die Rußland durchzumachen hatte, werden von neuem beginnen.

Ihr mißversteht die furchtbare Einfachheit der Bedingungen, indem Ihr eure brüderliche Teilnahme denjenigen versagt, die der Inbegriff der Brüderlichkeit sind. Ist die Arbeiterklasse denn nicht imstande, die russische Revolution zu retten, die Euch so viele Male um Hilfe angerufen hat? Geben wir zu, daß sich darüber streiten läßt. Unbestreitbar aber ist, daß die Arbeiterklasse für die russische Revolution nie getan hat, was in ihrer Macht stand, und daß die Sozialisten und die Syndikalisten hinter ihren schönen Redensarten dem wertvollen Leben Sowjetrußlands gegenüber eine Undankbarkeit zeigen, die an Geistesstrübung grenzt.

Wir ahmen die verabscheuungswürdige Heuchelei der Reaktionäre nach, wir wägen und messen die Ergebnisse, die in der Hitze des Gefechts, unter rauchenden Trümmern erzielt wurden, unter Hunger und Pest, unter vernichtenden Aussichten, trotz Verrat und unermeßlicher Sabotage. Mutig und ohne Zweifel können wir es aussprechen, daß die Errungenschaften der Kommunisten angesichts der Bedingungen, unter denen sie zu wirken hatten, von ungeheurer Bedeutung, die Lücken und Mängel ihrer Tätigkeit aber von gar keiner Bedeutung sind.

Nun, da wir soviel wissen, haben wir weder die Muße noch das Recht, uns bei diesem Nachfragespiel aufzuhalten. Wir dürfen nicht mehr streiten über dieses oder jenes Zugeständnis zweiter oder dritter Ordnung, über den Ausschluß dieser oder jener Person aus der Partei, über die Personenfrage, über Bedingungen und Förmlichkeiten, denn es handelt sich nun um Leben oder Tod der Idee, für die wir leben und, wenn nötig, zu sterben bereit sein müssen.

Henri Barbusse.



Falsche Reden über die Freiheit.

I.

In Nr. 213 der „Prawda“ vom 25. September 1920 war mein kurzer „Brief an die deutschen und französischen Arbeiter anlässlich der Debatten über den II. Kongreß der Kommunistischen Internationale“ abgedruckt. Der „Avanti“, das Zentralorgan der Italienischen Sozialdemokratischen Partei, brachte diesen Brief am 5. Oktober, jedoch mit Bemerkungen versehen, die es der Mühe wert machen, sich dabei ein wenig länger aufzuhalten, da sie in vollem Maße die Unrichtigkeit der vom Genossen Serrati, dem Redakteur des „Avanti“, eingenommenen Stellung veranschaulichen.

„Die Erklärungen Lenins, — lesen wir — lindern bis zu einem gewissen Grade die drakonischen Bedingungen, diktiert von Genossen, die, in Anbetracht der großen Entfernung und der ebenso großen Unterschiede in der Umgebung, nicht ganz in der Lage sind, Menschen und Dinge richtig einzuschätzen.“

„. . . Lenin hat eine seiner Beuten, Modigliani, in Ruhe gelassen . . .“

„. . . Jetzt sagt Lenin — wir wissen nicht, ob in seinem Namen oder im Namen der Exekutive der Kommunistischen Internationale —, daß auch „Ausnahmen“ (von den Allgemeinregeln, mit Zustimmung der Exekutive) zulässig sind.“

Die ironische Bemerkung von der „Beute“, als welche Modigliani, einer der Reformisten, figurieren soll, verfehlt ihr Ziel. Entgegen der Meinung Serratis, war mein Nichterwähnen Modiglianis (und Longuets) durchaus nicht absichtlich. Diese oder jene Namen waren von mir nur als Beispiel zur Bezeichnung der Richtung erwähnt, hingegen habe ich die Frage über diese oder jene Einzelpersonen damals und auch jetzt beiseite gelassen, weil ich sie bei dem Hinweis auf die Zulässigkeit der Ausnahmen nur für eine Frage zweiten Ranges hielt und nicht an ihre Lösung heranzugehen dachte. Entgegen seiner Äußerung weiß Genosse Serrati ausgezeichnet (denn er beruft sich genau auf meinen Artikel in der „Prawda“), daß ich nur in meinem eigenen Namen spreche und sprechen kann, und keinesfalls im Namen der Exekutive.

Durch seine Bemerkungen lenkt Serrati die Leser des „Avanti“ von der wichtigsten, grundlegenden Hauptfrage ab, nämlich von der Frage, ob es zulässig ist, den Reformisten jetzt noch das Verbleiben in den Reihen der italienischen Partei des revolutionären

Proletariats zu gestatten. Serrati sucht die Unrichtigkeit der von ihm eingenommenen Stellung zu verdecken, indem er sich bemüht, die Aufmerksamkeit vom Grundlegenden auf das Abgeleitete und Unwichtige zu lenken.

Dagegen muß man kämpfen. Die Grundfragen müssen klar-gelegt werden.

In dem obenerwähnten und auch in anderen Artikeln spricht Serrati von der ungenügenden Information des Moskauer Kongresses (des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale) über die italienischen Angelegenheiten. Man könnte meinen, es handelte sich nicht um den Kampf zweier Grundrichtungen, nicht um die Lösung der Grundfrage über die Zulässigkeit der „Einheit“ mit den Reformisten, sondern um Meinungsverschiedenheiten über die genügende oder ungenügende Information „Moskaus“!

Die schreiende Unrichtigkeit dieser Anschauung — und des Versuches, die Aufmerksamkeit von der Hauptsache abzulenken —, wird am deutlichsten im offiziellen Bericht über die Debatten innerhalb des Zentralkomitees der Italienischen Sozialdemokratischen Partei enthüllt. Diese Debatten fanden erst einige Tage vor Erscheinen der erwähnten Nummer des „Avanti“ statt, und zwar am 28., 29., 30. September und am 1. Oktober, in Mailand.

Diese Debatten endigten mit einer Abstimmung über zwei Resolutionen, von denen die eine als kommunistische bezeichnet werden kann, die andere aber als „zentrische“, ausweichende oder in verdeckter Form das Bündnis (die „Einheit“) mit den Reformisten verteidigende. Die erstere siegte mit 7 Stimmen (Terracini, Gennari, Rogent, Tuntar, Casucci, Marziale und Bellone); die zweite wurde abgelehnt (5 Stimmen: Baratonio, Zanarini, Bacci, Giacomini, Serrati).

Die erste Resolution zeichnet sich durch ihre wunderbare Klarheit und Genauigkeit aus. Sie beginnt mit dem Hinweis darauf, daß die „gegenwärtigen Bedingungen“ des revolutionären Kampfes in Italien eine „größere Einheitlichkeit“ der Partei erfordern. Weiter wird gesagt, daß allen das Verbleiben in der Partei gestattet war unter der Bedingung, daß man sich der Disziplin unterwerfe, und daß diese Bedingung nicht erfüllt wurde; daß es irrtümlich wäre, von Leuten, deren Ueberzeugungen den Grundsätzen und der Taktik der III. Internationale entgegengesetzt sind, zu erwarten, sie sollten sich der Disziplin unterwerfen; daß man daher, nach Annahme der 21 Bedingungen eine „gründliche Reinigung“ der Partei vornehmen müsse unter Entfernung aller reformistischen und opportunistischen Elemente.

Hier gibt es keine Namen, keine Einzelheiten. Hier gibt es nur eine klare politische Richtlinie. Die Beweggründe zu diesem Beschluß sind hier genau angegeben: konkrete Tatsachen aus der Geschichte der italienischen Partei, die konkreten Besonderheiten ihrer revolutionären Lage.

Die zweite Resolution ist ein Muster des Ausweichens und der schlechten Diplomatie: wir nehmen die 21 Bedingungen an, aber wir finden, daß „diese Bedingungen die Möglichkeit zweifelhafter Deutungen zulassen“, daß es „notwendig ist, das politische Kriterium einer jeden Sektion der Kommunistischen Internationale den geschichtlichen Bedingungen und den tatsächlichen konkreten Besonderheiten des gegebenen Landes anzupassen, mit Zustimmung der Internationale“; die Resolution unterstreicht die „Notwendigkeit, die Einheit der Italienischen Sozialistischen Partei auf der Grundlage der 21 Bedingungen aufrecht zu erhalten“; einzelne Fälle der Disziplinübertretung müssen vom Zentralkomitee der Partei streng bestraft werden.

Die kommunistische Resolution sagt: die revolutionäre Lage erfordert eine größere Einheitlichkeit der Partei. Das läßt sich nicht bestreiten. Die Resolution der Fürsprecher der „Einheit“ mit den Reformisten sucht diese unzweifelhafte Wahrheit zu umgehen und getraut sich nicht, sie zu bestreiten.

Die kommunistische Resolution sagt: die Eigentümlichkeit Italiens besteht eben darin, daß die Bedingung, die Reformisten müßten sich den Beschlüssen der Partei fügen, sich als undurchführbar erwies. Hier liegt der Hund begraben. Wenn dem so ist, so wäre es nicht nur fehlerhaft, sondern geradezu verbrecherisch, angesichts der Zuspitzung der allgemeinen revolutionären Lage, ja vielleicht am Vorabend der entscheidenden revolutionären Kämpfe, die Reformisten in der Partei zu behalten.

Ist die Tatsache richtig oder nicht? Haben die Reformisten die Beschlüsse der Partei erfüllt, haben sie sich ihr tatsächlich unterworfen, haben sie deren Politik verwirklicht oder nicht? Die Resolution der Verteidiger der Reformisten kann nicht bejahend antworten, sie kann die verneinende Antwort der Kommunisten nicht bestreiten und sie weicht der Antwort aus, schwänzelt, dreht sich nach allen Seiten, beruft sich im allgemeinen auf die Verschiedenheit der konkreten Besonderheiten der verschiedenen Länder, und zwar tut sie es deswegen, um die „hauptsächliche konkrete“ Besonderheit gerade Italiens, gerade in diesem Moment zu umgehen und in falschem Licht darzustellen. Denn diese konkrete Besonderheit Italiens besteht gerade darin, daß die Reformisten sich in der Praxis bereits als unfähig erwiesen haben, die Beschlüsse

der Partei wirklich zu erfüllen und ihre Politik durchzuführen. Durch dieses Ausweichen vor der Grundfrage hat die Resolution der Anhänger der Einigung mit den Reformisten sich selbst vollständig geschlagen.

Serrati, Baratono, Zanarini, Bacci und Giacomini haben dadurch schon ganz klar und unbestreitbar bewiesen, daß sie im Grunde nicht recht haben, daß ihre politische Richtlinie von Grund auf falsch ist.

Die Debatten im Zentralkomitee der italienischen Partei haben diese völlige Unrichtigkeit der Linie Serratis noch mehr enthüllt. Die Kommunisten haben eben darauf hingewiesen, daß die Reformisten, wenn sie bleiben, wie sie jetzt sind, nichts anderes tun können, als die Revolution sabotieren, wie sie sie schon vor kurzem sabotiert haben, als die italienischen Arbeiter im revolutionären Kampfe sich der Fabriken bemächtigten.

Hierin liegt doch der Kernpunkt der Frage! Wie kann man sich zur Revolution vorbereiten, wie den entscheidenden Schlachten entgegengehen, wenn in der Partei selbst die Revolution sabotiert wird? Das ist nicht nur ein Fehler, das ist ein Verbrechen.

Und wenn Serrati — wie er in seinem Brief in der „Humanité“ vom 14. Oktober offen ausspricht — auf den Ausschluß des einen Turati rechnet*), so ist auch dieser sein Fehler bereits durch die Tatsachen widerlegt. Denn nicht nur haben die italienischen Reformisten ihre besondere Fraktionskonferenz einberufen (in Reggio Emilia am 11. Oktober 1920) und auf derselben ihre hauptsächlichsten reformistischen Anschauungen wiederholt, nicht nur haben sie auf dieser Konferenz Philippo Turati einen feierlichen Empfang bereitet, sondern sie haben mit dem Munde von Treves verkündet: „Entweder bleiben wir in der Partei, oder wir verlassen sie alle.“ Zu bemerken ist, daß die bürgerliche Presse und die Reformisten selbst auf alle mögliche Art die Bedeutung ihrer Fraktionskonferenz aufzublasen suchten. Aber im „Avanti“ vom 13. Oktober (Mailänder Ausgabe) lesen wir klar, daß die Reformisten nur die Vertreter von 200 Sektionen der Partei versammelt hatten, während sie Tausende zählt.

*) Wir gehen die Hauptstelle dieses Briefes wieder: „Wir alle stehen zu Moskaus Bedingungen. Es handelt sich nur um ihre Anwendung. Ich behaupte, daß man die Partei von schädlichen Elementen reinigen muß — und ich habe vorgeschlagen, Turati auszuschließen —, aber daß wir nicht die Masse der Syndikate (Gewerkschaften) und Kooperative verlieren dürfen. Andere wollen eine Radikalspaltung. Hier gehen wir auseinander.“ (L'Humanité, 14. Oktober. Sperrschrift von Serrati.)

Aber verweilen wir etwas länger bei Serratis Hauptargument in der Grundfrage. Serrati fürchtet eine Spaltung, die die Partei und besonders die Gewerkschaften, Kooperative und Munizipalitäten schwächen würde. Diese für den Aufbau des Sozialismus notwendigen Institutionen nicht zu zerstören — das ist der Grundgedanke Serratis. „Wo finden wir — sagt er (Avanti, 2. Oktober 1920, Turiner Ausgabe), — soviel „Kommunisten“, wenn auch glühende Kommunisten von gestern, um alle öffentlichen Posten zu besetzen, von denen wir laut dem Vorschlage Terracinos die Leute fortjagen sollen?“ Denselben Gedanken finden wir in der vom Gen. Serrati herausgegebenen Zeitschrift „Der Kommunismus“ (Nr. 24, S. 1627) in seinem Artikel über den II. Kongreß der III. Internationale: „Stellen Sie sich die Mailänder Gemeinde (d. h. die städtische Verwaltung Mailands) vor, geleitet nicht von maßgebenden Personen, sondern von Neulingen, die sich seit gestern für glühende Kommunisten ausgeben.“

Serrati fürchtet die Zerstörung der Gewerkschaften, Kooperative und Gemeindeverwaltungen, er fürchtet die Unkenntnis und die Fehler der Neulinge.

Die Kommunisten fürchten die Sabotage der Revolution durch die Reformisten.

Diese Gegenüberstellung zeigt den grundsätzlichen Fehler Serratis. Er wiederholt immer wieder denselben Gedanken: über die Notwendigkeit einer geschmeidigen Taktik. Der Gedanke ist unbestreitbar. Aber was haben wir davon, wenn Serrati sich nach rechts biegt — wenn es nach links sein sollte, angesichts der italienischen Verhältnisse. Um die Revolution erfolgreich durchzuführen und sie zu verteidigen, muß die italienische Partei noch einen bestimmten Schritt nach links machen (wobei sie sich in keiner Weise die Hände binden und nicht vergessen darf, daß die Verhältnisse späterhin möglicherweise gewisse Abschwenkungen nach rechts erfordern können.)

Wenn man in seinen Reihen Reformisten, Menschewiki hat, kann man nicht siegen in der proletarischen Revolution, kann man sie nicht verteidigen. Das ist grundsätzlich klar. Das ist auch durch die Erfahrungen in Rußland und Ungarn anschaulich bestätigt worden. Das ist die entscheidende Erwägung. Es ist einfach lächerlich und nicht nur lächerlich, sondern auch verbrecherisch, dieser Gefahr die Gefahr des „Verlustes“ oder der Mißerfolge, der Fehler, des Kraches der Gewerkschaften, Kooperativen, Gemeindeverwaltungen usw. entgegenzuhalten. Das ganze Schicksal der Revolution auf die Karte setzen aus der Erwägung heraus, daß die städtische Verwaltung Mailands sich vielleicht ver-

schlechtern könne u. a., das bedeutet soviel wie vollständig den Kopf verlieren, die Grundaufgaben der Revolution gar nicht verstehen und ihren Sieg nicht vorbereiten können.

Wir haben in Rußland Tausende von Fehlern gemacht, wir haben Tausende von Niederlagen, Verlusten usw. erlitten wegen der Unkenntnis der Neulinge und nicht maßgebenden Personen in den Kooperativen, Kommunen, Gewerkschaften usw. Wir bezweifeln nicht, daß andere mehr zivilisierte Völker weniger solcher Fehler begehen werden. Aber trotz dieser Fehler haben wir das Hauptziel erreicht: die Eroberung der Macht durch das Proletariat. Und diese Macht haben wir drei Jahre lang verteidigt.

Die von Gen. Serrati erwähnten Fehler sind Einzelheiten, die sich eine Million mal leichter beseitigen lassen, als der „Fehler“, der die Sabotage der Revolution durch die Menschewiki und innerhalb der Revolution selbst zuläßt. Das ist klar. Das ist anschaulich durch das Beispiel Ungarns bewiesen. Auch unsere Erfahrung hat es bestätigt, denn während der drei Jahre der proletarischen Macht in Rußland hat es öfters schwierige Lagen gegeben, wo die Sowjetregierung bestimmt gestürzt worden wäre, wenn die Menschewiki, Reformisten, kleinbürgerlichen Demokraten innerhalb unserer Partei, oder auch nur in mehr oder minder beträchtlicher Anzahl innerhalb der zentralen Sowjeteinrichtungen, wie das Zentralkomitee, verblieben wären.

Serrati hat die Eigentümlichkeiten der Uebergangsperiode nicht verstanden, die Italien jetzt durchlebt, wo man, wie allgemein anerkannt, den entscheidenden Kämpfen des Proletariats und der Bourgeoisie um die Eroberung der Staatsmacht entgegengieht. In einem solchen Augenblick ist nicht nur die Entfernung der Menschewiki, Reformisten, Turatianer aus der Partei unumgänglich notwendig, sondern es kann auch die Entfernung ausgezeichneter Kommunisten von allen verantwortlichen Posten notwendig erscheinen, wenn sie Schwanken an den Tag legen, und zwar Schwanken nach der Seite der „Einigung“ mit den Reformisten.

Ich werde ein anschauliches Beispiel anführen. Unmittelbar vor der Oktoberrevolution in Rußland und gleich nach derselben haben eine Reihe ausgezeichneter Kommunisten in Rußland einen Fehler begangen, von dem wir jetzt ungern sprechen. Warum ungern? Darum weil es falsch ist, ohne besondere Notwendigkeit Fehler aufzufrischen, die vollständig beseitigt worden sind. Aber für die italienischen Arbeiter ist es nützlich, ihnen diesen Fehler in Erinnerung zu bringen. Solche angesehene Bolschewiki und Kommunisten wie Sinowjew, Kamenew, Rykow, Nogin, Miljutin haben sich in der genannten Periode Schwankungen hin-

gegeben, und zwar nach der Seite der Befürchtungen, daß die Bolschewiki sich zu sehr isolieren, zu gewagt an den Aufstand herangehen und zu wenig Nachgiebigkeit einem bestimmten Teil der „Menschewiki“ und „Sozialrevolutionäre“ gegenüber an den Tag legen könnten. Der Konflikt ging so weit, daß die genannten Genossen alle verantwortlichen Posten und die Partei- und Sowjetarbeit verließen zur großen Freude der Feinde der Sowjetrevolution. Es kam zu einer äußerst erbitterten Polemik in der Presse seitens der Zentralkomitees unserer Partei gegen die Genossen, die den Abschied genommen hatten. Aber nach einigen Wochen — spätestens nach einigen Monaten — haben alle diese Genossen ihren Fehler eingesehen und sind auf die verantwortlichen Partei- und Sowjetposten zurückgekehrt.

Es ist nicht schwer zu verstehen, warum das geschah. Am Vorabend der Revolution und inmitten der erbittertsten Kämpfe um ihren Sieg, können die geringsten Schwankungen innerhalb der Partei alles verderben, die Revolution vernichten, die Macht den Händen des Proletariats entreißen, denn diese Macht ist noch nicht dauerhaft, denn der Ansturm auf sie ist noch stark. Wenn die schwankenden Führer sich in solch einem Augenblick entfernen, so schwächt ihr Weggang nicht, sondern, im Gegenteil, er stärkt die Partei, die Arbeiterbewegung und die Revolution.

Italien durchlebt jetzt eben so einen Augenblick. Daß die revolutionäre Krise im allgemeinen nationalen Maßstabe heranreift, das sehen und geben alle zu. Das Proletariat hat sich durch Taten eines elementaren Aufstandes reif erwiesen und seine Fähigkeit gezeigt, die Massen in einer mächtigen revolutionären Bewegung mit fortzureißen. Die ärmeren Bauern oder die Halbproletarier (Genosse Serrati hat sich vergebens die schlechte Gewohnheit angeeignet, nach diesem Worte ein Fragezeichen zu stellen: das ist ein korrekter marxistischer Ausdruck, er drückt einen richtigen Gedanken aus, der durch die Tatsachen in Rußland ebenso wie in Italien bestätigt wird, nämlich, daß die ärmeren Bauern halb Eigentümer, halb Proletarier sind) — die ärmeren Bauern Italiens haben in der Tat bewiesen, daß sie reif sind, gleich dem Proletariat in den revolutionären Kampf zu gehen. Das Notwendigste, das absolut Notwendigste für den Sieg der Revolution in Italien ist nun, daß eine wirklich kommunistische Partei zur Vorkämpferin des revolutionären Proletariats Italiens wird, eine Partei, die unfähig ist, zu schwanken und im entscheidenden Moment Schwäche an den Tag zu legen — eine Partei, die in sich den maximalen Fanatismus, die Ergebenheit der Sache der Revolution, Energie, grenzenlosen Mut und Entschlossenheit vereinigt. Es gilt zu siegen in dem

außerordentlich schweren, große Opfer auferlegenden Kampfe, es gilt die eroberte Macht zu verteidigen in einer Umgebung erbitterter Attentate, Intrigien, Klatschereien, Verleumdungen, Insinuationen, Gewalttaten seitens der Bourgeoisie der ganzen Welt, in einer Umgebung gefährlichster Schwankungen eines jeden kleinbürgerlichen Demokraten, eines jeden Turatianers, eines jeden „Zentrumsmanne“, eines jeden Sozialdemokraten, Sozialisten, Anarchisten. In einem solchen Augenblick, in einer solchen Umgebung, muß die Partei hundertmal fester, entschlossener, mutiger, ergebener und erbarmungsloser sein als in gewöhnlichen oder weniger schweren Zeiten. In einem solchen Augenblick, in einer solchen Umgebung wird die Partei hundertmal stärker und nicht schwächer werden, wenn Menschewiki von der Art der in Reggio Emilia am 11. Oktober 1920 Zusammengekommenen ganz ausscheiden würden, wenn sogar ausgezeichnete Kommunisten, wie es wahrscheinlich die jetzigen Mitglieder des Zentralkomitees der Partei, Baratono, Zanarini, Bacci Giacomini, Serrati sind, ihre Leitung niederlegen.

Von den unter der letzten Kategorie erwähnten Personen würde die Mehrheit unzweifelhaft — selbst wenn sie jetzt auch ausscheiden würde — ihren Fehler einsehen und bald nach dem Siege der Revolution und ihrer Befestigung zurückkehren. Und ein Teil der italienischen Menschewiki und Turatianer würde wahrscheinlich nach Ablauf der Periode der größten Schwierigkeiten zurückkehren und in die Partei aufgenommen werden, wie jetzt (wir haben drei schwere Jahre nach der Revolution erlebt) ein Teil der Menschewiki und Sozialrevolutionäre zu uns übergegangen sind, die in den Jahren 1917—18 auf der anderen Seite der Barrikaden gekämpft haben.

Das revolutionäre Proletariat Italiens geht jetzt einer Zeit nicht nur äußerst schwerer, sondern, wie ich bereits sagte, der schwersten Kämpfe entgegen. Das Schwerste steht noch bevor. Ich würde es für Leichtsinns und Verbrechen halten, diesen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen zu wollen. Ich wundere mich, wie Genosse Serrati ohne Erwiderung in seiner Zeitschrift „Der Kommunismus“ (Nr. 24. 15—30. IX. 1920) einen solchen leichtsinnigen Artikel drucken konnte, wie der Artikel von G. C. „Werden wir blockiert werden?“ Entgegen dem Verfasser, bin ich persönlich der Meinung, daß eine Blockade Italiens, im Falle des Sieges des Proletariats, seitens Englands, Frankreichs und Amerikas ebenso möglich wie wahrscheinlich ist. Ich finde, daß die Frage der Blockade viel richtiger vom Genossen Graziadei in seiner Rede in der Sitzung des Zentralkomitees der Italienischen Partei gestellt wurde (siehe:

„Avanti“ 1. X. 1920, Turiner Ausgabe). Er bezeichnete die Frage einer möglichen Blockade als sehr wichtig“ (problema gravissimo). Er weist darauf hin, daß Rußland sich trotz der Blockade halten konnte, teilweise dank seiner schwachen Bevölkerung und der riesenhaften Ausdehnung; daß die Revolution in Italien „nicht lange Stand halten (resistere) könnte, wenn sie nicht der Revolution irgend eines anderen Landes in Zentraleuropa koordiniert wäre“, daß „eine solche Koordinierung schwierig, aber nicht unmöglich ist“, denn das ganze kontinentale Europa durchlebt eine revolutionäre Periode.

Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt, aber es ist richtig. Ich würde nur hinzufügen, daß eine bestimmte Koordinierung — wenn auch eine ungenügende, wenn auch eine unvollständige — Italien gesichert ist und daß man für eine volle Koordinierung wird kämpfen müssen. Die Reformisten weisen auf die Möglichkeit der Blockade hin, um die Revolution zu sabotieren, um vor der Revolution abzuschrecken, um den Massen ihre eigene Panikstimmung, ihr eigenes Gefühl der Erschrockenheit, Unsicherheit und des Hin- und Herpendelns einzuflößen. Die Revolutionäre und Kommunisten dürfen die Gefahren und Schwierigkeiten des Kampfes nicht verbergen, um den Massen mehr Festigkeit einzuflößen, — um die Partei von den schwachen, schwankenden, unbeständigen Elementen zu reinigen; — um die ganze Bewegung mit einer größeren Begeisterung, einem größeren Internationalismus, einer größeren Opferfreudigkeit zu durchtränken zur Erreichung des großen Zieles: der Beschleunigung der Revolution in England, Frankreich, Amerika, falls diese Mächte sich entschließen, die proletarische Sowjetrepublik Italien zu blockieren.

Die Frage des Ersatzes der erfahrenen reformistischen oder „zentristischen“ Führer durch Neulinge, ist keine Privatfrage, die ein gegebenes Land in irgend einem besonderen Falle betrifft. Das ist eine allgemeine Frage jeder proletarischen Revolution und als solche ist sie gestellt und vollkommen genau gelöst in der Resolution des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale: „Ueber die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale“. Im Paragraphen 8 lesen wir: „Die Vorbereitung der Diktatur des Proletariats erfordert daher nicht nur die Klarstellung des bürgerlichen Charakters eines jeden Reformismus . . . sie erfordert auch die Ersetzung der alten Führer durch Kommunisten in absolut allen Arten von proletarischen Organisationen, nicht nur in der politischen, sondern auch in den gewerkschaftlichen, konsumgenossenschaftlichen, Bildungsorganisationen usw. . . . Es ist notwendig, diese Vertreter der Arbeiteraristokratie oder der verbürgerlichten

Arbeiter hundertmal kühner als bisher von allen ihren Posten zu verdrängen und sie sogar durch unerfahrene Arbeiter zu ersetzen, wenn sie nur mit der ausgebeuteten Masse verknüpft sind und ihr Vertrauen im Kampfe mit den Ausbeutern genießen. Die Diktatur des Proletariats wird die Ernennung solcher unerfahrenen Arbeiter auf die verantwortlichen Posten im Staat erforderlich machen, sonst wird die Macht der Arbeiterregierung ohnmächtig sein und von der Masse nicht unterstützt werden.“

Vergebens sagt daher Genosse Serrati, daß in der italienischen Partei „alle“ gewillt sind, die Beschlüsse des Kommunistischen Kongresses anzunehmen. In Wirklichkeit sehen wir das Umgekehrte.

In seinem von mir oben erwähnten Briefe in der „Humanité“ schreibt Serrati u. a.:

... „Was die letzten Ereignisse anbetrifft, so muß man wissen, daß die Führer der „Confederazione Generale del Lavoro“ (die Zentraleitung der italienischen Gewerkschaften) die Leitung der Bewegung denjenigen überlassen wollten, die sie bis zur Revolution ausdehnen wollten. Unsere Genossen aus der „Confederazione Generale del Lavoro“ erklärten, sie wären gewillt, disziplinierte Soldaten zu sein, wenn die Extremisten die Leitung des Aufstandes übernehmen wollten. Aber die Extremisten haben die Leitung nicht übernommen“ ...

Es wäre äußerst naiv von Serrati, diese Erklärung der Reformisten aus der „Confederazione Generale del Lavoro“ für bare Münze zu nehmen. In Wirklichkeit ist das eine der mannigfachen Formen der Sabotage der Revolution: die Drohung, im entscheidenden Moment den Posten zu verlassen. Es handelt sich hier nicht um die Loyalität, sondern darum, daß man in der Revolution nicht siegen kann, wenn die Führer bei jeder schwierigen Wendung, die die Dinge annehmen könnten, unter den „Ihrigen“, unter den an der Spitze stehenden, unter den „Führern“ Schwankungen, Unbeständigkeit, Ausscheiden finden. Es wird vielleicht für den Genossen Serrati ganz natürlich sein zu wissen, daß Ende September 1917, als die Koalition der russischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit der Bourgeoisie bereits völligen Schiffbruch erlitten hatte, niemand anders als unsere Sozialrevolutionäre, die Partei Tschernows, schrieben: ... „Die Bolschewiki werden gezwungen sein, ein Kabinett zu bilden ... Mögen sie nur keine unnützen Anstrengungen machen, sich hinter die von ihnen plötzlich geschaffenen Theorien über die Unmöglichkeit der Machtübernahme zu verbergen. Die Demokratie wird diese Theorien nicht annehmen. Gleichzeitig müssen die Anhänger der Koalition ihnen volle Unterstützung garantieren“. (Die sozialrevolutionäre Zei-

tung, das Organ ihrer Partei, die Zeitung Tschernows — „Djelo Naroda“, 21. September 1917, zitiert in meiner Broschüre: „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behalten?“, Petrograd 1917, S. 4).

Für die revolutionären Arbeiter wäre es ein ebenso verhängnisvoller Fehler, an die Loyalität ähnlicher Erklärungen zu glauben, wie es ein Fehler war, den ungarischen Turatianern zu glauben, die Bela Kun ihre Unterstützung zusagten und in die kommunistische Partei eintraten, die aber doch nichts anderes als Saboteure der Revolution waren, durch deren Schwanken sie gestürzt wurde.

Ich will nun das Fazit ziehen.

1. Die Partei des revolutionären Proletariats Italiens muß die größte Ausdauer, Umsicht, Kaltblütigkeit an den Tag legen, um die Verhältnisse im allgemeinen und den gegenwärtigen Augenblick im besonderen richtig einzuschätzen, angesichts der bevorstehenden entscheidenden Kämpfe der italienischen Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie um die Eroberung der Staatsmacht.

2. Die ganze Propaganda und Agitation dieser Partei müssen gleichzeitig durchdrungen sein vom Geist der festesten Entschlossenheit, diesen Kampf solidarisch und zentralisiert, mit glühendem Heldenmut bis zum siegreichen Ende zu führen, unter erbarmungsloser Beseitigung aller Schwankungen, Unbeständigkeiten, Unentschlossenheiten, die das Merkmal der Turatianer ausmachen.

3. Eine Propaganda, wie sie jetzt von der Mailänder Ausgabe des „Avanti“ unter der Redaktion Serratis geführt wird, erzieht nicht die Proletarier zum Kampf, sondern trägt Zersetzung in ihre Reihen. Das Zentralkomitee der Partei muß in einem solchen Augenblick die Arbeiter leiten, sie für die Revolution vorbereiten, die falschen Ansichten bekämpfen. Das kann man (und muß man) tun, indem man gleichzeitig allen Nuancen die Möglichkeit gibt, sich auszusprechen. Serrati ist Führer, aber er führt in falscher Richtung.

4. Der Ausschluß aller Teilnehmer der Konferenz in Reggio Emilia vom 11. Oktober 1920 aus der Partei wird dieselbe stärken und nicht schwächen, denn solche „Führer“ vermögen nur die Revolution „auf ungarische Art“ zu verderben, selbst wenn sie loyal bleiben. Die Weißgardisten und die Bourgeoisie werden das Schwanken, den Zweifel, die Unsicherheit, die Unentschlossenheit sogar der völlig „loyalen“ Sozialisten, Sozialdemokraten u. a. auszunutzen wissen.

5. Wenn solche Leute wie Baratano, Zanarini, Bacci, Giacomini, Serrati schwanken und ihren Abschied nehmen wollen, so muß man ihn sofort annehmen und nicht sie bitten, zu bleiben. Nach der Periode der entscheidenden Kämpfe werden sie selbst zurückkehren und dann dem Proletariat nützlich sein.

6. Genossen, italienische Arbeiter! Vergeßt nicht die Lehren der Geschichte aller Revolutionen, das Beispiel Rußlands und Ungarns in den Jahren 1917—1920. Die schwersten Kämpfe, die größten Schwierigkeiten, die schwersten Opfer erwarten das Proletariat Italiens. Von dem Ausgang dieser Kämpfe, von der Solidarität, der Disziplin und der Ergebenheit der arbeitenden Massen hängt der Sieg über die Bourgeoisie, der Übergang der Macht in die Hände des Proletariats, die Befestigung der Sowjetrepublik in Italien ab. Die Bourgeoisie Italiens und der ganzen Welt wird keine Mühe sparen, wird vor keinem Verbrechen und keiner Barbarei zurückschrecken, um die Macht des Proletariats zu stürzen, sie ihm zu entreißen. Das Schwanken und die Unentschlossenheit der Reformisten und aller derjenigen, die am 11. Oktober 1920 an der Konferenz in Reggio Emilia teilgenommen haben, sind unvermeidlich, denn solche Leute haben zu allen Zeiten und in allen Ländern, ungeachtet der wirklich ehrlichen Überzeugung vieler von ihnen, die Sache der Revolution durch ihr Schwanken verdorben. Solche Leute haben die Revolution in Ungarn (die erste Revolution, ihr wird eine zweite folgen...) zugrunde gerichtet, sie hätten dasselbe auch in Rußland getan, wenn sie nicht von allen verantwortlichen Posten entfernt und mit einer Wand des Mißtrauens und der Wachsamkeit seitens des Proletariats umgeben worden wären.

Die arbeitenden und ausgebeuteten Massen Italiens werden dem revolutionären Proletariat folgen. Und zuguterletzt wird es doch siegen, denn seine Sache ist die Sache der arbeitenden Massen aller Länder, denn es gibt keine andere Erlösung von der Fortsetzung der jetzigen imperialistischen Kriege, von den schon in Vorbereitung begriffenen neuen imperialistischen Kriegen, von den Schrecknissen des kapitalistischen Sklaventums und der Unterjochung, als die Arbeiter-Sowjetrepublik.

II.

Genosse Nobs, der Redakteur der linkssozialistischen Zeitung „Volksrecht“ in Zürich, brachte vor kurzem einen Brief Sinowjews über die Notwendigkeit des Bruches mit den Opportunisten und gleichzeitig seine eigene ausführliche Antwort darauf. Der Ge-

danke Nobs geht darauf hinaus, daß auf die Frage der Annahme der 21 Punkte über die Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale eine verneinende Antwort gegeben werden muß, im Namen der „Freiheit“, der Freiheit der Kritik. Freiheit gegenüber den allzu großen Ansprüchen oder dem Diktatorientum Moskaus (ich habe den Artikel von Nobs nicht aufbewahrt und muß ihn aus dem Gedächtnis zitieren, wobei ich für den Sinn und nicht für diesen oder jenen Ausdruck haften kann).

Genosse Nobs zählt unter anderm Genossen Serrati unter seine Anhänger, der ja, wie bekannt, auch mit „Moskau“ unzufrieden ist, d. h. im besonderen mit den russischen Mitgliedern der Exekutive der Kommunistischen Internationale und sich ebenfalls über die Verletzung der „Freiheit“ einzelner Bestandteile, einzelner Parteien und einzelner Mitglieder der Kommunistischen Internationale durch Moskau beklagt. Es wird daher vielleicht nicht überflüssig sein, einige Worte über die „Freiheit“ zu sagen.

Nachdem wir drei Jahre der proletarischen Diktatur hinter uns haben, können wir mit Recht behaupten, daß die in der ganzen Welt gangbarste und populärste Einwendung gegen uns eben die Berufung auf die Verletzung der Freiheit und Gleichheit durch uns ist. Die gesamte bürgerliche Presse aller Länder, bis zur Presse der kleinbürgerlichen Demokraten, d. h. Sozialdemokraten und Sozialisten, darunter Kautsky, Hilferding, Martow, Tschernow, Longuet u. a. zetert gegen die Bolschewiki eben wegen dieser Verletzung der Freiheit und Gleichheit. Vom theoretischen Standpunkte aus ist dies ganz erklärlich. Der Leser denke nur an die berühmten Worte voller Sarkasmus im Marx'schen „Kapital“:

„Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, ist in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham“. („Kapital“, Band I, zweiter Abschnitt, Ende des 4. Kapitels. Ausgabe von 1914. S. 138).

Diese Worte voller Sarkasmus haben den tiefsten geschichtlich-philosophischen Inhalt. Man muß sie den populären Erklärungen zu dieser Frage von Engels und seinem „Anti-Dühring“ gegenüberstellen, besonders den Worten Engels, daß die Freiheit ein Vorurteil oder eine Dummheit ist, insofern dieser Begriff nicht zur Vernichtung der Klassen führt.

Die Vernichtung der Feudalherrschaft und ihrer Überreste, die Einführung der bürgerlichen (man kann mit vollem Recht sagen, der bürgerlich-demokratischen) Ordnung beanspruchte eine ganze Epoche der Weltgeschichte. Und es war unvermeidlich, daß

Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham die Parolen dieser internationalen historischen Epoche wurden. Die Vernichtung des Kapitalismus und seiner Überreste, die Durchführung des Kommunismus ist die Aufgabe der jetzt beginnenden neuen Epoche der Weltgeschichte. Und es ist unvermeidlich, daß unsere Epoche folgende Parolen hat und haben muß: Vernichtung der Klassen; Diktatur des Proletariats zur Verwirklichung dieses Zieles; die erbarmungslose Bloßstellung der kleinbürgerlichen demokratischen Vorurteile von Freiheit und Gleichheit, den schärfsten Kampf gegen diese Vorurteile. Wer das nicht verstanden hat, hat nichts von den Fragen der Diktatur des Proletariats, der Sowjetgewalt, der Grundlagen der Kommunistischen Internationale verstanden.

Solange die Klassen nicht vernichtet sind, sind alle Gespräche von Freiheit und Gleichheit überhaupt bloß ein Selbstbetrug oder ein Betrug der Arbeiter, und ebenso aller Arbeitenden und vom Kapital Ausgebeuteten; jedenfalls verteidigen sie die Interessen der Bourgeoisie. Solange die Klassen nicht vernichtet sind, muß bei jeder Erwähnung der Freiheit und Gleichheit die Frage gestellt werden: Freiheit für welche Klasse? und zu welchem Gebrauch? die Gleichheit welcher Klasse mit welcher? und in welcher Beziehung? Das direkte oder indirekte, bewußte oder unbewußte Umgehen dieser Fragen ist unvermeidlich gleichbedeutend mit der Verteidigung der Interessen der Bourgeoisie, der Interessen des Kapitals, der Interessen der Ausbeuter. Die Parole der Freiheit und Gleichheit unter Verschweigen dieser Fragen und der Frage des Privatbesitzes der Produktionsmittel ist eine Lüge und Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft, welche mit der formellen Anerkennung der Freiheit und Gleichheit die tatsächliche wirtschaftliche Knechtung und Ungleichheit für die Arbeiter, für alle Arbeitenden und vom Kapital Ausgebeuteten verdeckt, d. h. für die ungeheuerere Mehrheit der Bevölkerung aller kapitalistischen Länder.

Durch den Umstand, daß die Diktatur des Proletariats die letzten Grundfragen des Kapitalismus praktisch gestellt hat, sieht man in Rußland mit voller Klarheit, wem die Gespräche über Freiheit und Gleichheit im allgemeinen dienen (cui prodest? „Wem nützlich?“). Wenn uns die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, die Tschernows und die Martows, Gespräche über das Thema Freiheit und Gleichheit im Rahmen der Arbeitsdemokratie vorsetzen, — denn, sehen Sie, sie sind gar nicht schuldig, über Freiheit und Gleichheit im allgemeinen gesprochen zu haben, sie vergessen Marx gar nicht! — so fragen wir sie: und was tun wir mit dem Unterschied zwischen der Klasse der Lohnarbeiter und

der Klasse der Kleinbesitzer in der Periode der Diktatur des Proletariats?

Die Freiheit und Gleichheit im Rahmen der Arbeitsdemokratie bedeutet für den kleinen Landbesitzer (selbst wenn er nationalisierten Grund und Boden bearbeitet) die Freiheit, seinen Überfluß an Getreide zu spekulativen Preisen zu verkaufen, d. h. den Arbeiter auszubeuten. Ein jeder, der von der Freiheit und Gleichheit im Rahmen der Arbeitsdemokratie spricht — unter der Bedingung, daß die Kapitalisten gestürzt, Privateigentum aber und freier Handel aufrecht erhalten sind —, ist ein Verteidiger der Ausbeuter. Und mit einem solchen Verteidiger muß das Proletariat bei der Verwirklichung seiner Diktatur ebenso verfahren wie mit einem Ausbeuter, selbst wenn dieser Verteidiger sich Sozialdemokrat oder Sozialist nennt, oder wenn er sogar die Verwesung der Zweiten Internationale u. a. m. anerkennt.

Solange der Privatbesitz der Produktionsmittel z. B. der landwirtschaftlichen Geräte, (des Viehes, selbst bei Aufhebung des Grundbesitzes) und der freie Handel aufrecht erhalten sind, solange bleibt auch die wirtschaftliche Grundlage des Kapitalismus aufrecht erhalten. Und die Diktatur des Proletariats ist das einzige Mittel zum siegreichen Kampf gegen diese Grundlage, der einzige Weg zur Vernichtung der Klassen (ohne welche von einer wirklichen Freiheit des menschlichen Individuums — und nicht des Besitzenden, — von einer wirklichen Gleichheit des Menschen mit dem Menschen in sozialpolitischer Beziehung — und nicht von der heuchlerischen Gleichheit des Besitzenden mit dem Besitzlosen, des Satten mit dem Hungrigen, des Ausbeuters mit dem Ausgebeuteten — keine Rede sein kann). Die Diktatur des Proletariats führt zur Vernichtung der Klassen, sie führt dazu auf dem Wege der Vernichtung der Ausbeuter und der Unterdrückung ihres Widerstandes einerseits; sie führt dazu anderseits auf dem Wege der Zentralisation, der Überwindung des Schwankens der Kleinbesitzer zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat.

Das Unrichtige in den Reden der Genossen Nobs und Serrati besteht natürlich nicht darin, daß sie falsch und nicht aufrichtig sind. Nichts dergleichen. Sie sind völlig aufrichtig und ihre Reden enthalten keine Spur von subjektiver Falschheit. Aber objektiv sind ihre Reden ihrem Inhalt nach falsch, denn sie bestehen in der Verteidigung der Vorurteile der kleinbürgerlichen Demokratie, denn sie führen zur Verteidigung der Bourgeoisie.

Die Kommunistische Internationale kann keinesfalls Freiheit und Gleichheit für alle anerkennen, die gewillt sind, gewisse Erklärungen zu unterschreiben, ohne Bezugnahme auf ihr politisches

Benehmen. Das wäre ein ebensolcher theoretischer und praktisch-politischer Selbstmord für die Kommunisten, wie die Anerkennung der Freiheit und Gleichheit „im Rahmen der Arbeitsdemokratie“ u. a. Für jeden, der lesen kann und das Gelesene verstehen will, muß es ohne weiteres klar sein, daß alle Beschlüsse, Thesen, Resolutionen, Bestimmungen, Bedingungen der Kommunistischen Internationale die „Freiheit und Gleichheit“ derjenigen, die ihr beitreten wollen, nicht bedingungslos anerkennen.

Worin besteht nun unsere Anerkennung der „Freiheit und der Gleichheit“? Der Freiheit und der Gleichheit der Mitglieder der Kommunistischen Internationale?

Sie besteht darin, daß keine Opportunisten und „Zentrumsleute“ von der Art der uns wohlbekannten Vertreter des rechten Flügels der schweizerischen und italienischen Parteien aufgenommen werden dürfen. Denn diese Opportunisten und „Zentrumsleute“, mögen sie auch noch so viel und noch so schön von ihrer Anerkennung der Diktatur des Proletariats reden, bleiben in Wirklichkeit nur Prediger und Verteidiger der Vorurteile, der Schwächen und Schwankungen der kleinbürgerlichen Demokratie.

Zuerst — der Bruch mit diesen Vorurteilen, Schwächen, Schwankungen; mit den Leuten, die diese Ansichten und Eigenschaften verkörpern, predigen, verteidigen. Dann, und nur unter dieser Bedingung — die „Freiheit“ des Eintritts in die Kommunistische Internationale, die „Gleichheit“ der ehrlichen Kommunisten (und nicht der Kommunisten mit der Zunge) mit jedem anderen Kommunisten, Mitglied der Kommunistischen Internationale.

Genosse Nobs, Sie sind „frei“, diejenigen Ansichten zu verteidigen, die Sie verteidigen wollen. Aber wir sind ebenso „frei“, diese Ansichten für der Sache des Proletariats schädliche, der Sache des Kapitals nützliche kleinbürgerliche Vorurteile zu erklären; wir sind ebenso „frei“, ein Bündnis oder eine Gemeinschaft mit Menschen abzulehnen, die diese Ansichten oder eine denselben entsprechende Politik verteidigen. Und wir haben diese Politik und diese Ansicht bereits im Namen des ganzen Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale verurteilt. Wir haben schon gesagt, daß wir den Bruch mit den Opportunisten bedingungslos und vor allem fordern.

Sprechen Sie nicht über die Freiheit und Gleichheit überhaupt, Genossen Nobs und Serrati! Sprechen Sie von der Freiheit, die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale über den bedingungslos obligatorischen Bruch mit den Opportunisten und

„Zentrumsleuten“ nicht zu erfüllen (die nicht anders können, als die Diktatur des Proletariats zu untergraben, sie zu sabotieren). Sprechen Sie von der Gleichheit der Opportunisten und der Zentrumsleute mit den Kommunisten. Eine solche Freiheit und eine solche Gleichheit können wir für die Kommunistische Internationale nicht anerkennen, jede andere Freiheit und Gleichheit aber — soviel Sie wollen.

Die erste und grundlegendste Vorbedingung des Erfolges am Vorabend der proletarischen Revolution ist die Befreiung der Partei des revolutionären Proletariats von den Opportunisten und „Zentrumsleuten“, von ihrem Einfluß, von ihren Vorurteilen, Schwächen, Schwankungen.

N. Lenin.

11. Dezember 1920.



l-
g
u.
ab
o-
er-
en

ber
ber

m-
ten
wi-
en-
on
in
ter
ie.
en,
m-
ter
ur-
ur-
em
er-

er-
ne
ir
nit
id
es
in
s

t,
ie
>
d

Im Lande der gelben Internationale.

Das menschewistische Arkadien.

Die georgischen Menschewiki waren über den Besuch der Führer der II. Internationale hoch erfreut. Es waren eingetroffen: Vandervelde, Huysmans, de Bruker (Belgien), R. Macdonald, Thomas Shaw und Frau Snowden (England), Renaudel, Ingels (Frankreich). Kautsky war durch Krankheit in Rom aufgehalten worden und traf verspätet ein.

Welches Ziel verfolgte diese ganze feine Gesellschaft mit ihrem Besuch in Georgien? Will man objektive Schlüsse aus den Reden der teuren Gäste selbst und aus den Kommentaren der georgischen Presse ziehen, so besteht der Hauptzweck der Reise dieser Vertreter der gelben Internationale in einer Demonstration gegen Sowjetrußland und die III. Internationale. Einerseits war es durchaus notwendig, den Ententeregierungen in dem entscheidenden Augenblick, den die Allrussische Föderation durchlebte, zur Hilfe zu kommen, in dem Augenblick, wo alle kapitalistischen Höllennächte sich gegen Rußland gerüstet hatten und die Wogen der Weltreaktion den unerschütterlich festen Felsen des Kommunismus, an dem bisher alle ihn umtosenden gegenrevolutionären Mächte zerschellt waren, zu verschlingen drohten. Andererseits lag die Notwendigkeit vor, den Hauptvertreter der Entente und der II. Internationale an der von den internationalen Banditen gegen uns gerichteten östlichen Front zu unterstützen und die georgische Regierung zu festigen, unter deren Füßen infolge der wachsenden revolutionären Stimmung unter den Volksmassen Georgiens der Boden zu schwanken begann. Da die Mitglieder der II. Internationale den nahen Zusammenbruch der Sowjetmacht in Rußland in ihrer frevelhaften Verblendung für unvermeidlich hielten, wollten sie sagen können: „Auch wir haben das Unsrige in dieser Angelegenheit beigetragen und alles in unseren Kräften Stehende geleistet, um die entsetzliche Ordnung, die in Rußland herrscht, zu stürzen. Die Renaudel und Vandervelde, diese Söldlinge des Kapitals, diese Agenten Millerands und des Königs Albert, halten es für erforderlich, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um das große, heldenhafte, verblutende, von dem Weltimperialismus überfallene Land mit dem Giftspeichel der Verleumdung anzuspeien. Diese ganze gelbe Bande erschien in Georgien gleichsam zu dem einzigen Zweck, hinzuweisen auf das benachbarte, unter dem schweren Kreuz der Hungersnot, der Kälte und

der beständigen Ueberfälle sich windende Märtyrervolk, auf das Volk, das fest entschlossen war, sich den Aasgeiern des Kapitals nicht zu ergeben und sowohl sich selbst, als auch allen anderen Werktätigen den Weg zu einem freien, glücklichen Leben zu bahnen. Sie erschien, um hinzuweisen auf dieses Volk und um von hier aus in die Welt hinauszuschreien: „Kreuziget es“.

Das ganze Benehmen der Delegierten der II. Internationale in Georgien, die kriegerischen Reden der offiziellen Vertreter der georgischen Regierung und verschiedener Organisationen und die frechen, gegen Rußland und Aserbeidshan gerichteten Kommentare zu diesen Reden seitens der georgischen Presse sind deutliche Beweise dafür, daß diese Reise offen und absichtlich den Charakter einer Demonstration gegen Sowjetrußland trug. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Renaudel, Vandervelde und Huysmans im geheimen Auftrag ihrer Regierungen gereist sind. Worin diese geheimen Aufträge bestehen, ist nicht schwer zu enträtseln. Die georgische Regierung ist im Begriff, mit dem räuberischen Frankreich ein Bündnis zum gemeinschaftlichen Vorgehen gegen das Nachbarland zu schließen oder hat es bereits geschlossen.

Manche der Delegierten der gelben Internationale ließen sich soweit gehen, daß sie es nicht mehr für nötig hielten, aus den offiziellen, ihnen von ihrer Regierung überwiesenen Vollmachten ein Geheimnis zu machen. So rief Renaudel in einer Versammlung in Tiflis schamlos zum Kriege gegen Sowjetaserbeidshan auf, indem er ausführte, daß „Georgien sich an die Spitze der transkaukasischen Völker stellen und die unglücklichen Aserbeidshaner von den jegliche Freiheit hemmenden Kommunisten befreien müsse“. (Siehe „Kommunist“ vom 18. Oktober 1920.)

Die georgische Regierung hatte nicht den Mut, der Aufforderung der gelben Delegation zu folgen, umso mehr als das Vordringen der Türken in Armenien und die innere Lage des Landes das Durchführen einer offenen aggressiven Politik gegen die benachbarten Sowjetrepubliken unmöglich machte. Die georgische Regierung tat aber doch ihr Möglichstes in der von der gelben Delegation angegebenen Richtung.

Kaum hatten Renaudel und Vandervelde Tiflis und das Land des „sonnig-freudigen“ Sozialismus verlassen, als Banden des Pseudomam Gotzinski und des Denikinschen Obersten Alichanow unter Anführung von 60 georgischen Offizieren, mit georgischen Waffen, Pferden usw. ausgerüstet, von Georgien aus das rote Dagestan überfielen und Chunsach und Gunib belagerten, wo in geringer Anzahl unsere Truppen standen. Dank eiligst vorgenommener Mobilisierung unserer aus Temir-Chan-Schura, Petrowsk und Baku eingetroffenen Truppen, auch dank der energischen Unterstützung seitens der armen Bergvölker, welche einige Abteilungen roter Partisanen entsandt hatten, wurde Gunib bald befreit und die Weißgardistenbanden bis an die Grenzen des alle Feinde Sowjetruß-

lands und Aserbeidshans gastfrei aufnehmenden menschowistischen Georgiens, des Georgiens der II. Internationale, zurückgedrängt.

Auf dem Kongreß der armen Bergvölker im Dorf Lewaschi, wo gegen tausend Delegierte aller Bezirke Dagestans versammelt waren, wurde folgende energische Resolution angenommen, die das verächtliche' Benehmen der georgischen Sozialkrämer, und damit auch die sie beeinflussende gelbe Internationale, verdammt.

„Tausend Delegierte der Bergvolksmassen des roten Dagestan haben sich unter Vorsitz Tacha-Godis zu einem außerordentlichen Kongreß auf den Höhen des roten Dagestan im Dorf Lewaschi versammelt, anlässlich des Einfalls gegenrevolutionärer Banden des Pseudoimam Gotzinski, Alichanow und anderer Banditen aus Georgien in das Dorf Lewaschi. Nach Berichterstattung des Mitglieds des Revolutionären Kriegsrats der Kaukasischen Front, Gen. Ordshonikidse, der Präsidiumsmitglieder des Aktions- und Propagandarats der Orientvölker, der Gen. Pawlowitsch, Ismael Chakki und Korkmassow, erklären die Armen zur Kenntnissnahme aller: „Der dreijährige Bürgerkrieg gegen die Vertreter des Panislamismus, wie Pseudoimam Gotzinski, gegen die Agenten des Pantürkismus, wie die Vertreter der mythischen Bergregierung Kotzew, Dshabagijew u. a., gegen die Söldlinge des Weltimperialismus, den Obersten Alichanow und General Chalilow und die Atamanen der freiwilligen Banden, dieser Bürgerkrieg hatte zum Ergebnis, daß die Dagestaner Proletarier mit Hilfe der Roten Armee das geplagte Land endlich vom Joch der schwarzen und weißen Gegenrevolutionäre befreit und die Sowjetmacht im roten Dagestan wieder aufgerichtet haben. Die genannten Banditen aber und die schlimmsten Feinde des Volkes, wie Gotzinski, Alichanow, Chalilow u. a. haben, als sie vor dem gewaltigen strafenden Arm der Dagestaner Proletarier flüchteten, gastfreundschaftliche Aufnahme bei der Regierung Georgiens gefunden. Dort organisierten diese Henker und Blutdürstigen auf Wrangels Kosten und unter den Fittichen der georgischen Regierung, ja unter ihrer direkten Beteiligung und Unterstützung mit Geld, Waffen und Mannschaften, eine Bergregierung, die die Leitung der Räuberbanden übernahm und in Dagestan (Anzuch-Kaputschiner und Didoljewer Bezirk) einfiel.

Die Dagestaner Proletarier werden das Reptil, das einen erneuten Versuch macht, sich unser Landgebiet anzueignen, zerdrücken, wie sie schon wiederholt in den drei letzten Jahren die weißen und schwarzen Banden niedergeworfen haben.

Indem wir dieses zu Ihrer Kenntnis bringen, bitten wir Sie, der georgischen Regierung die Unzulässigkeit eines weiteren Verweilens der Führer und Organisatoren der gegenrevolutionären Banden, der sogenannten Bergregierung und anderer Söldlinge Denikins und Wrangels in Georgien klarzulegen und zu verlangen, daß die georgische Regierung den ferneren verbrecherischen Abenteuern gegen das rote Dagestan und den

Ueberfällen der sich im Gebiet Georgiens organisierenden Räuberbanden, ein Ende mache“.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Einfall der gegenrevolutionären Banden in das rote Dagestan von den georgischen Menschewiki organisiert worden ist, auf Einflüsterungen von Vandervelde, Huysmans und Renaudel hin, die der georgischen Regierung die Unterstützung ihrer Bourgeoisie versprochen.

Diese Abtrünnigen und Mörder haben die Frechheit, sich auf Schritt und Tritt Nachfolger Jaurès zu nennen, jenes Jaurès, der vor der Zeit wegen seines Kampfes gegen den räuberischen Imperialismus zugrunde gegangen ist. Der hohe Tribun verteidigte sogar nach Kräften ein so „barbarisches“ Land wie Marokko, seine Nachfolger jedoch unterstützen die französischen Wucherer, die sich das Ziel gesetzt haben, das Arbeiter-rußland in Blut zu ertränken, das große, 150 Millionen zählende und nun schon drei Jahre lang die Wälle der internationalen Revolution unter unaussprechlich großen Leiden und Qualen verteidigende Volk in Ketten zu schlagen.

Wenn es möglich ist, Renaudel und Jaurès in einem Atem zu nennen, so nur in dem Sinne, in dem Homer an Thersites erinnert.

„Der große Jaurès lebt nicht mehr, es lebt der verachtungswürdige Renaudel“.

Indem die Führer der II. Internationale sich dem französischen König Ludwig XIV. gleichstellten, der sich durch den Satz: „Der Staat bin ich“ unsterblich gemacht und damit die Verantwortung für alles, was in seinem Staat geschah, auf sich genommen hat, bemühten sie sich nach Kräften, in Georgien als Leiter und Lenker der Schicksale Europas aufzutreten. Aeußerst bezeichnend in dieser Hinsicht ist die Erklärung P. Renaudels in der Rede, die er im Namen der ganzen Delegation auf der feierlichen Sitzung des Nationalrats von Georgien am 18. September gehalten hat.

„Die Internationale wird häufig beschuldigt, daß sie es nicht verstanden habe, dem Kriege vorzubeugen. Der Hauptgrund hierfür besteht darin, daß die Sozialisten aller Länder zu schwach waren, um die Wohlfahrt der Völker den Kriegsleidenschaften gegenüberzustellen. Das aber, was zu der Zeit fehlte, ist gegenwärtig bei den Sozialisten vorhanden: Es zeigt sich als Ergebnis des Krieges, daß faktisch nicht die Imperialisten, sondern die Sozialisten gesiegt haben, die gegenwärtigen Leiter der inneren Politik sogar in den Siegerländern. Deshalb ist die Internationale gegenwärtig stärker denn je.“ („Slowo“, 21. September, Tiflis.)

Glauben wir Renaudel einmal, daß die II. Internationale so stark ist. Weshalb verhindert er dann nicht den räuberischen Krieg gegen Sowjetrußland, ja versucht nicht einmal, ihn zu verhindern? Deswegen, weil die Herren Renaudel und Vandervelde den Krieg mit dem Arbeiter- und Bauernlande als einen heiligen Krieg betrachten. Wären sie tatsächlich im

Besitz der Macht, und nicht bloß Agenten der Bourgeoisie, so würden sie noch wütender als die französischen Wucherer den Feldzug gegen das Land der III. Internationale leiten. Einstweilen haben andere dieses unsaubere und frevelhafte Amt auszuüben. Die „Hüter des Vermächnisses der Internationale“ — so nennen die georgischen Menschewiki Huysmans und seine Gesinnungsgenossen — beschränken sich in ihrer Tätigkeit bestenfalls darauf, gleich Pontius Pilatus ihre Hände in Unschuld zu waschen. Doch in jedem Satz der Führer der II. Internationale schwingt die leidenschaftliche Erwartung des Augenblicks mit, in dem die Sowjetmacht in Rußland endlich gestürzt werden wird. Diese Verbrecher und Narren glauben fest daran, daß, wenn Sowjetrußland unter den Schlägen der internationalen Gegenrevolution einmal gefallen ist, nichts mehr imstande sein wird, den Triumph der „Demokratie“ und den Untergang der Kommunistischen Internationale aufzuhalten. „Die III. Internationale — erklärt Huysmans einem Mitarbeiter des Tifliser „Slowo“ — ist in Europa und Amerika bloß durch die radikalen sozialistischen Parteien vertreten und wird mit dem Sturz der Sowjetmacht in Rußland zugrunde gehen.“

Diese Hoffnung ist der Hauptstützpunkt des unversöhnlichen Hasses der Herren Kautsky gegen Sowjetrußland und gleichzeitig der Schlüssel zur Enträtselung ihrer glühenden Sympathien für Wilson, Millerand, Wrangel, kurz alle die, die aktiv gegen uns Krieg führen.

Der ganze Feldzug der gelben Helden in Georgien war einer Agitation und Propaganda gewidmet, nämlich der Gegenüberstellung Sowjetrußlands, des Rußlands der III. Internationale, und des menschewistischen Georgiens — des Georgiens der II. Internationale.

Kaum in Georgien gelandet, noch ehe er irgendetwas kennen gelernt und gesehen hatte, noch ganz außer Atem, erklärte Vandervelde in seiner Rede dem Haupt der Regierung, Shordania: „Dort, im bolschewistischen Rußland herrscht unter der roten Fahne Niedergedrücktheit, Unterdrückung der Gedanken und der Freiheit; hier in Georgien hingegen weht die rote proletarische Fahne über der wahrhaften Freiheit und dem sonnig-freudigen Sozialismus. Wir sahen Eure Berge, empfanden Eure Sonne und begriffen, daß diese das Sinnbild der sonnigen sozialistischen Ordnung ist“. Im gleichen heuchlerischen Rednerton sprachen auch die übrigen Mitglieder der Delegation. In ihren Antwortreden stellten die Vertreter der georgischen Regierung und die menschewistischen Führer Ihrerseits Georgien Rußland gegenüber. „Georgien hat auf heldenhafte Weise die zerstörenden Wogen vom Norden abgewehrt. Georgien hat den Weg nach Asien kategorisch abgewiesen“, sagten einige (Georgadse). „Jahrelang haben wir uns mit dem Gedanken des innigen Verhältnisses Georgiens zu Rußland vertraut gemacht, in der Tat ist aber Georgien Frankreich, England und Belgien näher als Rußland“, sagten andere. Alle Redner aber waren sich darin einig (die Presse betonte besonders eifrig diese Meinung), daß Sow-

Jetrußland ein Land des Schreckens, ein Land des Terrors, der wirtschaftlichen Zerrüttung sei, wo nicht die Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat bestehe, während Georgien das einzige Land auf Erden sei, wo die Diktatur des Proletariats herrsche, wobei „das Proletariat seine Diktatur ohne Blutvergießen und jene außerordentlichen Grausamkeiten durchführt, die das unglückliche Rußland vernichtet haben“ (Rede Dewlarianis).

Diese Erklärungen über Georgien sind nichts als Lügen. Von den Schrecken der menschowistischen Ordnung könnten die Zeugenaussagen der Vertreter der werktätigen Bevölkerung Südossetiens Beweise liefern. Diese Vertreter machten an das Präsidium des Kongresses der Orientvölker eine schriftliche Eingabe, die davon berichtete, wie die menschowistische Regierung den Aufstand der südossetnischen und georgischen Bauernschaft in den Bezirken Zchinwal, Ssagchet, Duschet und Kornis unterdrückt, wie die Strafexpeditionen Matschabelis, Dshugells, Beschapelis und Konijews bei der Niederringung der aufständischen Bauernschaft geplündert, Greise und Kinder gemordet, vergewaltigt, geprügelt und versengt haben, wie die Truppen der sonnig-freudigen georgischen Regierung siebenundvierzig Dörfer eingeäschert haben, wobei „die in den Dörfern zurückgebliebene Bevölkerung, die sogar nicht unmittelbar am Aufstande beteiligt war, ohne Ausnahme hingemordet wurde und nicht einmal Greise und Säuglinge verschont blieben“. Von den schönen Dingen im menschowistischen Arkadien konnten die Delegierten der abchasischen Bauern erzählen, die Zeugen waren, wie Strafexpeditionen des Obersten Tucharrell und anderer Henker ganze Dörfer und Ansiedlungen in Abchasien eingeäscherten, wie die georgischen Menschewiki, welche sich nach der Einnahme von Batum mit den mohammedanischen Beks vereinigt haben, die werktätige mohammedanische Bevölkerung, die nicht gewillt war, die Macht der „Bourgeois“ anzuerkennen, auszurotten begannen. Von dem „sonnig-freudigen“ Sozialismus ihres Landes könnten endlich die georgischen kommunistischen Arbeiter ein gewichtiges Wort reden, welche täglich massenhaft in Baku eintreffen, um sich vor den schonungslosen Verfolgungen durch die Polizei, vor Haft und schweren Repressalien zu retten, die von den georgischen Menschewiki gegen alle diejenigen verhängt werden, welche nicht mit Worten, sondern mit Taten gegen die Bourgeoisie kämpfen.

Dies alles ist so bekannt, daß es sich nicht lohnt, darüber zu reden. Interessant ist die andere Seite. In ihrer Kritik der russischen Angelegenheiten erwähnen die georgischen Menschewiki häufig den Hunger und die Kälte, die im kommunistischen Rußland herrschen sollen.

Bei Durchsicht der georgischen Zeitung aber stoßen wir auf Nachrichten: „Ueber den bevorstehenden schweren Winter“ im menschowistischen Arkadien, wir hören, daß kein Petroleum, keine Feuerung, keine

Lebensmittel vorhanden sind, wir stoßen auf Klagen darüber, daß den Arbeitern und Angestellten nicht genügend Brot zugeteilt wird, noch mehr, daß „trotz aller Versprechungen des Verpflegungs- und Ernährungsministeriums, schlechtes und mitunter widerliches Brot, welches die an alles gewöhnten Arbeiter und Angestellten wiederholt zurückgewiesen haben, verabfolgt wurde“. (Tifliser „Slowo“ vom 24. Sept. 1920.)

Alle Zeitungen sind voller Klagen über „Schieber, welche die Preise auf alle Gegenstände in die Höhe treiben, so daß das Leben von Tag zu Tag teurer und nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für mehr oder weniger wohlhabende Leute unerträglich wird. Das glückliche menschewistische Arkadien macht eine schwere wirtschaftliche Krise durch, ja noch mehr, die Zeitungen beginnen schon offen über die „wirtschaftliche Katastrophe“ zu schreiben, die dem Lande bevorsteht.

So beginnt der Artikel „Ursache der wirtschaftlichen Krise“ in der Tifliser konservativen Zeitung „Georgien“ vom 9. Sept. mit folgenden unheilverkündenden Worten:

„Die heranrückende wirtschaftliche Katastrophe erscheint in Georgien nicht bloß als Ergebnis einer ungeschickten Wirtschaftspolitik . . . , sondern als unvermeidliche Folge der allgemeinen ökonomischen Weltkonjunktur. Indessen ist die wirtschaftliche Schulung der Massen so gering, — in dem ackerbaureibenden Georgien mehr noch wie anderswo — daß der unwissende Bewohner und die Presse ausschließlich den Spekulanten alle Schuld in die Schuhe schieben“.

Der Verfasser schließt seinen Artikel mit folgenden Worten:

„Unsere gegenwärtige wirtschaftliche Krise ist eine schwere Krankheit der großkapitalistischen Zeit. Der gesamte Wirtschaftsorganismus ist erschüttert und desorganisiert.“

In einer so verzweifelten, hoffnungslosen Lage befindet sich das menschewistische Arkadien, das nicht blockiert wird, — im Gegensatz zu Sowjetrußland, welches durch den bösen Willen der internationalen Banditen mit den Fesseln der Hungersnot, der Kälte und eines nicht endenwollenden Krieges zusammengeschnürt ist, — das menschewistische Arkadien, gegen das die kapitalistische Welt keinen Krieg führt, das sie vielmehr mit Waffen, Kleidung usw. versorgt. Und all das wird die gelben Verräter nach ihrer Rückkehr in Europa nicht davon zurückhalten, das „glückliche“ demokratische Georgien — das Georgien des „sonnig-freudigen“ Sozialismus — dem unglücklichen, blutigen Rußland, dem Rußland der terroristischen III. Internationale, gegenüberzustellen.

Die Teuerung nimmt in Georgien erschreckenden Umfang an. Die Entwertung des Papiergeldes steigt im geometrischen Verhältnis. Diese Entwertung der örtlichen Valuta zieht in Transkaukasien die gleichen verhängnisvollen Folgen nach sich, wie sie in der Krim zu Wrangels Zeiten beobachtet wurden. Der freie Handel und die unaufhaltsame, keine Grenzen

kennende Spekulation gibt denjenigen, die sich auf leichte Weise zu bereichern suchen, die Möglichkeit, große Kapitalien zu erwerben, durch Mittel, die sogar in früheren Zeiten in den Gebieten des ehemaligen Zarenreiches niemals bei der Ausbeutung angewendet wurden. Es ist sehr profitabel, nach Georgien, Armenien, in die Wrangelkrim einige tausend Flaschen Wein, Damentoilette, sowie andere Luxusartikel einzuführen, für diese unnötigen Dinge viele Millionen örtlichen Papiergeldes zu erwerben, für die örtliche Valuta die verschiedensten wertvollen Maschinen, technische Geräte, wenn auch gebrauchte, und einzelne Teile derselben, Kinoparate, Schreibmaschinen, optische Instrumente, Nähmaschinen, Klaviere usw. anzukaufen. Ausländische Spekulanten, die mit örtlicher Valuta zahlen, finden es sehr vorteilhaft, in der Krim, in Georgien und Armenien zu Preisen, die, in europäische Valuta übertragen, fabelhaft niedrig sind, sogar gebrauchte Möbel, Bilder, Gegenstände des Hausgebrauchs, Hausgerät usw. anzukaufen und im Auslande weiter zu verkaufen. Nach der Meinung ausländischer Spekulanten wurden Gold- und Silbersachen, Perlen und Brillanten in der Krim buchstäblich zu Spottpreisen verkauft. So sind infolge der Entwertung des Geldes und der blühenden Spekulation alle Gebiete Rußlands, welche die bürgerliche Ordnung beibehalten haben, für das kapitalistische Europa unerwartet in Lieferanten von Manufaktur- und Fabrikzeugnissen, Gold- und Silbersachen und Edelsteinen verwandelt worden.

Französische, englische, belgische Zeitungen haben einst mit erheuchelter Empörung darüber geschrieben, daß die deutschen Truppen in den besetzten Gebieten sogar die Türgriffe abgedreht und nach Deutschland mitgenommen haben. Jetzt wird ein ähnlicher, bis auf den letzten Gegenstand ausgedehnter Raubfeldzug selbst in den bettelarmen Ländern, die der Macht der internationalen Bourgeoisie anheimfallen, auf noch einfachere und folgerichtiger Weise durchgeführt. Es ist leicht begreiflich, daß diese neue wirtschaftliche Erscheinung als Folge des allgemeinen Zerfalls in ganz Europa sich notwendigerweise in der ohnehin schwierigen Wirtschaftslage der transkaukasischen Gebiete widerspiegeln mußte.

Der gelbe Verräter Vandervelde, der in einem Gespräch mit Noah Shordania die Frage der Heranziehung des internationalen Kapitals in Georgien behandelte, sowie alle georgischen Menschewiki, bemühten sich, die Arbeiter und Bauern davon zu überzeugen, daß die Unterstützung Europas und Amerikas Georgien die Möglichkeit schaffe, seine bis auf den Grund zerstörte Volkswirtschaft wieder aufzurichten und dem Lande den Weg zum wirtschaftlichen Wohlstand und zur Entfaltung einer freien Kultur weise. All das ist Lüge, gemeine Lüge. Der Weltimperialismus bringt allen Ländern, die seinem Wirkungskreis verfallen, nichts weiter als Ketten der Sklaverei und der geistigen Knechtung. Nichts kann zur Bestätigung dieser Aeußerung von größerer Bedeutung sein, als folgende, kürzlich in

der italienischen bürgerlichen Zeitung „Resto del Carlino“ veröffentlichten Zeilen. Diese Zeilen — sie enthalten einen Verzweiflungsausbruch — die wir dem Leitartikel des „Temps“ vom 31. August entnehmen, lauten folgendermaßen:

„In diesem Europa, das einer Zuchthäuslergaleere gleichkommt, ist Italien gezwungen zu balancieren und die Politik eines verdächtigen und schwer zu erreichenden Gleichgewichts zu verfolgen, da es zwischen dem englischen Despoten und dem französischen Gendarmen steht. Das äußert sich aber nur darin, daß Italien vorwärts blicken und seine Hoffnung auf die großen sozialistisch-kommunistischen Demokratien als auf die wahrhaftigen Faktoren der künftigen Befreiung setzen muß . . . Wir sind Gefangene, die vor Hunger sterben. Es bleibt uns indessen eine Hoffnung: Aufstand aller Besiegten, aller Sklaven, all derjenigen, die gezwungen sind, einer unerträglichen demagogischen, auf Lug, Vergewaltigung, Täuschung basierenden Macht untergeordnet zu sein. Und da keine Veranlassung vorliegt, zu erwarten, daß Deutschland und Rußland zu ihrer alten Ordnung zurückkehren und dem früheren Programm folgen werden, müssen wir alle unsere Hoffnungen auf eine allgemeine Umwälzung setzen.“

Wenn ein solcher Verzweiflungsschrei sich der Brust eines bürgerlichen Publizisten entringt, der gezwungen ist, die großen kapitalistischen Staaten: Frankreich, England, die Vereinigten Staaten usw. als Staaten, in denen eine „demagogische, auf Lug, Vergewaltigung, Täuschung basierende Macht besteht“, zu bezeichnen, wenn dieser bürgerliche Schriftsteller zugeben muß, daß Italien, welches hundertmal stärker und reicher als Georgien und Armenien ist, sich vor der Vergewaltigung, Armut und der sich verschärfenden, unvermeidlichen wirtschaftlichen Katastrophe nur durch einen Aufstand aller Besiegten und aller Bedrückten und eine allgemeine Umwälzung retten kann, wenn der verantwortliche Publizist des „Resto del Carlino“ Sowjetrußland als große sozialistische und kommunistische Demokratie, als wahrhaften Faktor der künftigen Befreiung aller Völker sympathisch charakterisiert, so können wir daraus nur eins schließen: die bürgerliche Ordnung, die sich auf der schonungslosesten Ausbeutung der Bevölkerung fast der ganzen Welt — und dabei sogar der Bevölkerung eines so „siegreichen“ Landes wie Italien — durch eine unbedeutende Zahl von unterdrückenden Völkern gründet, strebt blitzschnell und rettungslos dem Abgrund zu. Der unvermeidliche Untergang dieser Gesellschaftsordnung ist sogar vielen bürgerlichen Publizisten klar.

Mag die untergehende kapitalistische Hölle mit aller Macht gegen Sowjetrußland toben, mögen die weißgardistischen Truppen des adligen Polen und des Barons aus der Krim gegen das siegreiche Rußland vorrücken, mögen alle Flotten Englands und Frankreichs mit Volldampf zu unseren Schwarzmeer- und Baltischen Gestaden segeln, von neuem Krieg und Zerstörung mit sich bringen, mögen die Herren Renaudel und Vander-

velde und deren georgische Hilfsstimmen triumphieren, indem sie den nahen Untergang der III. Internationale im voraus erwägen — die Würfel sind gefallen. Der Sieg ist unser.

Derjenige, der mit Verständnis in die Zukunft sieht, kann nicht daran zweifeln. Wie die Lage Sowjetrußlands in diesem oder jenem Augenblick zufällig auch sei, daß Sowjetrußland in nächster Zeit als Phönix aus der Asche erstehen wird, um zusammen mit allen unterdrückten Völkern des Ostens und Westens und allen Proletariern selbst der imperialistischen Länder — Frankreich, England, Amerika — dem kapitalistischen Ungeheuer das Knie auf die Brust zu setzen und es zu erdrücken, das ist sicher.

Micß. Pawlowitsch.

Baku.



Georgien und Armenien, die Entente und Sowjetrußland.

I.

Sowjetrußland erstreckt sich bis zur Küste des Schwarzen Meeres, bis hinter Ssotschi und Gagry; im Terekgebiet erhebt es sich höher als Wladikawkas hinauf bis zu dem Gipfel des Kasbek, und in der Richtung von Baku aus (Sowjetaserbeidshan) bis zur Station Poily unweit von Tiflis. Innerhalb der genannten Grenzen, d. h. zwischen den Gagry am Schwarzen Meer — einschließlic Ssuchum, Batum, Poti, Kutais und Tiflis — und der Station Poily, sowie dem Berge Kasbek einschließlic dehnt sich der sogenannte „unabhängige“ Staat Georgien aus. Dicht daneben der in gleichem Maße „unabhängige“ Staat Armenien, welcher an vielen Stellen an das mohammedanische (Sowjet)-Aserbeidshan, die Türkei und Persien stößt.

Georgien ist ein „flammendes Kolchis“ und Armenien ein nicht weniger flammendes Ayastan. Den Hauptteil der Bevölkerung bilden in diesen Gebieten naturgemäß die Georgier im ersteren und die Armenier im letzteren, doch sind auch andere Stämme und Nationen in bedeutender Minderheit vertreten, so z. B. Armenier, Abchasen, Ossetinen u. a. in Georgien, Mohammedaner, Kurden und Tataren in Armenien.

Georgien übertrifft Armenien an Ausdehnung und Bevölkerungszahl; auch hat es eine günstigere Lage, da es am Schwarzen Meere mehrere Hafenstädte besitzt, von denen Batum und Poti die bedeutendsten sind.

Die revolutionäre Bewegung gegen die zaristische Macht begann in Georgien (und überhaupt im Gebiet jenseits des Kaukasus und im Kaukasus selbst) vor langer Zeit, vor 30 bis 40 Jahren, und erreichte ihren Höhepunkt, wie an allen äußersten Grenzen des früheren Zarenreichs, zu Anfang unseres 20. Jahrhunderts und während der Revolution 1905, indem sie von den Städten ausgehend in alle entlegenen Dörfer drang. Sie hatte kein Atom Nationalismus an sich, da die revolutionäre Bewegung sowohl im Kaukasus, als auch in ganz Rußland nach der Vernichtung der Terroristen-Narodniki (insbesondere in Georgien) sich nur als eigentliche Arbeiterbewegung mächtig entfaltete. Die Arbeiterbewegung aber hatte von Anfang an ein wahrhaft internationales Gepräge — sie ist eine allrussische, sozialistische, kommunistische.

Seit 1900 haben die Arbeiterstreiks und politischen Demonstrationen

in Tiflis, Batum u. a. Städten Georgiens lebhaften Widerhall in den Dörfern gefunden, wo sie Agrarstreiks der landarmen (zugleich zeitweilig verpflichteten) Bauern und Pächter gegen die Landbesitzer und einen Boykott der Regierungsinstitutionen, selbst der Kirche und deren Diener als Verteidiger der Gutsbesitzer und der Reichen, hervorriefen.

Auf dem II. Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands 1903 schlossen sich die Arbeiterorganisationen von Baku, Tiflis und Batum (nachher auch Kuţais-Gurien und Tschiatur, so z. B. das Imeritino-Mingreler Komitee und das Gurische Komitee) zum Kaukasischen Verband der Sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zusammen.

Der „Kaukasische Verband“ (später Transkaukasischer) besaß seine illegalen Organe — „Borba Proletariata“ u. a., die regelmäßig in drei Sprachen, der russischen, georgischen und armenischen, erschienen. Die Gebietsorganisation steuerte einen festen, revolutionär-marxistischen Kurs. Sie leitete u. a. den ersten politischen Generalstreik im Kaukasus im Jahre 1903 (den sogenannten Südrussischen und Kaukasischen Generalstreik). So erklärt es sich, daß von drei Delegierten des Kaukasus zwei auf dem II. Kongreß den Standpunkt der Bolschewiki vertraten. So lagen die Dinge bis 1905 und bis kurz nach 1906. Dann aber begann die Auflösung der einst starken einheitlichen Organisationen und das Ueberwiegen des Menschewismus in der Arbeiterbewegung Georgiens.

Es muß hervorgehoben werden, daß der russische Menschewismus, in dem der georgische Menschewismus eine bedeutende Rolle spielt, mit seiner Bekämpfung der damaligen „festen“ illegalen sozialdemokratischen Organisationen, der sogenannten „Berufsrevolutionäre“, des „Bureaokratismus und Zentralismus“ der Partei, mit seinem Eintreten für die Autonomie der Lokalaussschüsse usw., als schlimmste Abart des Opportunismus den Revolutionären die beste Gelegenheit bot, herabzusinken. bis zum gegenwärtigen „Sozialchauvinismus“ der georgischen Menschewiki mit den Herren Shordania, Zeretelli, Tschcheidse, Gegetschkori und ihrer ganzen Sippschaft an der Spitze.

Die sozialökonomische Grundlage ist folgende: Proletarier sind in Georgien verhältnismäßig schwach an Zahl; den Hauptbestandteil der Bevölkerung bilden Kleinbauern und Arbeiter — Halbproletarier, welche in Dörfern (und Städten) kleine Grundstücke und armselige Hütten besitzen.

Da wir den Menschewismus in der damals einheitlichen Arbeiterpartei von seinem ersten Entstehen an bekämpft haben, berücksichtigten wir alle diese Möglichkeiten, was die Schärfe des Fraktionskampfes selbst im Jahre 1905 und in den darauffolgenden Jahren erklärt.

Die Revolution des Jahres 1905 und die darauffolgende zehnjährige Reaktion in Rußland, der imperialistische Krieg von 1914 bis 1917 und die Große Russische Revolution des Jahres 1917 in seinem Gefolge legten den

Typus des russischen Menschewismus im allgemeinen und des georgischen im besonderen endgültig klar.

Nach dem Kongreß von 1907 in London waren die georgischen Menschewiki mit Noha Shordania, den gegenwärtigen Führer des (von Sozialismus und Revolution) „unabhängigen“ menschewistischen Georgien die ersten, die die Revolution in Rußland „liquidierten“.

Berühren wir kurz die Tätigkeit Shordanias und einiger seiner Mitkämpfer, die einstweilen als Lenker der Geschichte der unglücklichen Arbeiter und Bauern Georgiens gelten.

Zur Zeit der Stolypinschen Reaktion verneinte Herr N. Shordania in der Lokalpresse in Dutzenden von Abhandlungen den revolutionären Grundsatz, der sich noch bei seinem Lehrer Plechanow findet, daß nämlich die russische Revolution entweder als Arbeiterrevolution oder aber garnicht siegen werde. Ihm zollten alle Kreise der Großbourgeoisie von Tiflis und Baku reichen Beifall und erklärten ihn für den weisesten Menschen unseres Kreises.

Diese seine „Weisheit“ bewies er auch durch sein Verhalten während des imperialistischen Krieges, wo er als treuester Schüler Plechanows, des Sozialchauvinisten und Durchhalter des Zarenreichs, auftrat. Die große russische Revolution des Jahres 1917 samt ihren Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- u. a. Deputierten brachte alle Karten im Kopfe dieses bis aufs Mark kleinbürgerlichen opportunistischen Ideologen durcheinander. Er konnte sich nicht mehr zurechtfinden. Es verging eine beträchtliche Zeit vom Februar bis Oktober-November, dem Zeitpunkt des bolschewistischen Umschwunges in Petrograd und Moskau. Nun konnte er sich orientieren und seinem Kurs bestimmen. In seinem Innersten blieb er stets der gleiche. Sich aber öffentlich zu äußern — dazu hatte er denn doch nicht den Mut. Er fürchtete sich vor den georgischen Arbeitern und Bauern. Denn trotzdem sie jahrzelntelang durch seine eigene talentvolle menschewistische Feder bearbeitet und angesteckt worden waren, war es doch möglich, daß sie ihm in der Atmosphäre der Großen Revolution und der scharf ausgeprägten Agitation der Bolschewiki keinen Glauben mehr schenken und ihm nicht folgen würden.

Nun tritt aber eine andere machtvolle Persönlichkeit an seiner Seite auf: der ehemalige Deputierte der russischen Reichsduma — Ak. Tschchenkeli, zurzeit außerordentlicher Kommissar der Provisorischen Regierung Miljukows und Kerenskis im Kaukasus.

Er ist es, der die Frage der Trennung Transkaukasiens von Rußland (als Folge des bolschewistischen Umschwunges), der Auflösung Kaukasiens und der Gründung des „unabhängigen Georgiens“ entscheidet.

Er reist nach Westeuropa und bereitet den Boden zu einem politisch neuen, kulturellen Reich „Georgien“ erst in Wien und Berlin (zurzeit des deutschen Sieges), dann in Paris, London und Brüssel, vor. Zurückgekehrt,

veranlaßt er unter begeistertem Beifall aller Großgrundbesitzer das Parlament Georgiens, eine Delegation nach Paris zu entsenden, um mit den von der Reichsduma her bekannten Sozialchauvinisten Tschcheidse und Zeretelli an der Spitze die Konferenz zu Versailles und die dort tagenden Räuber, die „Helden“ Clemenceau, Wilson, Millerand, Lloyd-George u. a. zu überlaufen. Er selbst aber wirkt in Gemeinschaft mit den Ministerpräsidenten, den Brüdern Ramischwilli. Auf seinen Rat hin wird Gegetschkori, eine ebenfalls bekannte Persönlichkeit, der auswärtige Minister Georgiens, nach Westeuropa abgeordnet. Möglicherweise wird der Pachtvertrag hinsichtlich Batums (vielleicht auch Poti) mit den Engländern abgeschlossen. Und nicht allein der Pachtvertrag dieser Städte wird abgeschlossen werden, es wird auch eine Unterdrückung ganz Georgiens einsetzen, wenn... Ja, wenn es den Proletariern Englands, Italiens, Deutschlands und anderer Länder nicht gelingt, alle Machinationen der georgischen Menschewiki, der Verräter der proletarischen Revolution, umzustoßen. Sie stecken hinter den Verrätern der Arbeiter und deren Internationale, den „Helden“ der II. Gelben Internationale — Renaudel, Vandervelde, Huysman u. a. mit Kautsky selbst an der Spitze. Scherz beiseite!... Zur Betäubung des kleinen Georgiens sind diese zeitgenössischen Argonauten mit liebenswürdig erteilter Genehmigung der imperialistischen Räuber, nach der Überfahrt über das stürmische Schwarze Meer bei Poti und Batum, diesen Perlen des feurigen Kolchis, gelandet, um das goldene Vließ zu holen, das sie in Westeuropa verloren haben, d. h. um im kleinen Georgien die menschewistische Demokratie Tschchenkells, Shordanias, Zeretellis und ihrer Sippe verwirklicht zu sehen.

Eine Woche vorher hatten die Regierungsagenten ihren Empfang vorbereitet, alle menschewistischen Glocken läuten lassen, die Städte geschmückt, Kaschlyk und Kachetnerwein mit europäischem Champagner vermischt in Bereitschaft gestellt, die Arbeiter und Bauern zu ihrem feierlichen Empfang verpflichtet... Und, o Schrecken! In der kleinen Hafengstadt Poti erscheinen von 600 organisierten Arbeitern bloß 15, aller Wahrscheinlichkeit nach der menschewistischen Bürokratie angehörende „Arbeiter“ zum Empfang der Retter des sich auflösenden Weltkapitalismus — der Sozialverräter Vandervelde und Konsorten. In der größeren Hafengstadt Batum wird eine feierliche Versammlung der georgischen menschewistischen Organisation veranstaltet mit dem bekannten Verräter unserer 26 Bakauer Kommissäre, dem Menschewik Aiolo an der Spitze und unter Teilnahme einer Schar von Straßengaffern und Spekulant. Selbst Tiflis, das zeitgenössische kleine Paris (um nicht zu sagen Babylon, das allzu altertümliche) hätte versagt, wenn in demselben nicht alle Kräfte der Schutzwache und der menschewistischen Gendarmerie (eine „besondere Abteilung“ und menschewistische Milliz, aus zaristischen Mördern und Verbrechern gebildet) konzentriert wären. In seiner proletarischen Mehr-

heit schwieg Tiflis und zeigte sich nicht auf den Paraden; diejenigen aber, die dazu erschienen, verhielten sich sehr kühl beim Empfang der „teuren“ Gäste. So standen die Dinge in Tiflis, in der Hauptstadt des menschwistischen Reiches! So standen die Dinge, nachdem den Arbeitern am Vorabend die Drohung zugegangen war, daß diejenigen, die nicht zur Parade erscheinen würden, ihres Lohns, ihres Erwerbs, ihrer Anstellung verlustig gehen oder aber als Anhänger der Bolschewiki Sowjetrußlands verhaftet werden würde. In den Dörfern aber, welche die Helden der Gelben Internationale zu passieren geruhen, wurde das Volk gewaltsam von den Dorfkommisären und Milizionären zu ihrem Empfang zusammengetrieben. Keine Begeisterung, kein Schwung, nichts weiter als offizielle Reden bei reich besetzter, im Überfluß alle Speisen und Getränke des Westens und des Ostens aufweisender Tafel! Beim Eintreffen Kautskys (Jason selbst war zurückgeblieben und traf mit einem anderen imperialistischen Dampfer ein) war in Erinnerung an den traurig ausgefallenen Empfang der ersten Gäste von den „Führern“ nicht einmal ein Versuch zum feierlichen Empfang gemacht worden.

Erst an einem Sonntag im Oktober erklärten die Menschewiki, daß die Arbeiter von Tiflis Kautsky begrüßen möchten. Was geschah nun? In dieser, gegenwärtig nahezu eine halbe Million Weißgardisten aller Länder und Arten zählenden Stadt, die immerhin nicht weniger als 50—60 Tausend organisierte Arbeiter besitzt, erschienen auf dem Eriwaner Platz einige Hundert Arbeiter, die in Gemeinschaft mit den Straßengaffern und Spekulanten eine Versammlung von 600—800 Mann abhielten. Auf einem Balkon erschien Kautsky selbst und zerfloß in Dankbarkeit echtster demokratischer Art. Ihm wurde aber trotz der lauten, äußerst deutlichen Zurufe Noah Ramischwilis — dieses Noskes und Spitzels des menschwistischen Georgiens — an die „Genossen Arbeiter“ nicht applaudiert. Dabei ergoß sich die gesamte Presse, mit Ausnahme der kommunistischen natürlich, täglich in Lobeserhebungen und Lobpreisungen der Träger der Kultur und Zivilisation, der Helden der Gelben Internationale.

Was haben sie hier vorgefunden? Den Beweis dessen, was sie zu sehen wünschten — ein (einstweilen) ruhiges Land mit der „Sozialdemokratie“ an der Spitze, welche der Taktik der II. Internationale nicht untreu geworden ist, sondern sie weitergeführt hat, d. h. die neueste Theorie Kautskys — durch die Demokratie zum Sozialismus — in die Tat umgesetzt hat. Die „sozialistische Demokratie“, welche alle klassenbewußten Arbeiter und Bauern verfolgt, weil sie den Kommunisten folgen, ihnen glauben oder auch nur mit ihnen sympathisieren, die alle klassenbewußten Arbeiter und Bauern verhaftet, aus Vaterstadt und Heimatdorf, aus Georgien selbst zu Hunderten und Tausenden ausweist, oder sie monate- und jahrelang ohne jede Anklage (es ist ja keine andere zu finden, als daß sie

Kommunisten sind und sich zur Partei bekennen, die nach dem Vertrag mit Moskau als legal anerkannt worden ist) gefangen hält...

Karl Kautsky dagegen telegraphierte, wie die armenische Zeitung „Mschak“, berichtet, nach Westeuropa, aller Wahrscheinlichkeit nach nach London, wo der Ausschuß der Gelben Internationale unter den Pittichen von Lloyd George tagt, es sei notwendig, Georgien im Krieg mit Truppen zu unterstützen... gegen wen denn? Vielleicht gegen die Kommunisten und die ihnen gleich Gesinnten?

Nein, die Menschewiki sind selbst bereit, sowohl Batum als auch Poti, wenn es sein muß auch ganz Georgien, England und der Entente nach Wrangels Niederlage abzutreten, zur Schaffung einer neuen Basis für den Kampf gegen das Arbeiter- und Bauernrußland.

So unterdrückt die georgischen Bauern und Arbeiter durch die menschewistisch-imperialistische „demokratische“ Regierung auch sind, so schön sie auch als georgische Soldaten und Volksgardisten eingekleidet sind, so werden sie doch niemals gegen Rußlands das Schwert ergreifen. Anders verhält es sich mit den Türken, den alten „geschichtlichen“ Feinden, jetzt Kemalisten. So erwägen die georgischen Menschewiki...

Unsere kommunistische Presse, soweit sie sowohl in georgischer als auch in russischer Sprache überhaupt noch existiert, berichtet, daß die Menschewiki mit Tschcheidse, Shordania und Konsorten an der Spitze, unter dem Vorwand des geheimnisvollen Überfalls Kemals auf Georgien den Boden vorbereiten zur Einverleibung neuer Länder in das Gebiet Georgiens in der Richtung von Trapezund, dem alten Lasistan.

Aber sogar die menschewistischen Arbeiter- und Bauernmassen, d. h. die werktätigen der Städte und Dörfer Georgiens, werden zuletzt imstande sein, diese Machination zu begreifen und sich eher Kemal und den Revolutionären des Ostens, insbesondere Sowjetrußland, als Kautsky, Vanderfelde, Millerand und Lloyd George zuzuwenden. Durch die dreijährige Dauer des Bacchanals der menschewistischen Demokratie und der europäischen Imperialisten in Georgien und Transkaukasien ermüdet, können sie das Eintreffen der Rotarmisten kaum erwarten. Das ist Tatsache. Das haben sie in den Jahren 1918—1919 und selbst 1920 bis zum Friedenschluß mit Moskau bewiesen, wo an verschiedenen Orten Georgiens von den Duscheten bis Ssuchum und Swanetien wiederholt Aufstände gegen die Menschewiki und ihren Verrat an der russischen Revolution ausbrachen.

Die Regierung der Menschewiki war dank der europäischen Imperialisten, erst den deutschen und dann den ententistischen, in militär-technischer Hinsicht nach bürgerlichem Maßstabe ausreichend organisiert und trug infolgedessen stets den Sieg über die schlecht bewaffneten Arbeiter und Bauern davon. An einigen Orten jedoch behaupteten sich die Aufständischen Monate hindurch, so z. B. in Letschichum (einem Kreis des

Gouvernements Kutals an der Ossetiner Landstraße, welche von Kutals durch den Engpaß von Mamissensk ins Terekgebiet führt).

Die Menschewiki in Georgien, wo Kautsky, Vandervelde und Konsorten eine wahrhafte Demokratie mit Gefängnissen, die von revolutionären Bauern und Arbeitern überfüllt waren, sehen konnten, haben das Privateigentum für die Grundlage des Staats erklärt; sie verpachteten das Land, welches sie den Grundbesitzern entrissen hatten (wobei sie dieselben wahrlich nicht übervorteilt haben! Sie ließen jedem von ihnen 7 Desjatinen und noch mehr!) den Bauern gegen eine große Pachtsumme. Einem nur unbedeutenden Teil der Bauern unter den Aufkäufern und in seltenen Fällen Kleinbauern wurde Land geschenkt. Die große Masse aber blieb genau so ohne oder beinahe ohne Land, wie sie es bis dahin gewesen war. Wieviel haben die Menschewiki ihnen dagegen zurzeit des Zaren in ihrer Propaganda versprochen! Es ist begreiflich, daß die Bauernschaft diesen Betrug der Herren Shordania, Tschchenkeli, Zeretelli und Tschcheidse lebhaft empfand und sie zu hassen anfing . . . Dieser Umstand bildet ebenfalls eine unbestreitbare Tatsache der ökonomischen Kollektivpsychologie im gegenwärtigen Georgien.

Augenblicklich ist die Lage der Georgier in ökonomischer Hinsicht viel schlimmer als ein, zwei und drei Jahre zurück. Schon früher wurde Getreide nach Georgien importiert; über einen eigenen Vorrat haben die Georgier niemals verfügt. Jetzt versagt die Zufuhr. Was den Mais anbetrifft, so brachte das vergangene Jahr eine Mißernte. Infolgedessen kostete 1 Pud Mais, das im Jahre 1919 200, 300 bis 500 Rbl. gekostet hat, was schon für sehr teuer galt, letzten Sommer 2000—2500 Rubel, ein Preis, der für jede Schicht der Arbeiter- und Bauernschaft Georgiens absolut unerschwinglich ist. Die Dorfbevölkerung ist verwildert; sowohl die Erwachsenen wie die Kinder machen sich in Feld, Wald und Wiese auf die Suche nach wildem Obst, Beeren und Früchten. Das Volk verarmt, wird bettelarm, die Bourgeoisie hingegen hebt den Kopf und bereichert sich durch Spekulation mit verschiedenen Waren. Mit Brot versorgt die Entente die Volksgardisten, die Armee, die menschewistische Bürokratie — die Aristokratie unter den georgischen Arbeitern und Bauern. Der Erwerbslohn ist um 60 % erhöht worden, die Teuerung dagegen um 200 % und darüber gestiegen.

Die Bauernbevölkerung hat sich früher mit Seiden- und Tabakbau beschäftigt und Weinbau betrieben. Nun machen aber die Menschewiki die genannten Produkte zu Valutawaren und überweisen sie durch die Regierung den europäischen Plünderern zu festen Preisen. Weder die Bauern noch die Arbeiter können Produkte zu solchen festen Preisen erlangen, da im Reich der Menschewiki die Spekulation, der freie Handel herrscht. Städte gleich Tiflis, Batum u. a. strotzen vor Überfluß an den verschiedensten Waren, Manufakturwaren, Nahrungsmitteln und Getränken des Ostens

und Westens, während die Arbeiter und Bauern barfuß, unbekleidet einhergehen und darben. Ist es verwunderlich, daß unter diesen Verhältnissen die Produktivität der Arbeit unglaublich sinkt, selbst in solchen Bollwerken des Menschewismus (vorläufig), wie in den Eisenbahnwerkstätten von Tiflis? Wir wollen uns, abgesehen von einer regen Korrespondenz, auf die Aussagen der Menschewiki selbst berufen. Das Haupt der Regierung, N. Shordania, erklärte in in einer besonderen Beratung der Regierungspartei (der Menschewiki), sogar in Anwesenheit von K. Kautsky, verzweifelt, daß das Land nicht nur einer Katastrophe nahe sei, sondern daß die Katastrophe bereits eingetreten sei. Das nämliche sagen auch die anderen Weisen des Ministerrats, wie z. B. der Landwirtschaftsminister N. Chomerili.

Das kleine Georgien verfügt als Staat über keinen Goldfonds. Was aber die Ausgaben betrifft, so steht es jetzt den großen Staaten gleich. Die ersten Jahre ihrer „Unabhängigkeit“ hindurch (1918—1919) konnten die Menschewiki sich noch behaupten; es geschah durch jene ungeheuer großen Vorräte an Waren, welche von der kaukasischen Front des früheren Zarenreichs übriggeblieben waren. Die Vorräte wurden aber von Schiebern aller Art, von den europäischen, den deutschen und Entente-Imperialisten ergriffen; der Masse fielen nur Brosamen zu. Die Sozialverräter konnten, nachdem sie einmal die russische Revolution verraten und den Weg des Aufbaus eines bürgerlichen Staats eingeschlagen hatten, naturgemäß keine andere Politik verfolgen. Die alte Marke, die neben der weißgardistisch-nationalistischen noch an ihrem Parteibanner haftet, die sozialdemokratische-menschewistische Marke, kann sie ebensowenig retten wie die Helden der Gelben Internationale in Bern, Amsterdam, Genf, wo sie im Lauf der letzten zwei Jahre umsonst versucht haben, die frühere (II.) Internationale wiederherzustellen. Und selbst Kautsky fand kein anderes Mittel zur Rettung seiner teuren Enkel (Kautsky nennt sich Großvater der georgischen Menschewiki) als eine Anleihe zu machen, d. h. sich den Imperialisten der Entente zu verkaufen. Wer wird aber einem Lande ohne Valuta, in welchem sich nur noch die Notenpresse behauptet, und das dazu über keine eigene Geldeinheit verfügt, sondern sich des alten „Zarenrubels“ bedient, eine Anleihe, sei es von innen oder von außen her, bewilligen? Von außen her vielleicht nur Lloyd George, Millerand und Konsorten. Um dies zu erlangen, müßte sich Georgien ihnen aber vollständig verkaufen, wie es das weiße Polen und Wrangel, Balachowitsch, Ssawinkow usw. getan haben.

Was aber wird die wirtschaftlich und politisch unterdrückte Arbeiter- und Bauernschaft Georgiens dazu sagen, die indessen ihre Hoffnung noch nicht aufgegeben hat und nach Norden, nach Sowjetrußland blickt?

Gleichzeitig aber wollen die verfluchten Kommunisten-Bolschewiki im orthodox-menschewistischen Lande nicht zugrunde gehen, ungeachtet dessen, daß eine bedeutende Anzahl von ihnen in Gefängnissen schmachtet

und Hunderte und Tausende aus Georgien ausgewiesen werden. Ja, sie geben legale Zeitungen heraus, gründen Parteilzellen in Städten und hauptsächlich in Dörfern, und erstarken. Und es wird zuletzt beinahe soweit kommen, daß es unmöglich sein wird, sie in die Gefängnisse zu werfen oder aber auszuweisen. Denn kein Mensch wird dann im orthodox-menschewistischen Georgien mehr bleiben wollen. Einzig und allein Tschchenkell und Shordania mit ihren Kameraden aus den „Ministerkollegen“ und die „besondere Truppenabteilung“, vielleicht auch noch einige Weißgardisten. Aber das sind Befehlshaber ohne Armeen, Regenten ohne Staat.

Das ist es, was die Menschewiki eben fürchten. Deshalb vermeiden sie auch die Uebertretung des Vertrags mit Sowjetrußland, indem sie eine gewisse Legalität unserer Partei und Presse dulden, deren Ton innerhalb legaler Grenzen keineswegs gemäßigt, sondern im Gegenteil sehr schroff, revolutionär, marxistisch einheitlich ist. Das Staatshaupt, Herr Shordania, sieht den Ausweg aus der katastrophalen Lage einzig in der Rückkehr zur Ordnung, die vor dem Kriege bestand, zu einem festen demokratischen Kapitalismus. Andernfalls — sagt er — steht uns unvermeidlich der Untergang bevor, und sogar in nächster Zukunft. Eben diesem Ziele streben aber auch die Urheber des imperialistischen Gemetzels — Lloyd George, Millerand u. a. — zu. Indem die Zeitung „Kommunist Georgiens“ (eine legale Zeitung, vom 22. Oktober Nr. 3) die Vorschriften der Menschewiki prüft, bemerkt sie, daß es gar keinen demokratischen Kapitalismus gibt, sondern eine Revolution oder einen imperialistischen Kapitalismus mit Millerand, Lloyd George u. a. als Wächter.

„Entweder mit dieser Bande — heißt es in der Zeitung — gegen den Sozialismus oder gegen diese Bande im Verein mit dem revolutionären Proletariat und dessen Vorhut Sowjetrußland“.

„Die georgischen Menschewiki umgehen unter der Fahne des Demokratismus die Schärfe dieser Fragestellung“... „Doch es wird ihnen nicht gelingen, die Nadel in ihrem modrigen Sack voller Löcher zu verbergen, die Nadel, welche so schmerzhaft in das Fleisch der Arbeiter- und Bauernmassen eindringt.“ (In der gleichen Nummer.)

In derselben Zeitung heißt es zum Schluß des Leitartikels der Nr. 4 vom 23. Oktober bei der Besprechung der revolutionären Bewegung des Proletariats in Italien, England und in anderen Ländern im Herbst 1920: „und überall entbrennt der große revolutionäre Kampf. Die Menschewiki allein suchen ihm fernzubleiben. Das revolutionäre mutige Proletariat jedoch schüttelt allorts diese verächtlichen Fahnenflüchtigen der Revolution von sich ab. Auch das Proletariat Georgiens muß so handeln, wenn es nicht selbst ein verächtlicher Fahnenflüchtiger werden will.“ Alle übrigen Artikel sind im selben Stil geschrieben. Daneben werden in der Zeitung alle Manifeste, Beschlüsse und Protokolle des II. Kongresses der

Kommunistischen Internationale und des Kongresses der Ostvölker zu Baku abgedruckt. Im Druck erscheint sogar Lenins Buch über die „Kinderkrankheit des Radikalismus“. Es werden eine Menge Broschüren unter der Firma „Roter Stern“ herausgegeben; meistens sind es Uebersetzungen zeitgenössischer Kommunisten (wie z. B. Bucharin, Lenin, Sinowjew u. a.).

Endlich finden wir eine genaue Wiedergabe von Leitartikeln und anderen prinzipiellen Abhandlungen aus der „Prawda“ und den „Iswestija“. Die georgischen Arbeiter und Bauern sind durch diese legale Arbeit nicht aller geistigen Nahrung bar und sind daher imstande, sich in der Politik zurechtzufinden, sich auszurüsten mit der Ideologie des Proletariats — dem Kommunismus, sozusagen der „Waffe der Kritik“, der notwendigen Voraussetzung der „Kritik der Waffe“, des Aufstandes, des Bürgerkrieges, falls die Herren Shordania, Gegetschkori und Konsorten sich nicht rechtzeitig ergeben sollten. Die wirtschaftliche Lage Georgiens ist nach dem Zugeständnis der Häupter des menschewistischen Georgiens schon jetzt sehr kritisch. Es gibt den Aussagen Noah Shordanias und aller übrigen „Noah“ (Noah Ramischwilli, der Auswärtige und Bildungsminister, Noah Chomerili — Ackerbauminister u. a.) nach nur einen Ausweg, das ist die Rückkehr des Reiches zum status quo ante bellum, zum demokratischen Kapitalismus oder den Untergang, d. h. die in Georgien unvermeidliche proletarische Arbeiter- und Bauernrevolution und selbstverständlich den Untergang des schönen georgischen Menschewismus, die Rettung aber aller Werktätigen Georgiens vor der Ansteckung durch den sich zersetzenden, stinkenden Leichnam des Menschewismus und vor den Krallen des internationalen räuberischen Imperialismus.

Wem wird Georgien sich zuwenden? Dem Imperialismus — dem englischen, französischen, kurz dem internationalen? Oder dem Weltkommunismus der III. Kommunistischen Internationale und dem Bündnis mit seiner Vorhut, Sowjetrußland? Die Antwort auf diese Frage wird aller Wahrscheinlichkeit nach die nächste Zeit geben. Einen dritten Ausweg hat Georgien, das eine günstige strategische Stellung zwischen zwei sich im nahen Osten bekämpfenden Kräften, dem Kommunismus und dem Kapitalismus, Sowjetrußland auf der einen und dem Imperialismus der Entente auf der anderen Seite einnimmt, bei seiner finanzökonomischen Katastrophe nicht. Entweder in die Arme Englands, der Entente überhaupt, oder in die Arme der Arbeiter- und Bauernrevolution. Tertium non datur. Ein drittes gibt es nicht! . . .

Die Führer des georgischen Menschewismus (Akaki Tschchenkeli, Shordania samt seinen Brüdern) ziehen natürlich nach der ersten Seite. Und sie haben alle in diesem Sinne erforderlichen Maßnahmen getroffen. Versuche, durch Kautsky und andere gelbe Internationalisten, die von den reaktionären Nationalisten Georgiens gepriesen werden, ihre Stellung zu festigen, Mobilisation in den letzten 4 Jahren, Kongreß der Volksgarde und

absolute Säuberung Batums, Tiflis und anderer Städte Georgiens von den Komunisten. Außer den früheren sind noch 400 Kommunisten in Batum, 200 in Tiflis usw. verhaftet worden. Die Regierung nennt sie nicht Kommunisten, sondern Mohammedaner, die den Kemalisten gleichgesinnt sind, oder auch Kemalisten . . . Doch ist das die legale Sprache vor den Missionen Sowjetrußlands und Aserbeidshans . . . Solche Massenhetzen und Verhaftungen veranstaltete auch die autokratische Regierung vor den Revolutionen der Jahre 1905 und 1917.

Georgiens ernste Lage geht auch aus den zwei letzten Noten des Gen. Tschitscherin an Georgien und England sowie aus seinem Aufruf an die Arbeiter der Entente hervor.

Das Bacchanal der seit den letzten 4 Jahren vor sich gehenden Mobilisierung von oben hält bei den georgischen Menschewiki noch immer an. Wir wollen sehen, was in den unteren Schichten geschehen wird. . . .

Richtiger gesagt, was von außen her, außerhalb Georgiens in den gegenseitigen Beziehungen zweier sich bekämpfender Kräfte — Sowjetrußlands und der Entente — geschehen wird. Das Eingreifen des englischen und des Proletariats der übrigen Großmächte von Westeuropa und Amerika wird unausbleiblich sein. Bis zu welchem Grade aber werden sie aktiv und rechtzeitig auf den Aufruf Sowjetrußlands reagieren? Hier liegt der Hund begraben! Die Führer des georgischen Menschewismus können das von vornherein in Erwägung ziehen und werden vielleicht kapitulieren — wie es im letzten Mai der Fall gewesen ist, wo sie nach der Niederlage Denikins und der Sowjetisierung von Aserbeidshan, von dem Heranrücken der Roten Armee erschreckt, einen Vertrag mit Moskau geschlossen haben. Jetzt ist auch Wrangel besiegt und die Krim gesäubert. Polen lebt in Frieden mit Sowjetrußland.

Werden sie das nicht in Betracht ziehen? Sie müssen es tun. Widrigenfalls hat Jupiter sie endgültig aufgegeben und sie ihres früheren mikroskopisch kleinbürgerlichen Verstandes, der stets auf die physische Existenz gerichtet und zu allen Gemeinheiten bereit war, beraubt. Auf jeden Fall lautet unsere Losung: Friede den Hütten der georgischen Arbeiter und Bauern und Krieg den Palästen und den Gemächern der verachtungswürdigen Schufte Shordania, Zeretelli, Tschcheidse und Konsorten, dieser niedrigen Kampfesgenossen und Diener Millerands, Curzons, Churchills, Lloyd Georges und der anderen Räuber des internationalen Imperialismus!

II.

Gehen wir nun zu der anderen „unabhängigen“ transkaukasischen Republik über, zu Armenien mit seiner Hauptstadt Eriwan. Es ist eine Gemeinschaft von Daschnaken mit bewaffneten Banden der Mauseristen-Sinnowen. Wer sind aber die Daschnaken? Wollten wir sagen, es seien die

armenischen leitenden Menschewiki, so wären wir im Unrecht; denn die Armenier haben ihre eigenen Menschewiki, wenn auch in unbedeutender Menge, Menschewiki nach russischer Art, die sich von den georgischen Menschewiki losgelöst haben, sich aber innerhalb Georgiens zum Teil in Fühlung mit ihnen befinden.

Die Daschnaken, Daschnakzutjun, Droschakisten sind eine alte Partei der Intellektuellen, welche den Namen der „Revolutionären Föderation Armeniens“ trägt, bis zum Jahre 1905 im türkischen Armenien eine revolutionär-terroristische Tätigkeit entwickelte und im tiefsten Frieden mit dem russischen Zarismus lebte. Sie ist dennoch durch die Fürsprache der russischen Sozialrevolutionäre und des verstorbenen Jaurès in die II. Internationale hineingekommen.

Seit 1905 beginnt diese Partei organisiert und auf ihre Art revolutionär auch unter den russischen Armeniern zu arbeiten. Seit dem Beginn der Revolution 1917 tritt sie als bedeutende Kraft auf, die mit den georgischen Menschewiki in Transkaukasien, selbst in Tiflis, konkurriert.

Nach der Trennung von Rußland gründen die Daschnaken, den Menschewiki folgend und unter deren Einfluß und Druck ihr Reich neben Georgien, indem sie ungen von Tiflis nach Eriwan, der Hauptstadt des neuen Reichs Russisch-Armenien — übersiedeln. Sie hoffen und haben von der Versailler Konferenz auch tatsächlich die schriftliche Zusage erhalten, dieses Reich durch Einverleibung aller türkischen Länder, die früher in der Mehrheit von Armeniern bewohnt wurden, zum Großen Armenien zu erweitern.

Was hat sie denn so einflußreich gemacht? Diese Gruppe von Intellektuellen, die allerdings recht zahlreich und äußerst zivilisiert ist, hat sich das Vertrauen fast aller Schichten des armenischen Volkes erworben durch den Umstand, daß sie im großen und ganzen mit ihren volksfreundlichen Tendenzen die Stimmung aller Klassen bis zu den großkapitalistischen hinauf, die Stimmung, die vom Druck der türkischen Armenier unter der alten Ordnung herrührte, ausgebeutet hat. Ferner sind die Daschnaken anfangs zweifellos Revolutionäre gewesen, die die Befreiung ihres Volkes, die Vereinigung der gesamten Nation anstrebten. Sie haben es auch verstanden, eine feste militär-revolutionäre Organisation zu schaffen.

Abgesehen davon war ihrem Erfolg unter den Armeniern der Umstand günstig, daß unsere Arbeit, d. h. die Arbeit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, dort nur in den Städten Baku und Tiflis betrieben wurde. Auch hatten wir lange keine geschulten Arbeiter für Armenien, mit seltenen Ausnahmen, wie z. B. die verstorbenen Stepan Schaumjan und Arschak Surabow.

Die sozialökonomische Basis beider Nachbarrepubliken ist ungefähr die gleiche: die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Kleinbauern und halbproletarischen Arbeitern, die beinahe gar kein Land und

öloß elende Hütten in Dörfern, zuweilen auch in Städten besitzen. Eine bedeutende Industrie hat keine von ihnen außer dem Eisenbahnbetrieb, infolgedessen gibt es verhältnismäßig wenig Industrieproletarier.

Hierin liegt die Ursache des Gedeihens dieser zwei kleinbürgerlichen opportunistischen Strömungen — des armenischen Daschnakismus und des georgischen Menschewismus. Doch haben sie ihren Höhepunkt bereits überschritten. Nach der bolschewistischen Oktoberrevolution in Rußland wurden beide Parte'en endgültig reaktionär, gegenrevolutionär; nachdem sie die Macht in ihrem Lande durch Verrat an der russischen Revolution, folglich auch an den Interessen der Arbeiter und Bauern ihres Landes, an sich gerissen hatten, sanken die Daschnaken wie die Menschewiki von den früheren revolutionären Phrasen mit schwindelerregender Geschwindigkeit in den düstersten Sumpf des reaktionären Chauvinismus hinab.

Seitdem die Daschnaken und Menschewiki eine Macht geworden sind, locken sie die oberen Arbeiter- und Bauernschichten auf ihre Seite; sie ziehen die Meister in den Betrieben und Werkstätten heran, die Offiziere zu der Armee und Intendantur, die Beamten zu den öffentlichen Regierungsinstitutionen, kurz zu allen den Aemtern, welche zur Zarenzeit von Russen, die jetzt von ihnen verdrängt worden sind, bekleidet wurden. Eine große Menge unqualifizierter Arbeiter, hauptsächlich aber Bauern, die entweder gar kein Land, oder nur Land gegen unerschwinglich große Pachtsummen erlangt haben, verarmen zu Bettlern.

Die Daschnaken wie die Menschewiki haben selbstverständlich eine bürgerliche Republik gegründet auf dem Boden der Anerkennung des Privateigentums und stehen unter dem Protektorat der Entente, welche sie sowohl mit Waffen, als auch mit Lebensmitteln unterstützt.

Auch in Armenien ist die Produktivität der Arbeit unglaublich gesunken, die Spekulation blüht und bereichert mehr denn je die Bourgeoisie. Das Land lebt von Bons, die gleichfalls den russischen Rubel zur Geldinheit haben, und die bei dem Nichtvorhandensein einer Valuta, — eines „Goldfonds“ — allmählich immer mehr an Wert verlieren. Die Lebensmittelerhöhung nimmt bei den bestehenden niedrigen Lohnsätzen einen ungeheuren Umfang an, so daß das Volk nicht nur Mangel leidet, sondern tatsächlich hungert. Die Daschnaken sind dem Zorn ihres Volkes bisher entronnen, infolge der in den letzten 2 bis 3 Jahren kaum aufgehörenden Grenzstreitigkeiten mit den benachbarten Mohammedanern, die ihnen die Möglichkeit geben, die chauvinistischen Leidenschaften geschickt zu entfachen. Aber auch diese Hypnose muß bei den unglücklichen armenischen Bauern und Arbeitern genau so wie bei ihren Landsleuten in Georgien allmählich ihre Wirkung verlieren. Der Maiaufstand des Jahres 1920 in Alexandropol, Kars und anderen Orten Armeniens unter Leitung unserer Genossen ist der beste Beweis dafür.

Den nichtswürdigen Daschnaken ist es gelungen, mit Hilfe ihrer wohl-

ausgerüsteten Banden, die von Flüchtlingen aus dem türkischen Armenien (diesen armenischen Weißgardisten) gebildet werden, ihr ganzes Land mit Blut zu tränken und sich selbst in Sicherheit zu bringen. Eine Menge Aufständischer ist erschossen, die Gefängnisse sind überfüllt, Hunderte und Tausende sind aus dem kleinen Lande ausgewiesen worden. Der weiße Terror wütet im kleinen Armenien noch ärger als der Terror des ungarischen Henkers Horthy; und das menschwistische Georgien zollt seinen Verbündeten für derartige Repressalien gegen den Kommunismus reichen Beifall.

Der Kommunismus lebt aber in dem von den Daschnaken unterdrückten Armenien und auch in Georgien! Viele Protestresolutionen voller Empörung werden von den kommunistischen Zellen in Städten und entfernten Dörfern Georgiens gegen den weißen Terror in Armenien gefaßt. Der Tifliser Ausschuß unserer Partei veröffentlicht (in einer legalen Zeitung) einen Aufruf an alle ehrlichen Revolutionäre, sowie an die Arbeiter- und Bauernschaft und die Kommunistische Internationale, die Stimme gegen die Grausamkeiten der armenischen weißgardistischen Daschnaken, welche noch vor kurzem 11 Kommunisten erschossen haben, zu erheben. Proteste und Beschlüsse allein können an der Sache begreiflicherweise nichts ändern. Der armenischen Daschnaken harrt das gleiche Los, wie das der georgischen Menschewiki; die sozialökonomische Lage der Volksmassen und der finanzökonomische Zusammenbruch haben den Boden zur Sowjetisierung Armeniens reichlich geebnet.

Im allgemeinen teilt sich die Bevölkerung Armeniens und Georgiens in zwei Lager; auf der einen Seite stehen die Intellektuellen, welche an die Stelle der russischen Beamten und Offiziere getreten sind und vom Adel, aus Priester- und Kaufmannsfamilien stammen, dazu kommen noch die qualifizierten oberen Schichten der Arbeiter- und Bauernschaft, die die Stellen der Meister und privilegierten Angestellten in beiden Republiken besetzt haben; auf der anderen Seite — der größte Teil der Bauern und der unqualifizierten Arbeiter. Das erste Lager ist gegen die Sowjetmacht und auf der Seite der jetzigen Regierungen, der menschwistischen und daschnakischen, und der Fahne der nationalen Parteien. Das entgegengesetzte Lager besteht aus Bauern und steht in seiner ungeheuren Mehrheit auf der Seite Sowjetrußlands. Die Bauern sind für die Sowjetmacht und gegen die Daschnaken und Menschewiki, die sie hassen.

Selbstverständlich werden beide „unabhängigen“ Republiken, Georgien und Armenien, bis jetzt von der Entente unterstützt, und ihre Geschicke hängen von den Wechselbeziehungen der beiden kämpfenden Teile ab — dem internationalen Kommunismus und dem internationalen Kapitalismus, der Entente und Sowjetrußland. Beide Teile verfolgen scharf den Stand der Dinge im Osten, wo die internationalen Beziehungen sich immer mehr verwirren und verknuten.

Das revolutionäre Arabien, Aegypten, Syrien, Mesopotamien, Persien, insbesondere aber die revolutionäre Türkei, verkörpert durch Kemal, einem Nichtkommunisten, aber nationalen Kämpfer für die Befreiung seines Volkes aus den Krallen des Imperialismus, erscheinen zweifellos als Verbündete Sowjetrußlands. In diesem schonungslosen Kampf der durch die mächtige Sturmglöcke der russischen proletarischen Revolution aufgerüttelten Völker des unterdrückten Ostens gegen ihre Bedrücker — die Imperialisten des Westens — können sowohl das menschwistische Georgien als auch das dasnaksische Armenien zeitweilig und nur episodisch dem Imperialismus der Entente eine Hilfskraft sein, falls sie sich endgültig und formell unter das Protektorat Englands und Frankreichs begeben. Werden die Herren Lloyd George und Millerand das aber verstehen, und werden sie es für einen Vorteil halten, sie aufzunehmen?

Die oberen Schichten der Arbeiter- und Bauernschaft Georgiens und Armeniens können freilich bestochen werden, indem sie ausreichend mit Lebensmitteln und Manufakturwaren versorgt werden. . . .

Die darbanden und barfußigen Arbeiter und Bauern Armeniens und Georgiens aber gehören, sowohl ihrer wirtschaftlichen Lage als auch ihrer Stimmung nach, zweifellos zu uns. Sie sind nur durch grausame Unterdrückungen entmutigt, durch den weißen Terror auseinandergesprengt, entwaffnet und niedergedrückt.

Das Nahen der revolutionären roten Armeen wird sie aber mit revolutionärem Geist beseelen und mit blitzartiger Geschwindigkeit zu einer gewaltigen rächenden Macht den Dasnaken, den Menschewiki und allen Weltimperialisten gegenüber vereinigen. Sie werden würdige Mitglieder der revolutionären roten Weltarmee — der Kommunistischen Internationale — werden, sie, die georgischen und armenischen Proletarier und die armen Bauern.

M. Zschakaja.



Der Orient und die Revolution.

Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale hat erkannt, daß „die Volksmassen in den rückständigen Ländern nicht durch die kapitalistische Entwicklung, sondern durch die Entwicklung des Klassenbewußtseins unter Führung des bewußten Proletariats der fortgeschrittenen Länder dem Kommunismus angeschlossen werden“. Diese Erkenntnis ist das prinzipielle Ergebnis der Erfahrung der nationalen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet des früheren russischen Zarenreichs und das Ergebnis der Tatsache des revolutionären Erwachens der Kolonialvölker und der unterdrückten Volksstämme des Ostens, wie z. B. Indiens, Chinas, Persiens, der Türkei usw. Der Imperialismus Europas hat diesen Völkern den breiten Weg der geschichtlichen Entwicklung abgeschnitten. Sie sind unberührt geblieben von der technischen Revolution, vom revolutionären Umsturz aller Formen des gesellschaftlichen Lebens und vom Kulturfortschritt. Der europäische Kapitalismus hat in diesen Ländern keinen radikalen Umschwung der Produktionsmethoden hervorgerufen. Er hat bloß dem bestehenden, geschichtlich entstandenen System der feudalen und feudalspatriarchalischen Verhältnisse einen eigenen Überbau aufgesetzt, in Gestalt der imperialistischen Bürokratie, der kaufmännischen Agentur des europäischen Kapitals und der „importierten“ europäischen Industrie. Er hat die Ausbeutung der Agrarbevölkerung durch Aneignung des besten Bodens und der Roh- und Brennstoffquellen verschärft, das System der geschichtlich reaktionären feudalen Ausbeutung aber nicht aufgehoben. Wo es nur möglich war, wie z. B. in Indien, hat er die örtliche Heimindustrie vernichtet und auf dem heimischen Markt deren Erzeugnisse durch europäische Fabrikate ersetzt. Die von der Kleinindustrie „freigewordenen“ Arbeitshände wurden auf die Landwirtschaft geworfen. Die Festsetzung der industriellen Hegemonie und der militärisch-politischen Diktatur des europäischen Kapitals in den Kolonien hatte die „Anknüpfung an das Landgebiet“ der erdrückenden Menge der Urbevölkerung zur Folge und machte erstens die Auswanderung der überflüssigen Bevölkerung in die Industriegebiete (den Abzug der Perser z. B. nach Baku zu Erwerbszwecken) und zweitens ein periodisches Aussterben der Bevölkerung zur Zeit von Mißernten (in Indien) unvermeidlich.

So hemmte der europäische Kapitalismus die Entwicklung der Kolonialvölker sowohl in kultureller als auch in wirtschaftlicher Hinsicht und verzögerte künstlich die Auflösung der reaktionären Lebens- und Begriffsformen. Insofern freilich, als der Kapitalismus sich in diesem Teile

der Weltkugel nicht anders durchsetzen konnte, erfüllte er seine revolutionäre Rolle. Fr. Engels gab diese „zivilisierende Aufgabe“ selbst des alten zaristischen Rußlands ganz offen zu; er schrieb in seinem Brief vom 23. Mai 1851 an K. Marx: „Die russische Herrschaft mit all ihrer Gemeinheit, all ihrem slawischen Schmutz ist zivilisierend für das Schwarze und Kaspische Meer und Zentralasien, für Baschkiren und Tataren.“ Doch handelt es sich nicht darum. Die eigenartige Entfaltung des „importierten“ Kapitalismus in den Kolonien vollzog sich auf andere Weise, als es in Europa und Amerika der Fall war. Hier pflügte er keinen Acker für eine kapitalistische Fabrik. Hier bediente er sich eines „Uebertragungssystems“: er brannte die Heiden ab, er ließ alle möglichen Grasarten auf ihnen wachsen, entkräftete sie bis aufs äußerste, um sie dann vollständig aufzugeben. Es war eine Wirtschaft extensiv räuberischer Art. Der ruinierte Heimgewerbetreibende wurde nicht zum Fabrikproletarier gemacht, sondern wurde halb als Leibeigener, halb als Arbeiter ans Land gebunden; er diente den Großgrundbesitzern oder den Besitzern der europäischen Unternehmen heinahe buchstäblich als Arbeitsvieh. Dergleichen verhielt es sich auch mit den Nomaden, die ihres Viehs verlustig gegangen waren. Die selbständigen Landwirte gingen nicht als Landarbeiter auf die kapitalistische Farm, sondern wurden zu Paupern, zu völlig verschuldeten Gläubigern der örtlichen Wucherer und der europäischen Kommissionäre. Indem der europäische Kapitalismus die einheimische Heimindustrie vernichtete und die Landwirtschaft zerstörte, wies er gleichzeitig alle leitenden Ämter und qualifizierten Berufe den „Trägern der höheren Kultur“, den Europäern, zu. Während die Europäer Ingenieure, Meister, Kommissionäre, Administratoren waren, waren die Eingeborenen Schwerarbeiter, Landarbeiter. Während die gesamte Entwicklung der Produktivkräfte in der kapitalistischen Gesellschaft sich in der verstärkten Herrschaft des Kapitals über die Arbeit äußert, verschärfte diese Entwicklung in den Kolonien bloß den Klassenantagonismus, die Klassengegensätze zwischen der herrschenden und der unterdrückten Nation. Der europäische Kapitalismus hat die besitzenden, ausbeutenden Oberschichten der unterdrückten Völker nicht zu sehr belästigt. Sowohl die Großgrundbesitzer, als auch die Kaufleute, die einheimischen Wucherer, die Geistlichen aller Art und selbst die kleinen Polizeibeamten behielten ihre Stellen bei, die von Gewohnheit, Religion und Geschichte geheiligt waren. Es waren nur neue Gestalten über sie hinausgewachsen, Vertreter der europäischen imperialistischen Bürokratie, des europäischen Kapitals, der christlichen Missionäre und Handelskommissionäre. So war zur feudalen Ausbeutung der leibeigenen Kleinbauern durch die Grundbesitzer, die Wucherer und den despotischen Staat noch ein fremdländischer, kapitalistischer, nationaler Druck hinzugekommen. Durch diesen Umstand hat die europäische Vergewaltigung die rückständige bürgerliche Lebensweise und die traditionelle, von den Vorfahren ererbte

Ideologie nicht vernichtet, sondern im Gegenteil ihren Einfluß vertieft, insofern diese Lebensweise und Ideologie den unterdrückten Massen teuer geworden ist als eine Form der Erhaltung ihrer nationalen Kultur, als Mittel zur Wahrung ihrer national-kulturellen Selbständigkeit gegenüber der gewaltsamen Assimilierung durch das europäische Kapital. Auf diese Weise läßt sich der bis auf den heutigen Tag nicht abnehmende Einfluß des Panislamismus, des Panmongolismus, der panasiatischen Bewegung („Asien für die Asier“) und anderer ähnlicher Strömungen erklären, die bemüht sind, die Stellung der besitzenden Klassen der unterdrückten Nationalitäten zu festigen.

„Das Verlangen, die rückständigen Produktionsformen vor der Einmischung des Kapitalismus zu bewahren — das ist die wirtschaftliche Basis, welche die auf dem Festlande Asiens, Afrikas und Europas angesiedelten Millionenmassen auf leichte Weise vereinigen könnte“*). Das bezieht sich in gleicher Weise auf den Panislamismus wie auf die übrigen Bewegungen dieser Art.

Der europäische Kapitalismus hatte noch nicht Zeit gehabt, die Bevölkerung der Kolonien und der halbabhängigen Länder des Ostens im Fabrikessel durcheinanderzuwerfen, als die kommunistische Revolution des europäischen Proletariats entbrannte. Das war die unvermeidliche Folge jener Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der einzelnen Teile der Weltwirtschaft, die das Wesen der kapitalistischen Produktionsmethode ausmacht. Der Kapitalismus hat einen Abgrund aufgerissen zwischen der entwickelten Industrie und der rückständigen Landwirtschaft. Der Kapitalismus hat einen Widerspruch zwischen der Erzeugung von Produktionsmitteln hervorgerufen. Der Kapitalismus ist es auch, der den Zusammenstoß hervorgerufen hat zwischen dem Fortschritt in der Industrie Europas und der primitiven Rückständigkeit der Kolonien. Gerade die Umwandlung des Industriekapitalismus in den Imperialismus war der Anlaß zum Weltkriege. Während des imperialistischen Krieges erwiesen sich viele der Kolonialvölker als unfreiwillige Lieferanten von Kolonialtruppen und Arbeitsarmeen für den europäischen Krieg. Der imperialistische Krieg hat die nationale Frage im weltgeschichtlichem Maßstabe, im Maßstabe der gesamten Weltwirtschaft aufgerollt. Während der deutsche Imperialismus sich auf die Türkei stützte, und die Völker des Ostens auf seine Seite zu bringen versuchte, mußte der verbündete Imperialismus durch seine internationale Stellung naturgemäß hauptsächlich auf die lateinische und slawische Stammverwandtschaft in Europa rechnen.

Der imperialistische Krieg hat den Kolonien alle „Vorteile“, die sie von der Verbindung mit dem europäischen Kapital in Gestalt der Zufuhr europäischer Waren, technischer Mittel und Kapitalien gehabt haben, ent-

*) Efedijew. Politische Strömungen unter den Mohammedanern. „Leben der Nationalitäten“, Nr. 33 (41), 1919.

zogen und gleichzeitig die Abgaben der Kolonien in Gestalt von Kanonenfutter, Rohstoffen u. a. erhöht. Infolge des Krieges nahm auch der politische Druck zu. Das Ergebnis des Krieges war die Teilung in Versailles einerseits und die proletarische Revolution in Rußland nebst der revolutionären Krise in Europa andererseits. Das alles bestimmte den Gang der Revolution im Osten. Der Krieg hat die Basis, die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise nicht nur innerhalb der Grenzen jeder einzelnen nationalen Wirtschaft, sondern auch im Rahmen der gesamten Weltwirtschaft verengert. Wie in Europa an Stelle des unternehmungslustigen Kapitalisten der Friedenszeit, der überall um neue Arbeitskräfte warb, stets nach freien Industriekapitalien suchte und unaufhaltsam eine Menge neuer Waren dem Markt zuführte, der Schieber, der offene Feind von Massenkonsumenten, der bewußte Leiter einer beständigen Einschränkung der gesellschaftlichen Produktion getreten ist, so ist der europäische Handelsreisende und „friedliche Eroberer“ im Osten verdrängt worden durch den wirklichen Eroberer und Unterdrücker, ausgerüstet mit allen Waffen der europäischen Kriegstechnik, mit goldenen Epauletten und mit einem „Mandat“ auf eine unbegrenzte Zahl von Kolonialsklaven und auf unbegrenzte Ländergebiete. In Europa ist die Militärdiktatur des Kapitals infolge des Bürgerkrieges zur wirtschaftlichen Notwendigkeit geworden. In gleicher Weise macht das Erwachen der unterdrückten Völker zum Kampf um ihre nationale Existenz in Asien eine verstärkte Annexionspolitik des Kapitals im Osten zur wirtschaftlichen Notwendigkeit. Die Militärdiktatur in Europa wie die Annexionspolitik in Asien haben sich bei dem bestehenden allgemeinen wirtschaftlichen Verfall und der allgemeinen revolutionären Krise, als die einzigen Mittel zur Erweiterung der Basis für den Kapitalismus erwiesen. Die einen berauben, um den anderen Almosen hinzuwerfen, und diesen Almosen geben, um dritte zu berauben, und so fort, ohne Ende — das ist das wirkliche Wesen der Politik des internationalen Imperialismus, welcher zwischen der proletarischen Revolution in Europa und der kolonialen Revolution in Asien manövriert.

Ein gemeinsamer Feind schafft auch ein gemeinsames Interesse im Kampfe, ein enges Zusammenhalten in den Reihen seiner Gegner. Das Bündnis mit dem europäischen kommunistischen Proletariat ist den Völkern des Ostens zur eisernen geschichtlichen Notwendigkeit geworden. Auf der weiten Bahn der Weltgeschichte ist der Kapitalismus mit seinen direkten Nachfolgern, den revolutionären Proletariern, und mit seinen letzten Stiefkindern, den unterdrückten Völkern, zusammengestoßen. Der Kapitalismus hat die Menschheit in herrschende und in unterdrückte Nationen geteilt. Die Revolution hat die Werktätigen der herrschenden Nationen mit der werktätigen Mehrheit der unterdrückten Nationen vereint.

Den Anfang der allgemeinen revolutionären Krise bildete die proletarische Revolution in Rußland. Der Sieg des Proletariats auf dem Gebiet des früheren „Völkerkerkers“, des Zarenreichs, hat den Klassenbestand

dieses Verbandes klar bestimmt. Der russische Revolutionär A. J. Herten schrieb einst: „Die Europäer sagen, Rußland sei Asien; die Asiaten hingegen meinen, Rußland sei Europa.“ Derart war es um das zaristische Rußland bestellt. In Europa hatte es die Pflichten eines internationalen Gendarmen zu erfüllen, in Asien führte es die Großmachtpolitik der europäischen Räuber. Wie merkwürdig es auch klingen mag, die alte Formel besteht — im umgekehrten Sinne allerdings — auch für die neue Lage zu recht. Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik ist dem Europa der Bankiers und Gutsbesitzer gegenüber getreten als Trägerin der entsetzlichen Ansteckung des „asiatischen Bolschewismus“. Im Osten führt sie Ideen der europäischen kommunistischen Revolution durch. Hier zeigt sich die revolutionäre Eigentümlichkeit unserer geschichtlichen Lage zwischen Osten und Westen. Es fiel dem russischen Proletariat als erstem zu, die Frage der Heranziehung der Massen der Kleinindustriellen in die Reihen der kommunistischen Revolution praktisch zu lösen, es mußte als erstes auch die Frage der Umwandlung der national-demokratischen Bewegungen in sozialrevolutionäre praktisch lösen. Die vorhergehende Phase der geschichtlichen Entwicklung hat die Leichtigkeit seines Sieges bedingt. Das Proletariat ist von vornherein in einer günstigeren strategischen Lage als der Gegner gewesen durch den Umstand, daß es sich in den dichten Mittelpunkten der Großindustrie konzentrierte, und daß es im Rücken ungeheure Flächen zum Manövrieren hatte; die Gegenrevolution mußte von den Grenzen aus angreifen, wo sie sich auf die besitzenden, ausbeutenden Spitzen der ehemals vom Zarismus unterdrückten Nationen zu stützen suchte. Ist doch die ganze frühere Geschichte Rußlands eine „Kolonisationsgeschichte“ *) gewesen!

Einer der ersten Schritte der proletarischen Regierung ist die „Deklaration der Rechte der Völker Rußlands“ (vom 2. November 1917) gewesen, welche allen Nationen des früheren Zarenreichs das Selbstbestimmungsrecht zuerkannte, die Trennung und die Gründung ihrer eigenen nationalen Staat mit einbegriffen. Um dem Recht der Selbstbestimmung Sowjetformen zu geben, mußte nichtsdestoweniger in erster Linie der geschichtliche Widerspruch zwischen einer russischen Stadt und einem nicht-russischen, national rechtlosen Dorfe überwunden werden. Es mußte das Vertrauen der werktätigen Massen der unterdrückten Nationen errungen werden, indem man bei den rückständigen Schichten der russischen Arbeitermasse den unbewußten Nationalismus ausrottete und den Unterdrückten die wahre Sowjetmacht der Massen und Werktätigen zeigte. Ihrem Wesen nach fiel diese Aufgabe mit einer anderen zusammen — mit dem Heranziehen der Massen der Kleinindustriellen und Mittelbauern Zentralrußlands zum Sowjetaufbau, wodurch ihre Lösung erleichtert wurde. Die Gegenrevolution hat dazu beigetragen, in den Augen des

*) Ausdruck von W. O. Kljutschewski.

Kleinbauern den bürgerlichen Demokratismus aufzudecken; hinter dem schönrednerischen „Sozialrevolutionär“ kam die Gestalt des Gutsbesitzers hervor. Die Gegenrevolution hat viel beigetragen zur Entlarvung des nationalbürgerlichen Demokratismus in den Augen der werktätigen, vom Zarismus unterdrückten Nationen, welche im Lauf des Bürgerkrieges in den kriegerischen nationalistischen Intellektuellen sehr wohl die Gestalten des früheren russischen Gendarmen erkannt haben, den russischen Baumwollpatrioten und den europäischen Imperialisten. Koltshak, Denikin, Mannerheim, Skoropadski, die verbündeten und die deutschen Generäle, haben die bürgerlichen Sozialisten, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, vollständig entlarvt. Koltshak, Denikin, Mannerheim, Skoropadski, die verbündeten und die deutschen Generäle, haben auch die kirgisische „Alasch-Orda“, Petljura und die ukrainischen Partisanen, sowie viele, viele andere völlig entlarvt.

Es läßt sich ohne jede Uebertreibung sagen, daß die Klassenselbstbestimmung aller vom Zarismus unterdrückten Nationen durch den Gang des Bürgerkrieges bedingt worden ist. Die Massen haben im unmittelbaren Kampfe, im Prozeß des physischen Zusammenstoßes der Klasseninteressen revolutionäre Erfahrung gesammelt und sind, auf dieser fußend, zu neuen Formen des gesellschaftlichen Aufbaus übergegangen. In der Steppe, in Kirgisistan, bildete sich die „Alasch-Orda“, die die Konstituierende Versammlung in Samara war; die Konstituierende Versammlung hat zu Koltshak geführt; vom Druck Koltshaks befreit, sind die kirgisischen werktätigen Massen vollständig bewußt auf die Seite der Sowjetmacht getreten. Das Land der Baschkiren ist denselben Weg gegangen. Die Ukraine hat einen weiteren Weg zurückgelegt; zuerst war es der Kampf zwischen der Rada und der Sowjetmacht, welche sich hauptsächlich auf zugewanderte Arbeiter stützte; dann der deutsche General Eichhorn mit dem Hetmann Pawlo Skoropadski; nach ihnen Petljura und die französischen Generäle; weiter die kurze Herrschaft der Sowjetmacht, immer wieder untergraben durch die Großbauern und die Partisanen und Anhänger Petljuras; der Vertreter des „Einigen und Untrennbaren Rußlands“ — Denikin; und endlich die gleich dem Schicksal unausbleibliche Ukrainische Sowjetmacht. Die Umwandlung Winnitschenkos aus dem Anführer der bürgerlichen Rada in den Vertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik — das allein ist ein beredteres Zeugnis, als eine Menge „allgemeiner“ Auseinandersetzungen.

Während des Bürgerkrieges — zwischen der proletarischen Diktatur und dem Imperialismus — wurde die Sowjetmacht zum Ausdruck des Völker- und Klassenbestimmungsrechts der werktätigen Massen der von der zaristischen Macht unterdrückten Völkerschaften. Auf dem Boden des ehemaligen russischen Zarenreichs wurde die Vereinigung der unterdrückten Völker mit dem Proletariat in Gestalt einer sozialistischen Föde-

ration nationaler Sowjetrepubliken verwirklicht. Die Sowjetrevolution inmitten der Völker des Ostens, die einst den Besitz der „Russischen Großmacht“ bildeten, hat eine Brücke zwischen dem kommunistischen Westen und dem revolutionären Osten gebaut. Das russische Proletariat hat es verstanden, sich die Eigentümlichkeiten seiner revolutionären Lage zu nutze zu machen, um zusammen mit Millionen Kommunisten — Proletariern Europas — eine Mauer auführerischer werktätiger Massen gegen den Imperialismus zu errichten. Gen. Lenin hat die internationale Bedeutung vieler Hauptzüge unserer Revolution im Sinne der „geschichtlich unvermeidlichen“ Wiederholung dessen, was bei uns vorgefallen ist, im internationalen Maßstab richtig gekennzeichnet. *) Die Sowjetmacht als Ausdruck der Staats- und Klassenorganisation der werktätigen Massen ist sowohl in der proletarischen Industriestadt Petrógrad und in den russischen Dörfern Wjatkas, als auch unter den tatarischen Bauern des Wolgagbiets und in den Dörfern der Ukraine, sowie unter den Verhältnissen des „durchweg“ nationalen Lebens im Osten, wo die patriarchalischen Geschlechtsbande noch bestehen — in Kirgisistan, Baschkirien, Turkestan und Aserbeidshan — in der Praxis erprobt worden und hat überall ihre Tauglichkeit bewiesen. Die Eigentümlichkeit der proletarischen Regierung hat Karl Marx schon in seiner Bewertung der Pariser Kommune hervorgehoben. „Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, daß sie eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies: sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“ **) Die Revolution beschleunigt den Gang der Ereignisse im höchsten Maße. Sie verdichtet die Klassenwidersprüche selbst in den rückständigsten Ländern bis aufs äußerste. Der jahrelange Unterricht in der Schule der Geschichte wird durch eine verkürzte, Unterweisung nach revolutionärer Methode ersetzt. Die Völker und die Gesellschaftsklassen machen in Monaten das durch, wozu sonst Jahrzehnte friedlicher Entwicklung notwendig sind.

Die Weltrevolution gegen den Imperialismus zwingt alle — sowohl Bedrücker als auch Unterdrückte — sich in eine gemeinsame geschlossene Reihe zu stellen.

Die Umwandlung einer bürgerlich-nationalen Bewegung in eine sozialrevolutionäre vollzieht sich als Folge der verschärften Klassengegensätze inmitten der sich befreienden Völker und unter dem Druck der inter-

*) N. Lenin. „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, 1920.

**) Karl Marx. „Der Bürgerkrieg in Frankreich.“

nationalen Verhältnisse. Das Absterben der bürgerlichen Herrschaft inmitten der vorgeschrittenen Völker zieht auch die rückständigeren auf den Weg der Sowjetrevolution nach sich. Die Gegenrevolution tritt als angreifender Teil auf. Die Diktatur des Imperialismus entlarvt den bürgerlichen Nationalismus sowohl im Westen als auch im Osten. Die besitzenden oberen Schichten der bedrückten Nationen sind bemüht, die Staatsmaschine sofort als ihre Klassenbeute an sich zu reißen. In ihren Augen stellt sich die nationale Revolution in der Form der Erweiterung der nationalen Grundlage der Ausbeutung dar. Diese Erweiterung besteht darin, daß die Ortsfabrikanten, Kaufleute und Großgrundbesitzer die zugewanderten Ausländer verdrängen und sich einen eigenen Staatsapparat zur Klassenbedrückung schaffen. Andererseits „entsteht bei weiterer Entfaltung der Warenproduktion in den Intelligenzkreisen eines Volkes, die sich seiner Muttersprache bedienen, das Verlangen nach einer nationalen Intelligenz, dieses Verlangen nach einer Sprachkultur wiederum mündet in das Verlangen nach einer Nationalkultur der Form nach, sei sie dem Inhalt nach auch eine durchaus internationale. Und ist erst bei einem Volke das Bedürfnis nach einer nationalen Intelligenzklasse wachgeworden, so erwächst in der besagten Klasse ihrerseits das Verlangen nach einer hochgebildeten Nation.“*)

Die nationalistische Bourgeoisie und die bürgerliche Intelligenz bedürfen eines eigenen Marktes, einer eigenen Börse, Bürokratie, eines eigenen Kommandokorps, eigener Schriftsteller und Journalisten, Minister, Abgeordneter, Professoren und Musiker. Anfangs sind sie ein Ausdruck für das nationale Verlangen der bürgerlichen Entwicklung. Dieses Verlangen führt aber zur Zeit des Verfalls der Weltwirtschaft und der allgemeinen revolutionären Krise unvermeidlich zu einem Zusammenstoß mit den Klassengegensätzen innerhalb der sich befreienden Nationen in internationalem Maßstabe. Die Demokratie auf Grund der Nationalität wandelt sich in eine Diktatur einer nationalen Bourgeoisie. Ein herrliches Beispiel dafür bietet das Land alter demokratischer Tradition — Finnland. „Der parlamentarische Demokratismus schien uns — schreibt Gen. Kuussinen über den Beginn der Revolution in Finnland — unserer Arbeiterbewegung einen unerwartet breiten und ebenen Weg zum Ziel zu weisen. Unsere Bourgeoisie verfügte weder über eine Armee, noch selbst über eine mehr oder weniger sichere Polizei; noch mehr, sie hatte nicht einmal die Möglichkeit, ihre Organisation auf rechtmäßige Weise zu erreichen, da zu diesem Zweck das Einverständnis der sozialistischen Mehrheit auf dem Landtage erforderlich gewesen wäre.“**) Und dessenungeachtet hat die Bourgeoisie ihre weiße Garde organisiert und die finnische Arbeiterklasse mit Hilfe der herbeigerufenen deutschen Imperialisten völlig geschlagen.

*) Kautsky. Nationalprobleme II, 1918.

**) Kuussinen. Die Revolution in Finnland seit 1919.

Die bürgerliche Demokratie kann einen Nationalfrieden in den Ländern, wo inmitten der sich befreienden Nationen andere Nationalminderheiten bestehen, auch nicht sichern. Ich führe eine objektive Schlußfolgerung der ukrainischen Erfahrung an: „Die kleinbürgerliche Demokratie kann sich in der Ukraine nicht behaupten, da sie sich durch inneren Nationalkampf zersplittert.“ *) Die nationale Intelligenz und Bourgeoisie predigt einen fortschreitenden bürgerlichen Angriffsnationalismus, was sie zum Verrat an der Sache der Befreiung führt und sie ins Lager der Imperialisten treibt, denen sie ihre bürgerliche Herrschaft gegen Aufgabe ihrer Nationalfreiheit abkauft. Wir haben eine ganze Reihe von Beispielen vor uns: Lettland, die Ukraine, Finnland, Polen, Estland, die Tschechoslowakei, Georgien, die mussawatische Regierung Aserbeidshans, Griechenland, „das hebräische Reich Palästina“, die pseudonationale Regierung Persiens, welche die Furcht vor der Sowjetrevolution den Engländern in die Arme getrieben hat, usw. Der angreifende Bourgeoisie- und Gutsbesitzer-nationalismus inmitten der bedrückten Nationen benutzt letztere als Puffer der imperialistischen Mächte gegen die Revolution. Infolgedessen erwachsen gleich zu Anfang soziale Konflikte und Klassenwidersprüche auf dem Gebiet der Klasseninteressen: die werktätigen Massen bedürfen der Nationalfreiheit, die sie vom sozialen Druck der Imperialisten erlösen könnte; die oberen Ausbeuterschichten bedürfen der Stellung und der Vorrechte der herrschenden Klasse in dem Maße, als der von fremden Nationen ausgehende Druck die eigentliche Ursache der bisherigen reaktionärsten Form der Klassenausbeutung gebildet hat; im Osten bedürfen sie feudaler und feudalpatriarchalischer Verhältnisse, — das revolutionäre Erwachen der werktätigen Massen aber überträgt die Revolution vom nationalen Boden auf den Boden sozialer Verhältnisse. Die Nationalfrage wird als Frage der Klassenungleichheit behandelt. Und es ist leicht zu begreifen, aus welchem Grunde das geschieht: treten das Handelskapital und die nationale Intelligenz auch anfangs als Kämpfer um nationale Befreiung auf, so erscheinen die Großgrundbesitzer und die einheimische Bürokratie zweifellos als Verwirklicher der europäischen Assimilation. Die nationale, gegen die fremden Ausbeuter und den einheimischen Großgrundbesitz gerichtete Revolution drängt bereits die freisinnige Kaufmannschaft ins Lager der Diener des Imperialismus. Auf diese Weise ist das allgemeine Ergebnis klar: alle national-bürgerlichen Bewegungen, die von den oberen Schichten der Ausbeuter und Besitzer geleitet werden, haben die objektive Tendenz, sich dem Imperialismus anzupassen, in das imperialistische System der „Großmächte“, „Pufferreiche“ und Kolonien hineinzuwachsen. Die anfänglich unbewußte, objektiv geschichtliche Tendenz aller nationalrevolutionären Bewegungen der werktätigen Massen der Kolonien und halbabhängigen Staaten ist es, sich auf die Reichs- und Revolutionsklassenorganisation des Proletariats fortgeschrittener Länder

*) M. Rafes. 2 Jahre Revolution in der Ukraine, 1920.

zu stützen, um sich auf diese Weise eine freie nationale Entwicklung in dem erstehenden System der sozialistischen Weltwirtschaft zu sichern.

Die Entstehung von Organen der revolutionären Massenselbstleitung der Endshumenen während der ersten persischen Revolution, die Erfahrung der nationalen Sowjetrepubliken im Osten, die keimenden kommunistischen Strömungen in Persien, der Türkei, China und Indien — das alles sind Zeugnisse dafür, daß auch die werktätigen Massen des Ostens der internationalen Föderation nationaler Sowjetrepubliken zustreben.

Gerade davon ausgehend, kam der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale zu der Erkenntnis, daß die „Kommunistische Internationale“ die bürgerlich-demokratischen Nationalbewegungen in den Kolonien und rückständigen Ländern unterstützen müsse, aber nur unter der Bedingung, daß die Elemente der künftigen proletarischen Parteien, die nicht nur dem Namen nach kommunistisch sind, in allen rückständigen Ländern in Gruppen eingeteilt und zum Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben, des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratischen Bewegungen inmitten ihrer Nation angeleitet werden; die Kommunistische Internationale muß mit der bürgerlichen Demokratie der Kolonien und rückständigen Länder zeitweilig verbündet sein, nicht aber sich mit ihr verschmelzen, sondern unbedingte die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung selbst in ihrer ursprünglichen Form bewahren. Sowohl im Osten als auch im Westen ist der Boden für die Sowjetmacht durch den vorhergehenden kapitalistischen Entwicklungsgang geebnet worden. Im Westen ist auf diesem Boden durch die Umgestaltung sowohl des „friedlichen“ Industriekapitals und des Imperialismus als auch der bürgerlichen Demokratie eine Militärdiktatur erwachsen; im Osten ist er dadurch vorbereitet worden, daß der Kapitalismus sich als eine fremdländische Organisation der Klassenherrschaft festgesetzt hat, die die einheimische Bevölkerung beherrscht. In Indien bemerkt der indische Kommunist Gen. Roy: „Wir lernen das erste Beispiel in der Geschichte kennen, wo die politische Regierungsmacht in wirtschaftlicher Hinsicht als echter Ausbeuter des gesamten Volkes erscheint.“*) Dies gilt nicht allein für Indien. So ist es auch im russischen Turkestan bis zur Revolution gewesen. Ähnlich ist die Situation in Persien, China, in allen Kolonien. Andererseits ist die Regierungsorganisation der einheimischen Ausbeutergruppen im Osten verhältnismäßig schwach, da sie einen echt feudalen Charakter trägt.

Ueber Persien äußert sich W. Berar folgendermaßen: „Persien ist weder ein Staat noch ein Volk. Es ist eine eigentümliche Verschmelzung der feudalen Anarchie mit dem zentralisierten fiskalischen System, eine unzuverlässige Vereinigung von Nomadenvölkern und erst seit kurzem ans Land gebundene Ackerleute, eine monarchistische Föderation oder, genauer ausgedrückt, eine Herde von Völkerschaften.“**) Hier wird der

*) „Die Kommunistische Internationale“ Nr. 12.

**) W. Berar, „Persien und die Unruhen in Persien“, 1912.

unterdrückende und ausbeutende Klassencharakter der Staatsmacht durch nichts verdunkelt. Die Grundlage des gesamten gemeinschaftlichen Lebens bildet der kleine Landwirt, der von dem feudalen Staat, den Großgrundbesitzern und dem Wucherhandelskapital vollständig ausgebeutet wird.

Die Tatsache, daß die Staatsmacht im Osten — die einheimische feudale Macht sowohl als auch die „zugewanderte Macht der europäischen Imperialisten“ — unmittelbar als wirtschaftlicher Ausbeuter auftritt, ist von gewaltiger politischer Bedeutung. Hier ist durchaus keine politische Revolution ohne eine wirtschaftliche Revolution denkbar. Auch die Erfahrung bestätigt es. „Nach dem Beispiel der westlichen Staaten versuchten die reichen Ausbeuterschichten der Bevölkerung in den nahen Westgebieten ihrer Macht den Schein einer Volksmacht zu verleihen. Die Parlamentarisierung der Türkei und Persiens, die Umgestaltung Georgiens zu einer demokratischen Republik — unter Leitung der Menschewiki, Armeniens — unter Leitung der Daschnaken, und Aserbeidshans — unter Leitung der Mussawatisten, geschah unter der Losung der „Freiheit und Gleichheit“. Alle diese Arten von Politik erwiesen sich aber als nicht einmal zur Schaffung eines Scheins von Volksherrschaft tauglich. Es bleibt eine unerhörte Armut der Volksmassen neben dem Wohlstand der Agenten des fremdländischen Imperialismus bestehen; das Land verbleibt unter Herrschaft der früheren Besitzer; es dauert das alte Steuersystem zum größten Schaden der Werktätigen fort: die Staatsmacht duldet nicht nur den Wucherer, sondern unterstützt ihn sogar.“*)

„Die bürgerlich-demokratische Revolution im Osten nimmt unvermeidlich die Form eines Dynastiesturzes an — sie erweitert den Kreis der Vorrechte der Ausbeutergruppen, erleichtert aber den Bedrückten auf keine Weise die Last der Ausbeutung. Der einheimische Feudalismus hängt sich nur den Mantel der „europäischen Demokratie“ um.

Der Osten ist lebende Geschichte. Hier sind noch Reste des Geschlechterkommunismus und der patriarchalischen Lebensverhältnisse lebendig. Hier sind noch patriarchalisch-feudale und feudale Verhältnisse in Kraft geblieben. Die Religion des Ostens trägt sozialen und politischen Charakter. Sie heiligt die bestehende bürgerliche und Familienordnung. Auf sie stützt sich unmittelbar die allgemeine Ungleichheit. Die Religion spielt hier die Rolle des Katholizismus im Mittelalter. „Vom orthodoxen mohammedanischen Standpunkt aus ist das mohammedanische theokratische Reich eine Gemeinschaft der Gläubigen, deren Reichsvertreter, „der Sultan“ (Machthabender, Regent) nichts weiter als einen „Schachwilder“, als einen bevollmächtigten Gehilfen Gottes vorstellt, der verpflichtet ist, auf Grund einer strengen Erfüllung des Schariats (des Religionsgesetzes) für die bürgerlichen und religiösen Angelegenheiten der ihm von Gott anvertrauten Gemeinschaft zu sorgen, wofür er, den „Amilen“ — den

*) Vom Kongreß der Ostvölker angenommene Leitsätze von Gen. Bela Kun (Sept. 1920).

Einnehmern der Ritualsteuern — des „Sjakats“ und andern Dienern der Gemeinschaft gleich, einen sehr geringen Geldlohn, gegen 40 Kop. unserer Geldwährung (vor dem Kriege) täglich erhält . . . „Der Sjakat“, welcher zur Unterstützung von Armen, von Waisen und Krüppeln, zur Führung von Kriegen gegen die Ungläubigen und überhaupt zur Befriedigung gemeinnütziger Bedürfnisse und Staatsbedürfnisse dienen sollte, wurde in den Händen der späteren mohammedanischen Regenten zu einer persönlichen Einnahme, die sie willkürlich, kontrollos und unbedingt unrechtmäßig verbrauchten; die Truppen und selbst die Volkswehr, deren Aufgabe es war, die Ungläubigen zu bekämpfen, den Islam mit Waffengewalt zu verbreiten und die Gemeinde vor äußeren Feinden zu schützen, verwandelten sie allmählich in ihre Leibwächter, welche das Volk bedrückten und nur den persönlichen und dynastischen Zielen dieser Regenten dienten. Die mohammedanische Gemeinde verwandelte sich in ein „Rajat“, eine Herde gehorsamer, geduldiger Sklaven.*) Das Zuschlagsprodukt der allgemeinen Arbeit wurde während vieler Jahrhunderte direkt angeeignet, was naturgemäß jeglicher Erweiterung der allgemeinen Produktion, sowohl der technischen als der wirtschaftlichen, hinderlich sein mußte. Der primitive Kartoffelpflug — der „Ketmenj“ und der primitive Pflug „Omatsch“ bilden bis auf den heutigen Tag beinahe das gesamte technische Inventar des volkswirtschaftlichen Produzenten Mittelasiens. Die Anhäufung des Kapitals ist hier naturgemäß auf der Stufe des Handels- und Wucherkapitals stehen geblieben, welches vorzugsweise auf dem „allgegenwärtigen“ Markt vertrieben wurde.

Das Religionsgesetz „Schariat“ definiert das Eigentumsrecht folgendermaßen: „Alles, was der Mensch besitzt, sei es ein totes Ding oder dessen Frucht, ist Eigentum („Mjuek“).“ Diese Definition ist ein genaues Muster der Verhältnisse aus der Zeit der einfachen Warenproduktion: Die Religion gesteht dem Eigentümer das Verkaufsrecht in bezug auf die ihm gehörenden Dinge und deren „Früchte“ zu, ebenso das Recht, die überflüssigen Produkte der Naturalienwirtschaft zu enteignen.

Eine ganze Reihe von Völkern des Ostens sind noch nicht endgültig zum Ackerbau übergegangen (wie z. B. die Kirgisen, Turkmenen, Araber, Volksstämme Nordindiens, die Kurden u. a.). Nichtsdestoweniger sind die Überbleibsel des Geschlechterkommunismus für die vermögenden Stammesältesten unter ihnen längst schon zur Quelle der Ausbeutung der unvermögenden Mehrheit gegenüber geworden. Als Beispiel hierfür führen wir die Steppenkirgisen an: „Da der vermögende Kirgise eine ausgedehnte Wirtschaft besitzt, hat er sich von physischer Arbeit vollständig losgesagt, er ist bloß der Oberleiter und Anordner, die Arbeit wird von Tagelöhnern geleistet. Im Durchschnitt kommen auf eine Wirtschaft 7—9 Personen; es gibt aber Wirtschaften, welche die Kraft von 20 und mehr

*) W. Naliwkin. Die Einheimischen einst und jetzt. 1913. Seite 15—17.

Arbeitern ausbeuten. Interessant ist in der Wirtschaft eines reichen Kirgisen die Zusammenstellung rein moderner kapitalistischer Züge mit ursprünglich nomadischen . . . Die Stammgruppe erscheint dem Rechtsgefühl eines Kirgisen, ungeachtet des klaren Verfallsprozesses der Stammeinrichtung, als Eigentümerin eines mehr oder minder großen bestimmten Territoriums. Der reiche Kirgise ordnet sich dieser Unbestimmtheit im Maße der Nutznießung nicht bloß des Bodens unter, sondern zieht daraus große Vorteile: er weidet unbehindert seine zahlreichen Herden auf dem Gebiete seiner Stammesverwandten. Auf solche Weise geht ihm fürs erste jegliches Verständnis, ja, jeglicher Wunsch ab, ein eigenes Stück Land vom allgemeinen abzutrennen.“*)

Aus dem oben Angeführten geht klar hervor, weshalb der Kongreß der aufständischen Völker des Ostens in Baku (September 1920) festgestellt hat, daß das Sowjetsystem allein annehmbar erscheint, wonach die werktätigen Massen selbständig ihr Gemeinwesen leiten können, nachdem sie die privilegierten, und daher ihnen feindlichen Elemente (Gutsbesitzer, Spekulanten, höhere Beamtschaft, Offiziere) von der Macht ausgeschaltet haben. Die Sowjetmacht allein macht es möglich, daß die Macht, welche zum Belhalten des den Gutsbesitzern entrissenen Bodens notwendig ist, sich ausschließlich in den Händen der werktätigen Besitzlosen befindet.

Die Vereinigung der Sowjets zu großen Föderationen, sowie ihre Selbstverwaltung in dem Rahmen dieser Föderationen, ist das einzige Mittel, zum Frieden unter den verschiedenartigen werktätigen Nationen im Osten zu kommen, welche sich bisher gegenseitig befeindeten, so daß sie fortan mit vereinten Kräften die Macht der fremd- und inländischen Unterdrücker vernichten, und deren Versuche, das Alte wieder herzustellen, abwehren können. „Anstelle der zwangsmäßigen, ausbeutenden Organisation der Kleinindustrie von oben herab, tritt die revolutionäre Selbstorganisation der kleinindustriellen Halbproletarier in Gestalt von Sowjets von Werktätigen. Die Aufgabe ist klar: Die Macht der fremdländischen Kapitalisten, sowie der eigenen Despoten und Tyrannen: d. h. Sultans, Schahs, Chans und Beks samt deren parasitischen Schmarotzern-Bürokraten, niederzuwerfen — denn sie selbst ist die Quelle aller Bedrückung und Ausbeutung — alle administrativen, wirtschaftlichen und finanziellen Ohliegenheiten in die eigene Hand zu nehmen, die Erfüllung etwaiger Pflichten Gutsbesitzern und Feudalen gegenüber abzulehnen, ihre Macht abzuschütteln, jegliche persönliche und ökonomische Abhängigkeit abzuwerfen, den Großgrundbesitz aufzuheben, gleichviel mit welchen Rechtsformeln er sich schützen mag, den Gutsbesitzern das Land zu

*) „Fragen der Kolonisation“, Nr. 5, 1909, Sozialaufbau der Kirgisen. P. P. Rumjanzew.

nehmen, und zwar ohne Entschädigung, und diesen Boden unter die Ackerbautreibenden, Bauern, Pächter und Mietlinge zu verteilen.“*)

Die Verbindung der Bauern-Sowjetrepubliken des Ostens mit den Sozialistischen Sowjetrepubliken des Westens — dies ist der Weg, auf dem der Kommunismus die gesamte Weltwirtschaft erobern kann. Das Proletariat des Westens wird dem werktätigen Osten mit seinem Wissen, seiner Technik und seiner organisatorischen Kraft zu Hilfe kommen. Die Bauern-Sowjetrepubliken werden die sozialistische Industrie des Westens mit allem Roh- und Brennmaterial versorgen. Eine solche Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land auf Grund kameradschaftlicher Zusammenarbeit diktiert die Logik des Kampfes gegen den allgemeinen wirtschaftlichen Verfall, welcher der äußere materielle Ausdruck für den Zusammenbruch des Kapitalismus ist. Auf diese Weise allein läßt sich die koloniale Abhängigkeit der Volkswirtschaft des Ostens von den europäischen und amerikanischen Banken, Trusts und Syndikaten abschaffen. Der Weg zur Rettung der entwickelten europäischen Industrie vor Roh- und Brennstoffhunger ist zugleich der Weg zur sozialistischen industriellen Kolonisation des Ostens. Die Sowjetform ist keine Vergewaltigung der eigentümlichen nationalen Lebensverhältnisse der Völker des Ostens. Sie reißt sie nicht gewaltsam in das Reich der Freiheit. Im Gegenteil, sie läßt sie ihren eigenen Weg zum Kommunismus suchen — in der Kooperation der Kleinindustriellen, der Organisation öffentlicher Arbeit (Bewässerungsarbeiten) und der Einrichtung von staatlichen Unternehmungen.

G. Ssafarow.

Taschkent.

*) Leitsätze über die Agrarfrage, angenommen vom Kongreß der aufständischen Völker des Ostens in Baku (September 1920).

Aufruf an die Ostvölker.

Völker des Orients!

Sechs Jahre sind es her, seit in Europa das gewaltige, ungeheuerliche Gemetzel, der Weltkrieg, ausbrach, der 35 Millionen Menschenleben vernichtete, Hunderte von großen Städten und Tausende von Dörfern verheerte, die Länder Europas an den Bettelstab brachte und alle Völker den Qualen unerhörten Elends, nicht-dagewesenen Hungers preisgab.

Dieser gewaltige Krieg wurde bis jetzt in Europa geführt und berührte Asien und Afrika nur zum Teil.

Die europäischen Völker führten diesen Krieg, und die Völker des Orients beteiligten sich an ihm nur in geringem Maße, nur mit etlichen Hundert türkischen Bauern, die von ihren am Schürzenbände der deutschen Kapitalisten hängenden Herrschern hintergangen worden waren, sowie mit zwei bis drei Millionen Indern und Negern, die von den englischen und französischen Kapitalisten wie Sklaven gekauft und wie Sklaven auf den fernen, ihnen fremden Feldern Frankreichs um der ihnen fernstehenden und unbegreiflichen Interessen der englischen und französischen Bankiers und Industriellen willen in den Tod getrieben wurden.

Wenn die Völker des Orients diesem riesenhaften Krieg auch fernstanden, wenn sie auch nur geringen Anteil an ihm nahmen, so wurde er doch nicht um die Länder Europas, nicht um die Länder und Völker des Westens, sondern um die Länder und Völker des Orients geführt.

Er wurde geführt um die Aufteilung der ganzen Welt, hauptsächlich aber um die Aufteilung Asiens, um die Aufteilung des Orients. Er wurde geführt, um zu entscheiden, wer über die asiatischen Länder herrschen solle, wessen Sklaven die Völker des Ostens sein sollten.

Er wurde geführt, um zu entscheiden, ob die englischen oder aber die deutschen Kapitalisten den türkischen, persischen, ägyptischen und indischen Bauern und Arbeitern das Fell abziehen sollten.

Das ungeheuerliche vierjährige Blutbad endete mit dem Siege Englands und Frankreichs. Die deutschen Kapitalisten wurden niedergedrückt, und zusammen mit ihnen wurde das deutsche Volk

niedergerungen, vernichtet, dem Hungertode preisgegeben. Das siegreiche Frankreich, dem der Krieg fast die gesamte erwachsene Bevölkerung geraubt und alle Industriegebiete zerstört hatte, verblutete während des Krieges und blieb nach dem Sieg völlig entkräftet. Und als Ergebnis des gewaltigen, barbarischen Gemetzels blieb das imperialistische England als alleiniger, unbeschränkter Herr über Europa und Asien übrig. In ganz Europa konnte nur England noch genug Kraft aufbringen; denn es hatte mit fremden Händen, mit den Händen der von ihm geknechteten Völker, der Inder und Neger gekämpft, es hatte den Krieg auf Kosten der von ihm unterdrückten Kolonien geführt.

Als Siegerin und unbeschränkte Herrin der halben Welt schritt die britische Regierung zur Erfüllung dessen, wofür der Krieg geführt worden war, schritt sie dazu, sich alle asiatischen Länder zu sichern und alle Völker des Orients endgültig zu unterjochen.

Von niemand behindert, niemand fürchtend, machte sich das Häuflein beutegieriger Bankiers und Kapitalisten, das an der Spitze des britischen Staates stand, jede Scham beiseite werfend, offen und frech daran, die Bauern und Arbeiter der Orientländer in Sklaven zu verwandeln. Völker des Orients! Ihr wißt, was England in Indien getan hat, Ihr wißt, in was für stumme, rechtlose Lasttiere es die viele Millionen zählende Masse der indischen Bauern und Arbeiter verwandelt hat.

Der indische Bauer muß der englischen Regierung einen so großen Teil seiner Ernte abgeben, daß er sich von dem, was übrig bleibt, kaum einige Monate lang ernähren kann. Der indische Arbeiter muß in den Fabriken der englischen Kapitalisten für einen so jämmerlichen Lohn arbeiten, daß er sich dafür nicht einmal täglich die Hand voll Reis erstehen kann, die er braucht, um sein klägliches Leben zu fristen. Alljährlich sterben Millionen von Indern den Hungertod. Alljährlich lassen Millionen von Indern ihr Leben in den Wildnissen und Morasten, bei der schweren Arbeit, die die englischen Kapitalisten zu ihrer eigenen Bereicherung unternehmen.

Millionen von Indern, die in ihrer unermeßlich reichen, unermeßlich fruchtbaren Heimat nicht ihr tägliches Brot finden können, sind gezwungen, in das britische Heer einzutreten und die Heimat zu verlassen, um ihr ganzes Leben lang im schweren Soldatendienst zuzubringen und an allen Enden der Welt, mit allen Völkern der Welt, endlose Kriege zu führen, damit die unerbittliche englische Herrschaft sich behaupte. Während die Inder mit ihrem Leben und ihrem Blut die unendliche Bereicherung der englischen Kapitalisten erkaufen, ihnen ungeheure Profite, Luxus und Wohlleben sichern, sind sie selbst jeder Menschenrechte bar, werden sie von

den über sie herrschenden englischen Offizieren, von den frechen Söhnlein der auf den Leichen der Inder fett gewordenen englischen Bourgeoisie nicht einmal als Menschen betrachtet.

Der Inder darf es nicht wagen, mit dem Engländer an einem Tisch zu sitzen, im selben Hause zu wohnen, im selben Eisenbahnwagen zu fahren, dieselbe Schule zu besuchen. In den Augen des englischen Bourgeois ist jeder Inder ein Paria, ein Sklave, ein Lasttier, das nicht wagen darf, irgendwelche menschlichen Gefühle zu hegen, irgendwelche Forderungen zu stellen. Jeden Aufstand der bis zum Aeüßersten getriebenen indischen Bauern und Arbeiter beantworten die Engländer mit erbarmungslosen Massenerschießungen. Zu Hunderten bedecken die Leichen der Erschossenen die Straßen der aufständischen indischen Dörfer; zu ihrem eigenen Ergötzen zwingen die englischen Offiziere die am Leben Gebliebenen, auf den Bäuchen zu kriechen und die Stiefel ihrer Unterdrücker zu lecken.

Völker des Orients! Wißt Ihr, was England mit der Türkei getan hat? England hat der Türkei einen Frieden angeboten, laut dem drei Viertel Kleinasiens mit ausschließlich osmanischer Bevölkerung samt allen Industriestädten unter die Herrschaft Englands, Frankreichs, Italiens und Griechenlands fallen, dem übrigen Teil der türkischen Länder aber so hohe Steuern auferlegt werden, daß die Osmanen auf ewige Zeiten zahlungsunfähige Schuldner und ständige Zinspflichtige Englands bleiben.

Als das türkische Volk sich weigerte, diesen vernichtenden Frieden anzunehmen, besetzten die Engländer das den Muselmännern heilige Konstantinopel, lösten das türkische Parlament auf, verhafteten alle Führer des Volkes, schossen die besten unter ihnen nieder und verschickten die übrigen zu Hunderten nach Malta, wo sie sie in die finsternen, feuchten Keller der altertümlichen Festung warfen. Jetzt regieren die Engländer in Konstantinopel; sie haben den Türken alles genommen, was sie ihnen nur nehmen konnten, — Banken, Geld, Fabriken und Werke, Eisenbahnen und Schiffe. Sie haben alle Zugänge zu Kleinasien gesperrt. Die Türkei hat keinen Fetzen Stoff, kein einziges Stück Metall mehr. Der türkische Bauer ist ohne Hemd und muß seinen Grund und Boden mit hölzernem Pfluge bestellen.

Die Engländer haben mit Hilfe der griechischen Armee das Wilajet Smyrna eingenommen, mit Hilfe der französischen Truppen — Adann, mit Hilfe der Kolonialtruppen — Brussa und Ismid. Sie bedrängen die Türkei von allen Seiten und rücken beharrlich nach dem Innern des Landes vor, bestrebt, das türkische Volk, das durch die jahrzehntelangen, ununterbrochenen Kriege schon ohnehin auf

das äußerste erschöpft und ruiniert ist, zu völliger Entkräftung zu bringen. In den bereits besetzten Gebieten der Türkei aber verhöhnen und beschimpfen die Engländer ihrer Gewohnheit gemäß das türkische Volk auf das unerträglichste. In Konstantinopel haben die Engländer alle Schulen und Universitäten in Kasernen verwandelt, den türkischen Unterricht verboten, sämtliche türkischen Zeitungen verboten, alle Arbeiterorganisationen zerstört, die Gefängnisse mit türkischen Patrioten gefüllt und die gesamte Bevölkerung unter die unkontrollierte Herrschaft der englischen Polizei gestellt, die sich berechtigt glaubt, Leute, die Fesse tragen, ohne jede Ursache am hellen Tage in den Straßen Konstantinopels über die Köpfe zu schlagen. Wenn einer einen Fes trägt, wenn er Türke ist, so bedeutet das nach englischen Begriffen, daß er ein Geschöpf niederer Gattung, ein Paria, ein Sklave ist, mit dem man umgehen kann, wie mit einem Hunde.

In den von ihnen besetzten Gebieten der Türkei behandeln die Engländer die Türken tatsächlich wie die Hunde, lassen sie Zwangsarbeiten verrichten und bestrafen sie mit Stockschlägen. Mit der größten Durchtriebenheit und Niedertracht, mit den gemeinsten Gewalttaten sind sie bestrebt, die Türkei in ein erobertes Land zu verwandeln und die türkischen Volksmassen zur Bereicherung der Engländer in den Frondienst zu spannen.

Völker des Orients! Was hat England in Persien getan? Die englischen Kapitalisten haben erst den Aufstand der Bauern gegen den Schah und die Gutsherren unterdrückt, Tausende und Aber-tausende persischer Bauern erschossen und gehenkt und danach die vom Volke gestürzte Macht des Schah und der Gutsherren wieder eingesetzt, den Bauern den Grund und Boden abgenommen, den sie den Gutsherren entrisen hatten und sie wieder in die Leibeigenschaft zurückgeführt, sie wiederum zu Reijatan, zu rechtlosen Sklaven der Mulkadaren gemacht.

Danach haben die englischen Kapitalisten die käufliche Regierung des Schahs für sich gewonnen und durch niederträchtigen, verräterischen Vertrag ganz Persien mit dem gesamten persischen Volk sich völlig zu eigen gemacht. Sie haben sämtliche persischen Reichtümer an sich gerissen, in allen persischen Städten Garnisonen aus betrogenen, als Sklaven gekauften indischen Sipai stationiert und begonnen, in Persien zu schalten, als sei es ein erobertes Land. Das persische Volk, das den Worten nach unabhängig ist, behandeln sie wie ein Sklavenvolk.

Völker des Orients! Was hat England in Mesopotamien und Arabien getan? Es hat diese unabhängigen muselmännischen Länder ohne weiteres für seine Kolonie erklärt, die alteingessenen

arabischen Besitzer vom Grund und Boden verjagt, ihnen die besten, fruchtreichsten Täler des Tigris und des Euphrats geraubt, ihnen alle besten Weiden, ohne die sie nicht auskommen können, die reichsten Naphtaquellen von Mossul und Basvor genommen. Nun spekuliert es darauf, daß der Hunger die aller Existenzquellen beraubten Araber zu seinen Sklaven machen wird.

Was hat England in Palästina getan? Erst hat es zum Wohlgefallen der jüdisch-englischen Kapitalisten die Araber vom Grund und Boden vertrieben, um das Land den jüdischen Kolonisten zu übergeben. Danach aber hat es, um den Unwillen der Araber von sich abzulenken, diese auf die jüdischen Ansiedler gehetzt, die es selbst eingesetzt hatte. Es sät Zwistigkeit, Feindschaft und Haß unter den verschiedenen Stämmen, schwächt die einen wie die anderen, um selbst zu herrschen und zu befehlen.

Was hat England aus Aegypten gemacht, wo die gesamte eingeborene Bevölkerung schon seit acht Jahrzehnten unter dem harten Joch der englischen Kapitalisten stöhnt, unter einem Joch, das noch grausamer und vernichtender für das Volk ist, als das einstige Joch der ägyptischen Pharaonen, die mit den Händen ihrer Sklaven die ungeheuren Pyramiden errichteten?

Was hat England aus China gemacht? Gemeinsam mit seinem Helfershelfer, dem imperialistischen Japan, hat es dieses riesige Land in seine Kolonie verwandelt, beutet die dreihundert Millionen zählende Bevölkerung aus und vergiftet sie mit Opium. Mit Hilfe seiner eigenen und japanischen Truppen unterdrückt es mit unerhörter Grausamkeit die revolutionäre Gärung, die dort eingesetzt hat. Es bringt die vom Volke gestürzten alten Despoten wieder zu Macht und Ehren und ist mit aller Kraft bestrebt, das viele Millionen zählende Volk unter dem Joch des Despotismus, in Unterdrückung und Armut zu erhalten, um es erfolgreicher ausbeuten zu können.

Was hat England aus Korea, aus diesem blühenden Lande mit seiner Jahrtausende alten Kultur gemacht? Es hat Korea den japanischen Kapitalisten zum Zerfleischen hingeworfen, die das koreanische Volk nun mit Feuer und Schwert unterjochen.

Was hat England mit Afghanistan getan? Es hat die Regierung des Emirs gekauft und hält das Volk in Unterjochung, Armut und Unwissenheit. Es ist bestrebt, dieses Land in eine Wüste zu verwandeln und durch diese Wüste das von ihm unterdrückte Indien von jeder Berührung mit der Außenwelt abzuschneiden.

Was tut England in Armenien und Grusien, wo es die Bauern- und Arbeitermassen mit seinem Golde unter dem Joch der ihnen verhaßten, käuflichen Regierungen der Daschnaken und Measchewiki erhält, die ihre Völker terrorisieren und unterdrücken und sie

in den Kampf treiben gegen die Völker Aserbeidshans und Rußlands, die sich vom Joch der Bourgeoisie befreit haben?

Selbst nach Turkestan, nach China und Buchara, Aserbeidshan, Dagestan und dem Nordkavkasus dringt das imperialistische England durch; überall lungern seine Agenten umher und werfen freigebig mit englischem Golde um sich, das mit dem Blut und dem Schweiß der unterdrückten Völker erworben ist. Ueberall sind sie bestrebt, die Tyrannen und Despoten, die Chans und die Gutsherren zu unterstützen, die einsetzenden revolutionären Bewegungen im Keime zu ersticken, alle Völker um jeden Preis in Knechtung und wirtschaftlicher Zerrüttung, in Armut und Unwissenheit zu erhalten.

Die Unterjochung und der Ruin, das Elend und die Unwissenheit der Völker des Orients dienen als Quellen der Bereicherung für das imperialistische England.

Völker des Orients! Die reichsten, fruchtbarsten, weitesten Länder der Welt gehören Euch; diese Länder, die einstige Wiege der gesamten Menschheit, könnten nicht nur ihre eigenen Bewohner, sondern auch die Bevölkerung der ganzen Welt ernähren. Trotzdem aber können alljährlich Dutzende Millionen türkischer und persischer Arbeiter und Bauern in diesen fruchtbarsten, umfangreichsten Ländern nicht ihr tägliches Brot, nicht ihren Erwerb finden und sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und sich ihren Unterhalt in fremden Ländern zu suchen.

Sie sind dazu gezwungen, weil in ihrer Heimat alles, — Land, Geld, Banken, Fabriken und Werkstätten in den Händen der englischen Kapitalisten liegt. Sie müssen es deshalb tun, weil sie in ihrer eigenen Heimat nicht als Herren walten, über nichts verfügen dürfen, weil Fremdlinge, englische Kapitalisten, Herren über sie sind. So war es auch früher, so war es auch vor dem Kriege, als das imperialistische England an den deutschen, französischen und russischen Raubjägern des Imperialismus noch Rivalen besaß, als es noch nicht wagte, seine Klauen nach allen Ländern des Orients auszustrecken, aus Furcht, von einem anderen Raubjäger im Wettbewerb auf die Tatzen geschlagen zu werden.

Nun aber, wo das imperialistische England alle seine Nebenbuhler entkräftet und aus dem Felde geschlagen hat, wo es zum unbeschränkten Herrn über Europa und Asien geworden ist, nun werden die Kapitalisten, von denen es regiert wird, ihren Wolfshunger voll entfalten und ohne sich irgendwelchen Zwang aufzuerlegen, ihre Raubzähne und Klauen in den verblutenden Körper der Ostvölker eingraben.

Dem englischen Kapital wird es zu eng in Europa. Es ist un-

geheuer angewachsen und findet für sich keine Verwendung. Ueberdies sind die europäischen Arbeiter, die immer mehr von revolutionärem Bewußtsein durchdrungen werden, schlechte Sklaven geworden. Sie sind nicht mehr einverstanden damit, umsonst zu arbeiten, sie fordern guten Lohn, gute Nahrung. Damit das Kapital Raum finde, um sich zu entfalten, damit es guten Gewinn abwerfe, damit man den europäischen Arbeitern Almosen hinwerfen könne, um das Anwachsen ihrer revolutionären Stimmung aufzuhalten, damit man die führenden Spitzen der Arbeitermassen kaufen könne, braucht das englische Kapital neue Länder und neue Arbeiter — rechtlose, stumme Sklaven.

Und diese neuen Länder haben die englischen Kapitalisten in den Orientländern, diese stummen Arbeitersklaven in den Ostvölkern gefunden.

Die englischen Kapitalisten streben danach, die Türkei und Persien, Mesopotamien und Arabien, Afghanistan und Aegypten an sich zu reißen, um den Bauern in diesen Ländern den Grund und Boden zu nehmen, indem sie den ruinierten, verschuldeten Ackerbauern ihre Landteile für ein Butterbrot abkaufen; und aus diesen aufgekauften Landparzellen wollen sie riesige Güter und Pflanzungen machen, auf denen die ihres Landes beraubten Bauern des Orients ihnen Tagelöhnerdienste leisten sollen. Mit der billigen Arbeitskraft, mit den nahezu kostenlosen Händen der hungrigen türkischen, persischen und arabischen Armen, wollen sie in der Türkei, in Persien und Mesopotamien Fabriken und Werke errichten, Eisenbahnen anlegen, Gruben und Hüttenwerke ausbeuten. Mit billigen Fabrikezeugnissen wollen sie das Gewerbe der Eingeborenen vernichten, Millionen örtlicher Handwerker, die die Städte des Orients füllen, ihres Erwerbs berauben und sie auf das Pflaster werfen. Durch Gründung riesiger Kaufhäuser wollen sie die örtlichen Kleinhändler ruinieren und auch diese zu dem Proletariat, das nichts als seine Arbeitskraft feilzubieten hat, auf die Straße werfen.

Die englischen Kapitalisten wollen alle Orientvölker völlig proletarisieren, alle Bauern, alle Handwerker, alle Händler ruinieren und sie als Arbeiter, als hungrige Sklaven auf ihre Plantagen, in ihre Fabriken, Werke, Schächte und Gruben treiben. Durch übermenschliche Arbeit, durch Hungerlöhne wollen sie den unterjochten Orientvölkern Schweiß und Blut erpressen. Und diesen Schweiß der Arbeiter, dieses Blut der Bauern wollen sie in Mehrwert, in Profite, in Gewinn, in reines Gold, in klingende Münze verwandeln.

Dies ist die Zukunft, die das imperialistische England den Völkern des Orients bereitet!

England, das kaum vierzig Millionen Menschen zählt, von denen die Gruppe der Bedrücker und Ausbeuter nicht mehr als den vierzigsten Teil bildet, während die übrigen 39 Millionen zu den unterdrückten und ausgebeuteten Stadt- und Landarbeitern gehören, will über die halbe Welt herrschen und 800 Millionen Werktätiger, die den Orient bevölkern, in Sklaverei halten. Ein einziger englischer Bourgeois und Kapitalist, der schon 39 englische Arbeiter für sich fronen läßt, will auch noch 2000 Arbeiter und Bauern Persiens, der Türkei, Mesopotamiens, Indiens und Aegyptens für sich schufte lassen. 2040 hungrige und erschöpfte Menschen, die aller Erdengüter bar sind, werden ihr ganzes Leben für einen müßiggehenden Parasiten, einen englischen Kapitalisten arbeiten müssen. Eine Million solcher Parasiten und Ausbeuter, eine Million englischer Bankiers und Industrieller will 800 Millionen Proletarier des Orients zu Sklaven machen. Und man muß es zugeben, sie verstehen es, ihr Ziel zu erreichen, sie besitzen weder Scham, noch Gewissen, noch auch Furcht, sie besitzen keinerlei Gefühle außer ungezählter Habgier und unstillbarem Durst nach Gewinn. Was geht sie der Ruin, der Hunger, das Blut, die Qualen, das Gestöhn von 800 Millionen Menschen an! Wenn es nur Vorteil, wenn es nur Bereicherung bedeutet!

In der Jagd nach diesem Vorteil, nach dieser Bereicherung krallen sich die englischen Imperialisten mit zähen Klauen an der Gurgel der Orientvölker fest und bereiten ihnen eine trostlose Zukunft. Eine Zukunft völligen Ruins, jahrhundertelanger Knechtschaft, Rechtlosigkeit, Unterdrückung und grenzenloser Ausbeutung erwartet die Völker des Orients, falls die gegenwärtige englische Regierung ihre Macht behält, falls das imperialistische England seine Kraft behält und seine Herrschaft über die Orientländer festigt. Das kleine Häuflein englischer Bankiers wird hunderte Millionen Bauern und Arbeiter des Orients verschlingen.

Aber das darf nicht sein.

Vor den englischen Kapitalisten, die das imperialistische Großbritannien beherrschen, erhebt sich die organisierte Macht der Bauern und Arbeiter der Ostvölker, die sich unter dem roten Banner der Kommunistischen Internationale, unter dem roten Banner des Bundes der revolutionären Arbeiter zusammenschlossen und sich zum Ziele gesetzt haben, die ganze Welt, die gesamte Menschheit von jeder Ausbeutung und Unterjochung zu befreien.

Der erste Kongreß der Ostvölker erklärt den Kapitalisten, die

England regieren, mit lauter Stimme, die durch die ganze Welt dringt:

Das darf nicht sein!

Ihr Hunde sollt die Völker des Orients nicht verschlingen, Ihr, die Ihr ein elendes Häuflein von Unterdrückern seid, sollt nicht Hunderte Millionen orientalischer Bauern und Arbeiter auf Jahrhunderte in Sklavenketten schmieden. Zu groß ist der Bissen, den Ihr bereits ergriffen habt, Eure Zähne können ihn nicht zerkauen, Ihr werdet an diesem Bissen ersticken.

Lange, allzu lange haben die Völker des Orients im Dunkel der Unwissenheit verharrt, unter dem despotischen Druck ihrer tyrannischen Herrscher, im Joch der fremdländischen Eroberer und Kapitalisten geschmachtet. Das Dröhnen des Weltgemetzels, der Donner der russischen Arbeiterrevolution, die das östliche russische Volk von den jahrhundertealten Fesseln der kapitalistischen Sklaverei befreite, hat jetzt auch die Völker des Orients erweckt. Vom jahrhundertelangen Schlaf erwacht, erheben sie sich nun.

Sie erheben sich und vernehmen den Ruf zum heiligen Kriege, zum „Hasawath“. Es ist unser Ruf, der zu ihnen dringt.

Es ist der Ruf des ersten Kongresses der Vertreter der Orientvölker, die sich mit dem revolutionären Proletariat des Westens unter dem Banner der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossen haben.

Wir sind es, die Vertreter der werktätigen Massen aller Orientvölker: Indiens, der Türkei, Persiens, Aegyptens, Afghanistans, Beludshistans, Kashgars, Chinas, Indochinas, Japans, Koreas, Georgiens, Armeniens, Aserbeidshans, Dagestans, des Nordkaukasus, Arabiens, Mesopotamiens, Syriens, Palästinas, Chiwas, Bucharas, Turkestans, Ferghans, der Tartarei, Baschkiriens, Kirgisiens usw., die ein unlösbares Bündnis miteinander und mit den revolutionären Arbeitern des Westens geknüpft haben, wir rufen unsere Völker zum heiligen Kriege.

Wir sagen ihnen:

Völker des Orients! So manches Mal habt Ihr von Euren Regierungen den Ruf zum heiligen Kriege vernommen, so manches Mal seid Ihr unter dem grünen Banner des Propheten ausgezogen, aber alle diese heiligen Kriege waren nichts als Lug und Trug, sie dienten nur den Interessen Eurer eigennützigem Herrscher. Ihr Bauern und Arbeiter aber bleibt auch nach diesen Kriegen in Sklaverei und Elend, für andere habt Ihr Erdengüter erobert, Ihr selbst hattet nichts davon.

Nun rufen wir Euch zum ersten wahren heiligen Kriege unter dem roten Banner der Kommunistischen Internationale.

Wir rufen Euch zum heiligen Kriege für Euer eigenes Wohl, für Eure Freiheit, Euer Leben.

England, der letzte machtvolle imperialistische Raubvogel, der noch in Europa geblieben ist, hat seine schwarzen Fittiche über die muselmännischen Länder des Orients gebreitet und ist bestrebt, die Ostvölker zu seinen Sklaven, zu seiner Beute zu machen.

Sklaverei, unerträgliche Sklaverei, Ruin, Unterdrückung und Ausbeutung bringt England den Ostvölkern. Rettet Euch, Ihr Völker des Orients!

Erhebet Euch zum Kampf gegen diesen Raubjäger.

Erhebet Euch wie ein Mann zum Heiligen Krieg gegen die englischen Eroberer.

Erhebe Dich, Du Inder, der Du vor Hunger und übermenschlicher Sklavenarbeit hingsunken bist.

Erhebe Dich, Bauer Anatoliens, den die Steuern niederdrücken, die Wucherer aussaugen.

Erhebe Dich, persischer Rajat, der Du von den Mulkadoren gewürgt wirst.

Erhebe Dich, Werktätiger Armeniens, den man in die dürren Gebirge getrieben hat.

Erhebet Euch, Araber und Afghaner, die ihr verloren seid in den sandigen Wüsten, die Ihr durch die Engländer abgeschnitten seid von der ganzen Welt.

Erhebet Euch alle zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen das imperialistische England.

Hoch weht das rote Banner des Heiligen Krieges . . .

Es ist ein heiliger Krieg für die Befreiung der Orientvölker, ein Krieg, der die Einteilung der Menschheit in unterdrückende und unterdrückte Völker aufheben soll, ein Krieg, um die Gleichstellung aller Völker und Stämme, welche Sprache sie auch sprechen, von welcher Hautfarbe sie auch seien, zu welchem Glauben sie sich auch bekennen mögen.

Auf, zum heiligen Kriege, der die Einteilung der Länder in fortgeschrittene und zurückgebliebene, in abhängige und unabhängige, in Stammländer und Kolonialländer aus der Welt schaffen soll.

Auf, zum heiligen Kriege für die Befreiung der ganzen Menschheit von dem Druck der kapitalistischen und imperialistischen Sklaverei, für die Abschaffung jeder Unterdrückung eines Volkes durch das andere, jeder Ausbeutung eines Menschen durch den andern.

Auf, zum heiligen Kampf gegen das letzte Bollwerk des Kapitalismus und Imperialismus in Europa, gegen das Netz der See- und

Landräuber, gegen den jahrhundertalten Bedrücker aller Ostvölker, gegen das imperialistische England.

Auf, zum heiligen Kriege für die Freiheit, das selbständige Leben und das Glück aller Völker des Orients, all der Millionen Bauern und Arbeiter, die von England unterjocht sind.

Völker des Orients! In diesem heiligen Kampfe werden alle revolutionären Arbeiter, alle geknechteten Bauern mit Euch sein. Sie werden Euch helfen, sie werden mit Euch zusammen kämpfen und sterben.

Dies sagt Euch der erste Kongreß der Vertreter der Orientvölker.

Es lebe die Vereinigung aller Bauern und Arbeiter des Orients und des Westens, die Vereinigung aller Bedrückten und Ausgebeuteten!

Es lebe ihr Generalstab, die Kommunistische Internationale!

Es brenne wie nie verlöschendes Feuer der Heilige Krieg der Orientvölker und der Werktätigen der ganzen Welt gegen das imperialistische England!

Die Ehrenmitglieder des Vorsitzes:

Radek (Rußland, **Bela Kun** (Ungarn), **Rosmer** (Frankreich), **Quelch** (England), **Reed** (Amerika), **Steinhardt (Gruber)** (Oesterreich), **Janson** (Holland), **Schablin** (Balkanföderation), **Joschiharo** (Japan).

Der Vorsitzende des Kongresses:

Sinowjew.

Die Mitglieder des Vorsitzes:

Ryskulow, **Abduraschidow**, **Karriljew** (Turkestan), **Mustafa**, **Subchi** (Türkei), **Wan** (China), **Karid** (Indien), **Mulabekdshan**, **Rachmanow** (Chiwa), **Muhamedow** (Buchara), **Korkmassow** (Dagestan), **Digurow** (Tergebiet), **Alijew** (Nordkaukasus), **Kostanjan** (Armenien), **Narلمانow** (Aserbeidshan), **Jenikejew** (Tatarische Republik), **Amur Sanan** (Kalmykische Republik), **Maharadzni** (Georgien), **Gaidarchan** (Persien), **Aga-Sadé** (Afghanistan), **Narbutabekow** (Taschkent), **Machmudow** (Ferghan), **Tahsim-Baari**, **Haasis-Mahomed** (Anatolien), **Kulejew** (Transkaspien), **Nijas-Kuli** (Turkmenien), **Karl-Tadshi** (Samar kand), **Nasyr-Sedyki** (Indien), **Sidadshedin**, **Kardasch-Ogly** (Dagestan), **Jeltschijew**, **Mussajew** (Aserbeidshan), **Asim** (Afghanistan), **Abdulajew** (Chiwa).

Der Sekretär des Kongresses:

Ostrowski.

Aufruf an die Arbeiter Europas, Amerikas und Japans.

Arbeiter Englands, Amerikas, Frankreichs, Italiens, Japans, Deutschlands und anderer Länder! Vernehmet die Worte der Vertreter vieler Millionen des Orients. Vernehmet die Stimme des Leidens, die aus den geknechteten Ländern Asiens und Afrikas, aus der Türkei, aus Persien, China, Aegypten, Afghanistan, Buchara und Chiwa zu Euch spricht. Jahre, Jahrzehnte hindurch haben wir geschwiegen. Ihr hörtet unsere Stimme nicht, niemand sagte Euch, wie wir lebten, wie wir unter der Herrschaft derjenigen litten, die auch Eure Herren waren. Eure europäischen und amerikanischen Fabrikanten, Kaufleute, Generale, Beamten drangen in unsere Dörfer und Städte ein, plünderten uns jahrhundertlang aus, nahmen uns, was unsere Mühe und Arbeit geschaffen und führten alles nach Europa aus, um ihr Leben, ihre Wohnstätten mit dem Werk unserer Hände, unserer uralten Kultur zu schmücken. Uns aber machten sie zu Sklaven. Bis dahin hatten wir unseren eigenen Reichen, unseren Gutsherren, Sklavenbesitzern, Sultanen, Emiren, unseren Chans und Maharadschas Tribut zu zahlen. Nun aber sausten auch noch die Peitschen der europäischen Sklavenbesitzer auf unsere Rücken nieder. Wir plagten und mühten uns auf den Pflanzungen der europäischen Kapitalisten. Unser Schweiß rann, damit sie Reis, Tee, Zucker und Tabak, Kautschuk zu billigen Preisen erhielten. Unsere Kinder wurden in Sklaverei geboren und starben in Sklaverei. Wenn Eure und unsere Herren es wünschten, so entrissen sie der Mutter das Kind, dem Manne die Frau und trieben sie aus einem Land in das andere. Sie sagten Euch, daß sie europäische Kultur, europäisches Wissen in unseren Ländern verbreiteten, tatsächlich aber verbreiteten sie nur Opium und Branntwein, damit die asiatischen und afrikanischen Sklaven, wenn das Leid ihnen das Herz zusammenschnürte, ihr unerträgliches Leben leichter vergessen konnten und es nicht wagen sollten, ihre gefesselten Hände gegen die Unterjochung zu erheben.

Eure Herren, die europäischen Kapitalisten, unterstützten unsere eigenen Unterdrücker und machten aus ihnen Hofhunde, die uns bewachten. Wo die Peitsche des örtlichen Machthabers fehlte,

sandten sie weiße Soldaten, sandten sie Kanonen hin, vernichteten die Unabhängigkeit unserer Länder, unterwarfen uns ihren Gesetzen, ihren Statthaltern und verwandelten uns im vollen Sinne des Wortes in Sklaven. Sie gaben vor, ihre Kolonien erzögen uns zu künftigem, selbständigem Leben, in der Tat jedoch kämpften sie mit aller Kraft gegen die Verbreitung des Wissens unter uns Werk-tätigen des Orients. Sie stellten zahllose Gefängnisse und Kasernen für uns bereit, aber sie bauten keine Schulen, in denen die Kinder Asiens hätten lernen können, was die Weißen Hehres und Gutes erdacht und erfunden haben. Sie blickten auf uns wie auf eine niedere Rasse, sie verboten uns, in denselben Eisenbahnwagen zu fahren wie die Weißen, uns in den Stadtteilen anzusiedeln, in denen die Weißen lebten, mit den Weißen am selben Tisch zu essen.

Ihr sahet nicht unsere Wunden, hörtet nicht unsere leidvollen Klagelieder, Ihr glaubtet Euren Unterjochern, die Euch sagten, wir wären nicht Menschen, sondern Vieh. Ihr, die Ihr selbst Diener der Kapitalisten waret, sahet in uns Eure eigenen Diener. Ihr erhobt Einspruch in Amerika, als der chinesische, der japanische Bauer, von Euren Kapitalisten aus seinem Dorfe vertrieben, in Euer Land kam, um ein Stück Brot zu erhalten. Anstatt Euch brüderlich zu nähern, uns zu lehren, wie wir mit Euch zusammen für die gemeinsame Sache der Befreiung kämpfen könnten, verdammtet Ihr uns wegen unserer Unwissenheit, schloßt Ihr uns aus Eurem Leben aus, ließ uns nicht in Euren Verbänden zu. Es kam uns zu Ohren, daß Ihr sozialistische Parteien, eine internationale Vereinigung der Arbeiter gegründet habt, aber diese Parteien und diese Internationale blieben uns ein leerer Schall; wir sahen ihre Vertreter nicht unter uns, als die Engländer uns in den Straßen der indischen Städte niedermachten, als die vereinigten Truppen der europäischen Kapitalisten uns in Peking niederschossen, als die amerikanischen Kapitalisten auf den Philippinen unsere Forderung, daß man uns Brot gäbe, mit dem Knattern der Gewehre beantworteten. Und diejenigen von uns, die in ihrem Herzen die Vereinigung der Werk-tätigen der ganzen Welt ersehnten, standen auf der Schwelle Eurer Internationale, lugten über den Zaun und sahen, daß Ihr uns zwar in Worten als gleichberechtigt anerkanntet, in der Tat aber für Leute einer niederen Rasse hieltet.

Vor nunmehr sechs Jahren brach das große Gemetzel aus. Die Kapitalisten der ganzen Welt gerieten untereinander in Streit darüber, wer von ihnen die meisten Sklaven besitzen, wer die meisten asiatischen und afrikanischen Gebiete an sich reißen sollte. Ihr, Arbeiter Europas und Amerikas, sahet in diesem Kriege der Räuber, in diesem Kriege der Mörder Euren eigenen Krieg, einen

Krieg um die Unabhängigkeit Eurer Länder, obgleich Ihr keine Handbreit Erde Euer eigen nanntet, obgleich der Grund und Boden, den Ihr mit Eurem Schweiß netztet, nicht Euch, sondern Euren Ausbeutern, Euren Herren gehörte.

Ihr halt Euren Fabrikanten, Euren Bankiers, uns zu zwingen, uns an diesem Kriege zu beteiligen, der ja doch ein Krieg gegen Euch und gegen uns war. Die Bajonette der europäischen Soldaten zwangen die Bauern Marokkos und Algeriens, auf den Feldern Flanderns, der Normandie und der Champagne durch Kugeln, Hunger und Krankheit umzukommen, zwangen die Bauern Hindustans in den Wüsten Mesopotamiens und Arabiens ihr Leben zu lassen und in den Einöden der Fellahs für das englische Expeditionskorps zu fronen, das gegen die Türken kämpfte. Sie machten aus den indischen Bauern Landkamele, die die Geschosse für die weißen Soldaten Mesopotamiens auf ihren Rücken schlepten. Für das Geld der europäischen Kapitalisten verkaufte man die Arbeiter Chinas und Annams an Rußland und Frankreich und zwang sie, unter tödlichem Kugelregen Laufgräben zu graben, in denen Ihr später starbt, in den Waffenfabriken zu arbeiten und Geschosse zu fabrizieren, durch die Ihr umkommen solltet.

Unser Blut und Schweiß vermengten sich mit Eurem Blut und Schweiß zu einem gemeinsamen Strom. Aber selbst auf den Schlachtfeldern, wenn der Farbige in trüber Nacht schier vergehen wollte vor Sehnsucht nach seiner Heimat, selbst dann zählte er nicht als Euer Bruder, sondern blieb nur der unzivilisierte Sklave, dessen Tod keiner Brust einen Seufzer, keinem Auge eine Träne abrang. In unseren Wohnstätten jedoch, hinter Meeren und Bergen, beweinten unsere Frauen ihre umgekommenen Männer, unsere Kinder ihre Väter und Ernährer.

Nun da der Krieg zu Ende ist, lassen Eure und unsere Herren, die diesen Krieg unter dem Banner der Völkerrechte und der Völkerherrschaft, unter dem Banner der Befreiung der unterdrückten Völker begonnen hatten, die Masken fallen. In den Städten Indiens herrschen Bajonett, Säbel und Maschinengewehr. In Armatzar ließ der englische General Dwyer Maschinengewehre gegen die friedlichen indischen Bürger auffahren und zwang sie, zu seinem Ergötzen auf den Bäumen zu kriechen. Im englischen Parlament aber fand sich kein einziger Arbeitervertreter, der für diesen Henker und Mörder den Galgen gefordert hätte. In Mesopotamien halten die englischen Kapitalisten 80 000 indische Soldaten, die Brüder derjenigen, die sie in Armasar hinschlachteten, bereit, um sich mit ihrer Hilfe das Mossuler Naphtha zu sichern. In Smyrna metzeln die von den englischen Kapitalisten gekauften

griechischen Soldaten die Türken nieder. In Südanatolien regiert das französische Bajonett. In Syrien zerstört der Stiefel des französischen Generals das neuerrichtete Gebäude der syrischen Unabhängigkeit. Für zwei Millionen Pfund Sterling kauft die britische Regierung ein Häuflein persischer Verräter der persischen Freiheit, um Persien zu einer Feste des englischen Kapitals gegen die Werk tätigen Persiens und Rußlands zu gestalten. In Algerien, Tripolis, Annam herrscht der Absolutismus der französischen Generäle genau so wie vor dem Kriege. In Nordchina und Korea wirtschaften japanische Gendarme und japanische Offiziere, erschießen und erhängen jeden, der es wagt, von Freiheit auch nur zu träumen. Aus dem Blut, das die Arbeiter und Bauern Asiens und Afrikas in diesem Kriege vergossen haben, ist kein Baum der Freiheit aufgewachsen, sondern bloß Galgen für die Freiheitskämpfer.

Aber durch das Knarren der Galgen, durch das Gestöhn der Gepeitschten hindurch vernehmen wir neue Rufe, vernehmen wir die Stimmer der Arbeiter, die sich mit der Waffe in der Hand gegen ihre Unterjocher erhoben haben, hören wir den Donner der Kanonen der russischen Roten Arbeiter- und Bauernarmee, die die aufständischen Arbeiter und Bauern Rußlands geschaffen. Wir hören, daß sie die russischen Kapitalisten, die russischen Gutsherren besiegt haben, und in unseren Herzen erwacht eine große Freude, erwacht der Glaube daran, daß das geknechtete und bedrückte werktätige Volk in seiner Brust die nötige Kraft finden wird, um dem Reich des Sklaventums, der Knechtung ein Ende zu machen und ein Reich der Arbeit und Freiheit zu errichten.

Hinter dem Kanonengebrüll in dem gerechten Kriege, den die russischen Bauern und Arbeiter führen, vernehmen wir Eure Stimme, Ihr Arbeiter Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns! Wir hören, daß auch Ihr zu den Waffen greift, daß auch Ihr Eure Hände gegen Eure Unterjocher erhoben habt. Und obgleich wir wissen, daß Ihr Eure Feinde noch nicht besiegt habt, erfüllt uns der Glaube, daß Ihr den endgültigen Sieg davontragen werdet, mit froher Zuversicht. Wir vernehmen aus den Städten Italiens die Stimme von Hunderttausenden von Arbeitern, die mit ihrer Brust die Bajonette der italienischen kapitalistischen Banditen auffangen. Wir hören die Stimme der französischen Arbeiter hinter dem Gitter des Gefängnisses, in das die Regierung der französischen Millionäre sie geworfen, weil sie ihren gerechten Zorn fürchtete, vor ihren begeisterten Herzen zitterte. An unsere Ohren dringt das Rauschen des aufgepeitschten Meeres der englischen Arbeiter, wie es gegen die Felsen anstürmt, auf denen die Festen des englischen Kapitalis-

mus, dieses Würgengels der Völker, dieses Räubers der Welt, Zerstörers friedlicher Hütten, emporragen.

Mit tiefer Freude, mit lauter Begeisterung vernehmen wir diese Klänge, und der Glaube wächst in uns, daß der Tag herrannah, an dem unsere Qualen ein Ende nehmen werden, an dem unser Kampf sich mit dem Eurigen vereinen wird. Wir hoffen und glauben, daß Ihr nicht nur für Euren eigenen Sieg, für Eure eigene Befreiung kämpfen werdet. Wir hoffen und glauben, daß Ihr die Fesseln an Euren Händen und Füßen nicht dazu abschütteln werdet, um sie an unseren Händen und Füßen zu lassen. Wir hoffen und glauben, daß Ihr wie ein unsauberes Hemd all die Verachtung ablegen werdet, die unsere Unterjocher Euch gegen die Werktätigen des Orients eingeflößt haben, um die Weißen gegen die Völker von anderer Hautfarbe aufzubringen und auf diese Weise mit Hilfe der einen die anderen zu unterdrücken. Nur der gemeinsame Sieg der Arbeiter Europas und Amerikas und der werktätigen Massen Asiens und Afrikas wird allen denen Befreiung bringen, die bis jetzt fronten, damit eine Handvoll Reicher in Lust und Freuden lebe. Wolltet Ihr nur Euch selbst befreien, uns aber in Sklaverei und Knechtschaft lassen, würdet Ihr morgen derselben Sklaverei und Knechtschaft verfallen, denn um uns in Ketten zu legen und in Gefängnissen zu halten, müßtet Ihr im Osten und Süden Gefängniswärter haben, eine Hundemeute, die uns hüten würde, Truppen, die uns unter ihrer eisernen Faust hielten. Ihr müßtet die Macht über uns Euren Generälen und Statthaltern übergeben, diese aber würden ihre Bajonette alsbald gegen Euch selbst richten, nachdem sie das süße Brot des Müßigganges auf Rechnung fremder Arbeit gekostet, nachdem sie gelernt, Generationen farbhäutiger Werktätiger im Joch zu halten, und die Reichtümer, die sie in Asien und Afrika gesammelt, würden dazu dienen, um Euch zur früheren Sklaverei zurückzuführen. Wolltet Ihr uns jetzt vergessen, so würdet Ihr diesen Fehler teuer zu bezahlen haben, Ihr würdet unserer Ketten gedenken, wenn Ihr die Ketten an Euren eigenen Händen fühltet. Ihr könnt Euch nicht befreien, ohne uns in unserem Freiheitskampfe beizustehen. Die Reichtümer unserer Länder bilden in den Händen Eurer Kapitalisten ein Mittel, um Euch zu unterjochen. Solange der englische Kapitalismus die indischen, ägyptischen, türkischen Bauern unbehindert ausbeuten kann, solange er sie ausplündern kann, solange er sie zwingen kann, im englischen Heer zu dienen, werden ihm stets genug Reichtümer, genug Henker zur Verfügung stehen, um die englischen Arbeiter niederzuringen. Ohne unseren Aufstand können die englischen Arbeiter nicht über die englischen Kapitalisten siegen, kann das

Weltproletariat nicht das Weltkapital besiegen. Und ebenso wie Ihr außerstande seid, Euren Kapitalisten die Macht zu entreißen, ohne Euch mit uns zu verbinden, so könnt Ihr diese Macht nicht in Euren Händen festhalten, wenn Ihr nicht ein Bündnis mit uns eingeht. Die kapitalistischen Länder Englands können aus eigenen Quellen nicht genug Getreide und Rohstoffe beschaffen, um ihre Arbeiter zu ernähren und zu bekleiden. Unsere Länder, die Länder des Orients, dagegen sind reich an Getreide und Rohstoffen. Dieses Getreide und diese Rohstoffe, ohne die die Arbeiter Europas trotz ihres Sieges vor Hunger sterben würden, stehen ihnen zur Verfügung, wenn sie mit den Werk tätigen Afrikas und Asiens ein Bündnis eingehen, wenn sie den werktätigen Massen Afrikas und Asiens helfen, ihr Vertrauen und ihre Liebe gewinnen. Mit Euch vereint stellen wir eine unbesiegbare Kraft vor. Wir können einander ernähren und bekleiden, wir können einander helfen mit Heeren bewaffneter Männer, die die gleiche Idee, die Idee der gemeinsamen Befreiung beseelt.

Zu diesem gemeinsamen Kampf rief uns die III. Kommunistische Internationale, nachdem sie gebrochen hatte mit der vermoderten Vergangenheit der II. Internationale, die trieft von unserem und Eurem Blut, die geschändet ist durch ihre Kriecherei vor dem Imperialismus, durch ihren Verrat an den Interessen der werktätigen Massen der ganzen Welt. Die Kommunistische Internationale rief Euch zum gemeinsamen heiligen Kriege gegen die Kapitalisten; sie berief uns zum Kongreß nach Baku, wo die Arbeiter Rußlands, der Türkei, Persiens, die tatarischen Arbeiter viele jahrzehntelang für die Kapitalisten gearbeitet und zugleich gelernt haben, gemeinsam gegen ihre Unterdrücker zu kämpfen. Hier in Baku, an der Grenze zwischen Europa und Asien, haben wir Vertreter vieler Millionen aufständischer Bauern und Arbeiter Asiens und Afrikas unsere Wunden vor der Welt entblößt, der Welt die Spuren der Peitschen auf unseren Rücken, die Spuren der Fesseln an unseren Händen gezeigt. Und wir erhoben unsere Dolche, unsere Revolver und Degen und schworen vor dem Angesicht der Welt, diese Waffen nicht zum Kampf gegeneinander, sondern zum Kampf gegen die Kapitalisten zu gebrauchen. In der tiefen Hoffnung, daß Ihr, Arbeiter Europas und Asiens, Euch mit uns unter dem Banner der Kommunistischen Internationale verbinden werdet, um gemeinsam mit uns zu kämpfen, zu siegen, ein auf gegenseitiger brüderlicher Hilfe aller Werk tätigen begründetes neues Leben aufzubauen, haben wir hier einen Propaganda- und Agitationsrat geschaffen, der unter der Führung der Kommunistischen Internationale, dieser Vereinigung unserer älteren Brüder

im revolutionären Kampfe, sich das Ziel gesetzt hat, die werktätigen Massen aller Rassen zu erwecken, sie zu organisieren und sie im Sturm gegen die Festen der Unterjochung zu führen.

Arbeiter Englands, Amerikas, Frankreichs, Italiens, Japans, Deutschlands und anderer Länder! Höret die Stimme der Vertreter der Millionen aufständischer Völker des Orients, die schwören, sich zu erheben, um Euch in Eurem Kampf beizustehen und die von Euch brüderliche Hilfe in ihrem Kampf erwarten! Trotz der Jahrhunderte der Knechtung und Unterjochung wenden wir uns an Euch im Vertrauen auf Eure brüderlichen Gefühle, in der Überzeugung, daß Euer Sieg die Befreiung der gesamten Menschheit ohne Unterschied der Hautfarbe, ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität bedeutet. Möge auch in Euch die Überzeugung erwachen, daß unser Kampf zu einem neuen, besseren Leben, zur Entwicklung der Völker des Orients auf den gleichen Grundlagen der Arbeit und des Wohlstandes führen wird, auf denen Ihr Euer Leben aufbauen wollt. Mögen die Donnerrufe zu Euch dringen, mit denen Dutzende und Hunderte von Millionen Werktätiger Asiens und Afrikas unseren Eid bekräftigen werden, möge das Toben Eures Kampfes zur gemeinsamen Befreiung aller Arbeitenden als Antwort auf diese Donnerrufe ertönen.

Es lebe die Vereinigung der Arbeiter aller Länder mit den werktätigen Klassen Asiens und Afrikas! Es lebe die Weltrevolution aller Unterdrückten!

Es lebe der Sieg über die Welt der Unterdrückung, der Ausbeutung und der Lüge! Es lebe die Kommunistische Internationale!

Der Vorsitzende des Kongresses
G. Sinowjew.

Der Sekretär:
Ostrowski.



Die politische und soziale Lage des englischen Weltreichs.

Aus dem großen Ringen zwischen dem englischen und deutschen Imperialismus ist England als unbestrittener Sieger hervorgegangen. Seine Machtstellung in der Welt, die sich seit einem halben Jahrtausend stets vergrößert hat, hat nunmehr ihren Höhepunkt erreicht. Wie ein eiserner Ring legt sich die Macht Englands rund um die ganze alte Welt. Auf allen Meeren hat es sich Stützpunkte für seine Flotte errichtet. Es hat seine Macht auf alle jene Gebiete ausgedehnt, welche es zur Errichtung seines Weltreiches braucht. Und obwohl dem Anschein nach momentan Frankreich das führende Land des Kapitalismus in dem Kampfe gegen Sowjetrußland ist, so ist es doch in Wirklichkeit England, welches dem zerfallenden europäischen Kapitalismus den letzten Halt bietet. Alle jene Phrasen über Völkerbefreiung und Demokratie, durch welche England sein Proletariat zum Kampfe gegen Deutschland geführt hat, sind nunmehr zum alten Eisen geworfen. Im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wurde Mittel- und Osteuropa in eine Reihe von kleinen Staaten zerschlagen, welche in Wirklichkeit die Kolonien Englands sind. Alle strategisch wichtigen Punkte sind von England besetzt. Konstantinopel ist heute ein englischer Hafen. Es sind dort nicht weniger als 19 000 englische Soldaten garnisoniert. Und während England große Teile Kleinasien Griechenlands ausliefert, um im Kampf gegen die Türkei die ganze Kraft Griechenlands verwenden zu können, behält es Cypern, eine Insel mit rein griechischer Bevölkerung, für sich, weil es sie für seine Flotte für strategisch wichtig hält. Es hat seine Hand auf die Schiffahrt der Donau gelegt und beherrscht hierdurch die Staaten, welche sich längs der Donau bis zum Schwarzen Meer erstrecken. Es scheint auf den ersten Blick, als wenn England aus dem Kriege nicht nur geschwächt, sondern gestärkt hervorgegangen wäre.

Nun ist das freilich nicht der Fall. Um aber die schweren Risse, welche der Bau des englischen Weltreichs infolge des Krieges zeigt, aufzuweisen zu können, müssen wir die Struktur des englischen Weltreiches kurz skizzieren.

England und seine Kolonien.

Die Kolonien Englands gehören zwei voneinander scharf geschiedenen Gruppen an. Die eine Gruppe bilden die Kolonien mit englischer Be-

völkerung, Siedlungskolonien, wo die ursprüngliche Bevölkerung vertrieben oder ausgerottet wurde. Die wichtigsten sind: Kanada, Australien mit Neuseeland und die Vereinigten Staaten Südafrikas.

Einige wichtige zahlenmäßige Angaben über diese Kolonien seien hier erwähnt:

Kolonien	Gebiet in Millionen engl. Meilen	Bevölkerung in Mill. Seelen
Kanada	3,8	zirka 7
Australien mit Neuseeland	3,9	zirka 6 (ohne Eingeborene)
Südafrika	beiläufig 0,5	zirka 10 (mit den Eingeborenen)

Diese Kolonien genießen seit langer Zeit eine weitgehende Autonomie. Sie hatten ihr eigenes Parlament, ihr eigenes Heerwesen, und Kanada hatte auch eine eigene Valuta. Ihre Bevölkerung war zum überwiegenden Teil englisch und sie fühlten sich mit dem Mutterlande politisch und sozial gleichberechtigt.

Die andere Gruppe der Kolonien sind die Kolonien mit fremder Bevölkerung, eroberte Länder, deren Völker von den Engländern politisch als minder berechtigt betrachtet, durch englisches Militär niedergehalten und durch englische Beamte verwaltet wurde. Die wichtigsten sind: Indien, Aegypten, ganz Mittelafrrika und das große Gebiet von Vorderasien, welches sich von Aegypten bis Indien erstreckt, von dem große Teile erst im Verlaufe des Weltkrieges unterjocht wurden, und dessen Bevölkerung jetzt noch einen scharfen Widerstand leistet. Die alten englischen eroberten Gebiete wurden durch die geschickte Ausnutzung der englischen Gewaltorganisation, durch die große Erfahrung, welche die Engländer in der Beherrschung anderer Völker durch Jahrhunderte erworben haben, mit erstaunlich geringen Mitteln im Zaum gehalten. Indien, ein Reich von 300 Millionen Menschen, hatte unmittelbar bei Ausbruch des Weltkrieges insgesamt eine Garnison von 80 000 Mann englischer Truppen, alle Offiziere mitinbegriffen. Sogar von dieser kleinen Zahl konnte bei Beginn des Weltkrieges ein Teil abgezogen werden, ohne daß es in Indien zu ernstlichen Unruhen gekommen wäre!

Das wirtschaftliche Verhältnis Englands zu seinen Kolonien war trotz der sozialen Verschiedenheit zwischen den Siedlungskolonien und den eroberten Gebieten ein ziemlich einheitliches. England war der wirtschaftliche Mittelpunkt, die Stadt, die industrielle Werkstätte dieses großen Weltreiches. Die Hauptfunktionen Englands gegenüber diesen Kolonien waren die folgenden:

1. Es bezog die Rohstoffe aus seinen Kolonien, Baumwolle aus Aegypten und Indien, Wolle aus Australien, Jute aus Indien, Lebensmittel aus allen diesen Ländern, und lieferte dafür industrielle Güter, vor allem Textilien, Maschinen und Metallwaren. Der Stadtcharakter Englands tritt

am schärfsten hervor in der Tatsache, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung Englands fast ganz verschwunden ist. Vor dem Kriege beschäftigte sich bloß der sechste Teil der Einwohnerschaft Englands mit der Landwirtschaft. Es war für das Land bzw. für die englischen Kapitalisten viel vorteilhafter, die Arbeit des englischen Proletariats in der Form von industriellen Gütern zu exportieren, und dafür die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Kolonien und anderer Rohstoffgebiete einzutauschen.

2. England war seit langer Zeit der Kapitalist der Kolonien, in dem Sinne, daß das in England überschüssige Kapital, eine bessere Anlage suchend, in den Kolonien angelegt wurde. In den Jahren vor dem Kriege wurde zirka die Hälfte des in England neu akkumulierten Kapitals in den Kolonien angelegt. Der Mehrwert, welcher in den Kolonien enteignet wurde, strömte auf diese Weise nach England.

3. England war der Frachter aller Kolonien. Der Schiffverkehr zwischen Europa und den Kolonien, ja den Kolonien untereinander, wurde zum überwiegenden Teil von englischen Schiffahrtsgesellschaften besorgt. Das Schiffahrtsmonopol gab dem englischen Kapital einen großen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz anderer Länder.

4. England diente allen seinen Kolonien als Bankter. Vor dem Kriege galt seit Jahrhunderten die englische Valuta als die beste und sicherste auf der Welt. Seit jeher wurden die englischen Noten stets gegen Gold eingelöst, und sie galten auf dem Weltmarkt ebensoviel wie das effektive Gold.

5. England diente seinen Siedlungskolonien mit seiner mächtigen Flotte als Beschützer gegen einen eventuellen Angriff anderer imperialistischer Staaten.

Das Ergebnis dieses ökonomischen Verhältnisses spiegelte sich vor dem Kriege jahrzehntelang in der stets passiven Handelsbilanz Englands wider. England erhielt Jahr für Jahr mehr Güter im Werte von Milliarden, als es ausführte. Die Differenz ergab sich aus dem Mehrwert, welchen das englische, im Auslande angelegte werbende Kapital trug; aus den Zinsen, welche die Staaten für die Anleihen zahlten; aus dem Entgelt für die Frachten, welche die englischen Schiffahrtsgesellschaften im Ausland verdienten; und endlich aus jenen, mit politischen Mitteln gewonnenen Einkommen (Steuern, Bezahlung von Beamten und Militärs usw.), welche England aus seinen eroberten Kolonien zog. Es war ein Verhältnis, bei welchem die herrschenden Klassen Englands und die herrschenden Klassen seiner Kolonien, die eroberten Kolonien mitinbegriffen, ihre Rechnung fanden. England stützt sich immer auf die herrschenden Klassen in den unterjochten Gebieten. So stützt es sich in Persien — wie die „Nation“ schreibt — „auf die Grundbesitzerklasse, welche die untätigste und ausbeuterischste des ganzen Orients ist“.

Die eigentlichen Kolonien Englands wurden ergänzt durch eine Reihe von Staaten, welche politisch scheinbar unabhängig, in Wirklichkeit ebenfalls Glieder des ökonomischen Systems des englischen Weltreiches waren. So vor allem Portugal mit all seinen Kolonien und jetzt, nach den Siegen des englischen Imperialismus, die von Rußland losgetrennten Randstaaten und, man könnte sagen, fast das ganze kontinentale Europa.

Die Folgen des Krieges für die englische Wirtschaft.

Trotz der scheinbar ins Riesenhafte gesteigerten Macht Englands ist der Krieg durchaus nicht so spurlos an der englischen Wirtschaft vorübergegangen, wie es die englischen bürgerlichen Politiker gern glauben machen möchten. Jene Deformation des Wirtschaftslebens, welche wir in der vorigen Nummer der „Kommunistischen Internationale“, als für alle kriegführenden Staaten gleicherweise geltend skizzierten: Die Verarmung an wirklichen Gütern, das ungeheure Anschwellen des fiktiven Kapitals, die scheinbare Bereicherung der Bevölkerung, welche durch die Entwertung des Geldes für die arbeitende Klasse real in eine Verschlechterung ihrer Lage umschlägt; die Verminderung der Arbeitsleistung und die Weigerung der Arbeiter, bei der verschlechterten Lebenshaltung unter kapitalistischen Verhältnissen mehr Arbeit zu leisten; die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, dem Proletariat eine entsprechende Lebenshaltung zu sichern: Alles das zeigt sich auch im Wirtschaftsleben Englands, wie wir es noch näher ausführen werden. Es muß aber betont werden, daß die Deformation der englischen Wirtschaft geringer ist, als die der andern kriegführenden europäischen Staaten. Die Gründe hierfür sind folgende:

England war das reichste Land der Welt. Es konnte also längere Zeit den Krieg mit seinen Vorräten an materiellen Gütern führen, ohne den Produktionsapparat selbst antasten zu müssen. Es zog ferner einen großen Teil jener Kapitalien, welche es in seinen Kolonien und in den andern Teilen der Welt angelegt hatte, ein und verwendete sie für die Kriegführung, das bedeutet, es konnte während des Krieges große Mengen von Gütern aus allen Teilen der Welt an sich ziehen, ohne einen Gegenwert in Gütern geben zu müssen. Und als die in der vergangenen Zeit im Ausland angelegten Kapitalien verbraucht waren — die Aktien und Wertpapiere wurden zum größten Teil von den Vereinigten Staaten, zum Teil von den englischen Kolonien selbst angekauft — da bekam es in allen Ländern der Welt Kredite und konnte damit auch weiter Güter für den Krieg verwenden, ohne seine eigene Wirtschaft damit zugrunde zu richten. Da es alle Meere beherrschte, so hatte es auch die materielle Möglichkeit, diese Güter nach England, bzw. nach den verschiedenen europäischen Kriegsschauplätzen zu transportieren.

Was aber vielleicht das wichtigste Moment ist, England bewies auch in diesem Kriege seine seit Jahrhunderten bewährte perfide Taktik: es ließ den Krieg durch seine Verbündeten beginnen, erweiterte sein Heer nach und nach und erreichte auf diese Weise auch diesmal, wie in allen früheren Koalitionskriegen, daß es am Schluß des Krieges, als sich Verbündete und Gegner bereits verblutet hatten, die größte und schlagfertigste Armee besaß. Hierdurch konnte es in den ersten Jahren des Krieges den überwiegenden Teil seiner Arbeitskraft, d. h. die Arbeitskraft des englischen Proletariats zur Produktion von Gütern verwenden, statt sie auf die Schlachtfelder zu schicken. Endlich trug die bessere Finanzierung des Krieges ebenfalls viel dazu bei, daß die Deformation des englischen Wirtschaftslebens durch den Krieg viel geringer blieb, als jene der anderen europäischen Länder. Während Frankreich und Italien, von den kleinen Ländern gar nicht zu sprechen, den Krieg ganz auf Kredit führten, d. h. durch die Aufnahme von riesigen Krieganleihen und die Emission von ungeheuren Mengen Papiergeldes, die Last des Krieges ganz auf die künftige Generation abzuwälzen trachteten und hierdurch den falschen Schein einer Bereicherung der Bevölkerung erweckten, finanzierte England den Krieg, seinen finanziellen Traditionen gemäß. Die Steuerschraube wurde vom Beginn an scharf angezogen, ein beträchtlicher Teil der Kriegskosten wurde aus den laufenden Einnahmen des englischen Volkes gedeckt. Hierdurch wurde der Schein einer Bereicherung vermieden, die Produktion von der Luxusgütererzeugung abgelenkt und eine den wirklichen realen Einkommenverhältnissen entsprechende Lebensweise der Bevölkerung erzwungen. So hat es England zustande gebracht, daß es heute bereits ein Staatsbudget ohne Defizit aufweisen kann, und daß zirka der dritte Teil der Kriegskosten während des Krieges selbst gedeckt wurde. Ganz korrekt ist auch der Staatsvoranschlag Englands nicht. Unter den Einnahmen figurieren 300 Millionen Pfd. Sterl. „außerordentliche Einnahmen“: der Erlös aus dem Verkauf von Restgütern aus der Kriegszeit. Nur auf diese Weise kann England ein Budget mit einem Ueberschuß aufweisen.

Alle diese Momente veranlaßten die englische Bourgeoisie, zu glauben, daß die wirtschaftliche Entwicklung des englischen Weltreichs nach dem siegreich beendeten Kriege an eben dem Punkt weitergehen werde, wo sie bei Beginn des Krieges abbrach. Die englische Bourgeoisie machte für den Friedensschluß die größten Vorbereitungen. Riesige Mengen von Rohmaterial wurden beschafft, das Schiffahrtsmonopol Englands wurde rücksichtslos ausgenutzt, um die andern Länder an der Versorgung mit Rohmaterial zu hindern. Und wirklich zeigte sich unmittelbar nach dem Waffenstillstand, als große Teile der Welt sozusagen ausgehungert waren, ein Aufschwung des englischen Wirtschaftslebens. Dieser Aufschwung dauerte aber nur eine kurze Zeit. Gegenwärtig macht England eine der schärfsten Wirtschaftskrisen durch, welche es je durchgemacht hat. Wir

wollen nunmehr die Ursachen dieser Krise der englischen Wirtschaft näher untersuchen.

Die Industrialisierung der englischen Kolonien.

Englands Vormachtstellung in der Welt beruhte ökonomisch darauf, daß es die industrielle Werkstatt für die halbe Welt war. Während des Krieges nun, als England seine ganze Produktion auf kriegerische Zwecke einstellen mußte, als es seine Flotte zum größten Teil für Truppen- und Kriegsgütertransporte nach den fernsten Kriegsschauplätzen senden mußte, als sich infolgedessen in den weit entlegenen kolonialen Gebieten die Rohstoffe aufhäuferten und ein Mangel an industriellen Gütern eintrat; als diese Länder infolge der hohen Preise aller landwirtschaftlichen Güter sich rasch bereicherten, entwickelte sich in allen englischen Kolonien eine neue, bodenständige Industrie, welche nunmehr den in England erzeugten industriellen Gütern den Absatzmarkt wegnahm. Es mangelt uns leider an zusammenfassendem statistischen Material, um diese Entwicklung zahlenmäßig darstellen zu können. Wir müssen uns damit begnügen, einzelne symptomatische Erscheinungen darzulegen.

Am stärksten zeigt sich der ökonomische Aufschwung und die starke Industrialisierung in Kanada. Wir lesen im „Economist“ vom 19. Juni 1920 folgendes:

„Die Situation hat sich in bezug auf die landwirtschaftliche Arbeit in Kanada sehr verschärft. Seit dem Jahre 1914 sind Tausende von landwirtschaftlichen Arbeitern in die Städte gezogen, angezogen durch die höheren Löhne und die kürzere Arbeitszeit. Da hier viel mehr Verbraucher sind, gibt es andererseits viel weniger Produzenten von Lebensmitteln in Kanada, als vor 6 Jahren, und bis diese Bedingungen nicht entfernt sind, gibt es keine Hoffnung auf eine Verminderung der Kosten der Lebenshaltung.“

Die Industrialisierung Kanadas vollzieht sich in den modernsten Formen. Es geht eine riesige Konzentration von Kapitalien und Unternehmungen vor sich mit allen Erscheinungen des wucherischen Finanzkapitals. Wir wollen ein Beispiel hierfür herausgreifen: Die British Empire Steel Company faßt alle Eisen- und Stahlwerke Kanadas zusammen. Sie dehnt jetzt ihren Einfluß auf die mächtigen Schiffahrtsgesellschaften aus, welche die inneren Schiffahrtslinien Kanadas beherrschen. Die wichtigste von diesen ist die Canadian Steam Ship Company. Das Kapital, welches diese Kompagnie real investiert hat, beträgt nach der Annahme des kanadischen Parlamentariers Armstrong sechs Millionen Dollars, nach der Annahme eines der Direktoren dieser Gesellschaft namens Bristol 17 Millionen Dollars. Die British Empire Steel Company bietet nun 44 Millionen Dollars in eigenen Aktien für die Aktien der Schiffahrtsgesell-

schaft. Die „Verwässerung“ bei dieser Transaktion beträgt daher 27 bzw. 38 Millionen Dollars. Es ist bezeichnend, daß das Kapital dieser Gesellschaft zum großen Teil in kleinen Aktien zu 5 und 10 Dollars zusammengebracht wurde. Aehnliche große Konzentrationen vollziehen sich in der kanadischen Holzindustrie und bei den Eisenbahnen.

Es ist bezeichnend, daß die Produktion bei diesen großen Unternehmen wie bei der Steel Company eine stark abnehmende Tendenz zeigt. Es wurde produziert:

Kohlen.

	Mill. Tonnen.
1916	5,3
1917	4,3
1918	3,8
1919	3,6
1920	3,5

Stahl und Eisen.

	Roheisen.	Stahl Ingots.	Eisenb.-Schienen.
1919	308 000	342 000	165 000
1920	184 000	220 000	69 000

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die kanadischen Kapitalisten dieselben Methoden zum Schutze ihres Profits anwenden wollen, wie die imperialistischen Mächte in den andern Ländern: Sie fordern den Schutzzoll. Es besteht eine große Bewegung unter den Kapitalisten Kanadas und der von ihnen finanzierten Presse zur Einführung von hohen Schutzzöllen. Es fordern dies nicht nur die textilen Industrien, sondern auch die Vertreter von solchen Industriezweigen, welche, wie die Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen, auch vor dem Kriege schon einen großen Export, zum Teil nach Rußland, hatten. Wenn wir noch hinzufügen, daß die Valuta Kanadas ein hohes Agio gegenüber dem Pfd. Sterl. hat, so sehen wir, was für eine weitgehende Veränderung sich in dem Verhältnis zwischen England und Kanada vollzogen hat.

In den andern Siedlungskolonien Englands sehen wir eine ähnliche Entwicklung. In Australien z. B. haben sich die Farmer während der Kriegszeit sehr bereichert. Die hohen Preise, vor allem des Bodens, machten es möglich, daß Australien ebenso wie Kanada nicht nur seine Schulden an England zum großen Teil bezahlen konnte, sondern auch zum Teil der Kreditgeber Englands wurde. Wir sehen daher in Australien ebenfalls eine Entwicklung zum selbständigen, selbstgenügsamen Staatswesen. In der „Times“ vom 3. Oktober 1920 lesen wir die Aeußerung des Senators Millen, daß Australien vor allem eine Vermehrung der Bevölkerung not

tnie. Englische Manufakturfirmen haben überall in Australien Filialen errichtet, Australien begrüßt und unterstützt jede weitere Niederlassung von industriellen Kapitalisten in Australien.

Dasselbe lesen wir über Neuseeland. Die Farmer haben sich während des Krieges stark bereichert. Die Preise des Bodens gehen rasch in die Höhe. Es heißt wörtlich: Eine große Menge von Reichtum wurde in den letzten zehn Jahren auf der Insel akkumuliert.

In Tasmanien entwickelt sich ebenfalls eine neue Industrie. In einem Bericht des „Manchester Guardian“ vom 8. September heißt es: Drei gut bekannte englische Firmen haben gemeinschaftlich in der Hauptstadt der Insel eine große Kakao- und Schokoladenfabrik errichtet. Eine große Karbidfabrik wurde ebenfalls in der Nähe der Stadt errichtet, welche eine Wasserkraft von 3500 Pferdekraften ausnutzt. Eine englische Firma hat im Norden gerade mit dem Bau einer großen Textilfabrik begonnen. Da man in Tasmanien nicht genug gelernte Arbeiter findet, wurden aus Lancashire englische Arbeiter importiert, um die dortigen Arbeiter anzulernen. Da auf der ganzen Insel ein großer Mangel an Zement herrscht, legt eine englische Firma den Grund zu einer großen Zementfabrik. (The Manchester Guardian 5./X. 1920). Welchen Bericht immer wir über die englischen Kolonien in die Hand nehmen, wir sehen die rasche Entwicklung der Industrie in diesen Gebieten. Ja selbst in Indien, diesem ausgebeuteten Teil des englischen Weltreiches, sehen wir eine rasche Entwicklung der Industrie, welche sich auf die ganz menschenunwürdigen Verhältnisse in Indien stützt.

In der „Humanité“ lesen wir den Auszug eines Artikels, welcher in der „Modern Review“, einer in Kalkutta erscheinenden indischen Zeitschrift, über die Lage der indischen Arbeiter erschien. Die Löhne der Arbeiter haben sich zwischen 1910 und 1917 trotz der großen Teuerung nur um 20 bis 30 Prozent erhöht. In der Landwirtschaft betragen die Löhne im Jahre 1917 pro Tag 20 bis 60 franz. Cts. Für Tischler 80 bis 200 Cts., für Maurer 80 bis 240 Cts. Im Jahre 1908 verdienten die Fabrikarbeiter 40 bis 80 Cts. täglich, die Leinenfabriken im Norden Indiens zahlten einen Wochenlohn von 4 Frs. Die Jutefabriken zahlten diesen Arbeiterkategorien nur 3.30 Frs. pro Woche. Die Kohlenarbeiter verdienen pro Tag nur 80 Cts., seit dem Jahre 1910 unverändert. Der Lohn der Kohlenarbeiter betrug, auf eine Tonne der Produktion umgerechnet, 1.15 Frs., während der Arbeitslohn der englischen Kohlenarbeiter pro Tonne zur gleichen Zeit 15 Frs. betrug.

Diese weitgehende Industrialisierung, welche in den Kolonien vor sich ging, ist einer der Hauptgründe, die dem Verkauf der englischen Güter entgegenstehen.

Selbstverständlich ist diese Industrialisierung nicht nur in den englischen Kolonien, sondern in allen außereuropäischen Ländern vor sich gegangen, im größten Maßstab in der Union und in Japan. Wir werden uns

mit den Verhältnissen dieser Länder in einem speziellen Artikel befassen. Als bezeichnend für die sprunghafte Entwicklung der außerenglischen Textilindustrie geben wir folgende Notiz aus dem „Economist“ vom 8. November 1920 wieder.

„Textilmaschinen für fremde Länder. Während der letzten Woche erschienen Vertreter der japanischen Textilindustrie in Lancashire, mit der Absicht, Baumwollspinnmaschinen einzukaufen. Sie fanden, daß die Fabrikanten sehr stark engagiert sind, und daß die meisten Firmen Verträge in ihren Büchern haben, die sie auf 3 bis 4 Jahre mit Arbeit versorgen. In Anbetracht der Unmöglichkeit, genügende Lieferungen zu erhalten, wurde der Versuch gemacht, englische Fabriken aufzukaufen, mit dem Gedanken, die Maschinen herauszunehmen und zu verschiffen, die Gewebe aber weiter zu verkaufen. Man sagt, daß Verhandlungen zwischen den Käufern und den Direktoren gewisser Gesellschaften noch im Flusse sind. Aber — bemerkt das Blatt — es bestehen Zweifel darüber, ob eine solche Transaktion für vorteilhaft angesehen werden kann.“

Neben der Konkurrenz der in den englischen Kolonien neu erwachten Industrie ist es die Industrie Nordamerikas und Japans, welche dem Absatz der englischen Industrie die größten Hindernisse in den Weg legt. Auch die Erzeugnisse Mitteleuropas, welche infolge des jämmerlichen Valutastandes sehr billig nach den neutralen Märkten gelangen, machen den englischen Waren scharfe Konkurrenz.

Englische Tagesblätter und Zeitschriften sind jetzt voll von Nachrichten über das Vordringen des japanischen und nordamerikanischen Kapitals auf Kosten des englischen. Die Wochenausgabe des „Manchester Guardian“ vom 5./XI. bringt zum Beispiel einen sehr interessanten Bericht über das rapide Vordringen des japanischen Kapitals in China. Es würde zu weit führen, hier in Details einzugehen.

Die Ausschaltung Europas als Käufer.

Es blieb für die englische Industrie der kontinentale europäische Markt, welcher mit seinen 400 000 000 Seelen und seinem großen Warenhunger Güter in großen Mengen aufnehmen konnte. Aber der Verkauf von englischen Gütern in diesen Gebieten ist dadurch behindert, daß diese Gebiete keine Gegenleistung für die Güterlieferung bieten können. Nach Schluß des Waffenstillstandes suchten die englischen Kapitalisten diese Schwierigkeiten auf zweifache Art und Weise zu heben, sie kauften die Aktien und Unternehmungen in Europa auf, und als Gegenwert lieferten sie englische Güter aller Art. Andererseits gaben sie den neuentstandenen Ländern in Osteuropa, hauptsächlich denjenigen, welche sie politisch für wichtig hielten, staatliche Anleihen, und lieferten statt Geld wiederum englische Güter. Da nun aber die Länder Mittel- und Osteuropas im Kriege völlig

verarmt sind, so verarmt, daß sie die von England gegebenen Güter zum unmittelbaren Konsum verwandten, so war die Möglichkeit, ihnen weitere Kredite zu gewähren oder weitere Unternehmungen aufzukaufen, sehr beschränkt. Heute können die Länder Mittel- und Osteuropas englische Güter überhaupt nicht mehr kaufen, denn infolge der geschiederten Verhältnisse ist die englische Valuta in diesen Ländern so überwertet, daß man Güter in englischer Valuta überhaupt nicht kaufen kann.

Die wichtigsten osteuropäischen Valuten notierten für ein Pfd. Sterl.:

	Parität.	5. Nov. 1920.
Berlin, Mark	20,43	278
Wien, Krone	24,02	1130
Prag, Krone	24,02	308
Warschau, Mark	20,43	1140
Bukarest, Lei	25,22	220
Sofia, Leva	25,22	230
Belgrad, Dinar	25,22	120

Es ist hierbei zu bemerken, daß die Kurse riesige Schwankungen zeigen von Monat zu Monat, daß aber die Gesamttendenz eine sich verschlechternde ist.

Nicht viel besser steht es mit den ehemalligen Verbündeten Englands, Frankreich und Italien, welche jetzt erst die Folgen des Krieges in ihrem Wirtschaftsleben voll zu fühlen bekommen. Dies zeigt sich in dem großen Disagio ihrer Valuta gegenüber der englischen.

Für ein Pfd. Sterl. wurde notiert („The Economist“ vom 6. XI. 1920):

	Parität.	7. November 1919.	5. November 1920.
Paris, Francs	25,22	37,34	56,67
Italien, Lire	25,22	46,30	98,12

Hierzu kommt, daß der russische Absatzmarkt, welcher seinerzeit für die englische Industrie von großer Wichtigkeit war, infolge der politischen Verhältnisse bis heute für die englischen Kapitalisten vollkommen gesperrt ist. Unter solchen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn nach einer kurzen Blüte der englischen Volkswirtschaft nach dem Waffenstillstand jetzt alle Blätter von der schweren Krise der englischen Industrie schreiben.

Die englische Wirtschaftskrise.

Der Einfluß dieser Faktoren machte sich erst im Herbst 1920 voll geltend. Bis dahin verschleierte der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaftsweise die latente Krise: die Warenlager füllten sich, die Fabriken produzierten weiter. Erst Anfang September zeigen sich die ersten Krisensymptome. Eine große Cheiffelder Stahlwarenfabrik, welche der

United Steel Corporation — dem großen Trust der englischen Eisenindustrie — angeschlossen ist, entläßt mehrere Tausend Arbeiter wegen Mangel an Aufträgen. („Frankfurter Zeitung“ vom 3. Oktober 1920.)

Am 2. Oktober schreibt bereits der „Economist“: Die industriellen Ausichten sind sehr schlecht, die Verkäufe stoßen auf große Schwierigkeiten. Am 7. Oktober schreibt die „Times“: „The slump is over us.“ Seither wiederholen sich die Krisenberichte in allen englischen Zeitungen und ökonomischen Zeitschriften. Wir geben hier einen Situationsbericht des „Manchester Guardian“ vom 29. Oktober 1920:

„Das Vierteljahr, das mit dem Monat September zu Ende ging, hat einen derartigen Niedergang im allgemeinen Handel des Landes zu verzeichnen gehabt, daß ernsthafte Befürchtungen entstanden sind. Es unterliegt keinem Zweifel, die letzten paar Monate haben vielen Leuten klargemacht, daß die durch den Krieg hervorgerufenen unnatürlichen Bedingungen, die anormale Preissteigerung, das Anschwellen des Kredits, die riesige Papiergeldemission und die gewaltigen unproduktiven Ausgaben für den Kriegsbedarf Mißstände nach sich gezogen haben, deren Hebung lange Jahre zäher, geduldiger Arbeit erfordern wird.

Unter den Ursachen des Niedergangs des Handels wären zu erwähnen: die Verarmung unserer auswärtigen Abnehmer; der hohe Geldzinsfuß; die starke Kürzung des Kredits; die Gärung unter den Arbeitern, die den Fabrikanten den Abschluß von Kontrakten mit festgesetztem Lieferungstermin erschweren und endlich die hohen Steuern, einschließlich der Ueberprofitsteuer.

Rohbaumwollmarkt. Die Monate September-Oktober brachten einen Niedergang der Rohbaumwollpreise mit sich; die Kauforder wurden eingestellt; es wurde der Versuch gemacht, in den Baumwollspinnereien gekürzte Arbeitszeit einzuführen. Der Wollmarkt hat unter einem ebensolchen Niedergang der Rohstoffpreise zu leiden. Die Zahl und Größe der Bestellungen ist dermaßen gesunken, daß viele Fabriken in West-Riding die Arbeit gänzlich oder teilweise eingestellt haben.

Andere wichtige Handelszweige sind von der Krise in gleicher Weise betroffen worden.“

Ein anderer Bericht desselben Blattes über die Schuhindustrie, ebenfalls vom 29. Oktober, lautet wie folgt:

„Die Größe der Vorräte, die Schließung der kontinentalen Absatzmärkte und die bestehenden finanziellen Schwierigkeiten bilden die Hauptursachen des Niedergangs der Schuhwarenpreise.

Die Lebensmittelpreise im Kleinhandel weisen jedoch noch keinen Rückgang auf, der mit dem Fallen der Preise im Großhandel Schritt halten würde.

Die Schuhwarenindustrie hat ebenso wie die meisten anderen Industriezweige unter den Folgen des Krieges zu leiden. Die Vorräte sind gewaltig;

die kontinentalen Märkte sind den englischen Fabrikanten fast gänzlich verschlossen; die Zahl der Arbeiter der Schuhwarenbranche ist im Vergleich zur Vorkriegszeit um 20 bis 30 Prozent gestiegen; die Verbraucher im Innern des Landes kaufen nicht mehr so leicht wie früher, da die Preise hoch stehen, der Verdienst gefallen ist und man allgemein auf einen erheblichen Rückgang der Preise im Lauf der nächsten Monate hofft.

Im Großhandel sind die Preise laut einigen Angaben bereits um 15 bis 20 Prozent, laut anderen — um 20 bis 30 Prozent gesunken.“

Wir könnten noch unzählige ähnliche Angaben beifügen.

Zwei Umstände sind es, welche dieser Krise ihr besonderes Gepräge verleihen. Die Krise zeigt ein ganz eigenartiges Gemisch von Unter- und Ueberproduktionserscheinungen. Während an Kohle, Holz und einigen wichtigen Lebensmitteln — Weizen, Butter, Eier — Mangel herrscht, gibt es eine Ueberproduktion in einer ganzen Reihe von Fertigfabrikaten. Der Brotpreis wurde unlängst um 3 Pence per Pfund erhöht, eine weitere Erhöhung von 2 Pence wurde amtlich angekündigt. Dies bei einem scharfen Fall der Weizenpreise in Amerika und auf den überseeischen Märkten überhaupt. Eine Erhöhung der Butterration wurde bis Ende des Jahres abgelehnt. Der freie Verkehr in Eiern wurde neuerdings abgeschafft und ein amtlicher Höchstpreis festgesetzt. Die Ursachen hierfür sind leicht festzustellen. Das Ausland hat entweder keinen Bedarf für englische Fertigfabrikate, weil es sich mit eigenen Erzeugnissen versorgen kann, oder mit denen Amerikas und der kontinental-europäischen Länder, welche infolge der Valutadifferenz sehr billig sind, oder aber, wenn es einen Bedarf hat, so kann es, wie die europäischen Länder, wegen der hohen Valuta keine englischen Güter kaufen. Was aber den inländischen Absatzmarkt anbelangt, so können die englischen Proletarier wegen der hohen Lebensmittelpreise keine Kleider oder andere irgendwie entbehrliche Güter kaufen. Der „Käuferstreik“ ist der ideologische Ausdruck dieser ökonomischen Tatsache.

Der niedrige Stand der Mark macht es möglich, daß die sonst so herabgekommene deutsche Industrie erfolgreich auf dem englischen Markt auftreten kann. Wir lesen hierüber in der „Times“ vom 10./XI. 1920:

„Die Kursdifferenz (die deutsche Mark wird mit $\frac{4}{5}$ Penny bewertet) gestattet dem deutschen Fabrikanten, seine Ware auf dem englischen Markt zu einem Preise abzusetzen, mit dem der englische Fabrikant nicht konkurrieren kann. So hat der deutsche Fabrikant optischer Gläser vor kurzem gute Geschäfte in England gemacht, indem er um 60 bis 80 Prozent billiger verkaufte als es der Selbstkostenpreis der in England fabrizierten Artikel ist. 12 000 deutsche prismatische Krimstecher wurden in London zu einem Preise feilgeboten, der weitaus niedriger war, als der Preis, zu dem derartige Artikel in England fabriziert werden können.

Handschuhbranche. 1913 wurde die Gesamtproduktion an Handschuh-

stoffen in England auf nicht mehr als 884 000 Quadratyards eingeschätzt. Unsere Fabrikanten machten sich mit solchem Eifer daran, diese Branche zu entwickeln, daß die Produktion 1918 auf 5 200 000 Quadratyards stieg. In den letzten paar Monaten jedoch waren die deutschen Fabrikanten eifrig damit beschäftigt, wohlfeile Ware auf den englischen Markt zu werfen. Die deutschen Angebote waren um einige Schilling billiger als die niedrigsten Preise, zu denen englische Firmen mit Gewinn verkaufen konnten. Es ist allgemein bekannt, daß Engroshäuser große Bestellungen auf diese deutschen Waren gemacht haben.

Die Lage der britischen Spielwarenfabrikanten ist gefährdet. Im Laufe des ersten Halbjahres 1920 fanden Spielwaren im Gesamtwert von über 630 000 Pfund Sterling ihren Weg von Deutschland nach England (im Vergleich zum ersten Halbjahr 1914 — eine Zunahme von ungefähr 120 Proz.).

Der zweite interessante Umstand ist, daß sich die Krise in der Form einer „organisierten“ Krise abspielt. Es gibt keine riesigen Preisstürze, keine Panik, keine großen Bankrotts. Die durch die Ueberproduktion entstandene Krise wird nicht dadurch überwunden, daß große Warenmassen auf ihren „gesellschaftlichen Wert“ reduziert werden, indem die ganze Masse zu jenem Gesamtpreis auf den Markt geschleudert wird, welcher dem Wert des „gesellschaftlich nötigen Quantum“ entspricht. Von all dem sehen wir wenig. Das Finanzkapital stützt alle Unternehmungen. Die Preise feilgeboten, der weitaus niedriger war, als der Preis, zu dem derhalten, hingegen die weitere Produktion eingeschränkt oder ganz eingestellt.

Was bedeutet das sozial?

Daß die Krise auf Kosten der Arbeiterschaft überwunden wird! Die ganze Last der Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts in der Produktion muß in Form einer langandauernden Arbeitslosigkeit von dem Proletariat getragen werden. Die englischen Textilkapitalisten reagierten auf den schlechten Absatz mit der Einführung des „short time“, und viele englische Fabrikanten benutzten die Gelegenheit des Kohlenstreiks, um den Betrieb einzustellen, obwohl sie noch Kohle für mehrere Wochen hatten. (The Workers Dreadnought 23./X. 1920.) Die Tatsache, daß die meisten englischen Aktiengesellschaften im Jahre 1920 sehr hohe Dividenden zahlten, darf uns nicht irre machen. Es sind dies die Gewinne aus dem Jahre 1919, manchmal auch noch aus dem letzten Kriegsjahr 1918. Die eben beschriebene Tendenz des organisierten Kapitals die Last der Krise auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, ermöglicht es dem Finanzkapital, auch während der Krise Dividenden zu zahlen. Für das englische Proletariat ist es aber eine aufreizende Tatsache, daß die englischen Textilgesellschaften im Durchschnitt 16 Prozent Dividende zahlen, während die Arbeiter „short time“ — 3 Tage wöchentlich — arbeiten!

Die Lage der Arbeiterschaft.

Der große Aufschwung, welchen die englische Industrie nach dem Waffenstillstand zeigte, kam der Arbeiterschaft nicht zugute. Die Kosten der Lebenshaltung erhöhten sich in England nach dem Waffenstillstand von Monat zu Monat. Der erhoffte Abbau der Preise trat durchaus nicht ein, und der Preissteigerung stand keine entsprechende Erhöhung der Arbeitslöhne gegenüber.

Zwar schreiben die englischen Blätter in den letzten Monaten viel von der fallenden Preisbewegung. Es ist eine Tatsache, daß der „Economist-Index“ den höchsten Stand im Frühjahr 1920 hatte und damals seltener eine abwärtssteigende Tendenz zeigte als jetzt. Diese Abwärtsbewegung der Preise hat sich im Monat November sehr verschärft. Untersuchen wir aber diese Tatsache näher, so finden wir, daß vor allem die Großhandelspreise jener Artikel eine fallende Tendenz zeigen, welche nicht in den Konsum des Arbeiters eingehen, während die Lebensmittel und jene Güter überhaupt, welche der Arbeiter verbraucht, bis zu diesem Moment, bis November, eine stete Steigerung zeigen. Dies ergibt sich aus den Daten der „costs of life“, welche die „Labour-Gazette“ regelmäßig nachweist. Wenn die Kosten der Lebenshaltung bei Ende des Weltkrieges mit 100 angenommen werden, so zeigt die seitherige Entwicklung folgendes Bild:

1919:	1920:
Jul 110 %	Januar 125 %
August 115 %	Februar 130 %
September 115 %	März 130 %
Oktober 120 %	April 132 %
November 125 %	Mai 141 %
Dezember 126 %	Juni 150 %
	Jul 152 %
	August 155 %
	September 161 %
	Oktober 164 %

Nehmen wir die Lebensmittel allein, so ist die Teuerung bis 1. Oktober 1920 um 170 Prozent gestiegen.

Diese Teuerung ist mit einem rapiden Sinken der Lebenshaltung der englischen Arbeiter verbunden. Sie wurde in Nr. 11 der „Kommunistischen Internationale“ von einem englischen Kommunisten sehr plastisch geschildert. Seitdem hat sich die Lage der englischen Arbeiterschaft noch mehr verschlechtert, und es ist keine Hoffnung vorhanden, daß sich diese Lage in absehbarer Zeit bessern wird. Dies wird klar und deutlich ausgesprochen in einer Feststellung der größten englischen Arbeitgebergesellschaft, der „Federation of British Industries“, welche wörtlich lautet („Times“ vom

Juli 1920): „Die Arbeiterklasse kann auf keine unmittelbare Besserung ihrer Lebenshaltung hoffen, im Gegenteil, es gibt Gründe zu befürchten, daß sich diese Lebenshaltung weiter verschlechtern wird“.

Die englischen Kapitalisten haben, wie alle Kapitalisten der Welt, hiergegen nur ein Mittel: die Erhöhung der Arbeitsleistung der Arbeiter. Nun gerade daran mangelt es in England wie in der ganzen Welt am meisten. Die Ziffern über die Kohlenproduktion, welche infolge ihrer Einfachheit am leichtesten zu übersehen sind, sind ziemlich bekannt. Der englische Minister Horne stellte unlängst fest: „Wir haben gegenwärtig einen um 50 % geringeren Export wie vor dem Kriege. Vor dem Kriege hatten wir eine jährliche Ausbeute von 207 Millionen Tonnen. Das erste Quartal dieses Jahres entspricht einer Jahresproduktion von 248 Millionen Tonnen. Im zweiten halben Jahre senkte sich diese Ziffer auf 232 Millionen Tonnen“. Und wir können hinzufügen, daß sich diese Ziffer infolge des Kohlenstreiks in dem zweiten Halbjahr des laufenden Jahres noch viel mehr verringert. Vor dem Kriege betrug die Ausbeute eines Mannes in der Kohlenindustrie durchschnittlich 270 Tonnen, im Jahre 1920 weniger als 200 Tonnen. Ein ähnliches Sinken der Arbeitsleistung finden wir fast in allen Zweigen der englischen Industrie. Und wenn wir die in den englischen Blättern veröffentlichten Berichte der Generaldirektoren der Aktiengesellschaften auf den Generalversammlungen durchlesen — wohl die interessanteste Lektüre für jemanden, der die Wirtschaftsgeschichte unseres Zeitalters studiert, — so finden wir immer und immer wieder die Klage über die Faulheit, über die geringe Arbeitsleistung der Arbeiter. Die Klagen über Lohnforderungen treten daneben ganz in den Hintergrund.

Die Herren Direktoren betonen zwar fortwährend, daß sie an der äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt sind, daß jede weitere Lohnerhöhung den Profit des Kapitals aufhebt. Aber das Schwergewicht liegt immer auf der Arbeitsleistung.

Die Tatsache, daß sich die Arbeitslöhne nicht in gleichem Maße gehoben haben, wie sich die Lebenshaltung verteuert hat, gibt noch keinen Maßstab für die Verschlechterung der Lebenslage des englischen Proletariats. Wir müssen die immer ausgedehntere Arbeitslosigkeit hierzu in Betracht ziehen.

Fortlaufende Daten über die Arbeitslosigkeit haben wir nur für jene Zweige der Industrie, in welchen die staatliche Arbeitslosenunterstützung eingeführt ist: bei einigen Branchen der gelernten Arbeiterschaft. Die Daten der monatlichen Arbeitslosigkeit in %, Maximum und Minimum, waren:

1913	1,7—2,6
1916	0,3—0,6
1917 :	0,3—1,4
1918	0,4—1,2
1919	1,6—3,2

1920 Januar	2,9
— Februar	1,1
— April	0,9
— Mai	1,1
— Juni	1,2
— Juli	1,4
— August	1,6

Über die jüngste Entwicklung der Arbeitslosigkeit machte der Arbeitsminister Mac Namara am 17. November im englischen Unterhaus folgende Angaben („Times“ vom 18. November):

Die Prozentzahl der Arbeitslosen betrug bei Ausbruch des Kohlenarbeiterstreiks am 15. Oktober 1920 4,5 %. Die Zahl enthält nicht die Arbeitslosigkeit der ungelernten und angelernten Arbeiter (welche viel größer ist).

Außerdem gibt es eine große Zahl, Hunderttausende, welche nur drei Tage wöchentlich arbeiten.

Infolge des Kohlenstreiks hat sich die Zahl der Arbeitslosen wieder um einige Hunderttausend gehoben.

Wir können also sagen, daß die Lage der englischen Arbeiterschaft, der gelernten Arbeiterschaft, heute bei weitem nicht so günstig ist, als vor dem Kriege. Verminderte Lebenshaltung, eine sich rasch ausdehnende Arbeitslosigkeit sind die Hauptfaktoren. Und das englische Kapital ist — eben weil es nicht mehr den Welthandel beherrscht — nicht imstande, die Lebenshaltung der Arbeiter wieder auf die alte Höhe zu bringen, geschweige denn eine Erhöhung der Lebenshaltung wie vor dem Kriege zu gewähren. Sehr bezeichnend für die Absichten der englischen Kapitalistenklasse sind folgende Zeilen des führenden Kapitalistenblattes („Times“ vom 17. November):

„Da die Preise fallen, sollte die Arbeiterschaft keine Schwierigkeiten machen, eine nominelle Reduktion der Arbeitslöhne zu akzeptieren, wenn der niedrigere Lohn dieselbe Quantität von Gütern kauft.“

Wenn wir diese Äußerung mit der Erklärung der British Federation zusammenstellen, sehen wir klar, daß die englischen Kapitalisten nicht daran denken, den Standard der Arbeiterschaft zu erhöhen: im Gegenteil, sie trachten die Arbeitslöhne sobald als möglich herabzusetzen.

Darüber herrscht nun eine dumpfe Erregung in den Kreisen der Arbeiterschaft, eine revolutionäre Gärung, welche aber noch keine klaren revolutionären Formen angenommen hat. Es gibt bereits Symptome einer wirklichen revolutionären Bewegung: im Sommer wurden in Schottland von ex-servicemen (Arbeitslosen) ganze Ländereien besetzt und enteignet, wobei die Behörden sich ziemlich passiv verhielten, was die „Times“ zu wahren Wutausbrüchen veranlaßte. „Sollen wir annehmen, daß in Zukunft

Gesetzesübertretungen in Schottland unbeachtet bleiben werden? Üben die Verwaltungen keine Kontrolle mehr aus?“ („Times“ vom 3. August). Die Shop-Stewardsbewegung, der rasche Zusammenschluß der bisher zerklüfteten Gewerkschaften, die sich immer mehrden Fälle der Disziplinosigkeit gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die Einsetzung eines Aktionskomitees und vor allem die sich immer weiter ausbreitende Sympathie für Sowjetrußland sind die Zeichen der Änderung des Geistes der englischen Arbeiterbewegung. Aber es ist noch alles im Werden, schwankend, unsicher, voller Widersprüche....

Die Lehren des Kohlenstreiks.

Die schwankende, zwispältige Haltung der englischen Arbeiterschaft, der revolutionäre Geist der Massen und das konservative Bremsen der Gewerkschaftsführer zeigt sich am besten im Verlauf des großen englischen Kohlenarbeiterstreiks. Wir setzen voraus, daß die Leser mit den Tatsachen selbst bekannt sind. Wir wollen also nur die charakteristischen Züge der Bewegung hervorheben.

Womit begann die Bewegung? Mit einem wirklich revolutionären Programm. Es sollte die Arbeiterkontrolle in den Kohlenminen eingeführt, die Bergwerke nationalisiert werden. In der Zwischenzeit aber forderten die Bergarbeiter eine Lohnerhöhung, und zwar so, daß nicht nur diese Lohnerhöhung nicht auf die Verbraucher in Form einer Preiserhöhung abgewälzt werden konnte, sondern so, daß außerdem die Preiserhöhung der Hausbrandkohle, jene 14 Shilling pro Tonne, welche die Regierung den Kohlenkapitalisten im Frühjahr 1920 zugestanden hatte, wieder rückgängig gemacht werden mußte. Also ein Versuch der Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter auf Kosten des Kapitalprofits. (Lückenlos ist dieser Gedanke nicht zu Ende gedacht worden, denn bei dem faktischen Monopol der englischen Kohle auf dem Weltmarkt stand dem Kapital mit Einwilligung der bürgerlichen Regierung der Weg offen, die Kosten der erhöhten Lebenshaltung der Bergarbeiter auf die anderen Länder, also auf das Proletariat der anderen Länder abzuwälzen. Also eine neue Form der alten Taktik der englischen Kapitalisten: von dem Mehrwert, den sie aus der Ausbeutung ganzer Weltteile ziehen, etliche Brosamen den privilegierten Schichten der Arbeiterschaft zuzuwenden).

Und mit was endete die Bewegung? Mit dem geraden Gegenteil von dem, womit sie begonnen hatte. Alle revolutionären Forderungen wurden noch vor Beginn des Streiks fallen gelassen: die Nationalisierung der Bergwerke, die Arbeiterkontrolle, die Reduzierung der Kohlenpreise. Es blieb nichts als eine ganz gewöhnliche Lohnforderung. Hierbei hatten die Kohlenkapitalisten ein leichtes Spiel, denn bei ihrer

Monopolstellung konnten sie die Lohnerhöhung ohne weiteres abwälzen. Aber sie benutzten die Gelegenheit, um die Mehrproduktion zu sichern: In dem Abkommen heißt es, daß die Bergarbeiter eine weitere Lohnerhöhung bekommen, wenn ein gewisses Quantum in der Produktion erreicht wird. Es gelang der englischen Kapitalistenklasse, den in revolutionären Formen beginnenden Streik in sein Gegenteil zu verkehren: mit den Arbeitern einen Vertrag zu schließen, welcher sie für die Erhöhung der Produktion interessiert. Also eine direkt konterrevolutionäre Lösung.

Wie war es möglich, diese Bewegung so in ihr Gegenteil zu verkehren? Durch den Einfluß der Gewerkschaftsführer! Durch das monatelange Verhandeln wurde jeder revolutionäre Geist aus der Bewegung hinausobstruiert. Der Regierung wurde Gelegenheit geboten, für den Fall eines Streiks alles auf das Sorgfältigste und Pünktlichste vorzubereiten, seine revolutionäre Wirkung zu paralytisieren. Die mächtige kapitalistische Presse Englands — und die Arbeiterpresse verschwindet förmlich in dem Meere der bürgerlichen Presse — hatte Zeit genug, die „öffentliche Meinung“ einschließlich weiter Schichten der Arbeiterschaft, die durch den Kohlenstreik in ihrer Existenz bedroht wurden, gegen die Kohlen-Bergarbeiterschaft scharf zu machen. Die Konjunktur hatte sich mittlerweile sehr verschlechtert, und Kapitalisten der verschiedensten Zweige benützten den Streik, um ihre Arbeiter massenhaft zu entlassen, („The Workers Dreadnought“ vom 23. 10. 1920) und hierdurch Stimmung gegen den Streik zu machen. Alles dies wurde nur durch die monatelang sich hinziehenden Verhandlungen möglich. Die Gewerkschaftsführer hatten allen revolutionären Geist aus der Bewegung hinausgeschachert.

Aber sie taten noch mehr. Sie betonten auf Schritt und Tritt, daß die Bergarbeiter keine Revolution wollten, daß sie geneigt seien, mehr zu produzieren, daß Kapital und Arbeiter aufeinander angewiesen seien. Unter solcher Führung war der Sieg der Bourgeoisie sicher.

Schon am Tage des Ausbruchs des Streiks schreibt die „Times“, das einzige tröstende Moment in der schweren Krise sei, „daß die Gewerkschaftsführer ihren Kopf nicht verloren hätten“.

Thomas, der Führer der Eisenbahnergewerkschaft, welche den Streik der Kohlengräber unterstützen sollte, — der Beginn des Sympathiestreiks war für den 25. beschlossen worden — richtete im Parlament einen Appell an die Regierung, sie möge das Vertrauen wiederherstellen, „reestablish confidence“ und die Lohnforderungen der Bergarbeiter bewilligen. Und als Lloyd George hierauf mit der Anknüpfung von Verhandlungen reagierte, wurde der Streik der Eisenbahner sofort abgesagt. Auch die Haltung Smillies war alles andere als revolutionär.

Unter solchen Umständen ist es verständlich, daß die Bourgeoisie ruhig der weiteren Entwicklung der Sache zusah. „Die City ist ruhig“

— schreibt „The Spectator“ vom 23. 10. 1920 kurz nach Ausbruch des Streiks. — Die großen Kapitalisten wünschen keinen Kampf bis ans Ende, „no fight to finish“. Leute mit großen geschäftlichen Interessen können sich den Luxus eines Heroismus dieser Art nicht gönnen. („Men with vast business interests at stake cannot afford the luxury of heroics of that character“)! Wozu denn auch! Die Interessen des Kapitals waren bei einer derartigen Gesinnung der Führer durch ein Abkommen besser gewahrt, als durch einen „fight to finish“, welcher die revolutionären Energien der Arbeitermassen gegen den Willen der Führer aufrütteln konnte....

Wird der Sieg der Bourgeoisie von langer Dauer sein?

Durchaus nicht! Schon die Abstimmung über die bekannte Vereinbarung ergab eine wenn auch kleine Majorität gegen die Annahme der Vereinbarung. Nur weil die Statuten zur Fortsetzung eines Streiks, wenn die Gewerkschaftsleitung die Beendigung desselben empfiehlt, eine Zweidrittelmajorität festsetzten, konnte die Vereinbarung als angenommen erklärt werden. Aber, ein tiefer Groll zeigte sich in den Arbeitermassen. Sie fühlten, daß sie eigentlich betrogen worden waren und gaben diesem Gefühl ziemlich laut Ausdruck. Die bürgerliche Presse gab ihrem Schrecken über das sich rapid verringemde Ansehen der Gewerkschaftsführer Ausdruck. Das Abkommen wurde nur auf vier Monate geschlossen. Ein neuer Streik scheint gewiß zu sein. Der Sieg der Bourgeoisie ist nur ein vorübergehender...

Der „Manchester Guardian“, ein streng kapitalistisches Blatt schreibt über die Abstimmung wie folgt (5. 11. 1920): „Die Abstimmung zeugt mehr von dem Wunsch, den Streik zu beenden, als von der Freude und Genugtuung über die erzielten Ergebnisse. Die Verständigungsbedingungen sind durchaus unpopulär und die Mehrzahl derjenigen, die für die Wiederaufnahme der Arbeit stimmten, wollten dadurch nur eine zeitweilige Verständigung erzielen. Sie wollen durchaus nicht, daß der Grundsatz der Festsetzung der Löhne je nach dem Produktionskostenpreise für immer einen festen Platz in dem Lohnregelungsmechanismus erhalte.“

Die englischen Arbeiter und die bürgerliche Politik.

Thomas, der typischste Vertreter der bourgeois-freundlichen Gewerkschaftsführer und Parlamentarier, erklärte während des Kohlenarbeiterstreiks, es befänden sich in beiden Lagern Leute, die meinten, es gäbe nunmehr einen Kampf „bis ans Ende“. Auch in seiner Exekutive gäbe es Mitglieder, welche seine Politik nicht guthießen. Wenn aber die Arbeiter das kapitalistische System stürzen wollten, dann sollten sie die Wahlurne hierzu benutzen. („Daily Herald“ vom 25. 10. 1920).

Es erübrigt sich, ein Wort darüber zu verlieren, daß man mit dem Wahlzettel keine Klasse aus dem Besitze der politischen Macht verjagen kann. Es ist aber äußerst interessant zu beobachten, wie sich die englische Arbeiterschaft zu dieser ihr von ihren konservativen Führern empfohlenen parlamentarischen Methode stellt. Denn die Empfehlung des Stimmzettels als bestes Kampfmittel gegen den Kapitalismus ist nicht die persönliche Ansicht von Thomas, sondern die Taktik der englischen konservativen Arbeiterführer überhaupt. Als die englischen Proletarier nach Schluß des Weltkrieges sahen, daß sie von Lloyd George betrogen wurden; daß alle schönen Phrasen vom Kampf gegen den deutschen Militarismus, für Demokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker nur dazu dienten, auf den Trümmern des deutschen Militarismus den ebenso reaktionären französisch-englischen Militarismus und Marinismus zu errichten, (Frankreich hat gegenwärtig zirka 800 000 Mann in Waffen, England — ohne seine Flotte — zirka eine halbe Million. „The Labour Leader“ vom 21. 10. 1920); daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker dazu führte, Mittel- und Osteuropa in eine Reihe von verkrüppelten, einander bekämpfenden Kleinstaaten zu zeretzen, die eigentlich Kolonien Englands und Frankreichs bilden; daß der mit soviel Stolz verkündete Völkerbund durch die Ausscheidung der Union, Deutschlands und Rußlands zu einem Werkzeug Englands behufs ideologischer und diplomatischer Beherrschung der übrigen Völker der Welt wurde: da bemächtigte sich eine tiefe Erregung der Massen der englischen Arbeiterschaft. Die Führer aber antworteten: Hättet ihr bei den Wahlen nach dem Waffenstillstand für die Labour Party gestimmt, dann wäre die Politik des Landes anders geworden.

Und wahrlich, wenn wir die soziale Zusammensetzung des gegenwärtigen englischen Parlaments betrachten, so sehen wir deutlich, wie unbrauchbar das parlamentarische System ist, um innerhalb seiner Grenzen die sozialen Gegensätze auszufeuchten. In England, dem einzigen Lande, in welchem das Proletariat im strengen Sinne des Wortes, die Lohnarbeiter die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bilden, hat das Unterhaus folgende Zusammensetzung nach einem Artikel von Harald I. Laski in der „Nation“ vom 9. Oktober 1920.

Grundbesitzer	115
Direktoren von Versicherungsgesellschaften	61
Direktoren von Kohlengrubengesellschaften	17
Direktoren von Schiffahrtsgesellschaften	30
Textilfabrikanten	19
Manufakturwarenfabrikanten	138
Bankdirektoren	28
Direktoren von Petroleumgesellschaften	4
Brauer	10
Advokaten	102

Landoffiziere	50
Marineoffiziere	12
Aerzte	10
Vertreter von Arbeiterorganisationen	67

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen, die Aerzte, die Advokaten, die Land- und Marineoffiziere ausgenommen, sind 422 Mitglieder aus der Gesamtzahl von 710 Vertreter der großen Kapitalinteressen, auf denen das kommerzielle und das Industrielle System Großbritanniens beruht. Dabei sind diese Ziffern noch nicht einmal ausschlaggebend, denn jeder weiß, daß ein Mann gleichzeitig Direktor von 10 Gesellschaften sein kann.

Es hält nicht schwer zu verstehen, weshalb das Handelsministerium davon Abstand nahm, die Schifffahrtsgesellschaften, die die Schiffe ohne vorschriftsmäßige Anzahl von Radiotelegraphisten auslaufen ließen, zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen. Hatten die Radiotelegraphisten doch kurz zuvor den Streik erklärt. Man darf sich auch nicht wundern, daß Lloyd George die Kohlengrubenarbeiter ungestraft mit Füßen tritt und sie verleumdet, wenn sie Gerechtigkeit von ihm fordern. Er muß dem Sausen der Peitsche gehorchen, oder aber seine politische Laufbahn aufgeben. Die Föderation der britischen Industriellen mit ihrem Kapital von 4 000 000 000 Pfd. Sterl. wird nicht nahezu 300 Mitglieder in das Parlament entsenden, um den Premierminister zu unterstützen, wenn dieser nicht bereit ist, ihre Forderungen bedingungslos zu erfüllen.

Die Arbeiter folgten nach dem Kriege der Weisung der Arbeiterführer: bei allen Nachwahlen errang die Labour Party sensationelle Erfolge. Es ist nun von großem Interesse, daß fast gleichzeitig mit der Beendigung des Kohlenarbeiterstreiks in großen Teilen Englands und Schottlands die Munizipalwahlen stattfanden; in diesen Wahlen fand der Siegeslauf der Labour Party bei den parlamentarischen Nachwahlen keine Fortsetzung. Die Wahlbeteiligung war gering, und die Arbeiterpartei erlitt obwohl sie im ganzen ihre Position etwas verbesserte, gerade in Arbeiterkreisen große Niederlagen. So verlor sie Mandate („Manchester Guardian“ vom 5. November 1920):

Bradford	6
Birmingham	9
Leeds	3
Liverpool	2
Manchester	2

Der Stillstand in der Entwicklung der Labour Party kann kaum anders erklärt werden, als daß die Arbeiter vom parlamentarischen Treiben angewidert sind. Es ist die Stufe der Negation des Parlamentarismus. Die englischen Arbeiter, auch die Kommunisten, müssen noch lernen, diese Negation selbst zu überwinden, und — bei klarer Erkenntnis der Tatsache,

daß Klassenkämpfe nicht im Parlament und durch das Parlament ausgetragen werden können — das Parlament als Kampfboden, als ein Mittel unter vielen zur Revolutionierung der Arbeitermassen ausnützen.

Die irische Frage.

Etwas abseits von den großen Linien der englischen Weltpolitik liegt die irische Frage. In ihrer Beurteilung laufen große Irrtümer unter, indem man die aus dem „K a p i t a l“ und anderen älteren sozialistischen Schriften stammenden Darstellungen einfach auf die Gegenwart überträgt. Diese Darstellungen sind veraltet. Es gibt heute keine verelendeten irischen Pächter mehr: die einstigen Pächter sind heute wohlhabende Kleinbauern, die das eigene Land bebauen und die englischen Städte mit Mehl, Butter, Käse, Fleisch und anderen feinen Lebensmitteln versorgen. Der erbitterte Kampf, der heute in Irland tobt, ist nicht der Klassenkampf der armen Pächter gegen die Landlords.

Die Erbitterung, mit welcher der Kampf gegenseitig geführt wird, die Ermordung von englischen Polizisten, die brutalen Racheakte der englischen Soldateska, der Hungertod des Lordmajors von Cork usw. sind allen Lesern bekannte Tatsachen. Wir geben hier nur einige zusammenfassende Daten aus der englischen Presse:

Die „Times“ vom 21. Oktober schreibt: „Im Jahre 1919 umfaßten die Provokationsakte der englischen Soldaten und Polizei 14 000 bewaffnete Überfälle auf Privatwohnungen, 1000 Verhaftungen politischer Verbrecher, 300 gesprengte öffentliche Versammlungen, die Schließung von Jahrmärkten und Märkten in sieben bedeutenden Landwirtschaftsgebieten, die Sistierung von 25 Zeitungen, die Verheerung von drei Städten, die Ermordung von 10 Privatpersonen“... Unter dem 20. Oktober berichtet die „Times“: „Sir Harmer Greenwood, der Obersekretär für irische Angelegenheiten, sagte: „Die Überfälle auf die Polizei und das Militär seit dem 1. Januar ds. Js. haben diesen nicht weniger als 118 Menschenleben gekostet; 100 Polizisten und 18 Soldaten wurden getötet, 160 Polizisten und 66 Soldaten verwundet. Es fanden 667 Angriffe auf die Polizeikasernen statt, die in den meisten Fällen völlig demoliert wurden. Im Laufe der letzten drei Wochen wurden in dem Militärgericht auf Grund des Gesetzes über Wiederherstellung der Ordnung in Irland vom Jahre 1920 194 Angelegenheiten verhandelt und 159 Urteilsprüche gefällt.“

Der „Manchester Guardian“ vom 20. Oktober schreibt: „Die katholischen Erzbischöfe und Bischöfe von Irland haben einen Aufruf über die Lage in Irland veröffentlicht. In dem Aufruf heißt es: Es geschehen jetzt Morde, Überfälle, Brandlegungen und allerhand andere Gewalttaten. Wahrhaft grauenhaft sind die zahlreichen, oft unbegründeten Überfälle und Verhaftungen in dunklen Nächten, die langwierigen Einkerkierungen ohne Ver-

hör, die grausamen Urteilsprüche von Gerichtshöfen, die weder Vertrauen erwecken noch Vertrauen verdienen; das Niederbrennen von Häusern, Stadtämtern, Fabriken, Farmen und Ernten; die Zerstörung ganzer Industriezweige durch Männer, die sich an geraubtem Wein betrunken haben und durch ihre unsinnige Tat der Not und dem Hunger den Weg ebnet. Die bewaffneten Kräfte der Regierung mißhandeln und morden friedliche Bürger. Die Behörden machen keinerlei Anstalten, diesen Gewalttaten ein Ziel zu stecken, Untersuchungen einzuleiten oder die Übeltäter laut Gesetz zu bestrafen. Die Gewalttaten wurden nicht von dunklen, unverantwortlichen Individuen geplant und gefördert, sondern von der Regierung eines machtvollen Reichs, das die höchsten Ideale der Wahrheit und Gerechtigkeit predigt.“

Ja, es scheint, unbefangen betrachtet, nicht einmal ein Massenkampf, ein Volkskampf zu sein. Einer der besten Kenner Englands in der Partei verwies mich auf die Tatsache, daß während der schärfsten Kämpfe in Irland die Lebensmittelleistungen für England regelmäßig, Tag für Tag, ohne Unterbrechung abgingen; daß während derselben Zeit irische Regimenter in Indien die Ordnung aufrechterhielten und für ihr heldenhaftes Kämpfen in Mesopotamien belobt wurden. Wäre der Kampf Irlands wirklich ein Klassenkampf oder gar ein Volkskampf, so wäre das unmöglich.

Was ist also der irische Kampf?

Es ist vor allem der Kampf einer ganz kleinen Gruppe von irischen Ideologen, aktiv unterstützt von einer kleinen Schar von Proletariern, die den Klassenkampf noch in nationaler Verbrämung führen, passiv gestützt von den breiten bäuerlichen Massen, die teils ihren alten, in dem früheren Unterdrückungssystem begründeten Haß gegen die Engländer, trotz der bereits geänderten Verhältnisse konservieren, teils hoffen, im Falle der Erkämpfung der irischen Autonomie eine geringere Steuer zahlen zu können. Dies und der Wunsch der irischen Intellektuellen nach größerem politischen Einfluß und besseren Posten scheinen den materiellen Hintergrund für die irische „Revolution“ abzugeben. — Wir dürfen uns daher von den spaltenlangen Berichten in den englischen Blättern nicht irreführen lassen. Es ist kein Klassenkampf, kein wirklicher Massenkampf, keine Revolution, die sich hier abspielt. Und ich möchte die Vermutung aussprechen, ohne dies beweisen zu können, daß die irische Krise von der englischen Regierung zielbewußt verschärft, von der englischen Presse bewußt aufgebauscht wird, um die Aufmerksamkeit des englischen Proletariats von den wirklich revolutionierenden Fragen abzulenken. . . .

*
*
*

Der stolze Bau des englischen Weltreichs zeigt tiefe Risse. Das industrielle Übergewicht Englands gegenüber den Kolonien ist im Ver-

schwinden. Die Kolonien suchen eine selbstgenügsame Wirtschaft auszubauen. Amerika und Japan verdrängen England von den zahlungsfähigen Märkten. Fast das ganze kontinentale Europa scheidet als Käufer aus. England ist nicht mehr der Geldgeber der ganzen Welt. Es ist selbst Schuldner Amerikas und der neutralen Staaten geworden. Damit lockert sich das ökonomische Band, welches die Glieder des englischen Weltreiches mit dem Herzen, England, verband. Die Siedlungskolonien brauchen England nicht länger, sie machen sich los vom Mutterstaate. In den eroberten Kolonien nimmt dieser Prozeß die Form von blutigen Aufständen in nationalem Gewande an. England wird nicht mehr jährlich große Gütermassen als Ertrag seiner im Ausland angelegten Kapitalien empfangen. Die englische Bourgeoisie wird ihrer eigenen Arbeiterklasse nicht länger Brocken von dem Mehrwert zuwerfen können, welchen sie in der ganzen Welt zusammenscharrt. Sie wird den gelernten Arbeitern nicht weiter — wie seit Jahrzehnten — eine stetige, wenn auch langsame Erhöhung ihrer Lebenshaltung gewähren können. Hiermit wird aber eben jenes Moment wegfallen, welches bisher die bessersituierten Schichten der englischen Arbeiterklasse von jeder revolutionären Bewegung ferngehalten hat.

Die Revolutionierung der englischen Arbeiterklasse schreitet in raschem Tempo unaufhaltsam vorwärts. Und mit der englischen Revolution ist die Weltrevolution gesichert.*)

E. Varga.

Moskau, den 1. Dezember 1920.

*) Es ist interessant, daß die englische Bourgeoisie ihr Heil nunmehr in der Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung sucht. Bei der Verhandlung der Agrarbill im Unterhause erklärte Lloyd George, die Sicherung „der Gesellschaft“ erfordere die Vermehrung der Bauern, der gesündesten und ruhigsten Klasse der Bevölkerung.

Die Verbannung der Fürsten.

In der „Humanité“ vom 22. und 23. August lese ich die schlaun Erklärungen, mit deren Hilfe der vom russischen Proletariat verurteilte Ernest Lafont sich vor dem französischen Proletariat zu rechtfertigen hofft. Der ehrenwerte Lafont glaubt, es genüge, die Tatsachen zu verdrehen, drei Schriftstücke zu fälschen, in scherzendem Tone alles für ein Mißverständnis, für einen „Fehler“ Sadouls und für eine „Ungeschicklichkeit“, eine „gaffe“ Trotzki's zu erklären, zwei Genossen mit niederträchtigen Insinuationen durch den Schmutz zu ziehen und sich endlich großmütig als dienenden Ritter der russischen Revolution und uneigennütigen Verteidiger der Kommunistischen Internationale aufzuspielen, um den Vorfall endgültig zu erledigen.

Ich bin gern bereit, zuzugeben, daß diese literarischen Stilblüten einer gewissen Eleganz nicht entbehren. Und ich würde mich nicht dazu hergeben, auf die zwischen den Zeilen dieses Plaidoyers verstreuten Niederträchtigkeiten zu antworten, wenn mich nicht der Vorfall selbst dazu zwänge. Indem er die Figur des Pseudoführers der französischen Arbeiterklasse in brutalem Lichte erscheinen läßt, ist er zugleich äußerst lehrreich.

Es ist mehr als genug, daß unser früher so bewundernswertes Proletariat ohne Auflehnung die niederträchtigen Rippenstöße Millerands, des Freundes der Kongregationen, erträgt, nachdem es ohne Murren die frechen Peltschenhiebe des Clemenceau der Panama ertragen hat. Es ist mehr als genug, wenn man, ohne dabei ungerecht zu sein, das französische Proletariat der Nichterfüllung seiner Pflicht der Sowjetrepublik gegenüber zeihen kann. Es ist mehr als genug, wenn dieses Proletariat einen solchen Eindruck der Schwäche hinterläßt, daß die Schicksalsträger unserer Demokratie, im sicheren Gefühl dieser Schwäche und der eigenen Stärke, die Stirn haben, seine bescheidensten Wünsche mit einer noch größeren Verachtung zurückzuweisen, als es je die Zarenregierung getan hat. Da soll wenigstens der Sozialistischen Partei und der Confédération Générale du Travail, der bewußten Vorkämpferin der Arbeiterklasse, die Gefahr und die Schande erspart bleiben, diesem beglaubigten Gehilfen der Gegenrevolution noch weiter ihr Vertrauen entgegenzubringen.

Wenn ihnen die Wahrheit über das „incident“ bekannt wird, werden die französischen Arbeiter Ernest Lafont ebenso brandmarken, wie es die Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands getan hat. Dann werden sie verstehen, warum die Kommunistische Internationale solchen Freunden

die Tür vor der Nase zuwirft, dann werden sie verstehen, warum die russische Revolution voller Ekel solche Verteidiger ausspeit.

Unaufhörlich haben wir es wiederholt: Fahnenflucht am Vorabend der Revolution, Verrat nach ihrer Verwirklichung — das ist es, was wir von vielen Zentrumsführern, von unseren Menschewiki zu erwarten haben, wenn die Kommunisten ihrerseits keine Gegenmaßregeln treffen. So haben vor kurzem ähnliche Führer des sozialistischen Zentrums und des Menschewismus überall da gehandelt, wo der revolutionäre Kampf begonnen hatte: in Rußland, Deutschland, Ungarn, Finnland, Georgien. Leider ist die so teuer erkaufte Erfahrung von den Kämpfern des Westens noch nicht in genügendem Maße eingeschätzt worden. Ich will hoffen, daß das unglückselige Abenteuer Lafonts sogar den größten Skeptikern anschaulich beweisen wird, daß die Menschewiki aller Länder alle aus einem Teig geknetet sind, daß sie aus allen Arbeiterorganisationen vertrieben werden müssen, und zwar schleunigst, denn eine solche Reinigung ist die unerläßliche Vorbedingung jeder revolutionären Aktion.

Drei Jahre lang dient die Sowjetrepublik allen Schlägen der Reaktion zur Zielscheibe. Ohne Hilfe von auswärts, unermüdet und heldenhaft, kämpft, leidet und stirbt die russische Arbeiterklasse drei Jahre lang für die Befreiung des Proletariats der ganzen Welt.

In der ganzen zivilisierten Welt gibt es keinen einzigen Arbeiter, der dies nicht verstanden hätte, der nicht täglich seine Solidarität mit dem revolutionären Proletariat und seinen Haß wachsen fühlte gegen die Mörder, die Söldlinge der Bourgeoisie, die gestrigen Koltschak und Denikin und die heutigen Verräter aus der Sozialistischen Partei Polens, die Daszynski und Pilsudski, deren Ziel es ist, die Sowjetrepublik zu erdrosseln. Es gibt keinen einzigen Sozialisten, der nicht brennende Lust fühlte, diese Solidarität und diesen Haß in Taten umzusetzen — keinen, außer vielleicht Lafont und seinen Kumpanen, die aus irgendeinem unerklärlichen Versehen heraus noch in der revolutionären französischen Partei geduldet werden.

Zur Zeit, als Herr Millerand, Hüter der Interessen der Finanzgewaltigen und zugleich Premierminister, der gleichzeitig die Gelüste der Wertpapierbesitzer befriedigen und die Ehre Frankreichs retten sollte, nachdem er auf die unüberwindliche Abneigung der Diplomaten gestoßen war, sich gezwungen sah, aus den Polizeispelunken den kleinen Spitzel Jean Ehrlich herauszuangeln und ihn zum Oberkommissar und würdigen Vertreter der französischen Börse und Republik am Hofe Wrangels zu ernennen, zur selben Zeit delegiert sich der „Genosse“ Ernest Lafont — noch weniger

vor Schmutz zurückschreckend als die sauberen Brüder vom Quai d'Orsay (Auswärtiges Amt) — selbst nach Warschau zu den polnischen Scheidemannern und Noske, zu den mit den Helmen der französischen militärischen Mission geschmückten Mördern, zu allen Lakaien Millerands und zu allen Helfershelfern Wrangels. Eine Frage: wozu?

Lafont — der grundsätzliche, beständige und platonische Verteidiger der russischen Revolution, was für eine es auch immer sein mag, Verteidiger der Revolution Lenins, wie gestern der Revolution Kerenskis und morgen vielleicht der Revolution Sawinkows, — Lafont weiß besser als irgend jemand, daß der wilde Ueberfall des weißen Polens auf das rote Rußland nichts anderes als ein gegenrevolutionäres Attentat ist. Mit derselben bewunderswerten Geschicklichkeit plädiert Lafont abwechselnd für die Interessen der Bourgeoisie vor dem Richter und für die Interessen der Arbeiterklasse vor der Abgeordnetenversammlung; er muß daher doppelt gut wissen, was Klassenkampf bedeutet. Besser als irgend jemand weiß er, daß in dem drei Jahre wütenden Kampfe Polen und Wrangel für die Diktatur der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, Rußland aber für die Arbeiterklasse kämpft.

Lafont weiß das alles sehr gut, kann aber doch Warschau nicht umgehen, wenn er Moskau besucht. In welcher Eigenschaft begibt er sich nun dahin: als Fürsprecher der Bourgeoisie oder als Bevollmächtigter der Arbeiterklasse? Geht er hin, um den Arbeitern und Bauern Polens die Augen zu öffnen über die wirkliche Bedeutung des Krieges, um sie gegen Daszynski und Millerand aufzuwiegeln und sie zum Bündnis mit dem russischen Proletariat aufzufordern? Oder, umgekehrt, um . . . Doch wozu sollen wir Hypothesen aufstellen. Tatsachen sind beredter als Worte.

Revolutionär in Firminy *) und Sozialist in Paris, verliert Lafont seinen ganzen Revolutionseifer und wird zum desto eifrigeren Ordnungs- und Friedensverfechter, je mehr er sich den Schlachtfeldern nähert, wo der soziale Kampf nicht mehr mit der Zunge und der Feder, sondern mit Kanone und Bajonett ausgefochten wird. In Warschau angekommen, holt er instinktiv die Leitformel des abtrünnigen Charles Dumas aus dem Staube hervor: er will nur den zu Informationszwecken gekommenen Politiker spielen, völlig neutral bleiben und außerhalb der Klasseninteressen stehen, unangenehmen Zufällen aus dem Wege gehen, also mit einem Wort, keine Verantwortung tragen. Dummheit und Heuchelei! Im Glauben, sich mit diesem Schilde der Unparteilichkeit, der Objektivität und der Neutralität („vor dem Antlitz des Verbrechens“ würde sein Freund Loyson sagen) gedeckt zu haben, gesellt er sich zu den Abtrünnigen des polnischen Sozialismus, zu den Mördern aus der französischen Militärmission und wird von diesem schädlichen Gewürm brüderlich auf-

*) Lafont ist Bürgermeister der Stadt Firminy.

genommen. Daszynski und seine Bande wissen auch die von diesem sozialistischen Abgeordneten, diesem Führer der „Vorhut“ des französischen Proletariats verschwenderisch nach allen Seiten ausgeteilten Sympathiekundgebungen geschickt auszunutzen, um den polnischen Arbeitern und Bauern vorzumachen, daß unser Volk ihre imperialistische Bande im Kampfe gegen das proletarische Rußland unterstütze. Auf diese Weise trägt Lafont zur Wiederherstellung des Ansehens der Söldlinge der Weltreaktion bei, wie man es nicht besser tun kann. Auf diese Weise gibt er, der Parteigänger der III. Internationale, den letzten Mohikanern der II. Internationale die Möglichkeit, mit noch heftigeren Schlägen die polnischen Kommunisten zu treffen, die sie vor seinen Augen martern. Auf diese Weise hilft der Verteidiger der russischen Revolution den unsauberen Handlangern der Entente, sich von ihren Niederlagen zu erholen und den Krieg gegen Sowjetrußland von neuem aufzunehmen.

Dieser Bürgermeister von Firminy kommt sich wie zu Hause vor in dieser Gesellschaft von Nichtswürdigen und genießt die luxuriöse Gastfreundschaft der Mitglieder der französischen Militärmission, die von Millerand bevollmächtigt ist, zu jedem Angriff gegen die russische Revolution anzufeuern, jedes Attentat auf ihre Führer zu provozieren — derselben Mission, deren verbrecherische Tätigkeit wiederholt von der französischen Sozialistischen Partei gebrandmarkt worden ist. Der Gentleman Lafont drückt mit der zum guten Ton gehörenden Herzlichkeit diese vom Blute unserer russischen Brüder triefenden Hände!

Die polnischen Menschewiki und die französischen Bretteure haben die Festigkeit der sozialistischen Ueberzeugungen Ernest Lafonts bald genug zu würdigen verstanden. „Politiker“ nennt er sich. Er übertreibt; sagen wir lieber: politischer Schwätzer. Diese Herren entdeckten sehr bald ohne Verwunderung hinter der tragischen Maske des Revolutionärs die grinsende Fratze des konservativen Skeptikers, was dieser Loire-Abgeordnete eigentlich immer gewesen ist. Sie vertrauen ihm. Und wie haben sie recht!

Das geschah zur Zeit, als die polnische Armee Hals über Kopf vor den roten Truppen flüchtete, als die polnische Regierung, durch die Vermittlung von Lloyd George, die Sowjetregierung um Friedensverhandlungen anging. Die weißgardistischen französischen Offiziere, Daszynski und die übrige Kanaille machten vor ihrem Freunde Lafont gar kein Hehl daraus, daß diese Friedensvorschläge durchaus nicht ernst gemeint wären, daß sie bloß ein Ziel verfolgten, nämlich Zeit zu gewinnen, die über Polen entrüsteten europäischen Arbeiter irrezuführen, der Armee die Möglichkeit zu geben, sich neu auszurüsten und zu reorganisieren, mit einem Wort, eine neue glücklichere Offensive vorzubereiten.

Ein niederträchtiger, aber kluger und ernst vorbereiteter Plan — was leider seine erfolgreiche Durchführung drei Wochen nach den Offen-

barungen Lafonts bewiesen hat! In der Tat vollzog sich alles genau so, wie man es Lafont ungefähr am 15. Juli gesagt und wie er es wohl zehn Tage später in Moskau wiedergegeben hat. Polen war in zwei Lager gespalten zu der Zeit, als Rußland, siegreich, aber sozusagen überrascht von seinen ungeheuren Eroberungen, und fest entschlossen, keinen Lohn für sie zu verlangen, sein Schwert zur Hälfte in die Scheide steckte; Rußland zweifelte, ob es seine Offensive fortsetzen sollte, in der Befürchtung, den Russenhaß der anderthalb Jahrhundertlang vom Zarenjoch unterdrückten und ungenügend für die Revolution vorbereiteten polnischen Arbeiter und Bauern zu erwecken; es war enttäuscht über den zu schwachen Widerhall, den der für die revolutionäre Bewegung doch so günstige Vormarsch seiner roten Truppen im Westen und besonders in Deutschland gefunden hatte. So blieb es, von dem langen Vormarsch ermüdet, auf dem Scheidewege stehen. In diesem Augenblick mußte die doppelte Offensive Pilsudskis und Wrangels jenen Erfolg zeitigen, der den Friedenschluß auf einige Monate hinausshob und die Bedingungen weniger günstig für die internationale Revolution gestaltete.

Sofort nach seiner Ankunft in Moskau wiederholte Lafont seine Mitteilungen vor Cachin, Frossard und mir. Weniger auf dem Laufenden über die polnische Ränke als ich und zweifellos auch weniger aufmerksam dem etwas unzusammenhängenden und ermüdenden Geschwätz Lafonts gegenüber, waren unsere beiden Genossen späterhin nicht in der Lage zu bestätigen, ob er diese Äußerungen Daszynski zugeschrieben habe oder nicht. Doch haben beide in gutem Glauben später vor gemeinsamen Freunden bestätigt, daß Lafont diese Erklärungen einer maßgebenden Persönlichkeit zugeschrieben habe. Frossard behauptet sogar mit Bestimmtheit, daß, wenn es nicht Daszynski gewesen sei, der nach Lafonts Worten sich so geäußert haben solle, es Pilsudski gewesen sein müsse.

Lafont verneint es kaum, daß der niederträchtige polnische Plan ihm bekannt war. An die Wand gedrückt, muß er einen anderen Ausweg suchen. In Erfindungen geschickt und schamlos, erwähnt er seine Mitteilungen, d. h. also die Hauptsache gar nicht mehr. Seine Verteidigung beschränkt sich jetzt lediglich auf die Erklärung: „Mitgeteilt hat mir das nicht Daszynski.“ Er versucht sogar, auf Grund psychologischer, chronologischer, geographischer und anderer nicht weniger lächerlicher und lügenhafter (ich werde das in einem weiteren Artikel beweisen) Beweise festzustellen, daß Daszynski ihm das nicht gesagt haben konnte. Aber, gestützt auf mein gutes Gedächtnis, bestehe ich auf meiner Behauptung, daß Lafont seinerzeit diese Mitteilungen als von einer Reihe von Persönlichkeiten, darunter von Daszynski, stammend, ausgegeben hat.

Aber nicht das ist die Hauptsache, und das versteht Lafont sehr wohl. Es ist gar nicht wichtig zu wissen, ob Daszynski allein, oder er und

selne Gesinnungsgenossen, oder seine Gesinnungsgenossen ohne ihn mit Lafont über die Sowjetrußland gestellte Falle gesprochen haben.

Die Hauptsache ist, daß Lafont gerade dort verkehrte, wo die Falle geplant wurde, und daß er davon unterrichtet war, was er nicht mehr zu verbergen wagt und auch nicht kann, nachdem die Tatsachen den von ihm mitgeteilten Plan Wort für Wort bestätigt haben. Er versuchte zwar in Moskau seine Mitteilungen zu dementieren, was ihm vielleicht auch gelungen wäre, wenn zufälligerweise die Aussagen Cachins und Frossards Troztkis und meine Erklärung nicht bestätigt hätten.

Die Hauptsache ist eben, daß Lafont — Mitglied einer Klassenpartei, der Bevollmächtigte der fortgeschrittensten Elemente des französischen Proletariats — nach Warschau, in dieses Nest der gegenrevolutionären Intrigen, gefahren ist. Wichtig ist, daß mitten im heftigen Klassenkampf, im Kampf der Bedrückten gegen ihre Bedrücker — „dem einzigen gerechten Kampfe, den die Geschichte kennt“ — Lafont der Gast des politischen und militärischen Stabes der Bedrücker war. Wichtig ist, daß er durch sein Benehmen das Vertrauen der bewaffneten Feinde der Arbeiterklasse gewonnen, daß er dieses schmachvolle Vertrauen gerechtfertigt hat, als er sich weigerte, das, was er im weißgardistischen Lager vernommen hatte, öffentlich zu enthüllen und weder in Rußland noch in Polen irgend etwas unternommen hat, um zur Niederlage der Bürgerlichen und zur Rettung der Sowjetrepublik beizutragen.

Ich könnte zu diesen Beschuldigungen, von denen jede das von den hervorragenden Vertretern des russischen Proletariats auf die Stirn des „sozialistischen“ Abgeordneten gesetzte Brandmal rechtfertigt, noch so manches hinzufügen. Aber wozu, wenn die Tatsachen selbst für sich sprechen . . .

Lafont kommt in Moskau an. Er überzeugt sich persönlich von den Entbehrungen, dem Elend und den Leiden, die seine Warschauer Freunde dem russischen Volke auferlegen. Man bittet ihn, diesem heldenmütigen Proletariat die Hilfe zu gewähren, die nicht nur jeder Revolutionär, sondern jeder ehrliche Mensch gewähren kann und muß: Verbreitung wenigstens eines kleinen Teils der Wahrheit.

Lafont besitzt Beweise des polnischen Doppelspiels, des neuen gegen Rußland geplanten Attentats. Er kann mit einem Wort die Anstifter der Missetat, Millerand und Lloyd George und ihre Helfershelfer, vernichten. Er ist in der Lage, die öffentliche Meinung Europas gegen diese Mörderbande zu entfachen, den Aufstand der Volksmassen Polens zu beschleunigen und dem russischen Proletariat eine große Hilfe zu leisten. Er kann und muß es tun. Aber es fehlt ihm der Mut und der revolutionäre Glaube. Er ist ein bedauernswertes Beispiel des erniedrigenden Einflusses, den die bürgerliche Demokratie auf so viele Arbeiterführer ausübt, die, je näher sie der Revolution kommen, desto weniger revolutionär

werden. In der Besorgnis, seine „Genossen“ Daszynski und Pilsudski zu erniedrigen, seine Freunde aus der französischen Mission, an die ihn ein schweigendes Uebereinkommen und die ihm erwiesene Gastfreundschaft bindet, zu beschuldigen, vor allen Dingen entschlossen, sie nicht zu kompromittieren, um sich selbst nicht bloßzustellen, und daher gezwungen, das für die Menschewiki so bezeichnende schwankende Spiel bis ans Ende zu führen, lehnt Lafont es ab, öffentlich zu sprechen. Als ich aber vor Lenin und Trotzki diese politischen Gespräche wiederhole, wagt es dieser tugendhafte Mann, in einem Anfall von komischer Traurigkeit sich über meine „Indiskretion“ zu entrüsten. Er hält es für unwürdig eines alten Genossen . . .

In der Tat sind die sozialistischen Parlamentarier vom Geiste Lafonts „spezifische“ Sozialisten und unheilbare Parlamentarier und so korrumpiert durch den täglichen Kontakt mit den „teuren Kollegen“ aus der Bourgeoisie, durch die Intimität der Parlamentskorridore und die freundschaftliche Mitarbeit auf der Tribüne, daß sie es nicht verstehen können, wie man die revolutionäre Pflicht oder auch nur die Ehrlichkeit höher stellen kann, als die unsauberen Konvenienzen einer alten Kameradschaft. Für sie bedeutet Kameradschaft auch zugleich Komplizität. „Diese „Indiskretion“ wird ihnen teuer zu stehen kommen“, erklärte Lafont. Ich weiß es. Und ich habe wirklich Feinde genug, um nicht leichten Herzens noch aus diesem zwanzigjährigen Freunde einen neuen Feind zu machen; aber, ich habe der Wahrheit schon ganz andere, schmerzhaftere Opfer gebracht.

In einem vertraulichen Gespräch machte ich Lafont bittere Vorwürfe wegen seiner Feigheit, die zugleich ein Verrat war. Er hörte mich mit gesenktem Kopfe, etwas befangener als es sonst seine Gewohnheit war, an . . . aber er gab nicht nach. Trotzki's und Rakowski's Mahnungen an sein Gewissen hatten auch keine bessere Wirkung. Und erst nach diesen fruchtlosen Versuchen erfuhren wir von dem, was dieser flammende Verteidiger der russischen Revolution, dieser loyale Freund der Kommunistischen Internationale so sorgfältig verborgen hatte, nämlich von seinen Beziehungen zu der französischen Mission in Warschau und zu den bekanntesten Menschewiki in Moskau. Zu unserer Entrüstung und Verachtung gesellten sich Abscheu und Beunruhigung. Das war nicht mehr demokratische Gleichgültigkeit, nicht mehr niederträchtige Feigheit, sondern Komplizität mit den Feinden des russischen Proletariats.

Lafont wird vom revolutionären Kriegsrat aus Rußland ausgewiesen, während seine politische Verbannung aus der Kommunistischen Internationale vorbereitet wird. Die Mehrheit der russischen und zu der Zeit in Moskau anwesenden ausländischen Kommunisten protestierte heftig gegen einen solchen nachsichtigen Beschluß. In der revolutionären Periode, in der Periode des Bürgerkrieges ist jeder Sozialist, der nicht der Revolution hilft, ein Verräter, ist jeder, der nicht mit der Revolution ist —

gegen sie. Lafont hat aber noch Schlimmeres getan; er hat nicht nur der Revolution nicht geholfen; er hat ihren Feinden geholfen.

Wie viele seines Schlages, hat sich dieser liebenswürdige und eitle Bourgeois, dieser alles verleugnende und alles verhöhnende Heuchler, dieser gewissenloseste aller Ränkeschmiede, die ich je gekannt habe, nur aus Ehrgeiz, nur um eine glänzende Laufbahn zu betreten, dem Sozialismus zugekehrt. Eine absolute Menschenverachtung, eine außergewöhnliche Frechheit und Gewissenslosigkeit gestatteten ihm lange Zeit, seiner Umgebung etwas vorzuspiegeln; aber das erste Zusammentreffen mit der harten und grausamen revolutionären Wirklichkeit mußte ihn in seine alte Gesellschaftsklasse zurückschleudern. Jeder Ausgang aus derselben ist ihm von nun an versperrt. Wir führen Krieg mit Ideen und nicht mit einzelnen Personen. Aber wenn ein Mensch schon so weit diskreditiert ist, dann kann er noch so viel aus vollem Halse schreien: „Es lebe die russische Revolution! Es lebe die III. Internationale!“ — er ist auf jeden Fall unwiderruflich verurteilt. Lafont kann lächeln, er kann über diese Proteste spotten — aber sein Lächeln und seine Ironie werden niemand mehr irreführen.

Jede Klugheit vergessend, läßt sich dieser kluge Mensch so weit hinreißen, daß er die unsinnigsten Lügen und Betrügereien erfindet. Um Cachin und Frossard in dem jetzt von ihnen geführten schweren Kampfe zu verwirren, um sie gegen mich in einem Augenblick aufzubringen, wo ich mich auf ihre Aussagen berufen muß, scheut er nicht davor zurück, ihre Namen mit gefälschten Kommentaren in den von ihm veröffentlichten gefälschten Dokumenten mit zu verwickeln, ebenso wie es mit Moutet u. a. der Fall war. Nach einer kurzen Durchsicht seiner Verteidigung habe ich diese erste Widerlegung verfaßt, in der ich mich auf die Darstellung der wesentlichsten Tatsachen beschränke. Doch muß dieser Entwurf noch ergänzt werden.

* * *

Diese neuen, so bezeichnenden Tatsachen kommen gerade zur rechten Zeit, um dem französischen Proletariat zu zeigen, wie notwendig es ist, nicht nur den einen Lafont aus allen Klassenorganisationen zu vertreiben — wie er aus der Kommunistischen Internationale und aus Sowjetrußland vertrieben wurde, — sondern — und zwar schleunigst um jeden Preis — alle diese Lafonts; alle die maskierten Menschewiki, die, obgleich heute Revolutionär in Worten, in Wirklichkeit nichts geringeres sind, als passive Verbündete der Gegenrevolution, die in der Tat morgen zu aktiven Feinden der Revolution werden können.

Mit dem allmählichen Anwachsen der durch die bürgerliche Gesellschaftsordnung geborenen und vom imperialistischen Kriege beschleunigten

wirtschaftlichen und politischen Krise entwickelt sich auch der Klassenantagonismus immer schärfer.

Die wirtschaftlichen Klasseninteressen gewinnen immer mehr die Oberhand über die ideologischen Fragen, die zweiten Ranges sind, die aber ehemals den Gegenstand lebhafter Streitigkeiten zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen ausmachten.

Angesichts der Drohung der kommenden Revolution streben alle Elemente, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Weltordnung haben oder zu haben glauben, nach Vereinigung. Alle die unzähligen politischen Parteien haben die Tendenz in zwei große soziale Parteien zusammenzuzießen: die Partei der Ordnung, die bürgerliche Partei einerseits, die Partei der Revolution, die proletarische Partei andererseits. Die Schlacht rückt näher, und um sie zu gewinnen, muß die proletarische Partei einen rein revolutionären Block bilden, der frei ist von kompromißlerischen Elementen.

Bei den Parlamentswahlen im November 1919 vereinigte der nationalistiche Block, der stolz das Banner der Verteidigung des Sozialismus schwang, alle bis dahin verstreuten Fraktionen der großen und mittleren Bourgeoisie, zu denen sich auch die rückständigsten Gruppen des Kleinbürgertums gesellten. Seit dem November, von dem Augenblick an, wo der Donner des revolutionären Gewitters immer lauter wurde, bemerkten wir, daß auch andere kleinbürgerliche Elemente, deren politische Interessen mit denen des Proletariats zusammenlaufen, die sich aber materiell von der Bourgeoisie abhängig glauben, unter dem Blitzableiter der Partei der Ordnung Schutz suchen. Die Kampforganisationen müssen diesen Prozeß beschleunigen. Ein würdiger Enkel Proudhons, ein verbürgerlichter Proletarier oder ein proletarisierter Bourgeois, ein Parvenu oder ein Abtrünniger, war der Kleinbürger immer und überall ein wenig gefährlicher Gegner, aber ein weit gefährlicherer Verbündeter. Seiner wirtschaftlichen Lage wegen dauernd gezwungen, zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu schwanken, durch seinen Egoismus zu den dummmsten und niedrigsten Taten vorherbestimmt, zu kurzsichtig, um voraussehen, auf welcher Seite der Sieg sein wird, zu feige, um nach der Niederlage auszuharren, ist der Kleinbürger im sozialen Kampf ebenso wie in der sozialen Organisation nicht nur das am wenigsten nützliche, sondern auch das lächerlichste, das unbeständigste und das am wenigsten zuverlässige Element. Glücklicherweise lehrt uns die revolutionäre Erfahrung, daß er nur ein Element zweiten Ranges ist. In der Periode, die Frankreich heute durchmacht, in der die Vorkämpfer des Proletariats ihre ganze Kaltblütigkeit und Umsicht anwenden müssen, um endgültig mit der zweideutigen Politik zu brechen und eine wirklich revolutionäre Taktik einzuhalten, bedeutet der politische Kretinismus und das ewige Schwanken der vorläufig noch unter dem Namen der Menschewiki an der Bewegung beteiligten Kleinbürger eine

besonders große Gefahr und Verwirrung. Später, wenn der Kampf entbrannt ist, läuft man Gefahr, daß ihre Neigung zu Konzessionen, zu Kompromissen, zur Versöhnung und sodann auch ihr plötzlicher Verrat Verwirrung und Panik in die Reihen der Arbeiterarmee wirft.

Die geschichtliche Aufgabe dieser Vermittlerklasse besteht scheinbar darin, nicht nur ihre Bundesgenossen einen nach dem anderen, sondern auch ihre eigenen Interessen zu verraten. Um sie zu verhindern, das Proletariat zu verraten, ist es das beste, sie rechtzeitig zu zwingen, die Bourgeoisie zu verraten, indem man sie in die Reihen der Bourgeoisie stößt.

Jedenfalls wäre es höchst unvorsichtig, vor Übernahme der Macht die ganze Masse des Kleinbürgertums für die erste revolutionäre Armee anzuwerben, denn diese Armee darf in ihren Reihen nur begeisterte und starke Kämpfer zählen. Während dieser vorbereitenden Periode muß die Vorhut der Bauern und Arbeiter im Gegenteil alles tun, um die ihrer Sache am günstigsten gestimmten kleinbürgerlichen Elemente zu neutralisieren, die anderen schonungslos zu entlarven und sie zu zwingen, sich in die Arme der Bourgeoisie zu werfen.

Es wird nicht schwer sein, die den rechten Flügel der Sozialistischen Partei bildenden Überreste der Klembürger abzuschütteln. Wenn auch nicht formell, so sind sie doch tatsächlich schon mit Sack und Pack in den Dienst der Bourgeoisie übergegangen. Sie sind daher nicht mehr gefährlich. Die Gefahr verbirgt sich im Zentrum, wo diese sozialen Mestizen einen kompakten Kern bilden. Man findet sie nicht in dem Zentrumsheere, dessen ungeheure Mehrheit instinktiv mit uns ist, sondern im zentristischen Generalstab. Dieser besteht zwar zum Teil aus ehrlichen Menschen, die der natürliche Gang der Ereignisse vom Opportunismus zum Kommunismus geführt hat; zum Teil aus schüchternen Menschen, die nicht genügend Mut zu revolutionären Handlungen besitzen, obgleich sie die Notwendigkeit solcher Aktionen theoretisch zugeben; man findet unter ihnen aber auch solche, die nur mit der Zunge dem Kommunismus Zugeständnisse machen, um mit der Mode mitzugehen und sich bei den Arbeitermassen besser einzuschmeicheln.

In der Zeit der Vorbereitung der Revolution — und sie hat in Frankreich eben erst begonnen — gilt es nun zu allererst, die Truppen von diesen falschen Führern zu befreien.

Diese Herren glauben gern — und bemühen sich vor allen Dingen anderen diesen Glauben einzufloßen —, daß das feste Vertrauen des Proletariats ihnen gesichert ist. Noch vor einigen Monaten gaben sich Albert Thomas und Renaudel, Scheidemann und Noske, Henderson und Labriola, Vandervelde und Pilsudski, Kerenski und Renner, alle diese Hohenpriester der europäischen Sozialdemokratie, denselben Illusionen hin. Doch bei den ersten Windstößen des revolutionären Sturmes haben diese falschen Helden

auf ihren Postamenten zu schwanken begonnen und bald werden sie krachend zu Boden stürzen.

Die Halbgötter des Zentrums werden nicht unsterblicher sein als die Götter der Rechten. Die Schatten der Dämmerung überziehen bereits ihre Häupter. In den Ländern, wo die revolutionären Schlachten schon entbrannt sind, haben die Massen der Kämpfenden bereits ihre Altäre verlassen. In Rußland, in Oesterreich, in Deutschland bleiben die angebeteten Götzen — Martow und Axelrod, Bauer und Adler, Kautsky und Dittmann einer nach dem anderen allein.

In den Ländern, wo sich zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie Vorpostenkämpfe abspielen, wie z. B. in Italien, ist der Opportunismus einem heftigen Sturm ausgesetzt. Leider zögert die italienische Arbeiterklasse noch, ihre Turati und ihre D'Aragona abzustoßen. Gefährliche Schwäche!

Es ist zu schwer, auch wenn man die Vergangenheit kennt, das Kommende vor auszusehen. Wenn der Brand, dessen erste Funken vor unseren Augen emporsteigen, ganz Italien entzündet, werden wir erleben, daß diese Feuerwehrmannschaften der Ordnung das kalte Wasser ihrer dummen Weisheit, ihrer verräterischen Warnungen auf die revolutionären Flammen gießen werden. Sie werden die Versöhnungsversuche wiederholen, sie werden den gefährlichsten Kompromissen Lob singen, sie werden die Arbeiterklasse entnerven, ihr Furcht und Zweifel einflößen, ihre revolutionäre Begeisterung schwächen. Und zuletzt werden sie bewußt oder unbewußt zu ihrer Ermordung durch die Bourgeoisie beitragen. Schon jetzt versuchen sie, die Arbeiter in die Schranken der Gesetzlichkeit einzuzwängen. Sie verhindern sie zu begreifen, daß die Besitznahme einiger Fabriken nicht genügt, daß man gleichzeitig die Hand auch auf die Rohstoffe, die Transportmittel, die Kreditinstitutionen legen muß, daß man sich die Kraft sichern muß, das alles auch zu verteidigen, das heißt, daß man vor allem den bürgerlichen Staat stürmen, den Widerstand mit bewaffneter Hand brechen, das gesamte Verwaltungs- und Militärsystem vernichten, mit einem Wort, sich der ganzen politischen Gewalt bemächtigen muß.

Möge unser Proletariat über diese Lehren nachdenken, möge es beobachten und sich erinnern. In Rußland hat die Revolution gesiegt, weil lange ehe das Proletariat sich erhob, die Bolschewiki genug Energie und Einsicht hatten, um die Sozialopportunisten, die Menschewiki, bloßzustellen und zu schlagen. In Deutschland, in Oesterreich, überall, wo die Kommunisten nicht weise und stark genug waren, diese Schlacht auszufechten, wurde die Revolution von den Menschewiki verraten und von der Bourgeoisie erstickt. Die Bekämpfung des Opportunismus, des Menschewismus, d. h. der aufgeblasenen und leeren, sentimental-lyrischen, bornierten und furchtsamen kleinbürgerlichen Ideologie ist das Dringendste und Nächstliegende. Darum muß man den Feind nicht nur im bürgerlichen Heere.

sondern in den Reihen des Proletariats selbst suchen und verfolgen. Es ist allerdings nicht immer leicht, ihn zu erkennen.

Neben einem Millerand, der mit niedrigster Demagogie die Parlaments-türen einschlägt und sodann das Proletariat für ein Ministerportefeuille verrät; der zuerst die Rolle eines Spitzels der Revolution und sodann die des Henkers der revolutionären Nationen spielt; der sich vom Antiklerikalismus ernährt, seine Familie und seine Klienten wie eine hungrige Meute zur Beraubung der Kirchengüter aufhetzt, seine Taschen durch schamloseste Betrügereien mit den Milliarden der Kongregationen vollstopft und später um den Präsidentensessel im Ministerrat wirbt, indem er der klerikalen Mehrheit eine Wiederaufnahme der Beziehungen mit dem Vatikan anbietet; der „Nieder mit der Revolution! Es lebe der Papst!“ schreit, nachdem er „Es lebe der Sozialismus! Nieder mit der Käuflichkeit!“ geschrien hat —, neben diesem unersättlichen, grausamen und gierigen Streber, der nach so vielen Verrätereien und Abtrünnigkeiten immer noch bereit ist, zu verraten und zu verleugnen, um seinen Durst nach Reichtum und Macht zu stillen, neben einem Viviani, einem Briand, einem Renaudel, diesen Abtrünnigen reinsten Wassers verblüffender Niederträchtigkeit, findet man in dieser glänzenden Gesellschaft andere, bescheidenere, unendlich verschiedenartige, aber äußerst gefährliche Variationen.

Einst waren die Menschewiki, diese ehrbaren Nachkommen der Abtrünnigen, stolz darauf, eine eigene Lehre zu besitzen. Sie verteidigten das allgemeine Wahlrecht, die Freiheit, die Gesetzlichkeit, alle diese von der mütterlichen Liebe der Bourgeoisie erfundenen Klapperschellen, mit denen sie der naiven Eitelkeit des Proletariats schmeichelte, mit denen sie diesen, ihr vom Kapitalismus geschenkten Sklavensohn, zu retten suchte, der, nachdem er das erhebenste Beispiel kindlicher Liebe gegeben und die höchsten sozialen Tugenden — die Unterwürfigkeit vor dem Reichtum und die Demut im Elend — an den Tag gelegt hatte, plötzlich freche Ansprüche auf Freiheit und Glück erhob.

Heute haben kaum einige gichtige Doktrinäre wie Martow und Kautsky noch die Stirn, die Forderungen der Eltern dem guten Recht des mündigen Sohnes gegenüber zu verteidigen und Millerand gegen Lenin zu unterstützen. Und selbst sie mußten den neuen Strömungen große Zugeständnisse machen. Was die große Mehrheit der von den Arbeitermassen zur III. Internationale mitgerissenen Menschewiki anbetrifft, so wagen sie nicht mehr, offen gegen den Strom zu schwimmen. Mit der Zunge haben sie die bürgerliche Demokratie verleugnet. Sie haben gelernt zu schreien: „Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe die Sowjetmacht!“ Und sie schreien sogar ganz gut.

Von diesen Neubekehrten haben sich einige ehrlich der III. Internationale angeschlossen, andere aber wollen in dieselbe eindringen, um durch Schlaueit das zu erreichen, was ihnen mit Gewalt zu erreichen nicht ge-

lungen ist. Sie umarmen uns so fest, um uns desto besser erdrosseln zu können.

Wie soll man die Ehrlichen von den Betrügern unterscheiden?

Zur Zeit des Bürgerkrieges, als kaum die ersten Schüsse gefallen waren, haben sich die falschen Kommunisten selbst entlarvt. Aber wieviel Unheil hatten sie schon vorher angerichtet! Und wie soll man sie in einem Lande unterscheiden, wo der Kampf noch nicht auf die Straße hinausgetragen ist, sondern noch mit der Zunge und der Feder ausgefochten wird?

Wenn es möglich wäre, die Kandidaten für die III. Internationale so zu prüfen, wie man die in die Kommunistische Partei Rußlands Neueintretenden prüft, die man an die Front schickt, damit sie ihr Leben der Partei opfern, so wäre die Aufgabe leicht. Ebenso leicht wäre sie, wenn man das Gewissen eines jeden sondieren könnte, indem man ihn revolutionären Tatsachen gegenüberstellt. Leider dürfen wir nicht daran denken, künstlich eine revolutionäre Front zu schaffen oder für alle französischen Menschewiki die entscheidende Warschauer Feuerprobe Lafonts zu wiederholen.

Ein Mensch ohne Glauben, aber von geschmeidiger Klugheit, hat Lafont längst die traurige Notwendigkeit eingesehen, auf dem Papier wenigstens der III. Internationale beizutreten. Eng verbunden mit den russischen Menschewiki, kompromittiert durch seine Intrigen, sah er die besonderen Schwierigkeiten voraus, auf die sein Beitritt stoßen würde. Und er beschloß, denselben sorgfältig vorzubereiten. Mit Mut, besser gesagt mit Frechheit ausgerüstet, pilgert er absichtlich nach Rußland. Aber die Ironie des Schicksals, die Gambetta die unabwendbare Gerechtigkeit genannt hat, wollte es, daß der Unglückliche, der nach Moskau, in die heilige Stadt der Revolution, gekommen war, um den Händen der nichtsahnenden Oberpriester die Sakramente der kommunistischen Kirche zu entreißen, von dort keuchend unter der Last der Flüche und gebrandmarkt als Gegenrevolutionär zurückkehrt.

Lafont ist keine Ausnahmestalt. Er ist ein alltäglicher, typischer Vertreter der gemischten sozialistischen Familie, die in Worten zum Proletariat und zur Revolution steht, in Wirklichkeit aber in größter Eintracht mit der Bourgeoisie lebt und im Geiste konservativ ist. Mit mehr Klugheit, geistiger Wandlungsfähigkeit und Geschicklichkeit ausgerüstet als die anderen, leidet er trotzdem an den Anomalien und Gefühlsgegensätzen, die für den revolutionären Kleinbürger, den sogenannten Menschewik, so bezeichnend sind. In dem von der Bourgeoisie usurpierten fetten Boden tiefe Wurzel fassend, wollüstig die Substanzen seiner körperlichen und geistigen Nahrung aus ihm schöpfend, ist Lafont dennoch von dem Elend der großen Menschenmassen beunruhigt, denen nur der trockene Sandboden zugefallen ist; mit einem ausreichend gesunden Menschenverstand begabt, um die Ungeheuerlichkeit seiner eigenen Vorrechte einzusehen, feinfühlig genug, um darunter zu leiden, tugendhaft genug, um sie zu verdammen, ist er doch gleichzeitig

Egoist genug, um den von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gewährten Genüssen in zu hohem Maße zu fröhnen, ist sein bürgerlich konservativer Instinkt doch noch stark genug, um ihn zu zwingen, die platonischen Angriffe beiseite zu lassen und zur konkreten Verteidigung der für ihn und von ihm geschaffenen verbrecherischen Gesellschaft überzugehen, wenn diese Gesellschaft infolge der revolutionären Forderungen der Arbeitenden in Todesgefahr schwebt.

Es ist nun nicht sehr schwer vorauszusagen, daß die Mehrheit der Freunde Lafonts bei Gelegenheit dasselbe tun wird, was er getan hat und was in ähnlichen Fällen die Menschewiki in anderen Ländern getan haben. Aber wenn der Fall Lafont und andere traurige Experimente uns das Recht geben, der Arbeiterklasse zuzurufen: „Nimm dich in acht, verurteile Lafont und verdächtige seinesgleichen!“ so hätten wir doch nicht weiter gehen können, und das Problem der Reinigung der Parteien wäre ungelöst geblieben, wenn nicht der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale andere Methoden der Bloßstellung der Verräter gefunden hätte.

Der erste Kongreß stellte die Grundsätze der kommunistischen Lehre und Taktik auf. Sein Programm entfesselte die wütendsten Angriffe der ganzen II. Internationale. Trotzdem aber wurde diese bittere Pille nach einigen Monaten von der Mehrzahl der Opportunisten hinuntergewürgt und mit großer Leichtigkeit verdaut. Um die junge Internationale vor der drohenden Invasion der ekelhaften Armee der Karrieristen und sozialdemokratischen Trödler zu bewahren, beschloß die III. Internationale, diesen unerwünschten Elementen eine Reihe unüberbrückbarer Hindernisse in den Weg zu stellen. Sie macht den Eintritt und das Verbleiben der Parteien in der Internationale von gewissen Bedingungen abhängig, die alle auf eins hinausgehen: jeder, der zur III. Internationale gehört, muß immer und überall als ehrlicher Revolutionär handeln. Mögen es ihrer neun oder achtzehn, oder einundzwanzig sein — diese Bedingungen verfolgen kein anderes Ziel, als die geschicktesten Menschewiki zu zwingen, entweder die III. Internationale zu verlassen oder aber als echte Kommunisten aufzutreten. Keine dieser Bedingungen verletzt die vom ersten Kongreß aufgestellten und von der Französischen Sozialistischen Partei in Straßburg angenommenen Grundsätze. Sie beschränken sich auf den Entwurf des inneren Statuts einer wirklichen kommunistischen Partei, das ihre Rolle und ihre Pflichten feststellt und ihre Organisation und Disziplin regelt. Sie sind in einer hinlänglich allgemeinen und geschmeidigen Form abgefaßt, um mit Leichtigkeit den speziellen Bedingungen angepaßt werden zu können, unter denen das Proletariat eines jeden Landes im Rahmen seiner Nationalität kämpft.

Ueberzeugte und ehrliche Kommunisten, die aufrichtig die Revolution vorbereiten und durchführen wollen, werden diese von den weisen Führern der Internationale durch ihre Erfahrung diktierten Vorsichtsmaßregeln mit Begeisterung annehmen.

Was aber diese Bedingungen fordern, fordern sie mit solcher Eindringlichkeit und Energie, ihr entschlossener Ton steht in so großem Gegensatz zu den verworrenen und weichlichen Formeln der korrumpierten Parteien, daß sie zuerst sowohl bei den von der veralteten, engen und romantischen Lehre des Anarchosyndikalismus auf den Weg des fruchtlosen Individualismus fortgerissenen Pseudorevolutionären, als auch bei den Sozialisten Anstoß erregen mußten, die in den drei Jahren der Revolution noch nicht gelernt haben, daß der Klassenkampf ein wirklicher, erbitterter und erbarmungsloser Krieg ist und den Kämpfenden eine größere Zusammengehörigkeit, Zentralisation und Disziplin, größere Opfer auferlegt, als jeder andere Krieg.

Diejenigen, die aus Unwissenheit und nicht aus böser Absicht fernbleiben, werden indessen bald aufgenommen werden. Diejenigen aber, die bis zuletzt widerstehen und protestieren, gehören zu denen, die die Kommunistische Internationale aus dem Wege schaffen will, zu denen, deren Handlungen eine jede dieser zahlreichen vorsichtigen Bedingungen als Gegengewicht hervorgerufen haben, zu denen, deren Widerstand und Angriff der zweite Kongreß entfesseln wollte, die er bloßstellen und vernichten wollte. Sie werden sich auch niemals entschließen, für ein derartiges revolutionäres Gesetzbuch zu stimmen, weil sie genau wissen, daß sie früher oder später seine Strenge werden fühlen müssen.

Sie wissen, daß vom Augenblick an, wo diese Bedingungen angenommen werden, jeder Sozialist unter der tatsächlichen und dauernden Kontrolle der Internationale gezwungen sein wird:

1. endgültig mit dem Reformismus und Opportunismus zu brechen, was die sofortige Abstoßung aller überzeugten Reformisten und Opportunisten zur Folge haben wird;

2. revolutionäre Worte in Taten umzusetzen. Das wird die baldige Ausschaltung aller schändlichen Reformisten und Opportunisten nach sich ziehen, die bis dahin infolge der anarchistischen Zustände in der Partei ihre schlimmsten Missetaten mit revolutionären Redensarten zuzudecken vermochten.

Aus den einzelnen Nummern des „Populaire“ und der „Humanité“, die seit der Rückkehr Cachins und Frossards nach Frankreich in unsere Hände gelangt sind, kann man sich kein genaues Bild von der Aufnahme der Bedingungen der Kommunistischen Internationale machen. Doch ist es nicht schwer, es sich auszumalen.

Wir wissen im voraus, daß es nicht die einfachen Soldaten, die bescheidenen Kämpfer, die entgegen ihrem Willen, ihren Idealen und ihren Interessen zum Opportunismus fortgerissenen guten Revolutionäre sind, die protestieren werden. Die Proteste werden vielmehr aus der Mitte der verächtlichen Arbeiteraristokratie, der bürokratischen Politikaster kommen, der zufriedenen Inhaber administrativer Pöstchen und Besitzer von Grundstücken, aus der Mitte der geistig und materiell Bevorzugten, die überall

und zu allen Zeiten ein toter Ballast und eine gefährliche Bremse gewesen sind, deren sich eine Partei wie die unsrige in diesen Zeiten, wo die Ereignisse mit einer ungeheuren Geschwindigkeit aufeinander folgen, um jeden Preis entledigen muß.

Ich höre von hier, wie diese Taschenspieler der „Socialé“ auf dem nächsten Kongreß gegen die „Moskauer Bedingungen“ donnern werden, die ihrer Meinung nach viel schlimmer sind, als die Bedingungen von Brest-Litowsk und Versailles, die sich an der Würde, der Selbständigkeit, den Traditionen unserer glorreichen Partei vergreifen usw. usw. . . . Ich kann mir sehr gut vorstellen, wie sie sich mit Entrüstung gegen den „Despotismus der Tyrannen von Moskau“ auflehnen werden.

Die französischen Kämpfer werden sehr bald gewahr werden, wieviel alltägliche Kleinlichkeit, wieviel niederträchtige Ränke und wieviel Feigheit sich hinter diesen Ausfällen verbirgt. Sie werden verstehen, daß es unumgänglich notwendig ist, diese Bedingungen aufzunehmen und sie buchstäblich zu erfüllen, gerade um zu den echten, von den Kompromißlern vergessenen Traditionen zurückzukehren, und um der französischen Partei die von ihr verlorene Macht und Autorität wiederzugeben. Und sie werden auch wissen, daß Moskau auf keinerlei Diktatur Anspruch erhebt.

Wohl könnte man behaupten, daß Lenin und Trotzki genug Niederlagen erlitten und genug Siege davongetragen haben, um würdige Führer der Weltrevolution zu sein. Wohl könnte man behaupten, daß die eiserne Diktatur dieser Helden für die Entwicklung der aufständischen Bewegung in Frankreich zweifellos günstiger wäre, als das Schwanken, die Schwäche und Unentschlossenheit der farblosen, kurzsichtigen und mutlosen Führer, die unsere große Partei in einen solchen erniedrigenden Zustand gebracht haben.

Aber mögen unsere großen Männer sich beruhigen. Die russischen Genossen denken nicht daran, ihre so schwer erworbene geistige Autorität auszunutzen, um den Arbeitern Westeuropas ihre Gesetze zu diktieren. Die Kommunistische Partei Rußlands hat es abgelehnt, den ihr angebotenen Ehrenplatz in der III. Internationale einzunehmen, in dieser auf den Leichen von zweihunderttausend gefallenen Bolschewiki aufgebauten unerschütterlichen Festung, wo jeder Stein mit dem Fleisch und Blut der roten Soldaten zusammengeschweißt ist, in dieser großartigen Burg, die vom Fundament bis zum Dach von der russischen Revolution aufgebaut und alsdann dem internationalen Proletariat überlassen worden ist. In der Exekutive, dem leitenden Organ der Internationale, haben die Bolschewiki nur den vierten Teil der Mandate, die übrigen drei Viertel sind unter die ausländischen Genossen verteilt. Der Beitritt der französischen, deutschen, englischen und amerikanischen Sozialisten würde diese seltsame Diktatur noch vermindern. Die von den Gegnern der III. Internationale angeführten

Gründe sind daher nichts anderes als erbärmliche Vorwände. Der tiefere Grund, die Wahrheit ist weniger ehrenvoll für diese Herren.

Nehmt Euch die unversöhnlichsten Führer dieser Opposition einen nach dem andern vor, fragt sie aus, beobachtet ihre Lebensweise aus der Nähe, und Ihr werdet sehen, daß ausnahmslos alle aus Interesse oder aus Feigheit die Revolution fürchten, vor ihrem Schatten erblassen, daß sie zu allem bereit sind, um diesen für alle Bedrückten wohlthätigen Kataklysmus hinauszuschleiben, der die Bevorzugten, zu welcher Klasse sie auch immer gehören mögen, bedroht. Ihr werdet verstehen, daß in dieser Zeit jeder Gegner des Kommunismus konservativ ist. Mögen unsere Gegner uns des Sektiererturns und der Paradoxalität beschuldigen: die von uns aufgestellte Behauptung ist für jeden ehrlichen Menschen, der beobachten und nachdenken kann, ohne weiteres klar.

Die Bourgeoisie irrt sich nicht in ihnen. Weil sie weiß, daß die Opportunisten der Revolution sehr fern, ihr selbst aber sehr nahe stehen, der direkten revolutionären Tat feindlich und daher der bürgerlichen Ordnung gegenüber wohlwollend gesinnt sind, stellt sie sich öffentlich auf ihre Seite gegen die Kommunisten, unterstützt mit allen ihren Kräften den von ihnen gegen die III. Internationale geführten Kampf.

Bebel wiederholte oft, daß er sicher sei, seine revolutionäre Pflicht erfüllt zu haben, wenn die Bourgeoisie ihn am wütendsten angreife, daß er sich dagegen jedesmal, wenn die Kritik der Klassegegner weniger scharf werde, beunruhigt fühle und daß er, wenn er ihr Lob verdient habe, überzeugt sei, daß er sich geirrt habe. Daher sagen wir der französischen Arbeiterklasse: „In ihrem Kampf gegen die III. Internationale ernten die Opportunisten den Beifall und die Unterstützung Deiner Ausbeuter. Folglich verraten sie Dich. Brandmarke und vertreibe sie. Umgekehrt, die Kommunistische Internationale entfesselt die leidenschaftlichen Angriffe Deiner Feinde. Folglich dient sie Deinen Interessen. Ehre und beschütze sie. Wer nicht immer und überall Gegenstand des tödlichen Hasses der Bourgeoisie ist, „ist nicht würdig, den Namen Revolutionär zu tragen“. Und recht hat der russische Dichter, wenn er sagt, daß wir „den Mut nicht im süßen Lob, sondern im bitteren Haß schöpfen“.

Die Abstimmung über die Aufnahmebedingungen auf dem nächsten Kongreß wird dem Proletariat über seine Freunde und Feinde die Augen öffnen. Sie wird über Leben und Tod der Französischen Sozialistischen Partei als einer revolutionären politischen Organisation entscheiden.

Die Opportunisten, die sich Anhänger der proletarischen Diktatur nennen, in Wirklichkeit aber die Herrschaft der Bourgeoisie hinausziehen, sei es dadurch, daß sie sie antreiben, die Arbeiterklasse durch die Lock-

speise einiger betrügerischer Reformen zu hintergehen, oder daß sie sie von der direkten entschlossenen Aktion abhalten, werden versuchen, innerhalb unserer Partei Zwistigkeit und Uneinigkeit zu säen und werden gegen den Beitritt zur III. Internationale stimmen. Ich will hoffen, daß meine neuen und wertvollen Verbündeten, Cachin und Frossard, endlich die Tragweite der Gefahr, die die Partei läuft, eingesehen haben und das Resultat ihres glänzenden Feldzuges nicht kompromittieren werden, indem sie sich vom Dämon der Versuchung in die Falle eines Kompromißantrages locken lassen, der allerdings die durch sie gewonnene, für den Beitritt stehende Mehrheit noch vergrößern, aber die Einigkeit der neuen Partei sehr gefährden würde. Man muß ein für allemal mit der Vergangenheit brechen. Daher müssen die Kommunisten einen Radikalvorschlag, ohne irgendwelche Vorbehalte zur Abstimmung bringen, weil sie nur darauf bedacht sein müssen, den Sturz des Kapitalismus und die Uebernahme der Macht durch das Proletariat zu beschleunigen, weil sie entschlossen daran gehen müssen, die Partei aus einem für alle offen stehenden Klub, aus einer Tribüne, auf der die besten Kräfte in unnützem Reden vergeudet werden, in eine furchtbare, von einer mutigen, disziplinierten und bis in den Tod ergebenen Mannschaft gehandhabte Kriegsmaschine zu verwandeln.

Die von den Bolschewiki vorgeschlagenen Organisations- und Aktionsmethoden sind bereits von ihnen erprobt worden. Trotzdem sind sie nicht erst von ihnen erfunden und sollten den französischen Kämpfern besser als irgendwelchen anderen vertraut sein. Dem Geiste der Zeit angepaßt, vollkommener, wissenschaftlicher und geschmeidiger, sind sie nichtsdestoweniger die leicht erkenntlichen Töchter der alten Jakobinermethoden, die, noch ehe sie wieder von Blanqui aufgefrischt wurden, der ersten französischen Revolution die Möglichkeit gaben, ziemlich lange dem bewußten und unbewußten Verrat der Girondisten, der Menschewiki des Mittelstandes, standzuhalten und eine unvertilgbare demokratische Furche über ganz Europa zu ziehen. Eben dieses wiederauferstandene Jakobinertum mit seiner theoretischen Unversöhnlichkeit, der jedoch eine geschmeidige Taktik nicht fremd ist, lebendig wie das Leben selbst, unerhört reich an Mitteln, zusammengesetzt aus unbarmherziger Energie, aus kalter Zähigkeit, aus grenzenloser Ergebenheit für die Sache des Volkes, dieses wiedererstandene Jakobinertum war es, das die Kräfte des russischen Proletariats elektrisiert und seine Feinde verblüfft hat. Es war allein imstande, dem Bolschewismus die unglaubliche Lebensfähigkeit zu verleihen, die notwendig war, um drei Jahre lang den unermüdlich aufeinander folgenden Angriffen der Weltreaktion zu widerstehen, um in seinem eigenen, dem größten und am wenigsten zivilisierten Lande den Kapitalismus zu vernichten, mit seinen Ueberresten aufzuräumen und das Fundament vorzubereiten, auf dem die kommende Generation die kommunistische Gesellschaft aufbauen wird.

Eine lange Reihe bitterer Erfahrungen hat den Feinden der Revolution einen solchen Respekt vor der Macht der Bolschewiki eingeflößt, daß wir heute Zeugen eines eigenartigen Schauspiels sind: Zur Zeit des Rückzuges der roten Truppen empfehlen ihre unversöhnlichsten und furchtbarsten Feinde, die Regierungen der Entente, die trotz ihrer Triumphbahngang in die Zukunft blicken, ihrem Verbündeten, dem militaristischen Polen, Vorsicht und Mäßigung. Sie wissen aus zahlreichen Erfahrungen, daß das Siegesbanner sehr bald wieder über der Roten Armee wehen wird, die an materiellen und besonders moralischen Reserven unendlich reicher ist als die polnischen Weißgardisten. Das Erscheinen der Sowjettruppen vor den Toren Warschaws hat den in Paris und London herrschenden Kapitalisten einige Wochen lang einen solchen Angstschweiß auf die Stirn getrieben, daß sie durchaus keine Wiederholung wünschten. Während dieser schrecklichen Zeit konnten sich ihre erschreckten Augen davon überzeugen, wie das Gespenst des Bolschewismus zu Fleisch und Blut wurde. Sie zitterten vor der drohenden Gefahr, sie sahen im Geiste schon die rote Fahne über Warschau flattern und hörten die Sowjetrepublik Polen ausrufen, sie sahen, wie das revolutionäre Feuer allmählich den Balkan ergriff, sie sahen die deutsche Arbeiterklasse bei der unmittelbaren Berührung mit der Roten Armee des revolutionären Rußland sich mit feuriger Begeisterung erheben.

In dieser Zeit der schweren Prüfung schöpfte die bürgerliche Oligarchie einigen Trost aus der Mäßigung, dem Takt und der Weisheit, die die Arbeiter des Westens ganz unerwartet an den Tag legten. In diesem Augenblick wäre ein starker ökonomischer Druck seitens des englischen und französischen Proletariats ausreichend gewesen, um die Entente zu einer wirklichen Neutralität zu zwingen, d. h. um Rußland zu retten und Polen zu stürzen, um ganz Zentraleuropa zu entzünden, um den Vertrag von Versailles zu zerreißen und die wahnwitzigen Kombinationen dieses ekelhaften Papierfetzens zunichte zu machen, mit einem Wort, um von unten bis oben die internationale Lage zu verändern und das europäische Gleichgewicht zugunsten der proletarischen Revolution zu erschüttern.

Wir harrten gespannt auf das, was kommen würde.

Leider waren die Arbeiter Frankreichs und Englands nicht auf diese Aktion vorbereitet. Sie haben diese einzigartige Gelegenheit, ihre Macht zu zeigen und sie durch die Befreiung Rußlands von seinem letzten Feinde zu verzehnfachen, versäumt.

Der unbestreitbaren Macht der jakobinischen Methoden, die zuerst der Kommunistischen Partei Rußlands und später den anderen, der III. Internationale beigetretenen Organisationen soviel Kraft und Autorität gesichert haben, steht die erbärmliche Schwachheit der opportunistischen Methoden gegenüber, durch deren Anwendung die westlichen Organisationen zu Unfruchtbarkeit und Erniedrigung verurteilt sind.

Ohne uns bei den Tagesereignissen aufzuhalten, wollen wir nur auf den schroffen Gegensatz hinweisen zwischen den anlässlich der Intervention in Rußland gemachten ungeheuren Anstrengungen und den dabei erzielten erbärmlichen Resultaten.

Drei Jahre lang wütet der erbitterteste Kampf zwischen dem russischen Proletariat und der europäischen Bourgeoisie. Drei Jahre lang hören die französischen und englischen Arbeiter nicht auf, ihre volle Solidarität mit der Sowjetrepublik zu verkünden. Und drei Jahre lang stellen die Kapitalisten Englands und Frankreichs ihre Angriffe gegen Rußland nicht ein, ungeachtet der tausendmal wiederholten Willenskundgebungen der arbeitenden Massen. Auf die Proteste und Drohungen tausender und abertausender Proletarier antwortet die Handvoll Kapitalisten, die London und Paris regiert, mit einem verächtlichen Achselzucken. Trotz des Entrüstungsschreis der Arbeiter und unter ihren Augen bohren die Mörder gelassen immer wieder das Messer in den Rücken des blutenden Opfers. Kraftlos wie alte Weiber finden die unzähligen Proletarier nicht den Mut, diese Elenden zu entwaffnen und hinzurichten.

Wenn die Arbeiterklasse Frankreichs und Englands nichts von diesen Attentaten gewußt hätte, wäre ihre Schwäche verzeihlich. Was sie verurteilt, ist, daß sie von dem Verbrechen weiß, daß sie seine Schmachlichkeit einsieht, die Missetäter verdammt und dennoch nichts unternimmt, um dem Opfer zu helfen. Ihr zum Trotz und ihr entgegen verfolgen Lloyd George und Curzon, Clemenceau und Millerand, die einen mit mehr Zynismus, die anderen mit mehr Heuchelei, mit Ausdauer ihren Feind.

Die Ohnmacht des französischen Proletariats, des sagenumwobenen Verteidigers der Menschen- und Nationenrechte, ist besonders entsetzlich. Sie wird besonders schwer vom russischen Proletariat empfunden. Jedesmal, wenn die Allgemeine Konföderation der Arbeit und die Französische Sozialistische Partei die Aufhebung der Blockade, Frieden und Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland fordert, verkündet Millerand, — dem Nikolaus II. einst in einem Anfall wunderbarer Hellsichtigkeit den russischen Baronentitel verliehen hat, als ob er die künftigen Dienste, die dieser Edelmann dem Zarismus in späteren Zeiten erweisen sollte, vorhergesehen hätte, — immer unverschämter seinen Entschluß, die Revolution im Blute zu ertränken; jedesmal schickt er neue Regimenter und neue Generäle, neue Spitzel und Mörder, frisches Gold und Munition gegen Rußland. Kaum ist einer der Sturmböcke zerstört, den Clemenceau und sein würdiger Nachfolger, der dem Tiger gefolgte Haifisch, gegen die Mauern der belagerten Republik geworfen haben, da bauen sie schon eine neue Höllenmaschine auf. Nach Kaledin Krasnow, dann Alexejew, dann die Tschechoslowaken und Sawinkow, dann Koltschak, Judenitsch, Denikin, dann Polen und zuletzt Wrangel. Keine Niederlage läßt sie verzweifeln. Sie wissen sehr wohl, daß der zwischen Kapital und Arbeit jetzt vor sich gehende

Zweikampf ein Kampf auf Leben und Tod ist. Sie wissen, daß jeder Schlag das Ziel trifft, daß mit jedem weiteren Monat die Kräfte der Revolution ein wenig schwächer werden. Und sie fahren fort und werden fortfahren, neue Interventionsvorwände auszudenken, neue Kampfmittel zu erfinden und anzuwenden, solange ihre gehorsamen Sklaven gehorchen werden, solange die französischen Arbeiter gewillt sein werden, nicht die Irreführten — denn sie lassen sich nicht mehr irreführen, — sondern die Mitverschworbenen dieser Banditen zu sein.

Und ist es in der Tat nicht die einmütig gegen die Intervention in Rußland protestierende Arbeiterklasse, die einzig und allein diese Intervention ermöglicht, indem sie gehorsam fortfährt, Waffen zu fabrizieren und zu versenden, ihre Söhne in die Kasernen zu schicken, ihren Sparstrumpf in die Sparkasse zu leeren und sich das Brot vom Munde abzusparen, um die Steuern zu zahlen und somit den Lakaien der Finanzoligarchie Kriegsmaterial, Kanonenfutter und Millionen für die Erwürgung Rußlands zu verschaffen?

Und doch — was wäre leichter für die einmütige Arbeiterklasse, als ihre passive Sympathie in eine aktive zu verwandeln, die Fabrikation und die Transporte einzustellen, die Steuern zu verweigern und gegen die verbrecherische, reaktionäre Regierung die geladenen Gewehre der Soldaten, derselben Arbeiter und Bauern, zu richten?

Wer trägt die Schuld an dieser tragischen Machtlosigkeit unseres Proletariats, an der Verachtung, die die Bourgeoisie ihm zollt — die schlechten Soldaten oder die schlechten Führer?

Die Soldaten, antworten die Menschewiki. Die Soldaten, insofern sie sich schlechte Führer wählen, antworten wir.

Ernest Lafont, der in Moskau zur widerlichen Verteidigungsmethode Merrheims auf dem Lyoner Kongreß Zuflucht nimmt, ruft aus: „Nicht wir haben die Arbeiterklasse, sondern die Arbeiterklasse hat uns verraten!“ Diese infame Beschuldigung, die Merrheim und Lafont öffentlich der französischen Arbeiterklasse ins Gesicht werfen, wird mit einem hämischen Lächeln von den opportunistischen Führern aufgegriffen. „Wir wollen die Diktatur des Proletariats, aber leider ist die französische Arbeiterklasse dieser Aufgabe nicht gewachsen“, so klagen die Heuchler. So suchen sie ihr Zaudern zu entschuldigen.

Natürlich verkennen wir nicht die Käuflichkeit einer verbürgerlichten Arbeiteraristokratie, noch die Gleichgültigkeit einer großen Anzahl der Arbeiter. Aber wir bestehen darauf, daß das französische Proletariat in seiner Gesamtheit weder aus Feigheit noch aus Berechnung sündigt. Was die Merrheim, die Lafont und andere Verräter auch sagen mögen, das französische Proletariat ist doch des Verrats unfähig und zur Selbstaufopferung bereit. In höherem Maße als jede andere Arbeiterklasse, ist das französische Proletariat großmütig, uneigennützig und heldenhaft. Das hat es

im Lauf der Jahrhunderte bewiesen. Und sogar während des imperialistischen Krieges, irreführt von der Verblendung der einen Führer und von der Treulosigkeit der anderen, hat es sein Blut vergossen, in dem festen Glauben, das Recht und die Zivilisation zu verteidigen, für die Eroberung des Ideals zu kämpfen, während es in Wirklichkeit das Spielzeug der Barbarei und der brutalen Kraft war und vor den Geldschränken der Händler Wache stand. Wenn es sündigt, so geschieht es aus Unwissenheit und Einfalt. Seine Sünde besteht nur darin, daß es sein Vertrauen den betrügerischen Führern schenkt.

Aber wie kann man es verurteilen! Die Unwissenheit der Massen ist unvermeidlich bei der heutigen Gesellschaftsordnung. Solange die Bourgeoisie an der Spitze steht, solange sie die Regierung und die Verwaltung, die Polizei und die Armee, die Kirche, die Schule und die Presse in Händen hat und deswegen in der Lage ist, über Leben und Tod der Massen zu entscheiden und ihren Geist zu vergiften, solange der Kapitalismus existiert, und infolge der Tatsache dieser Existenz selbst wird es unmöglich sein, das Bewußtsein der Mehrheit der Unterdrückten zu erwecken. Weil sie das wissen, wenden sich die Revolutionäre zuerst an die Vorhut des Proletariats, vereinigen und disziplinieren zuerst die aktive Minderheit, damit sie würdig wird, in der Stunde des Aufstandes die Massen aufzuklären und mit sich fortzureißen.

Die Französische Sozialistische Partei hat es nicht verstanden, den revolutionären Geist in den Massen zu entzünden. Sie hat sich unfähig gezeigt, die Auslese der Bauernschaft und Arbeiterschaft zu belehren und in Schlachteinheiten zu gruppieren, die die Initiative des Aufstandes übernehmen können.

Diese Unfähigkeit, die wesentlichsten Funktionen einer revolutionären Organisation zu erfüllen, ist niemals deutlicher hervorgetreten und hat sich nie so schädlich gezeigt als gerade in den letzten Jahren. Und sie wird mit jedem Tage auffälliger und gefährlicher werden, wenn unsere Partei fortfährt, eine widersinnige, aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzte Mischung zu sein, die die widersprechendsten politischen Auffassungen vertritt, die zu den fernsten Zielen auf den entgegengesetztesten Wegen strebt und durch nichts anderes zusammengehalten wird, als durch einen Schild — den Schild des Sozialismus.

Ob nun dieser Schild einen Kommunisten deckt wie Lorient, der geistig fähig ist, die Ausdehnung der unvermeidlichen Entwicklung der revolutionären Bewegung und des Bürgerkrieges in Frankreich zu verstehen, der genug moralische Kraft hat, um das Proletariat mit Ideen und Gewehren zu bewaffnen und es für die kommenden Ereignisse vorzubereiten; ob er einen Opportunisten wie Longuet deckt, der aufgeklärt genug ist, um den Sinn der Ereignisse zu verstehen, aber zu furchtsam, um öffentlich ihre grausamen Folgen zu verkünden, geschweige denn um seine Tätigkeit

danach einzurichten, ob er einen Reformisten wie Albert Thomas verbirgt, der den Klassenkampf verneint und von der Zusammenarbeit der Klassen lebt, — dieser Schild verdeckt alle, gleichviel ob es gute Revolutionäre, Feiglinge oder Verräter sind, er genügt sich selbst. „Wer sich Sozialist nennt, ist Sozialist. Wer Sozialist ist, gehört dem Rechte nach zu unserer Partei!“ Das ist die Parole, die, trotz einiger rein formeller Vorbehalte, von unserer Partei aufgestellt und eingehalten wird, und das genügt vollkommen, um ihren skandalösen Bankrott zu erklären.

Auf dem bevorstehenden Kongreß werden wir noch einmal hören müssen, wie die einfältigen und die hinterlistigen Kompromißler für eine Verlängerung des amoralischen Bündnisses zwischen den frechsten Mitverschworenen der Bourgeoisie und den glühendsten Anhängern des Proletariats plädieren. Sie werden rührende Ausdrücke finden und Tränen in den Augen der Zuhörer hervorzurufen wissen, sie werden das Andenken von Jaurès wachrufen, um diese jeder Verteidigung unwürdige, hochheilige Etiketten- und Operetten-„Einigkeit“ zu verteidigen, die nur dazu angetan ist, die Massen irrezuführen. Denn in der Zeit des Klassenkampfes und des Bürgerkrieges kann es keine wirkliche Einigkeit zwischen einem Albert Thomas, einem Longuet und einem Lorient geben.

Die notwendige und tiefe Einigkeit ist nur die Einheitlichkeit der Lehre, die allein die Einheitlichkeit des Willens und der Handlung hervorrufen kann.

Ich schäme mich, diese Banalitäten wiederholen zu müssen, die bereits von allen einigermaßen klarsehenden Führern begriffen worden sind.

Ich bin sicher, daß auf dem bevorstehenden Kongreß der gesunde Menschenverstand und der revolutionäre Eifer seiner Teilnehmer das vom französischen Komitee der III. Internationale begonnene und von Cachin und Frossard mächtig unterstützte Werk vollenden werden. Sie werden die schlaunen Gegner zwingen, die Debatten auf das von ihnen so sorgfältig verniedene Gebiet der Grundsätze zu verlegen. Sie werden die durch Moskaus Bedingungen hervorgerufene heuchlerische Entrüstung beschwichtigen. Sie werden den Abgrund vertiefen, der für immer die konservativen Sozialisten von den revolutionären Sozialisten trennt. Ohne sich durch das Weggeschrei und die Drohungen verwirren zu lassen, werden sie den Bruch zu Ende führen. Den Bruch mit allen gegenrevolutionären Elementen, sei es, daß auf ihrem Schild Sozialisten-Republikaner oder Anarchisten geschrieben steht; die letzteren sind sogar noch gefährlicher für das Proletariat, weil sie dem Anschein nach seinen Freunden näher stehen. Einigkeit mit allen revolutionären Elementen, ob dieselben in wirtschaftlichen oder politischen Organisationen gruppiert sind. Erleichtert, aber vorübergehend geschwächt durch die Operation der Vertreibung der Opportunisten, muß die Partei durch die Einführung einer größeren Anzahl Syndikalisten gestärkt werden. Die

Kommunistische Partei wird als eine der Bedingungen ihrer Wiedergeburt die Heranziehung einer großen Anzahl Mitglieder aus der Allgemeinen Konföderation der Arbeit betrachten. Sie muß ihre Sektionen zu Sammelpunkten gestalten, denen die nützlichsten und tätigsten Elemente aus der Allgemeinen Arbeiterkonföderation und der früheren Sozialistischen Partei zuströmen werden. Politisches und wirtschaftliches Werkzeug der Forderungen der Arbeiterklasse, mußten diese zwei Organe, die gleicherweise dazu bestimmt sind, die Befreiung der Massen durch die soziale Revolution zu beschleunigen, logischerweise das engste Bündnis miteinander eingehen. Doch haben die eigentümlichen geschichtlichen Bedingungen, unter denen sich diese Hauptorganisationen der Arbeiterklasse entwickelten, die durch Streitigkeiten persönlichen Charakters noch auf die Spitze getriebenen Meinungsverschiedenheiten eine Scheidewand zwischen ihnen errichtet und sie oft wie zwei feindliche Schwestern gegeneinandergeworfen, sie dauernd zur Spaltung, d. h. zur Schwächung verurteilend und auf diese Weise der Bourgeoisie in die Hand spielend.

Jetzt ist es Zeit, dieses entmutigende Schauspiel abzubrechen. Mögen sich die beiden starken Hände der Arbeiterklasse fest vereinigen.

Die Sozialistische Partei und die Allgemeine Konföderation der Arbeit können sehr gut für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse kämpfen, auch wenn diese Forderungen verschiedenartig sind. Alle beide verfolgen schließlich ein und dasselbe Ziel, das sie nur durch die gleiche Taktik und das absolute Zusammenarbeiten erreichen werden.

Gleich bei ihrer Entstehung muß die Kommunistische Partei einen Aufruf an die Minderheitssyndikalisten richten. Sie werden in den politischen Kampf die Kenntnis der Bedürfnisse der Arbeiterklasse, den praktischen Sinn und gleichzeitig die Vorliebe für die direkte Aktion, die Einfachheit, Klarheit und Entschlossenheit hineinbringen, die unseren Parteifreunden zu oft fehlt.

Die Mehrheit unter ihnen wird sehr bald das Moskauer Programm annehmen, das in vielen Punkten nichts anderes ist als eine noch einmal überprüfte, bedeutend verbesserte und erweiterte Auflage des früheren Arbeitersozialismus. Aber sie werden keiner Organisation beitreten, die von den Miasmen der politischen Verderbtheit infiziert ist, in der eine Atmosphäre des niedrigsten politischen Schachers herrscht, die sie in den Augen eines großen Teils der Arbeiterklasse diskreditiert hat. Der erste Beweis und das erste Pfand des endgültigen Bruches mit den früheren Verirrungen ist die Reinigung der Partei. Wenn sie in großem Maßstabe vorgenommen wird, wird sie das Mißtrauen der Syndikalisten überwinden und andererseits zur Bildung einer wirklichen Einheitlichkeit beitragen.

Die Rechtssozialisten klopfen schon an die Tür, man muß sie hinauswerfen. Ohne jede Rücksicht muß man die eingefleischten Opportunisten hinausjagen.

Nach tausend anderen für sich selbst sprechenden Vorfällen wird der Fall Lafont auch dem Kurzsichtigsten die Augen darüber öffnen, welche zweifelhafte Rolle solche Männer in der schweren Stunde, die bald schlagen wird, spielen werden. Die Abstimmung und besonders die Diskussion über die Aufnahmebedingungen werden diese Gefahr noch unterstreichen, indem sie eine große Anzahl dieser falschen Freunde der Revolution bloßstellen werden. Die übrigen werden sich durch die Anwendung des neuen Statuts erkennen lassen, denn sie werden zu einer legalen oder illegalen kommunistischen Tätigkeit gezwungen sein.

Die erste Tat der neuen Mehrheit muß darin bestehen, mit großem Lärm die Führer der Minderheit hinauszujagen und ihren Parteigängern die Tür zu weisen, denn ihr Verbleiben würde die Wiedergeburt der Partei unmöglich machen. Diese Prüfung wird schon für die vom Kommunismus berührten Zentrumsleute von gestern hart genug sein, denn sie werden sich selbst überwinden, ihre opportunistischen Abweichungen gut machen müssen, sie werden sorgsam Wache halten müssen, daß ihr altes Selbst, das trotzdem in ihren Handlungen und Worten hin und wieder durchbrechen wird, nicht wieder zum Vorschein kommt. Ich kenne diesen schweren Kampf mit der zähen Vergangenheit zur Genüge, weil ich ihn selbst durchgemacht habe.

Unterstützt und belehrt von den alten Kommunisten, die jedoch ihre Wachsamkeit und Strenge verdoppeln müssen, werden diese Neubekehrten zu ausgezeichneten Revolutionären werden. Während dieser Prüfungszeit aber müssen die alten geistigen Führer beiseite geschoben werden. Es besteht kein Zweifel, daß diese Entthronten, diese Verbündeten und Kommunisten wider ihren Willen, im tiefsten Innersten der Bewegung, die sie nicht verstehen, feindlich bleiben werden. In der Partei geduldet, werden sie ihre Waffen nicht niederlegen. Sie können die Waffen nicht strecken. Sie haben zu viel Galle angesammelt. Jedes ihrer Worte ist mit Bitterkeit durchtränkt. Sie sind zu tief gesunken. Sie werden uns niemals verzeihen, — die Ehrlichen, daß sie sich geirrt haben, die Heuchler, daß sie gezwungen waren, ihre schmachlichen Berechnungen und ihre Angst zu verbergen.

Ich erinnere mich an Presseemann, meinen alten Freund, der wie Lafont schon vor etwa zehn Jahren (in der ruhigsten Zeit unserer Geschichte) den schonungslosen sozialen Krieg predigte, sein baldiges Nahen verkündete und durch seine Widerlegungen meine Zweifel und meine Befürchtungen zerschlug. Der soziale Krieg hat angefangen. Der Sturm erschüttert ganz Europa. Der schüchterne Soldat hält stand und der ungestüme General, der drei Jahre lang der großartigsten aller Revolutionen, die je die Welt aufgewühlt haben, beiwohnt, flieht mit geschlossenen Augen, hält sich die Ohren zu, um nicht zu hören, und schreit wie ein Wahnsinniger: „Die Revolution ist unmöglich“.

War es gestern Provokation? Aber er schien so überzeugt! Ist es nur Schwachheit heute? Aber er spielt so geschickt der Bourgeoisie in die Hand. Sei dem wie ihm wolle, wird der frühere Arbeiter Presseemann diese Erinnerungen verzeihen können? Und was für einen Haß gegen die anderen muß ihm die Verachtung einflößen, die er für sich selbst empfindet!

Wie können sich diese Leute nach solchen Fehlern rechtfertigen? An ihre Vorurteile, ihre Interessen und ihre Intrigen gekettet, würden sie den unheilvollsten Einfluß in der Partei ausüben. Man muß sie abstoßen. Sehr wenige ihrer Parteigänger werden ihnen in die Verbannung folgen. Wenn wir sie dulden, wohlungebettet in Ihren Föderationen wie einstmals die Landedelleute auf ihren Landsitzen, in die der republikanische Geist noch nicht eingedrungen war, werden sie dauernd der Reorganisierung Hindernisse in den Weg setzen. Gut- oder böswillig müssen diese gesunkenen Fürsten entfernt und verbannt werden, wie einst aus der neugeborenen Republik die Feudalherren und die Prinzen von Blut verbannt wurden.

Bedeutet diese Schlußfolgerung, diese zufällig hingeworfenen Namen, daß ich notwendigerweise für die Ausweisung aller Menschewiki ohne Ausnahme stimmen werde? Ja — wenn sie unsere Gegner bleiben, nein — wenn sie sich uns ehrlich anschließen. Weiter oben habe ich die These entwickelt, die ich seit langem verfechte und die wahrscheinlich auch von der Exekutive der Kommunistischen Internationale angenommen werden wird: Krieg mit Ideen und nicht mit Personen. Wir dürfen Personen nur angreifen und entfernen, sofern sie die Träger und Verbreiter schädlicher Bakterien sind. Wenn sie zur gesunden Lehre zurückkehren, sich ohne Vorbehalt und im guten Glauben uns anschließen, müssen wir sie ohne Zögern aufnehmen, jedoch mit der Parole: Aus der Nähe beobachten, prüfen, ausweisen bei der ersten Schwankung!

Keine unnütze Unversöhnlichkeit. Die Tore der Kommunistischen Partei stehen allen aufrichtig Bereuenden offen. Aber auch keine dumme Nachsicht. Vor den Verrätern und Taschenspielern bleiben unsere Tore hermetisch verschlossen.

Das Verbleiben eines Lafont in der Partei, eines dieser Salonsozialisten, dieser Dilettanten ohne Nerven und Muskeln, ohne Ueberzeugung und Zähigkeit, die in einem Moment, wo das Blut der Arbeiter in Strömen unter den Schlägen der feindlichen Klasse fließt, Zeit finden, Festlichkeiten belzuwohnen und mit den Feinden des Proletariats zu flirten, wäre nicht nur skandalös, sondern auch im höchsten Grade zersetzend und gefährlich. Ohne Rücksicht auf frühere Verdienste, auf Ruhm, Namen usw. muß man Leute dieser Art ohne Zaudern abschütteln. Laßt die Führer der Arbeiterklasse lieber weniger beredsam, aber dafür aufrichtiger sein, laßt sie lieber weniger an öffentlichen Angelegenheiten sich beteiligen, aber dafür reinere Hände haben.

Was unserer Partei fehlt und was ihr der Beitritt zur III. Internationale nebst einem klaren Programm und einer tatkräftigen Taktik geben wird, das sind kühne, weitsichtige Führer, beseelt von einer leidenschaftlichen Liebe für alle Bedrückten und von einem unversöhnlichen Haß gegen die bürgerliche Gesellschaft und bereit zu den größten Opfern, um den schleunigsten Sturz dieser Gesellschaft herbeizuführen.

Jacques Sadoul.

Moskau, 12. September 1920.



Die Oktoberrevolution.

Drei Jahre sind vergangen, seitdem das russische Proletariat die Macht der Gutsbesitzer, Kapitalisten und Bankiers gestürzt und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik gegründet hat.

Nach Umfang, Inhalt und Bedeutung war es die größte Revolution, die die Menschheit je gekannt hat.

Die Oktoberrevolution war der erste große Durchbruch durch die Front des Weltkrieges. Sie hat das Hirn und Bewußtsein aller Völker der Erde erschüttert, die Heere demoralisiert und sie für den imperialistischen Krieg untauglich gemacht.

Die Oktoberrevolution hat die nationale Bedrückung innerhalb des ausgedehnten russischen Reichs aufgehoben und jeder Völkerschaft das Recht auf Selbstverwaltung gegeben; sie hat die Nachbarvölker auf dem asiatischen Kontinent aus den Klauen des russischen Imperialismus befreit, indem sie die schmachvollen Verträge zerriß, durch die sie gefesselt waren, die Kosakenbrigaden abberief, von denen sie vergewaltigt wurden, und auf alle Kriegskontributionen und sonstigen wirtschaftlichen Begünstigungen verzichtete, durch die diese Völker unterdrückt und in schwerer wirtschaftlicher Sklaverei gehalten wurden.

Die Oktoberrevolution hat die russischen Bauern vom Joch der Gutsbesitzer befreit, indem sie den Eigentümern das Land wegnahm und es den darauf arbeitenden Ackerknechten und landarmen Bauern übergab, ohne daß sie Gefahr liefen, ihren Besitz wieder zu verlieren.

Die Oktoberrevolution hat die Arbeiter vom Joch der Kapitalisten befreit, indem sie die Banken, Fabriken und Werke, die Bergwerke, Gruben und das Transportwesen nationalisierte, den Außenhandel monopolisierte und die Verteilung der Erzeugnisse ohne Vermittlung der Händler und Schieber organisierte. In Rußland ist die Arbeiterklasse jetzt Herr über die gesamte Produktion; sie verfügt darüber zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung derer, die an dieser Produktion teilnehmen und mitarbeiten, nicht aber zum Zwecke der Bereicherung eines Häufleins von Kapitalisten und Räufern.

Die Oktoberrevolution hat die Frau aus der Stellung der Erniedrigten und Untergebenen befreit und sie zu einem gleichberechtigten Mitglied der werktätigen Gesellschaft gemacht, die Revolution hat die Töchter der Arbeiter aus den Fängen der

schmachvollen Prostitution befreit und ihnen die volle Möglichkeit gegeben, von nützlicher, wohltätiger Arbeit zu leben.

Die Oktoberrevolution hat das russische Volk der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom fremden Kapital entrissen, indem sie die Staatsschulden und die Privilegien der Kapitalisten annullierte und die kolossalen Reichtümer des Landes dem organisierten werktätigen Volke übergab.

Die Oktoberrevolution hat die Macht den Arbeiter- und Bauernräten übergeben. Sie hat den Grund gelegt zu einer neuen staatlichen Organisation — zum Arbeiter- und Bauernstaat.

Durch sie ist die Staatsgewalt aus einem Vergewaltigungsorgan der Werktätigen in ein Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse der Volksmassen verwandelt worden.

Ihr haben wir es zu verdanken, daß die Arbeiter und Bauern in Rußland jetzt die ausgedehntesten politischen Rechte besitzen, die ihnen die unmittelbare und vollkommene Gewalt im Staate sichern.

Ihr haben wir es zu verdanken, daß sich jetzt im Besitz der Arbeiter und Bauern die Presse befindet, die ihr Bewußtsein nicht mehr vergiftet wie damals, als sie in den Händen der Kapitalisten war, sondern zu ihrer Aufklärung dient und ihnen den Weg zur Wissenschaft und Wahrheit öffnet.

Ihr haben wir es zu verdanken, daß unsere Kinder den Klauen des Elends und der Laster entrissen worden sind, die ihre geistigen und körperlichen Kräfte vernichtet haben. Jetzt sind alle Paläste der Bourgeoisie und der Gutsherren in Kinderheime und Arbeitsschulen umgewandelt, wo die Kinder auf Staatskosten erzogen und unterrichtet werden.

Dank der Oktoberrevolution haben wir die materielle Existenz aller Werktätigen sichergestellt, vermehren ununterbrochen die Fürsorge für ihr Leben und ihre Gesundheit, machen die gewaltigsten Anstrengungen und opfern riesige Mittel für Belehrung und Hebung des Kulturlebens der breiten Massen.

Dank der Oktoberrevolution ist in der R. S. F. S. R. das alte zaristische Heer und die rohe und bestechliche öffentliche und geheime Polizei verschwunden, auf die sich die Macht der Gutsherren und das kapitalistische Ausbeutungssystem stützten, und an ihrer Stelle ist die Rote Armee und die Arbeiter- und Bauernmiliz geschaffen worden, die die Revolution gegen die Verschwörungen und verzweifelten Angriffe der russischen und ausländischen Kapitalisten schützen. Verschwunden ist auch die alte Klassen-„Justiz“, die die Polizei- und Kapitalistenmacht durch Galgen und Gefängnisse unterstützte; sie ist jetzt ersetzt durch das revolutionäre Volksgericht, das die revolutionären Eroberungen des werktätigen

Volkes vor den Attentaten der Anhänger und Parteigänger des gestürzten kapitalistischen Regimes schützt.

Dank der Oktoberrevolution gibt es in Sowjetrußland jetzt keine auf die Straße geworfenen, hungernden und arbeitslosen Greise und Invaliden, keine Bettler, Trunkenbolde und Dirnen, keine Diebe, Banditen und Hooligane mehr — diese rechtmäßigen Pfleglinge der zerfallenden bürgerlichen Gesellschaft.

Dort blüht die öffentliche Solidarität, die Sorge für die Schwachen und Hilflosen, die körperlich Unfähigen und moralisch Gefallenen.

Dort pflegt man die Gefühle der brüderlichen Liebe, der gegenseitigen Hilfe, der Ergebenheit für die Arbeitergesellschaft und der Aufopferung für das Gemeinwohl.

Dort erregt und erhöht ein unerhörter revolutionärer Enthusiasmus die Energie der werktätigen Massen, stählt ihren Willen, beflügelt ihr schöpferisches Denken und trägt sie unaufhaltsam immer weiter vorwärts zur Verwirklichung des allgemein menschlichen kommunistischen Ideals.

Die Oktoberrevolution hat nicht ihresgleichen. Sie hat nicht nur die Macht der Kapitalisten und Gutsherren gestürzt, sie hat ein ganzes wirtschaftliches und gesellschaftliches System vernichtet, — das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; sie hat nicht nur das Ende einer Geschichtsepoche — der kapitalistischen — verkündet, sondern auch den Grund gelegt zu einer neuen Aera in der Entwicklung der Menschheit überhaupt, der Aera der gesellschaftlichen Besitzergreifung der Produktionsmittel und der menschlichen Solidarität.

Die Oktoberrevolution hat dem Schiff des Kapitalismus das erste gewaltige Leck geschlagen.

Dafür hat sie den tödlichen Haß der Kapitalisten aller Länder auf sich geladen und die tiefsten Sympathien und grenzenlosen Hoffnungen der Werktätigen und Bedrückten in der ganzen Welt erregt.

Die Kapitalisten haben sich erhoben, um die Revolution im Blut der russischen Arbeiter und Bauern zu ertränken und sie in der von den Kapitalisten geschaffenen Kloake von Niederträchtigkeit, Tücke und Verleumdung zu ersticken.

Die ersten Kämpfer für die Weltrevolution sind die russischen Arbeiter und Bauern.

Dafür werden die russischen Bauern und Arbeiter einen ehrenhaften und ruhmvollen Platz in der Geschichte des Weltproletariats einnehmen.

W. Kolarow.

Die Spaltung in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie.

Als im Januar d. J. sich innerhalb der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei eine „Marxistische Linke“ gebildet hatte, machte die Partei eine Krise durch, welche unvermeidlich eine Spaltung zur Folge haben mußte: die Ereignisse in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie vom 14. September bis 18. Oktober sind das Ergebnis eines langen, hartnäckigen Kampfes zweier entgegengesetzter Richtungen. Die Rechten, die infolge ihres sozialpatriotischen Charakters die Partei als Mittel zur Festigung der bürgerlichen Republik unter der Hegemonie der tschechischen Bourgeoisie betrachteten, verloren mit jedem Tage mehr an Einfluß und Vertrauen bei den Arbeitermassen; die Arbeiter übertrugen ihre Hoffnung allmählich auf die Marxistische Linke, die revolutionäre Ideen vertrat und die materialistische Politik der Rechten samt ihren traurigen Wahlergebnissen einer scharfen Kritik unterzog. Wenn als Ergebnis der Parlamentswahlen im Frühjahr d. J. die Sozialdemokratie 1 600 000 Stimmen erhielt und 74 Deputierte im Parlament durchsetzte, so geschah das infolge des entschiedenen Wahlkampfes, den die Marxistische Linke offen im Geist der revolutionären Propaganda und schonungslosen Kritik der bürgerlichen Ordnung in der Republik geführt hatte. Die Spaltung in der Partei macht den Linken vollends die Hände frei, der nächste Wahlkampf — wenn er auch notwendigerweise einen konzentriert bürgerlich-sozialpatriotischen Charakter tragen und gegen die tschechischen „Bolschewiki“ rasen wird — muß dennoch den Einfluß der Linken und das volle Vertrauen der tschechoslowakischen Arbeiterschaft zu den Ideen der Kommunistischen Internationale deutlich an den Tag bringen.

Die ehemals einige tschechoslowakische Sozialdemokratie zählte nahezu 700 000 organisierte Mitglieder; nach der Spaltung verblieben nach meiner und der offiziellen Berechnung auf Seiten der Linken $\frac{4}{5}$ der Partei, und bloß $\frac{1}{5}$ (meistens Parteibonzen, sowie eine große Anzahl von Kleinunternehmern, Krämern, Gastwirten u. a., die nicht dem Arbeiterstand angehören) verließ mit den Reformisten die Partei. Die linke Sozialdemokratie, die sich aus wichtigen taktischen Erwägungen heraus vorläufig noch nicht „Kommunistische Partei“ nennt, ist schon jetzt ein bedeutender Faktor in der inneren sowie in der äußeren Politik der Tschechoslowakischen Republik. Künftig wird keine einzige Preiserhöhung notwendiger Bedarfsartikel ohne starke Erschütterung der bürgerlichen Gesellschafts-

ordnung in der Tschechoslowakei durchgesetzt werden können. „Die kleine Entente“, dieser breit angelegte Plan eines neuen Angriffs der europäischen Gegenrevolution auf Sowjetrußland, wird dank der Wachsamkeit und Macht der linken Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei ein erbärmliches Spielzeug des Ministers Benesch bleiben. Sein ehrgeiziges Bestreben, durch seine Ostpolitik in Europa Karriere zu machen, wird bei den tschechoslowakischen Anhängern der Kommunistischen Internationale auf unüberwindliche Hindernisse stoßen, die alle Pläne der tschechischen, rumänischen, südslawischen und anderer Benesche im Keim ersticken werden.

Die nächsten Aufgaben der linken Sozialdemokratie bestehen in der Auflösung aller übrigen tschechoslowakischen Parteien, in der Heranziehung und Sammlung aller proletarischen Elemente, die bisher entweder dem gelben politischen Lager angehörten oder aber gar nicht am politischen Kampf teilnahmen, im Kampf um die revolutionären Losungen nach dem Programm der linken Sozialdemokratie, in dem internationalen Zusammenschluß des gesamten, die Tschechoslowakei bewohnenden Proletariats (der tschechischen, deutschen, slowakischen, ungarischen, polnischen, ukrainischen Arbeiter) zu einer einzigen revolutionären Partei und endlich in der Unterstützung aller Elemente, die zur Revolutionierung von Mitteleuropa führen können.

In einem Lande wie die Tschechoslowakei, wo von einer 13½ Millionen zählenden Bevölkerung 45 % Industrie- und 25 % Landarbeiter sind, muß man die Ereignisse innerhalb der tschechoslowakischen Sozialdemokratie notwendigerweise als einen ersten Schritt zur Erfüllung der revolutionären Pflicht des tschechoslowakischen Proletariats zur Verwirklichung des Sozialismus ansehen, dessen Anfang die russische Oktoberrevolution darstellt.

• •

Die chronologische Reihenfolge der Ereignisse in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie ist folgende:

Unter dem Druck der breiten Massen, die die Losung der Marxistischen Linken über die Entfernung der Sozialdemokraten aus der Regierung angenommen hatten, beriefen der Zentralvollzugsausschuß und die sogenannte „breite Vertretung“ der Sozialdemokratischen Partei im Juni den XIII. ordentlichen Kongreß der Partei zum 26.—28. September d. J. mit folgendem Programm ein:

1. Bericht über die Organisation und die finanzielle Lage der Partei und Bericht der Prüfungskommission.
2. Programm und Taktik der Partei:
 - a) und b) Taktik und Programm vor und nach dem Kongreß.
3. Sozialistische Internationale.

4. Unsere ökonomischen und sozialistischen Forderungen.
5. Neue Parteistatuten.
6. Wahl eines neuen Zentralvollzugsausschusses der Partei.

Der zweite und dritte Punkt des Programms bildeten den Mittelpunkt des Interesses. Die Wahlen der Delegierten zum Kongreß (auf 1000 Parteimitglieder je einen Delegierten) fanden auf seiten des linken Flügels unter der Losung statt: „Nieder mit der Ministerpolitik, gegen jedwedes Bündnis mit Parteien der Bourgeoisie, für Schaffung von Arbeiterräten, für die III. Internationale!“ Der rechte Flügel begann seinen Wahlkampf mit Lobpreisungen der „praktischen“ Arbeit der sozialdemokratischen Minister innerhalb der Regierung, und einer vorsichtigen Kritik Sowjetrußlands und der III. Internationale. Als der Zentralvollzugsausschuß der Partei, in dem die Rechten die Mehrheit bildeten, im August erfuhr, daß von den gewählten Delegierten $\frac{2}{3}$ dem linken Flügel angehörten und somit der Wahlkampf der Rechten, der „dem Kommunismus tödlichen Kampf“ angesagt hatte, einen Mißerfolg erlitten hatte, entschieden sich die Rechten mit den damaligen sozialdemokratischen Ministern Tusar, Habermann, Markowitsch, Dörner, Johannis, Maisner und Winter an der Spitze unerwarteterweise für den Austritt aus der Regierung. Sie wollten zu diesem Zweck einen Augenblick benutzen, in dem ihr Beschluß den Arbeitermassen unerwartet kam, zum Zeichen einer entschiedenen Kampfansage an den linken Flügel. (Nach Angaben linksstehender Zeitungen ist dieser Beschluß nach Beratung mit dem Minister Benesch, dem besten Freunde des Präsidenten Massaryk, gefaßt worden.) Und in der Tat wurde auf der Versammlung der „engen Vertretung“ der Partei am 14. September beschlossen, alle Sozialdemokraten aus der Regierung abzurufen und in der Annahme, daß dieser Beschluß den Forderungen der Arbeiterschaft genügen werde, die Einberufung des Kongresses auf den 25.—26. Dezember d. J. zu vertagen.

„Die enge Vertretung“ der Partei faßte folgende diesbezügliche Resolution:

„Nach Erörterung der letzten Ereignisse in der Partei hat die Vertreterkonferenz der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei beschlossen:

„Die Sozialdemokratische Partei, die ihrem Programm und ihrer bisherigen, ein halbes Jahrhundert währenden Tätigkeit unter dem tschechoslowakischen Proletariat treu bleibt, sieht sich außerstande, die Partei, sei es nach dem alten oder nach einem neuen Programm auszubauen; gestützt auf die Demokratie in weitestem Umfange, kann sie ihre Tätigkeit und Taktik auch nicht in der Weise ändern, wie es die Kommunistische Internationale fordert.

• Zwischen der Sozialdemokratie und dem Kommunismus, in der Form, in welcher er von Moskau aus verkündet wird, besteht eine so tiefe Kluft,

daß die Parteikonferenz sich veranlaßt sieht, zu erklären, daß die Anhänger der kommunistischen Richtung nicht länger Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei bleiben und noch weniger deren weitere Schicksale gemeinschaftlich lenken können.

Die Parteivertretung hat in Betracht gezogen, daß die Kommunisten der Partei, die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Koalitionspolitik ausnützend, bei den Wahlen der Abgeordneten zum Kongreß den Feldzug unter der Losung „gegen unsere Beteiligung an der Regierung“ unternommen haben und daß sie auf diese Weise die tiefe Kluft, die zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus besteht und eben jetzt nach Veröffentlichung der Bedingungen der Aufnahme in die III. Internationale besonders scharf hervortritt, aufgedeckt haben. Deshalb bestimmt die Parteivertretung im Hinblick darauf, daß durch den Rücktritt der sozialdemokratischen Minister aus der Regierung die Streitfrage über die Beteiligung an der Regierung ihre Schärfe verloren hat, und noch im Hinblick darauf, daß die Bedingungen der III. Internationale in den Parteiorganisationen beraten werden müssen, daß der Parteikongreß bis zum 25.—26. Dezember d. J. vertagt werde. Der Vollzugsausschuß wird beauftragt, alles zur dauernden Festigung der Partei Erforderliche zu unternehmen, damit sie sich nicht durch fremde Elemente zersetzen lasse, ferner Maßregeln zu ergreifen, damit die Fragen der weiteren Taktik der Partei auf dem nächsten Kongreß ausschließlich von sozialdemokratischen Delegierten geregelt werden.“

Dieser Beschluß der „engen Vertretung“ erfüllte seinem Wesen nach denselben Zweck, den die deutschen Anhänger Scheidemanns 1915 verfolgten, als sie die Unabhängigen aus der Partei ausschlossen und infolgedessen eine Spaltung bewirkten. In der Tat hatte der Beschluß der „engen Vertretung“ der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei, um ohne jede sozialdemokratische Ausschmückung zu reden, keinen anderen Zweck, als alle Anhänger der III. Internationale hinauszuerwerfen und ihre Delegierten nicht zum Kongreß zuzulassen. Der Unterschied zwischen den Ereignissen d. J. 1915 in der deutschen Sozialdemokratie und dem „Staatsstreich“ der tschechoslowakischen Scheidemänner besteht darin, daß die deutschen rechten Sozialdemokraten damals die Mehrheit der Massen bildeten, unter dem tschechoslowakischen Proletariat 1920 aber die Mehrheit auf Seiten der Linken war. Der Beschluß der Rechten übte eine große Wirkung auf das tschechoslowakische Proletariat aus. Als erstes erhob es in seinen Versammlungen einen entschiedenen Protest gegen das Verhalten der dem linken Flügel angehörenden Rechten. Die Parteibonzen, die Redaktionsmitglieder vom „Prawo Lidu“, die Drucker usw. hatten schon am 16. September einen Betriebsrat gewählt, der alle Parteiunternehmungen, darunter auch die Redaktion des „Prawo Lidu“, unter seinen Schutz nahm; als die Rechten mit dem Vorsitzenden des Zentralausschusses Njemetz und dem Chefredakteur Stiwin an der Spitze

zum Zeichen des Protests gegen die Kontrolle des Betriebsrats dem Arbeitspalast verließen, die Arbeit niederlegten und erklärten, daß sie das „Prawo Lidu“ unter diesen Bedingungen nicht herausgeben und überhaupt nicht arbeiten könnten, — übernahm der Betriebsrat die Leitung aller Unternehmungen. Am 18. September erschienen zwei Ausgaben des „Prawo Lidu“; die eine unter dem Schutz des Betriebsrats und unter der Redaktion des Gen. Schmeral, die andere von den Rechten (Njemetz, Stiwin, Bechin, Tusar) in einer Privatdruckerei gedruckt. Die Rechten wandten sich sofort an die Staatsmacht, welche die Bezeichnung „Prawo Lidu“, sowie „Staroje Prawo Lidu“ für die im Arbeitspalast von den Linken herausgegebene Zeitung verbot und der Zeitung Stiwins und Konsorten zugestand; die tschechoslowakische Telegraphenagentur stellte sofort die Depeschenabgabe an die Linken ein; die Post- und Telegraphenverwaltung verbot die Aushändigung der Schecks, Gelder und Briefe, die für das „Prawo Lidu“ bestimmt waren usw. Auf einer Beratung der Rechten wurde die Frage erörtert, ob die Einmischung der Polizei und der Truppen zur Verjagung der Linken aus dem Arbeitspalast wünschenswert erscheine; doch hatte man nicht den Mut, diese Frage zu bejahen, sei es, weil man sich doch schämte, sei es, weil der Arbeitspalast Tag und Nacht von den linken Genossen der „Arbeiterturnvereine“ bewacht wurde, die ihren Posten nicht ohne Kampf, folglich nicht ohne Blutvergießen aufgeben hätten.

Da die Gen. Schmeral, Skalak und Sapototzki nicht als Urheber der Spaltung gelten wollten, versuchten sie mit Tusar, Njemetz, Bechin und Stiwin zu verhandeln: sie schlugen vor, den Kongreß auf den 25.—26. September anzuberaumen, die Beratung der Frage der III. Internationale aber den Parteioorganisationen zu überlassen und dem neuen Kongreß am 25.—26. Dezember zum endgültigen Beschluß zu unterbreiten.

Dieser Versuch führte keine Einigung herbei. Infolgedessen rief das Zentralorgan des linken Flügels alle auf seiten des linken Flügels stehenden Delegierten zur Teilnahme am Kongreß auf; die Rechten, die diesen Kongreß „Kommunistenkonferenz“ nannten, forderten von ihren Anhängern, daß sie sich nicht an demselben beteiligten.

Der Kongreß wurde am 26. September mit Begrüßungsreden des Vertreters des linken Flügels der Deutschen Sozialdemokratischen Partei, Gen. Kreubich, des Vertreters der Polnischen Sozialdemokratischen Partei, Gen. Wandop, des Vertreters der jüdischen Sozialdemokratie, Gen. Kohn und der magyarischen Sozialdemokratie, Gen. Schuranny, eröffnet.

Es waren Begrüßungsdepeschen von der Sozialdemokratie Dänemarks und von den revolutionären Sozialisten Amerikas eingelaufen. Auf dem Kongreß waren gegen 50 Vertreter der tschechischen und ausländischen Presse anwesend.

Die größte Beachtung fand der Bericht des Gen. Schmeral über Pro-

gramm und Taktik der Partei. Indem er von der gegenwärtigen revolutionären Weltlage ausging, wies er auf die Pflicht des Proletariats hin, den Augenblick zur Verwirklichung der Ziele der Bewegung nicht unbenutzt zu lassen. „In der tschechoslowakischen Republik“, sagte Gen. Schmeral, „sind 85 % der gesamten Bevölkerung für den ersten Punkt unseres Programms. Die Landgüter, die großen Industriebetriebe, der ungeheuer große Gewinn der Kriegsschieber muß durchaus in kürzester Zeit ohne Entschädigung enteignet werden, wobei dem Eigentum der Klein- und Mittelbesitzer vollste Unantastbarkeit gewährleistet werden muß“. Dieses Programm entspricht der sozialen Schichtenbildung in der Tschechoslowakei, und es unterliegt keinem Zweifel, daß eine feste Vereinigung aller Werktätigen, welchen verschiedenen politischen Lagern sie auch angehören mögen, auf dieser Plattform möglich ist. Was die konkreten Fragen der Arbeiterpolitik in der Republik anbelangt, so wies Schmeral die Behauptung der Bourgeoisie und der Sozialdemokraten, die revolutionäre Tätigkeit des Proletariats bedrohe die Selbständigkeit der Tschechoslowakei, zurück. Die Beweisführung der bürgerlichen Ideologie spiegelt deutlich den reaktionären Gedankengang wieder: solange die Existenz der Tschechoslowakei nicht sichergestellt ist, glaubt die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer, daß jegliche soziale Bewegung ein Experiment mit gefährlichen Folgen für die Tschechoslowakei sein muß und hofft, dieser Gefahr durch Schaffung eines starken militaristischen Staatsapparats vorzubeugen. Es genügt aber, einen Blick auf die Karte zu werfen, um sich zu überzeugen, daß es der Tschechoslowakei nicht möglich ist, ihre Selbständigkeit mit Hilfe von Kanonen und Bajonetten zu bewahren; ihre strategische Lage ist derart, daß sie nicht einmal dann, wenn alle Bürger das Gewehr ergreifen und die Grenzen gegen einen gleichzeitigen Überfall Polens und Ungarns verteidigen würden, auf Sieg hoffen könnte; denn ihre Kriegsfront wäre doppelt so groß wie die der Deutschen und Franzosen im Weltkrieg. Weder durch Gewalt noch durch Militarismus wird die Selbständigkeit der Tschechoslowakei gekräftigt werden, sondern allein durch den Sieg des internationalen Sozialismus. „Es wird uns gesagt, wir Anhänger der III. Internationale stellten uns unter das „Kommando“ Moskaus. Bevor ich hierauf antworte, muß ich den Begriff „Kommunist“ erklären. Stolz erkläre ich: Ich bin Kommunist. (Langanhaltender Beifall). Und sollte ich deswegen aus eurer Mitte verbannt werden, sollte mein Name auf den Anschlagssäulen erscheinen, und ich selbst unter die Straßenräuber geworfen werden, so würde das doch nichts an meiner Aussage ändern. (Beifall.) Genossen, ein Kommunist ist seiner Eigenschaft nach nichts anderes, als ein an den Endzielen des marxistischen Sozialismus nicht irre gewordener Sozialdemokrat. (Beifall.) ... Was ist Kommunismus? Nichts anderes, als eine Sozialdemokratie, die 40 Jahre hindurch sich zum entscheidenden

Kampf gerüstet hat und gegenwärtig den Beginn dieses Kampfes für möglich erachtet. Sobald die Arbeiterklasse einsieht, daß der Zeitpunkt für den sozialistischen Krieg gekommen ist, muß sie sich neue Gesetze schaffen, muß sie Kriegszustand in ihren Reihen erklären, muß sie die Verbindung festigen, das leitende Zentrum vervollkommen, die Disziplin heben. Zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie, — einer ehrlichen, nicht einer Scheidemannsozialdemokratie —, gibt es keinen Unterschied. „Ich bekenne hier“, sagte Gen. Schmeral freimütig, „daß ein selbständiger Revolutionsversuch sich zu einer Tragödie auswachsen würde. Doch ziehe ich daraus nicht die Schlüsse, die die Genossen des rechten Flügels daraus ziehen: „Wenn wir die Revolution nicht selbständig durchführen können, so müssen wir gegen die Revolution sein“. Ich sage: Eben, weil wir selbständig keine Revolution bewirken können, heute aber alles entweder der Revolution oder dem Chaos zustrebt, müssen wir nicht nur unser eigenes Proletariat, sondern auch alle Volksstämme dieses Reichs revolutionieren, müssen wir zur Revolutionierung des gesamten Mitteleuropas beitragen“. Gen. Schmeral erklärte verschiedene Eigentümlichkeiten der Entwicklung des tschechoslowakischen Proletariats, das sich psychologisch von den übrigen Völkern durch die erst später erfolgte nationale Befreiung und das Mißtrauen unterscheidet, das durch die opportunistische Politik der Sozialdemokraten der österreich-ungarischen Nationen unter das tschechoslowakische, deutsche, ungarische und polnische Proletariat gesät worden ist; die Beseitigung dieses Mißtrauens macht die sofortige Organisierung einer einheitlichen internationalen revolutionären Partei in der Tschechoslowakei unmöglich; es muß zuvor eine Verschmelzung tschechischer, deutscher, ungarischer, slowakischer, polnischer und ukrainischer Arbeiter durch gemeinschaftliche Demonstrationen und Aktionen zustande gebracht werden. Nachdem er den Unterschied zwischen den Bedingungen der revolutionären Entwicklung in der Tschechoslowakei und in Rußland aufgezeigt hatte, der erstens in der strategischen Lage der Tschechoslowakei und zweitens in der Verschiedenheit der Verhältnisse liegt, unter denen einerseits die russische Revolution stattgefunden hat und unter denen andererseits augenblicklich, nach dem Kriege, die Revolution in Mitteleuropa stattfindet, sagte er Folgendes: „Die Agrar- und die Friedensfrage erscheinen nicht als brennende Tagesfragen bei uns. Die treibende Kraft unserer Revolution ist die finanzielle Zerrüttung des Staates und die Teuerung; mit der Zeit wird auch das Moment der Handelskrise und der Arbeitslosigkeit mitwirken. Im Vergleich zu Rußland sind die Bedingungen für einen sozialen Umschwung bei uns insofern günstiger, als unser Land, was die Industrie anbelangt, bedeutender ist und unsere Arbeiter vorgeschrittener sind, so daß der soziale Umschwung und der Wechsel der Besitzverhältnisse wahrscheinlich, wenn die werktätigen Massen auf dem Wege der

Propaganda revolutioniert worden sind, keinen so ungeheuren Produktionsstillstand wie in Rußland zur Folge haben wird. Unsere Massen sind beharrlich und werden sich nicht nur in der Übergangszeit behaupten, sondern auch die Entfaltung der Revolution unterstützen können. Hieraus folgt, daß der Kampf bis zur Eroberung der politischen Macht bei uns und überhaupt in Mitteleuropa bedeutend schwerer und schmerzlicher ist; daß aber, wenn die Aneignung der Macht einmal vollzogen sein wird, der sozialistische Aufbau viel leichter sein, viel systematischer unternommen werden, und — ich habe den Eindruck — weniger Opfer verlangen wird, als in Rußland.“

Zur Frage der Taktik sagte Schmeral: „Man sagt uns nach, daß wir, was die Spaltung in der Partei betrifft, uns unter den „Befehl“ Moskaus gestellt haben. Tatsächlich aber sind wir die einzigen in Europa, die sich von Anfang an in ihrer Taktik von der Schablone, nach der sich die russischen Genossen gerichtet haben, unterscheiden. Wir haben eine eigene Taktik geschaffen. Worin besteht der Theorie nach die russische Taktik? Es ist die Methode des Gen. Bucharin. Die russische Praxis hat sich dieser Theorie folgendermaßen bedient: von dem großen Ganzen, der geschichtlich sich entwickelnden politischen Organisation, von der sozialdemokratischen Partei reißt sich ein kleines Teilchen los, das eine vollkommen selbständige kommunistische Zelle schafft und seine Ansichten aufs entschiedenste formuliert; darauf beginnt ein unerbittlicher Kampf mit der Mehrheit, — ein Kampf, der die Zersetzung der Mehrheit zur Folge haben muß und die Heranziehung der Anhänger des Kommunismus zu einem vollkommen bewußten Verhalten. Ich empfand von Anfang an, daß diese Taktik, die in Rußland glänzende Resultate gezeitigt hat, für uns nicht zweckmäßig ist. Vor zwei Jahren, als alle Arbeiter sich nur für eine nationale Revolution begeisterten, konnte man an eine sozialistische Revolution im Ernst nicht einmal denken; damals standen wir ganz abgesondert da. Mitteleuropa war noch nicht reif für ein revolutionäres Auftreten. Es gelang uns, die russischen Genossen zu überzeugen, keine selbständige kommunistische Partei zu gründen, sondern der sozialdemokratischen Partei beizutreten, in der wir alle blieben. Weshalb blieben wir? Wir sagten uns: die tschechoslowakische Partei ist ihrem Bestande nach tatsächlich eine proletarische Partei. Sie vereinigt in der Hauptsache Arbeiter. Dieser Umstand ist eine Gewähr dafür, daß sie, ungeachtet dessen, wer sie leitet und wohin sie geführt wird, ihrer Arbeitertraditionen immer eingedenk sein, eine Arbeiterorientierung haben wird. Mögen in jener Übergangszeit Tusar, Schmeral und Prokesch in der Partei Seite an Seite stehen, wenn nur dem revolutionären Flügel die Freiheit, seine Ideen zu propagieren, zugestanden wird. Ist erst die Frucht reif, dann können die Arbeiter selbst eine Säuberung vornehmen und die Massen den richtigen Weg betreten. Die Zweckmäßigkeit dieser Taktik

tritt jetzt klar zutage. Zwei Jahre lang hat unser Sauerteig gewirkt und jene gegenwärtig in der Partei herrschende Stimmung erzeugt, die Ihr heute wahrnehmen könnt. Als ich in Rußland war und erklärte, daß wir revolutionäre Ziele verfolgten und hofften, daß die Resultate unserer eigenen Taktik besser ausfallen würden, als diejenigen, die die Massen, — in Wien und Budapest z. B. — erzielten, fand meine Meinung keinen Anklang. Jetzt werden unsere russischen Genossen aber wohl eingesehen haben, daß der Weg, den wir einschlugen, der richtige war.

Hinsichtlich der Namensänderung der Partei sagte Gen. Schmeral: „Es ist wahr, die Dritte Internationale hat den Wunsch, daß alle ihr angeschlossenen Parteien den gleichen Namen führen. Doch gehört dieser Wunsch für uns zu den Bedingungen, die wir besprechen möchten in der Hoffnung, daß es uns gelingen wird, unseren Standpunkt durchzusetzen, welcher der gegenwärtigen Stimmung unserer Arbeitermassen und unseren Parteiverhältnissen Rechnung trägt. Jedenfalls wird diese Frage kein Hindernis zum Eintritt in die Dritte Internationale bilden“.

Zu dem Verhältnis der Partei zu den kommunistischen Gruppen (deren Delegierte auf dem Zweiten Kongreß der III. Internationale anwesend waren), erklärte Schmeral: Trotz der allerbesten Absicht sind wir nicht imstande, auf diesem Kongreß die Frage der Konzentrierung der kommunistischen Gruppen um die Wochenschrift „Tscherven“ zu lösen. Diese Gruppen sind ihrer Organisation nach schwach; erlauben Sie mir aber, zu bemerken, daß ich jede, auch noch so kleine Gruppe ernst nehme, sobald sie die soziale Revolution anstrebt. Mir persönlich erschien es notwendig, dem Eintritt der kommunistischen Gruppen den Boden zu bereiten. Ich möchte der Hoffnung Raum geben, daß die Spaltung in der keinen Kompromiß zulassenden Arbeiterbewegung nicht weiter um sich greift, daß auch die praktischen Aktionen diese Gruppen zu uns führen werden. Ich bin überzeugt, daß unsere aus Arbeitern bestehende Partei, sobald sie in handgreiflich revolutionäre Verhältnisse hineinkommt, außerstande sein wird, ihre revolutionäre Pflicht nicht zu erfüllen.

Seine Rede schloß Schmeral mit Lenins Worten: „Möge kommen, was will, wir werden zuletzt doch Feste feiern“.

Über die Kommunistische Internationale und die Eintrittsbedingungen sprach Gen. Skalak. Nach seiner Berichterstattung wurde der Vorschlag der Marxistischen Linken über Annahme eines provisorischen „Aktionsprogramms“ bis zur endgültigen Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms mit überwältigender Mehrheit gutgeheißen. Der Inhalt des Aktionsprogramms ist folgender:

„Das gegenwärtige Entwicklungsstadium der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und aller übrigen sozialistischen Parteien in unserer Republik erscheint als Übergangsstadium zu einer neuen Orientierung, — ein Stadium, das die Schaffung eines endgültigen, grund-

sätzlichen und taktisch genauen, den Forderungen der Arbeiterbewegung zur Zeit der Revolution entsprechenden Programms unmöglich macht. Ein solches Programm kann erst nach endgültiger Lösung des gegenwärtigen Streites zwischen Opportunismus, Ministerialismus und Reformismus einerseits, und revolutionärem, keinen Kompromiß zulassenden marxistischem Sozialismus andererseits aufgestellt werden. Erst nach Lösung dieses Problems wird es dem Kongreß des gesamten Proletariats der tschechoslowakischen Republik als dem wahren Vertreter aller Proletariermassen ohne Unterschied der Nationalität möglich sein, ein dauerndes Programm festzusetzen. Deswegen schiäge ich jetzt folgendes

Aktionsprogramm

vor.

Die Entwicklung der Volkswirtschaft zeigt in den letzten drei Jahrzehnten ein gewaltiges Zunehmen des Kapitalismus, das durch Konzentrierung und Zentralisierung des Industriekapitals und durch die Vorherrschaft des Finanzkapitals gekennzeichnet wird. Die Wirkung des Finanzkapitals auf die Entwicklung der Weltpolitik äußert sich im Anwachsen des Imperialismus in den bürgerlichen Staaten. Sie vollendet die Aufteilung der gesamten Welt unter die imperialistischen Mächte, was den Weltkrieg 1914 notwendig zur Folge hatte. Solange das Kapital herrscht, ist und bleibt der Krieg eine geschichtliche Notwendigkeit; er ist der einzige mögliche Ausweg bei der Entscheidung innerer Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft, auf Kosten großer Verluste der werktätigen Massen und zugunsten der Oligarchie der Geldmagnaten.

Vier Jahre Weltkrieg aber haben die Grundlagen der allgemeinen kapitalistischen Ordnung zerstört und alle jene inneren Widersprüche des Kapitalismus zutage treten lassen, die der wissenschaftliche Sozialismus schon lange vor dem Kriege vorausgesehen hatte. Soll die Partei das Proletariat auch in Zukunft seiner Befreiung und der vollständigen Aenderung der wirtschaftlichen und politischen Bedingungen entgegenführen, so muß sie sich neuer, sich aus der Entfaltung der sozialen Revolution ergebender, wirksamer Kampfmittel bedienen und auf solche Weise den Sozialismus aus einem uns vorschwebenden Ideal in eine programmatische Forderung verwandeln.

Die Unvermeidlichkeit des Sozialismus.

Der Weltkapitalismus macht eine schwere Krise und einen Zustand vollständiger Zerrüttung durch. Hunger und Armut lehren das Proletariat, daß die bürgerliche und bürgerlich-demokratische Gesellschaft nicht imstande ist, seine Existenz sicherzustellen. Der freie Handel und die Konkurrenz, die in gewisser Weise zur Entwicklung der Produktivkräfte beitragen, sind

durch riesige Trusts und Kartells ersetzt worden, die ihre Aufgabe in der Beibehaltung der hohen Preise sehen und die Produktion in dem Maße verringern, in dem die Sicherstellung ihres Gewinns es fordert. Wucher ist der letzte klägliche Ausdruck der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Arbeiter sind nach dem Kriege mit erhöhtem Klassenbewußtsein in dieses Chaos zurückgekehrt. Die ganze Arbeiterklasse erscheint als unmittelbarer Zeuge und Beobachter der Unmöglichkeit und Unfähigkeit der kapitalistischen Klassen, welche, anstatt der Wiederbelebung der Produktion und der Normierung der Lebensmittelvorräte zuzustreben, die Ausbeutung der Werktätigen zynisch vergrößern, mit aller Macht ihren Gewinn durchsetzen und die Massen der Werktätigen in eine Finanz-, Produktions- und Nahrungsmittelkrise hineinziehen. Infolgedessen weigern sich die Arbeiter, noch weiter für das Kapital zu arbeiten. In das Bewußtsein der Arbeiterklasse ist die Ueberzeugung eingedrungen, daß der Kapitalismus sich überlebt hat, daß die für die Volkswirtschaft notwendige Produktion unter seiner Herrschaft unmöglich wird. Der Sozialismus ist zur unmittelbaren wirtschaftlichen Notwendigkeit geworden. Seine Verwirklichung kann nur durch die Arbeiterklasse herbeigeführt werden.

Die Diktatur des Proletariats.

Die Macht des Kapitalismus macht sich nicht nur in den Lebensbedingungen geltend. Der Kapitalismus beeinflußt auch die Gedankenwelt des Proletariats, um die Arbeiterklasse von der Idee des Klassenkampfes abzubringen und damit so die Klassengegensätze im Bewußtsein auszugleichen. Das Bewußtsein der Menschen ändert sich aber nur durch Veränderung der wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft selbst. Das Proletariat muß die Macht an sich reißen, damit das Bewußtsein der werktätigen Massen den wahrhaften Interessen der Arbeiterklasse und den schon bestehenden wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft entspricht. Deshalb kann das Proletariat, wenn es den Sozialismus verwirklichen will, sich nicht allein auf die Mittel, deren sich die bürgerliche Demokratie formell bedient (Stimmenabgabe im Parlament, wie es die Sozialopportunisten und Reformisten predigen), verlassen, sondern muß die gegenwärtige internationale und örtliche revolutionäre Lage ausnutzen zur Eroberung der politischen Macht und zum Vormarsch in der Richtung auf den Sozialismus, — es muß der Diktatur des Proletariats zustreben.

Die Diktatur des Proletariats ist ein Zwischenstadium, in dem die Arbeiterklasse nach Eroberung der politischen Macht den Staatsapparat zur Schaffung der sozialistischen Ordnung ausnutzt. Das Ziel des proletarischen Staates besteht in der sozialistischen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse und in der künftigen Aufhebung der Klassen. Ist

dieses Ziel erreicht, so wird jegliche Klassenherrschaft, auch die Diktatur des Proletariats selbst, überflüssig und unmöglich.

System des Sowjetaufbaus.

Unsere bisherige Erfahrung und vor allem die Erfahrung der großen russischen Revolution beweist, daß die vorteilhafteste Form des proletarischen Staats und die höchste Art der Staatsleitung die proletarische Demokratie, die Demokratie der werktätigen Massen ist, die ihren Ausdruck in dem Sowjetsystem findet.

Es ist Aufgabe der Betriebsausschüsse, die Arbeiterklasse auf die Übernahme der Betriebe vorzubereiten, damit die Fortsetzung der Produktion unter Leitung einer Zentralwirtschaftsinstitution bis zum Zeitpunkte einer abgeschlossenen Einrichtung des proletarischen Staates möglich ist; schon jetzt müssen die Betriebsräte danach streben, sich des allgemeinen Produktionsprozesses zu bemächtigen und eine Liste aller zur Enteignung vorgemerkten Betriebe aufstellen.

Die Aufgabe der Arbeiter-, Stadt- und Dorfsowjets besteht in der Anleitung der Arbeiter zur Übernahme der politischen Macht. Diese Sowjets müssen sofort nach ihrem Entstehen eine Liste ihrer Wähler zusammenstellen, auf den gesamten Staatsapparat Einfluß gewinnen und sich all die Kenntnisse aneignen, die die Leitung des Staates erfordert. Zu diesem Zweck müssen die Sowjets nicht aus Industriearbeitern allein, sondern aus allen Werktätigen, aus Intellektuellen, sowie aus Tagelöhnern und armen Bauern usw. bestehen.

Wir wollen es den Arbeitern durchaus nicht verhehlen, daß die Sowjets nur dann wahre Revolutionsorgane werden können, wenn sie eine bewußte Stellung zur Revolution einnehmen; solange dies nicht der Fall ist, täuscht man sich, wenn man ihnen eine revolutionäre Bedeutung beimißt. Unter unseren Verhältnissen aber können die Sowjets die Arbeiter zur Änderung der allgemeinen Ordnung organisch vorbereiten und die soziale Umwälzung auf diese Weise weniger empfindlich machen.

Die revolutionären Verhältnisse werden automatisch auch zur Schaffung von Soldatenräten führen.

Angesichts aller dieser Aufgaben haben die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Gewerkschaften die Wahl von Betriebs- und Arbeiterräten überall da vorzunehmen, wo es die Arbeiter verlangen, nicht aber erst das von der Regierung vorgeschlagene und in Aussicht gestellte Betriebsrätegesetz abzuwarten. Der Zentralvollzugsausschuß der Partei wird beauftragt, dementsprechende Organisationsverordnungen auszuarbeiten und sie an die Provinzorganisationen zu versenden; diese sind bevollmächtigt, die erhaltenen Verordnungen den praktischen Verhältnissen

ihres Bezirks anzupassen. Die endgültige Fassung des Sowjetgesetzes muß von dem ersten Sowjetkongreß bestätigt werden.

Zur Nationalitätenfrage.

Für die Bourgeoisie aller Nationen ist die nationale Frage eine Frage der Ausbeutung der Arbeiterklasse, auch da, wo das Vorrecht der Ausbeutung der Bourgeoisie eines fremden Volkes zugefallen ist. Die Bourgeoisie hat den Begriff der Nationalität in einen Eigentumsbegriff verwandelt. Sie erklärt das von ihrer Nation bewohnte Gebiet zum Nationalgut, das von ihr wie ein imperialistischer Kolonialbesitz behandelt wird und innerhalb dessen die fremden Nationen ausgebeutet werden. Auf diese Weise wird die Losung: „Selbstbestimmung der Völker“ zur hohlen Phrase, hinter der die Bourgeoisie eine unumschränkte Ausbeutung der werktätigen Massen der eigenen Nation verbirgt, solange sie der Bourgeoisie einer fremden Nation unterworfen ist, die sie aber aufgibt, sobald sie selbst ein Gebiet gewinnt, das von einer fremden Nation bevölkert ist. Die Arbeiter der tschechoslowakischen Republik haben das beste Beispiel dafür nicht nur an der tschechischen Bourgeoisie, die während des Krieges das Selbstbestimmungsrecht der Völker eifrig in den Vordergrund stellte, es aber fallen ließ, sobald sie die Selbständigkeit des Staates erlangt hatte, sondern auch an der deutschen Bourgeoisie, die bis zur nationalen Umwälzung in Österreich-Ungarn nichts von diesem Recht hören wollte, es aber gegenwärtig entschieden anstrebt.

In einem Nationalitätenstaat, in dem die Interessen der Bourgeoisie der herrschenden Nationen und der Bourgeoisie der dienenden Nationen einander scharf widersprechen, kann es leicht geschehen, daß die Arbeiter ihren eignen Interessen untreu werden, indem sie den zeitweiligen Losungen ihrer Bourgeoisie folgen. Deshalb dürfen die Arbeiter sich weder von der Losung der „Aufrechterhaltung des Staats“ und der „Verteidigung des Staats“, wie die Bourgeoisie und die Sozialpatrioten verkünden, noch von der Losung der „Nationalautonomie“ oder der „Selbstbestimmung der Nationen“, die die deutschen Bürgerlichen und Opportunisten ausrufen, täuschen lassen.

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in einem Staat wie die tschechoslowakische Republik ist nur dann möglich, wenn die Proletarier aller der verschiedenen Nationen sich vereinigen und den Kampf gegen den Kapitalismus solidarisch, Hand in Hand, aufnehmen. In dieser Hinsicht werden die Betriebs- und Arbeiterräte sehr zweckmäßige Organisationen für die Vereinigung des Proletariats aller im Staate vertretenen Nationen zu gemeinsamem Vorgehen bilden. Nur durch den Sturz der Bourgeoisie aller im Staate und in der Gesellschaft vertretenen Nationen wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker und ihre Selbst-

ständigkeit innerhalb der wirtschaftlichen Organisationen der sozialistischen vereinigten Staaten Europas gesichert werden.

Die Mittel zum Kampf.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Partei alle hierzu tauglichen Mittel anwenden, insofern sie dem Rechtsbewußtsein des Proletariats entsprechen. Das erste und entscheidendste unter ihnen ist die direkte Massenkampagne. Der Parlamentarismus und der parlamentarische Kampf erweisen sich immer mehr als zur Erlangung wesentlicher Änderungen der allgemeinen Ordnung unzureichende Mittel, selbst in dem Falle, daß eine bedeutende Mehrheit der Bevölkerung sich für solche Änderungen erklärt. So bleibt das Parlament nur noch als eine Tribüne bestehen, die die sozialistischen Abgeordneten besteigen, um angesichts der bürgerlichen Deputierten den sozialen Umschwung zu propagieren oder die Bourgeoisie und die pseudosozialistischen Parteien zu entlarven. Das kann natürlich nur durch entschiedenen Kampf mit den Vertretern der Bourgeoisie im Parlament geschehen. Die Koalitionspolitik und der Ministerialismus sind aus der revolutionär-proletarischen Taktik selbstverständlich vollkommen auszuschalten.*)

Der Sozialismus und die Leitsätze zur Frage des Uebergangs zu seiner Verwirklichung.

Sozialismus bedeutet eine planmäßige Wirtschaftsführung im Interesse der werktätigen Gesellschaft. Der Übergang zum Sozialismus (die Sozialisierung) wird durch folgende Grundsätze bestimmt:

a) Leiter der Produktion sind die aus Vertretern der betreffenden

*) Der alte Vollzugausschuß der Partei hat zwei volle Jahre hindurch die Arbeiter weder zu politischen Demonstrationen, noch zu Streiks usw. aufgerufen. Der neue Vollzugausschuß hat bereits (seit dem 28. Sept.) begonnen, diesen Paragraphen des Programms ins Leben umzusetzen. Am Eröffnungstage des Kongresses in Prag fanden Massendemonstrationen statt; am 14. Oktober wurden in allen Städten der Tschechoslowakei zur Feier des zweijährigen Bestehens der von den Arbeitern verkündigten republikanischen Ordnung in der Tschechoslowakei Versammlungen abgehalten (am 27. Oktober 1918 war die tschechische Bourgeoisie noch nicht im Klaren darüber, welche Verfassung sie für den tschechoslowakischen Staat wählen sollte: eine Monarchie mit einem englischen Prinzen an der Spitze oder aber eine Republik); am 18. Oktober fanden in 30 Städten der Tschechoslowakei ein halbtägiger Streik und Protestversammlungen gegen die Erhöhung der Zuckerpreise um 200 % statt. (Nach Zeitungsberichten soll es am Tage der Demonstration in Prag zu Blutvergießen gekommen sein, wobei 16 Mann verwundet wurden.)

Der Verfasser.

Produktionszweige, Vertretern der Konsumenten und des proletarischen Staats bestehenden Zentralorgane;

b) Leiter der Verteilung sind die Konsumvereine, denen als Mitglied beizutreten schon jetzt Pflicht aller bewußten Arbeiter ist. Später wird der Eintritt für alle Bürger rechtsverbindlich sein;

c) sofort müssen die großherrschaftlichen Güter, die Banken, Versicherungsgesellschaften, großen Industriebetriebe und Bergwerke ohne Entschädigung enteignet werden. Die Entelgnung muß unter anderem schon aus dem Grunde ohne Entschädigung erfolgen, weil alle gegenwärtigen Besitzer, die arbeitsunfähig und über 60 Jahre alt sind, vom Staat versorgt werden müßten. An Orten mit vorzugsweise industrieller Bevölkerung muß der Privatgrundbesitz durch Kommunalbesitz ersetzt werden;

d) bäuerlicher Kleinbesitz und Handwerksbetriebe werden nicht enteignet, sondern in den Plan der allgemeinen Wirtschaft aufgenommen und müssen zur Verschmelzung auf genossenschaftlicher Grundlage aufgefordert werden;

e) jeder gesunde Mensch (Männer und Frauen im Alter von 18 bis 60 Jahren) ist verpflichtet, produktiv tätig zu sein. Mütter, die ihren eigenen Haushalt führen, sind als produktiv tätig zu betrachten; alle müssen das Recht auf Arbeit haben;

f) der Arbeitslohn besteht bei der minimalsten Arbeitsleistung aus dem für alle gleichen sogenannten Existenzminimum und aus dem Zuschlagslohn, der je nach Beruf und Produktivität erhöht wird;

g) in den Grenzen der Bedürfnisse der Gesellschaft wird die Wahl des Berufs freigestellt;

h) alle Arbeitsunfähigen und alle, ohne Unterschied, die das Alter von 60 Jahren überschritten haben, müssen auf Kosten des Staats versorgt werden;

i) solange die Produktionsgeräte Privatbesitz bleiben, müssen den Eigentümern Steuern auferlegt werden; späterhin werden alle Abgaben durch Abzüge vom Gewinn an der gemeinschaftlichen Wirtschaft ersetzt werden;

k) die Aufgaben der Gewerkschaften bestehen in der Erziehung ihrer Mitglieder in revolutionärem Geiste und in der sorgfältigen Ausarbeitung eines Sozialisierungsplanes ihres Produktionszweiges. Die Partei muß eine besondere Kommission wählen, die mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Genossenschaften gemeinschaftlich den Entwurf eines bis in die Einzelheiten genauen Sozialisierungsprogramms abfaßt und es dem Parteikonzil und dem Kongreß der Sowjets zur Annahme vorlegt.

Die Weltlage.

Es sind nicht nur Armut und Not, die das Proletariat zur Verwirklichung seiner Befreiung zwingen. Die internationale politische Lage verschlechtert sich zusehends. Es ziehen immer neue Wolken herauf, Vorzeichen des nahenden Sturmes. Die Reibungen zwischen Amerika und Japan, Amerika und England, das im Wettstreit um die Flottenrüstung nicht mehr mithalten kann, spitzen sich immer mehr zu. Zwischen Frankreich und England sind schwere Konflikte in Fragen des nahen Ostens entstanden. Am gefährlichsten ist die Lage in den Balkanstaaten, Deutschland und Ungarn. Solange das Proletariat den Kapitalismus, die Quelle aller Streitigkeiten, nicht beseitigt, wird es immer von der Gefahr eines neuen Krieges im Interesse seiner Ausbeuter bedroht sein.

Der sechs Jahre ohne Unterbrechung währende Krieg im Osten dauert noch fort. Der Krieg der Gegenrevolution mit der proletarischen Revolution ist unvermeidlich. Er wird mit dem Bewußtsein geführt, daß erst die Erwürgung des proletarischen Rußland den internationalen Ausbeutern die Möglichkeit gibt, ihre innere und äußere Politik zu festigen. Die Sache des Weltproletariats wird auf russischem Boden entschieden werden. In dieser Lage ist es Pflicht der Arbeiterklasse, der ausländischen Politik die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich aller revolutionären Mittel zu bedienen, um die Politik der internationalen Reaktion zu durchkreuzen.

An die III. Internationale.

Die Befreiung des Proletariats vom Joch der kapitalistischen Sklaverei wird erst durch seinen internationalen Sieg verwirklicht werden. Deshalb erstreben wir nicht nur den Zusammenschluß des Proletariats verschiedener Nationalitäten in unserem Staate, sondern auch den Anschluß an die Weltinternationale, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes steht. Wir erklären uns mit den Grundsätzen der III. Internationale einverstanden und beauftragen den Zentralvollzugsausschuß, sofort mit dem Vollzugsausschuß der III. Internationale in Beziehung zu treten. Es sind alle Maßnahmen zu treffen, um alle unsere Genossen davon zu benachrichtigen und unseren Organisationen volle Möglichkeit zu bieten, die Frage des Anschlusses an die Kommunistische Internationale entweder in Form einer Urabstimmung oder auf dem Parteitag zu behandeln.

* * *

Alle diese Vorschläge des Gen. Skalak wurden mit überwältigender Stimmenmehrheit angenommen.

Einstimmig wurden folgende Beschlüsse und Aufrufe angenommen:

Gruß an das russische Proletariat.

Die Delegierten des XIII. ordentlichen Kongresses der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei senden einen warmen Gruß an das russische Proletariat, das nach den entsetzlichen Leiden des Weltkrieges als erstes in der ganzen Welt die Fesseln des Absolutismus gesprengt, die Bourgeoisie vernichtet und die Macht ergriffen hat, um eine neue, gerechte, sozialistische Weltordnung, eine Welt ohne Sklaven und ohne Gebieter zu schaffen. Wir begrüßen die russischen Industriearbeiter, die mutige Vorhut der großen proletarischen Armee im Kampf gegen den Kapitalismus, wir begrüßen den russischen Bauern, den einstigen Sklaven eines fremden Willens, den heutigen freien, sein Land freudig bearbeitenden Landmann, wir begrüßen alle die kühnen Kämpfer, die Millionen russischer Männer und Frauen, die, nachdem sie ein wahres Golgatha an Leiden und Entbehrungen durchgemacht, unermüdlich Stein um Stein zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung herzugetragen haben, einer Gesellschaftsordnung, die heute ihre Fackel hoch aufrichtet, gleich einem mächtigen Leuchtturm in der Dämmerung und dem Schatten der übrigen Welt.

Genossen, Proletarier und Proletarierinnen! Erregt und fieberhaft gespannt verfolgen wir Euren heldenhaften Kampf. Ihr habt den Zarismus vernichtet, der Tausende Eurer besten Genossen im Gefängnis hat verschmachten oder aber am Galgen, auf den Eisfeldern und in den Bleischächten Sibiriens hat umkommen lassen. Ihr habt den stolzen Bau des russischen Kapitalismus und der russischen Bourgeoisie zerstört. Über die Fronten hinweg, die noch voller einander mordender Soldaten lagen, habt Ihr als erste die Losung: „Frieden den Völkern“ erschallen lassen, Ihr habt als erste den Proletariern der Welt die Hand zum Friedensschluß hingestreckt. Und danach habt Ihr den gewaltigen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft unternommen.

Dieses große Friedenswerk ist aber durch die Bosheit der imperialistischen Staaten unterbrochen und vereitelt worden. Ihr seid in einen Ozean von Lug und Verleumdung getaucht worden, und Euer Land ist von den Wogen fremdländischer Truppen ringsumher überflutet worden. Ihr aber, geschwächt und gemartert, habt heldenhaft den Kampf aufgenommen: Eure rote Armee hat die Usurpatoren und Abenteurer Koltschak und Denikin besiegt und vernichtet. Den Frieden zu genießen ist Euch aber bis jetzt nicht beschieden. Noch heute kämpft Ihr einen schweren Kampf mit der Pseudodemokratie, der polnischen Reaktion, dem polnischen Adel und polnischen Volk, das die Entente in den Kampf gegen Euch hineingezogen hat und das unvermeidlich ihrem verbrecherischen Spiel zum Opfer fallen wird.

Genossen, russische Proletarier und Proletarierinnen! Wir sind von Eurem Siege überzeugt. Die Wahrheit und die hohe moralische Kraft sind auf Eurer Seite! Ihr werdet Euch den Frieden und die Ruhe erkämpfen, die Ihr zur Vollendung Eures gewaltigen Werkes, des innern Umbaus, braucht. Und wenn wir tschechoslowakische Sozialdemokraten nicht untätig und ruhig zugesehen haben, während der westeuropäische Kapitalismus Euch zu erwürgen drohte, sondern der verbrecherischen Bourgeoisie, die auch unsere Arbeiter in den offenen Konflikt mit Euch hineinzuziehen bestrebt war, mit aller Macht entgegengearbeitet haben, so werden wir auch künftighin unsere proletarische Pflicht erfüllen. Möge man nur versuchen, einen neuen Feldzug gegen Euch zu unternehmen! Euer Sieg ist auch unser Sieg! Wir sind uns alle bewußt, um welche ungeheuren Güter heute gekämpft wird, und welcher Strom der Reaktion sich über die ganze Erde ergossen hätte, wäret Ihr besiegt worden.

Wir senden Euch unsern herzlichsten, innigsten Gruß aus Millionen proletarischer Herzen, wir heißen Euch und Euer Werk willkommen, wir streben danach, Hand in Hand mit Euch zu schreiten und wünschen von ganzem Herzen baldmöglichst in innigste brüderliche, proletarische Beziehungen zu Euch zu treten.

Es lebe die proletarische russische Sowjetrepublik!

* *

Die letzten Monate sind gekennzeichnet durch ein immer stärker werdendes Drängen und Vorrücken der Weltreaktion gegen Sowjetrußland, das die ganze Zeit über dem unablässigen Andrang des Kapitalismus ausgesetzt ist, durch das Bestreben, eine mitteleuropäische Koalition zu schaffen, um gemeinschaftlich aufzutreten und einen neuen Krieg gegen Sowjetrußland zu entfachen. In Sowjetrußland sehen wir den Mittelpunkt des Weltsozialismus, und wir erklären feierlich und entschieden, daß die Beteiligung der tschechoslowakischen Republik an den Militäraktionen gegen Sowjetrußland vom gesamten bewußten Proletariat der Tschechoslowakei als Anlaß zur weitgehendsten Sabotage, als Aufruf zu einem allgemeinen Streik und entschiedenster Bekämpfung aller derjenigen betrachtet werden muß, die den Krieg gegen Rußland angefangen haben. Wir fordern: Neutralität der tschechoslowakischen Republik in bezug auf Rußland nicht nur den Worten nach, sondern in der Tat; die Grenzen Polens müssen für die Einfuhr von Waffen hermetisch geschlossen sein, und dies alles muß von den Arbeitern selbst, nicht aber von den Staatsinstitutionen durchgeführt werden. Als erste rufen wir die Eisenbahner dazu auf, in bezug auf den Militärtransport den schon bestehenden Boykott Polens bis zum äußersten zu treiben. Für den bereits durchgeführten

Boycott halten wir es für unsere Pflicht, den tschechoslowakischen Eisenbahnern unsern proletarischen Dank auszusprechen. Indem wir den wachsenden und sich zuspitzenden Klassenkampf in den Staaten Mittel- und Westeuropas verfolgen und den gewaltigen Kampf der Arbeiter Italiens, Englands und Frankreichs gegen den Kapitalismus in Betracht ziehen, erklären wir unsererseits den Beginn eines entscheidenden Kampfes in der Tschechoslowakei und geloben den westeuropäischen Genossen, ihnen nicht im geringsten nachstehen zu wollen. Indem wir entschiedensten Protest gegen den weißen Terror und das grausame Regiment Horthys in Ungarn einlegen, wünschen wir dem ungarischen Proletariat vollständigen und baldigen Sieg in seinem Kampf, den mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften zu unterstützen wir für unsere heilige Pflicht halten. Dem Zentralvollzugsausschuß machen wir es zur Pflicht, diesen Kongreßbeschuß durchzuführen und zu diesem Zweck mit dem Proletariat aller benachbarten Völker und Staaten in Beziehungen zu treten und mit ihnen gemeinschaftlich eine proletarische Organisation zu schaffen, welche den Waffentransport nach Polen genau und streng überwacht. Wir rechnen es uns zur Pflicht an, den Märtyrern, die an der russischen Front ihr Blut für das Wohl des Proletariats aller Länder vergossen haben, unsern Dank auszusprechen und geloben, ihrer ewig zu gedenken.

* *

Die Frauendelegierten erließen nach Schluß des Kongresses einen Aufruf an die Arbeiterinnen der tschechoslowakischen Republik, in dem sie unter anderem bestätigten, daß alle gewählten Delegierten zum Kongreß erschienen seien und damit bewiesen hätten, daß die Arbeiterinnen sich vollständig dem linken Flügel der sozialistischen Bewegung angeschlossen haben. „Genossen, Arbeiterinnen,“ heißt es im Aufruf, „laßt Euch nicht durch bekannte Namen „erprobter“ früherer bedeutender Parteiarbeiter täuschen, welche gegenwärtig nicht auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie, sondern des Sozialpatriotismus stehen. Wir, die wir den todbringenden Weltkrieg überstanden haben, und unter der Last dieser Katastrophe, die uns als Mütter, Frauen und Menschen erdrückt hat, nicht zusammengebrochen sind, — wir fürchten die logischen Folgen des roten Kommunismus nicht. Die sozialdemokratischen Frauen sind stolz auf den Namen Kommunistinnen und sind überzeugt davon, daß es nicht die Propaganda sozialdemokratischer Ideen ist, sondern die Verwirklichung unseres alten Programms, die unsere Kinder dem entsetzlichen Wirrwarr der kapitalistischen Gesellschaft entreißen wird. Wir Arbeiterinnen fürchten uns nicht davor, der III. Internationale beizutreten, wir haben diese geschichtliche Entscheidung im Gegenteil mit Ungeduld erwartet, denn wir waren von dem einzigen Wunsche beseelt, uns auf dem schnellsten

Wege mit dem internationalen revolutionären Proletariat, das für die soziale Befreiung kämpft, zu vereinigen.

Es lebe die III. Internationale!

Es lebe die russische Sowjetrepublik!“

Dieser Aufruf muß als der herzlichste und aufrichtigste Ausdruck der Ansichten der tschechoslowakischen Arbeiterinnen anerkannt werden, die bereits 1919 gegen die verbrecherische Blockade Sowjetrußlands durch die Entente eifrigen Protest einlegten. Abgesehen von Ihrer aufrechten Gesinnung ist die Frauenorganisation der tschechoslowakischen Sozialdemokratie auch äußerst populär; zum Beginn des Kongresses zählte sie gegen 20 % aller Mitglieder der Gewerkschaften und gegen 200 000 politisch organisierte Arbeiterinnen: sie hat ihre gut geleiteten Zeitungen „Frauenneuigkeiten“ (ersch. in einer Auflage von 25 000 Exempl.), „Die Frau“ (ersch. in einer Auflage von 8000 Exempl.) und „Frauenanleihen“ (35 000 Exempl.). Die tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterinnen waren vom ersten Augenblick der Oktoberrevolution an glühende Anhängerinnen und Verteidigerinnen Sowjetrußlands. Im allgemeinen kann man nur wünschen, daß die Arbeiter überall imstande wären, ihre Führer zu veranlassen, so kühn und entschlossen den Weg der Revolution zu betreten, wie es die tschechoslowakischen Frauen getan haben.

* * *

Die Delegierten der tschechoslowakischen Jugendbewegung erließen gleichzeitig mit den Frauen einen Aufruf an die jungen Proletarier der tschechoslowakischen Republik, in dem es in bezug auf den Beitritt zur III. Internationale heißt: „Im Hinblick darauf, daß eine wirksame Führung des Klassenkampfes nur auf Grund der Schaffung einer einheitlichen internationalen proletarischen Organisation innerhalb der tschechoslowakischen Republik, die der III. Internationale angehört, möglich ist, beauftragt der Kongreß die verantwortlichen Genossen der Jugendbewegung zur Schaffung einer internationalen Jugendorganisation in der Republik zu schreiten und mit der Kommunistischen Jugendinternationale in engste Beziehung zu treten, zwecks künftigen Beitritts, wobei der Beitritt der Partei zur III. Internationale von entscheidender Wirkung sein muß.“

Dieser Aufruf an die Jugend bricht offen mit der früheren Politik des Zentralausschusses der Jugendorganisation, der eine Zeitlang den Boden zur Schaffung einer neuen Jugendinternationale vorbereitete, einer Internationale, die offenbar ihrem Wesen nach eine Konkurrentin der Kommunistischen Jugendinternationale darstellen sollte.

Was die Ereignisse vom 16.—25. September anbelangt, so nahm der Kongreß alle von den Prager linken Arbeitern ergriffenen Maßnahmen, sowie den Aufruf an den früheren Zentralvollzugsausschuß der Partei und

deren Mitarbeiter an und hieß sie gut. Der Inhalt dieses Aufrufs ist folgender:

„Der Kongreß hat bestimmt, daß der noch bestehende Zentralvollzugsausschuß und alle Parteiarbeiter, die von dem letzten Kongreß die Vollmacht zur Verwaltung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens der Partei erhalten haben, von dem neuen Zentralvollzugsausschuß aufgefodert werden, ihre Vollmachten niederzulegen oder ihre Bereitwilligkeit zur Fortsetzung der Arbeit unter seiner Leitung zu erklären, was den in der Partei längst bestehenden Traditionen nach als ihre Pflicht gilt. Wer dieser Pflicht im Lauf einer bestimmten Zeit nicht nachkommt, der muß als Feind der Arbeiterbewegung angesehen werden, seine Handlungsweise muß der gesamten Arbeiterklasse bekannt gemacht werden; wer sich nicht fügt, hat alle Folgen seiner Entscheidung zu tragen.“

Diese Bestimmung stützt sich auf die Rechtmäßigkeit des Kongresses, welche folgendermaßen festgesetzt wurde: von 527 Mandaten, die an die gewählten Delegierten der Organisationen (die Slowakei mit einbegriffen) verteilt wurden, waren zum Kongreß 338 Delegierte erschienen, von denen 321, also die überwältigende Mehrheit, von der Mandatkommission anerkannt wurden. Späterhin wurde die Zahl der Delegierten nicht um ein einziges Mandat vergrößert.

Der Kongreß schloß am 28. September mit der Rede des Gen. Schmeral, der, von den praktischen Ergebnissen der Arbeiten sprechend, bemerkte, daß dieser Kongreß nur ein Vorkongreß sei, der den Zweck habe, mit der früheren Ministerpolitik der Rechten zu brechen und den Arbeitermassen die neuen Wege zu weisen, die die tschechoslowakische Arbeiterbewegung zur Verwirklichung der Endziele des sozialdemokratischen Programms gehen muß. „Ich glaube,“ sagte Schmeral, „daß wir diesen Kongreß als einen nicht abgeschlossenen und vertagten betrachten müssen. Es muß nun eine verstärkte Organisations- und Agitationsarbeit geleistet werden. Die Partei muß die revolutionären Ideen, die hier verkündeten Kampfsideen, in Fleisch und Blut umsetzen . . . Es versteht sich von selbst, daß es die erste Aufgabe des neuen Zentralvollzugsausschusses ist, eine Verbindung mit dem Vollzugsausschusse der III. Internationale anzubahnen (Beifall). Ich glaube, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit, nach vier, höchstens sechs Monaten, ein neuer Kongreß einberufen werden wird. Und ich bin überzeugt, daß er alle Fragen lösen wird, die heute noch ungelöst sind.“

Der Kongreß wählte als neuen Vollzugsausschuß der Partei die Genossen Bolen, Burian, Dönke, Glaserowaja, Grünzweig, Hatina, Hawlin, Douscha, Hausser, Jarolimek, Kaubek, Krshenowaja, Petrach, Schmeral, Wanek (Vater des Delegierten zum II. Kongreß der III. Internationale), Welischek und Sopototzki.

Die meisten von ihnen sind Fabrikarbeiter.

Die erste Arbeit des neuen Vollzugsausschusses war ein Aufruf an das Proletariat Mitteleuropas, der zur Organisation eines gemeinsamen Widerstandes der mitteleuropäischen Arbeiter gegen den Waffentransport nach Polen und allen übrigen Staaten auffordert, die in Zukunft einen Krieg gegen das Arbeiter- und Bauernrußland beginnen könnten. Im Aufruf heißt es unter anderem:

„Laßt Euch nicht durch die verbrecherischen Verträge täuschen, die die kapitalistischen Regierungen geschlossen haben. Alle diese „Friedensverträge“ sind in der Tat Kriegserklärungen der internationalen Gegenrevolution an das Arbeitervolk Rußlands. Als Papierfetzen müssen wir alle solche Verträge betrachten, durch die die Ergebnisse Eurer Arbeit dem polnischen Adel und den ungarischen Banden Horthys zufallen.

Gegen Euren Willen darf keiner über die Waffen- und Munitionsvorräte Eurer Fabriken verfügen. Gebt keine einzige Kanone, keine einzige Kugel, kein einziges Gewehr aus der Hand. Wenn die Kapitalisten mit England und Frankreich an der Spitze die Staaten Mitteleuropas vom Nördlichen Eismeer bis zum Mittelländischen Meer zur neuen Angriffsbasis gegen Rußland machen wollen, müßt Ihr ihnen einen starken Wall entgegenstellen. Bedient Euch Eurer Organisationen als Waffen zur Unterstützung Sowjetrußlands. Es haben schon die Unterhandlungen über organisierte und gemeinschaftliche Aktionen aller proletarischen Parteien Mitteleuropas begonnen. Ihr müßt vorsichtig, entschieden und kühn vorgehen.

Wenn wir uns auf diese Weise fest vereinigen, werden wir uns an die Arbeiter der Ententestaaten, Skandinaviens, der Balkanstaaten, Spaniens und Amerikas und aller Länder, wo das Proletariat gleich uns kämpft, eng anschließen. Auf diese Weise werden wir einen Teil der Last, die das russische Proletariat gegenwärtig zu erdrücken droht und seine große revolutionäre Rolle erschwert, auf uns nehmen; wir werden wenigstens einen kleinen Teil der Pflicht erfüllen, die wir alle der heldenmütigen Vorhut der Weltrevolution, dem russischen Proletariat, gegenüber haben; wir werden damit einen großen entscheidenden Schritt zu unserer eigenen Befreiung machen.

Genossen!

Eure Feinde, die Kapitalisten, haben bis jetzt die Ergebnisse Eurer Arbeit zerstört, da ihnen das ganze Transportsystem in Mittelasien zu Gebote stand, und sie zu jeder Zeit Euren Angriff zurückschlagen konnten. Das wird aufhören, wenn Ihr überall Eure Posten aufstellt, wenn Ihr überall zum Kampf bereit seid, wenn Ihr überall nach einem bestimmten Plane handelt. Vor Eurem ausschlaggebenden Willen muß die Weltgegenrevolution kapitulieren.

Nieder mit den kapitalistischen Kriegen, es lebe der revolutionäre Sozialismus!

Nieder mit dem Kapitalismus, es lebe der revolutionäre Sozialismus!
Nieder mit der Herrschaft der Bourgeoisie, es lebe Sowjetrußland!
Nieder alle Pilsudski, Horthy, Wrangel, es lebe die Rote Armee!
Es lebe die vereinigte Aktion des revolutionären Proletariats!
Vorwärts zur Aktion! Zum Kampf! Zum Sieg!“

Der Zentralvollzugsausschuß der
Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Prag, am 4. Oktober 1920.

Gegenwärtig haben wir folgende Lage: Aus der einheitlichen Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei haben sich infolge des Versuches der Rechten, eine Umwälzung in der Partei herbeizuführen und nicht bloß alle nach dem Jahre 1918 aus Rußland zurückgekehrten Kommunisten, sondern überhaupt alle aktiven Anhänger der Marxistischen Linken auszuschließen, zwei tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterparteien gebildet, welche beide auf das gesetzliche Recht pochen, die rechtmäßige alte Partei zu sein. Die Rechten gehen von der formalen Auffassung aus und argumentieren folgendermaßen: der Parteikongreß ist laut Statut vollkommen gesetzmäßig vom Vollzugsausschuß der Partei am 13. Juni und am 15. August einberufen worden; in der Bekanntmachung waren laut Statut tatsächlich die Unterschriften: A. Njemetz — Vorsitzender, M. Schkatula und J. Teska — Sekretäre, vorhanden. Aber der Vollzugsausschuß der Partei hat, laut Statut, auch das Recht, den Kongreß zu vertagen; er hat von diesem seinem Recht Gebrauch gemacht. Am 14. September hat der Vollzugsausschuß mit dem Bevollmächtigten und anderen angesehenen Arbeitern (das ist der Name für die „Vertreter der Partei“) den Kongreß vertagt, um allen Parteiorganisationen die Möglichkeit zu geben, sich über die veröffentlichten Bedingungen zum Eintritt in die III. Internationale auszusprechen. Demzufolge haben alle, die gegen den Wunsch des Vollzugsausschusses und der Parteileitung trotzdem zum Kongreß sich eingefunden haben, gegen die Parteidisziplin gehandelt und sind, den kommunistischen Losungen zufolge, nicht mehr Sozialdemokraten, sondern Kommunisten, Pseudosozialdemokraten. Das Einzige, was die Anhänger der Marxistischen Linken in der Zeit vom 16.—25. September geleistet haben, ist, daß sie Betriebsräte in den Parteiunternehmungen geschaffen und sich das „Arbeiterpalais“ samt der Redaktion der Druckerei und der Administration des „Prawo Lidu“ angeeignet haben. Alles das ist ein Gewaltakt, gegen den gesetzlich, bis zum Gericht,

vorgegangen werden wird. Bis zur Gerichtsentscheidung beschränken sich die Rechten fürs erste darauf, den werktätigen Massen der Tschechoslowakei beizubringen, daß Dr. Schmeral eben auf einem geraubten Sessel sitzt, auf geraubtem Papier mit geraubter Feder schreibt, die er in geraubte Tinte taucht, seine Manuskripte in eine geraubte Druckerei schickt, die sich im geraubten „Arbeiterpalais“ befindet . . . Dies ist die Argumentation der Rechten.

Die Linken sagen, daß es sich nicht darum handle, wer den Kongreß vertagt habe; die Hauptaufmerksamkeit sei darauf zu lenken, weshalb das geschehen sei, wie die Vertagung begründet werde und welche Maßnahmen ihr unmittelbares Ergebnis seien. Dann müsse der „Ukas“ des Vollzugsausschusses und der Parteivertretung vom 14. September, laut welchem der Kongreß auf drei Monate vertagt wird, als ein „unerhörter“ Akt der Diktatur von „oben“ angesehen werden, als der Versuch eines „Staatsstreichs“ in der Partei. Der Vollzugsausschuß und die Parteivertretung haben den Kongreß vertagt; als Motivierung diene die Notwendigkeit, in der Organisation die Bedingungen der Aufnahme in die III. Internationale zu erörtern; gleichzeitig aber war der Vollzugsausschuß beauftragt, „alles zu tun, damit beim nächsten Kongreß die sozialdemokratischen Delegierten allein die Fragen der weiteren Taktik der Partei zu erörtern hätten.“ Es ist klar, daß hier die vollkommen offene Motivierung der wahren Absichten der Rechten vorliegt: der Kongreß wird deswegen vertagt, damit Zeit zum Ausschluß der Linken aus der Partei gewonnen wird. Das ist eben der Grund, weshalb die Arbeiter die Rechtmäßigkeit der Bestimmungen des Vollzugsausschusses und der Übertretung der Parteidisziplin vom 14. September nicht anerkennen; diese völlig klar ausgedrückte Absicht der Rechten ist die Ursache, weswegen die schon zum Kongreß gewählten Arbeiterdelegierten diese Bestimmung nicht gelten ließen, sondern die Rechtmäßigkeit der Bestimmung über die Einberufung des Kongresses vom 13. Juni und 15. August anerkannten. Der Hinweis der Rechten auf den Umstand, daß unter den Sozialdemokraten sich Kommunisten befanden, die vom Standpunkt des Parteistatuts nicht Mitglieder der „Sozialdemokratie“ sein dürften, erscheint direkt als kindliche Schulmeisterei, da das Parteistatut nicht dazu da ist, um die Meinung der Mehrheit zu vergewaltigen, sondern im Gegenteil, um sie zur Herrschaft zu bringen. Alle diese Fragen mußten jedenfalls vom Kongreß entschieden werden. Die Rechten aber faßten, nachdem sie, scheinbar um den Organisationen zur Erwägung der Aufnahmebedingungen in die III. Internationale Zeit zu lassen, eine Vertagung vorgeschlagen hatten, ohne das Ergebnis dieser Erwägung abzuwarten, gleichzeitig, schon vor Eröffnung des Kongresses, einen Beschluß über das Wesen dieser Frage. Jedermann sieht, daß der Vollzugsausschuß und die Parteivertretung den Kongreß nicht vertagten, sondern ihn sprengten,

da er schon damals einen Bestand von Delegierten aufwies, der den Rechten im Vollzugsausschuß nicht gefiel. Er sollte in einer anderen Zusammensetzung wieder eröffnet werden, wobei anstelle der aus der Partei ausgeschlossenen Abgeordneten andere Abgeordnete, Anhänger des Kompromisses und der Ministerpolitik, treten sollten. So sind die Rechten im Unrecht, wenn sie von der Unrechtmäßigkeit des Kongresses vom 25. bis 28. September sprechen, denn zu allererst muß die Frage der Rechtmäßigkeit der Vertagung geprüft werden. Der Kongreß bestand schon seit dem Augenblick der erfolgten Abgeordnetenwahl; verteidigen die Rechten die formelle Seite, so wenden die Linken ihre Hauptaufmerksamkeit dem Wesen der Streitfrage zu. Das Wesen der Ereignisse in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie zwischen dem 14. und 28. September besteht tatsächlich darin, daß die Rechten in jenen Tagen als Usurpatoren auftraten, die sich auf gewaltsame Formalistik stützten, während die Linken, welche mit dem moralischen und Klassenbewußtsein der Arbeitermassen rechneten, ihre Zuflucht zum Recht der Revolution nahmen. Der Umstand, daß der Kongreß auf Verlangen der Linken und „den rechtmäßigen Parteigesetzen“ entgegen eröffnet wurde, spricht dennoch nicht zugunsten der Rechten, da es vom formalen Standpunkt aus möglich ist, sich nicht nur darauf zu stützen, daß die Abgeordneten schon gewählt waren und der Kongreß infolgedessen „de facto“ schon bestand, sondern auch darauf, daß es vollständig gleichgültig ist, wer den Kongreß eröffnet hat; hat sich die Mehrheit der Delegierten eingefunden, so ist er vollkommen rechtmäßig; ganz abgesehen davon, daß Gen. Schmeral als zweiter Vorsitzender des früheren Vollzugsausschusses und die verantwortlichen Sekretäre der Partei, die Gen. Schkatula und Teska, als Berichterstatter anwesend waren, und mehrmals die Rechtmäßigkeit des Kongresses als XIII. ordentlichen Kongreß der tschechoslowakischen Sozialdemokratie betonten.

Auf den 15. Oktober d. J. wurde der Beginn der Untersuchung mit dem früheren Verleger des „Prawo Lidu“, A. Njemetz, als Ankläger anberaumt. Angeklagt sind alle zum Bestande des Betriebsrats des „Arbeitspalastes“ gehörenden Genossen. Die Anklageakte ist auf Grund des Gesetzes über die Verletzung des Eigentumsrechts zusammengestellt. Njemetz tritt im Gericht als Besitzer aller Parteiunternehmungen auf, indem er sich auf das Gesetz stützt, das die Partei nicht dazu berechtigt, als juristische Person aufzutreten, sondern fordert, daß der gesamte Besitz der Partei auf den Namen einer Privatperson überschrieben werde. Dem Ausgang des Prozesses sehen nicht nur die Beteiligten — die Rechten und Linken — mit großer Spannung entgegen, sondern auch die gesamte Bourgeoisie, welche, im Falle, daß der Anklage Njemetzts Genüge getan wird, hofft, daß das ganze Vermögen demjenigen Vollzugsausschuß und demjenigen Sozialdemokratie wieder zufallen werde, deren Vorsitzender

Njemetz ist. Im Falle aber, daß die Mitglieder des Betriebsrats verurteilt werden, hofft sie auf den Beginn von Unruhen innerhalb der Arbeitermassen, da es zweifellos ein großer Fehler wäre, wenn die Linken, im Falle Njemetz vor Gericht Recht bekommt, sich dem Gerichtsurteil fügen und das Vermögen der Partei mit dem Arbeitspalast den Rechten abtreten würden.

Gegenwärtig vollzieht sich bereits eine Spaltung in den örtlichen politischen Organisationen, die größtenteils, mit Ausnahme einiger Dutzend Mitglieder, zu den Linken übergehen und nur in den wenigsten Organisationen sich in zwei Hälften teilen. Im allgemeinen muß gesagt werden, daß die Anwesenheit zweier Drittel der Delegierten auf dem Kongreß kein richtiges Maß des tatsächlichen Machtverhältnisses unter den Arbeitermassen darstellt. Höchstens $\frac{1}{3}$ von ihnen ist durch persönliche Bande und Freundschaft mit den angesehenen Arbeitern der Rechten innig verbunden (die meisten Beamten der Partei erwiesen sich als Rechte). Sie bleiben den Rechten vermutlich nur so lange treu, bis sie sich davon überzeugen, zu wessen Gunsten die Rechten arbeiten.

Auch in der tschechoslowakischen sozialdemokratischen periodischen Presse vollzieht sich die Spaltung; hier aber, muß man gestehen, haben die Rechten quantitativ das Übergewicht. Sie haben ihr Möglichstes beigetragen, um das Prager „Rote Recht“ (Morgen- und Abendausgabe) zu vernichten; sie nahmen ihre Zuflucht nicht nur zu dem gerichtlichen Verbot, das Zentralorgan der linken Sozialdemokratischen Partei unter dem alten Namen „Prawo Lidu“, welcher den Rechten zur Benutzung verblieb, herauszugeben, sondern erlangten eine große finanzielle Unterstützung von der Regierung; sie erreichten die Beschlagnahme aller Briefschaften, Schriften, Geldüberweisungen, Telegramme, Schecks, Papiervorräte usw. schon auf dem Postamt und den Bahnhöfen zugunsten des Zentralorgans, des rechten „Prawo Lidu“. Die Linken verfügen gegenwärtig über folgende täglich erscheinende Zeitungen: „Rotes Recht“, „Abendblatt des Roten Rechts“, Prag, „Swoboda Kladno“, „Gleichheit“, Brünn; zweibis dreimal wöchentlich erscheinende Zeitungen: „Snaga“, Tabor, „Unabhängigkeit“, Nimbürg, „Pruboi“, Louny; „Slowatzko“, Godonin; „Gleiches Recht“, Nusle; „Shishkowan“, Shishkow; „Funke“, Tschebitsch; „Ishni Morawa“, Snoimo; „Unser Norden“, Usti nad Labem; „Strash Poisershi“, Ml. Boleslaw; „Strash Lidu“, Kromershish; „Prawda Chudoby“, Rushomberg—Slovakia, und „Gerechtigkeit“, Rokizany. Der neue Vollzugsausschuß wandte sich an alle Mitglieder mit dem Aufruf, in Anbetracht der Hindernisse und des großen Schadens, den die Rechten der linken Presse zugefügt haben, eine intensive Geldsammlung zugunsten des Verlagsfonds der Partei zu veranstalten. Die linke Sozialdemokratie hat etwa 15 Wochenschriften beibehalten.

Als es klar zutage getreten war, daß eine Spaltung der Partei unver-

meidlich sei, erließen die tschechoslowakischen Gewerkschaften einen Aufruf, in dem sie ihre Neutralität im Parteihader erklärten und forderten, daß beide Teile, die Rechten und die Linken, ihre Zwistigkeiten nicht auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter übertragen. Der Zentralausschuß des Gewerkschaftsrats besteht größtenteils aus offenen Anhängern des rechten opportunistischen Flügels. Der Rat selbst ist Mitglied der Amsterdamer Internationale. Dagegen erklärte der Leiter der tschechischen Eisenbahner, der Abgeordnete Brodetzki, aus Anlaß der Gründung der „Föderation der deutschen und tschechischen Eisenbahner“ (die tschechische „Unie“ und der deutsche „Verband“), die gegenwärtig über 100 000 Eisenbahner in der Tschechoslowakei vereinigt, am 10. Oktober, daß 80 % der Arbeiter für den linken Flügel und bloß 20 % Prozent für den rechten seien. Der Kampf um den Besitz der Gewerkschaften wird nach der „Neutralitätserklärung“ natürlich nicht aufhören; im Gegenteil haben die Rechten durch ihren „Klub sozialdemokratischer Abgeordneter“ kategorisch erklärt, daß es keinerlei Neutralität der Gewerkschaften geben könne, daß die Leiter der Gewerkschaftsbewegung sich endgültig für die eine oder andere Seite entscheiden müßten. Auf diese Weise muß aus der Spaltung der politischen Partei unvermeidlich eine Verschärfung der Beziehungen zwischen der linken Arbeitermasse und den rechten Führern entstehen, die sich in ihrem Sozialpatriotismus einbilden, wahrhaftere Vertreter der tschechoslowakischen Republik als die Arbeiter zu sein.

Spaltung unter den sozialdemokratischen Abgeordneten.

Am 7. Okt. wurde ein Aufruf der zur linken Sozialdemokratie gehörenden Abgeordneten erlassen, in welchem sie versprachen, im Parlament eine Oppositionspolitik zu treiben, die zur Aufdeckung der schweren Gegensätze zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat führen solle. Der Aufruf trägt die Unterschrift von 18 Delegierten (Blashek, Borowski, Burian, Haken, Housser, Koutnij, Kutschera, Kunst, Malaja, Merta, Routschek, Skalak, Skaunitzkowaja, Schmeral, Schurany, Taussik, Teska Toughil).

So erwiesen sich von 74 sozialdemokratischen Abgeordneten 56 als Anhänger des Reformismus. Das Kräfteverhältnis der politischen Parteien Skalak, Skaunitzkowaja, Schmeral, Schurany, Taussik, Teska, Toughil).

Tschechoslowakische Nationalparteien.

Rechte tschechoslowakische Sozialdemokratie . . .	56 Abg.
Republik. Partei der tschechischen Provinz und	
Agrarpartei (Landbourgeoisie)	40 „
Volkspartei (Geistliche)	33 „
Nationalsozialisten (Stadtkleinbourgeoisie)	24 „
Volksdemokratie (Stadtbourgeoisie).	19 „
Gewerbe- und Handelspartei	6 „
Sozialistische Volksarbeiterpartei (Kleinbourgeoisie)	3 „

181 Abg.

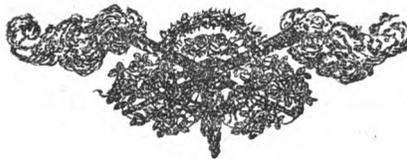
Oppositionsgruppen fremder Nationalitäten.

Deutsche Sozialdemokratie	31 Abg.
Deutscher Verband	15 „
Deutsche Agrarier	11 „
Deutsche christl. Sozialisten	10 „
Deutsche Liberale	5 „
Ungarische christl. Sozialisten	5 „
Ungarische Sozialdemokraten	4 „
Ungarische Agrarier	1 „
	82 Abg.
Tschechoslowakische Linke Sozialdemokratie	18 „

im Ganzen 281 Abg.

Diese Tabelle beweist, daß in der neuen Vereinigung der tschechoslowakischen Nationalparteien die rechten Sozialdemokraten, die tschechischen Agrarier und Geistlichen die führende Rolle haben werden. Wenn die erste Koalition (1919), die sich aus allen tschechoslowakischen Parteien zusammensetzte, infolge des tiefen Antagonismus und der Interessengegensätze auseinanderfiel, so wird auch die neue Koalition diesem Schicksal nicht entgehen und das gerade jetzt, wo eine Partei die Bühne des politischen Lebens betreten hat und ein Programm aufweist, das die übrigen Parteien bis auf den Grund zersplittern und eine neue politische Gruppierung in der Slowakei schaffen muß, die auf dem Standpunkt der proletarischen Revolution stehen wird. Auflösung des Parlaments und Neuwahlen sind der einzige Ausweg aus der Lage, die sich in den nächsten Monaten in der Hitze des sich verschärfenden Klassenkampfes ergeben wird. Während des neuen Wahlkampfes haben die linken Sozialdemokraten die Möglichkeit, das Revolutionsprogramm in seinem ganzen Umfange zu entfalten. Sie werden zweifellos bedeutend mehr Abgeordnetensitze erlangen, als im Frühjahr 1920, wo sie gar keine Kandidaten aufgestellt hatten.

Hulla.



Die Lage in Finnland.

1. Unter der Herrschaft der „Sieger“.

Drei Jahre schon herrscht die finnische Bourgeoisie, die im Jahre 1918 mit Hilfe der deutschen Bajonette den „Sieg“ über das aufständische Proletariat davontrug, unbeschränkt über die Täler und Seen Finnlands, die vom Blut der Arbeiter und Bauern gerötet sind. Das dritte Jahr schon feiert sie blutige Orgien und verhöhnt den „besiegten Feind“. Gleich einem schweren Alpdruck herrscht im Land der weiße Terror und marschiert einher unter den Klängen des Weißgardistenmarsches, zu dem die Geigen der Sozialverräter die Begleitung spielen.

Die finnische Bourgeoisie begnügt sich nicht mit den tausenden von Leichen, über die hinweg sie zur Macht emporgestiegen ist, noch nicht mit den Tausenden von Opfern, die sie im Siegesrausch in den Kerkern zu Tode gequält hat, — sie begnügt sich nicht mit alledem, sondern sie fährt noch immer fort, den Aufstand vom Jahre 1918 zu liquidieren. Und Schuldige und Unschuldige fallen ihrer Rache zum Opfer.

Fast täglich kann man in den finnischen Zeitungen lesen von Prozessen gegen kommunistische Agitatoren und alte Teilnehmer an unserer Revolution, die von den finnischen Bluthunden immer wieder aufgespürt werden. Dabei lenken die Ankläger ihr Augenmerk weniger darauf, in welchem Maße der Angeklagte an der Revolution beteiligt war, als darauf, in welchem Maße er überhaupt an der Arbeiterbewegung Anteil nimmt. Ein altes Parteimitglied, das an der Revolution nicht teilgenommen, ja sie nicht einmal gutgeheißen hat, ist bei der finnischen Bourgeoisie ebenso verhaßt, wie ein unmittelbarer Teilnehmer an der Revolution. Man braucht nur an den Fall von Eduard Valpas, eines alten Sozialdemokraten, zu denken, um sich davon zu überzeugen.

Valpas gehört zu den Gründern der Sozialdemokratischen Partei Finnlands. Fast seit der Gründung des Zentralorgans der Partei „Työmies“ war er dessen Chefredakteur. Die ganze Zeit über hat er die Richtung Kautskys vertreten. Die finnische Revolution hat er nicht gebilligt, sondern erklärt, daß das Land wirtschaftlich noch nicht reif dazu sei. Nach der Niederlage der Revolution aber wanderte Valpas, da er wußte, daß die wutentbrannte Bourgeoisie ihn nicht schonen würde, dennoch mit anderen zusammen nach Sowjetrußland aus. Hier änderte unter dem Einfluß des großen sozialistischen Aufbaus die Mehrzahl der ausgewanderten finnischen Sozialdemokraten ihre Überzeugung, sie wurden Kommunisten

und gründeten die Kommunistische Partei Finnlands. Valpas jedoch schloß sich dieser Partei nicht an, er blieb nach wie vor ein Mann der Versöhnung, ein Kautskyaner.

Und was zeigte sich nun? Als er nach Finnland zurückkehrte, geriet er trotz alledem auf die Anklagebank. Die finnische Bourgeoisie empfing ihn als ihren Feind. Nachdem sie ihn gehörig im Gefängnis hatte schmachten lassen, machte sie ihm Anfang April den Prozeß. Nach den Berichten der Blätter suchte Valpas sogar vor Gericht noch nachzuweisen, daß er den bewaffneten Aufstand nicht anerkenne und daß Finnland ein wirtschaftlich so rückständiges Land sei, daß zurzeit des gegenwärtigen Geschlechts hier seiner Ansicht nach von der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsform gar keine Rede sein könne.

Aber nichts half. Die bürgerliche Justiz verurteilte ihn zu lebenslänglicher Gefängnishaft und zum Verlust der Bürgerrechte für immer. Man legte ihm zur Last, daß er Redakteur der legalen Zeitung „Työmies“ gewesen sei, die zum Aufstand aufreizende Artikel veröffentlicht habe, daß er an der Organisation der Demonstration vom Juli 1917 teilgenommen habe, daß er vor der Revolution als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Seim an der Abfassung des bekannten Aufrufs „Wir fordern“ beteiligt gewesen sei, daß er während der Revolution der Kommission zur Regelung der Beziehungen zwischen Finnland und Rußland angehört habe, daß er Mitglied der Helsingforscher Bibliothekkommission gewesen sei usw. Und für solche meist noch vor der Revolution begangene „Verfehlungen“ verurteilte die bürgerliche Themis einen Menschen zu lebenslänglichem Gefängnis!

Alle Gefängnisse sind überfüllt von den Schuldigen und Unschuldigen, die von der finnischen Regierung verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. Obleich auf Grund von Teilamnestien eine recht bedeutende Anzahl von Gefangenen befreit worden ist, sind die Gefängnisse doch überfüllt. Die Gefängnisverwaltung herrscht in ihnen völlig willkürlich. Schmutz, gänzlich ungenießbares Essen, Rechtlosigkeit, Kerker, — das sind die Verhältnisse, unter denen die politischen Gefangenen in Finnland schmachten. Noch im Juli ist in der Zeitung der Harmoniedusler „Suomen Sozialidemokraatti“ der Brief eines politischen Gefangenen aus dem durch seine Schrecken bekannten Gefängnis in Hennala veröffentlicht worden. Das in diesem Gefängnis herrschende Regime wurde in diesem Briefe in den düstersten Farben geschildert. Unter anderem wurde berichtet, daß viele im dunklen Keller den Verstand verloren haben. Dieser Brief verdient umso mehr Glauben, als er von einem Blatt der Kompromißler veröffentlicht wurde, das man jedenfalls nicht der Sympathie für die Revolutionäre verdächtigen kann. Und kürzlich, im November, wurde berichtet, daß die Häftlinge in den finnischen Gefängnissen Suppe mit Würmern vor-

gesetzt bekommen . . . Und das in Finnland, das sich stets mit seiner Reinlichkeit und Ordnung im Vergleich zu Rußland brüstete!

Nicht umsonst war die finnische bürgerliche Gesellschaft bis in die Tiefe ihrer bürgerlichen Seele hinein beleidigt über das Urteil des Vertreters des dänischen Roten Kreuzes, Dr. Martini, über die Zustände in Sowjetrußland und in Finnland. Dr. Martini traf im Mai aus Sowjetrußland in Finnland ein, und als er im Vorhof des finnischen republikanischen Paradieses alle Annehmlichkeiten der Quarantäne in Terioki durchgekostet hatte, vermochte er nicht sich zurückzuhalten und veröffentlichte sein Gutachten in einem schwedischen Blatte. Zum Entsetzen der finnischen Bürger äußerte er sich sehr wohlmeinend über die Organisation der Gesundheitspflege in Sowjetrußland, die Zustände in der Quarantäne zu Terioki aber verurteilte er scharf. Die Quarantäne machte nach seiner Meinung den Eindruck eines Gefangenenlagers, nicht aber den einer sanitären Organisation. An Stelle eines Arztes, der die Quarantäne leiten sollte, hatte der Soldat mit dem Bajonett die Gewalt. Wer in die Quarantäne kam, durfte nicht einmal seine Sachen mitnehmen und sich säubern. Die erste Nacht mußte ohne Laken zugebracht werden.

Aber kann man wohl von Reinlichkeit und Ordnung reden in einem Lande, in dem alle Anstrengungen der Regierung darauf gerichtet sind, alle Bestrebungen der Arbeiterklasse zu unterdrücken, wo das Proletariat aller Rechte beraubt ist. Ein Arbeiter kann aus jedem Anlaß verhaftet, ins Gefängnis geworfen, ja sogar in den Gefängniskammern gefoltert werden. Die Interpellationen der Sozialdemokraten im Seim, die nur bei dem augenfälligsten Mißbrauch der Gewalt eingebracht werden, haben nicht das geringste Gewicht. Der Seim geht nach Anhörung der Interpellation einfach zur Tagesordnung über. Sogar das Blatt der Kompromißler „Suomen Sozialidemokraatti“, das die bürgerliche Ordnung in Finnland mit allen Kräften unterstützt, muß in einem Leitartikel im Juli zugeben, daß Finnland das reaktionärste Land der Welt ist.

Und das abscheulichste Werkzeug in der Hand der reaktionären Regierung dieses reaktionärsten Landes sind die sogenannten Schutzwehren. Dies sind weißgardistische Kräfte, die von der Bourgeoisie, welche den regulären Truppen nicht traut, zum Kampf gegen die Arbeiterklasse benutzt werden. Diese Schutzwehren treiben im ganzen Lande ihr Unwesen und terrorisieren buchstäblich die Arbeiterbevölkerung. In betrunkenem Zustande verüben die Wehrmänner Exzesse, stürmen die Arbeiterversammlungen, treiben sie auseinander und verprügeln nicht selten die Redner. Zum Unterhalt dieser „Hüter der Ordnung“ weisen die Regierung und die Gemeindeverwaltungen große Summen aus Volksmitteln an. Die Schutzwehren sind eine besonders stinkende Eiterbeule am faulenden Körper der bürgerlichen Ordnung Finnlands.

Die finnische Bourgeoisie aber, die vor der herannahenden kommu-

nistischen Revolution und vor der sie erwartenden Rache der Arbeiterklasse zittert, sieht in diesen Schutzwehren ihre einzige Rettung. Sie sucht die Schutzwehren in eine besondere Kaste zu verwandeln, die unabhängig von allen politischen Veränderungen ihr als verlässlicher Schutz dienen kann. So hat sich z. B. der ehemalige Minister des Inneren Ritavuori im vergangenen April entschlossen, aus irgendwelchen liberalen Erwägungen heraus die Pläne der Regierung zu enthüllen. Er veröffentlichte im „Helsingin Sanomat“ einen Artikel, in dem er den Lesern mitteilte, daß im Frühling 1919 die Gründung eines von Regierung und Seim unabhängigen Bundes der Schutzwehren eingeleitet worden sei. Dieser Bund wurde auch wirklich gegründet, nachdem die Regierung Ingmans kurz vor ihrem Rücktritt ihre Einwilligung dazu erteilt hatte. Das Vereinsgesetz sieht „militärisch“ organisierte Verbände überhaupt nicht vor. Solche Verbände stehen im Widerspruch zum Grundgesetz, — erläutert der Verfasser des Artikels. Der Verband betätigte sich konspirativ.

Diese Enthüllungen des ehemaligen Ministers riefen einen wahren Sturm in der bürgerlichen Presse hervor. Irgend ein Verteidiger der Schutzwehren, vielleicht auch ihr Organisator, beeilte sich, dem Enthüller gleich am nächsten Tage zu antworten. In seiner ganzen Einfalt erklärte er, daß das Gesetz über die Schutzwehren ein Administrativgesetz sei und daher durch einfachen Regierungsbeschluß aufgehoben werden könne. Wenn die Sozialdemokraten die Mehrheit erhalten und sich der Gewalt bemächtigt hätten, so hätten sie seiner Ansicht nach als erstes die Schutzwehren aufgelöst. Damit nun die Tätigkeit der Schutzwehren in diesem Falle auf gesetzlicher Grundlage hätte fortgesetzt werden können, mußten sie unter das Vereinsgesetz gestellt werden.

Was die Vermutungen dieses offenerzigen Wehrmanns über die Absichten der weißen Sozialdemokraten angeht, so sind sie natürlich von zweifelhafter Güte. Die Sozialverräter bedürfen selbst der Schutzwehren zur Bekämpfung der revolutionären Arbeiter, der Kommunisten, und hätten sich daher mit der Auflösung dieser Schutzwehren schwerlich beeilt, selbst wenn sie ans Ruder gekommen wären. Ihre Proteste gegen die Schutzwehren sind eine leere Komödie. Anders die nach einer eventuellen Regierung der Kompromißler kommende kommunistische Revolution. Zu ihrer Bekämpfung braucht die Bourgeoisie notwendig die Schutzwehren. Und die Bourgeoisie begreift das sehr wohl. Die lebhaft bürgerliche Zeitung „Imalehti“ erklärte zu jener Zeit offen, daß im Falle der Bildung einer sozialistischen Regierung die rechtssozialistischen Führer gestürzt und „unverfälschte Bolschewiki“ an ihre Stelle gesetzt werden könnten. Dann könne die „Sicherheitswache des Landes“ aufgelöst werden und die „loyale Bevölkerung“ (natürlich die Bourgeoisie) würde in Gefahr geraten. Diese offenerzigen Bekenntnisse der bürger-

lichen Zeitungsschreiber haben das Wesen der Schutzwehren vollkommen aufgedeckt.

Angesichts dieser großen Bedeutung der Schutzwehren für die finnische Bourgeoisie wird es verständlich, warum die Bourgeoisie, auf die Gefahr hin, die Bedingungen des Versailler Vertrages zu verletzen, bemüht ist, ihren Wehrmännern auf jede erlaubte und unerlaubte Weise Waffen aus dem Auslande zu verschaffen. Im April wurde die Lieferung von Waffen für die Schutzwehren aus Deutschland aufgedeckt, worüber es zu einer Interpellation im englischen Parlament kam. Im Mai verhandelte der bekannte Henker der finnischen Arbeiter, General Mannerheim, mit dem deutschen Reichswehrminister über Waffenlieferungen an Finnland. Im Juni wurde abermals die Ankunft eines Transports mit Kriegsgerät in Hangö aufgedeckt. Und wie viele solcher Lieferungen sind unbekannt geblieben?

Eine solche Regierung, deren ganze Energie auf die Rüstung zum Kampf mit der revolutionären Arbeiterklasse gerichtet ist, kann das Land naturgemäß nicht aus der schweren wirtschaftlichen Lage befreien, in die es geraten ist. Seit Beginn dieses Jahres hat sich die Lage der finnischen Banken ständig verschlechtert, die Auslandsschulden sind gestiegen, der Kurs des finnischen Geldes ist mit erschreckender Schnelligkeit gefallen. Die wirtschaftliche Lage wird immer haltloser. Die ganze Zeit über machte sich ein Mangel an Lebensmitteln im Lande fühlbar. Die dürftigen Vorräte wurden teilweise durch Getreideeinfuhr aus Schweden und Dänemark aufgefüllt.

In letzter Zeit macht sich in Finnland ein Stillstand der Industrie, Arbeitslosigkeit und rasches Steigen der Preise bei den Gegenständen des täglichen Bedarfs bemerkbar. Während die Lage der Arbeiter sich immer mehr verschlechtert, während sie ein Hungerdasein führen müssen, fängt die Bourgeoisie an, Sparsamkeit zu predigen, durch die sie den Kurs der finnischen Mark zu heben und eine Preissenkung zu erzielen hofft. Bei dieser Sparsamkeitspredigt helfen die Harmoniedusler der Bourgeoisie, ohne zu begreifen, daß derartige Palliativmittel zur Rettung der bürgerlichen Gesellschaft vom Untergange einen jeden, der mit den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung auch nur ein wenig vertraut ist, nur zum Lachen bringen können. Es ist klar, daß die Bourgeoisie, indem sie den hungernden Arbeitern Sparsamkeit predigt, das ohnehin schon niedrige Existenzniveau des Arbeiters noch senken will, um die Löhne abzubauen zu können.

Vor dem wirtschaftlichen Untergang kann Finnland nur durch die kommunistische Revolution gerettet werden, die eine richtige Verteilung der Produktion und der Erzeugnisse einführen wird, nicht auf Grund der privaten Sparsamkeit, bei der der Arbeiter wider Willen spart, der Kapitalismus aber die Reichtümer verschwendet, sondern auf Grund eines

sparsamen Allgemeinverhaltens zum Gemeinvermögen. Unter der Herrschaft der „Sieger“ aber wird Finnland früher oder später unvermeidlich zum vollen wirtschaftlichen Zusammenbruch kommen.

2. Die kleinen Imperialisten.

So ist es um das innere Leben Finnlands bestellt. Der weiße Terror, der Kampf ums eigene Fell, die Verspottung der „Besiegten“, die völlige Machtlosigkeit gegenüber der schweren wirtschaftlichen Lage des Landes, — das alles bezeichnet die innere Politik aller bürgerlichen Regierungen Finnlands, die einander nach der Niederlage der Revolution abgelöst haben. In der auswärtigen Politik dieser Regierungen aber beobachten wir neben Prahlerei, Hochmut und imperialistischen Raubgelüsten den Schwächeren gegenüber, eine Kriecherei vor den Großen dieser Welt. Dieses Verhalten hat die finnischen Regierungen zu einem raschen Wechsel der Orientierung geführt: nach der blutigen Unterdrückung der finnischen Revolution war der „Retter“ der finnischen Bourgeoisie, der deutsche Imperialismus, der Herr von Finnland, nach dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus aber trat die Entente an seine Stelle. Um sich bei dieser Entente einzuschmeicheln, reiste General Mannerheim im Mai nach Deutschland, wo er neben den Verhandlungen über Lieferung von Waffen für die finnischen Schutzwehren auch Unterhandlungen mit den Vertretern der englischen Gesandtschaft führte; er begab sich auch nach Frankreich und England. Zum selben Zweck bereiste eine Gesandtschaft der finnischen Bourgeoisie, an der auch ein Sozialverräter, der Abgeordnete Kottonen teilnahm, und an deren Spitze der finnische Minister des Auswärtigen, Herr Holsti, stand, die Länder der Entente und besuchte London, Paris und Rom. Die Hauptrolle bei allen diesen Verhandlungen spielte natürlich die Frage des Verhaltens zu Sowjetrußland. Denn ohne seinen Herrn kann man ja keinen Frieden schließen, wenn dieser Friede auch notwendig ist.

Augenscheinlich auf Geheiß der Entente hat die finnische Regierung im vergangenen Frühling auch geheime Unterhandlungen mit Polen gepflogen und im Juni die Selbständigkeit der Ukraine mit der Regierung Petljuras anerkannt, zu einer Zeit, da diese Regierung schon nicht mehr existierte. Bei dem blinden Haß der finnischen Bourgeoisie gegen den Bolschewismus ist natürlich alles möglich. Jetzt hat die finnische Bourgeoisie auf diese Unternehmungen wohl schon verzichtet, denn die Siege der Roten Armee mußten ihr die Augen öffnen und die ganze Fruchtlosigkeit derartiger diplomatischer Schritte vor Augen führen.

Ueberhaupt war die Prahlerei und der Hochmut der finnischen „großstaatlichen“ Regierung, die von einem „Großfinnland“ träumte, bis in die letzte Zeit gegen Sowjetrußland gerichtet. Unter dem Zeichen dieses

Hochmuts der finnischen Bourgeoisie fanden die Waffenstillstandsverhandlungen mit Sowjetrußland im April statt, die ergebnislos verliefen. Die finnischen Kapitalisten wollten Rußland das wald- und fischreiche Karelrien und überdies womöglich auch noch Ingermanland entreißen. Diese Gebiete werden von ihnen als eine Art finnischer Irredenta angesehen. Aber zum großen Kummer der Großfinnen hegt die werktätige Bevölkerung dieser „Irredenta“ nicht den mindesten Wunsch, sich mit Finnland zu vereinigen. Und unter dem Einfluß der Siege der Roten Sowjetarmee und der Forderungen der finnischen Arbeiterklasse, mußte die finnische Regierung schließlich in Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland eintreten und nach langen Verschleppungen den Friedensvertrag unterzeichnen. Es mußte auf Karelrien verzichten und die Proklamierung einer Karelischen Arbeiterkommune durch Sowjetrußland hinnehmen, was den finnischen rechten Blättern noch im Juni als eine Unmöglichkeit erschien. Die Zeit tut ihr Werk.

Wenn die finnische Bourgeoisie in Karelrien und Ingermanland ihre Irredenta sieht, so zeigt sich, daß auch Schweden seine Irredenta in Finnland hat. Es sind die Alandsinseln, um die im vergangenen Sommer ein wahrer Sturm getobt hat. Die Bevölkerung dieser Inseln, die aus Schweden besteht, zeigt Sympathien für Schweden und äußert den Wunsch, sich diesem Staate anzuschließen. Ende Mai entsandten die Aländer eine Delegation zum schwedischen König mit der Bitte, Aland mit Schweden zu vereinigen. Die von der finnischen Regierung ausgearbeitete und vom Seim angenommene Gesetzesvorlage über die Selbstverwaltung Alands wurde von der Bevölkerung der Inseln nicht anerkannt. Wie es sich in solchen Fällen gehört, beschuldigte die bürgerliche Presse die Aländer natürlich des Hochverrats und die Regierung machte sich daran, Repressalien anzuwenden. Auf die Alandinseln wurden finnische Truppen gesandt, die Führer wurden verhaftet. Zwischen Finnland und Schweden begann ein Notenwechsel. Schließlich mischte sich der Völkerbund ein und die Frage, wer die Alandinseln besitzen soll, ist bis jetzt noch nicht entschieden.

Die finnischen kleinen Imperialisten, die an allen Straßenecken und -kanten vom Selbstbestimmungsrecht der Völker schreien, sind also selbst Unterdrücker schwächerer Völkerschaften. Die Aländer haben zweifellos ebenso das Recht auf Selbstbestimmung wie die anderen Nationen, und das ist von den finnischen Kommunisten auch ausgesprochen worden, im Gegensatz zu den Sozialverrättern, die „im Interesse des finnischen Staates“ die Aufrechterhaltung einer Verbindung Alands mit Finnland fordern. Die finnische Bourgeoisie zusammen mit den Kompromißlern kann die Selbständigkeit Alands natürlich nicht anerkennen, denn sie ist mit den Neigungen der kleinen Imperialisten behaftet, die bestrebt sind, die kleineren Völkerschaften um ihren Besitz zu bringen und sie sich zu unterwerfen. Aber das sind eben die Neigungen kleiner Imperialisten, die

neben der Großmannssucht ihre Hilflosigkeit inmitten der widerspruchsvollen Interessen der großen Welträuber fühlen. Darum sehen sie sich gezwungen, nach lärmenden, dünkelfhaften Erklärungen bescheidenlich darauf zu warten, was die Hauptkanzlei der Entente, der Völkerbund, sagen wird.

Und auch dieser Völkerbund selbst beilt sich nicht sonderlich mit der Aufnahme Weißfinnlands in seine Räubergemeinschaft, obgleich der Regierungsantrag über den Eintritt in den Völkerbund vom finnischen Seim mit Unterstützung der Sozialverräter schon am 28. Mai angenommen worden ist. Auch hier muß die großfinnische Bourgeoisie bescheidenlich warten, bis man dem Gesuch entsprechen wird.

3. Die finnischen Sozialkriecher.

Eine starke Stütze der weißgardistischen bürgerlichen Ordnung in Finnland ist die weiße Sozialdemokratie, die Partei der Sozialverräter, die auf jede erdenkliche Weise vor der Bourgeoisie kriecht. Eigentlich beobachten wir hier dieselbe Erscheinung wie in anderen Ländern, in denen die Anhänger der Zweiten Internationale bestrebt sind, irgendein Lebenszeichen von sich zu geben. Aber in Finnland zeichnet sich die gegenrevolutionäre Tätigkeit der weißen Sozialdemokraten vielleicht durch größere Naivität und Einfalt aus als in den anderen Ländern, wo die Führer der alten Sozialdemokratie einen weiteren Gesichtskreis und größere diplomatische Schlahheit besitzen. So wurde z. B. im Aufruf der finnischen Sozialverräter zum 1. Mai offen erklärt: „Wir (die Sozialdemokraten) brauchen keine Waffen und werden nicht zu ihnen greifen“.

Überhaupt sind die finnischen Sozialverräter beflissen, auf Schritt und Tritt ihre Loyalität der bürgerlichen Republik gegenüber zu beweisen und bellen bei jeder günstigen Gelegenheit die Kommunisten und Linksozialisten diensteifrig an. Besondere Mühe dabei gibt sich ihr Zentralorgan „Suomen Sozialidemokraatti“, das nach der Unterdrückung der Revolution die Stelle der alten „Työmies“ eingenommen hat. Alle Schreiberseelen und Feuilletonisten dieses Blättchens wetteifern miteinander, die russische Sowjetrepublik und die Kommunisten mit Schmutz zu bewerfen. Zuweilen begnügt sich dieses Blatt nicht mit einfachen Insinuationen bezüglich der Kommunisten, sondern geht direkt zu Angeberereien über. Das geschah z. B. im Mai dieses Jahres, als das Organ der finnischen Sozialverräter sein Bedauern darüber ausdrückte, daß diejenigen, die kommunistische Literatur ins Land bringen, nicht verhaftet werden, „obgleich diese Personen der Polizei nicht unbekannt sein können“. Es ist wirklich schwer, an verräterischer Tätigkeit noch mehr zu leisten.

Schließlich konnten sogar die Massen, die der Partei der Sozialverräter angehören, den Strom der Lüge und Verleumdung nicht mehr er-

tragen, den ihr Zentralorgan über Sowjetrußland ergießt, und sie nötigten die Parteileitung, der Zeitung eine Rüge zu erteilen. Diese Parteileitung der finnischen Sozialdemokraten faßte kürzlich im November eine EntschlieÙung, in der erklärt wird, „das Zentralorgan müsse sich gegen Sowjetrußland wohlwollender verhalten als bisher“. Das ist zwar nur eine platonische Bemerkung, aber auch sie beweist, daß das Zentralorgan der finnischen weißen Sozialdemokraten in seinen verleumderischen Ausfällen gegen Sowjetrußland alle Grenzen des Zulässigen überschritten hat.

Jedoch der „Suomen Sozialidemokraatti“ ist über diesen Beschluß seiner Parteileitung empört. In einem Leitartikel erklärte das gekränkte Blatt kürzlich: „Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Finnlands kann stolz darauf sein, daß es in seinem Verhalten zu Sowjetrußland eine folgerichtige sozialdemokratische Stellungnahme eingehalten hat“. Nämlich eine folgerichtige, sozialverräterische Stellungnahme, bestehend aus Lüge und Verleumdung gegen Sowjetrußland, das Finnland die Selbständigkeit gegeben hat, und gegen die Kommunisten, die die Aufrichtung der Sowjetordnung auch in Finnland und die Befreiung der Werktätigen Finnlands vom Druck des Kapitals anstreben.

Dieselbe „Folgerichtigkeit“ hat die sozialdemokratische Partei Finnlands auch hinsichtlich der internationalen Arbeiterbewegung bewiesen. Die Parteileitung hat kürzlich in einer Sitzung beschlossen, aus der Zweiten Internationale auszutreten und Verbindungen mit den aus der Zweiten Internationale ausgetretenen sozialdemokratischen Parteien anderer Länder anzuknüpfen, um eine internationale Organisation zu schaffen, die die sozialdemokratischen Parteien aller Länder vereinigen soll. Die finnischen Sozialverräter beabsichtigen also, in eine besondere, „vierte“ Internationale einzutreten.

Eine so „konsequente“ Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, ist der finnischen Bourgeoisie natürlich sehr willkommen. So hat z. B. das bürgerliche Blatt „Korjalan Aamulehti“ im Juni das Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten verteidigt, mit dem Hinweis, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion sich nicht auf den Standpunkt des unversöhnlichen Klassenkampfes gestellt habe und daß diese Fraktion etwas ganz anderes sei, wie die früheren Fraktionen. Das Blatt bemerkt dabei, es urteile nicht nach den Worten, sondern nach den Taten. Und das ist ganz richtig. Wie sollte denn eine solche „Arbeiter“partei nicht gut sein, deren Mitglied, der sozialdemokratische Abgeordnete Kottonen, zusammen mit den Vertretern der weißgardistischen Regierung die Ministerien der Westmächte besucht und Verhandlungen über den Kampf gegen Sowjetrußland führt!

In ihrem Streben nach der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie wären die finnischen Sozialverräter nicht abgeneigt, auch in die bürgerliche Regierung einzutreten, wozu sich schon mehrfach Gelegenheit bot;

aber sie fürchteten, sich dadurch endgültig zu kompromittieren und den letzten Rest des Vertrauens der Massen zu verlieren. Immerhin beschlossen sie im Sommer, in der Partei eine Vorabstimmung vorzunehmen, über die Erteilung des Rechts an die sozialdemokratische Seimfraktion, die Frage der Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung zu entscheiden. Bei sehr schwacher Beteiligung wurde die Mehrzahl der Stimmen für die Erteilung dieses Rechts abgegeben. Und nichtsdestoweniger schwanken die Sozialdemokraten noch bis jetzt. Mitte November bot sich den finnischen Sozialdemokraten abermals die Gelegenheit, in die bürgerliche Regierung einzutreten, ja sogar eine eigene Regierung zu bilden, nachdem das Kabinett Erich zurückgetreten war, weil die Gesetzesvorlage über den Schutz im Grenzgebiet durch die Stimmen der Sozialdemokraten und der Rechten im Seim durchgefallen war. Aber soviel man gegenwärtig weiß, haben die Sozialdemokraten es auch jetzt nicht gewagt, in die Regierung einzutreten. Die alte Regierung bleibt vorläufig am Ruder. Die Sozialverräter fürchten sich, in die Regierung einzutreten oder ein eigenes Kabinett zu bilden; denn dadurch würden sie sich in den Augen der Arbeitermassen endgültig kompromittieren und die Stunde der Revolution beschleunigen.

Aber wie die Führer der finnischen Sozialdemokratie auch handeln mögen, der Boden schwindet ihnen doch unter den Füßen. Die Arbeitermassen verlassen in ganzen Organisationen die Partei der Sozialverräter. Die finnische Sozialdemokratie verwandelt sich allmählich in einen verwesenden Leichnam, dessen Gestank kein mehr oder weniger bewußter Arbeiter zu ertragen vermag. Die Arbeiter suchen neue Wege des revolutionären Klassenkampfes und gründen eine neue Arbeiterpartei.

Der Zerfall der finnischen Sozialdemokratie kann durch keine Rettungsversuche aufgehalten werden. Solche Versuche wurden unternommen von den Vertretern des Parteizentrums oder den „marxistischen Sozialdemokraten“, wie sie sich selbst nennen, die im Mai einen besonderen Aufruf veröffentlichten mit der Forderung, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen zur Vereinigung der zerfallenen Reihen der Sozialdemokratie. Ein Vertreter dieses Zentrums schrieb in der Zeitung „Kansan Työ“, daß man ein Haus nicht lediglich deshalb verlassen dürfe, weil seine Tapeten ausbleichen und ihre Farbe verändern. Man könne die Tapeten doch auch erneuern.

Vergebliche Mühe. Mit neuen Tapeten und neuem Anstrich ist hier nichts getan. Die finnische Partei der Sozialverräter ist von der Geschichte selbst zum Untergang verurteilt worden.

4. Die neue Arbeiterpartei.

Im Frühling begann sich aus der alten Sozialdemokratischen Partei Finnlands eine neue Arbeiterpartei herauszuschälen, die den revolutionären

Klassenkampf vertritt. Das war der Protest der finnischen Arbeitermassen gegen die Kriecherei der sozialverräterischen Führer vor der Bourgeoisie und das Streben, auf legale Weise den Weg der wirklichen Arbeiterbewegung zu betreten. Die Arbeiter begannen nicht einzeln und nicht zu Dutzenden, sondern in ganzen Organisationen mit der weißen Sozialdemokratie zu brechen. So handelte die sozialdemokratische Bezirksorganisation des nördlichen Teils des Gouv. Uleaborg, die Bezirksorganisation des südlichen Teils des Wahlkreises des Gouv. Nikolaistad, die Bezirksorganisation der Stadt Kajana, die kommunale Organisation in Helsingfors u. a. Die Spaltung erfaßte auch die sozialdemokratische Frauenbewegung; einige Frauensektionen traten aus dem alten sozialdemokratischen Frauenverbände aus. Der Verband der Arbeiterjugend Finnlands beschloß im Sommer in einer Bundesabstimmung, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen, aber da nicht alle Ortsgruppen des Verbandes an der Urabstimmung teilgenommen hatten, beschloß die Bundesleitung, sich vorläufig offiziell der Jugendinternationale nicht anzuschließen. So ging der Zerfall der alten sozialverräterischen Partei auf der ganzen Linie in schnellem Tempo vor sich. Dazu trug natürlich vor allem die Propaganda des Kommunismus durch die finnischen Kommunisten in Finnland bei.

Die Feier des 1. Mai gestaltete sich in diesem Jahre gewissermaßen zu einer Heerschau der Kräfte der neuen Partei in Finnland. Unter den verbliebenen Fahnen der alten Sozialdemokratie sammelten sich in Helsingfors, Wiborg und anderen Städten nur unbedeutende Überreste von Arbeitern und Intellektuellen an der Spitze, während die neue Partei große Mengen von Arbeitern versammelte.

Wie zu erwarten war, begrüßte die bürgerliche Presse die neue Partei mit erbostem Zischen, schon bevor sie sich überhaupt hatte bilden können, und die Regierung stürzte sich auf sie mit Repressalien. Die Zeitungen der Linksozialisten wurden beschlagnahmt und geschlossen, die Redakteure und sonstigen Parteifunktionäre verhaftet.

Trotz alledem wurde Mitte Mai der Gründungsparteitag der neuen Partei einberufen. Die bürgerliche Presse und die Presse der Kompromißler begann schon vor der Eröffnung des Parteitags mit der Hetze und stachelte die Regierung auf, Repressivmaßregeln zu ergreifen. Die sozialverräterische Zeitung „Suomen Sozialidemokraatti“ allerdings beschränkte sich, soviel wir wissen, darauf, der Regierung einen Spezialbericht darüber zu liefern, daß sich auf dem Kongreß nur Kommunisten versammeln würden. Die rechtsbürgerlichen Blätter aber erklärten offener, bei der Einberufung des Gründungsparteitags würden zwar keine Worte gebraucht, die darauf hinwiesen, daß die neue Partei Gewalt anwenden werde, aber „die Herren finnischen Bolschewiki“ achteten nichtsdestoweniger nicht auf Gesetzlichkeit und seien bereit, jegliche Gewalt anzuwenden („Uusi

Suomi“); oder: „Die Staatsgewalt muß endlich dieser unaufhaltsamen Aufhetzerei ein Ziel setzen, ehe es zu spät ist“ („Karjala“).

Diese ekelhafte Hetze erreichte ihren Zweck. Der Kongreß konnte nur eine Sitzung abhalten*). Am zweiten Tage wurde er von der auf der Sitzung anwesenden Polizei auseinandergejagt, nachdem er eine Entschliebung über den Anschluß der neuen Partei an die III. Internationale auf Grund eines eigenen Programms angenommen hatte. Die Leiter des Kongresses wurden verhaftet. Gegen sie wurde ein Gerichtsverfahren eingeleitet, das gegenwärtig noch schwebt. Schließlich wurden die Verhafteten vom Aboer Hofgericht freigelassen, da sogar bürgerliche Juristen, wie z. B. Prof. Serlakius, es nicht für angängig hielten, sie wegen der Entschliebung über den Anschluß an die III. Internationale zur Verantwortung zu ziehen. Nichtsdestoweniger dauert der Prozeß noch fort.

Dennoch gelang es der Partei, sich auf dem Kongreß zu konstituieren und ein Programm anzunehmen. Das Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Finnlands — so heißt die neue Partei — basiert auf der Notwendigkeit der Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparates und seiner Ersetzung durch die Sowjetmacht der Arbeiter. Die Partei fordert, daß die Proletariermacht sich in den Besitz der Produktionsmittel, der Banken, der Transportmittel usw. setzt. In der Agrarfrage fordert die Partei die Aufhebung des privaten Landbesitzes, die Enteignung der großen Güter und die Förderung der Entwicklung der Sowjetwirtschaft. In der Frage der Lebensmittelverteilung strebt die Partei danach, den kapitalistischen Handel vollständig durch ein planvolles Normierungssystem zu ersetzen.

Trotz der Repressivmaßregeln der Regierung ist der Einfluß der neuen Partei auf das Proletariat merklich im Wachsen begriffen. In ihren Händen befinden sich schon viele Arbeiterorganisationen und eine mehr oder weniger bedeutende Presse. Kürzlich begann in Helsingfors die Zeitung „Suomen Työmies“ (Der finnische Arbeiter) zu erscheinen, in Kuopio erscheint „Vapaa Kansa“ (Das freie Volk), in Uleaborg „Pohjan Kansa“ (Das nordische Volk), in Nikolaistad „Vapaa Sana“ (Das freie Wort), in Kajana „Työväen Lehti“ (Das Arbeiterblatt) und in Helsingfors die wissenschaftliche Zeitschrift „Sozialistinen Aikakausi“ und der „Nuori Työläinen“ (Der junge Arbeiter, das Organ der Jugend). Außerdem ist in den Händen der Linksozialisten auch das Organ des Frauenverbandes „Työläisnainen“ (Die Arbeiterin).

Der Einfluß der Linksozialisten hat sich auch auf die Gewerkschaftsbewegung erstreckt, wo statt der Sozialverräter auf die leitenden Posten Linke gewählt werden. Kürzlich, Mitte November, gelang es den Linken, im Büro des Allfinnischen Gewerkschaftsbundes mit bedeutender Stimmen-

*) Vgl. „Kommunistische Internationale“ Nr. 11, S. 154.

mehrheit den Antrag über den Anschluß an die gelbe Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale abzulehnen.

5. Die Arbeit der finnischen Kommunisten und das Anwachsen der revolutionären Stimmung im Lande.

Die neugebildete Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands ist zweifellos eine revolutionäre Massenpartei des Proletariats. Aber hinsichtlich ihrer Taktik und zum Teil auch hinsichtlich ihres Programms genügt sie nicht allen Anforderungen, die an eine kommunistische Partei gestellt werden müssen. Darum ist außer ihr noch die Tätigkeit einer wirklich proletarischen kommunistischen Partei notwendig.

Eine solche Partei, die Kommunistische Partei Finnlands, ist bekanntlich auf dem Gebiet Sowjetrußlands im Jahre 1918 gegründet worden. Sie erkennt die Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands an, da sie findet, daß in ihrem Programm Keime des revolutionären Marxismus und des unverfälschten Kommunismus vorhanden sind, gleichzeitig aber kann sie sich nicht verhehlen, daß die Taktik dieser Partei unter der Herrschaft der weißgardistischen Diktatur nicht immer klar und fest genug gewesen ist. Die finnischen Kommunisten warnen die sozialistische Arbeiterpartei vor den opportunistischen Elementen, die in die Partei eindringen und sie vom revolutionären Klassenkampf ablenken; aber sie empfehlen den Arbeitern, in diese Partei einzutreten, die für sie eine Zwischenstufe in der Entwicklung der proletarischen Massen zum bewußten Kommunismus sein kann.

Die Kommunistische Partei Finnlands erkennt also die Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands an, führt aber eine selbständige kommunistische Agitation in Finnland und organisiert dort illegale kommunistische Zellen. Die finnischen Kommunisten geben in Rußland zwei kommunistische periodische Blätter heraus. Außerdem sind bisher ungefähr 80 Druckschriften der kommunistischen Literatur erschienen. Die Agitation wird der Kommunistischen Partei Finnlands nicht leicht. Sie kostet furchtbare Anstrengungen und zahllose Opfer. Die Verbreiter der Kommunistischen Literatur und die Agitatoren müssen bei stark entwickelter weißgardistischer Spitzeltätigkeit arbeiten. Sie werden beständig verhaftet, in die Gefängnisse geworfen, häufig auch in den Gefängnissen halbtot geschlagen. Aber die Kämpfer für den Kommunismus überwinden alles.

Und die kommunistische Arbeit trägt bereits merkbare Früchte. Die revolutionäre Stimmung im Lande wächst mit jedem Tage. Die Arbeitermassen äußern Unzufriedenheit mit ihrer Lage, wenden sich von den sozialverräterischen Führern ab und wenden ihre Blicke gen Osten, nach Sowjetrußland, wo schon seit drei Jahren die mächtige Fackel der kommunistischen Revolution geschwungen wird. Und die Saat der kommunistischen Agitation fällt auf günstigen Boden angesichts der schwierigen

Lebensverhältnisse, in denen die Arbeiter um ihr Dasein ringen müssen. Schon seit Anfang dieses Jahres hat in Finnland eine Streikwelle begonnen, die viele Industriezweige ergriffen hat.*) Auch jetzt hören die Streiks nicht auf. Im Gegenteil, der Stillstand im Industrielieben und die herannahenden Fröste spitzen die Lage der Arbeiterklasse aufs äußerste zu und machen die Streiks immer unvermeidlicher. Die Unternehmer bauen die Löhne der Arbeiter ab, während mit dem Sinken des Kurses der finnischen Währung die Preise für die Lebensmittel unaufhörlich steigen. In letzter Zeit kam es zu Arbeiterstreiks in drei großen Kleiderfabriken in Tammerfors und in einigen Unternehmen in Helsingfors. Auch der Streik auf der Fabrik von Söderberg in Joensuu und in den Helsingforser Produktionsbetrieben des finnischen Kooperativverbandes dauert an.

Außerdem sind politische Streiks in Finnland zu beobachten. So brach z. B. im August ein politischer Streik auf der Fabrik von Stockfors in Pühtä aus. Die Arbeiter forderten die Entfernung eines Polizisten namens Peltola von der Fabrik, der zusammen mit anderen Wehrmännern einen unterwegs verhafteten „Politischen“ erschlagen hatte. Die Polizisten erklärten natürlich, daß der Verhaftete einen Fluchtversuch gemacht habe. Die finnische Polizei mordet überhaupt sehr oft politische Gefangene „beim Fluchtversuch“.

Das Anwachsen der revolutionären Stimmung im Lande trat auch bei großen Arbeiterdemonstrationen und Versammlungen zutage, auf denen Protestresolutionen gegen die Verletzung des Koalitions- und Versammlungsrechts gefaßt, die Befreiung der politischen Gefangenen und sofortiger Friedensschluß mit Sowjetrußland gefordert wurde usw.

So wird Finnland unter dem Einfluß der Propaganda- und Agitationsarbeit unserer Partei allmählich revolutioniert. Vielleicht geschieht das langsam, dafür aber sicher, und das „Land der Tausend Seen“, das schon einen Revolutionssturm überstanden hat, geht einer neuen, kommunistischen Revolution entgegen, die dem finnischen Proletariat die volle Befreiung bringen wird.

Ein finnischer Kommunist.

*) Vgl. Kommunistische Internationale“ Nr. 12, S. 225.

Die revolutionäre Bewegung in der Schweiz.

In den Kriegsjahren bildete die Schweiz nicht nur das Zentrum und den Kreuzungspunkt der Diplomaten aller Länder, in ihr sammelte sich auch die internationale revolutionäre sozialistische Emigration. In Bern, Zimmerwald und Kienthal wurden nach dem Zusammenbruch der II. Internationale die ersten Konferenzen der Gründer der III. Internationale abgehalten. Die Manifeste der Zimmerwalder Kommission in Bern hielten die ganze Welt in Atem. Lenin, Sinowjew, Bucharin, Trotzki, Radek hatten in der Schweiz ihr Asyl. Diese Zeiten sind vorbei. Die revolutionären Emigranten sind verschwunden, zum Teil aus dem Lande geworfen worden. Die Zimmerwalder Kommission siedelte nach Stockholm und Moskau über. An ihre Stelle traten die aus Rußland, Deutschland und Oesterreich vertriebenen Potentaten. Die Schweizer Behörden tun ihr möglichstes, um diesen Herren den Aufenthalt im Lande so angenehm wie möglich zu machen, damit sie in aller Ruhe ihre konterrevolutionären Pläne ausführen können.

Die Tätigkeit der revolutionären russischen Genossen, ihre scharfe Kritik an der reformistischen und opportunistischen Taktik der Schweizer Sozialdemokratie, die Gründung von Zimmerwalder Linke-Gruppen durch die Genossen Lenin und Radek, aus welchen die Kommunistische Partei der Schweiz hervorging, hat tiefe Spuren in der Schweizer Arbeiterbewegung hinterlassen.

Als im November 1917 die Kommunisten in Rußland die Staatsmacht in die Hände nahmen, fanden in Zürich große Demonstrationen für den Frieden statt, die mit der Schließung von Munitionsfabriken begannen und mit Straßenkämpfen, Barrikaden, vielen Verwundeten und Toten und über 100 Verhaftungen endeten. Damals wurde zum erstenmal in der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung mit Maschinengewehren auf das Volk geschossen. Diese Demonstrationen brachen spontan, gegen den Willen der Sozialdemokratie aus, die ihr möglichstes tat, um die Bewegung abzubrechen. Beim Ausbruch der Revolution in Deutschland und Oesterreich erhob sich das schweizerische Proletariat zum ersten allgemeinen Landesstreik. Die Sozialdemokratie mußte sich wohl oder übel an die Spitze der Bewegung stellen. Ihre Führer erklärten aber ganz richtig beim

großen nachfolgenden Generalstreikprozeß, daß sie nur die Geschobenen gewesen seien und alles getan hätten, um den Bürgerkrieg zu verhindern.

Seit den letzten zwei verlorenen Generalstreiks, vom November 1918 und August 1919, ist unser Proletariat in ein Ruhestadium getreten, das nur durch Lohnbewegungen und Abwehrkämpfe unterbrochen wird. Die Ruhe ist aber nur scheinbar.

Innerhalb der Organisationen untersucht und bespricht man die Ursachen der Niederlagen, die Mittel und Wege, die nötig sind, um besser und rascher vorwärts zu kommen.

1. Die schweizerische Volkswirtschaft und die heufigen wirtschaftlichen und politischen Zustände in der Schweiz.

Die Schweiz hat sich in den letzten Jahrzehnten aus einem Agrarstaat mit kleinen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben zu einem Industrie- und Verkehrsstaat entwickelt. Heute ernähren sich kaum noch 30 Prozent der Bevölkerung mit landwirtschaftlicher Beschäftigung. Die Industrie überflügelt das Gewerbe und entwickelt sich zu einer Qualitätsindustrie. In der Landwirtschaft hat sich jedoch das Kleingewerbe erhalten. Die Landbevölkerung wanderte zum Teil in die Industriegegenden und Städte ab. Was zurückblieb, organisierte sich fast restlos im Bauernverband, einer wirtschaftlichen und politischen Organisation der Bauernschaft. Im Anschluß an den Bauernverband arbeitet ein starkes landwirtschaftliches Genossenschaftswesen zur Verarbeitung und Verwertung der Milch- und Bodenprodukte, zum Einkauf von Futtermitteln, Dünger, Maschinen und Geräten.

Die schweizerische Landwirtschaft ist nicht annähernd imstande, die Lebensmittel, welche die Schweiz benötigt, zu produzieren. Die Produktion an Brotgetreide deckt knapp zwei Monate des Jahresbedarfs. Die Schweiz muß die meisten Nahrungsmittel vom Auslande beziehen. Das gab den Bauern, die sehr verschuldet waren, in den Kriegsjahren eine gute Konjunktur. Die Periode der guten Geschäfte der Bauern wird nun aber vorbei sein und die Verschuldung der Klein- und Mittelbauern, besonders derjenigen, die während des Krieges ihr bißchen Boden zu teuren Preisen gekauft haben, wird wieder einsetzen.

Auch die schweizerische Industrie muß die meisten Rohprodukte vom Ausland beziehen und fabriziert fast ausschließlich für fremde Märkte. Die Industrie litt während des Krieges sehr unter großen Schwierigkeiten in der Rohstoffzufuhr und der Absatzmöglichkeit, was viele Fabriken zum

Schließen zwang und eine schwere Transportkrise zur Folge hatte. Heute hat die hohe Valuta des Schweizer Frankens unsere Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig gemacht, so daß die Arbeitslosigkeit wieder stark zunimmt. In der Industrie macht sich als Folge aller dieser Schwierigkeiten eine starke Tendenz zur Auswanderung bemerkbar, was die Lage der Fabrikarbeiter noch mehr verschlimmern muß. Die Regierung sucht sich dadurch zu helfen, daß sie die fremden Arbeiter, besonders die organisierten, ausweist, was sie kürzlich mit allen Italienern tat, um für die eingeborenen Arbeiter in den Fabriken Platz zu machen.

Wirtschaftlich und politisch hat sich die Lage der schweizerischen Arbeiter in den letzten Jahren bedeutend verschlechtert. Die Teuerung und die Preise der wichtigsten Bedarfsartikel, die hauptsächlich von den unteren Volksschichten verbraucht werden, stieg zum Teil bis zu 600 Prozent und darüber. Die Lebensmittelpreise gehen trotz der Oeffnung der Grenzen nicht zurück und steigen weiter.

Demgegenüber gelang es den besten Gewerkschaften nicht, die Löhne ihrer Mitglieder mit den Preissteigerungen in Einklang zu bringen. Die Löhne der Holzarbeiter z. B., die eine der aktivsten und besten Gewerkschaften besitzen, sind heute 100 Prozent höher als 1914.

Das ist der Bankrott der reformistischen Gewerkschaftstaktik. Den Ausweg aus dieser Sackgasse zeigen den Arbeitern die Kommunisten, indem sie immer und immer wieder in die Massen hinausschreien: geht von den lokalen beruflichen Streiks zu allgemeinen Massenaktionen über mit politischen Forderungen an den Staat, den Anwalt der ganzen Kapitalistenbande.

Der Ruf wurde gehört und fand bei den Massen um so mehr Verständnis, als der Staat selbst bei jeder passenden Gelegenheit offen für die Bourgeoisie und gegen die Arbeiter Stellung nahm. Bei Demonstrationen und Streiks schickte er Polizei und Militär gegen die Arbeiter. Er hob zum Schutze der Unternehmer die gesetzlich garantierten Rechte und Freiheiten auf, ließ die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen bespitzeln, verbot die Zeitungen der Kommunisten und Jugendlichen, schob die in der Arbeiterbewegung tätigen Ausländer administrativ zum Lande hinaus. Durch seine wirtschaftlichen Maßnahmen deckte er die Preistreibereien der Agrarier, spekulierte sogar selbst mit den durch die Staatsmonopole eingeführten Lebensmitteln und half so die Preise in die Höhe treiben. Das alles trug mächtig dazu bei, den Massen den Glauben an ein friedliches Erreichen des Sozialismus zu rauben und ihnen die Notwendigkeit der politischen Massenaktionen verständlich zu machen.

Eine Folge dieses wirtschaftlichen und politischen Elends waren die Generalstreiks von 1918 und 1919, welche jedoch von den Rechtssozialisten und Zentrumsführern verpfuscht wurden. Die dadurch erfolgten Niederlagen nutzte die Bourgeoisie sofort aus, um ihre Machtmittel noch mehr zu verstärken. Bis ins hinterste Dorf wurde eine Bürgerwehr mobilisiert und aus den Staatszeughäusern bewaffnet. Revolutionären Arbeitern, die als Milizen das Recht haben, ihre Waffen zu Hause aufzubewahren, nimmt man die Waffen weg. Die Polizei wurde verstärkt und mit Stahlhelmen, Karabinern, Handgranaten, Maschinengewehren und Panzerautos ausgerüstet. Der Generalstab sandte Offiziere nach Deutschland, die dort die Strategie des Straßenkampfes studieren mußten. Der Bürgerkrieg ist in der Schweiz proklamiert. Der Staat hat ihm seine Sanktion gegeben.

2. Die Stellung der sozialistischen Parteien zur politischen Situation.

Die Schweiz hat drei sozialistische Parteien. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts entstand die Grütlienerpartei, eine national orientierte, in der Mehrzahl aus Kleinbürgern bestehende rechtssozialistische Partei. Die Grütliener vereinigten sich vor einigen Jahren mit der Sozialdemokratischen Partei, wurden aber, weil sie ihre Zentralorganisation im Rahmen der gemeinsamen Partei nicht aufgeben wollten, 1917 aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Man merke sich aber, daß der Ausschluß der Grütliener nicht wegen ihrer nationalistischen, reformistischen Tendenz, sondern aus organisatorischen Gründen erfolgte. Die meisten und die gefährlicheren Grütliener, die Greulich, Huber, Gustav Müller, Pflüger, Kehl und Konsorten, blieben in der Sozialdemokratischen Partei und haben dort auch heute einen großen Einfluß. Sie bilden den rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei, besitzen mehrere Mandate im Nationalrat und treiben ohne Rücksicht auf die Parteibeschlüsse gegenrevolutionäre Politik. Die Haupttätigkeit der Grütliener besteht in der Bekämpfung des Bolschewismus und der revolutionären Aktivität der Arbeitermassen.

Die Sozialdemokratische Partei besteht aus einem Kunterbunt aller möglichen sozialistischen Strömungen. In ihr sind vereinigt: Grütliener, verschiedene Variationen des Zentrums, sozialpazifistische Demokraten, Christliche Sozialisten (Gruppe Ragaz), Linkssozialisten, Leute, die ständig zwischen den Kommunisten und Zentrümlern hin und her pendeln, Anarchisten (Gruppe Brupacher) und selbst noch einige kommunistische Gruppen, die aus taktischen Gründen noch nicht ausgetreten sind.

Der Kitt, der diese verschiedenen Elemente in der Partei zusammenhält, ist das Zentrum, das auf den Parteikongressen die Führung besitzt. Das Zentrum überbrückt die verschiedenen Gegensätze in der Partei und verschleiern sie. Um das zu erreichen, müssen selbstverständlich alle die Parteieinheit schädigenden Elemente beseitigt werden. Deshalb der Kampf der Grimm, Graber, Schneider und Konsorten gegen die sozialistische Jugendorganisation, deshalb der Ausschluß der Kommunisten aus der Partei. Dem entsprechen auch die Beschlüsse der letzten sozialdemokratischen Parteitage, die in einem so klaffenden Widerspruch zur ganzen Parteitaktik stehen. Zum Beispiel: der Anschluß an Zimmerwald und Kienthal, die Ablehnung der Landesverteidigung, der Austritt aus der II. Internationale und trotzdem die Ablehnung des Beitritts zur III. Internationale durch die Mehrheit der Parteimitglieder, die Sabotierung der revolutionären Armeepropaganda, die Bewilligung der Militärkredite durch sozialdemokratische Nationalräte, ohne daß man diese Herren zur Rechenschaft zieht, die Teilnahme an den Kantonsregierungen, der Wille, sogar in die Bundesregierung Vertreter zu senden, wenn die Regierung durch das Volk gewählt werden kann, die Hintertreibung der Massenaktionen, die Sabotierung der Arbeiter- und Betriebsräte usw.

Die Taktik der Sozialdemokratischen Partei ist trotz ihrer radikal klingenden Beschlüsse ausgesprochen reformistisch. Selbst der linke Flügel in dieser Partei macht diesen Kurs mit. Die Linken stimmen der Aufstellung rechtsstehender Parlamentarier zu, wenn sie auch einige Sitze bekommen können. Sie überlassen den Kampf gegen das Zentrum den Kommunisten und machen sich so verantwortlich für die Schiebereien der Opportunisten. Sie tun nichts, um die Sozialpatrioten aus der Partei zu werfen und sich von diesen Verrätern zu trennen, sie helfen im Gegenteil dem Zentrum, die Kommunisten abzuwürgen. Diese Leutchen unterscheiden sich vom Zentrum nur durch die etwas radikalere Auslandspolitik ihrer Presse, in ihrer Inlandstaktik ist mit dem besten Willen kein großer Unterschied zu finden.

Die Sozialdemokratie hat aus den Ereignissen der letzten Jahre nichts gelernt. Der alte zerfahrene Kurs wird ängstlich eingehalten. Nur nichts tun, was die Parteieinheit schädigen könnte. Sie beschwört die Bürgerlichen in den Parlamenten, zur Legalität zurückzukehren. Obwohl ihr bester Redner, Greulich, ohne auf Widerspruch der Parteilinken zu stoßen, im Nationalrat offen erklärt, die Schweizer Arbeiter haben nichts mit dem Bolschewismus zu tun. Erfolglos. Die Sozialdemokraten betteln um Reformen. Vergebens. Die Bourgeoisie will nichts mehr geben, sie will im Gegenteil

das von den Arbeitern bis dato Erkämpfte wieder zurücknehmen. Die staatlichen Arbeitslosenunterstützungen, die Teuerungsmaßnahmen werden abgebaut, die Arbeitszeit verlängert, die Löhne gekürzt. Die Sozialdemokratie protestiert. Es hilft nichts. Sie faßt radikale Resolutionen. Die Bürgerlichen lachen darüber. Nicht Reformen, sondern die totale Niederwerfung der Arbeiterbewegung ist ihr Ziel.

Der immer mehr und mehr zum Vorschein kommende gegenrevolutionäre Charakter der Sozialdemokratischen Partei und die trotz aller Anstrengungen erfolglos gebliebene Aktivität zur Revolutionierung dieser Partei war die Ursache der Gründung der Kommunistischen Partei der Schweiz. Diese Partei hat bereits in den meisten größeren Orten Fuß gefaßt und betreibt eine intensive Aufklärungsarbeit. Allen Verfolgungen zum Trotz weist sie den Massen den Weg, der nun einzuschlagen ist, um aus dem politischen und wirtschaftlichen Chaos herauszukommen. Das Mittel ist ein zäher, unermüdlicher Massenkampf zum Sturz der Bourgeoisieherrschaft, zur Ueberführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die kommunistische Bedarfswirtschaft.

Die K. P. S. hielt am 10. und 11. April in Zürich die 4. Landeskonferenz ab, die unter starker Beteiligung aus allen Städten der Schweiz stattfand. Dieser Parteitag hatte die Stellung der schweizerischen Kommunisten zur Sozialdemokratischen Partei, zu den Gewerkschaften, dem Räte-system und zum Parlamentarismus festzulegen. Der S. D. P. gegenüber gab es nur eine Meinung — unverzüglicher Bruch mit allen sozialpatriotischen und Zentrumselementen. In der Gewerkschaftsfrage stellte sich der Parteitag auf den Standpunkt, daß die Gewerkschaften als wirtschaftliche Massenorganisationen des Proletariats von den Kommunisten erobert und mit kommunistischem Geist durchtränkt werden müssen. Deshalb sind in allen Gewerkschaften kommunistische Fraktionen zu bilden. Der Parteitag stellte ein Räteprogramm auf, welches besagt, daß die in allen Industriezentren bestehenden Arbeiterunions, die heute aus Delegierten der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei zusammengesetzt sind, in Arbeiterräte umzuwandeln sind, dadurch, daß die Delegierten in die Unions direkt aus den Betrieben gewählt werden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Schweiz hielt es der Parteitag für die beste Taktik, den Parlamentarismus abzulehnen.

Als Antwort auf den kürzlich erfolgten Beschluß des Zentralkomitees der S. D. P., in die III. Internationale einzutreten und die noch in der alten Partei sich befindenden Mitglieder der K. P. auszuschließen, richteten wir an die revolutionären Arbeiter und an die Linkssozialisten, die sich in der

S. D. P. befinden, einen Aufruf, mit der Aufforderung, dort auszutreten und sich mit uns zu einer einheitlichen Kommunistischen Partei zu vereinigen. Die Führer der linken Sozialdemokraten wurden zu einer Besprechung mit der Zentrale der K. P. S. eingeladen, die die Frage der Vereinigung klären sollte. Aber trotzdem wir erklärten, daß die Frage des Parlamentarismus keinen Grund bilden dürfe, um eine Vereinigung unmöglich zu machen, scheinen die Linken auch hier die Courage zu diesem Schritt nicht aufbringen zu können. Die K. P. S. hat sich auf ihrem Gründungskongreß in Zürich ohne Vorbehalt der III. Internationale angeschlossen, während die S. D. P. immer noch schwankt, ob sie sich anschließen soll oder nicht.

Die sozialistische Jugendorganisation hat sich auf ihren zwei letzten Landeskongressen auf den Boden des Programms der K. P. S. gestellt und beschlossen, sich von der S. D. P. zu trennen. Der Zentralvorstand der Jugendorganisation ist in der Mehrheit aus Mitgliedern der K. P. S. zusammengesetzt.

Wenn man die Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung in der Schweiz beobachtet und untersucht, so kommt man zum Schluß, daß auch auf sie die Erfahrungen, die in den meisten Ländern gemacht wurden, zutreffen, daß die offizielle Sozialdemokratie unfähig ist, dem Proletariat den Weg aus der kapitalistischen Hölle zu weisen, und daß dazu nur eine selbständige kommunistische Partei imstande ist.



Seit die obigen Zeilen geschrieben wurden, hat der Abschichtungsprozeß unter den sozialistischen Parteien der Schweiz eine fernere Entwicklung erfahren. Die grundlegenden Strömungen der proletarischen Bewegung trennen und differenzieren sich immer schärfer, die Spaltung zwischen dem bürgerlich-sozialistischen „kompromißlerischen“ Flügel der Partei und dem linken, revolutionären Flügel wird immer tiefer; das Zentrum lehnt sich natürlich an die rechte Strömung an.

Die gesamte Aufmerksamkeit der politischen Organisationen des schweizerischen Proletariats konzentriert sich auf die Anschlußbewegung an die III. Internationale. Die 21 Aufnahmebedingungen des II. Kongresses der III. Internationale haben innerhalb der Sozialdemokratischen Partei die Rechte und das Zentrum bis weit in den linken Flügel hinein zu einem Block gegen Moskau zusammengeschweißt. Als Hexenkünstler erwies sich wieder der Zentrumsführer Grimm, der innerhalb des sozialdemokratischen Parteivorstandes durch einen geschickten Kompromißantrag die Gegensätze verkleisterte und überbrückte. Nach dem Antrag Grimm würde sich die schweizerische Sozialdemokratie formell der III. Internationale unter Ab-

lehnung der 21 Bedingungen und unter Wahrung der vollen Selbständigkeit anschließen. Die 21 Bedingungen sind für das Zentrum eine harte Nuß. Es möchte sich ja so gern der III. Internationale anschließen, aber es kann sich nicht auf die in den 21 Bedingungen geforderte revolutionäre Taktik festlegen. Um nun der III. Internationale mit Gewalt die Aufnahme des Zentrums aufzuzwingen, beschloß die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz auf Ansuchen der rechten U. S. P. Deutschlands und der Französischen Sozialistischen Partei, auf den 27. und 28. November nach Bern eine Konferenz aller derjenigen Parteiorganisationen einzuberufen, die aus der II. Internationale ausgetreten sind, in die Dritte aber infolge der 21 Bedingungen nicht eintreten können. Dadurch sollen nicht nur die harten 21 Bedingungen gebrochen, sondern auch eine Rückenstärkung der Richtung Grimm auf dem 14 Tage später ebenfalls in Bern zur Eröffnung kommenden sozialdemokratischen Parteitag erzielt werden.

Aber allen Zentrumsdemonstrationen zum Trotz bleibt Moskau fest. Das beweist der Brief, den der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Gen. Sinowjew, an die beiden Linkssozialisten Nobs und Schneider richtete. In diesem Brief wird klipp und klar erklärt, ohne die bedingungslose Annahme der 21 Bedingungen und den sofortigen Bruch mit den Rechtssozialisten und den Zentrümlern könnten sie selbstverständlich in die III. Internationale nicht kommen. Auf diesen Brief gab Nobs, der Vorsitzende des Ausschusses der sozialdemokratischen Parteilinken, im „Volksrecht“ Nr. 265 eine Erklärung ab, die mit den Worten schließt: „Ich gestehe mit dem größten Bedauern ein, daß die III. Internationale seit ihrem II. Kongreß Wege betreten hat, denen ich als Parteigenosse nicht folgen kann“. Damit fällt Nobs in der letzten Entscheidungsstunde dem linken Parteiflügel in den Rücken, verrät seine Genossen im Kampfe vor dem Feinde und tritt zum rechten Flügel über. Andere werden ihm in den nächsten Tagen folgen. Die Haltung Nobs deckt den Inhalt und die Zusammensetzung des linken Flügels der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz auf und beweist, daß die Linkssozialisten nie ernsthaft den Kampf gegen das Parteizentrum, gegen den Opportunismus geführt haben. Heute, wo der Kampf nun aufgenommen werden muß, entpuppen sich die namhaftesten Führer der Linkssozialisten selbst als Opportunisten. Ein Beispiel mehr, wie notwendig es für die kommunistische Bewegung ist, alle opportunistischen Verräter von der politischen Organisation fernzuhalten.

Der Streit um die III. Internationale kann im gegenwärtigen Augenblick selbst nicht einmal durch die immer drohender und empfindlicher einsetzende allgemeine Industriekrise abgelenkt werden. Die tiefbleibende Valuta in den Nachbarstaaten und ihre gesteigerte Konkurrenzfähigkeit bringen es mit sich, daß fremde Waren die Schweiz überschwemmen, wodurch der schweizerischen Industrie der Absatz nicht nur im Lande selbst, sondern auch im

Auslande unmöglich gemacht wird. Die direkte Folge dieser Außerkonkurrenzsetzung der schweizerischen Industrie, die 65 % der Bevölkerung beschäftigt und zur Hauptsache für fremde Märkte produzieren muß, wird eine gewaltige Arbeitslosigkeit sein, die den Revolutionierungsprozeß des schweizerischen Proletariats rasch fördern wird. Am deutlichsten gelangt dieser Prozeß zum Ausdruck in dem stetig wachsenden Bestreben, sich mit der III. Internationale zu vereinigen. In richtiger Einschätzung der Sachlage bereiten sich die schweizerischen Kommunisten für den künftigen revolutionären Kampf vor. Die Linksozialisten haben sich ebenfalls entschlossen auf die Seite der III. Internationale gestellt.

Während Anfang September im Volkshaus Zürich die Richtung Scheide-
mann, Noske u. Co. über Finanz- und andere Sorgen der Scheurerschen
Blutdemokratie Rat hielten, haben die Delegierten der Kommunistischen
Partei der Schweiz den Bericht ihres Moskauer Delegierten entgegenge-
nommen, sofort die Konsequenzen daraus gezogen und den Kampfplan, die
Richtlinien des weiteren Vorgehens, ausgearbeitet.

Zur Fusionsfrage mit den Linksozialisten und zu den Moskauer Thesen
hat der Delegiertentag der K. P. S. durch folgenden Antrag, der mit Mehr-
heit angenommen wurde (eine Stimme dagegen), die Stellung der K. P. S.
festgelegt:

„Die erweiterte Konferenz der K. P. der Schweiz begrüßt den Be-
schluß des Exekutivkomitees der Dritten Internationale in bezug auf die
Fusion mit den Linksozialisten der Schweiz, weil dadurch endlich die revo-
lutionäre Einheitsfront des schweizerischen Proletariats geschaffen werden
kann. Die Konferenz beauftragt den Zentralvorstand der K. P. S., das
Parteiprogramm den Beschlüssen des II. Kongresses der Dritten Inter-
nationale anzupassen und dieses revidierte Parteiprogramm durch die zwei
Vertreter der K. P. S. in der gemeinsamen Kommission als Programm-
entwurf für die neue Partei vorschlagen zu lassen. Die Konferenz beschließt
ferner, daß die größten Anstrengungen gemacht werden müssen, um an
allen bedeutenden Orten die revolutionären Arbeiter in kommunistischen
Parteisektionen zu vereinigen. Jedoch dürfen keine Mitglieder der K. P. S.
bis zum Parteitag der Sozialdemokratischen Partei aus der Sozialdemo-
kratie austreten. Die Mitglieder der K. P. S. haben in der S. D. P. die
Pflicht, mit den linken Sozialdemokraten die Spaltungsarbeiten gemeinsam
durchzuführen. Wenn die Linksozialdemokraten dagegen die Konse-
quenzen nicht zu ziehen wagen, so müssen unsere Gruppen auf dem
nächsten sozialdemokratischen Parteitag die Spaltung selbständig durch-
führen. Die zwei Vertreter, die die K. P. S. in die von der Exekutive der
III. Internationale vorgeschlagene Einigungskommission wählt, haben sich
ganz den Direktiven der Zentrale der K. P. S. zu unterstellen.“

Zur parlamentarischen Frage wurde folgende Stellung eingenommen:

„Die erweiterte Konferenz der K. P. S. beschließt nach einem orien-

tierenden Referat des von Moskau zurückgekehrten Delegierten, die Beschlüsse des zweiten Kongresses der III. Internationale anzuerkennen. Sollte jedoch die Praxis beweisen, daß die Beteiligung am Parlament für die revolutionäre Arbeiterbewegung schädlich ist, so behält sich die K. P. S. vor, auf dem nächsten internationalen Kongreß einen Wiedererwägungsantrag zu stellen.“

Die Stellung zu den Gewerkschaften und zum Gewerkschaftskongreß ist zum Teil schon früher festgelegt und auf dem Kongreß durch folgenden Antrag einstimmig als Richtlinie anerkannt worden:

„Die Konferenz der K. P. S. vom 11. und 12. September anerkennt die Leitsätze, die der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale für die Tätigkeit in den Gewerkschaften während der revolutionären Epoche und nach der Eroberung der politischen Macht aufgestellt hat.

Sie verpflichtet ihre Mitglieder, innerhalb der Gewerkschaften in diesem Sinne zu wirken.

Die K. P. S. unterstützt Bestrebungen zur Schaffung einer Einheitsorganisation der gesamten auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterschaft mit dem Vorbehalt, daß die entscheidende Instanz dieser Einheitsorganisation in direkter Wahl von der organisierten Arbeiterschaft bestellt wird.“

Fast zur selben Zeit versammelten sich die linken Sozialdemokraten in Olten, um ihre Stellung zu der durch die Beschlüsse des II. Kongresses der III. Internationale geschaffenen Sachlage klarzulegen. Nach langen Debatten stellte die am 11. und 12. September in Olten zusammengetretene Konferenz der linken Sozialdemokraten fest, daß sie nach Veröffentlichung der 21 Bedingungen der Aufnahme in die III. Internationale nicht den geringsten Grund sehe, den früher angenommenen Beschluß einer Durchsicht zu unterziehen. Die Konferenz bleibe unverändert auf dem Boden der Grundsätze der III. Internationale und anerkenne ebenfalls die auf dem II. Kongreß der III. Internationale angenommenen Leitsätze, wie deren logische Folgerung, die bekannten 21 Bedingungen.

Die Konferenz verurteilte die schwankende Stellung der meisten Führer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in der Frage des Anschlusses an die III. Internationale und betrachtete deren Anerkennung der Diktatur des Proletariats als ränkevolles Manöver, dessen Ziel es ist, die Massen aufs neue über die wahre Sachlage irrezuführen.

Die linken Sozialdemokraten werden ihre Anstrengungen verdoppeln, um den Anschluß an die III. Internationale und die Durchsicht des Parteiprogramms entsprechend den prinzipiellen und taktischen Grundlagen und den Leitsätzen der III. Internationale zu erzielen.

Zürich.

J. Herzog.

Die Arbeit der Kommunistischen Partei auf dem Lande.

I.

Jedesmal, wenn die Kompromißler der II. Internationale und ihr russisches Echo, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, darüber zu jammern anfangen, daß die Sowjetmacht in Rußland keine Volksmacht sei, daß die Sowjets von oben bis unten von Usurpatoren, Intellektuellen und Juden, nicht aber von Bauern und Arbeitern besetzt seien, sollten sie sich die Frage stellen: aus welchen Elementen sind alle die Sowjets und Sowjetorgane in den Städten und besonders in den Dörfern zusammengesetzt? Und wenigstens sollte man nicht Tatsachen verbergen, die besonders im Lauf des letzten Jahres eine häufige Erscheinung in unserem Lande geworden sind — wir sprechen von der Flutwelle der sogenannten parteilosen Konferenzen, die in Wirklichkeit aber Bauernkonferenzen sind, und jetzt in jedem Gouvernement, Bezirk und Distrikt einberufen werden. Diese Konferenzen bestehen aus Arbeitern, hauptsächlich aber aus Bauern aller Parteien, Richtungen und Ueberzeugungen und beschäftigen sich mit den wichtigsten Fragen der Volkswirtschaft. Es besteht kein Zweifel, daß das dritte Jahr des Bestehens der Sowjetmacht sich eben dadurch auszeichnet, daß immer mehr neue Mitarbeiter aus den zurückgebliebensten und dunkelsten Schichten der arbeitenden Bauernbevölkerung in die Einflußsphäre der Sowjets und der Kommunistischen Partei hineingezogen werden. Das ist die hauptsächlichste, die bezeichnendste Tatsache, die bemerkenswerteste Erscheinung des russischen Lebens der letzten Zeit. Mögen die Feinde der Sowjetmacht sagen, was sie wollen, mögen sie auch noch so große Anstrengungen machen, die Unzufriedenheit gegen die Sowjetmacht in den obersten Schichten der Bauernbevölkerung zu erwecken, mögen sie manchmal auch Erfolg dabei haben — dennoch kann man mit Bestimmtheit behaupten, daß das Wachsen des Einflusses der Kommunistischen Partei auf dem flachen Lande in der Tat bewundernswürdig ist.

Um diese Erscheinung zu verstehen, ist es notwendig, wenn auch nur kurz, sich bei jener schweren vorläufigen Arbeit aufzuhalten, die die Bolschewiki auf dem flachen Lande durchzuführen hatten. Bis zur ersten russischen Revolution schien es ganz selbstverständlich, daß praktisch (in

den Programmen der Sozialdemokratie wurden die Bauern natürlich nicht vergessen) die hauptsächlichste revolutionäre Arbeit unter den Bauern nur von den Sozialrevolutionären geführt wurde und geführt werden konnte, daß die Sozialdemokraten dieser Aufgabe nicht gewachsen waren und daß ihre Propaganda und Agitation bei den Bauern keinen Erfolg haben konnte. In unseren illegalen Organen aus der Epoche der Selbstherrschaft findet man eine bedeutende Anzahl Beiträge, aus denen ersichtlich ist, wie die von den Behörden des alten Regimes aus den Städten ausgewiesenen Arbeiter das Licht der sozialistischen Lehren und ihre organisatorische Erfahrung auf das flache Land hinaustrugen. Die erste russische Revolution hat gezeigt, daß diese langsame und verstreute Arbeit trotzdem reiche Früchte getragen hat, denn im Augenblick des revolutionären Aufschwunges entstanden in vielen Gouvernements Zentralrußlands zugleich mit den Bauernorganisationen der Sozialrevolutionäre auch rein sozialdemokratische Bauernorganisationen. Es ist wahr, daß diese Organisationen nicht Zeit hatten, sich zu entwickeln und zu erstarren, die Niederlage der Revolution legte sie fast ganz brach, ebenso wie andere stärkere Organisationen in den Städten. Doch ist diese Tatsache leicht erklärlich. Das Proletariat fing gerade erst an, seinen Einfluß auf die Bauernschaft auszuüben. Es war noch nicht in der Lage, Bedingungen zu schaffen, die es ihm ermöglicht hätten, an die breiteren Schichten der Dorfbewölkerung heranzutreten. Das besorgte für ihn der imperialistische Krieg, der unzählige Millionen echter Bauern in die Städte warf.

Die Möglichkeit, von der die menschwistische Sozialdemokraten träumten, den Samen der revolutionären Lehren in die dichte Masse der Bauernschaft zu streuen, trat ein, aber in ganz anderer Form, als sie sich die Schematiker an ihren Schreibtischen ausgemalt hatten. Das Dorf kam zur Stadt, wie in Shakespeares Drama der Wald zum Helden. So kamen auch bei uns in Rußland Millionen Bauern in die Städte, und in den Kasernen lernten sie den mächtigen Odem des proletarischen Kampfes, der proletarischen Lehre, Propaganda und Agitation kennen. Zu dem Erfolg dieser Propaganda und Agitation, dieser Beeinflussung des Bauern durch den Arbeiter trugen die städtische Umgebung und die durch den Krieg hervorgerufenen Erscheinungen bei. Und da die Partei der Bolschewiki die einzige Partei war, die die Frage einer Revolution, welche imstande wäre, den Bauern Land zu geben, entschlossen und furchtlos stellte, so war es selbstverständlich, daß bei der ersten günstigen Gelegenheit, d. h. nach dem Februarstaatsstreich, nur die Bolschewiki eine mehr oder minder starke Bauernorganisation zu schaffen in der Lage waren. Und in der Tat haben die Bolschewiki eine solche Organisation geschaffen. War doch die militärische Organisation, die Hunderttausende von Soldaten umfaßte, und die trotz der Juliniederlage zusammen mit den Arbeiterbataillonen im Oktober die Hauptstreitmacht des Proletariats ausmachte, zu

neun Zehntel eine Organisation von Soldaten und Bauern. Die von dieser Organisation herausgegebenen Zeitungen beschäftigten sich in Wirklichkeit hauptsächlich mit zwei Fragen: mit der Frage des bewaffneten Aufstandes gegen die Bourgeoisie und mit der Agrarfrage. Und trotzdem diese Organisation nach Erfüllung ihrer Aufgabe — des Sturzes der Regierung Kerenskis — aufgelöst wurde, so hatte sie doch eine ungeheure Bedeutung für die Popularisierung der Sowjetmacht auf dem flachen Lande. Tausende und Abertausende von Mitgliedern dieser Organisation trugen nach ihrer Rückkehr auf das Land die Idee der neuen Regierung, der Arbeiter- und Bauernregierung, unter die Bauernbevölkerung. Die von dieser Organisation ins Leben gerufenen Hilfsorgane vollbrachten gleichfalls eine wichtige Arbeit. Sofort nach der Oktoberrevolution richtete diese Militärorganisation kurzfristige Kurse ein, die von Tausenden von Bauern besucht wurden, welche später aufs Land gingen und dort Sowjets organisierten. Außerdem wurden in Petrograd sogenannte „Heimatkreise“ organisiert, d. h. Vereinigungen von in der Hauptstadt lebenden Bauern, nach ihren Heimatgouvernements eingeteilt, die dann später wieder ins Volk zurückkehrten. Und diese Masse der Bauern, die in den Städten gelebt hatte, war es, die später nach ihrer Rückkehr auf das flache Land den armen Bauern half, die Gutsbesitzer zu enteignen, die den Armen beistand im Kampf gegen die Oberschichten der Bauernbevölkerung, gegen die Dorfbourgeoisie. In den Dörfern entstanden neue, bisher unbekannte Organisationen — die sogenannten Komitees der Dorfarmut, deren Aufgabe in der Niederwerfung der Großgrundbesitzer und der Gutsbesitzer überhaupt bestand, welche der Sowjetmacht verzweifelten Widerstand leisteten.

Die Wirklichkeit hat, wie man es nicht besser hätte tun können, die Legende der Sozialrevolutionäre und aller Art Utopisten zunichte gemacht, daß die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit eine werktätige Bauernschaft wäre und daß es auf dem Lande keine solche Differenzierung gäbe, von der die Sozialdemokraten Jahrzehnte hindurch gesprochen hatten. In Wirklichkeit aber waren auf dem Lande wenigstens fünf Klassengruppen vorhanden: die Bauernbourgeoisie, die sich in nichts von den Gutsbesitzern unterscheidet, die die Lohnarbeit ausbeutenden Großbauern, die mittleren Bauern, die halbproletarischen Bauern und die Dorfarmut.

II.

Diese Klassengruppierungen, diese Klasseneinteilung der russischen Bauernschaft, d. h. das Vorhandensein der Dorfreichen, waren der Brennstoff, mit dem die gegenrevolutionären Aufstände auf dem Lande genährt wurden und noch genährt werden. Doch dieselbe Klassengruppierung gab und gibt der Sowjetregierung die Möglichkeit, sich in

ihrem Kampfe gegen die Oberschichten der Bauernschaft, die Gutsbesitzer und die Gegenrevolutionäre überhaupt, auf die überwältigende Mehrheit der proletarischen, halbproletarischen und mittleren Bauernschaft zu stützen. Und als die letzten Versuche der Dorfreichen, die mit bewaffneter Hand ihren Privatbesitz verteidigen wollten, überall Niederlagen erlitten, da begann der Moment der weitgehendsten kommunistischen Arbeit unserer Partei auf dem flachen Lande. Auf dem VIII. Parteikongreß wurde die bekannte Resolution angenommen, daß — in Übereinstimmung mit den Prinzipien von Marx und Engels — die Kommunistische Partei in der Zeit der sozialen Revolution sich die Unterdrückung der breiten Schichten der mittleren Bauernschaft nicht als ihre Aufgabe stellen darf, und daß, im Gegenteil, die weitgehendste Hilfe, die der Arbeiter dem Bauern angedeihen lassen kann, im Interesse des Proletariats liegt. Von diesem Moment an beginnt eine neue Periode der Arbeit unserer Partei auf dem flachen Lande. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des VIII. Parteikongresses wurden sowohl ein Zentralkomitee, als auch in der Provinz besondere Organe ins Leben gerufen, denen die Propaganda und Agitation auf dem flachen Lande obliegt. Die erste Periode des Bestehens dieser Organe verstrich eben in der Vorbereitung solcher Arbeiterkaders in der Provinz, die in der Lage wären, an die zurückgebliebensten und dunkelsten Bauernschichten heranzutreten, mit ihnen in einer ihnen verständlichen Sprache zu reden, auf ihre Bedürfnisse und Interessen einzugehen, ihnen bei ihrer Organisation behilflich zu sein und nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten ihnen alle Vorteile des Sowjetsystems anschaulich vor Augen zu führen. Die erste Konferenz der Kommunisten, die sich der Arbeit auf dem Lande gewidmet hatten, versammelte ungefähr 100 Kommunisten. Dies geschah im November 1919, und sechs Monate später nahmen bereits vierhundert Kommunisten an der zweiten allrussischen Konferenz solcher Arbeiter teil. Und — was am bemerkenswertesten ist — das waren alles neue Menschen, urechte Bauern, die das Bauernleben ausgezeichnet kannten und gleichzeitig die Aufgaben der Kommunistischen Partei auf dem Lande voll und ganz verstanden. Darauf begann eine neue Periode in dieser Arbeit, die sich durch die Schaffung neuer Propaganda-, Agitations- und Organisationsformen für die breiten Massen der Arbeitenden auszeichnete. Die Kommunisten standen nun vor der Frage: wie soll man die dunklen, zurückgebliebenen Massen der Bauern beeinflussen, wie die weiten Schichten der Bauernschaft zur Arbeit heranziehen, sie den Sowjets näherbringen, bei ihnen ein Interesse für die Aufgaben erwecken, die die Sowjetmacht zu lösen bestrebt ist? Hier müssen wir zuerst auf die bereits erwähnten Bauernkonferenzen zurückkommen. Unter dem Namen von Bauern-, oder wie sie manchmal genannt werden, parteilosen Konferenzen, versteht man bei uns große Konferenzen von Bauern, Rotarmisten und Arbeitern, die von den Gemeinde-, Bezirks- und Gouvernementssowjets einberufen werden. Das geschieht

in der Weise, daß ausnahmslos die ganze Bevölkerung einer Gemeinde nach einer bestimmten Norm einen Delegierten wählt, und diese Delegierten kommen dann im Bezirk oder im Gouvernement zusammen. Auf diesen Konferenzen werden die für die Bauern brunnendsten Fragen behandelt: die Frage der Naturalleistungen, die Transportarbeiten per Achse, Hilfe für die Rotarmistenfamilien, die Volksaufklärungsfrage usw. Das Präsidium ebenso wie die Berichterstatter werden meistens aus der Mitte der Delegierten gewählt, die Diskussion wird ohne jegliche Einschränkung geführt, die schonungsloseste Kritik ist gestattet, und trotzdem stehen diese Konferenzen in ihrer überwältigenden Mehrheit auf dem Boden der Sowjetmacht. In welchem Maße diese Konferenzen die weitesten Bauernschichten erfassen, kann man aus der Tatsache ersehen, daß an der Arbeiterinnenkonferenz, die während des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale stattfand, mehr als dreitausend Personen teilnahmen. In einigen Gouvernements, wie z. B. Wladimir, Kaluga, Iwanowo-Wosnessensk u. a. wurden im verflossenen Jahre mehrere hundert solcher Konferenzen abgehalten, so daß man behaupten kann, daß im letzten Jahre Millionen der zurückgebliebensten Bauern und Bäuerinnen durch diese Konferenzen gegangen sind. Es muß auch erwähnt werden, daß auf die Anregung unserer Partei in den Gouvernements und Bezirken regelmäßig Konferenzen der Bezirks- und Gemeindegewerkschaftsvorsitzenden einberufen werden und in den Gemeinden Konferenzen der Vorsitzenden der Dorfgewerkschaften. Es ist klar, daß auch diese Konferenzen eine gute Schule für die Bauern darstellen. Natürlich benutzt die Kommunistische Partei bei ihrer agitatorischen Arbeit auf dem flachen Lande in ausgedehntester Weise die von der Sowjetregierung geschaffenen Apparate und Einrichtungen: Volkshäuser, Lesestuben, Klubs und alle Arten von Schulen. Aber abgesehen davon werden im Laufe der Arbeit neue Agitationssysteme und Methoden ausgearbeitet. Zu den letzteren gehören unter anderem die sogenannten „Roten Wagen“ und die „Häuser des Bauern“. Im Gouvernement Tula haben die Arbeiter, die sich mit der Propaganda auf dem Lande beschäftigten, den glücklichen Gedanken gehabt, einen wandernden Agitator zu schaffen, und zwar einen, der alle Fragen des Bauern zu beantworten in der Lage ist. Hierzu nimmt man einen gewöhnlichen Bauernwagen, eine Fuhr oder ein Auto, in dem außer einem Agitator ein Mitglied des Bezirksgewerkschaftsrates, ein Vertreter der Arbeiter- und Bauerninspektion, ein Mitglied der Grund- und Bodenabteilung des Bezirks, ein Berichterstatter in der Verpflegungsfrage oder überhaupt ein Vertreter dieses oder jenes Wirtschaftszweiges Platz nehmen. Solch ein Fahrzeug, geschmückt mit Fahnen und Plakaten und ausgestattet mit Literatur, fährt in den Dörfern herum. In letzter Zeit werden in solchen Fuhrwerken noch Schauspielertruppen mitgenommen, ein Komiker, ein Lehrer, ein Barbier, ein Schuster, überhaupt Genossen, nach deren Sachkenntnis im Dorfe die größte Nachfrage besteht. Ein

solches rotes Fuhrwerk ist im kleinen ein roter Agitationseisenbahnzug, als dessen bestes Mußter der Zug des Vorsitzenden des Allrussischen Zentral-
exekutivkomitees, des Gen. Kalinin, genannt werden kann. Der Unterschied besteht nur darin, daß ein auf Schienen gehender Eisenbahnzug nicht in die entlegensten Dörfer kommen kann, während die rote Fuhre in solche Krähwinkel eindringt, die seit dem Bestehen Sowjetrußlands von keinem Agitator aufgesucht worden sind. Das „Haus des Bauern“ ist ebenfalls eine von den lokalen Arbeitern geschaffene Einrichtung. Das Haus des Bauern ist eine Einrichtung in den Bezirks- oder Gouvernementsstädten, wo die sich in Geschäften nach der Stadt begebenden Bauern vor allem einen Stall und Futter für ihr Pferd, Nachtlager und Verpflegung für sich, sodann aber auch eine Bibliothek und Lesehalle finden, wo sie einer Auf-
führung beiwohnen, eine Vorlesung anhören und eine Auskunftsstelle finden können, die ihnen behilflich ist, dasjenige Organ unter den Sowjeteinrichtungen ausfindig zu machen, das sie suchen. Und obwohl diese Häuser des Bauern, die auf Kosten der Sowjets unterhalten werden, eine parteilose Einrichtung sind, so wird doch die ganze Arbeit in ihnen von Kommunisten geleitet. Wir wollen noch darauf hinweisen, daß Versammlungen, Vorlesungen, Gespräche und andere gewöhnliche Propaganda- und Agitationsformen in derartig weitem Maßstabe auf dem Lande angewendet werden, daß sie in der letzten Zeit allmählich neue Formen annehmen, nämlich die Form einfacher Gespräche des Agitators mit den Bauern.

III.

Aber alle erwähnten Methoden sind nur Mittel der Beeinflussung des flachen Landes durch die Partei, die eine Variation der gewöhnlichen Propaganda- und Agitationsmethoden darstellen. Das letzte Jahr hat völlig neue Agitationsmethoden ins Leben gerufen, die buchstäblich Hunderttausende von Bauern ergriffen haben und, was die Hauptsache ist, sich in eine Agitation für die Tat durch das Beispiel verwandelt haben. Die Resolution des VIII. Parteikongresses sagt klipp und klar, daß der Bauer nicht Worten, sondern nur der Tat glaubt, und daß folglich die Agitation auf dem flachen Lande vor allem ein Beispiel, eine Tat sein muß, durch die der Proletarier, der städtische Arbeiter, dem zurückgebliebenen Bauer beweisen soll, daß er ihm tatsächlich hilft. Jedermann kann erkennen, welche ungeheuren Schwierigkeiten der Kommunistischen Partei in diesem noch nie dagewesenen Kampfe, den die Sowjetregierung innerhalb eines unerhörten wirtschaftlichen Verfalls gegen die Konterrevolution bestehen muß, erwachsen, als sie daran ging, unsere Agitation auf dem flachen Lande in eine Agitation durch die Tat zu gestalten. Aber unsere Partei hat auch diese Aufgabe bewältigt. Und wiederum war die Lösung dieser Aufgabe zuerst für die proletarischsten Gouvernements vorgemerkt, nämlich für

Petrograd und Iwanowo-Wosnessensk. Schon vor einem Jahre haben sich die Petrograder und Iwanowo-Wosnessensker Arbeiter die Frage gestellt: was muß man tun, um trotz aller Mängel in den Städten nicht nur mit Worten, sondern mit etwas Konkretem ins Dorf zu kommen? Diese Aufgabe wurde auf folgende Weise gelöst. Es wurde ein besonderer Agitationsfeldzug ins Leben gerufen, dessen Aufgabe darin bestand, mit Mitteln und Kräften, die von der Arbeit für die Landesverteidigung übrig waren, dem Bauern in der Landwirtschaft und vor allem in der Ausbesserung des abgenutzten Bauerninventars zu Hilfe zu eilen. Die „Remontwoche“ — so nannten die Arbeiter von Petrograd und Iwanowo-Wosnessensk diesen Feldzug. Das Experiment gab so glänzende Resultate, daß die Zweite Allrussische Konferenz der auf dem flachen Lande arbeitenden Kommunisten nach Anhören eines besonderen dieser Frage gewidmeten Berichtes beschloß, diesen Feldzug über das ganze Territorium von Sowjetrußland auszudehnen. Auf diese Weise wurde vor fünf Monaten durch die Bemühungen der Partei die sogenannte „Woche des Bauern“ durchgeführt, d. h. eine Woche der Hilfe für die Bauern, sowohl bei den Erntearbeiten als auch bei der Ausbesserung des Bauerninventars und überhaupt bei allen landwirtschaftlichen Arbeiten. Zu diesem Zweck bildeten sich in Moskau und in allen Gouvernements- und Bezirksstädten Kommissionen für die Woche des Bauern, welche eine Reihe großer Konferenzen mit Vertretern derjenigen Sowjeteinrichtungen abhielten, die den Bauern Hilfe leisten konnten. Und so war es möglich, in dem verarmten Rußland, zur Zeit des Polenkrieges, dem flachen Lande eine solche Hilfe zu leisten, wie es sich in den blühendsten Zeiten des Zarenregimes nicht träumen ließ. Aus dem ausführlichen statistischen Material, das bereits für die Hälfte der Gouvernements von Sowjetrußland zusammengestellt ist, kann man ersehen, daß die Städte mehrere Tausende Arbeiterdetachements zur Ausführung landwirtschaftlicher Arbeiten organisierten, daß einige Tausende Reparaturwerkstätten geschaffen wurden, viele Tausende von Pflügen, Eggen, Mäh-, Dresch- und anderen landwirtschaftlichen Maschinen repariert, Hunderttausende von Pferden beschlagen, Zehntausende von Fuhrwerken repariert wurden; außerdem wurden auf Tausenden von Dessjatinen das Getreide und Heu geschnitten und weggeschafft; auch wurden viele Brücken und Tausende beschädigter Stellen auf Landstraßen ausgebessert. Um den Leser nicht mit einem zu großen Zahlenmaterial zu ermüden, wollen wir nur die Angaben aus einigen Gouvernements hier anführen.

Gouvernement Jekaterinburg. Es arbeiteten 3460 Arbeiter in 131 Detachements, außerdem 2100 Mann in 201 Reparaturwerkstätten; es wurden repariert 9430 Pflüge, Mäh-, Dresch- und andere Maschinen, 16 160 Stück kleinerer landwirtschaftlicher Geräte, 22 380 Räder beschlagen, Getreide auf 5270 Dessjatinen eingefahren (1 Dessjatin — 1,1 Hektar), 680 Dessjatinen

abgemäht, 517 Dessjatinen urbar gemacht, 34 Brücken und 115 Werst Landstraßen remontiert.

Gouvernement Samara. 3017 Dessjatinen besät, 3225 Pflüge, 178 Mähmaschinen, 19 Sämaschinen repariert, neu angefertigt 57 Pflüge, 74 Eggen, 2 Mäh- und 1 Sämaschine, beschlagen 6027 Räder, angefertigt 82 Heumähmaschinen, 226 Fuhren, 2645 Garbenbinder, 52 Dreschmaschinen, 152 Putzmühlen, repariert 4582 Stück kleinerer landwirtschaftlicher Geräte usw. Es arbeiteten im ganzen 26 600 Arbeiter in 48 Werkstätten.

Gouvernement Nishnij-Nowgorod. Besät 2490 Dessjatinen, geschnitten 342 Dessjatinen, abgemäht 27 030 Wagen Heu, remontiert 84 Brunnen und 74 Brücken, gebunden 108 279 Garben, repariert 205 Pflüge, 10 Putzmühlen, 7 Mähmaschinen, 12 Dreschmaschinen, 2 Getreideschneidemaschinen, 10 besondere Dreschmaschinen, eingefahren 178 050 Garben, 4100 Pud Heu, gedroschen 178 050 Garben Korn, weggebracht 4893 Faden Holz, 2 neue Brücken gebaut, 1 Mühle remontiert, 2769 Fuhren Getreide transportiert und eine Menge kleineren landwirtschaftlichen Inventars ausgebessert, zu welchem Zweck 2500 Pud Eisen verarbeitet und 13 Schmieden eingerichtet sind; die Zahl der Arbeiter, die an diesen Arbeiten teilgenommen hatten, beträgt 15 560.

Gouvernement Homel (Frontlinie). Gemäht und weggeschafft 2621 Wagen Heu, geschnitten und gedroschen, 336 Dessjatinen Getreide, bearbeitet 212 Dessjatinen Land, ausgebessert 189 Pflüge, 7 Brücken und eine sehr große Anzahl kleineren landwirtschaftlichen Inventars. Gearbeitet haben 720 Arbeiter.

Diese Zahlenangaben stammen von Gouvernements, die in verschiedenen Teilen Rußlands gelegen sind, vom hohen Norden bis zur polnischen Front. Es wäre ermüdend, hier die statistischen Angaben für alle Gouvernements zu bringen, aber sie sind bereits vorhanden für die Gouvernements Moskau, Jaroslawl, Kursk, Smolensk, Pskow, Wladimir, Orel, Kaluga, Wologda, Simbirsk, Iwanowo-Wosnessensk, mit einem Wort, für die Mehrzahl der Gouvernements von Sowjetrußland, die im Agitationsfeldzuge inbegriffen waren. Sogar das ferne Sibirien, das Kubangebiet, das damals die Wrangeloffensive durchmachte, und teilweise die Ukraine haben eine große Arbeit geleistet. Ein boshafter Bourgeois wird lachen, wenn er diese Zahlen liest. Was bedeuten für Sowjetrußland Zehntausende von Pflügen, wenn man ihrer 570 000 benötigt, was bedeuten Tausende von Mähmaschinen, wenn man Zehntausende braucht? Überhaupt, was bedeuten die von uns hier angeführten kleinen Zahlen im Vergleich zu den Bedürfnissen des Bauernrußland? Aber es handelt sich hier darum, daß die Partei durch ihre Agitation trotz des ungeheuren Mangels an Eisen, Stahl und anderem Kriegsmaterial alles das dem flachen Lande geben konnte, was möglich war, wegzugeben. Was nun die Hilfe anbetrifft, die während der Woche des Bauern bei den Feldarbeiten geleistet wurde, so wurde da-

bei wirklich Ungeheures getan, denn Zehntausende von Arbeitern aus den Städten wurden aufs Land gesandt, wo sie den Frauen der an der Front befindlichen Rotarmisten halfen, die Felder zu pflügen, zu besäen, abzumähen, das Getreide zu schneiden und zu dreschen.

Und man hätte sehen sollen, mit welcher Begeisterung die Arbeiterdetachements sich auf den Weg machten. Die roten Wagen blieben hinter den Arbeitern nicht zurück, nur daß sie jetzt außer Agitatoren, noch Ärzte, Friseure, Schuster, Schneider, Gürtler und Schlosser mitnahmen, die den Bauern nach Kräften Hilfe leisteten. Sowohl die Bourgeoisie als auch die Menschewisten und Sozialrevolutionäre könnten boshaft bemerken, daß dies eine verschwindend geringe Hilfe sei, im Vergleich zu der ungeheuren Not des flachen Landes. Als Entgegnung darauf sei auf die unerhörte Sympathie hingewiesen, die die Bauern diesem letzten, von der Kommunistischen Partei organisierten Feldzug entgegenbrachten. Dieser Agitationsfeldzug zeigt also, welche Agitation das Dorf haben muß, was die Kommunistische Partei sogar während des Krieges auf dem flachen Lande leisten kann und welche ungeheuren Umwälzungen die Arbeiterklasse in jedem Lande erreichen kann, sobald nur die Bourgeoisie niedergeworfen und die Möglichkeit gegeben ist, ein neues Leben aufzubauen. Es ist klar, daß unsere westeuropäischen Genossen, die über vollkommene Technik und größere Kulturüter verfügen, alles das in weit größeren Dimensionen durchführen könnten. Es versteht sich von selbst, daß die Arbeit der Kommunistischen Partei sich nicht auf das hier Angeführte beschränkt: Zweidrittel des 400 000 Mitglieder zählenden Kommunistischen Jugendverbandes sind Bauern und Bäuerinnen. Seine ganze Arbeit ist vom kommunistischen Geiste erfüllt; der Lehrerverband zählt mehr denn 200 000 Mitglieder, die zur Hälfte der Bauernschaft entstammen, und deren größere Hälfte aus Kommunisten besteht. Der Verband der Land- und Waldwirtschaftsarbeiter umfaßt Zehntausende von Mitgliedern, und seine ganze Arbeit wird von Kommunisten geleitet. Aber hier betreten wir schon das Gebiet der Organisation von Sowjetwirtschaften und landwirtschaftlichen Kommunen.

IV.

Das unmittelbare, praktische Resultat der kommunistischen Propaganda auf dem Flachlande ist der Übergang der Bauern zu kollektiver Bodenbearbeitung. Kollektive Formen der Bauernwirtschaft, ihre Propagierung und vor allem, — ihre Organisation sind Aufgaben des Volkskommissariats für Landwirtschaft, vor allem derjenigen Ressorts, die sich mit Einrichtung von Kommunen und Sowjetwirtschaften befassen. Aber zweifellos würde das Volkskommissariat allein, ohne die Hilfe der Kommunistischen Partei, niemals solche Resultate erzielt haben. Um sich eine Vorstellung von den

Resultaten zu machen, die das Volkskommissariat für Landwirtschaft erreicht hat, muß man sich vergegenwärtigen, daß der russische Bauer, wie jeder andere Bauer, vor allen Dingen der kleine Eigentums-mensch ist, der sich an seine kleine Wirtschaft fest anklammert. Das Gerede der Sozialrevolutionäre über den eigenartigen kommunistischen Gemeinsinn des Bauern hat schon in den 90er Jahren niemand mehr ernst genommen. Folglich müssen die Erfolge der kollektiven Wirtschaftsformen, die jetzt beobachtet werden, ganz und gar jener durchgreifenden Umwälzung zugeschrieben werden, die die Oktoberrevolution in das Dorf getragen hat. Die trostlose Lage des Bauern noch während der Selbstherrschaft, die armselige Einzelwirtschaft konnte nicht einmal die Existenz des Bauern sichern. Auch damals mußte er entweder in die Stadt, in die Fabrik gehen, oder zum Gutsbesitzer — den Frondienst zu leisten, oder, und dies im besten Falle, — Arbeitsgenossenschaften bilden, die gemeinsam Land zukaufen konnten. Es ist begreiflich, daß die Verhältnisse des zaristischen Regimes und der bürgerlichen Wirtschaftsstruktur eine Entwicklung dieser Genossenschaften mit kollektiver Bodenbearbeitung zu höchsten Wirtschaftsformen nicht begünstigten. Erst die Revolution ermöglichte diesen Genossenschaften, zu gemeinschaftlicher Beackerung und einigen anderen kollektiven Bebauungsmethoden überzugehen. Begreiflich ist auch, daß in diesen Genossenschaften (Artels) der bürgerliche Charakter das Hauptmerkmal ist; dies ist der Grund, weshalb augenblicklich die genossenschaftlichen Formen verbreiteter sind als die Kommunen. Nach Angaben aus der Mitte des Jahres 1920 zählte man in 40 Gouvernements des Europäischen Rußland 962 Wirtschaften mit Gemeinde-Bearbeitung, 5653 Artels und 1491 Kommunen, — insgesamt 8106 Wirtschaften mit kollektiver Bearbeitung. Wirtschaften mit Gemeinde-Bearbeitung sind die niedersten Formen der Gemein-Wirtschaft; es sind dies Wirtschaften, die sich nur vereinigen, um gewisse landwirtschaftliche Arbeiten gemeinsam zu vollziehen, während die einzelne Individualwirtschaft unangetastet bleibt. Das Artel ist schon eine Genossenschaft, die ihre Statuten hat und die ihren Mitgliedern gewisse Verpflichtungen auferlegt. Allerdings kann jeder Artelteilnehmer die Gemeinschaft wieder verlassen mit allem Eigentum, das er beim Eintritt in das Artel beigetragen hat. In der Kommune geht das Privateigentum in den kollektiven Formen der Arbeit und der gemeinsamen Lebenshaltung auf, der Privateigentümer wird zum Mitglied eines wirklichen kommunistischen Kollektivs. Die genannten Kollektivwirtschaften verfügen insgesamt über 592 510 Dessjatinen Land; 36 035 Dess. werden gemeinschaftlich bearbeitet, die Artels verfügen über 251 525 Dess. und die Kommunen über 340 950 Dess. Die Kopfzahl beträgt insgesamt 535 745; davon in Wirtschaften mit gemeinschaftlicher Bearbeitung 50 452 — in Artels — 303 928 und in Kommunen 68 857 Personen. Sibirien einbegriffen sind es im ganzen 8 396 Wirtschaften, davon 962 Wirtschaften mit gemeinschaftlicher Bearbeitung, Artels 5743,

Kommunen 1691. In Wirklichkeit gibt es mehr Kollektivwirtschaften und zwar — 9 093; aber obenstehende Zahlen umfassen nicht alle Gouvernements. Die Kommunen existieren kaum 1½ Jahre. Anfangs entstanden sie vereinzelt, wenn ins Dorf verschlagene kommunistische Arbeiter sich zu einer Kommune organisierten. Jetzt zählen sie nach Tausenden, in letzter Zeit wächst ihre Zahl nicht so schnell wie anfangs. Dafür aber festigt sich allmählich ihr Gefüge und ihre Lebensfähigkeit und die Bauern werden durch sie nicht mehr in dem Maße abgeschreckt, wie es anfangs der Fall war. Der Bauer überzeugt sich mit jedem Tage immer mehr, daß nur die kollektiven Wirtschaftsformen ihn zu einer glücklichen Zukunft führen. Skeptiker, die auf die unbedeutende Zahl von Kommunen im Vergleich mit Einzelwirtschaften hinweisen, vergessen einen wichtigen Umstand: daß die in den Reihen der Roten Armee schon drei Jahre dem Ansturm des ganzen bürgerlichen Europas Trotz bietende Bauernschaft, selbst bei dem heißesten Wunsche nach kommunistischen Wirtschaftsformen, noch nicht zu der kollektiven Bewirtschaftung übergehen konnte. Natürlich verhält sich der Bauer als der kleine Eigentümer der Kommune gegenüber noch skeptisch, aber die Vorzüge der kollektiven Wirtschaft überzeugen ihn immer mehr vom unausbleiblichen Siege des Kommunismus. Die Bildung von kollektiven Wirtschaften geht Hand in Hand mit einer anderen interessanten Erscheinung Sowjetrußlands: Bildung staatlicher Sowjetwirtschaften. Noch vor der Oktoberrevolution betonten die Bolschewisten, die Bauern zur Expropriation der Gutsbesitzer auffordernd, daß die Expropriation der großen Güter keineswegs eine Zerstörung des landwirtschaftlichen Großbetriebes bedeutet. Im Gegenteil, die Kommunisten machten die Bauern stets darauf aufmerksam, daß es eine der Bedingungen des Erfolges der Revolution sei, wenn der landwirtschaftliche Großbetrieb erhalten bleibe, damit seine weitere Entwicklung die Grundlage der künftigen staatlichen Wirtschaft werden könne. Natürlich hat der harte Kampf gegen die Bourgeoisie (gerade die Gebiete, die gut angelegte landwirtschaftliche Betriebe hatten, z. B. Ukraine, Don, Kuban, sind erst kürzlich von den Weißgardisten befreit worden) es verhindert, daß gleich nach dem Umsturz in ganz Rußland solche landwirtschaftliche Großbetriebe angelegt werden konnten. Aber doch haben wir schon jetzt einige Tausende solcher Sowjetwirtschaften, und ihre Zahl wächst ständig. Die fortschreitende Verwirklichung des für die Landwirtschaft ausgearbeiteten Planes ergibt die Möglichkeit der Organisation immer neuer Wirtschaften. Im Frühjahr 1920 betrug die Zahl der Sowjetwirtschaften 2 643 (ohne die Gouvernements Don, Orenburg, Ural) mit einer Gesamtfläche von 1 200 000 Dessjatinen ohne Wald und einer Ackerfläche von 630 719 Dess. Im Sommer desselben Jahres gab es in denselben Gouvernements 2 703 Sowjetwirtschaften mit einer Fläche von 1 575 859 Dess.; zusammen mit Sibirien — 2 925 Wirtschaften mit 1 717 399 Dessjatinen. In den in 38 Gouvernements gelegenen Sowjetwirtschaften

gibt es 44 113 Pferde; in den Sowjetwirtschaften von 35 Gouvernements — 62 733 Stück Großvieh. Die Arbeitskraft, über die die Sowjetwirtschaften in 37 Gouvernements verfügen, beträgt 56 298 Menschen, oder, mit Angestellten und Familien gerechnet — 112 507 Personen. Es ist zweifellos sowohl im vergangenen als in diesem Jahre nicht gelungen, in den genannten Sowjetwirtschaften besonders günstige Resultate zu erzielen. Aber dies geschah nicht, weil der Acker unbebaut blieb oder die Ernte nicht eingebracht worden ist, sondern weil gerade in jenen Gouvernements, wo die Sowjetwirtschaften am besten ausgerüstet, eingerichtet und erhalten sind, (so z. B., das Wolgagebiet und die südlichen Gouvernements) die weißgardistischen Banden alles auf ihrem Wege zerstört haben. Aber selbst unter diesen Voraussetzungen zeigen die in den Sowjetwirtschaften festgestellten Resultate, daß bei Festigung der Lage Sowjetrußlands und bei geringster Garantie für einen dauernden Frieden diese Resultate wirklich glänzend werden müssen. Schon jetzt sind die Ernten in Sowjetwirtschaften und, natürlich, auch die Art der Bearbeitung (Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen usw.) unendlich besser, als in gut angelegten Individualwirtschaften. Und sowohl die Sowjetwirtschaft, als auch die Kommunen, unterscheiden sich scharf von der Wirtschaft eines Gutsbesitzers: Die Leitung der Wirtschaft liegt nicht nur in Händen des Agronoms oder des Verwalters, sondern auch in denjenigen des Kollektivs landwirtschaftlicher Arbeiter, die in jeder Wirtschaft das Arbeiterkomitee bilden. Diese Arbeiterkomitees, diese landwirtschaftlichen Arbeiter werden vom gewerkschaftlichen Verband der Land- und Waldarbeiter geleitet, der seinerseits von den Kommunisten beeinflußt wird. Es wäre natürlich unsinnig, zu behaupten, daß der Bauer, der kleine Eigentümer, auf einmal die Bedeutung der Sowjetwirtschaft verstehen wird: die Eigentumsinstinkte zwingen ihn, jede Bedrohung dieses seines kleinen Eigentums ängstlich abzulehnen. Aber in dem Maße, als die von den Sowjetwirtschaften der Bevölkerung gewährte Hilfe (mit Geräten, agronomischen Ratschlägen usw.) sich vergrößert, vergrößern sich auch die Sympathien der Bauernschaft dieser Wirtschaftsform gegenüber. Die Kompromißler aller Schattierungen lächeln schadenfroh und weisen auf die verhältnismäßig geringe Zahl der landwirtschaftlichen Kollektiven und Sowjetwirtschaften hin, aber jeder nachdenkliche Kommunist wird verstehen, daß es viel schwieriger ist, auch nur einen einzigen großen landwirtschaftlichen Großbetrieb zu organisieren, als Tausende der besten Kritiken zu schreiben, und daß es dem Proletariate gegenüber viel ehrlicher ist, jene, wenn auch vereinzelt Anfänge seiner Arbeit mit allen Kräften zu unterstützen, als gemeinsam mit der konterrevolutionären Bourgeoisie mit den Waffen in der Hand gegen Arbeiter und Bauern vorzugehen.

Die Frage der friedlichen Eroberung des Dorfes ist eine der wichtigsten Fragen, die das Proletariat im internationalen Maßstabe zu lösen hat. Die

Lösung dieser Frage in Rußland hat eine ganz besonders wichtige Bedeutung, denn ihre Lösung wäre der endgültige Sieg des Proletariats, und der endgültige Sieg des Proletariats bei uns ist der erste Schritt des künftigen Sieges der proletarischen Revolution im Westen. Daher müssen unsere westeuropäischen Genossen den Versuchen und der Arbeit der Russischen Kommunistischen Partei auf dem flachen Lande während drei Jahren der Revolution ganz besondere Aufmerksamkeit entgegenbringen.

W. Newsky.



Die Hauptstelle für politische Aufklärung.

Krieg und Revolution weckten in den Massen einen unstillbaren Wissensdurst. In den drei Jahren des Bestehens der Sowjetmacht ist auf dem politisch-aufklärenden Gebiet ungeheure Arbeit geleistet worden, obwohl natürlich auch nicht der tausendste Teil dessen getan worden ist, was zu tun übrig bleibt.

Die Arbeit mußte unter furchtbar schweren Verhältnissen geleistet werden: unter einer fast vollständig analphabetischen Bevölkerung, in einem Bauernlande mit Tausenden abgelegener kleiner Dörfer. Ein großer Teil der Bevölkerung war an der Front; dazu kam allgemeiner Verfall, Zerrüttung des Verkehrswesens und der Post, immer wachsender Mangel an Papier, Bleistiften und Unterrichtsmitteln, unerhörter Hunger nach Büchern (Auflagen von 50—100 000 Exemplaren sind in der kürzesten Zeit vergriffen), ferner Petroleummangel, das Fehlen tatkräftiger Arbeiter im Zentrum (die besten Kräfte gingen an die Front) und ebenso in der Provinz, infolgedessen notgedrungene Zurücksetzung der politisch-aufklärenden Arbeit bis beinahe an die letzte Stelle — alle diese Tatsachen erschwerten unsere Arbeit in furchtbarer Weise. Und doch erlaubte die Entwicklung nicht, diese Arbeit auch nur für einen Augenblick zu vernachlässigen; man arbeitete, aber man arbeitete nicht planmäßig. Die Abteilung für Aufklärungsarbeit war nicht die einzige Organisation, die diese Arbeit unter den Massen leitete. Die „Pura“ — eine militärische Organisation, die die politisch-aufklärende Arbeit in der Roten Armee leitete — hatte ihren eigenen ausgebildeten Apparat, ihre Zentralorgane, ihre Versorgungsstellen usw. Die gewerkschaftlichen Verbände hatten ihre Abteilungen für Kulturarbeit, der „Proletkult“ arbeitete in derselben Richtung vollständig selbständig, das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee verfolgte mit Instruktions- und Agitations-Eisenbahnzügen und seinen Dampftrains denselben Zweck, und endlich leistete die Kommunistische Partei politisch-aufklärende Arbeit. Auch der politische Aufklärungsdienst des Kommissariats für Verkehrswesen wirkte in dieser Richtung. Es gab überhaupt kein Ressort, das nicht eine entsprechende Abteilung gehabt hätte. Die Abteilung für Aufklärungsarbeit beim Volkskommissariat für Volksbildung, später Hauptstelle für politische Auf-

klärung genannt, bemühte sich vergebens, alle diese Strömungen in einem einzigen Flußbett zu vereinigen.

Nachdem auf dem IX. Partei-Kongreß die Frage eines einheitlichen Wirtschaftsplans aufgeworfen worden war, zwang die Notwendigkeit eines einheitlichen Planes auch die auf dem Gebiete der Volksaufklärung Wirkenden endlich zu der Erkenntnis, daß die politisch-aufklärende Arbeit nicht im allgemein staatlichen Maßstabe geführt wird, sondern dilettantisch und planlos, und daß in Wahrheit eine zwecklose Zersplitterung von Kräften und Mitteln stattfindet.

In der Septembersitzung des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees wurde auf Drängen der Provinzvertreter eine Resolution über die Schaffung eines einheitlichen politisch-aufklärenden Organs — der Hauptstelle für politische Aufklärung — angenommen. Der Rat der Volkskommissare wurde beauftragt, ein entsprechendes Dekret zu veröffentlichen.

Am 1. November fand nun die Allrussische Konferenz der Hauptstelle für politische Aufklärung statt. Auf der Konferenz sind Vertreter der Gouvernements- und Kreis-Hauptstellen erschienen. Aus allen Gegenden Rußlands sind die Delegierten zusammengekommen, aus der Republik des Fernen Ostens, aus Sibirien, aus der Kasanischen Republik, aus der Ukraine, vom Don und Kaukasus. Manche sind tausende Werst gereist, ein Delegierter mußte 11 Tage lang fahren. 500 Personen haben an der Konferenz teilgenommen. Unter ihnen waren viele — ungefähr 60 % — Kommunisten. Die Leiter der Hauptstellen sind in ihrer Mehrheit keine Lehrer, unter ihnen sind viele Propagandisten, Parteiarbeiter; unter den Parteilosen — viele Personen, die sich der Kulturarbeit unter den Erwachsenen gewidmet haben: Bibliothekare, Lehrer in Schulen für Erwachsene, Organisatoren von Volkshäusern, Klubs usw.

Anderthalb Jahre schon hatte keine allrussische Konferenz für politische Aufklärung stattgefunden. In dieser langen Zeit hatten sich viele Fragen angehäuft. Die Konferenz, die eine ganze Woche tagte, war sehr bezeichnend in ihrer Art. Bei jeder Frage ließ sich eine lange Reihe von Rednern vormerken, jeder Anwesende wollte seine Gedanken und seine Erfahrungen mitteilen. Die Konferenz weigerte sich hartnäckig, die Debatten zu beenden, sie wollte jede Frage bis zur Neige erschöpfen. Und dieser Wunsch ist begreiflich. Jeder auf dem Gebiete der politischen Aufklärung Tätige mußte über dem Durchschnitt stehen: fast überall mußte er neue Furchen durch den un bebauten Boden ziehen. Das Zentrum kann nur allgemeine Direktiven geben, und diese Direktiven müssen völlig selbständig den gegebenen Verhältnissen, allen Bedingungen des

sich revolutionär reorganisierenden Lebens angepaßt und dementsprechend durchgeführt werden. Dazu gehört bedeutende Initiative, die Arbeit muß einen schöpferischen Charakter haben und fordert ungeheure Anspannung aller Kräfte.

Auf der Konferenz sind Fragen von der größten Wichtigkeit aufgeworfen worden: Fragen über den Inhalt der Arbeit, über ihre enge Verknüpfung mit der Arbeit ökonomischer Kommissariate, über einen einheitlichen Arbeitsplan und endlich über die Anpassung der Organisation an die neuen Aufgaben, die auf dem Gebiete politisch-aufklärender Arbeit entstanden sind.

In seiner einleitenden Rede sprach Lunatscharsky von der Notwendigkeit der Organisation der Hauptstelle für politische Aufklärungsarbeit und über ihre Bedeutung; Lenin sprach hauptsächlich über den Inhalt der Arbeit. Er wies darauf hin, daß die Kulturarbeit unter Erwachsenen im Augenblick der großen Umwälzung keinen unpolitischen Charakter tragen dürfe, daß sie sonst leblos und zu einem kümmerlichen Dasein verurteilt wäre. Weiter sprach er davon, welcher Inhalt im gegebenen Moment in die politische Arbeit gelegt werden müsse; er sprach über den Zusammenhang von Politik und Wirtschaft und auch darüber, welche politische Bedeutung augenblicklich der ökonomische Aufbau habe.

Auch andere Redner wiesen auf die große Bedeutung des ökonomischen Aufbaus hin, auf die Notwendigkeit, aktiv an ihm teilzunehmen und alle politisch-aufklärenden Institutionen dieser wichtigsten Aufgabe des Augenblicks einzufügen. Genossin Krupsky erläuterte in ihrem Referat den einheitlichen Plan der politisch-aufklärenden Arbeit und die Art der Organisation von Bibliotheken, Klubs, Schulen für Erwachsene, verschiedenen Formen der Agitation und Propaganda, wie sie einer allseitigen Beleuchtung der Frage des wirtschaftlichen Aufbaus dienen könnten.

Sehr wichtig waren die Referate von J. Larin, einem der bedeutendsten Vertreter des Obersten Volkswirtschafts-Rats, und von A. Swidersky, dem Mitglied des Volkskommissariats für Lebensmittelwesen. J. Larin sprach über das Thema: „Produktionspropaganda und das Problem des Wiederaufbaus des wirtschaftlichen Lebens im Lande“, A. Swidersky über „Lebensmittelfeldzug und politisch-aufklärende Arbeit“. Beide Referate hörte die Konferenz mit dem tiefsten Interesse an. Beide Redner lieferten die beste Illustration für die Richtigkeit jenes Gedankens, daß die politische Aufklärungsarbeit im gegebenen Augenblick hauptsächlich der Beleuchtung der Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus gewidmet sein müsse. Ein Beispiel dafür, wie man die Arbeit der wirtschaftlichen

Kommissariate unterstützen kann und muß, lieferte Genosse Schapiro in seinem Bericht über „Agitationsfeldzüge“.

Nach Schluß der Konferenz waren sich alle Delegierten darüber einig, daß diese allen Beteiligten sehr viel gegeben habe und daß sie zweifellos einen Wendepunkt in der Geschichte der Aufklärungsarbeit unter Erwachsenen bedeute.

Die Allrussische Konferenz der für die politische Aufklärung Arbeitenden liquidierte endgültig die alte Auffassung, daß die Arbeit unter Erwachsenen rein kulturell, vom lebendigen sozialen Leben isoliert sein müsse.

Anfang November erließ der Rat der Volkskommissare ein Dekret über die Bildung der Hauptstelle für politische Aufklärung mit ihrem aus fünf Personen bestehenden Komitee. Dieses besteht demnach nur aus Kommunisten; zwei davon sind gleichzeitig Mitglieder des Kollegiums des Volkskommissariats für Aufklärung, einer ist Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und ihres organisatorischen Büros. Der Rat der Volkskommissare beteiligt sich von Amts wegen an der Leitung.

Jetzt führt die Hauptstelle für politische Aufklärung die große Arbeit der Vereinigung aller politisch-aufklärenden Bestrebungen der verschiedensten Ressorts und Organisationen durch. Der engste Kontakt mit Gewerkschaften, militärischen Organisationen und mit dem Jugendverbande ist hergestellt. Fortwährend wenden sich die verschiedensten Organisationen mit Anfragen an die Hauptstelle: bald die Jugend der medizinischen Fakultät, bald die Kurse für Allgemeinbildung, bald verschiedene kulturelle Organisationen. Die Hauptstelle wird zum Zentrum der politischen Aufklärung. Noch zu jener Zeit, als sie nur eine Abteilung des Volkskommissariats für Aufklärung war, hatte sie schon die große Arbeit der Liquidation des Analphabetentums, die Organisation von Bibliotheken, von Parteischulen, Agitationsfeldzügen usw. begonnen. In Rußland gibt es Millionen von Menschen, die weder schreiben noch lesen können; der Unterricht dieser Schichten wird in der energischsten Weise durchgeführt. Allenthalben werden unzählige Schulen für Analphabeten eingerichtet, in Petersburg allein gibt es ihrer 500; auch die Ausbildung der Lehrer und die Drucklegung der ABC-Bücher werden eifrig betrieben. Die Parteischulen werden in allen Gouvernements — und in einer Reihe von Provinzstädten mit Internaten (oft für 2—300 Menschen) eingerichtet. Bis zum 1. März 1921 werden wir in jedem Gouvernement 2—3 Parteischulen haben.

Zur Zeit der Lebensmittelkampagne hat die Hauptstelle für politische Aufklärung allenthalben kurzfristige Kurse für Lebens-

mittelwesen eingerichtet; auch die entsprechende Literatur wurde verbreitet und die großzügige Agitation durchgeführt.

Bei dem Mangel an Büchern ist die Sozialisierung der Bücher und die dadurch ermöglichte allgemeine Benützung der Lehrmittel von größter Bedeutung gewesen. Die Zentralisierung des Bibliothekwesens verfolgt gerade dieses Ziel.

Seit der Zeit ihrer Konstituierung hat die Hauptstelle für politische Aufklärung schon viel getan.

Die Bibliothekabteilung hat eine Sammlung von Rezensionen über Bücher wirtschaftlichen Inhalts herausgegeben, auch Verzeichnisse von Büchern dieses Inhalts sind für verschiedene Gebiete ausgearbeitet worden: für Dorf- und Kreisstadtbibliotheken und für städtische transportable Lesehallen.

Auch die Museums- und Exkursionsabteilung hat eine große Tätigkeit entwickelt. Sie richtet jetzt Fabrikmuseen ein, gibt Führer für Exkursionen nach verschiedenen Betrieben und Fabriken der Umgebung Moskaus heraus, ebenso Führer für die wichtigsten Ausstellungen Moskaus (Ausstellungen des Obersten Volkswirtschaftsrats, Ausstellung für Mütter- und Kinderschutz, das Arbeitsmuseum usw.); außerdem organisiert sie gemeinsam mit der wissenschaftlich-technischen Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates Kurse für Exkursionswesen.

Das Vortragsbüro arbeitet Programme für Vorträge über Produktionspropaganda aus, es hat sich mit „Photo-Kino“ und mit anderen Stellen, die Vorträge organisieren, in Verbindung gesetzt.

Die Agitatorische Abteilung bereitet sich auf die Saatkampagne vor. Sie wird durchgeführt nach den Angaben der Volkskommissariate für Lebensmittel und Landwirtschaft.

Auch an der Organisation der Produktionspropaganda nimmt die Hauptstelle für politische Aufklärung teil.

Die Frage der Produktionspropaganda ist jetzt in den Vordergrund getreten. Die kapitalistische Ordnung hat es systematisch vermieden, den Arbeiter für das Resultat seiner Arbeit zu interessieren. Die Früchte der Arbeit genoß der Kapitalist, daher war es dem Arbeiter gleichgültig, wieviel Lokomotiven, wieviel Meter Stoff das Resultat seiner Arbeit sein würden. In der kapitalistischen Epoche interessierte der Arbeiter sich nur für die Dauer der Arbeitszeit, die Intensität der Arbeit, die allgemeinen Arbeitsverhältnisse und für den Arbeitslohn. In seinem Kampfe gegen das Kapital gebrauchte er verschiedene Kampfformen, wie Streik und Sabotage, die gewiß als Kampfmittel wirksam waren, die Produktion aber in sehr negativer Weise beeinflußten. Aber das kümmerte den Arbeiter

in jener Epoche wenig — er war ja nicht interessiert an der Produktion.

Die Oktoberrevolution hat das Proletariat rechtlich zum Herrn aller Fabriken und Werke gemacht, aber noch jetzt herrscht in zurückgebliebenen Schichten der Arbeiterklasse die Psychologie des Lohnarbeiters. In diesen drei Jahren hat das Proletariat sehr viel gelernt, aber der Krieg beanspruchte alle Kräfte für die Front. Die „Sonnabende“ (freiwillige Arbeitsleistungen am Sonnabend nach Schluß der Arbeitszeit) waren das Kennzeichen des Umschwungs in der Psychologie der Arbeitermassen. Jetzt, nachdem der Krieg beendet scheint und das wirtschaftliche Leben in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt ist, haben der Kampf mit dem allgemeinen Verfall und die Frage der Produktionspropaganda eine ungeheure Bedeutung gewonnen. Die Produktionspropaganda bezweckt, die breitesten Schichten der Arbeiter an der Organisation und Verwaltung der Produktion teilnehmen zu lassen. Dieses Hineinziehen der Arbeiter in die Organisation der Produktion macht die Proletarier nicht nur rechtlich, sondern in der Tat zu Herren der Produktion. Die Arbeit an der Reorganisation der Produktion wird die Aenderung in der Psychologie der Arbeitermassen beschleunigen helfen.

Nun hat die Hauptstelle für politische Aufklärung es übernommen, eine allseitige Beleuchtung der Frage der Produktionspropaganda durchzuführen. Ihre Thesen wurden in einer besonderen, vom Zentralkomitee einberufenen Konferenz geprüft und in ihren Grundlagen angenommen. Gegenwärtig hat die Hauptstelle ihren eigenen besonderen Apparat für diese Produktionspropaganda eingerichtet.

Mit dieser Hauptstelle für politische Aufklärung haben das Volkskommissariat für Volksbildung, das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei und das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee ein mächtiges Organ geschaffen, welches, auf die Hauptstellen in der Provinz gestützt, die gesamten politischen Aufklärungsbestrebungen zentralisieren und in die richtigen Bahnen lenken wird.

N. Krupskaja.

Die Allgemeine militärische Ausbildung in Sowjetrußland.

Einleitung.

Die Oktoberrevolution war der Beginn des großen Wachstums der proletarischen Organisation und der höchsten Anspannung der militärischen Kräfte des Proletariats, aber diese Kräfte waren noch ungenügend formiert, um die militärischen Aufgaben der Sowjet-Republik restlos durchführen zu können. Die durch den Klassenkampf vorbereitete Machtergreifung durch das Proletariat, hat dem Bürgertum die Waffen entzogen und sie in die Hände des Proletariats gelegt. Aber diese Waffen sind der Arbeiterklasse nicht dank ihrer militärischen Ausbildung erhalten geblieben, sondern kraft ihrer klassenbewußten Organisation, ihrer revolutionären Begeisterung und Ausdauer und aller jener politischen und sozialen Verhältnisse, die ihr den Sieg sicherten.

Keine revolutionäre Aktion kann mit einem Siege enden, wenn die kämpfende Klasse nicht mit den Waffen umzugehen weiß und die revolutionären Errungenschaften militärisch nicht zu festigen vermag. Die militärische Ausbildung entwickelte sich mit der Verschärfung des revolutionären Kampfes. Diese militärische Ausbildung der revolutionären Massen entstand oft während des heißesten Barrikadenkampfes. Quantität und Qualität der proletarischen bewaffneten Kräfte, der Grad ihrer Ausbildung und Organisiertheit waren immer von Quantität und Qualität der Organisation der Arbeitermassen im revolutionären Moment abhängig. Die Pariser Kommune von 1871, die 72 Tage gedauert hat, hat für die proletarische militärische Organisation sehr wenig getan und damit eine ungenügende Organisation des Proletariats bewiesen; es zeigte sich, daß die Triebkraft der Revolution nur der Klasseninstinkt der französischen Arbeiter und die potentielle revolutionäre Stimmung war. Die russische Revolution von 1905 hatte Arbeiterwehren geschaffen und der Arbeiterklasse die Möglichkeit gegeben, das Kriegshandwerk kennen zu lernen; aber damals war nur der Vortrupp der Arbeiterklasse organisiert, und ihre bewaffnete Macht umfaßte daher auch nur den aktivsten Teil des Proletariats. In der Februarrevolution 1917 trat die Arbeiterklasse mit großen, gut vorbereiteten Kerntruppen in den Kampf, die es auch verstanden haben, die Bauernschaft an sich zu fesseln.

Während der Februarrevolution war nicht nur der Vortrupp der Arbeiter bewaffnet, sondern auch die breiten Massen waren es.

Der Charakter unserer Klassenrevolution erforderte eine besonders gründliche und breite militärische Vorbereitung. Frühere revolutionäre Erfahrungen und der mächtige Schwung der revolutionären Welle in Rußland gaben der bolschewistischen Partei schon am zweiten Tage nach der Februarrevolution die Möglichkeit, jene bewaffnete proletarische Macht zu schaffen, die in den April-, Juli- und Augusttagen die Bourgeoisie an der Durchführung der Konterrevolution hinderte und die im Oktoberaufstande es verstand, die bürgerliche Staatsordnung zu sprengen und die erste Arbeiter- und Bauern-Republik der Welt zu schaffen.

Der Klassencharakter der Räteorganisation bestimmte System und Methoden der allgemeinen militärischen Ausbildung in einem sozialistischen Staate, aber der hartnäckige Bürgerkrieg, der während der Uebergangsperiode den Wirtschaftsaufbau verhindert hatte, hat auch die Sache des militärischen Aufbaus vom vorgezeichneten Wege abgelenkt. Es wurde eine bewaffnete Macht zur sofortigen Abwehr der inneren und äußeren Konterrevolution geschaffen — die Rote Armee, die den wichtigsten Forderungen des Moments entsprechend aufgebaut war.

Das Wachstum der Organisation der Arbeiterklasse und die daraus folgende rasche Bildung einer mächtigen Roten Armee, die Organisation des Hinterlandes und die dadurch erzielte Festigung der revolutionären Errungenschaften haben außer der Vernichtung der wichtigsten Feinde der Räterepublik die Möglichkeit gegeben, das Problem der militärischen Ausbildung in seiner ganzen Breite aufzurollen.

Die durch die Vorherrschaft der Fabriken und Werke auf dem wirtschaftlichen Gebiete verwirklichte Diktatur des Proletariats wurde zur Basis auch der militärischen Ausbildung. Die Verwaltungsstellen der Fabriken und Werke verbinden nach dem System der A. M. A. (Allgemeine militärische Ausbildung) ihre wirtschaftliche Organisation mit der militärischen; von ihnen geht auch das Kommando aus: die wirtschaftliche Organisation vereinigt ihre Rolle mit der Tätigkeit eines militärischen Leiters. Die Verbindung einer wirtschaftlichen Betriebszentrale mit der militärischen bildet eine gesunde Grundlage für die Entstehung einer militärischen Macht, die den Charakter eines proletarischen Aufbaus und einer unmittelbar proletarischen Leitung in der besten Weise sichert.

Die ersten Schritte zur Ausbildung einer militärischen Kraft im revolutionären Rußland waren Anfang 1917 mit der Schaffung einer aus Arbeitern bestehenden Roten Garde getan. Ende 1917, zu Beginn der Entstehung der Roten Armee, waren schon kurzfristige Kurse zur Ausbildung von Artilleristen eröffnet. Im Laufe des ganzen Jahres 1918 geht die Ausbildung von Arbeitern in Fabriken, Werken, Eisenbahn-

zentren unter Leitung von Fabrik-Komitees für militärische Ausbildung vor sich, und im Herbst werden schon aus Arbeitern bestehende Divisionen gebildet. Die Arbeit des Jahres 1919 erfaßt auch die Bauernschaft. Die Rote Armee dieser Periode ist schon eine mächtige, viele Millionen zählende militärische Kraft, einzig dastehend mit ihrem kommunistischen revolutionären Bewußtsein. Nach einer ganzen Reihe von Siegen der Roten Armee, die mit fast völliger Vernichtung der Konterrevolution endeten, ergibt sich die Möglichkeit, die A. M. A. der Grundaufgabe des Sowjet-Aufbaus — dem wirtschaftlichen Aufbau auf sozialistischen Grundlagen unterzuordnen. Der militärische wird ein Teil des wirtschaftlichen Aufbaus der Sowjetrepublik. Es entwickelt sich das Bestreben, ein Räte-Miliz-System zu schaffen. Zur Grundlage der neuen militärischen Organisation wird die gleichzeitige Ausbildung des Rotarmisten und des Arbeitsarmisten. Der Leiter und Organisator der Produktion vereinigt seine Funktionen mit der Tätigkeit des militärischen Organisations- und Kommandeurs. Und da die A. M. A. sich auf die ganze Bevölkerung Sowjetrußlands erstreckt, verwandeln sich die ganze kommunistische Partei, der ganze kommunistische Jugendverband und die Gewerkschaften zu einem Kommando- und Instruktorbestand der A. M. A.

Die Hauptprinzipien dieses militärischen Aufbaus sind, die Möglichkeit einer nutzbringenden friedlichen Arbeit für die Bevölkerung zu schaffen. Die Basis für diese Arbeit sind die einzelnen Fabriken oder Werke, die die umliegende Bauernschaft organisieren können, Stützen der Sowjetmacht in ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht bilden, und die zugleich den Charakter und den Geist der proletarischen Diktatur im militärischen Aufbau sichern. Die großen Industriezentren — die Stadt oder der Rayon — sind Zentralpunkte der allgemeinen militärischen Ausbildung. Die Brigade-, Regiments- und Bataillons-Bezirke mit territorialen, die militärische Ausbildung leitenden Verwaltungsorganen, bilden sich im Zusammenhang mit den Produktionszentren.

Damit die A. M. A. der Grundaufgabe des Sowjetaufbaus — dem wirtschaftlichen Aufbau — dienen und die übrigen Kulturaufgaben der Republik verwirklichen kann, sind die territorialen Stammtruppen sowohl ein Apparat für militärische Ausbildung, eine militärische Organisation für die Bildung von Arbeitsabteilungen und für die Durchführung von wirtschaftlichen Aufgaben, als auch ein Organisations- und Mobilisationsapparat zur Liquidation des Analphabetentums und zum Kampfe gegen die unhygienischen Verhältnisse, gegen die allgemeine Not und das Elend. Die A. M. A. dient ebenfalls der Förderung der körperlichen Entwicklung und der sportlichen Betätigung der breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung, und zwar durch Sportabteilungen, die in großen Städten rayonweise oder in den Fabriken und Werken selbst eingerichtet

sind. Für die Flecken und Dörfer werden solche Sportabteilungen in größeren Ortschaften geschaffen. Der kommunistische Geist wird bei Durchführung der militärischen Ausbildung und Förderung der körperlichen Entwicklung dadurch gesichert, daß kommunistische Abteilungen den territorialen Stammtruppen angegliedert werden.

Die Entwicklung des revolutionären Kampfes gegen die von der Weltbourgeoisie organisierte und unterstützte Konterrevolution hat die Sowjetrepublik in ein Kriegslager verwandelt. Rußland, augenblicklich die einzige proletarische Bauernrepublik der Welt, mußte im Laufe von drei Jahren dem Haß und den fortwährenden Angriffen seiner Feinde Stand halten. Um den Blockadering zu sprengen und die Kräfte des Kapitalismus zu vernichten, mußte Sowjetrußland nicht nur eine Rote Armee schaffen, sondern die ganze Republik buchstäblich in ein großes Heerlager verwandeln, die ganze Bevölkerung zu einem bewaffneten Volk machen. Es ist in diesem Kriegslager zur Devise geworden: jeder Mann, jedes Weib, der Greis und das Kind muß nach Maß seiner Kräfte und Fähigkeiten Sowjetrußland verteidigen lernen, den Wohlstand seines sozialistischen Vaterlandes, die allgemeine revolutionäre Organisation der Arbeit und alle die Mittel zur Verwirklichung einer proletarischen neuen Wirtschaft, einer neuen Gesellschaft und Kultur nach Kräften beschützen. Militärische Kenntnisse, kriegerische Erfahrung und Ausbildung werden in Sowjetrußland hoch geachtet und geschätzt. Jeder Arbeitende im proletarischen Rußland erblickt in der militärischen Ausbildung das einzige Mittel gegen den Feind, den wirksamsten Schutz der friedlichen Arbeit und endlich, die Rettung aus der durch den Krieg geschaffenen Not und Armut. Von dem Tage an, an dem die Vertreter des internationalen Proletariats bei uns in Rußland den Sowjetaufbau kennen gelernt haben, besonders seit dem II. Kongreß der III. Internationale, beginnen auch die Arbeiter der ganzen Welt in der militärischen Schulung und der militärischen Organisation des werktätigen Rußland jene Stütze zu sehen, die dem Proletariat aller Länder helfen wird, die verhaßte kapitalistische Ordnung zu zerstören und ein neues Leben auf der Grundlage der Brüderlichkeit und Freiheit aufzubauen.

Das Wesen der A. M. A.

Ein Staatsbürger Sowjetrußlands sein, — das bedeutet erstens, sich aller Aufgaben seines sozialistischen Vaterlandes bewußt zu werden, und zweitens, sich in politischer, kultureller und physischer Hinsicht so vorzubereiten, daß den Fähigkeiten, Neigungen und Kräften entsprechend jeder Staatsbürger sich der Verteidigung seiner proletarischen Heimat, ihrer sozialen Wohlfahrt und der Schaffung eines kultivierten, freudigen und

schönen Lebens widmen kann. Dazu gehört auch die Bereitschaft, dem Proletariat der ganzen Welt bei der Niederwerfung des Kapitalismus und bei der Er kämpfung der Sowjetordnung zu helfen.

Damit die Anstrengungen der Sowjetmacht und aller Arbeiter und Bauern beim Aufbau im ganzen Lande nicht vergeblich bleiben, ist es notwendig, einen solch starken Schutz zu errichten, daß ihn keine feindliche Kraft niederwerfen kann. Doch darf dieser Schutz nicht nur zu einer Last für das ganze Land werden, sondern er muß im Gegenteil den kommunistischen Aufbau erleichtern. Daher hat der IX. Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei beschlossen, in Zukunft die Kriegsmacht Rußlands so zu organisieren, daß Arbeiter und Bauern von ihrer täglichen Arbeit und Beschäftigung nicht abgelenkt und nicht in Kasernen untergebracht werden. Eine solche Organisationsform der militärischen Kräfte unserer Republik ist (bei unbedingter Voraussetzung, daß diese Kräfte an dem kommunistischen Aufbau teilnehmen) — das Sowjet-Miliz-System.

Aufgaben der A. M. A.

Die Hauptaufgabe der A. M. A. ist somit die Verwandlung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in ein militärisch organisiertes und bewaffnetes Volk. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind notwendig: militärische Organisation, leibliche und geistige Gesundung der Kräfte aller Werktätigen, politische Erziehung und militärische Ausbildung, Entwicklung der Fähigkeit, zu jeder Zeit und in allen Dingen gemeinsam und organisiert zu handeln, Erziehung zu einem festen, hartnäckigen, und auf soziale Ziele gerichteten Willen, Festigung des Charakters, kommunistische Aufklärung und Bildungsarbeit in den breitesten Schichten und Verbreitung sozial nützlicher Methoden für das Arbeitsleben. Nur dann wird das Leben aller Arbeitenden des freiesten Volkes der Welt würdig sein.

I.

Der Weg zur Verwirklichung.

Militärische und werktätige Ausbildung.

Die Aufgabe der A. M. A. wird gelöst erstens durch die Jugendausbildung, zweitens durch den elementaren militärischen Unterricht nach dem 96stündigen Programm, drittens durch die kurze Einberufung in

die Schulen der A. M. A. für die Dauer von 28 Tagen, viertens durch mehrere ebenfalls kurzfristige Einberufungen in dieselben Schulen und zu den Manövern, und fünftes durch Absolvierung eines Kurses in organisatorisch-methodischen Schulen und durch die praktische Uebungszeit für die aktiveren und befähigteren Jünglinge und Mädchen der arbeitenden Bevölkerung.

a) Die Jugendausbildung.

Diese Ausbildung umfaßt Kinder, Jünglinge und Mädchen, angefangen mit dem 8. Lebensjahr. Durch sie soll der Jugend dieses Alters die Möglichkeit gegeben werden, sich zu gesunden, gewandten, willenskräftigen Menschen mit starkem sozialem Gemeinschaftssinn zu entwickeln. Dies wird erreicht durch kollektive Spiele, kollektive freie Bewegungen, durch allgemeine sportliche Uebungen und Betätigung der Jugend bei der Ausführung wirtschaftlicher Arbeiten zu gemeinnützigen Zwecken.

Gleichzeitig mit der leiblichen Schulung wird das Lesen und Schreiben gelehrt und werden die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Kenntnisse vermittelt. Die Kinder werden zur Mitarbeit an der Hebung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen angeleitet, die Möglichkeiten des kommunistischen Aufbaues werden ihnen gezeigt und politisch bewußte Teilnahme an der Einrichtung der Sowjetrepublik und ihrer Verteidigung geweckt.

Die körperliche und geistige Ausbildung der Altersklassen vom 8. bis zum 14. Jahre wird nach besonderen, vom Obersten Rat für Physische Kultur der Republik ausgearbeiteten Programmen durchgeführt. Die Ausbildung der 14- bis 16jährigen und die der 16- bis 18jährigen richtet sich nach anderen Programmen. Das Programm wird sowohl während der Schulstunden als auch in der freien Abendzeit durchgeführt. Die Uebungen der jüngeren und mittleren Stufen werden in den Sportabteilungen der A.M.A. abgehalten. Mit dem Programm der körperlichen Schulung und der vorbereitenden militärischen Ausbildung verbindet sich das 180stündige Programm des elementaren Schulunterrichts für Kinder, die weder lesen noch schreiben können, und das 96stündige Programm des politischen Unterrichts.

b) Der militärische Unterricht.

Das Ziel des militärischen Unterrichts ist die allgemeinbildende, politische, militärisch-theoretische Vorbereitung bis zum Alter von 18 Jahren, die Vorbereitung des körperlich gestärkten und gestählten Jünglings zum Soldaten der Sowjetrepublik.

Anschließend an das Programm der körperlichen Uebung und der Jugendausbildung haben wir das 96stündige Programm des militärischen Unterrichts. Es lehrt die Jünglinge und Mädchen die Handhabung der Waffen und die Fähigkeit, in Reih und Glied zu handeln. Der militärische Unterricht nach dem 96stündigen Programm wird im Laufe von anderthalb Monaten täglich, mit sonntäglichen Wiederholungen, in den militärischen Uebungsabteilungen durchgeführt; die Uebungsplätze sind so gelegen, daß die Jugend, um sie zu erreichen, höchstens eine Stunde zu gehen hat.

c) Die ergänzende Einberufung.

Das Ziel der ergänzenden Einberufung ist: Einprägung der nach dem 96stündigen Programm erworbenen militärischen Kenntnisse und der allgemein-politischen Bildung, taktische Vorbereitung zu Aktionen innerhalb militärischer Formationen, Schaffung der militärischen Disziplin sowohl für Kriegs- als auch für Arbeitszwecke und für die Verwirklichung aller möglichen staatlichen Aufgaben der Sowjetrepublik.

Zu ergänzenden Uebungen werden die 18jährigen und, in der Uebergangszeit zum Milizsystem, die 17jährigen einberufen, die das 96stündige Programm schon durchgenommen haben. Die ergänzende Ausbildung findet in Schulen der A. M. A. statt, die die alten Kasernen für immer unnötig machen. Der theoretische und praktisch-militärische, soziale und politische Kursus wird im Laufe von 28 Tagen nach dem 280stündigen Programm durchgenommen.

Die Aneignung des Programms der ergänzenden Einberufung wird durch Abhaltung eines Manövers geprüft, das sich dem 28tägigen Aufenthalt in der A. M. A.-Schule unmittelbar anschließt; das zweite Allrussische Manöver, das gleichzeitig auf dem ganzen Territorium Sowjet-Rußlands vorgenommen wird, findet am 30. Mai, an dem traditionellen Festtage der A. M. A., statt.

II.

Militärische und werktätige Ausbildung von Instruktoren.

Das Sowjet-Milizsystem ist eine Organisation der arbeitenden Bevölkerung zur Ausführung von militärischen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Aufgaben des Staats mit Unterstützung der Russischen Kom-

munistischen Partei, des Russischen Kommunistischen Jugendverbandes, der Gewerkschaften und aller staatlichen Organe; außerdem bedeutet es eine Militarisierung der Bevölkerung zum Zwecke der Ausbildung eines kollektiven Willens für kollektive Aktionen.

Um diese Ziele zu erreichen, werden besondere Instruktoren ausgebildet, die als Träger aller Bestrebungen der Republik auf militärischen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gebieten anzusehen sind.

Die Ausbildung dieser Instruktoren wird erreicht durch eine planmäßige Organisation von Schulen nach folgenden Prinzipien:

- a) der technischen Ausbildung,
- b) der konsequenten Durchführung der Programme,
- c) des Abwechslens einer jeden Unterrichtsetappe mit dieser oder jener praktischen Übung,
- d) der Festsetzung bestimmter praktischer Übungszeiten für alle Arten von Schulen.

Die Schulen der A. M. A. sind Laboratorien, in denen Unterrichtsmethoden ausgearbeitet werden, die durch militärische, wirtschaftliche, kulturelle und politische Aufgaben der Republik vorgezeichnet sind.

a) Schulen des obersten Kommandos.

(A. M. A.-Schulen 1ter Stufe.)

Die Aufgabe dieser Schulen besteht in der Ausbildung einzelner Instruktoren und in der Weiterbildung der befähigteren Kursteilnehmer zu Gehilfen der Kompanieführer. Um diese Schulen mit politisch aufgeklärten, befähigten und gut vorgeschulten Jünglingen zu beschicken, werden zur Zeit der Vorübungen die besten Schüler ausgewählt und mit den Funktionen von Gehilfen der entsprechenden Instruktoren betraut. Außerdem werden bei der Vorübung und während des militärischen Unterrichts aus den aufgeklärtesten und aktivsten Jünglingen Musterabteilungen gebildet, und zwar je eine Musterabteilung auf drei militärische Einheiten. Die Schulen der Musterabteilungen werden hauptsächlich aus Mitgliedern des kommunistischen Jugendverbandes gebildet. Auch die Aeltesten werden aus dem kommunistischen Bund gewählt.

Das Programm dieser Schulen ist ein viermonatliches. Es wird in der Zeit von 800 Stunden verwirklicht und gewährt eine gute Ausbildung für Instruktoren und Kommandeure, nicht nur für das militärisch-technische Kommando, sondern auch für die politisch-organisatorische Arbeit und für die Leitung der wirtschaftlichen Arbeiten der Sowjet-Republik. Solche Schulen existieren in jedem der 93 Regimentsbezirke der Republik.

b) Organisations- und Instruktor-Kurse für Sport und für militärische Vorbildung.

(A. M. A.-Schulen 2ter Stufe.)

Die Aufgabe der Kurse besteht darin, Befehlshaber und Instruktor militärischen und wirtschaftlichen Charakters auszubilden, — Agenten der staatlichen Gewalt für die Durchführung aller Maßnahmen der Regierung auf dem militärischen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gebiete. Das Programm dieser Kurse verbindet die Allgemeinbildung mit der politischen, militärischen und wirtschaftlich-organisatorischen Ausbildung und ist nicht nur auf die Vermittlung theoretischer Kenntnisse, sondern auch auf die praktische Ausbildung berechnet; daher gliedert sich der Kursus in einen theoretischen und in einen praktischen Teil. Der praktische Teil wird durch Unterricht der jüngeren Altersklassen und durch Uebungen mit ihnen verwirklicht. Nach Beendigung der Kurse wird die Praxis in Fabriken, Werken und in Sowjetwirtschaften erworben.

c) Die Hochschulen.

Die Aufgaben der Hochschulen für körperliche militärische Ausbildung bestehen außer in der politischen Aufklärung in der Ausbildung von obersten Befehlshabern und Organisatoren für die Kriegs- und Arbeitsfronten und von obersten Agenten der Sowjetmacht auf militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gebieten. Nur die befähigtesten Zuhörer der A. M. A.-Schulen 2ter Stufe werden in diese Hochschulen aufgenommen.

d) Massenausbildung von Instruktor.

Gleichzeitig mit der Ausbildung von Instruktor in den Schulen findet eine Massenausbildung von Gehilfen der Unterinstruktor statt, — auf dem Wege der Bildung von mustergültigen militärischen Einheiten. Ebenso werden Kommunisten, Mitglieder der Gewerkschaften und des Kommunistischen Jugendverbandes für höhere, leitende Posten ausgebildet, ohne daß sie ihren täglichen Unterricht in Schulen und Kursen zu unterbrechen brauchen.

e) Ausbildung der unteren militärischen Befehlshaber in allgemeinen Schulen.

Die Ausbildung der unteren und mittleren militärischen Befehlshaber wird in allen allgemeinen, technischen und höheren Lehranstalten und

in allen Schulen der 2ten Stufe durch die Einführung militärischen Unterrichts für Theorie und Praxis in das Programm dieser Schulen ermöglicht; für die Ausbildung eines Zugführers sind 240 Stunden und zwei Monate Praxis vorgesehen, für die eines Kompagnieführers 300 Stunden und 6 Monate Praxis.

Die Organisation der A. M. A.

Die A. M. A. gliedert die ganze Republik organisatorisch in Regimentsbezirke. Jeder Bezirk umfaßt ein bis zwei Gouvernements, und eine oder mehrere Produktionsstellen, je nach Zahl, Dichtigkeit und Beschäftigungsart der Bevölkerung. Die Organe der Regimentsbezirke leiten die ganze Arbeit der Allgemeinen Militärischen Ausbildung. Der Regimentsbezirk gliedert sich in Bataillonsbezirke und diese wieder in Kompagnie- und Zugbezirke. Einige Regimentsbezirke zusammengekommen bilden einen Militärischen Bezirk der A. M. A. Die Kreisverwaltungen umfassen 4—15 Gouvernements und umfassen gegenwärtig Gebiete, die mit den jetzt existierenden Militärischen Bezirken übereinstimmen. Die Bataillonsbezirke sind der dritte Teil des Gebiets eines Regimentsbezirks; ein Kompagniebezirk der neunte, ein Zugbezirk der 27. Teil. Jeder Kompagniebezirk hat militärische Uebungsplätze, die auf eine Entfernung von 5 Werst von einander entfernt sind. Es gibt augenblicklich 28 000 solcher Uebungsplätze.

An der Spitze eines jeden Bezirks steht der Hauptmann. Die obersten Posten werden durch Kommunisten besetzt, die die mittleren oder höheren Kurse der A. M. A. durchlaufen haben. Auch alle anderen verantwortlichen Stellen werden von Kommunisten eingenommen.

Die militärisch ausgebildete Bevölkerung eines jeden Regimentsbezirks muß zur Kriegszeit drei Infanterieregimenter zu je drei Bataillonen stellen, zu deren Formierung schon im Frieden ein territoriales Infanterieregiment bereit steht. An seiner Spitze steht ein Hauptmann. In diesem Regiment machen die militärpflichtigen Staatsbürger ihre regelmäßigen Uebungszeiten durch, um die erhaltene militärische Ausbildung zu erneuern und zu festigen.

Zum Zwecke der körperlichen Ausbildung der Bevölkerung gibt es Abteilungen für Körperkultur. Die physische Ausbildung der Jugend wird durch Abteilungen der Bezirke unter Zuhilfenahme von Instruktoren für physische Ausbildung, für Sport und für Jugendbildung durchgeführt. Die Gehilfen dieser Instruktoren sind die Aeltesten des Glieds, der Abteilung, des Zuges, der Kompagnie usw.

Augenblicklich werden Stammtruppen besonderer Waffengattungen (artilleristische, kavalleristische, technische usw.) ausgebildet. Für die Jugendausbildung sind Sportplätze in Städten und Industrierayons vor-

gesehen. Einstweilen, solange die Sportplätze auf dem Lande noch nicht eingerichtet sind, findet die Jugendausbildung auf den Übungsplätzen der A. M. A. statt. Die Sportabteilungen bestehen aus der Schule der A. M. A., die eigentlich Anstalten für Körperkultur und Sport sind, aus einem Sport- und Spielplatz und aus Abteilungen für Wasser-, Ski- und Eislaufübungen. Auch die früheren Sportgesellschaften und Klubs gehören jetzt zu diesen Sportabteilungen; ihre Aufgabe ist es, aus ihren Mitgliedern Instruktoren für Körperkultur und Sport auszubilden. An der Spitze einer Sportabteilung steht eine staatliche Behörde — der Sowjet, zusammengesetzt aus dem Leiter der administrativ-wirtschaftlichen Abteilung, dem politischen Leiter und dem Instruktor-Organisator für physische Kultur. Außer der staatlich-politischen Behörde muß auch ein selbständig gewählter Verwaltungsrat bestehen, der die Kulturarbeit und Tätigkeit aller zur Sportabteilung gehörenden Organisationen, Behörden und Institutionen leitet. Das ganze System der militärischen Ausbildung, der Jugenderziehung und der Körperkultur, auch die ganze Arbeit der Einführung des Milizsystems wird verwirklicht durch die Hauptverwaltung der A. M. A.

Die nächsten Aufgaben der A. M. A.

Die A.M.A. nimmt ihre Aufgaben in Angriff nach dem Prinzip der „Stoßaufgaben“. Der Rätestaat ist gegenwärtig durchaus ein Staat der Werktätigen, der diejenigen Aufgaben in den Vordergrund stellt, die durch den Gang der Entwicklung zu den dringendsten Problemen des Augenblicks geworden sind. Die A.M.A. sucht ihre Arbeit stets denjenigen grundlegenden Aufgaben anzupassen, die die Sowjetmacht im gegebenen Moment für die wichtigsten ansieht.

Die grundlegende, unmittelbare Aufgabe der A. M. A. ist die Organisation der militärischen Kräfte der Republik nach dem territorialen Milizsystem. An Stelle der alten regulären Armee mit ihrem Kasernengeist und der heute wirkenden Roten Armee, müssen Milizarmee und Milizflotte geschaffen werden, welche im Frieden nur unbedeutende Stammtruppen haben, die zur Deckung der Grenzen und für den inneren Sicherungsdienst verwendet werden; zur Kriegszeit aber steht das ganze Volk bewaffnet da, zum Schutze des Friedens und der friedlichen Arbeit. Diese Grundaufgabe wird durch die A. M. A. augenblicklich nur in den Grenzen des Möglichen durchgeführt, die durch den Krieg, den Sowjetrußland mit den Verteidigern und Agenten des internationalen Imperialismus und Kapitalismus führen muß, gegeben sind. Gleichzeitig damit muß die A. M. A. eine ganze Reihe anderer Aufgaben lösen, die die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Landes in den Vordergrund stellen.

Eine dieser wichtigsten und nächstliegenden Aufgaben ist der Kampf mit dem Analphabetentum. An dieser Arbeit beteiligt sich die A. M. A.

mit ihrer ganzen Organisation, mit ihrem gesamten Verwaltungs-, Wirtschafts- und Unterrichtsapparat. Jede Mobilmachung zum Zwecke der Jugendausbildung und des militärischen Unterrichts wird auch zu einer Mobilmachung gegen das Analphabetentum. Jeder Jüngling, dem das militärische ABC beigebracht wird, muß auch das gewöhnliche ABC lernen. Zu diesem Zweck ist der Allrussischen Außerordentlichen Kommission für die Liquidation des Analphabetentums auch ein Vertreter der A. M. A. beigegeben.

Die andere Aufgabe der A. M. A. ist die Organisation der Arbeitsfront. Eine gerechte und zweckmäßige Verwertung der vielen Millionen von Kräften für die produktive Arbeit wird nur durch eine entsprechende Organisation erreicht. Sie muß so aufgebaut sein, daß die Arbeitskraft ökonomisiert und die größte Präzision der Produktion erreicht wird. Die genaueste Kenntnis aller Kräfte muß als Grundlage dienen. Die Mobilisation und planmäßige Organisation aller Kräfte muß mit den Grundzügen des Sowjetaufbaus in Uebereinstimmung gebracht werden. Dazu sind Instruktooren erforderlich, die wirtschaftliche, militärische und alle andern Aufgaben des Staates verwirklichen können, während die territorialen Stammtruppen der A. M. A. jedesmal, wenn es die Umstände erfordern, die Arbeitsabteilungen zusammenzustellen haben. Diese Organisation der Arbeitsabteilungen wird nach Plänen durchgeführt, die von der A. M. A. gemeinsam mit den Arbeitskomitees ausgearbeitet sind.

Ferner hat die A. M. A. die Aufgabe, gegen die elementaren sozialen Nöte zu kämpfen. Solche Nöte können durch eine schnelle, energische Wirksamkeit planmäßig organisierter Massen beseitigt werden; einen solchen Massenkampf kann nur die A. M. A. mit ihrem die ganze Bevölkerung umfassenden Apparat durchführen. Auch die Leiter für diesen Kampf kann nur die A. M. A. stellen.

Daher müssen die örtlichen Organe der A. M. A. im voraus ohne solche Nottfälle wie Waldbrand, Explosionen, Ueberschwemmungen, Epidemien, Viehseuchen usw. abzuwarten, gemeinsam mit örtlichen Behörden Maßnahmen zur Bekämpfung etwa vorkommender schwerer Unglücksfälle ausarbeiten.

Eine der wichtigsten Aufgaben der A. M. A. ist augenblicklich die Einbeziehung der arbeitenden Frau in das Militärwesen. Bisher sind 50 Prozent der arbeitenden Kräfte für die Zwecke der Verteidigung und für den Angriff gegen den Kapitalismus nicht verwandt worden. Die A. M. A. hat die Frage der Rolle der Frau im Militärwesen aufgeworfen, und der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat sie mit seinem machtvollen Wort unterstützt. Jetzt wird die Frau zur Arbeit bei der militärischen Ausbildung herangezogen. Zu diesem Zweck hat sich die A. M. A. mit der Frauenabteilung der Russischen Kommunistischen Partei in Verbindung

gesetzt und Maßnahmen getroffen, damit 16—18 jährige Mädchen an sportlichen Uebungen und an Gymnastik teilnehmen können. Arbeitende Frauen von über 18 Jahren müssen durch die Arbeitsabteilungen rayonweise als Freiwillige zu der A. M. A. weitgehend herangezogen werden, zur Ausbildung auf verwaltungstechnischem, militärisch-wirtschaftlichem und sanitärem Gebiet; auch die Arbeit im Verbindungsdienst und die Ausbildung mit Handfeuerwaffe und Maschinengewehr soll ihnen ermöglicht werden.

Gemeinsame Arbeit der A. M. A. mit Parteiorganen und andern Institutionen.

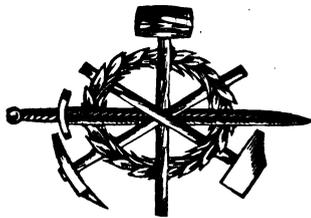
Die ungeheure, die ganze arbeitende Bevölkerung Sowjetrußlands umfassende Arbeit der A. M. A. wird mit unmittelbarer Unterstützung von Parteiorganen der Russischen Kommunistischen Partei, des Kommunistischen Jugendverbandes mit allen ihren Abteilungen: Abteilung für die Arbeit auf dem Lande, den Frauenabteilungen usw., mit Unterstützung der Regierungsbehörden durchgeführt. Es ist bereits gesagt worden, worin die Arbeit der Parteiorganisation und des Kommunistischen Jugendverbandes auf dem Gebiete der allgemeinen militärischen Ausbildung besteht. Sie haben die ganze politische Arbeit in den Bezirken der A. M. A. zu leisten. Diese Arbeit wird von politischen Leitern geführt, die von diesen Organisationen für die Tätigkeit in Sportabteilungen, in der Jugendausbildung usw. bestimmt werden. Die politische Arbeit wird in noch weiterem Umfange von kommunistischen Keimzellen geleistet, deren Netz die viele Millionen zählende Masse der Jugend überziehen muß. Ueber die Bedeutung der gemeinsamen Arbeit mit dem Volkskommissariat für Aufklärung und mit dem für Arbeit ist auch bereits gesprochen worden. Es bleibt hinzuzufügen, daß die Arbeit auf dem Gebiete der körperlichen Kultur unter Kontrolle von ärztlichen Fachleuten für physische Kultur geführt wird; sie werden von den Ortsabteilungen für Volkshygiene zu den Kommissionen der Sportabteilungen abkommandiert, an denen sich außerdem Pädagogen und Vertreter der A. M. A. beteiligen.

Einfluß der A. M. A. auf das Leben und seine Formen.

Aus allem Gesagten ist ersichtlich, daß die A. M. A. mit dem ungeheuren Umfang ihrer, die Ausbildung der Verteidiger Sowjetrußlands vorbereitenden und durchführenden, Arbeit Geist und Körper der Millionenmasse der Bevölkerung stärken, mit sozialer Not und Zerfall kämpfen, die Fehler und Sünden des Lebens ausgleichen und dem Menschen eine neue breite Bahn ebnen soll. All das wird sich in den allgemeinen Verhältnissen widerspiegeln. Die heranwachsende Generation

über das bisherige Niveau erhebend, gibt sie ihr einen besseren Begriff über die Rolle des Staatsbürgers in der kommunistischen Gesellschaft. Auf diese Weise wird die A. M. A. zum besten Kampfmittel gegen die besonders in der Uebergangszeit und bei dem wirtschaftlichen Verfall stark verbreitete Spekulation. Fernerhin beseitigt die A. M. A. in ihrem Kampfe gegen die Unwissenheit der Massen in deren Bewußtsein tief eingeprägte Vorurteile, Vorurteile sowohl ideologischer Natur wie solche über den menschlichen Körper und seine Funktionen. Sowohl die städtische als auch die Dorfjugend zu Sport und Gymnastik anfeuernd, lehrt die A. M. A. dadurch die Jugend, den Körper zu achten und sich seiner nicht zu schämen, sondern im Gegenteil in ihm die größte Offenbarung der Schönheit zu erblicken. Alle Arten von Sport: Reiten, Schwimmen, Rudern, Ski-, Eis- und Schnellauf pflegend, führt die A. M. A. die beschleunigte Bewegung in den Rhythmus der Arbeitenden ein. Diese Ausbildung wirkt auch auf den Geist zurück, verleiht ihm Frische und Aktivität und beschleunigt immer mehr den Fortschritt unserer Epoche, die berufen ist, das Jahrtausende alte Bestreben der Menschen nach gerechtem und glücklichem Leben auf der Erde zu verwirklichen.

N. Podwoisky.



Der internationale Rat der Roten Gewerkschaftsverbände

Amsterdam, Moskau, London.

Die tiefe, breite Massen der europäischen Arbeiterschaft ergreifende Gärung hat auch die Krise in der internationalen Gewerkschaftsbewegung aufs äußerste zugespitzt. Schon während des Krieges hatten die Sozialpatrioten jeder Koalition versucht, eine eigene Gewerkschaftsinternationale zu gründen; diese Versuche haben aber, wie bekannt, zu keinem Resultat geführt. Kaum war der Krieg zu Ende, da machten sich unter dem Druck der Massen die chauvinistischen Spitzen der Gewerkschaften an die Wiederherstellung der durch den Krieg und ihren eigenen Verrat zerstörten Internationale. Zu diesem Zwecke wurde im Februar 1919 eine Konferenz nach Bern einberufen, die die Vorarbeit für den internationalen Kongreß der Gewerkschaften in Amsterdam leisten sollte.

Dieser Kongreß trat Ende Juli zusammen. Er legte den Grundstein zu jener Organisation, die unter dem Namen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale bekannt geworden ist. Unter den am Bau des neuen Gebäudes beschäftigten Maurern finden wir alte Bekannte — die Hurra-Patrioten aller Länder, deren Wirksamkeit während des ganzen Krieges darin bestand, die Arbeiter in stumme, willfährige Werkzeuge des vaterländischen Kapitals zu verwandeln. Der Kongreß war in dieser Hinsicht, wie auch in jeder anderen, ein getreues Spiegelbild der II. Internationale, deren Unglück darin besteht, daß sie sich aus vielen Chauvinisten und wenigen Sozialisten zusammensetzt.

Der nationale Gesichtspunkt störte die gemeinsame Arbeit un-
ausgesetzt. Die belgischen und französischen Verbände — die

Sieger — forderten von den Besiegten, d. h. den deutschen und österreichischen Verbänden, ein Bekenntnis ihrer Schuld, während sie selbst fortfuhren, ihre eigene Position für einwandfrei zu halten; hatten sie doch nur für „Zivilisation, Kultur und Demokratie“ gekämpft. Hinter der Maske der höflichen und leeren Phrasen verbarg sich der niedrigste und allzu nationalistische Wesenskern, so daß man bei der Lektüre der leblosen, kalten und gedrechselten Protokolle dieses Kongresses von tiefem Widerwillen ergriffen wird.

Der Vertreter Belgiens greift an, der Vertreter Deutschlands verteidigt sich, während die G o m p e r s , J o u h a u x und A p p l e t o n , diese Lakaien ihrer Regierungen, die Rolle der Sachverständigen und Richter in der Frage spielen, ob die Taktik der deutschen Gewerkschaftsverbände der internationalen Solidarität entsprochen habe oder nicht. Sassenbach nimmt das Wort und erklärt in sehr behutsamen Ausdrücken: „Die deutschen Gewerkschaften haben zu jeder Zeit anerkannt, daß Belgien schweres Unrecht zugefügt wurde . . . Es war unsere feste Ueberzeugung, daß es sich für Deutschland um einen Verteidigungskrieg handelte . . . Hätte die deutsche Arbeiterschaft die Auffassung gewinnen können, daß Deutschland der angreifende Teil sei, so hätte sie sich zweifellos mit allen Mitteln dem Kriege widersetzt . . .“ Nachdem er ferner auf die beiderseitige schlechte Information hingewiesen hatte, die als Hauptursache einer Reihe von Fehlern anzusehen sei, schloß Sassenbach seine Rede folgendermaßen: „Alles, was geschah, ist in der Auffassung geschehen, dem Lebensinteresse des deutschen Volkes zu dienen, ohne damit ein Unrecht gegen die Arbeiterschaft der anderen Länder zu begehen und ohne damit gegen unsere internationalen Verpflichtungen zu verstoßen“. Diese Erklärung ruft einen Sturm der Entrüstung unter den deutschen Delegierten hervor, ein Teil der Delegation desavouiert Sassenbach und der Kongreß nimmt folgende Resolution an: „In der Erwägung, daß die vornehmste Aufgabe des Internationalen Gewerkschaftskongresses der Wiederaufbau der gewerkschaftlichen Internationale ist, damit Vorkommnisse, wie sie sich vor und während des Krieges ereignet haben, sich nicht mehr wiederholen können — nimmt der Kongreß Kenntnis von der Erklärung, die am Schluß der Beratung

im Namen der deutschen Delegation abgegeben worden ist, konstatiert das darin zum Ausdruck gebrachte Bedauern und geht zur Tagesordnung über“.

Diese Resolution sollte die Politik der verbündeten Patrioten rechtfertigen und zugleich die Politik der deutschen Patrioten verurteilen. Aber kaum war die Amsterdamer Komödie beendet, als die deutsche Generalkommission eine Entscheidung veröffentlichte, in der es hieß, daß sie „jede Verantwortung für die Erklärung Sassenbachs ablehne“.

Die alliierten Sozialpatrioten, diese würdigen Versailles-Epigonen, hatten nun ihren deutschen Kollegen eine heuchlerische Erklärung abgerungen. Trotzdem unterließen sie es nicht, den Deutschen ihre Niederlage auf Schritt und Tritt fühlbar zu machen; sie ließen die Wahl Legiens nicht einmal zum zweiten Vizevorsitzenden zu, obwohl er zehnmal mehr taugt als Jouhaux und Appleton zusammengenommen. Daraufhin lehnt Legien jede Teilnahme am Präsidium ab. Die alliierten Sozialpatrioten boten dem Leiter der österreichischen Gewerkschaftsverbände, Hüber, die Teilnahme am Präsidium der Amsterdamer Internationale an. Hüber lehnte aus Solidarität mit den Deutschen mit der Erklärung ab, sie hätten zusammen gelitten und müßten deshalb auch zusammenhalten.

Ohne diese nationalistische Rauferei beizulegen, nahm der Kongreß eine Resolution über die Beteiligung an der Konferenz in Washington und über die Sozialisierung an. Die Sozialisierungskommission schlug folgende, vom Kongreß bestätigte Resolution vor, die es verdient, in vollem Wortlaut angeführt zu werden:

„Die Kommission ersucht den Kongreß, seiner Meinung dahin Ausdruck zu geben, daß die vom Kriege verschärfte Desorganisation entstanden ist aus der Unfähigkeit des Kapitalismus, die Produktion so zu organisieren, daß sie das Wohlsein der Volksmassen sichert.

In Anerkennung der großen Arbeit, die durch die Aktion der Gewerkschaften für die Arbeiter im allgemeinen und für die Organisierten im besonderen geleistet ist, erklärt der Kongreß, erwägend, daß die Gewerkschaften die Vorbedingung sowie die Grundlage für die Verwirklichung der Sozialisierung sind, daß es notwendig ist, die Bestrebungen und die Aktion des Prole-

tariats aller Länder zu richten auf die Sozialisierung der Produktionsmittel.

Zu diesem Zweck beauftragt der Kongreß das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes, alle Dokumente zu sammeln und fortwährend zu ergänzen, welche dazu beitragen können, die Kenntnis der erfolgten Sozialisierung der Produktionsmittel irgend eines Industriezweiges in den Ländern, wo sozialisiert worden ist, zu vermitteln. Das Resultat ist zur Kenntnis der angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen zu bringen.

Die Kommission ersucht den Kongreß jedoch, darauf hinweisen zu wollen, daß durch Sozialisierung der Produktionsmittel das allgemeine und persönliche Wohlbefinden für alle und überall nur zu sichern ist bei einer normalen und wissenschaftlich organisierten und fortschreitenden Entwicklung der Produktion.

Die Kommission ist der Meinung, daß nur unter dieser Voraussetzung eine Sozialisierung zweckdienlich und möglich sein wird.“ *)

Aus dieser Resolution ist viel Interessantes zu lernen, vor allen Dingen, — daß der Sozialismus keine schlechte Sache sei, wenn er „normal und wissenschaftlich“ organisiert wird, daß er eine sehr ernsthafte Sache sei, und daß man daher mit dieser Sache äußerst vorsichtig umgehen müsse. Aber der Kongreß, der sich anmaßt, die Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt zu leiten, weiß nichts Wesentlicheres zur Sozialisierungsfrage zu sagen, als daß man die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf diese Frage „lenken“ müsse, und daß die internationale Föderation der Gewerkschaftsverbände zu beauftragen sei, „erst einmal das Material zu sammeln“. Der Kongreß vergaß nur eine Kleinigkeit zu sagen, nämlich wie die von ihm in Aussicht genommene Sozialisierung verwirklicht werden solle. Darüber hatte er nichts zu sagen; denn alle Phrasen über gemeinsame Arbeit der Klassen waren schon erschöpft, und die Arbeiter wollten nichts mehr davon wissen. Man mußte seine Lossagung vom Kampf für den Sozialismus in die gelehrten Worte von der „sich progressiv entwickelnden Produktion“ geschickt hineinschuggeln. Das ist mit der diesen Herren eigenen Fingerfertigkeit geschehen. Und damit ja niemand glauben könne, die Internationale Föderation

*) S. „Korrespondenzblatt“ Nr. 32 v. 9. August 1919.

habe auf dem Gebiete der Durchführung des Sozialismus kriegsrische Absichten, wurde sie vom Kongreß beauftragt, „Material zu sammeln“. Es ist also klar, daß nicht eine Organisation des revolutionären Klassenkampfes, sondern bestenfalls — ein neuer Briefkasten geschaffen worden ist. Der Charakter der Passivität und der Ablehnung des Klassenkampfes drückt sich auch in den Statuten aus.

Das Programm der Internationalen Föderation der Gewerkschaftsverbände ist nach den Satzungen folgendes:

a) Austausch der für die Arbeiterbewegung wichtigen Nachrichten.

b) Sammlung und Verarbeitung einer einheitlichen Statistik.

c) Einführung und Durchführung wechselseitiger Unterstützung.

d) Unterstützung der gewerkschaftlichen Agitation in den zu der Föderation gehörenden Ländern, auf Grund eines Ersuchens der entsprechenden gewerkschaftlichen Zentralstellen.

e) Vermittlung bei Unstimmigkeit innerhalb der Bewegung.

f) Unterstützung der Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung in Ländern, die sich nicht an die Föderation angeschlossen haben.

g) Materialsammlung über die soziale Gesetzgebung in allen Ländern und Förderung der Bestrebungen zur Besserung und Verwirklichung der sozialen Gesetzgebung aller Länder.

h) Regulierung der Emigration im Interesse der gewerkschaftlichen Verbände.

i) Schließung gegenseitiger Verträge im Interesse der Verbandsmitglieder zur Regulierung der Frage eines Übergangs aus dem Verbands des einen Landes in den entsprechenden Verband eines anderen Landes.

k) Herausgabe einer internationalen Revue.

Den Verfassern dieses Tätigkeitsprogramms scheinen selbst einige Zweifel an seinem zeitgemäßen Charakter aufgestiegen zu sein; denn sie fügten noch einen Absatz hinzu, der sich: „Das Ziel der Internationalen Föderation der Gewerkschaftsverbände“ nennt.

Was ist nun dieses Ziel? Nach der Meinung der Leiter der internationalen Gewerkschaftsbewegung muß das detaillierte Aktionsprogramm (man bedenke: nach den unerhörten Verwüstungen des Krieges und nachdem die soziale Revolution unzweifelhaft begonnen hat) folgendermaßen lauten:

1. Unterstützung der beigetretenen Organisationen in ihren Interessen und Bestrebungen auf nationalem und internationalem Boden.

2. Unterstützung der nationalen und internationalen gewerkschaftlichen Bewegung in Ländern, die sich der internationalen Vereinigung noch nicht angeschlossen haben.

3. Förderung einheitlicher Aktionen in allen allgemeine gewerkschaftliche Interessen berührenden Fragen.

4. Kampf mit dem internationalen Streikbrechertum.

5. Beschaffung von Mitteln zur Verwirklichung obengenannter und anderer gewerkschaftlicher Ziele, die ihren Ausdruck in anderen Paragraphen dieser Statuten finden.“

Das ist alles, was die Herren Legien, Jouhaux, Appleton, Qudegeest, Torberg und andere Leiter der westeuropäischen Gewerkschaftsverbände über die Aufgaben der Gewerkschaftsverbände und ihres internationalen Stabes zu sagen wußten. Wie ist es möglich, daß sich als Resultat zweier Konferenzen und Beratungen der bedeutendsten gewerkschaftlichen Köpfe Europas und Amerikas dieses sonderbare Aktionsprogramm ergeben hat? Es ist zu beachten, daß die Statuten die Frage des Sozialismus vorsätzlich umgehen. Das Wort „Sozialismus“ wird nicht einmal erwähnt und die Satzungen sind so aufgebaut, daß man sie für die Satzungen einer x-beliebigen internationalen Sportgesellschaft oder eines internationalen Verbandes zur Bekämpfung der asiatischen Cholera halten könnte. Dieses farblose Programm kennzeichnet am besten den ideellen Verfall der Gewerkschaftsbewegung aller Länder. In der Tat, was hätten wohl Leute, die sich in ihren eigenen Ländern auf die Arbeitsgemeinschaft eingelassen hatten, über Sozialismus und Klassenkampf sagen können? Was hätte Legien, der der geistige Vater der paritätischen Arbeitsgemeinschaften ist, über

Klassenkampf sagen können? Was hätte der frühere revolutionäre Syndikalist und gegenwärtige Lakai aller französischen Regierungen, der Sekretär der Allgemeinen Arbeiter-Föderation — Leon Jouhaux — über Revolution und revolutionären Kampf sagen können? Leute, die bei sich zu Hause einer so ehrbaren Tätigkeit oblagen, konnten natürlich nichts anderes zuwege bringen, als eine internationale Gesellschaft für Kaninchenzucht oder einen Briefkasten.

Nachdem sie also diese merkwürdige Institution ins Leben gerufen hatten, traten die Gewerkschaftshäupter, wie wir wissen, an die Frage heran, ob sie an der vom Völkerbund nach Washington einberufenen Konferenz teilnehmen sollten. Der Kongreß beschloß, an der Konferenz teilzunehmen, aber nur unter der Bedingung, daß auch die Vertreter der Gewerkschaftsverbände der besiegten Länder zugelassen würden. Die Konferenz in Washington (Oktober 1919), einberufen in Uebereinstimmung mit einem Paragraphen des Versailler Vertrages, war, wie bekannt, aus Vertretern der Regierungen, der Unternehmerschaft und der Arbeiterschaft zusammengesetzt. Weshalb nahmen die Gewerkschaftsverbände an dieser Konferenz teil? Die Erklärung dafür finden wir in einem der Beschlüsse der französischen Allgemeinen Konföderation der Arbeit; da die französischen Sozialpatrioten die Taktik der Arbeitsgemeinschaft der Klassen sehr „dezent“ auszudrücken und ihren Verrat mit den hübschesten Phrasen zu bemänteln verstehen, überlassen wir diesen begabten Verteidigern der Amsterdamer Internationale das Wort. Als das Exekutivkomitee der Konföderation Jouhaux als Vertreter für die Washingtoner Konferenz und Dumoulin, Bidgare, Lenoir und Jeanne Bouvier als seine „technischen Beiräte“ wählte, nahm es eine lange Resolution an, in der es unter anderem heißt:

„Ohne auf die durch unseren Vertreter in der Arbeitskommission der Friedenskonferenz formulierte Kritik zu verzichten und ohne die Politik der Ausgestaltung des Friedensvertrages von Versailles im Einverständnis mit anderen nationalen Arbeiterorganisationen aufzugeben, geht die Allgemeine Konföderation der Arbeit nach Washington mit dem festen Willen zur Verwirklichung einer inter-

nationalen Arbeitsorganisation, die auf proletarischen, durch die Internationale Konferenz der Gewerkschaftsverbände in Berlin zum Ausdruck gebrachten Forderungen beruht.

Getreu den Prinzipien, die von verschiedenen Konferenzen während der Kriegszeit aufgestellt worden sind und ihren endgültigen Ausdruck in Bern gefunden haben, erklärt die französische proletarische Organisation sich für die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Arbeitsbedingungen in der ganzen Welt, der Realisierung eines Minimums von Gerechtigkeit und Garantie für die Arbeiter. (Gesperrt v. Verf.)

„Das in der Internationale organisierte Proletariat erklärt, daß die Aufstellung dieses Prinzips die notwendige Voraussetzung eines dauernden Friedens ist. Es kann kein Gleichgewicht in der ganzen Welt geben, wenn die Arbeiter aller Länder nicht die gleichen Rechte genießen und sich in gleicher Lage befinden“.

„Dies sind die Grundsätze, in denen die gewerkschaftlichen Zentralstellen der verschiedenen Länder übereinstimmen und auf die sich die Allgemeine Konföderation der Arbeit in Washington stützen wird. Indem es seine Vertreter auf diese Konferenz schickt, ist das französische Proletariat nicht willens, mit Vertretern der Regierung oder der Unternehmerschaft in Verbindung zu treten; es drückt nur den klaren Willen der Arbeiter der ganzen Welt aus, aktiv teilzunehmen, eine entscheidende Rolle zu spielen, eine stete und wirksame Kontrolle der Funktionen des neuen internationalen Organismus auszuüben“.

„Andererseits vergißt das französische Proletariat nicht, daß die Internationale Organisation der Arbeit einen untrennbaren Teil des Völkerbundes bildet, den es gemeinsam mit dem Proletariat der ganzen Welt für eine zwingende Notwendigkeit hält, und der dank den Bemühungen aller Völker und der organisierten Arbeitermassen allen militärischen und ökonomischen Konflikten ein für allemal ein Ende machen kann“.

„Die Internationale Konferenz in Washington stellt den ersten Versuch des Völkerbundes dar. Deshalb können die Arbeiter sie nicht übersehen; es ist für sie eine Genugtuung, daß die gestern

noch feindlichen Länder zugelassen wurden, und daß es den Arbeitern gelungen ist, ihre Ansichten durchzusetzen, die sich richten auf das Ziel einer Realisierung der Versöhnung aller Völker durch gemeinsame Tätigkeit auf dem Boden des Fortschritts, der Gerechtigkeit des Friedens“.

„Die Allgemeine Konföderation der Arbeit wird im Einverständnis mit der Arbeiter-Internationale für die Anerkennung der Rechte der Arbeit in der ganzen Welt und für die Aktionsfreiheit aller Proletarier wirken — darunter auch des russischen Proletariats —, die der Gedanke an die Befreiung der internationalen Arbeit einigt.“

Vielen Unsinn haben die Leiter der Allgemeinen Konföderation der Arbeit während der ganzen Kriegszeit zusammengeredet; aber diese Anhäufung von leeren Phrasen übertrifft alles Dagewesene. Offen und durchaus unzweideutig wird hier die Verbindung mit dem Völkerbund und den gewerkschaftlichen Verbänden aufgedeckt, wobei der Liga mehr Tugenden zugeschrieben werden, als der größte Heuchler beider Erdhälften, Wilson, jemals hoffen konnte.

Der „Sieg“ der Amsterdamer Internationale über den Völkerbund, der in der prinzipiellen Zulassung der deutsch-österreichischen Gewerkschaftler zur Konferenz von Washington bestand, erwies sich als problematisch: die Organisatoren der Konferenz drehten die Sache so, daß es dem nach Washington strebenden Legien ganz unmöglich war, hinzukommen; das Prinzip der Gleichheit war aber gewahrt und die „Arbeiterklasse hatte ihre „Genugtuung“ gehabt. Die Konferenz von Washington hat, wie bekannt, ein langes Programm der Arbeitsgesetzgebung ausgearbeitet, wobei die ganze Mechanik der Konferenz darauf hinauslief, daß die Länder mit kürzerer Arbeitszeit die Arbeiter und Unternehmer der zurückgebliebenen Länder mit dem gleichen Segen beglücken wollten. Das einzige fühlbare Resultat der Washingtoner Zungenverwirrung war die Schaffung des Internationalen Arbeitsbüros, das im Januar 1920 zustande kam. Seine endgültige Zusammensetzung ist folgende:

Unternehmer: Gerin (Frankreich), Madusorbank

(England), Nodasch (Tschechoslowakei), Schindler (Schweiz), Karlie (Belgien), Pirelli (Italien), — alles Großunternehmer und Leiter wirtschaftlicher Organisationen.

Gewerkschaftliche Verbände: Jouhaux (Frankreich), Oudegeest (Holland), Stuart Bening (England), Torberg (Schweden), Legien (Deutschland) und noch ein weiterer Gewerkschaftler aus Australien, — alles bewährte Gegner des Klassenkampfes und Lakaien ihrer Regierungen.

Neutrale Regierungen: Baron Major de Planch (Italien), Sir Malkolm Develing (England), Graf de Esa (Spanien), Nagajaka (Japan), Rufenacht (Schweiz), Sokal (Polen), Prof. Mageim (Belgien), De Olveor (Argentinien), Dr. Leimann (Deutschland), Bedel (Dänemark).

Dieses internationale Gesindel, das sich angeblich zusammengeschlossen hat, um die Arbeiter mit Wohltaten zu beglücken, wählte zum Direktor des Etablissements Albert Thomas, der es sich zur Spezialität gemacht hat, die sozialistischen Prinzipien in den Schmutz zu treten.

Womit beschäftigt sich das Internationale Arbeitsbüro, worin bestehen seine Funktionen? Es ist bekannt, daß es im Januar 1920 beschloß, eine Kommission nach Rußland zu entsenden, der die Amsterdamer Internationale einen Delegierten begeben sollte. Das Arbeitsbüro berief eine Marine-Konferenz nach Genua ein, die vom 15. Juni bis zum 15. Juli 1920 tagte und, wie bekannt, mit einem Großen Skandal endete, als die Vertreter der englischen Seeleute die Entfernung der deutschen forderten. Die Arbeit eines ganzen Monats hatte selbst vom Standpunkt der Allgemeinen Konföderation der Arbeit kein wünschenswertes Resultat, denn der achtstündige Arbeitstag wurde mit 48 gegen 25 Stimmen abgelehnt... Man mußte zwei Drittel der Stimmen haben, sagt der offizielle Bericht der Konföderation der Arbeit; es fehlte „nur eine Stimme“, fügt er trübsinnig hinzu. Das Internationale Arbeitsbüro beschäftigt sich außerdem mit Materialsammlung, Herausgabe von Büchern über soziale Gesetzgebung usw., wobei sich das Büro, wie Albert

Thomas in der Versammlung in Berlin mitteilte, auf die Gewerkschaftsverbände stützt. Um sich darüber klar zu werden, was dieses Büro, dessen Direktor nur 220 000 Fr. (1 Million Mark) im Jahre bezieht, leistet, lassen wir eine konservative französische Zeitschrift sprechen. Sie schreibt am 25. September 1920:

„Das Arbeitsbüro schützt die Arbeiter, indem es ihnen sogar in jenen Ländern, in denen ihre Organisation noch unvollkommen entwickelt ist, das Existenzminimum und menschliche Arbeitsbedingungen sichert; es schützt die Arbeiter vor der nationalen Reaktion, entwickelt die soziale Gesetzgebung und ist bestrebt, den Arbeitern alle Vorteile auf friedlichem Wege zu verschaffen, d. h., ohne die Leiden, die Arbeitsstörungen nach sich ziehen würden.“

„Den Unternehmern sichert die Internationale Arbeitsorganisation noch größere Vorteile, denn in den meisten Industrieländern könnten die Arbeiter die Vorteile erzwingen, die ihnen vom Büro geboten würden. Außerhalb einer soliden internationalen Organisation hätten aber die Unternehmer keinerlei Mittel, den zerstörenden Folgen jener Zugeständnisse zu entgehen, die die Arbeiter imstande sind, ihnen zu entreißen. Wenn morgen diese Organisation aufhört zu existieren, so werden die Unternehmer vielmehr darunter leiden, als die Arbeiter“.

(Gesperrt vom Verfasser).

„Um wirklich international zu sein, muß sich das Arbeitsbüro auf andere Organisationen ähnlichen Charakters stützen. Die Arbeiterinternationale existiert (Der Autor meint die Amsterdamer Internationale A. L.), die Internationale der Unternehmer beginnt, sich zu bilden. In den letzten Monaten läßt sich eine Bewegung konstatieren, die den Zweck hat, die Unternehmer zusammenzufassen; aber das Internationale Arbeitsbüro braucht etwas viel Umfassenderes: die internationale Solidarität und den internationalen guten Willen der Völker und Regierungen. Und jene Worte sind keine Boutade, die Albert Thomas einmal dem belgischen König gesagt hat: „Hoheit, die Internationale der Arbeiter unterstützt mich,

die Internationale der Unternehmer unterstützt mich, ich appelliere an die Internationale der Könige.“ *)

Es scheint uns, daß dieser Charakteristik des Internationalen Arbeitsbüros nichts mehr hinzuzufügen ist. Die gute Nase des bürgerlichen Journalisten hat die für den Unternehmerstandpunkt starke Seite dieses Büros gewittert, das unter Mitwirkung der Amsterdamer Internationale geschaffen wurde, und das bis heute die Leiter der Amsterdamer Föderation der Gewerkschaftsverbände (Jouhaux, Oudegeest, Legien, Torberg u.a.) zuseinen aktiven und einflußreichen Teilhabern zählt. Als ich während der Unterhandlungen mit dem norwegischen Sekretariat der Gewerkschaftsverbände auf diese verbrecherische Verbindung hinweisen mußte, antwortete mir der Vorsitzende des Sekretariats, Lian: „Die Teilnahme dieses oder jenes Führers am Internationalen Arbeitsbüro ist eine Privatangelegenheit.“ Darauf sagte ich: „Würden norwegische Arbeiter es als eine Privatsache Lians ansehen, wenn er sich mit der Herstellung falscher Münzen befassen würde? Offenbar — nein! Warum will er also, daß wir es als eine Privatangelegenheit der Leiter der internationalen Gewerkschaftsbewegung auffassen, wenn sie die Herstellung falscher politischer Münzen betreiben?“ Meinen Vergleich fand man „äußerst grob und taktlos.“

* * *

Das Fehlen einer kampffähigen Gewerkschaftsinternationale hat die russischen Gewerkschaftsverbände und die revolutionären Elemente anderer Länder gezwungen, die Frage der Organisation einer wirklichen Gewerkschaftsinternationale aufzuwerfen. Die Initiative ging von den Russen aus. Der erste Schritt in dieser Richtung war der Aufruf des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften vom 10. Oktober 1919 aus Anlaß der Washingtoner Konferenz; er enthielt den Vorschlag, ein neues Zentrum für die revolutionären Gewerkschaftsverbände zu schaffen. Nachdem die III. Allrussische Gewerkschaftskonferenz den Anschluß an die Kommunistische Internationale beschlossen hatte, mußte es allen revolutionären

*) Ich zitiere „L'Humanité“ v. 25. Septbr. 1920.

nären Elementen Europas klar werden, daß der Abgrund zwischen Amsterdam und den russischen Gewerkschaften ebenso tief ist, wie der Abgrund zwischen der II. und der III. Internationale. Der Aufenthalt englischer, italienischer, bulgarischer, französischer und serbischer Gewerkschaftsvertreter in Rußland (Sommer 1920) stellte die Frage auf eine praktische Basis; nach einer Reihe von Unterredungen wurde eine vorläufige Vereinbarung getroffen, deren wichtigste Punkte besagen,

1. daß es Pflicht der Arbeiterklasse ist, die Vereinigung aller organisierten Kräfte zu einer mächtigen revolutionären Klassenassoziation herbeizuführen, die imstande ist, eng verknüpft und Seite an Seite arbeitend mit der Organisation des internationalen kommunistischen Proletariats, alle Kräfte freizulegen für den endgültigen Sieg der sozialistischen Revolution zur Verwirklichung der Welt-Räterepublik;

2. daß die besitzenden Klassen alle Maßnahmen ergreifen, um den Befreiungskampf der Ausgebeuteten zu ersticken;

3. daß der Diktatur der Bourgeoisie als entscheidende Maßnahme in der Übergangszeit nur die Diktatur des Proletariats gegenübergestellt werden kann, die allein fähig ist, den Widerstand der Ausbeuter zu brechen und die Errungenschaften der proletarischen Macht zu sichern und zu stärken;

4. daß die Amsterdamer Internationale Föderation der Gewerkschaftsverbände ihrem Programm und ihrer Taktik nach unfähig ist, den Triumph der obengenannten Prinzipien zu erkämpfen und den Sieg der proletarischen Massen in allen Ländern durchzuführen. Daher hat die Konferenz beschlossen:

a) die Taktik des Austritts aus den existierenden Gewerkschaftsverbänden den fortgeschrittenen revolutionären Elementen nicht zu empfehlen. — Sie müssen vielmehr alle Maßnahmen ergreifen, um die mit der Bourgeoisie zusammenarbeitenden Opportunisten auszuschließen;

b) innerhalb der Gewerkschaften der ganzen Welt eine methodische Propaganda für den Kommunismus zu entfalten und zu diesem Zwecke in jeder Organisation kommunistische Keimzellen zu bilden;

c) ein internationales Kampfkomitee zu schaffen zur Umgestaltung der Gewerkschaftsbewegung in diesem Sinne. Dieses Komitee funktioniert als Internationaler Rat der Gewerkschaftsverbände im Einverständnis und in enger Fühlung mit dem Exekutivkomitee der III. Internationale, unter Bedingungen, die vom III. Kongreß der Kommunistischen Internationale festzusetzen sind.

Die neu geschaffene internationale Organisation der revolutionären Gewerkschaften hat sich nicht auf diese Deklaration beschränken können; sie hat die Ziele formuliert, um derentwillen sie entstanden ist. In den vorläufigen Statuten sind sie folgendermaßen ausgedrückt:

1. Breite Propaganda und Agitation für die Ideen des revolutionären Klassenkampfes, der sozialen Revolution, der Diktatur des Proletariats und der revolutionären Massenaktionen zum Zwecke der Niederwerfung des kapitalistischen Systems und des bürgerlichen Staates.

2. Kampf gegen den die internationale Gewerkschaftsbewegung zersetzenden Krebschaden der Verständigungspolitik mit der Bourgeoisie, die von der Hoffnung auf friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus genährt wird.

3. Organisierung der klassenbewußten revolutionären Elemente der internationalen Gewerkschaftsbewegung und Durchführung eines entschiedenen Kampfes gegen das Internationale Arbeitsbüro des Völkerbundes und gegen Programm und Taktik der Amsterdamer Internationalen Föderation der Gewerkschaftsverbände.

4. Aufnahme der Initiative zu internationalen Aktionen aus Anlaß wichtiger Ereignisse auf dem Gebiete des Klassenkampfes, Durchführung von Subskriptionen zugunsten der Streikenden in bedeutenden sozialen Konflikten usw.

5. Sammlung von Daten, Zahlen und Dokumenten, die die internationale Gewerkschaftsbewegung charakterisieren und Information aller dem Internationalen Rat angegliederter Organisationen über die Lage in den verschiedenen Ländern.

6. Herausgabe von Büchern und Flugschriften, die die Frage der internationalen Gewerkschaftsbewegung behandeln.

Es genügt, die Statuten der Amsterdamer Internationale mit denen des Internationalen Rates der Gewerkschaftsverbände zu vergleichen, desgleichen die in Bern und Amsterdam angenommenen Resolutionen mit denen von Moskau, um den durchlaufenden Gegensatz der Ziele und Programme, der Aufgaben und taktischen Maßnahmen dieser beiden internationalen Vereinigungen zu konstatieren. Die Epoche, die wir jetzt durchleben, duldet keine Zweideutigkeiten und Unklarheiten. Aber gerade auf diesen zweifelhaften Tugenden scheint das ganze Programm und die Tätigkeit der Amsterdamer Internationale aufgebaut zu sein. Den Gegensatz der beiden Organisationen hat der Internationale Rat der Gewerkschaftsverbände in seinem ersten, am 1. August 1920 veröffentlichten Aufruf hervorgehoben, in dem es unter anderem heißt:

„Die Bourgeoisie ist nicht nur stark durch ihr Klassenbewußtsein, ihre Organisation und ihr tiefes Verständnis für den sich entwickelnden internationalen Klassenkampf, sie ist es vor allen Dingen durch die Zurückgebliebenheit und die mangelnde Klassenerziehung breiter Massen; ganz besonders aber durch den Umstand, daß sie sich in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter auf Arbeiterorganisationen stützen kann. Das ist zwar eine Ungeheuerlichkeit, aber eine Tatsache.

Der neue Generalstab der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, die schon zirka 8 Millionen Mitglieder umfaßt, beginnt seine Tätigkeit damit, daß er sich an die Verbände der ganzen Welt mit der Aufforderung wendet, sich loszusagen von denen, die eine verbrecherische Verständigungspolitik mit der Bourgeoisie treiben und sich unter das Banner eines rücksichtslosen Klassenkampfes für die Befreiung der geknechteten Menschheit zu stellen.

Nicht den Frieden, sondern das Schwert bringt der Internationale Rat der Gewerkschafts- und Produktionsverbände der Bourgeoisie aller Länder; damit ist das Wesen unserer Tätigkeit streng begrenzt. Unser Programm ist — gewaltsame Niederwerfung der Bourgeoisie, Aufrichtung der Diktatur des Proletariats, unerbittlicher Kampf im internationalen und nationalen Maßstabe und enge, unlösliche Verknüpfung mit der Kommunistischen Internationale.

Wer der Ansicht ist, daß die Arbeiterklasse die soziale Frage auf dem Wege der Unterhandlungen und Verständigung mit der Bourgeoisie lösen kann, wer glaubt, daß die Bourgeoisie alle Produktionsmittel dem Proletariat gutwillig übergeben werde, wenn es über die parlamentarische Mehrheit verfügt, wer annimmt, daß die Verbände in der Periode der größten Umwälzung der alten Verhältnisse, wo über das Schicksal der ganzen Welt entschieden wird, „neutral“ bleiben können, wer in der Periode eines grausamen Bürgerkrieges, dessen Zeugen wir sind, den sozialen Frieden predigt, den —, mögen es alle jene Häupter der gewerkschaftlichen Organisationen wissen — den betrachten wir als unseren Klassenfeind! Wir werden gegen die Führer und gegen die von ihnen geschaffenen Vereinigungen einen unerbittlichen Krieg führen.

Der Internationale Rat der Gewerkschafts- und Produktionsverbände und die Amsterdamer Föderation der Gewerkschaftsverbände stehen auf entgegengesetzten Seiten der Barrikade. Auf der einen Seite ist die Barrikade der sozialen Revolution, auf der anderen — die Barrikade der sozialen Reaktion. Einem Proletarier, einem ehrlichen Revolutionär, wird die Wahl nicht schwer fallen.“

Diese klare und scharfe Fragestellung konnte natürlich jenen nicht gefallen, die alle heiklen Fragen der internationalen Arbeiterbewegung auszugleichen suchen. Und als Antwort auf diesen ersten Aufruf erschien eine von Appleton, Jouhaux, Mertens, Fimmen und Oudegeest unterzeichnete Erklärung, in der diese würdigen Herren behaupten: 1. daß es einen Internationalen Rat der Gewerkschaftsverbände überhaupt nicht gäbe, daß das nur Betrug sei; 2. daß die anonymen Verfasser des Manifestes — bewußte Lügner oder elende Stümper seien; 3. daß die Internationale Föderation der Gewerkschaftsverbände vom Völkerbund und vom Internationalen Arbeitsbüro unabhängig sei; 4. daß die Föderation den Völkerbund gezwungen habe, den deutschen und österreichischen Arbeitern die gleichen Rechte zu versprechen, die die Arbeiter der anderen Länder genießen; 5. daß die Föderation den österreichischen Arbeitern in ihrer furchtbaren Not geholfen habe; 6. daß sie Ungarn den Boykott erklärt habe; 7. daß sie sich gegen den Transport von Munition für Polen erklärt habe;

8. daß die Föderation der Gewerkschaftsverbände in Amsterdam gegen jede Diktatur sei, von welcher Seite sie auch ausgehen möge, und daß sie der aus politischen Motiven hervorgehenden Moskauer Zersplitterungs-Tendenz gegenüber die proletarische Parole aufrecht erhalte: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ *)

Wäre der Internationale Rat der Gewerkschaftsverbände ein Bluff, so würden so würdige Herren wie Jouhau schwerlich ihre Zeit für den Kampf gegen solche Fiktionen vergeuden. Der Internationale Rat der Gewerkschaftsverbände ist genau so eine Fiktion, wie die Gewerkschaftsbewegung in Rußland, Italien, Bulgarien, Südslawien, in der Tschechoslowakei und Rumänien, wie die revolutionäre Klassenbewegung in Frankreich, Deutschland, Amerika usw., er ist genau so eine Fiktion wie die III. Kommunistische Internationale und die sich mit elementarer Gewalt entwickelnde soziale Revolution. Er ist das Produkt einer revolutionären Zeit, einer tiefen Gärung der gewerkschaftlich organisierten Massen und ihrer wachsenden Unzufriedenheit mit der verräterischen Politik der alten Gewerkschaftsführer. Nicht umsonst spitzt sich jetzt in allen Ländern die Frage zu: Moskau oder Amsterdam? Wenn man diese geographischen Begriffe in die Sprache des Klassenkampfes übersetzt, so heißt das: Für oder gegen die soziale Revolution? Für oder gegen die Diktatur des Proletariats? Verneinen wollen, daß sich in allen Ländern weite Schichten von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern erheben, die schon durch die bloße Tatsache ihres revolutionären Kampfes in Gegensatz zu Amsterdam geraten, verneinen wollen, daß die Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern eine tiefe Krisis durchlebt, daß ein Land nach dem anderen, ein Verband nach dem andern sich auf den Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes stellt und eben dadurch die ganze Politik der Klassengemeinschaft solcher Apostel wie Appelton, Legien, Jouhau u. a. lächerlich macht, nicht sehen wollen, daß der Internationale Rat der Verbände sich auf diese ungeheure revolutionäre Bewegung und auf die sich revolutionierenden Gewerkschaften aller Länder stützt, — das alles nicht verstehen und nicht sehen wollen, dazu gehört Mut, der Mut der Verzweiflung.

*) S. „Korrespondenzblatt“ vom 2. Okt. 1920.

Der Internationale Rat der Verbände wird beschuldigt, daß er die Internationale Föderation grundlos verdächtigt habe, mit dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeitsbüro unter einer Decke zu stecken. Es stellt sich heraus, daß die Amsterdamer Internationale „unabhängig“ ist und mit diesen beiden Organisationen zur Übertölpelung der Narren in keinerlei verwandtschaftlicher Beziehung steht. Wir haben schon gesehen, in welchem Grade diese Behauptung richtig ist, aber wir können noch zwei Tatsachen anführen, die die Wechselbeziehungen zwischen dem Arbeitsbüro und den Leitern der gegenwärtigen europäischen Gewerkschaftsbewegung charakterisieren. Der Kongreß der Gewerkschaftsverbände in Orleans (25. Sept.) hat eine Resolution angenommen, in der die Teilnahme der allgemeinen Konföderation der Arbeit an dem Internationalen Arbeitsbüro des Völkerbundes gutgeheißen wird. Im Oktober 1920, als Albert Thomas in Berlin war, gab er auf einer Versammlung der „Freien“, Hirsch-Dunckerschen und christlichen Verbände einen Bericht über das Büro. Der offizielle Vertreter der Alldeutschen Vereinigung gewerkschaftlicher Verbände, Kogen, erklärte in seiner Antwort auf die Rede Thomas: „Die Unterstützung des Internationalen Arbeitsbüros durch die gewerkschaftlichen Verbände Deutschlands versteht sich von selbst.“

Man kann den Völkerbund natürlich so oft man will verleugnen, man kann von edler Entrüstung bebende Manifeste verfassen, aber die Tatsachen sind grausam, die Verbindung zwischen dem Völkerbund und der Internationalen Föderation der Gewerkschaftsverbände in Amsterdam ist festgestellt. Die von Leitern der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Bewegung gemeinsam mit den Unternehmern geschaffene Organisation zum Betrüge der Arbeiter aller Länder trägt den Namen: Internationales Arbeitsbüro. Das zu diesem Zwecke nötige Geld erhält man vom Völkerbund. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Herr Albert Thomas, der Leiter dieser Institution, 220 000 Franken Jahresgehalt bezieht. Ist es möglich, daß französische, englische, amerikanische Kapitalisten solche Summen aus purer Herzensfreundschaft für Legien, Jouhaux, Oudegeest, usw. zahlen?

Die Internationale Föderation der Verbände behauptet, um

ihre Mitwirkung an der Washingtoner Konferenz zu rechtfertigen, daß sie den Völkerbund gezwungen habe, den österreichischen und deutschen Arbeitern dieselben Rechte, die die Arbeiter anderer Länder haben, zu „versprechen“. Es ist sehr möglich, daß Jouhaux, Appleton u. a. die Herren Clemenceau, Lloyd George und Wilson „gezwungen“ haben, die gleichen Rechte zu „versprechen“; aber man muß schon unglaublich einfältig sein und die Ereignisse vorsätzlich übersehen wollen, um den Versprechungen des Völkerbundes zu glauben, man muß den Versailler Frieden, diesen ungeheuerlichen Raubzug des sogenannten Völkerbundes, die furchtbaren Lasten, die er dem deutschen Volk auferlegt, absichtlich vergessen, um den traurigen Mut zu haben, sich offen vor Arbeitern mit Versprechungen, die man erhalten hat, zu brüsten.

Appleton, Jouhaux, Oudegeest und Fimmen behaupten ferner, daß sie zum Boykott des weißen Ungarns aufgerufen und sich gegen Munitionstransporte für das weiße Polen erklärt hätten. Das ist richtig. Aber wie läßt sich folgende Tatsache erklären? Räte-Ungarn wurde im August 1919 vernichtet, der Aufruf zum Boykott gegen die ungarische Reaktion erschien erst 1920, also 8 Monate nach dem Siege der ungarischen weißen Garden. Waren wirklich so viele Monate nötig, um die tragische Lage der ungarischen Arbeiter zu begreifen? Mußte man warten, bis zehntausende ungarischer Proletarier ihr Blut vergossen hatten, ehe man eine internationale Aktion einleitete? Natürlich — nein! Wenn die Internationale Föderation der Gewerkschaftsverbände in Amsterdam so lange geschwiegen hat, so geschah das deshalb, weil ihre Führer vom Schlage Jouhaux und Appleton, die ihre eigene Regierung unterstützten, moralisch an dem ungarischen Schrecken mitschuldig waren; sie sind erst dann aufgetreten, als sie ihrem eigenen Proletariat die Lage nicht mehr verschweigen konnten, als selbst die Steine zu reden begannen von den Verbrechen der ungarischen „Schwarzen Hundert“. Zudem wurde der Boykott schon nach zwei Wochen wieder aufgehoben. Er war eine leere und obendrein verspätete Geste, obschon diese Leistung der Jouhaux, Appleton und anderer Sozialpatrioten gebilligt werden muß. Was aber Rußland betrifft, so wäre es besser gewesen, wenn die Leiter der Inter-

nationalen Föderation der Gewerkschaftsverbände die Frage garnicht erst aufgeworfen hätten, wie sie dem kämpfenden russischen Proletariat geholfen haben. Solchen Worten, denen keinerlei Taten folgen, legen wir im allgemeinen keine große Bedeutung bei; aber selbst was Resolutionen, Aufrufe, Manifeste, was die Agitation für die russische Revolution betrifft, so ist von dieser Stelle nichts getan worden.

Endlich erklärt die Amsterdamer Antwort kategorisch, daß J o u h a u x , L e g i e n , O u d e g e e s t , F i m m e n u. a. gegen die Diktatur kämpften, von welcher Seite sie auch ausginge. Nicht so geschwind, meine Herren! Bisher haben wir nicht bemerkt, daß Sie gegen die Diktatur der Bourgeoisie gekämpft hätten. Wir hätten gerne gewußt, wo sich ein solcher Kampf abgespielt hat. Es würde uns sehr interessieren, wenn Sie die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen aller Länder darüber aufklären wollten, wann, wo und wie J o u h a u x , L e g i e n , A p p l e t o n und ihre Anhänger gegen die Diktatur der Bourgeoisie gekämpft haben. Von diesem Kampfe gegen die Diktatur der Bourgeoisie weiß niemand etwas; wohl aber weiß man..., daß diese Herren eine heilige Allianz zwischen Kapital und Arbeit gegründet und damit die moralische Verantwortung für das internationale Gemetzel auf sich genommen haben; man weiß, daß sie Träger der Politik des sozialen Friedens sind, d. h. der Erhaltung der bürgerlichen Diktatur. Somit sind Ihre Beteuerungen, gegen alle Diktaturen zu sein, nichts als Heuchelei. Sie sind nur gegen die Diktatur des Proletariats, meine Herren, und wer gegen die Diktatur des Proletariats ist, der ist für die Diktatur der Bourgeoisie.

Die Leiter der Amsterdamer Föderation haben das äußerst charakteristische Bestreben, nicht nur als Sozialisten, sondern als revolutionäre Sozialisten zu gelten. So erklärte der Sekretär der Föderation, Fimmen, in einem von ihm kürzlich in Prag erstatteten Bericht (s. „Freiheit“, 15. Oktober 1920):

„Unsere Internationale ist revolutionär und sozialistisch, nicht nur in Worten, sondern in Wirklichkeit, und daher hat man uns in Washington geachtet... Jetzt kämpft die von den Lasten des

Krieges befreite Arbeiterklasse für die Sozialisierung der Produktionsmittel. Wir sind schon so stark, daß wir einen entstehenden Krieg durch einen internationalen Streik unterbinden können. Wir wollen den Sozialismus, aber da muß man sich organisieren und jene Arbeitermassen sozialistisch erziehen, die im Kriege neu entstanden sind. Eine Revolution kann nicht gemacht werden und sich nicht halten durch Leute, die weder lesen noch schreiben können, sie wird nur durch ein kultiviertes und diszipliniertes Proletariat möglich. Unsere internationale Arbeit wollen wir gemeinsam mit den russischen Genossen machen, wir kämpfen für die Aufhebung der Blockade gegen Sowjet-Rußland, reichen unseren russischen Kameraden die Hand und sind bereit, bei ihnen zu lernen; aber bis jetzt haben die russischen Genossen unseren Händedruck noch nicht erwidert, sie haben uns wiederholt beleidigt, sie wollen unserer Internationale nicht beitreten, sie wollen sie vernichten. Bis jetzt haben wir geschwiegen, aber wenn man uns zum Kampfe zwingt, so müssen wir ihn schweren Herzens aufnehmen“. Diese Eröffnungen Fimmens sind äußerst interessant. Sie geben uns den Schlüssel zum Verständnis des gegenwärtigen reformistischen Gewerkschaftswesens. Die Sozialisierung der Produktionsmittel ist natürlich eine sozialistische Parole; aber mit guten Parolen ist, wie mit guten Vorsätzen, der Weg zur Hölle gepflastert. Die ganze Frage hängt davon ab, wie die Sozialisierung zustande kommen soll: auf dem Wege der Verständigung mit der Bourgeoisie oder auf dem Wege ihrer Niederwerfung? Und auf diese grundlegende Frage gibt die gesamte Tätigkeit der Internationalen Föderation der Arbeit nur eine Antwort: „Die Sozialisierung der Produktionsmittel kann das Resultat einer Verständigung mit der Bourgeoisie sein“, — während sie, unserer Meinung nach, nur durch eine gewaltsame Niederwerfung der Bourgeoisie und durch die Diktatur des Proletariats verwirklicht werden kann. Kann man diese beiden Gesichtspunkte miteinander versöhnen? Unter keinen Umständen, denn wir leben in einer Zeit, in der der Sozialismus nicht eine Frage der abstrakten Theorie, sondern eine Frage des lebendigen konkreten Lebens ist. Das Proletariat muß aus dem unerbittlichen Klassenkrieg als Sieger hervorgehen, oder die Menschheit wird auf Jahr-

zehnte hinaus zurückgeworfen. Welchen Nutzen hat das Proletariat von einer Anerkennung des Sozialismus mit Worten? Welchen Zweck haben weitschweifige Programme und zweideutige Erklärungen? Sie dienen nur dem Betrüge der Massen. F i m e n behauptet, daß 27 Millionen Mitglieder sich der Amsterdamer Föderation angeschlossen haben, und daß sie mittels eines internationalen Streiks einen Krieg verhindern könnten. Das ist ein statistischer Irrwahn. Zu diesen 27 Millionen Mitgliedern gehören sowohl revolutionäre als auch reformistische Verbände, also — Elemente, die im Kampfe einander aufheben. Gewiß, allein in Deutschland gibt es $8\frac{1}{2}$ Millionen Gewerkschaftsmitglieder, aber unter diesen $8\frac{1}{2}$ Millionen sind so viele konservativ und sogar reaktionär gesinnt, daß an einen Sozialisierungskampf mit ihnen gar nicht zu denken ist. Wenn man die zu der Taktik und zum Programm der Amsterdamer Föderation stehenden Arbeiter zählen und die Reaktionen eines jeden Landes von der Summa abziehen würde, so würden sich die 27 Millionen mindestens auf die Hälfte reduzieren. Der Hinweis auf die große Zahl ist überhaupt unbrauchbar; denn was haben diese arithmetischen Größen für einen Sinn, wenn sie kampfunfähig sind, wenn das nationale Gefühl bei vielen, besonders bei den Leitern, das internationale überwiegt? Fort mit den Illusionen! Wenn Europa 27 Millionen wirklich organisierter, aufgeklärter Arbeiter hätte, die wüßten, was sie wollten, so wäre die Frage des Sozialismus schon gelöst. Aber das Unglück will, daß in den Köpfen der Millionen organisierter Verbandsmitglieder noch die Vorstellungen des Reformismus und des bürgerlichen Friedens herrschen, und solange diese den Herzen von Fimen, Jouhaux, Udegest und Legien so teuren Ideen in den Gewerkschaftsverbänden noch herrschen, solange ist ein internationaler Streik selbst gegen den Krieg unmöglich.

Fimen sagt, daß er mit den russischen Genossen gehen und ihnen die Hand reichen wolle. Die russischen Revolutionäre haben keine Hand zurückgewiesen, die sich ihnen entgegengestreckt hat, und sie sind bereit, mit denen zusammenzugehen, die an der Front der sozialen Revolution kämpfen. Wenn sie eine ausgestreckte Hand zurückweisen, so doch nur in den Fällen, in denen von Soziali-

sierung geredet wird, ohne daß etwas geschieht, um sie in die Tat umzusetzen, wo man uns statt des Klassenkampfes bürgerlichen Frieden bietet, wo man uns das im internationalen Maßstabe empfiehlt, was im nationalen Maßstabe schon bankrott geworden ist, kurz — wo man uns statt des sozialistischen Brotes reformistische Steine reicht.

Wir kämpfen nicht gegen Personen, sondern gegen Programme, gegen die Taktik und die ganze Ideologie, und von diesem Gesichtspunkt aus muß natürlich die ausgestreckte Hand in der Luft hängen bleiben. Keinerlei Kompromiß, keinerlei Verständigung mit denen, die die Lösung der sozialen Frage in der Verständigung mit der Bourgeoisie suchen. Hartnäckiger und unerbittlicher Kampf um den Einfluß auf die Massen, Eroberung, Revolutionierung und Auswertung der Gewerkschaftsverbände als Kampfmittel zur Durchsetzung der sozialen Revolution — das ist die Aufgabe eines jeden Revolutionärs, eines jeden Kommunisten.

Da ist der Grund, weshalb wir uns gegen die ganze Ideologie und die ganze Politik der Internationalen Föderation der Gewerkschaftsverbände so feindlich verhalten. Da ist der Grund, weshalb wir im Gegensatz zu einer auf dem Boden des Klassenfriedens stehenden Organisation, eine internationale Gewerkschaftsorganisation schaffen, die auf dem Boden des Klassenkrieges steht. Da kommen nun manche Leute und sagen: „Die Bildung einer neuen internationalen Vereinigung bedeutet die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. Wenn Ihr gegen eine Spaltung der einzelnen Gewerkschaftsverbände seid, warum spaltet Ihr dann die Amsterdamer Internationale? Wäre es dann nicht besser, in der Organisation zu bleiben, die radikalen Elemente auf seine Seite zu bringen und innerhalb der schon bestehenden Vereinigung für seine Ideen zu kämpfen? Darauf antworten wir: „Wir bleiben in den Organisationen, die mit den Massen verknüpft sind; daher fordern wir die Revolutionäre auf, ihre Verbände nicht zu zerreißen und aus den nationalen Vereinigungen nicht auszutreten. Wir sind auch dagegen, daß die gewerkschaftlichen Verbände und ihre Vereinigungen aus den allgewerkschaftlichen Zentralstellen ausscheiden, wie es in Frankreich der Fall war, woder syndikalistische Verband des Departements Bouches-

du-Rhône aus der Allgemeinen Konföderation der Arbeit ausgetreten ist. Wir sind ferner dagegen, daß die Verbände aus ihren internationalen Vereinigungen austreten. Die Metall-, Textil-, die Bergarbeiter usw. müssen unbedingt an ihren internationalen Vereinigungen mitwirken. Die Amsterdamer Spitze dagegen hat mit der Arbeitermasse nichts zu tun. Sie ist ein politischer Stab, eine II. Internationale in der schlechtesten gewerkschaftlichen Ausgabe. Einen solchen Stab braucht das internationale Proletariat nicht. Er schadet den Arbeitern und muß daher vernichtet werden.

Als wir darauf hinwiesen, daß die Amsterdamer Internationale eine schlechte gewerkschaftliche Ausgabe der II. Internationale sei, antwortete man uns, daß zwischen diesen beiden Organisationen keinerlei Verbindung bestehe; die Gewerkschaftsinternationale sei eine selbständige Organisation. Nun, der letzte in Genf tagende Kongreß der II. Internationale hatte zum Vorsitzenden einen der bekanntesten Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung, Thomas Shaw, der, wie Adolf Braun konstatiert, den Kongreß mit dem größten Takt leitete. Der deutsche Sozialpatriot teilt uns nicht mit, wie sich der Takt Thomas Shaws geäußert habe; aber wir wissen schon, um was es sich handelt. Der Kongreß setzte sich zusammen aus wilden Nationalisten und Dienern der bürgerlichen Regierungen; die Atmosphäre war daher derartig mit nationalistischem Gift geschwängert, daß das geringste unvorsichtige Wort einen nationalistischen Sturm entfesseln konnte. Thomas Shaw lavierte sehr geschickt und führte diesen Kongreß bis zu Ende, der den zurückgebliebenen Arbeitern die internationale Solidarität vorspiegeln sollte. Den Teilnehmern des Kongresses war es klar, daß die II. Internationale eine tote Institution sei; da kam Vandervelde auf den glänzenden Gedanken, sie nach London zu verlegen und die Arbeiterpartei Englands, die stärkste Partei der II. Internationale, mit der Leitung der internationalen sozialpatriotischen Bankrott-politik zu betrauen. Die englischen Trade-Unions, als deren Ausfluß die Arbeiterpartei zu betrachten ist, bilden somit das Fundament der II. Internationale.

Als die Amsterdamer Internationale sich überzeugen mußte, daß die Sache immer mehr auf die schiefe Ebene geriet, da tauchte

unter ihren Leitern derselbe glänzende Gedanke auf. Es muß gesagt werden, daß die englischen Gewerkschaftsverbände den Vorsitzenden der Amsterdamer Internationale, Appleton, nicht sehr rücksichtsvoll behandelt haben. Als Leiter der Englischen Föderation der Arbeit, die $\frac{1}{6}$ der organisierten Arbeiter Englands umfaßt, hatte er die englischen Verbände in der Amsterdamer Internationale zu vertreten. Auf dem letzten Kongreß der englischen Gewerkschaften in Portsmouth (6. bis 9. September 1920) wurde, wie „Daily Herald“ sich ausdrückt, eine Appendizitisoperation vorgenommen. Der Kongreß mißbilligte in der schärfsten Form die unproletarische Politik Appletons, der unerhörte Artikel gegen die streikenden Bergarbeiter geschrieben habe, und erklärte, daß er der Föderation, deren Leiter Appelton sei, nicht das Recht der Vertretung des gewerkschaftlich organisierten Proletariats Englands zuerkenne. Der Kongreß beschloß ferner, daß die englischen Gewerkschaftsverbände durch vom Kongreß gewählte Organe an der Internationalen Vereinigung der Gewerkschaftsverbände teilnehmen sollten. Nach dieser Operation befand sich die Amsterdamer Internationale in einer ziemlich ungeschickten Lage, der Vorsitzende, Appleton, war gemäßregelt worden, und zwar von wem? — Von den gemäßigten englischen Tradeunionisten. Es mußte irgend ein Ausweg gefunden werden. Man fand ihn in der Einberufung eines Kongresses nach London auf den 23. November 1920, auf dem die Frage einer Verlegung der Zentralstelle der internationalen Gewerkschaftsbewegung von Amsterdam nach London behandelt werden sollte. Die englischen Tradeunionisten, die die undankbare Aufgabe auf sich genommen haben, der II. Internationale eine belebende Einspritzung zu verabreichen, sollten also gleichzeitig die Retter der Amsterdamer Internationale werden. Dann wird die Gegenüberstellung des großen Moskau und des kleinen Amsterdam wegfallen, und man wird die Alternative stellen: Moskau oder London?

Eine solche Wendung der Ereignisse voraussehend, ist die deutsche Gewerkschaftspresse bereits an die Erörterung der Frage „Moskau oder London“ herangetreten. Diese Gegenüberstellung ist besonders bei den Leitern der deutschen Gewerkschaftsbewegung,

die gegen uns Russen das Gewicht der altbewährten Taktik der englischen Tradeunionisten in die Wagschale werfen, sehr beliebt.

Nun, wir lehnen diese Gegenüberstellung nicht ab, denn in die Sprache des gegenwärtigen Kampfes übersetzt, bedeutet sie: Reformismus oder revolutionärer Sozialismus, Klassenkampf oder Arbeitsgemeinschaft, soziale Revolution oder soziale Reaktion, Diktatur des Proletariats oder Diktatur der Bourgeoisie? Das russische Proletariat und mit ihm seine Gewerkschaftsverbände haben in ihrem dreijährigen Kampfe gegen den Weltimperialismus und den Weltreformismus bewiesen, daß der von ihnen eingeschlagene Weg der richtige ist. Wenn die Reformisten aller Länder zuerst Genf, dann Amsterdam und jetzt — London gegen Moskau ausspielen und das mit der Weigerung begründen, sich einer Moskauer Diktatur zu unterwerfen, so erklärt sich das einfach daraus, daß sie in der russischen Revolution die größte Gefahr für ihr Programm und ihre Taktik wittern. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, wer der Sieger in diesem Ringen sein wird — Moskau oder Amsterdam, das bedeutet: Revolution oder Reaktion. Und insofern die Revolution unvermeidlich ist, insofern ist auch der Sieg Moskaus gesichert.

Man schreit jetzt viel, besonders in Deutschland und Frankreich, über die „Diktatur Moskaus“. Erinnern wir uns aber, wie es sich vor dem Kriege mit der internationalen sozialistischen Gewerkschaftsbewegung verhielt. Die Diktatur fiel damals Deutschland zu. Warum? Weil die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften die stärksten von allen waren. Sie erfüllten die internationale Arbeiterbewegung mit Begeisterung, sie hatten die geistige Leitung in der Hand. Und daraus ergab sich ganz von selbst die „Diktatur“ der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften. Jetzt geht die gesamte internationale Arbeiterbewegung von der russischen Revolution aus, — daher auch die „Diktatur“ Moskaus. In Wirklichkeit handelt es sich hier nicht um eine von Personen ausgeübte Diktatur, sondern um die Diktatur der Revolution. Und das kann nicht anders sein! „Führt bei euch die soziale Revolution durch“ — sagen wir den Deutschen, Egländern

und Franzosen — „und ihr werdet bestimmenden Einfluß in der Internationale haben.“ Bis dahin aber ist alles Gerede über die Diktatur Moskaus — unwürdige Demagogie.

A. Losowsky.

Die gewerkschaftliche Bewegung in Bulgarien.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern ist die Bildung der Sozialdemokratischen Partei in Bulgarien, d. h. einer politischen Organisation des Proletariats, der Entstehung gewerkschaftlicher Arbeiterverbände vorausgegangen. Und noch mehr als das: die Gewerkschaftsverbände sind bei uns durch die Initiative und unmittelbare Mitwirkung des organisierten Proletariats entstanden.

Die auf diese Weise in der Periode 1894 bis 1903 entstandenen örtlichen Gewerkschaften haben sich 1904 zu einem allgemeinen, das ganze Land umfassenden Arbeiter-Gewerkschaftsverband zusammengeschlossen, der gleich bei seiner Gründung in engste ideelle und organisatorische Beziehung zu der sozialdemokratischen Partei getreten ist und die ökonomische Klassenorganisation des bulgarischen Proletariats darstellt.

Die Aufgaben des Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaftsverbandes sind nach der letzten, von dem vorjährigen Kongreß der Gewerkschaften vorgenommenen Redaktion, folgendermaßen formuliert:

„Der Allgemeine Gewerkschaftsverband stellt sich zur Aufgabe, die gewerkschaftliche Bewegung auf dem Boden des Klassenkampfes zum Schutz der materiellen und geistigen Interessen der Arbeitenden zu vereinigen und sie für jene Rolle vorzubereiten, die sie im Kampfe für die Vernichtung der kapitalistischen Ausbeutung auf dem Wege der politischen Machtergreifung und der Aufrichtung der proletarischen Diktatur zu spielen hat, desgleichen für die Verwirklichung der Sozialisierung des Privateigentums, der sozialistischen Organisation der Produktion und der Verteilung von Produkten.“

Es heißt dann weiter in den Satzungen:

„Der Allgemeine Gewerkschaftsverband erkennt beide Formen des Klassenkampfes an: die ökonomische und die politische. In allen Fällen, in denen allgemeine ökonomische, politische und kulturelle Interessen der ganzen Arbeiterklasse berührt werden, handelt der Allgemeine Gewerkschaftsverband in Uebereinstimmung mit der Bulgarischen Kommunistischen Partei.“

Die organisatorische Verbindung zwischen dem Allgemeinen Gewerkschaftsverband und der Kommunistischen Partei wird im Zentrum durch den Allgemeinen Arbeiterrat hergestellt, in allen Städten des Landes aber durch die örtlichen Arbeiterräte.

Der Allgemeine Arbeiterrat besteht aus Mitgliedern des Komitees des Verbandes und aus Mitgliedern des Zentralkomitees der Partei. Seine Aufgaben sind: Uebernahme der Initiative in allen allgemeinen Aktionen auf dem Gebiete der Organisation, der einheitlichen Leitung der gewerkschaftlichen Bewegung, sowie der Unterstützung der Durchführung allgemeiner Aktionen der Bulgarischen Kommunistischen Partei zum Schutze der Interessen der Arbeit im ganzen Lande.

Oertliche Arbeiterräte bestehen durchweg aus Mitgliedern der örtlichen Parteikomitees oder aus ihren Delegierten und den Vertretern der gewerkschaftlichen Sektionen.

Der örtliche Arbeiterrat:

- 1) vereinigt die gewerkschaftliche Bewegung am Platze;
- 2) agitiert unter den Arbeitern und Arbeiterinnen und organisiert sie nach Berufen und Betrieben, wo noch keine Sektionen bestehen;
- 3) sorgt für eine zweckmäßige Verteilung vorhandener agitatorischer und propagandistischer Kräfte, entsprechend den Bedürfnissen aller gewerkschaftlichen Sektionen und bildet neue Gruppen solcher Kräfte;
- 4) organisiert das Arbeitslosen-Bureau und vertritt die Gewerkschaften in den vom Gesetz vorgesehenen Organen für Arbeiterschutz;
- 5) unterstützt die Durchführung allgemeiner Aktionen der Bulgarischen Kommunistischen Partei zum Schutze der Interessen der Arbeit am Orte.

Wie der Allgemeine Gewerkschaftsverband die allgemeine Lage nach dem imperialistischen Kriege im Zusammenhang mit der beginnenden Weltrevolution bewertet, ist aus der von dem letztjährigen Kongreß der Gewerkschaften einstimmig angenommenen Resolution klar ersichtlich. Diese Resolution lautet wörtlich:

„1. Der Kongreß konstatiert, daß die kapitalistische Produktion und die kapitalistische Ordnung endgültig bankerott geworden sind. Ihre fernere Existenz bedeutet unweigerlich körperlichen und geistigen Ruin der Arbeitermassen und unendliche Leiden für sie. Das wirtschaftliche Leben des Landes ist in seinen Grundlagen zerrüttet, ohne jede Hoffnung auf Wiederherstellung seines früheren Zustandes. Die durch diese Zerrüttung hervorgerufene massenhafte Arbeitslosigkeit wächst weiter mit jedem Tage und spitzt sich zu. Das Finanzkapital wird, dank den zur Kriegszeit gegründeten Aktiengesellschaften und Banken bereits zum maßgebendsten Faktor auf den wichtigsten Gebieten der Produktion und des Austausches. Unter diesen Bedingungen werden die gewerkschaftlichen Verbände immer mehr in den Hintergrund gedrängt, ihre

Aussichten auf praktische Erfolge verringern sich bis zum Minimum und die durch langjährige Bemühungen errungenen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sind offensichtlich der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt. Aus allen diesen Gründen mußte dem Proletariat als nächstes unmittelbares praktisches Ziel die Aufgabe gestellt werden, die Vernichtung der kapitalistischen Ausbeutung auf dem Wege der politischen Machtergreifung herbeizuführen und die Arbeiterdiktatur aufzurichten.

2. Sich ganz an die programmatische Deklaration der Bulgarischen Kommunistischen Partei anschließend, ist der Kongreß der Meinung, daß die gewerkschaftlichen Verbände unter gegebenen Verhältnissen sich jeden Augenblick zur Verteidigung der Interessen der Arbeitermassen bereit halten und es als ihre höchste Pflicht ansehen müssen, sich schnell und allseitig auf eine würdige Erfüllung ihrer Aufgaben am Vorabend der Arbeiterrevolution, während der Revolution und im Uebergangsstadium vom Sozialismus zum Kommunismus vorzubereiten und die ganze Arbeitermasse unter den Fahnen der Bulgarischen Kommunistischen Partei zu vereinigen. Die Gewerkschaften müssen eine feste und gesunde Stütze der Arbeiterräte in der Führung der Revolution und im Aufbau der Sowjetmacht sein; als Teilnehmer dieser Macht müssen sie an der Kontrolle und Leitung der Produktion und des Austausches mitwirken; sie müssen die Sozialisierung des kapitalistischen Privateigentums erleichtern und die Organisation des ganzen wirtschaftlichen Lebens auf sozialistischer Grundlage durchführen.

3. Zur Ausführung dieser Aufgaben müssen die gewerkschaftlichen Verbände Massenorganisationen sein, alle organisationsfähigen Elemente der Arbeiterklasse in der allernächsten Zeit zum Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung in ihrer Mitte vereinigen und gleichzeitig alle Vorbedingungen schaffen für möglichst einheitliche Aktionen der in Betrieben zu Verbänden organisierten Arbeiter, sowie der außerhalb derselben stehenden Berufsgruppen von Arbeitern.

4. Der Kongreß ist der Ansicht, daß in der gegenwärtigen revolutionären Epoche eine Vereinigung der Gewerkschaften mit außerhalb stehenden Arbeitergruppen nur unter der Voraussetzung möglich ist, daß sie die obengenannte Aufgabe vom Gesichtspunkte der revolutionären Einigung des ganzen bulgarischen Proletariats mit Unterstützung der Bulgarischen Kommunistischen Partei anerkennen. Deshalb lehnt der Kongreß jeden Gedanken an die Möglichkeit einer Rückkehr zu den überlebten Methoden und Formen der ökonomischen Organisation der Arbeiter, wie z. B. die Theorie der Neutralität, den Reformismus und den anarchistischen Syndikalismus entschieden ab.

In der gegenwärtigen Zeit muß jeder Arbeiter seine Position klar zu bestimmen wissen: es gibt nur eins, entweder für die Arbeiterrevolution, oder für die Neutralität, selbst die Form der sog. organisatorischen Neu-

tralität der Gewerkschaften mit inbegriffen, die die notwendige revolutionäre Einheit des Proletariats gleichfalls verhindern und die Konterrevolution in unserm Lande unterstützen würde.

5. Der Kongreß appelliert an alle nichtorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, an alle außerhalb des gewerkschaftlichen Arbeiterverbandes stehenden Berufsgruppen und fordert sie auf, sich ganz auf diese Plattform zu stellen und sich in den Reihen des Gewerkschaftsverbandes und der Bulgarischen Kommunistischen Partei zu organisieren — zum Zwecke der Vernichtung der kapitalistischen Ausbeutung und der Verwirklichung des Kommunismus — des letzten historischen Ideals des kämpfenden Proletariats.“

Der Allgemeine Arbeiter-Gewerkschaftsverband besteht aus einer Anzahl bestimmter, auf der Grundlage des Produktionsprinzips aufgebauter, Gewerkschaften.

Ende Dezember 1919 zählte man 18 solcher Verbände mit 31 500 Mitgliedern, am 30. April 1919 betrug die Zahl der Mitglieder 12 801 und Ende Dezember 1918, unmittelbar nach Ende des Krieges, nur 5713.

Die quantitativ stärksten Verbände sind:

Verband der Tabakarbeiter mit . . .	9100 Mitgliedern,
„ „ Transportarbeiter mit . . .	6372 „
„ „ Bergarbeiter mit . . .	3300 „
„ „ Fabrikarbeiter mit . . .	3281 „
„ „ Textilarbeiter mit . . .	2100 „

Gegenwärtig schließen sich dem Allgemeinen Gewerkschaftsverband die Organisationen der Volksschullehrer und der Staats-, Kreis- und Gemeindeangestellten an, die der Partei angehört haben, — die erste von ihnen zählt 1300, die zweite 1200 Mitglieder.

Augenblicklich erreicht die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in gewerkschaftlichen Verbänden, die zum Allgemeinen Arbeitergewerkschaftsverband gehören, 40 000 Mitglieder, von denen 5000 Arbeiterinnen sind.

Der erzielte Erfolg kann bei der jetzigen wirtschaftlichen Zerrüttung als befriedigend bezeichnet werden.

* *

Im Jahre 1904 haben die „breiten Sozialisten“ (bulgarische Sozialpatrioten) ihren eigenen „neutralen“ gewerkschaftlichen Verband gebildet. Zeitweilig umfaßte er die qualifizierten Arbeiter einiger Industrien, vorwiegend der Hausindustrie. Seine Rolle bestand im Laufe einer Reihe von Jahren darin, einen Teil der Arbeiter unter dem Einfluß der „Breitsozialen“ zu halten, den Kampf der gewerkschaftlichen Organisationen zu erschweren und dem Unternehmertum Dienstleistungen in diesem Kampfe zu erweisen. Gerade diese verräterische Rolle hat ihm sein Ende

bereitet — und jetzt nach dem Kriege ist nichts mehr von ihm zu bemerken. Die stellenweise übriggebliebenen, getrennten Arbeitergruppen treten kommunistischen Gewerkschaften bei, und man kann ohne jede Uebertreibung sagen, daß es in Bulgarien außerhalb des Allgemeinen Arbeitergewerkschafts-Verbandes kaum eine andere gewerkschaftliche Arbeiterorganisation gibt.

*
*
*

Wachsende Verteuerung des Lebensunterhaltes und katastrophale Entwertung des Geldes haben die Arbeitermassen zu äußerstem Elend verurteilt. Der reale Arbeitslohn ist bedeutend unter den von 1914 gesunken. Sowohl dieser Umstand als auch die allgemeine Unzufriedenheit mit der Lage nach dem Kriege rief zahlreiche Streiks hervor. Allein im Jahre 1918 haben unsere Gewerkschaften 132 Streiks mit 70 000 Teilnehmern geleitet — vorwiegend in der Steinkohlen-, Tabak-, Textil- und Zuckerindustrie, auch im Transportwesen. Für diese Streiks sind 1 291 000 Fr. von den Gesamtausgaben von 1 571 526 Fr. verausgabt worden.

Was diese für unser kleines Land bedeuten, das kann man aus den entsprechenden Angaben der Vorkriegszeit ersehen. So haben z. B. unsere Gewerkschaften im Jahre 1914 nur 38 Streiks mit 1 900 Teilnehmern durchgeführt und für sie nur 2290 Fr. verausgabt. In der Periode 1904 bis 1913 haben 630 Streiks mit 32 519 Teilnehmern stattgefunden, für die eine Summe von 70 125 Fr. erforderlich wurde.

Somit haben also unsere Gewerkschaftsverbände während des einen Jahres 1919 eine weit größere Zahl von Streiks mit doppelter Anzahl von Teilnehmern durchgeführt, für die um 1 200 000 Fr. mehr verausgabt worden ist, als in der ganzen zehnjährigen Periode 1904 bis 1914 aufgebracht wurde.

Jetzt sind die Streiks im Gegensatz zu den früheren viel andauernder und erbitterter, denn sie werden heute gegen große Organisationen von Kapitalisten geführt, die vom Finanzkapital zusammengehalten und gegen den Staat selbst geführt werden. Und gegenwärtig handelt es sich nicht mehr um kleine gewerkschaftliche Forderungen und Verbesserungen, sondern um die durch die Entwicklung selbst heraufbeschworene Kardinalfrage: Wem sollen politische Macht und Produktion gehören, der Bourgeoisie oder dem Proletariat?

Trotz alledem und dank der beispiellosen Solidarität der Kämpfenden, der eisernen Disziplin in ihren Reihen und der weitgehendsten materiellen Unterstützung durch das ganze kommunistische Proletariat haben diese Streiks mit wenigen Ausnahmen erfolgreich geendet. Denn von seiten der Bourgeoisie ist die Anerkennung der Arbeiterorganisationen und eine Erhöhung der Arbeitslöhne erfolgt.

Die Verhältnisse ändern und verschlechtern sich aber so schnell, daß

schon bald nach einem siegreich beendeten Streik die Arbeiter vor die Notwendigkeit gestellt sind, einen neuen Kampf um neue Erhöhung der Löhne aufzunehmen.

Eine Tatsache bestätigt praktisch unseren theoretischen Satz, jene Tatsache, daß bei der heutigen wirtschaftlichen Zerrüttung und in der gegenwärtigen revolutionären Periode, wo die Kardinalfrage des Klassenkampfes äußerst brennend ist — wem sollen Macht und Produktion gehören, der Bourgeoisie oder dem Proletariat? —, daß gerade da die Resultate des gewerkschaftlichen Kampfes recht unbedeutend und wenig nachhaltig sind. Diese Resultate weisen in der anschaulichsten Art auf die Notwendigkeit des Ueberganges der Produktion in die Hände des Proletariats, auf das Ergreifen der politischen Macht und die notwendige Durchführung in der proletarischen Diktatur hin. Und diese Idee dringt jetzt immer tiefer in unsere ganze gewerkschaftliche Bewegung.

In diesen Tagen sind zwei große Streiks beendet worden, der eine richtete sich gegen das Kartell der Textilfabriken, der andere gegen die Vereinigung der Tabakhändler in der Tabakindustrie. An diesen Massestreiks nahmen über 6000 Arbeiter teil, der Kampf dauerte über einen Monat bei mustergültiger Solidarität und Disziplin.

Der Textilarbeiterstreik in Sliven endete mit teilweisem Erfolg, während die von seiten der Tabakhändler durchgeführte Aussperrung in Plovdiv nach 45 Tagen heroischen Kampfes mit dem Resultat endete, daß die Unternehmerorganisation ihren Zweck, den Tabakarbeiter-Verband zu sprengen, nicht erreicht hat.

Von allen erwähnten Streiks des Jahres 1919 war der bedeutendste der Streik der Transportarbeiter, an dem 25 000 Eisenbahner und Postangestellte teilnahmen, zu denen sich noch 8000 Bergarbeiter gesellten. Dieser in seiner Großzügigkeit in Bulgarien einzig dastehende Streik war von der Regierung hervorgerufen worden, und zwar im Zusammenhange mit der von der Kommunistischen Partei am 24. Dezember im ganzen Lande veranstalteten Demonstration gegen Teuerung, Spekulation und die von Bulgarien der russischen Konterrevolution erwiesene Hilfe.

Die Regierung hatte angenommen, daß es ihr mittels eines provozierten Streiks im Eisenbahn- und Postwesen nicht nur gelingen würde, den kommunistischen Verband der Transportarbeiter zu vernichten und das Verkehrswesen des Landes vom kommunistischen Einfluß zu befreien, sondern auch die Bulgarische Kommunistische Partei, also den bulgarischen Bolschewismus, zu sprengen.

Und wirklich benützte die durch die gesamte Bourgeoisie unterstützte bulgarische Regierung den Transportarbeiterstreik zu einer Kriegserklärung an die kommunistische Bewegung. Sie begann die härtesten Repressalien gegen die Streikenden und gegen die Kommunistische Partei anzuwenden. Verhaftungen, Mißhandlungen, sogar Verge-

waltungen der Frauen und Töchter der Streikenden in weitestem Maßstabe wurden von den sich wild gebärdenden Organen der Macht verübt, sowie von der speziell zu diesem Zweck organisierten, aus den verworfensten Elementen der Dörfer bestehenden gelben Garde.

Noch niemals hat unser Land einen solchen schamlosen, gegen die Massen gerichteten Terror gesehen. Ein gigantischer Kampf war entfesselt: zwischen der bulgarischen Bourgeoisie mit der Regierung und dem ganzen Staatsapparat an der Spitze einerseits und der werktätigen Bevölkerung der Städte und Dörfer andererseits, mit der Kommunistischen Partei und dem gewerkschaftlichen Verband an der Spitze.

Der Streik der Transportarbeiter wurde noch von einem siebentägigen politischen Massenstreik im ganzen Lande unterstützt.

Der Transportarbeiterstreik dauerte volle 56 Tage, bei ungewöhnlicher Solidarität und Disziplin der Arbeitermassen. Schließlich haben die Arbeiter kapitulieren müssen, da die weitere Fortführung des Streiks vom Gesichtspunkte des gewerkschaftlichen Kampfes aus vollständig zwecklos erschien, während der Augenblick seiner Ueberleitung in eine allgemeine revolutionäre Aktion des gesamten Proletariats zwecks politischer Machtergreifung leider noch nicht eingetreten war.

Die Bourgeoisie siegte über die Arbeiter in ihrem Verteidigungskampfe um den Preis eines Verlustes von mehr als 1 Mill. Fr. für den Staat und die Wirtschaft des Landes. Aber sie hat ihre konterrevolutionären Absichten: die Vernichtung des Transportarbeiter-Verbandes und Erdrosselung der kommunistisch-bolschewistischen Bewegung des bulgarischen Proletariats, durchaus nicht erreicht.

Ungeachtet der schweren Erschütterungen, die der Transportarbeiter-Verband erlitten hatte, richtet er sich jetzt wieder auf. Dieser Streik unterstützte sogar, könnte man sagen, die endgültige Vernichtung des zersetzenden Einflusses, den die Sozialdemokraten bis zu einem gewissen Grade noch unter den Eisenbahnern und Postangestellten hatten und erleichterte ganz erheblich die Vereinigung des gesamten Transport-Proletariats unter der Fahne des Kommunismus.

•
•
•

Jede Streikbewegung verwerten wir vor allem für die Einigung und Sammlung der proletarischen Massen in eine gesunde, revolutionäre Organisation und zu ihrer allseitigen Vorbereitung für die in unserm Lande beginnende kommunistische Revolution. Die tatkräftigsten und fähigsten Elemente in ihr erziehen wir zu weitgehendstem Verständnis für die Aufgaben des revolutionären Aufbaues und der Organisation der Produktion unter der Leitung der Kommunistischen Partei.

Zu diesem Zwecke leisten wir eine stetige Aufklärungsarbeit. Das Komitee der Gewerkschaftsverbände hat mit der Herausgabe der „Kom-

munistischen Gewerkschaftlichen Bibliothek“ begonnen; es sind schon drei Nummern dieser Bibliothek erschienen; in der ersten sind die Thesen des Gen. Sinowjew über die Aufgaben der Gewerkschaftsverbände veröffentlicht.

Sowohl unsere ganze Wirksamkeit und unser Kampf, als auch die ganze gewerkschaftliche Bewegung sind bei uns vom kommunistischen Geiste vollkommen durchdrungen. Die gewerkschaftlichen Organisationen bringen der Sowjetmacht tiefe Sympathien entgegen und auf das heroische revolutionäre Proletariat Rußlands sehen sie mit Ehrfurcht.

Dieses Verhältnis zu Sowjet-Rußland hat sich im Mai wieder in hellem Lichte gezeigt, als die Hafendarbeiter in Burgas es ablehnten, einen Dampfer mit für General Wrangel und die russischen Konterrevolutionäre bestimmten Kriegsmaterialien zu laden.

Der Aufruf des Gen. Sinowjew im Namen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die gewerkschaftlichen Verbände ist bei uns mit einer wahren Begeisterung aufgenommen worden. Die Initiative zur Gründung einer einheitlichen kommunistischen Internationale der Gewerkschaftsverbände findet bei uns lebhaften Widerhall und wir sind bereit, mit allen Mitteln ihre schnellste Verwirklichung zu unterstützen. Wir sind der Meinung, daß die Rote Internationale der Gewerkschaften nur ein Teil der Kommunistischen Internationale sein darf und auf ihrer theoretischen und taktischen Plattform aufgebaut werden muß.

Keinerlei Separatismus, keine Unterstützung der alten, bankrott gewordenen Tendenz einer selbständigen, gewerkschaftlichen Bewegung; alles dem Siege der proletarischen Weltrevolution, alles dem revolutionären Aufbau der kommunistischen Gesellschaft!

Schulter an Schulter mit der Bulgarischen Kommunistischen Partei fühlen wir uns unlösbar mit der Kommunistischen Internationale verbunden und führen den Kampf gegen den Kapitalismus für den vollen Sieg des Kommunismus.

Wir senden dem russischen revolutionären Proletariat die aufrichtigsten kommunistischen Grüße. Wir glauben fest, daß bald der größte Feind der proletarischen Revolution — der Sozial-Patriotismus — vernichtet sein wird und daß das unter den Fahnen der Kommunistischen Internationale vereinigte Proletariat der ganzen Welt seinen endgültigen Sieg über das Kapital und den Imperialismus feiern wird.

Georgy Dmitroff.

Die Lage der Arbeiterklasse in Estland.

Resolutionen des Zentralrates der Gewerkschaften in Reval vom 7. Sept. 1920

1. Der Zentralrat der Gewerkschaften in Reval protestiert gegen die furchtbaren von Regierungsagenten an der estländischen Arbeiterklasse verübten Gewaltakte. Er wendet sich an das Proletariat aller Länder und an alle, die menschliche Gefühle in der Brust haben, und bittet um Hilfe. Die Arbeiterklasse Estlands ist vollkommen außerhalb der Gesetze gestellt; und das alles geschieht vor den Wahlen, um die Arbeitermassen zu terrorisieren, damit sie nicht wagen, an den Wahlen teilzunehmen. Der Zentralrat wendet sich an den Internationalen Zentralrat der Gewerkschaften und an die englische Arbeiterklasse mit der Bitte, unsere hilfesuchende Hand nicht zurückzustößen und uns Unterstützung zu gewähren; auf dem Regierungswege ihren Einfluß auf die Regierung Estlands auszuüben, damit Gewaltakte, wie die bisherigen, sich nicht mehr wiederholen können. Die estländische Arbeiterklasse ist durch den Terror ihrer Regierung vollkommen zur Verzweiflung gebracht.

2. An die Mitglieder der gewerkschaftlichen Verbände in Reval.

Allen Revaler Arbeitern!

Brüder! In einem schweren Augenblick nimmt der Zentralrat der Gewerkschaften seine gewaltsam unterbrochene Tätigkeit wieder auf. Viele Genossen fehlen in unseren Reihen — sie sind entweder in Gefängnissen, Konzentrationslagern, oder aus Estland ausgewiesen. Solche Gewaltakte und die Einstellung der Tätigkeit der Eisenbahner- und Postangestellten-V Verbände zeigen wieder, daß es ganz unmöglich ist, die Wirksamkeit der Gewerkschaften auf einen rein wirtschaftlichen Kampf zu beschränken. Dem größten Teil der Arbeiterklasse ist jetzt — sogar auf dem Papier — das Streikrecht genommen worden. So droht den Eisenbahnern, den Post- und Telegraphen-Angestellten, den Arbeitern der Gaswerke u. a. Todesstrafe und Standgericht im Falle eines Streiks um Erhöhung des Arbeitslohnes. In Wirklichkeit aber ist der gesamten Arbeiterklasse das Streikrecht genommen worden, denn der Streik im August hat gezeigt, daß die Arbeiter anderer Betriebe ebenfalls Verhaftungen,

Ausweisungen und Gewehrsalven zu erwarten haben, obwohl offiziell in diesen Werken und Fabriken der Streik nicht verboten ist. Jedem Ausbeuter der Arbeitenden aber ist der Schutz von seiten aller Regierungsbehörden garantiert. Die Arbeiterklasse muß gegen diese politischen Gewaltakte mit politischen Mitteln kämpfen können. Es ist daher notwendig, daß die Gewerkschaften alle Mittel des politischen Kampfes anwenden, sei es Pressefreiheit, oder die Wahlen in die Staatsverwaltung (rügikogu). Der Klasse der Ausbeuter und ihrer schmachvollen Regierung stellen wir die Klasse der Ausgebeuteten und die bewußte Klassenpolitik ihrer Organisationen entgegen.

Die Unterdrückung des letzten Streiks um die Erhöhung des Arbeitslohnes hat die Arbeiterklasse in eine unerträglich schwere Lage gebracht. Die Forderungen der Arbeiter mit der einen Hand abwehrend, vernichtete die Regierung mit ihrer anderen das tückische „Tribunal“ und erhöhte gleichzeitig den festen Preis für Roggen auf 230 Rbl. für das Pud. Die Arbeiter erhielten das Bettlernalmosen, die Spekulanten — die Freiheit der Spekulation, und die „grauen“ Barone — die Freiheit der Ausbeutung. Die Strafverordnungen für Spekulanten waren nichts weiter als ein heuchlerischer Kampf gegen das Wachstum der Teuerung; aber indem die Regierung solche armseligen halben Maßnahmen aufgehoben hat, schien sie damit deutlich sagen zu wollen, daß sie selbst eine Regierung der Räuber und Spekulanten sei. Indem sie den Preis für das Brot erhöht, schenkt sie den Ausbeutern 100 Millionen und verurteilt die ganze Arbeiterklasse zu sicherem Hungertod.

Der Zentralrat ist bereit, alle der Arbeiterklasse nur nützlichen Mittel anzuwenden und deren elende Lage zu bessern. Der Zentralrat wird jederzeit bereit sein, mit der Gegenseite über die Frage der Erhöhung der Arbeitslöhne in Verhandlungen einzutreten. Gleichzeitig warnt der Zentralrat die Arbeiter, nicht trügerische Hoffnungen auf solche Verhandlungen zu setzen; denn nicht als gleichberechtigter Kontrahent wird man in solche Verhandlungen eintreten, sondern als der Besiegte, an Händen und Füßen gefesselte Gegner. Die Kapitalistenklasse weiß nur zu gut, daß der ganze Staatsapparat doch nur zum Schutze seiner Interessen und seines Beutels bereitsteht. Sie hat sich während des Streiks im August überzeugt, daß Jan Tennisson ihr getreuer Diener ist. Die Klasse der Kapitalisten bietet uns harte Brotrinde, während ihr Lakai, Karl Ast, uns Sparsamkeit und Enthaltksamkeit predigt.

Die Ausbeuter verschlucken mühelos den Ertrag unserer Anstrengungen, unserer Arbeit. Je drückender das Joch des bürgerlichen Regimes auf uns lastet, um so mehr steigert sich ihre Gier nach Profit.

Fort mit dieser Tyrannei!

Wir fordern gebührenden Arbeitslohn! Wir fordern Aufhebung des Kriegszustandes, wir fordern Amnestie für die Proletarier!

Arbeiter! Nicht an die Regierung wenden wir uns mit neuen Forderungen. An euch, Arbeiter, Kameraden, wollen wir uns halten. Wir leiden Hunger! Gleich Ungeheuern lasten über uns das Joch der Klassenherrschaft und die Kriegsgerichte.

Unsere Brüder sind in Gefängnissen, gehetzt und vertrieben. Wir können uns nur selbst helfen. Unser Kampf wird uns statt Hunger und Blei — Brot schaffen, er wird unsere Genossen aus den bürgerlichen Folterkammern befreien und unsere vertriebenen Brüder in unsere Reihen zurückbringen.

Es lebe der Kampf gegen die gemeine Gewalt und die Gier der Ausbeuterklasse!

Anmerkung: Der Zentralrat der Gewerkschaften Revals ist von der weißestländischen Regierung wiederholt aufgehoben worden und mußte seine Tätigkeit wegen Verhaftung sämtlicher Mitglieder mehrere Male einstellen. Das letzte Mal geschah es zur Zeit des allgemeinen Streiks im August des Jahres 1920, als die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Zentralrats verhaftet, und die Verbände der Eisenbahner sowie der Post- und Telegraphenangestellten aufgehoben wurden.



Der internationale Gewerkschaftsrat

Organisation und Kampf.

Zwei Hauptmomente füllten während der letzten Monate das Leben des provisorischen Internationalen Gewerkschaftsrats aus: die Organisation und der Kampf. Der allgemeine Charakter der Arbeit wurde auch in diesen Monaten durch die Hauptaufgaben des Rats bestimmt. Die Schaffung eines Apparats, der imstande sein soll, die Einberufung einer ersten internationalen Konferenz der linken revolutionären Elemente in der Weltgewerkschaftsbewegung vorzubereiten — das war die erste Aufgabe, die dem Rat bereits von der Julikonferenz gestellt worden war, auf der die italienischen und englischen Genossen zusammen mit den Vertretern des Allrussischen Gewerkschaftsrats und der Kommunistischen Internationale endgültig die allgemeinen Umrisse der neuen internationalen Organisation entwarfen. Der Kampf mit Amsterdam war die zweite Aufgabe, die sich aus den allgemeinen Aufgaben des Rats ergibt und mit der ersten eng verknüpft ist.

Auf dem einen wie auf dem anderen Gebiet, in Fragen der Organisation, der Schaffung eines Apparats des Internationalen Rats, wie auch des Kampfes mit Amsterdam, haben die letzten Monate viel Neues gebracht.

Bekanntlich ist der Internationale Rat nicht nur eine Organisation der gesamtstaatlichen Zentralen der Gewerkschaftsbewegung. Zum Unterschied von Amsterdam, das bis in die letzte Zeit den Bestand seiner Mitglieder ausschließlich auf Organisationen wie die Allgemeine Föderation der Trade-Unions von England, die Allgemeine Arbeitskonföderation Frankreichs oder Italiens sowie den Allrussischen Verband der Gewerkschaften beschränkte, (der der hohen Ehre gewürdigt worden ist, in die Zahl der Organisationen zu geraten, die von Amsterdam als seine Anhänger anerkannt werden), rekrutierte der Internationale Gewerkschaftskongreß seine Anhänger auch aus den lokalen Verbänden, den gesamtstaatlichen Produktionsvereinigungen und aus den gesamtstaatlichen Verbandszentralen. Entsprechend diesem Organisationsprinzip baute der Internationale Gewerkschaftsrat seinen eigenen Apparat auf. Als Vereinigung der revolutionären Elemente mußte er notwendig nicht eine formelle Föderation, sondern ein mehr oder weniger zentralisiertes Organ

schaffen, das imstande sein sollte, die Arbeit aller Gewerkschaftler, die sich auf diesen Boden gestellt haben, zu leiten. Darum wurde der Rat geschaffen, in dem alle Organisationen vertreten sind, die ihre Solidarität mit den Ideen und Grundsätzen des internationalen Gewerkschaftsrats erklärt haben. Und darum wurde auch ein Vollzugsbüro geschaffen, das die ganze Arbeit der revolutionären Organisationen vom gewerkschaftlichen Typus in allen Ländern der Welt unmittelbar leitet. Damit aber das Vollzugsbüro imstande ist, eine so gewaltige Arbeit zu leisten, wurde der Apparat nach dem Sektionsgrundsatz aufgebaut. Jedes Mitglied des Rats übernimmt die unmittelbare Leitung der Arbeit des Rats in einer bestimmten Ländergruppe, deren gesamtes Material in der entsprechenden Zelle oder Sektion konzentriert wird.

Gegenwärtig hat der Rat fünf solcher Sektionen organisiert (die romanische Sektion, zu der Frankreich, Italien, Spanien, Belgien und die anderen romanischen Länder gehören; die deutsche Sektion, die die Arbeit in Deutschland, Oesterreich usw. umfaßt; ferner die englische, die amerikanische und die orientalische). Die Aufgaben dieser Sektionen bestehen in der Vorbereitung von Materialien für die Arbeit in jeder Ländergruppe, in der Herstellung einer lebendigen geistigen Verbindung mit den entsprechenden Organisationen in diesen Ländern und in der ständigen Leitung der Arbeit der Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsrats an den verschiedenen Orten. Die Tätigkeit der Sektionen untersteht der unmittelbaren Kontrolle des Vollzugsbüros, das den Sektionen bestimmte Aufträge erteilt, sowohl von sich aus als auch auf Anregung des Mitglieds des Rates, das die entsprechende Sektion leitet. Da die Grenzen der Kompetenz und der tatsächliche Charakter der Arbeit erst durch die Praxis festgelegt werden, so haben die Sektionen, deren Organisation noch bei weitem nicht beendet ist, ihr eigentliches Wesen noch nicht völlig entwickeln können. Aber auch das, was von den Sektionen gegenwärtig geleistet wird, zeugt bereits mit aller Bestimmtheit von der Zweckmäßigkeit des Grundsatzes der Sektionsarbeit, der dem Organisationsplan des Internationalen Gewerkschaftsrats zugrunde liegt.

Das Vollzugsbüro benutzt bei seiner Arbeit nicht nur den Apparat der Sektionen, sondern auch den Apparat der Propagandabüros, die vom Rat entweder für jedes einzelne Land oder für eine Ländergruppe geschaffen werden — ungefähr nach denselben territorialen Merkmalen, nach denen im Zentrum die Sektionen eingerichtet werden. Gegenwärtig sind vom Rat mehrere Propagandabüros organisiert worden.

Als eines der ersten beinahe begann seine Arbeit das Büro für den Nahen Osten, das seinen Sitz in Baku hat. Dieses Büro arbeitet für die Türkei, Aserbeidshan, Persien, Georgien und Armenien und hat bereits eine recht bedeutende Vorarbeit geleistet. Obgleich die Gewerk-

schaftsbewegung in dieser Ländergruppe verhältnismäßig schwach entwickelt ist, hat die Arbeit des Büros für den Nahen Osten hier sofort einen günstigen Boden gefunden. Das zur Arbeit im Nahen Osten abgesandte Mitglied des Rats benutzte den am 15. September 1920 einberufenen ersten Kongreß der Kommunistischen Partei der Türkei und organisierte in Baku eine Konferenz der Kongreßdelegierten, die an den Gewerkschaftsarbeiten teilnehmen. Diese Konferenz fand am 18. September statt unter Teilnahme von 30 Genossen, die 23 000 organisierte Arbeiter der Türkei vertraten. Die Konferenz trug natürlich einen informierenden Charakter, sie beleuchtete die allgemeine Lage in der Türkei. Aber das Bild, das in den Berichten von den verschiedenen Orten entrollt wurde, zeugte mit aller Bestimmtheit davon, daß der Boden für die Arbeit des Internationalen Gewerkschaftsrats vorbereitet ist.

Aus dem Bericht des Genossen Halil-Ogly-Khan ging hervor, daß der Kongreß der türkischen Gewerkschaften bereits im Jahre 1919 den Beschluß gefaßt hat, sich von Amsterdam zu trennen und Annäherung an Moskau zu suchen. Ein solcher Drang der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Türkei nach dem Mittelpunkt der sozialen Weltrevolution ist durch den Stimmungsumschwung in der Arbeiterklasse bedingt, der unter dem Einfluß des Krieges, durch die bedeutende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Türkei nach dem Kriege und durch die nähere Bekanntschaft einer recht bedeutenden Anzahl türkischer Arbeiter mit der Gewerkschaftsbewegung Mitteleuropas erfolgt ist.*)

Unter dem Einfluß aller dieser Umstände begannen die Arbeiter der Türkei nicht nur Gewerkschaften zu schaffen, sondern wandten sich auch sofort vom Reformismus und von der Kompromißlehre ab.

Die Konferenz, auf der dies festgestellt wurde, hielt es für erforderlich, eine besondere Konferenz aller Gewerkschaften der Türkei einzuberufen, um einheitliche Richtlinien der Bewegung auszuarbeiten, eine bisher noch fehlende Zentrale zu wählen und Delegierte zur bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskonferenz zu bestimmen. Gleichzeitig wählte die Konferenz auch ein Organisationsbüro, bestehend aus fünf Genossen zur Agitation und Propaganda unter den Arbeitermassen der Türkei im Geiste der Ideen des Internationalen Gewerkschaftsrats und zur Vorbereitung der alltürkischen Konferenz, die auf den 15. Dezember

*) Die türkischen Arbeiter, die während des Krieges haufenweise nach Oesterreich und Deutschland geschickt wurden, um in den Kriegsfabriken zu arbeiten, traten in Fühlung mit den deutschen Kommunisten, deren Lehren sie sich trefflich aneigneten. Es ist interessant, daß auch die türkischen Offiziere unter den Einfluß von „Spartakus“ gerieten und nach der Rückkehr in die Heimat zu aktiven Propagandisten der Ideen des Kommunismus und des Klassenkampfes wurden.

angesetzt ist. Das Büro arbeitet im Kontakt mit dem Büro des Internationalen Gewerkschaftsrats für den Nahen Osten.

Die Arbeit des Ostbüros hat sich nicht auf die Herstellung einer lebendigen Verbindung mit den türkischen Gewerkschaften beschränkt. Obgleich es in Persien eine Gewerkschaftsbewegung überhaupt nicht gibt, ist das Büro doch durch die Kommunistische Partei Irans mit den persischen Arbeitern in Verbindung getreten. Persien ist ein halbfeudales Land, bietet aber dennoch einen günstigen Boden für die Organisation von Gewerkschaften. Es gibt dort eine bedeutende Handelsbourgeoisie, die unmittelbar vor dem Uebergang zur Manufakturproduktion steht. Die Kolonialpolitik der imperialistischen Mächte hat das persische Handwerk endgültig untergraben und die Entstehung eines vieltausendköpfigen Lumpenproletariats zur Folge gehabt, aus dem sich die Lohnarbeiter für die entstehenden kapitalistischen Unternehmen rekrutierten. Es scheint möglich, diese Leute, die halb Arbeiter, halb Lumpenproletarier sind, zu organisieren, bevor die kapitalistische Produktionsweise endgültig Wurzel faßt. Ebenso können auch die Eisenbahner und einige andere Schichten schon völlig ausgebildeter Proletarier organisiert werden. Schwache Verbände von Eisenbahnern, Buchdruckern u. a. bestehen schon heute in Täbris und Teheran. Das Ostbüro hat in diese Städte Genossen abgesandt, die dort örtliche Büros organisiert, Instruktoren in andere große Städte Persiens ausgesandt und überhaupt mit der Arbeit der Vereinigung der persischen Arbeiter in Gewerkschaften begonnen haben.

Außer dem Ostbüro hat der Internationale Gewerkschaftsrat ähnliche Propagandabüros für ganz Amerika, England, den fernen Osten und zuletzt auch für Deutschland geschaffen. Der Organisationsgrundsatz, von dem der Internationale Gewerkschaftsrat sich bei der Schaffung solcher Büros leiten läßt, ist der der Auswahl. Die Zentrale ernennt eine Gruppe von Genossen — sowohl durch Entsendung von der Zentrale aus als auch durch Auswahl aus den an Ort und Stelle tätigen Genossen — zur Leitung der gesamten Arbeit für die Propagierung der Ideen der revolutionären internationalen Gewerkschaftsbewegung. Diese Genossen sind dem Vollzugsbüro des Rats verantwortlich für alle ihre Aktionen, und es ist ihnen die Pflicht übertragen, den revolutionären Klassenkampf mündlich und schriftlich, durch Einberufung von besonderen Konferenzen usw. zu propagieren.

Es versteht sich von selbst, daß bis zur Einberufung der ersten internationalen Konferenz der linken Gewerkschaften die ganze Organisation des Internationalen Gewerkschaftsrats einen zeitweiligen Charakter trägt und auf die Durchführung der obenerwähnten beiden Hauptaufgaben zugeschnitten ist. Aber die Durchführung dieser Aufgaben — Vorbereitung der Einberufung der internationalen Konferenz und Kampf

mit Amsterdam — erfordert nicht nur Sektionsarbeit und Arbeit einzelner Propagandabüros. Es ist auch ein Zentralapparat erforderlich, der die Agitations- und Propagandaarbeit und die Arbeit zur Vorbereitung der Konferenz anordnet. In letzter Zeit haben sich zwei Abteilungen des Internationalen Gewerkschaftsrats endgültig herausgebildet, denen die Durchführung der Aufgaben der Propaganda einerseits und die Anknüpfung von Beziehungen andererseits obliegt.

Die literarische und Verlagsabteilung plant zur Durchführung der erstgenannten Aufgaben, abgesehen von einem periodisch erscheinenden Bulletin (dessen erste Nummer schon druckfertig ist), die Herausgabe einer ganzen Reihe von Broschüren, die die internationale Gewerkschaftsbewegung mit den Hauptgrundsätzen der Bewegung im Sinne des revolutionären Klassenkampfes bekannt machen sollen. Die geplanten Broschüren (sie befinden sich zum Teil auch bereits im Druck) zerfallen in zwei Serien. Die erste Serie beleuchtet allgemeine Fragen der Gewerkschaftsbewegung. Dahin gehört die Broschüre: „Grundsätze des organisatorischen Aufbaus“ von M. Tomski, die Broschüre „Die Grundsätze der Tarifpolitik“ von Schmidt und die Broschüre „Der Internationale Rat der Gewerkschaften und Produktionsverbände“, von A. Losowski. Die Broschüre Losowskis ist bereits in englischer Sprache in Norwegen erschienen und in England nachgedruckt. Die Broschüre des Gen. Tomski wird soeben in deutscher Sprache in Deutschland und in französischer Sprache in Rußland fertiggestellt. Die zweite Serie hat den Zweck, den westeuropäischen Leser mit der Geschichte und Praxis der einzelnen Produktionsverbände Sowjetrußlands bekanntzumachen. Typisch für die letztere ist eine Broschüre, die das Zentralkomitee des Metallarbeiterverbandes für den Internationalen Metallarbeiterkongreß herausgegeben hat. Um die Propagandamittel des Rates möglichst in vollem Umfang auszunutzen, wird allen Funktionären, die der Rat in die verschiedenen Länder entsendet, der Auftrag erteilt, die Materialien herauszugeben, für die an Ort und Stelle großer Bedarf vorliegt. So sind vom bevollmächtigten Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsrats, der auf den allgemeinen bulgarischen Gewerkschaftskongreß entsandt wurde, in Bulgarien vor kurzem zwei Broschüren herausgegeben worden: über den Internationalen Rat und über die Betriebsräte und die Arbeiterkontrolle. Ebenso hat die russische Gewerkschaftsdelegation, die Norwegen und Deutschland besuchte, eine bedeutende Anzahl von Broschüren und Flugblättern herausgegeben, besonders während ihres Aufenthalts in Berlin.

Die erst in allerletzter Zeit geschaffene Verbindungsabteilung ist hauptsächlich der technische Apparat zur Vorbereitung der bevorstehenden Internationalen Konferenz. Im Zusammenhang mit der neuen Taktik der gelben Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale aber ist der Ver-

bindungsabteilung auch noch eine andere Aufgabe erwachsen. Sie ist eine Folge von Schritten, die Amsterdam in letzter Zeit unternommen hat, um nicht nur gesamtstaatliche Zentralen der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch einzelne Produktionsvereinigungen in seinen Bannkreis hineinanzuziehen. Als Symptom für diese organisatorische Wendung in dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund dient der Beschluß der internationalen Konferenz der Arbeiter der chemischen Industrie, sich Amsterdam anzuschließen. Der Internationale Chemikerverband hat sich immer ausgezeichnet durch eine „Neigung — eine Art von Krankheit“ zum gewerkschaftlichen Stummsein, das von Amsterdam so trefflich verkörpert wird. Daher ist der Beschluß des Kongresses, zu dem die Vertreter der Zentrale des russischen Chemikerverbandes nicht gelangen konnten — dafür hat die holländische Regierung gesorgt, die den Pässen der russischen Delegierten das Visum verweigerte — an sich nichts Ungewöhnliches oder Unerwartetes. Aber er ist unstreitig symptomatisch, und er spricht für das Bestreben Amsterdams, auch die einzelnen Produktionsverbände in entschiedenster Weise seinem Einfluß zu unterwerfen. Diesem Bestreben muß unbedingt eine richtige Informierung der westeuropäischen Produktionsverbände über Natur und Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung entgegengestellt werden, und vor allem über Natur und Aufgaben der russischen Gewerkschaftsbewegung. Eine der furchtbarsten Waffen gegen die revolutionäre Bewegung, über die Amsterdam verfügt, die sehr ungenügenden Kenntnisse der westeuropäischen Arbeitermassen über die russische Bewegung. Amsterdam gründet seine Stellungnahme häufig auf böswillige Entstellung des Wesens der Gewerkschaftsbewegung in Sowjetrußland. Und um die Kraft dieser Argumente zu schwächen und dadurch unter den Füßen Amsterdams die sicherste Grundlage wegzuziehen, mußte die Verbindungsabteilung des Internationalen Gewerkschaftsrats ihren Namen rechtfertigen und die russischen Verbände mit den westeuropäischen verbinden. Das ist nun gegenwärtig von ihr durchgeführt worden.

Auf einer von der Abteilung einberufenen Sonderkonferenz von Vertretern der Zentralen der Produktionsverbände Rußlands wurde der Beschluß gefaßt, daß die Verbindungsabteilung sich den Beziehungen der einzelnen russischen Verbände mit den ausländischen Verbänden zu widmen habe. Die Konferenz setzte konkrete Formen des Kontakts sowohl mit der Verbindungsabteilung als auch mit den westeuropäischen Verbänden fest.

Im Leben des Internationalen Gewerkschaftsrats hat es in den letzten Monaten auch Ereignisse gegeben, die unmittelbar zur Arbeit des Internationalen Gewerkschaftsrats gehören, sich aber nicht völlig mit der Tätigkeit einer Abteilung decken. Dazu gehört vor allem die Ankunft verschiedener Delegationen, deren Bedeutung für die Herstellung leben-

diger Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung der verschiedenen Länder ungewöhnlich groß ist. Wenn durch die Ankunft der britischen Arbeiterdelegation im Mai 1920 die Idee der Schaffung eines neuen Mittelpunkts der internationalen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung konkrete Formen annahm, wenn das Eintreffen der Delegierten der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens die Möglichkeit gab, diese Idee organisatorisch zu gestalten, so hat das Eintreffen von Vertretern der Gewerkschaftsbewegung anderer Länder in den folgenden Monaten viel zur weiteren Festigung des Internationalen Gewerkschaftsrats und zur Ausarbeitung seiner Arbeitsmethoden beigetragen. Hervorgehoben werden muß in dieser Hinsicht der Besuch von Rusch, Czerny und Schumacher, der Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission.

Vor dem Besuch der Berliner Delegation in Rußland war der Internationale Gewerkschaftsrat mit Deutschland eigentlich loser verbunden, als mit irgend einem andern Lande. Allerdings hatte an den Konferenzen mit den Industrialisten und Syndikalistern, auf denen der Rahmen des Internationalen Rats durch den Einfluß der „Industriearbeiter der Welt“, der syndikalistischen Nationalen Arbeitsföderation Spaniens und ähnlicher Organisationen bedeutend erweitert wurde, auch Gen. Sturm teilgenommen und im Namen der deutschen Organisation revolutionärer Syndikalistern deren Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsrat erklärt. Aber in was für Zahlen man auch die Stärke der deutschen Syndikalistern ausdrücken mag, für die Gewerkschaftsbewegung in diesem Lande sind die syndikalistischen Tendenzen doch unstreitig ganz und gar nicht charakteristisch. Und dabei standen nicht nur die Gewerkschaften und ihre Zentralen, sondern sogar die Allgemeine Arbeiterunion und die „freien Vereinigungen“ Deutschlands in gar keinen Beziehungen zum Internationalen Rat. Somit blieb die Hauptmenge der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands außerhalb des Einflusses des Rats. Der Besuch von Rusch, Czerny und Schumacher verknüpfte den Internationalen Gewerkschaftsrat zum erstenmal mit den Organisationen dieser Grundmasse der deutschen Gewerkschaftler.

Es muß gesagt werden, daß die eingetroffene Delegation anfangs keineswegs einen günstigen Eindruck machte. Man fühlte, daß sowohl Rusch, als auch Czerny und Schumacher als „unvoreingenommene Richter“ nach Moskau gekommen waren, die berufen sind, die Sache der russischen Arbeiterklasse zu richten und zu verurteilen, daß sie weniger zur Anknüpfung von Beziehungen, als zu „Informationszwecken“ gekommen waren. Besonders deutlich fühlbar wurde dies am 10. September auf der gemeinsamen Sitzung der Delegierten mit dem Vorstand des Allrussischen Gewerkschaftsrats. Auf dieser Sitzung suchten Rusch, Czerny und Schumacher, besonders aber der erste, allen bestimmten Antworten auf die direkt gestellten Fragen nach dem Verhalten der Deutschen zum

Internationalen Rat, seinen Richtlinien und seiner Tätigkeit auszuweichen. Und nach der Sitzung lehnte Rusch sogar die Uebernahme der Verpflichtung ab, dem Internationalen Rat auch nur bei der Organisierung der Verbreitung von Literatur zu helfen. Es war also völlig klar, daß die Berliner Delegation gar nicht die Absicht hatte, sich während ihres Besuchs in Rußland irgendwie zu binden. Das rief seitens der bedeutendsten Gewerkschaftsvereinigung Rußlands, des Moskauer Gewerkschaftsrats, den Versuch hervor, das Tüpfelchen aufs i zu setzen und die Lage zu klären. „Leider“, heißt es im Brief an die Berliner Arbeiter, der vom Moskauer Rat verfaßt ist, „haben sich die Vertreter der Berliner Gewerkschaften, die auf unserem Gouvernementskongreß ihre Solidarität mit uns zum Ausdruck brachten, nicht entschlossen genug erwiesen, um die Frage des Eintritts in den Internationalen Gewerkschaftsrat endgültig zu entscheiden. Und nicht genug damit, daß sie aus rein formellen Erwägungen es nicht wagten, sich offiziell der Roten Gewerkschaftsinternationale anzuschließen, haben die Vertreter des Berliner Proletariats, gleichfalls aus formellen Motiven, den ihnen vom Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsrats, Gen. Tomski, gemachten Vorschlag abgelehnt, die Verbreitung der vom Internationalen Gewerkschaftsrat herausgegebenen Schriften unter den deutschen Arbeitern zu fördern. Es wird uns schwer, die platonische Sympathie und den allzu strengen, dem Augenblick keineswegs entsprechenden Formalismus der Berliner Gewerkschaften der Moskauer Roten Internationale und den russischen Gewerkschaften gegenüber zu begreifen“. Weiterhin sagt der Rat: „Wir leben in einer Zeit des erbittertsten Klassenkampfes. Die verfaulte bürgerliche Welt fühlt die Nähe ihres Untergangs, aber sie ist nicht gesonnen, kampfflos auf ihre Privilegien zu verzichten. Die Mehrzahl der Leiter der politischen Parteien und Gewerkschaften hat sich während des Krieges direkt oder indirekt auf die Seite des ärgsten Feindes der Arbeiterklasse — der Bourgeoisie — geschlagen. Unter solchen Umständen ist der Kampf der Arbeiterklasse, die ihren jahrhundertelangen Bedrückern den Todesstoß zu versetzen sucht, außerordentlich schwierig, und er wird noch mehr erschwert durch die Politik der alten Führer der Arbeiterorganisationen, die den revolutionären Plan der breiten Arbeitermassen vereiteln und ihn durch die Politik des Reformismus und der Verständigung mit der Bourgeoisie ersetzen. Im Augenblick der entscheidenden Klassenkämpfe braucht das Proletariat einen revolutionären Kampfstab, und daher besteht die Hauptaufgabe des Internationalen Gewerkschaftsrats im Zusammenschluß aller ehrlichen, revolutionären, zum Entscheidungskampf fähigen proletarischen Elemente, zur Schaffung des mächtigen Sturmbocks, der die noch immer feste Mauer des Kapitalismus durchstoßen wird. Um die Kapitalisten und ihre Diener, die Reformisten, zu besiegen, bedarf es des Zusammenschlusses aller

revolutionären Elemente der Gewerkschaftsbewegung. Die Unentschlossenheit des einen Teiles Eurer Führer ist für die Sache der Arbeiterrevolution ebenso verhängnisvoll, wie der Verrat des anderen. An Euch, revolutionäre Arbeiter Deutschlands, ist es, Euer gewichtiges Wort zu sagen — für Moskau oder für Amsterdam. Der Moskauer Gewerkschaftsrat ist überzeugt, daß Ihr durch Eure revolutionäre Entscheidung Eure Führer zwingen werdet, den Weg des revolutionären Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats zu gehen.

Allein trotz des Schwankens, das dieses Schreiben an die Berliner Arbeiter hervorgerufen hat, übte der Aufenthalt der Delegation in Moskau doch seinen Einfluß aus. Unentschlossenheit und Wankelmütigkeit zeigten Rusch, Czerny und Schumacher nur so lange, als sie in Moskau waren und sich verpflichtet fühlten, nach dem genauen Sinn des ihnen von der Berliner Gewerkschaftskommission erteilten Mandats zu handeln. Die Bekanntschaft mit der russischen Bewegung und mit dem Internationalen Rat machte aber auf sie einen tiefen Eindruck. Nach ihrer Rückkehr nach Berlin erklärten sie alle, auch Rusch nicht ausgenommen, der bis dahin dem rechten Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehört hatte, ihren Eintritt in die Kommunistische Partei, und jetzt arbeiten sie eifrig für die Propagierung der Ideen des Internationalen Gewerkschaftsrats.

Am 15. Oktober empfing der Internationale Gewerkschaftsrat eine zweite große Delegation — die Delegation der Tschechoslowaken und Rumänen. Diese Delegation zeichnete sich durch eine recht bunte Zusammensetzung aus, wie sie den aus dem Auslande eintreffenden Delegationen (der englischen, der italienischen usw.) überhaupt eigen ist. Ihr Vorsitzender, Genosse Dunder, und seine Gehilfen, Pollak und Pittak, traten eine Zeitlang mit aller Bestimmtheit für die Notwendigkeit der Bekämpfung der Sowjetmacht ein. Neben diesen Vertretern der äußersten Rechten gehörten der Delegation auch linke Elemente an. Der slowakische Teil der Delegation bestand ausschließlich aus letzteren. Auch die Ansichten der Rumänen zeichneten sich durch große Konsequenz aus. „Wir sind nicht im Zweifel darüber“, sagte ein Vertreter der rumänischen Delegation, „in welcher Richtung sich die Arbeiterbewegung bei uns in Rumänien entwickeln muß. Vor unserer Abreise stand die Einberufung sowohl eines Parteitags als auch eines Gewerkschaftskongresses bevor. Wir haben absichtlich beide Tagungen verschoben, um vorher einen Besuch in Rußland zu ermöglichen und hier die Frage des Eintritts in die III. Kommunistische Internationale und in den Internationalen Gewerkschaftsrat endgültig zu entscheiden. Wir sind über den Ausgang beider Tagungen völlig klar und haben gegenwärtig bereits die Vollmacht, diese Frage zu entscheiden. Wie konsequent die Stellungnahme der rumänischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist, erhellt

schon aus der Tatsache, daß sowohl die erstere, als auch die letzteren es abgelehnt haben, an der Washingtoner Konferenz des Arbeitsbüros beim Völkerbund irgendwie teilzunehmen. Ebenso haben die rumänischen Gewerkschaften es abgelehnt, in den Amsterdamer Gewerkschaftsbund einzutreten.“

Die herrschende Note in dieser Delegation war somit die Note der Solidarität mit der Arbeiterklasse Rußlands, und sie trat schon vom ersten Augenblick des Aufenthalts der Delegation in Moskau an klar hervor. Sogar der rechte Teil der Delegation sprach vor der Abreise in die Tschechoslowakei schon mit aller Bestimmtheit seine Bereitschaft aus, dem neuen Zentrum der revolutionären Elemente der Gewerkschaftsbewegung mit Wort und Tat beizustehen. Gen. Dunder z. B. übernahm die Verpflichtung, aktive Propaganda für den Eintritt der Gewerkschaften der gesamten tschechoslowakischen Bewegung in den Internationalen Rat zu betreiben.

Außer den Belägern, Tschechoslowaken und Rumänen besuchte auch noch eine ganze Reihe anderer Delegierter den Internationalen Rat Und jedesmal war das Ergebnis dasselbe: der Einfluß des Internationalen Gewerkschaftsrats wuchs, immer neue Organisationen traten in sein Bereich ein.

Ein anderer Umstand, der sich ebenfalls nicht mit der Tätigkeit irgend einer Abteilung des Rats deckt, aber in dem Kampfe, den der Internationale Gewerkschaftsrat gegen Amsterdam führt, völlig deutlich hervortritt, ist der gewaltige geistige Einfluß des neuen Zentrums der revolutionären Gewerkschaftsbewegung auf das westeuropäische Proletariat. Sogar das Fehlen einer unmittelbaren organisatorischen Verbindung bildet häufig kein wesentliches Hindernis. Organisatorisch verbunden war mit dem Rat weder der Kongreß der C. G. T. Frankreichs in Orleans, noch der kürzlich stattgehabte Kongreß der griechischen Gewerkschaften, noch der Kongreß der Gewerkschaftszentrale Bulgariens. Nichtsdestoweniger wurde auf jedem von diesen Kongressen der gewaltige moralische Einfluß des Rats ganz deutlich fühlbar. Auf dem Kongreß in Orleans trat bekanntlich eine feste, eng zusammengeschlossene Minderheit auf, die sich ganz bestimmt mit dem Internationalen Rat solidarisierte. Diese Minderheit schuf innerhalb der Konferenz eine eigene Organisation, die mehr als ein Drittel der Kongreßdelegierten vereinigte und Zellen der Minderheit in allen Verzweigungen der französischen Gewerkschaftsbewegung organisierte. Die griechischen Gewerkschaften sprachen sich einmütig für den Eintritt in die III. Internationale und für die Richtlinien aus, die der Internationale Gewerkschaftsrat angenommen hat. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Bulgarien endlich, auf dem die Begrüßung durch den Internationalen Gewerkschaftsrat einen Beifallssturm auslöste, sanktionierten die Gewerkschaften durch

den Mund ihrer Delegierten einmütig den Anschluß an die Moskauer Rote Gewerkschaftsinternationale.

Diese drei Episoden bilden keine Ausnahmen. Man braucht jetzt nur flüchtig die Gewerkschaftspresse Deutschlands, Frankreichs, Italiens usw. zu durchblättern, um sich davon zu überzeugen, wie akut jetzt in der Welt der Gewerkschaften die Frage „Amsterdam oder Moskau?“ ist und wie lebhaft sie erörtert wird. Es gibt keine Nummer, in der diese Frage nicht von den verschiedensten Standpunkten aus untersucht würde. Mitten in die Tiefe des Gewerkschaftslebens der ganzen Welt ist ein neues Gärungselement geworfen worden, und wenn das Ergebnis nicht immer und nicht in allen Fällen genügend klar geworden ist, so ist doch die Tatsache der begonnenen Gärung an sich das wichtigste Ergebnis, auf das der Internationale Gewerkschaftsrat am Ende des vierten Monats seines Bestehens hat rechnen können. Diese Gärung ist zugleich eine Rechtfertigung seiner Arbeit und ein Antrieb zu weiterer Arbeit.

W. Jarotzki.



DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG



Programm-Manifest des provisorischen Ausschusses der Kommunistischen Fraktion der Italienischen Sozialistischen Partei.

*An die Genossen und die Sektion
der Italienischen Sozialistischen Partei.*

Die dauernde Krise unserer Partei, die infolge der jüngsten Ereignisse in Italien und der Beschlüsse des 2. Kongresses der III. Internationale Eure Aufmerksamkeit aufs neue fesselt, verlangt angesichts des bevorstehenden Kongresses der Partei dringend den Zusammenschluß der linksstehenden Elemente, damit endlich ein Ausweg aus der unerträglichen, den Forderungen des revolutionären Kampfes des italienischen Proletariats widersprechenden Lage gefunden wird.

Wir sehen uns daher veranlaßt, die Initiative zu ergreifen zur Vorbereitung eines Zusammenschlusses aller Genossen, die die Notwendigkeit eingesehen haben, daß der Kongreß den Weg zur wahren und endgültigen Lösung dieses ernstesten Problemles weist.

Wir wollen uns hier über die gegenwärtige Lage in unserem Lande nicht verbreiten. Die Lage während des großen Weltkrieges und die Ereignisse der erregten Zeit nach dem Kriege liefern unzählige Beweise von der heillosen Zerrüttung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und deren Unfähigkeit, gegen die revolutionären Folgen ihrer eigenen inneren Zerrüttung anzukämpfen.

Andererseits wächst die aufrührerische Stimmung, die Erregung, die alle Schichten des Proletariats ergriffen hat, von Tag zu Tag und findet ihren Ausdruck in unausgesetzten Streiks, in angespanntem Klassenkampf, in der wenn auch unbestimmten Hoffnung, daß dieser Kampf mit dem endgültigen Sieg der proletarischen Revolution enden wird.

Obgleich die Bourgeoisie ihre eigene Machtlosigkeit gegenüber der Zerrüttung ihrer sozialen Ordnung wohl einsieht, spannt sie im Selbstschutz gegen den Angriff der revolutionären Massen ihre ganze Tatkraft an. Sie organisiert reguläre und irreguläre Truppen zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Sie greift zur hinterlistigen Politik scheinbarer Zugeständnisse und heuchlerischen Wohlwollens den Forderungen des Proletariats gegenüber.

Die die Tätigkeit des Proletariats leitenden Organisationen, deren Aufgabe der siegreiche Kampf gegen diese Politik der Unterstützung der bürgerlichen Ordnung sein sollte, haben schon zu wiederholten Malen mit voller Offensichtlichkeit gezeigt, daß sie für diese Rolle untauglich sind.

Die Gewerkschaftsorganisationen ziehen von Tag zu Tag immer größere Arbeitermassen heran. Während die Arbeiter mit ihren Aktionen und Streiks bezeugen, daß sie die Notwendigkeit fühlen, das Kampffeld zu erweitern und nach revolutionären Eroberungen zu streben, verleiht die Gewerkschaftsbürokratie der ganzen Tätigkeit den traditionellen Charakter einer eng gewerkschaftlichen Bewegung, indem sie sie in den Rahmen eines fruchtlosen Kampfes um die allmähliche Aufbesserung der Lebenshaltung des Proletariats einzwängt.

Auch die politische Partei der Arbeiterklasse, die Sozialistische Partei, die sich zur Aufgabe machen sollte, die gesamte revolutionäre Tatkraft des Proletariats in sich aufzusaugen, den Kampfmethoden zur Erreichung der höchsten Ziele des Kommunismus einen neuen Charakter und eine neue Richtung zu geben, hat sich für ihre Rolle untauglich erwiesen.

Die Mehrheit der Partei glaubte durch die Annahme des neuen maximalistischen Programms des Kongresses von Bologna und den Beitritt zur Moskauer Internationale das geschichtliche Problem

schon gelöst zu haben, das nach dem Ende des Weltkrieges allorts zwei einander entgegengesetzte Grundsätze des proletarischen Kampfes enthüllt hat: den sozialdemokratischen Grundsatz, der durch den Schiffbruch der II. Internationale und die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie mit Schmach bedeckt wurde, und den „kommunistischen“ Grundsatz. Der letztere stützt sich auf die unverfälschte marxistische Theorie und die ruhmreiche Erfahrung der russischen Revolution, die eine neue Internationale gegründet und die revolutionären Losungen des unversöhnlichen Kampfes zum Sturz der bürgerlichen Macht, für die Diktatur des Proletariats und die Macht der Arbeiterräte in die Reihen des Proletariats geworfen hat.

Tatsächlich aber begriff die Partei nicht — vielleicht weil sie sich von der gerechten Genugtuung hinreißen ließ, daß ihre Haltung während des Krieges sich so sehr von der Haltung der anderen Parteien der II. Internationale unterschied — sie begriff nicht oder konnte es möglicherweise zu jener Zeit nicht begreifen, daß die formelle Abänderung des Programms durch eine tiefgehende Erneuerung der Struktur und Tätigkeit der Partei ergänzt werden mußte.

Die darauffolgenden Ereignisse — es erübrigt sich hier, bei ihnen zu verweilen — zeigten, wie weit die Partei davon entfernt war, den revolutionären Aufgaben, die die Geschichte ihr gestellt hatte, gerecht zu werden.

Die Partei nahm keine wesentlichen Änderungen in ihrer Politik vor; ihre Tätigkeit, besonders im Parlament, die die traditionellen Methoden der Vorkriegszeit wieder aufleben ließ, kam der bürgerlichen Regierung oft sehr gelegen.

In Augenblicken, die rasche Entscheidung erforderten, blieben Leute mit veralteten Ansichten Herren der Lage. Die Partei verstand es nicht, die Gewerkschaftstätigkeit ihren Händen zu entreißen und kehrte zu den alten Methoden des Kompromisses und der Verständigung zurück. Die enttäuschten proletarischen Massen warfen sich daher zum Teil anderen revolutionären Strömungen, wie z. B. den Syndikalisten und den Anarchisten, in die Arme. Mit der syndikalistisch - anarchistischen Theorie des revolutionären Prozesses können die Kommunisten sich natürlich nicht einverstanden erklären. Die Kritik an der Stellungnahme der Sozialistischen

Partei, die zu den revolutionären Anforderungen der Jetztzeit und selbst zu den Erklärungen der Führer der Partei in so krassem Widerspruch steht, muß jedoch als berechtigt anerkannt werden.

Alle hier erwähnten Grundsätze und noch viele andere, auf die die linksgerichteten Elemente der Partei wiederholt bei verschiedenen Anlässen hingewiesen haben, machen die Partei unfähig, die ihr gestellten Aufgaben zu verwirklichen. Von diesen Erwägungen geleitet, beschloß der Moskauer Kongreß der Internationale, nachdem er die Forderungen der linken Strömungen der italienischen Delegation angehört hatte, die Frage der Erneuerung unserer Partei fest und unzweideutig zu stellen und setzte die Grundlage fest, auf der unser bevorstehender Kongreß zur Ausführung dieser Aufgabe schreiten kann.

Welche Aufgaben hat also der bevorstehende Kongreß? Welche Ziele müssen wir uns stecken, wenn wir wünschen, daß der Kongreß, ohne mit unnützen Wortgefechten und diplomatischen Kulissenmanövern Zeit zu vergeuden, entschlossen zum Kampf mit der Gefahr schreitet, die unsere Partei zersetzt, und Mittel zu ihrer Beseitigung findet? Wir nehmen an, daß diese Ziele und Aufgaben allen Genossen, die nicht nur die Grundprinzipien des Kommunismus teilen, sondern auch für die tatkräftigste Anwendung der Moskauer Beschlüsse auf den Bestand und die Tätigkeit der Partei eintreten, gemeinsam sein werden.

Diese Beschlüsse werden die gemeinsamen Aktionsrichtlinien aller linken Gruppen und Strömungen bilden, die, wenn sie auch in einigen theoretischen und praktischen Einzelfragen unstimmig sein mögen, doch einig sind in ihrer kritischen Haltung zu der vom revolutionären Standpunkt aus unbefriedigenden Tätigkeit der Partei.

Das Aktionsprogramm, das wir zum bevorstehenden Kongreß vorschlagen, kann unserer Ansicht nach in folgenden Leitsätzen zusammengefaßt werden:

1. Namensänderung der Partei in „Kommunistische Partei Italiens“ („Sektion der Kommunistischen Internationale“).

2. Umarbeitung des Bolognaer Programms. Einzelne Punkte müssen mit den Grundsätzen der III. Internationale mehr in Einklang gebracht werden, damit es aufs neue dem sozialdemokrati-

schen Programm des rechten Flügels der Partei entgegengestellt werden kann.

3. Konsequenter und formeller Ausschluß aller Mitglieder und Organisationen aus der Partei, die sich durch Abstimmung in den Sektionen und auf dem Kongreß oder auf anderem Wege als Gegner des kommunistischen Programms erklärt haben oder erklären werden.

4. Aenderung des inneren Statuts der Partei: Einschließung des Grundsatzes der einheitlichen Struktur der Partei, der Zentralisation und Disziplin, die die notwendige Grundlage der Organisation einer kommunistischen Partei bilden. Unter anderen Reformen muß das System der vorherigen Kandidatur für neue Mitglieder der Partei und das System der periodischen Neuregistrierung aller Mitglieder eingeführt werden. Die erste Maßnahme muß unverzüglich nach dem Kongreß getroffen werden.

5. Auferlegung der Verpflichtung für alle Mitglieder der Partei, gegenüber allen taktischen Beschlüssen internationaler und nationaler Kongresse volle Aktionsdisziplin zu beobachten. Die Kontrolle hierüber wird einem besonderen, von dem Kongreß zu ernennenden Bevollmächtigten des Zentralkomitees übertragen.

6. Die Tätigkeit der Partei muß auf die Verwirklichung der von dem Moskauer Kongreß niedergelegten Grundsätze gerichtet sein, die in ihren Hauptzügen folgendermaßen zusammengefaßt werden können:

a) Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes (azione insurrezionale). Hierzu Ausnutzung aller Möglichkeiten legaler Propaganda und gleichzeitige Organisation systematischer illegaler Arbeit zur Verwirklichung aller notwendigen Vorbereitungen zum Aufstand und zu dessen Sicherung durch materielle Mittel.

b) Organisation von kommunistischen, mit der Parteiorganisation verbundenen Zellen in sämtlichen Gewerkschaften, Verbänden, Genossenschaften, Fabrikunternehmen usw. zu Propagandazwecken, um diese Organisationen zu erobern und die Revolution vorzubereiten.

c) Tätigkeit in den wirtschaftlichen Organisationen zur Uebernahme ihrer Führung durch die Kommunistische Partei. Veröffent-

lichung eines Aufrufs an alle außerhalb der Allgemeinen Konföderation der Arbeit stehenden revolutionären proletarischen Organisationen mit der Aufforderung, der Konföderation beizutreten, um den Kampf der Kommunisten gegen die gegenwärtige Richtung und die jetzigen Führer der Konföderation zu unterstützen. Lossagung von dem sozialdemokratischen Grundsatz der Gleichberechtigung der Gewerkschaften und der Partei und von dem in diesem Geiste geschlossenen Vertrag zwischen der Partei und der Konföderation; dessen Ersetzung durch tatsächliche Kontrolle der Kommunistischen Partei über die wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats. Die Kontrolle wird durch die disziplinierte Unterordnung der in den Gewerkschaften tätigen Kommunisten unter die führenden Organe der Partei verwirklicht. Unmittelbar nach der Unterstellung der Konföderation unter die Führung der Kommunistischen Partei Lossagung der Konföderation von dem gelben Amsterdamer Sekretariat und Anschluß an die gewerkschaftliche Abteilung der Kommunistischen Internationale auf der von den Statuten der letzteren vorgesehenen Grundlage.

d) Kampf um die Eroberung der Führung in der genossenschaftlichen Bewegung durch die Kommunistische Partei, um die Bewegung von dem gegenwärtigen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einfluß zu befreien und sie mit der revolutionären Klassenbewegung des Proletariats solidarisch zu gestalten.

e) Beteiligung an politischen und administrativen Wahlen auf ganz anderer Grundlage als der der früheren sozialdemokratischen Praxis zwecks Entwicklung revolutionärer Propaganda und Agitation und Beschleunigung der Zersetzung der bürgerlichen Organe der Demokratie. Prüfung des Personalbestandes der Parteifractionen, in Kommunal-, Provinzialräten und im Parlament durch Parteiorgane unter Leitung der Zentrale der Partei mit dem Recht, diese Parteifractionen aufzulösen. Leitung und Kontrolle der Zentrale über die Tätigkeit der Fraktionen, die erhalten bleiben.

Die Parlamentsgruppe wird als ein Organ betrachtet, das bestimmt ist, eine besondere taktische Funktion nach Anweisungen des Parteizentrums auszuüben. Das Recht, in Fragen, die die allge-

meine Politik der Partei berühren, als entscheidendes Organ aufzutreten, wird ihr genommen.

7. Kontrolle der gesamten Agitationstätigkeit durch die Zentralorgane und insbesondere Unterstellung der ganzen Parteipresse unter die Parteidisziplin. Die Redaktionskollegien und die Vorstände der Parteiorgane werden von der Parteizentrale bestätigt oder ernannt werden. Sie wird die Tätigkeit der Kollegien und Vorstände auf die politischen Beschlüsse der Kongresse hin kontrollieren.

8. Enge Verbindung mit der Jugendbewegung laut den in den Statuten der Kommunistischen Internationale vorgesehenen Grundsätzen. Verstärkung der Propaganda unter den Frauen.

Wir sind überzeugt, daß alle Kommunisten das Aktionsprogramm, das wir in allgemeinen Umrissen niedergelegt haben, billigen und durch weitgehende Agitation und Organisation aller Kräfte, die sich auf unseren Boden stellen, dem Programm auf dem bevorstehenden Parteitage zum Siege verhelfen werden.

Und nun an die Arbeit, Genossen, damit die Sache der kommunistischen Revolution über die verfälschte unitarische Sentimentalität und über kleinliche persönliche Erwägungen triumphiert!

*Der provisorische Ausschuß
der Kommunistischen Fraktion.*

*Nicola Bombacci, Armadeo, Amadeo Bordiga,
Bruno Forticchieffari, Antonio Gramsci, Francesco Misiano,
Luiggi Polano, Luiggi Repossi, Humberto Terraccini.*

Milano, Oktober 1920.



An das Proletariat von Europa und Amerika!

*An das Proletariat der siegreichen kapitalistischen
Staaten!*

An das französische und englische Proletariat!

Das Gespenst einer furchtbaren Anklage starrt Euch an, Proletarier des Westens! Hunderttausende von Leichen der finnischen, der ukrainischen, der bayrischen, der ungarischen und der an den Fronten der Gegenrevolution seit Jahren verblutenden russischen Arbeiter haben sich zu einer ungeheuren Pyramide aufgetürmt, und das stille Volk dieses neuen babylonischen Turmes versteht einander sehr wohl, denn sie sind für die Proletarier aller Länder, für die Freiheit der Arbeitenden und für den Sozialismus gestorben; Euch aber, Proletarier des Westens, verstehen sie nicht! Sie verstehen Euren Gleichmut nicht, die Ruhe, mit der Ihr den Kampf auf Leben und Tod des von einem eisernen Ringe umgebenen östlichen Proletariats betrachtet.

Seht Ihr nicht, was vorgeht?

Der westliche Kapitalismus, Eure Bourgeoisie, legt jetzt im Osten ihren großen Friedhof an. Sie hat in Ungarn Tausende von Galgen errichtet, sie feuert die Kugeln nach den Herzen ungarischer Genossen, sie zahlt ihre Prätorianergarden, denen sie unerbittliche und pünktlich ausgeführte Morde befiehlt. Jetzt bereitet sie eine Ausdehnung dieser Methoden vor. Der westliche Kapitalismus spornt das gespenstische Roß der deutschen, der tschechoslowakischen, der österreichischen, der bayrischen und balkanischen monarchistischen Gegenrevolution immer mehr an und will das sichere Ausbeutungssystem des weißen Terrors auf ganz Mitteleuropa und den Balkan ausdehnen.

Unersättlich wie er ist, will er die besiegten Länder verschlingen, nachdem er sie durch neue Sklaverei genießbarer gemacht

hat. Doch er irrt. Er erweckt das Aas nicht zum Leben. Wer von dessen verwestem Leibe kostet, der stirbt daran.

Jetzt ist an Ungarn die Reihe. Den zu Boden geschlagenen proletarischen Riesen haben Würmer bedeckt und nagen ihn blutig. Lustig wimmeln auf ihm die blutrünstigen sadistischen Bestien der Bourgeoisiekanailles. Die Geschichte wiederholt sich. Die Greuel der Pariser Kommune sind tausendfach auferstanden. Die ungarische Erde ist schlüpfrig von Arbeiterblut, und die Schlinge, die unseren Genossen um den Hals gelegt ist, hält höhnisch lachend die mörderische ungarische Herrenklasse in der Hand, der das Todesröcheln der für den Sozialismus sterbenden Arbeiter wie Musik in den Ohren klingt.

Und doch: zertrat damals der in höchster Kraft blühende Kapitalismus das junge Pflänzchen des Sozialismus, so würgt jetzt die siegreich wachsende proletarische Revolution, dieser junge Herkules, die Schlange in seiner Wiege. Jenes war die Tragödie der Arbeiterklasse, dies sind die Todeszuckungen der kapitalistischen Restauration.

Doch Ihr wollt nicht verstehen!

Einst werdet Ihr es verstehen, wenn auch Euer Blut in Strömen rinnt, wenn das verreckende Ungeheuer auch in Euer Fleisch beißen wird. Mit uns will es rasch fertig werden, damit es sich um so schneller auf Euch stürzen kann. Es handelt sich um nichts Geringeres, als um die Sicherung der kapitalistischen Ausbeutung, wenn es nicht anders geht, um den Preis des Lebens von hundert- und aberhunderttausend Sozialisten. Darunter werdet auch Ihr sein!

Ihr aber wollt das nicht verstehen.

Noch immer seht Ihr ruhig zu, wie man Sowjetrußland in seinem Blute erstickern will.

Als das ungarische Proletariat zur Befreiung der Arbeiterklasse der Welt und zur Rettung der in Barbarei versinkenden Zivilisation einen Kampf auf Leben und Tod inmitten des mörderischen Ringens der kapitalistischen Mächte kämpfte, habt Ihr Euch nicht um uns gekümmert. Der für den 21. Juli 1919 geplante große allgemeine Streik zugunsten der ungarischen Sowjetrepublik — zu einem Zeit-

punkt, da wir schon auf den Knien, sozusagen mit Zähnen und Krallen kämpften — dieser so sehnsüchtig wie eine Erlösung erwartete Streik wurde ein Nagel zum Sarge der ungarischen Proletariendiktatur.

Zähnefletschend warf sich die ungarische Bourgeoisie auf uns, die auch heute noch das Schoßkind der Entente ist. Es begann der in der Weltgeschichte beispiellos dastehende Kalvarienweg, das unbeschreibliche Martyrium der ungarischen Arbeiterklasse.

Ihr habt protestiert! Allerdings! In strengen Zeitungsartikeln habt Ihr den weißen Terror verurteilt und diplomatische Interventionen vorgeschlagen, als deren Resultat das Diplomatenkorps der Entente in Galauniform bei der Massenhinrichtung unserer besten Genossen erschien. Ihr wart empört, als Ihr hörte, daß Frauen mit scharf geschliffenen Säbeln vergewaltigt wurden, daß man unseren Genossen Nadeln unter die Nägel trieb, daß man sie mit glühendem Eisen versengte, sie ihre Exkremente auflecken ließ, sie kreuzigte wie Jesus Christus — ihre Geschlechtsteile zerschlug, ihre Augen aufstieß, sie lebendig begrub... Ihr wart empört, Ihr habt auch den Kopf geschüttelt, ja es ist sogar zu Reden und Interpellationen im Parlament gekommen und mittlerweile hat man unsere besten Genossen gemordet, gemordet, gemordet, und hört es: man mordet... mordet... mordet sie noch immer und quält sie immer noch auf unmenschliche Art.

Dies rufen wir, schreien wir, brüllen wir Euch in die tauben Ohren: unter fürchterlichen Martern mordet man sie noch immer!

Von den vielen namenlosen Helden, die in letzter Zeit zum Opfer gefallen sind, soll jetzt nicht die Rede sein, nur einen entsetzlichen Fall wollen wir erwähnen. Der Internationale Postbeamtenverband hat den Kampf mit Horthy aufgenommen und einen seiner tapfersten Vorkämpfer, Oskar Lévai, der in Ungarn die Postbeamten organisiert hat, zu retten versucht. Vor viereinhalb Monaten wurde er zum Tode verurteilt, viereinhalb Monate lang hielt man ihn, an vierzigpfündige Ketten geschmiedet, in der Armensünderzelle, und erst kürzlich wurde er gehängt.

Der Prozeß der zehn ehemaligen Volkskommissare ist seit zwei einhalb Monaten im Gange, und es werden die krampfhaftesten Anstrengungen gemacht, um das Todesurteil irgendwie zu begründen. Das Todesurteil, das die richterlichen Schergen fällen werden, ist schon heute fertig. Die Verteidigung ist bereits unmöglich gemacht dadurch, daß man die Verteidiger beschuldigt, sie hätten von ausländischen Kommunisten Geld erhalten.

Aus der Tatsache, daß Ihr Geld geschickt habt, um die Eingekerkerten und deren Familien zu unterstützen, will der weiße Terror den Gefangenen einen Strick drehen.

Und hört: dieser Strick ist schon gedreht, zahlreiche unserer Genossen sind schon ermordet oder eingesperrt, weil sie dieses Geld den hungernden und darbenden Familien der Eingekerkerten zu bringen versuchten.

Da dieses Geld, wenn wir es auf offiziellem Wege den Unglücklichen geschickt hätten, gestohlen worden wäre, entschlossen sich ein paar Genossen — Leute, die jeder Politik fernstanden — den unglücklichen Familien, die die weißen Henkersknechte aus ihren Wohnungen hinausgeworfen und ins jämmerlichste Elend gestoßen hatten, diese Unterstützung persönlich nach Ungarn zu bringen. Sie wurden gefangen, mehrere von ihnen im Gefängnis umgebracht und die übrigen auf das gräßlichste gequält, um von ihnen das Geständnis der Teilnahme an einer kommunistischen Verschwörung zu erpressen.

Verhaftet wurden ferner auch jene, die unsere Unterstützung empfangen hatten: die Frauen, ja sogar die kleinen Kinder der hingerichteten oder eingekerkerten Genossen.

Die Zahl der in dieser Angelegenheit Verhafteten beträgt beinahe hundert, und die meisten von ihnen sollen hingerichtet werden, nur weil sie hungernden Frauen und Kindern Euer Geld bringen wollten.

So mordet man also auch noch heute, Arbeiter der Entente, und

Ihr betrachtet noch immer ruhig dieses Toben einer sadistischen Horde auf dem gefesselten Körper des ungarischen Proletariats?

Handelt! Handelt! Handelt!

Ihr wißt zu handeln, wenn es sein muß! Wir denken an den Fall Ferrers, als dem Leben eines bürgerlichen Freidenkers zuliebe in drei großen Ländern alles außer Rand und Band geriet; wir denken an die Affäre Dreyfus, als Ihr die an einem reichen Juden begangene Ungerechtigkeit gutmachen halft und durch große Aktionen die bürgerliche Demokratie schütztet, damit diese gesund und kräftig zum Krieg rüsten könne.

Ihr wißt zu handeln, wenn Ihr wollt! Nur für ein blutendes, bis zur Bewußtlosigkeit gequältes, gemartertes Proletariat solltet Ihr nicht zu handeln wissen?

Handelt! Handelt! Handelt!

Dies brüllen und donnern wir Euch in die tauben Ohren! Handelt zum besten unsere noch lebenden, aber schon zum Richtplatz geschleppten Genossen und rettet sie!

Schert Euch jetzt nicht um Eure kleinlichen Sorgen. Nicht einmal um die Lohnerhöhung. Bald wird Euch ja doch alles gehören! Kümmert Euch lieber um das blutende russische, um das zu Tode gemarterte ungarische und das dem Scharfrichter schon jetzt geweihte mitteleuropäische Proletariat.

Es ist heute sehr wohl eine Aktion denkbar, die die französische Diplomatie und den französischen Militarismus, sowie das monströse Kind dieses monströsen Paares: die französische Außenpolitik zermalmt.

Ne mit unseren Aufruf ernst! Veröffentlicht ihn an der Spitze Eurer Blätter, jede politische und Arbeiterorganisation verhandle über ihn, fasse Beschlüsse in dieser Frage! Handelt, handelt!

Genug der parlamentarischen Reden, der Zeitungsartikel, der Versammlungen und Telegramme!

Habt Ihr bereits die Mauer der Föderierten vergessen?

Der weiße Terror in Ungarn, die russische Front, die deutsche Revolution, die sieghaft die Schwingen regt: wahrlich, die Zeit zum Handeln ist gekommen!

Rettet das Leben unserer todgeweihten Genossen aus der Hölle des weißen Terrors, rettet die Proletarierrevolution, rettet Eure eigene Zukunft, die glückliche Zukunft der ganzen Menschheit!

Handelt! Handelt! Handelt!

Kommunistische Partei Ungarns.

Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Finnlands.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands ist eine Partei des proletarischen Klassenkampfes. Ihr Programm besteht in der Vernichtung des Kapitalismus und in dem Aufbau der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage.

Dies Programm ist keine Erfindung. Es ist jetzt das, wenn auch manchmal nicht ganz klar anerkannte Programm des Klassenkampfes des gesamten Weltproletariats. Es beruht auf dem Prozeß der unvermeidlichen geschichtlichen Entwicklung, deren Charakter und Richtung Karl Marx als erster wissenschaftlich feststellte.

Die kapitalistische Ausbeutung ist in den meisten Kulturländern schon längst zur Grundlage der staatlichen und allgemein sozialen Klasseneinteilung geworden. Je mehr für den Absatzmarkt produziert wurde, je mehr die Technik um sich griff, desto stärker wurde die Zusammenballung der Produktionsmittel in den Händen weniger großer Unternehmer, desto größere Volksmassen kamen in eine wirtschaftliche Lage, die sie zwang, ihre Arbeitskraft zeitweilig oder ständig zu verkaufen, d. h. als Lohnsklaven bei den Kapitalisten zu arbeiten und den Mehrwert für die besitzenden Klassen zu schaffen und anzuhäufen.

Das Gebiet der kapitalistischen Produktion dehnte sich mit der Entwicklung der Technik immer mehr aus. Die kleinen Produzenten wurden von den großen Unternehmen massenweise ihrer Selbständigkeit beraubt, wobei sie teils ins Lohnsklaventum, teils in indirekte, aber dennoch mehr oder minder schwere Abhängigkeit von den Magnaten des Kapitals gerieten.

Gleichzeitig wurde der Bedarf an Arbeitskraft für die Warenproduktion und den Warenaustausch durch die Entwicklung der Technik verhältnismäßig verringert. Die Kapitalisten erhielten die Möglichkeit,

lebendige Menschenkraft durch Maschinen, die vollwertige Arbeitskraft des Mannes durch die Arbeit schwacher Frauen und Kinder zu ersetzen. Auf diese Weise blieben der Bedarf und die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft bedeutend hinter dem gewaltigen Wachstum der Produktion zurück. Die Ausbeutung nahm ihren Fortgang. Die Abhängigkeit der Lohnarbeiter von dem stetig anwachsenden Kapital wurde immer unerträglicher; den Werktätigen fiel ein immer kleinerer Teil der durch ihre Arbeit geschaffenen Reichtümer zu; ja, dieser Teil war so verschwindend klein, daß der Unterhalt von Sklaven den Kapitalisten mehr gekostet hätte.

Das rasche Wachstum der Produktion in den bürgerlichen Ländern und ihr Wettbewerb auf dem Weltmarkt erschwerten den Warenumsatz. Freilich litt der größte Teil der Bevölkerung unter einem ständigen Mangel selbst an den notwendigsten Bedarfsartikeln, vom Standpunkt der Vergrößerung des kapitalistischen Profits aber wurde die Produktion zur Ueberproduktion, die sich von Zeit zu Zeit in industriellen Krisen und in darauffolgendem Stillstand des Industriebens äußerte. Die Krisen ruinierten die kleinen Erzeuger noch mehr, führten zu noch größerer Zusammenschweißung des Kapitals in den Händen weniger, verstärkten noch die Abhängigkeit der Lohnarbeiter vom Kapital und dessen Raubgelüsten.

Die Vervollkommnung der Technik, die an und für sich eine Hebung der Produktivität und eine Vergrößerung der allgemeinen Reichtümer bedeutet, führte somit in der bürgerlichen Gesellschaft bloß zur unvermeidlichen Verschärfung der Klassegegensätze, zur Verbreiterung des Abgrundes zwischen den besitzenden und den besitzlosen Klassen, zu vergrößertem Luxus und Hochmut der Reichen, während unter dem Proletariat Armut und Arbeitslosigkeit überhand nahmen.

Schließlich wurde die kapitalistische Produktionsmethode selbst der Entwicklung der Technik und dem Anwachsen der Produktionskräfte überhaupt zum Hindernis. Der freie Wettbewerb, unter dem die Produktionsfähigkeit sich entwickeln konnte, erwies sich stark behindert, als infolge der Zentralisation der Produktion und der Anhäufung des Kapitals in wenigen Händen machtvolle kapitalistische Monopolverbände, Syndikate und Trusts entstanden. Durch ihre Vereinigung mit den Großbanken erhielten sie eine überwiegende Bedeutung im wirtschaftlichen Leben und nahmen in vielen der wichtigsten Produktionszweige eine hervorragende Machtstellung ein. Zugleich mit ihnen setzte die Epoche des Finanzkapitals ein, die die kapitalistischen Staaten in politischer Hinsicht zu dem imperialistischen Bestreben einer Erweiterung ihres Machtbereichs führte. Wenngleich die Syndikate und Trusts auch internationale Verbindungen schufen, die die Welt in wirtschaftlicher Hinsicht untereinander aufteilten, so trug dies doch nicht zur Besserung der

gegenseitigen Beziehungen unter den einzelnen Staaten bei. Der Kampf um auswärtige Absatzmärkte und Kapitalanlagegebiete, um Rohstoffe und Arbeitskräfte spitzte sich immer mehr zu und entwickelte sich zum Kampf der Großmächte um die Weltherrschaft und die Beherrschung der kleinen Völker. Das Endergebnis war der große imperialistische Krieg 1914—1918, in dem der von Deutschland geführte Staatenbund geschlagen wurde, während die Entente unter Englands Führung als Siegerin hervorging.

Es ist jedoch fraglich, ob die bürgerlichen Staaten diesem riesenhaften Kampf überhaupt je durch einen Frieden ein Ende machen können. Schon während des Krieges begann eine Reihe großer revolutionärer Kämpfe, unter denen der Klassenkampf des Proletariats um die Niederreißung der kapitalistischen Ordnung die Hauptrolle spielte.

Je mehr die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sich verschärften, umso mehr stieg auch die Unzufriedenheit der ausgebeuteten Massen. Das Proletariat wuchs zahlenmäßig; es nahm an Organisation und Kraft zu und der proletarische Klassenkampf verschärfte sich in allen kapitalistischen Ländern.

Die Entwicklung des Kapitalismus schuf gleichzeitig die materielle Grundlage zur Ersetzung der kapitalistischen Produktionsweise durch eine höhere sozialistische, d. h. sie machte die soziale Revolution möglich, die wiederum zur ungehinderten Entwicklung der Produktionskräfte und zur Befreiung des Proletariats von jeder Ausbeutung führen wird.

Der wirtschaftliche Apparat war schon vorbereitet. Die Syndikate und Trusts, sowie der staatliche und der Weltkapitalismus hatten diesen Apparat auf das höchste ausgebaut. Zudem erfuhr er während des Krieges eine außerordentliche Zentralisation und nahm die Form des Staatskapitalismus an, so daß die Rückkehr zur früheren Ordnung des Privatkapitals und der freien Konkurrenz nur noch durch gewaltige Erschütterungen möglich ist.

Aber nicht bloß dies: die Krise, die schon längst im Kapitalismus herangereift war, spitzte sich während des Krieges und als dessen Folge zu, sie dehnte sich über die ganze Welt aus und konnte nicht mehr beseitigt werden. Die ganze kapitalistische Wirtschaft geriet in Verfall. Die Preise gingen gewaltig in die Höhe, das vollwertige Geld wurde aus dem Umsatz gezogen, die Staaten waren nicht mehr imstande, die riesigen Massen Papiergeldes, das sie herausgegeben hatten, einzulösen. Nun hat die werktätige Mehrheit aller Völker unter der Teuerung zu leiden. Anstatt der Schaffung von Werten ist jede Art von Betrug zur vorteilhaftesten Form der kapitalistischen Bereicherung geworden. Die Unterjochung der Arbeiter durch die Verbände der Ausbeuter, ihre Knechtung durch den Staat haben die bisherigen For-

men des wirtschaftlichen und politischen Kampfes des Proletariats nutzlos gemacht.

Alles das und auch die ungeheuren Verheerungen, die der imperialistische Krieg angerichtet hat, haben die geschichtliche Notwendigkeit, den Kapitalismus zu stürzen, damit die Gesellschaft zur sozialistischen Wirtschaft übergehen kann, noch näher herangerückt.

Der Ausdruck dieser geschichtlichen Entwicklung ist die Sowjetbewegung des Weltproletariats.

In Rußland steht diese kraftvolle Bewegung schon seit Oktober 1917 siegreich an der Macht und führt heldenmütig den größten revolutionären Kampf, den die Welt je gesehen hat, gegen alle inneren und alle machtvollen äußeren Feinde Sowjetrußlands.

Auch in allen anderen Ländern hat der Gedanke des sozialistischen Systems der Arbeiterräte im Laufe einer kurzen Zeitspanne die weitgehendste Unterstützung der proletarischen Massen gefunden. Je mehr die Arbeiterklasse eines jeden Landes in ihrem Klassenkampf dem Siege näher rückt, um so klarer wird es, daß die Sowjetmacht die Form ist, durch die das Proletariat die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine freie, werktätige, klassenlose, sozialistische Gemeinschaft vollziehen wird.

Die III. Internationale, die im März 1919 in der Hauptstadt der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik gegründet wurde, ist das internationale Bindeglied der marxistischen Arbeiterbewegung, die die Sowjetmacht unterstützt. Schon umfaßt sie den lebensfähigsten Teil der sich zum Klassenkampf bekennenden Arbeiterorganisationen, die sozialistischen und kommunistischen Arbeiterparteien vieler Länder, und allorts wächst die Zahl ihrer Anhänger in raschem Tempo.

Die II. Internationale hat sich inzwischen rettungslos zersetzt; sie ist zu einem weißen Verbandsverband geworden, der den Klassenfeinden der Werktätigen Beistand leistet. Schon beim Ausbruch des imperialistischen Weltkrieges zeigte es sich, daß die Führerschaft der früheren Arbeiterbewegung während der langen Herrschaft des Kapitals in den meisten Ländern in Verfall geraten war und sich dermaßen verbürgerlicht hatte, daß sie bereit war, unter dem falschen Aushängeschild der Vaterlandsverteidigung die Kriegführung ihrer Regierungen und die raubgierigen Pläne ihrer raubgierigen Bourgeoisie zu unterstützen. Später verfielen die rechten Elemente der Arbeiterbewegung in einigen Ländern dermaßen dem Ränkespiel der gegenrevolutionären Bourgeoisie, daß sie sich sogar zu einem bewaffneten Widerstand gegen den sozialistischen Klassenkampf des Proletariats hergaben. Außer diesen weißen Verrätern und Feinden der Arbeiterbewegung ist heute fast niemand mehr in der II. Internationale verblieben. Selbst die noch schwankenden, eine Zwischenstellung einnehmenden Arbeiterparteien haben sich von

diesem schwachvollen Verbande der Helfershelfer der Bourgeoisie losgesagt und werden unter dem Druck der klassenbewußten proletarischen Massen früher oder später zweifelsohne gezwungen sein, in die Reihen der Kämpfer des Weltproletariats einzutreten.

Zum Siege der proletarischen Weltrevolution bedarf es des vollen gegenseitigen Vertrauens der Arbeiterklassen der meistentwickelten Länder, einer engen brüderlichen Vereinigung unter ihnen und eines möglichst einheitlichen Vorgehens. Um dies zu erreichen, muß erbarmungslos gegen die bürgerliche Verwässerung des Sozialismus angekämpft werden, die auch unter den Spitzen der Sozialdemokratischen Partei Finnlands besteht, die bestrebt ist, die Arbeiterklasse durch parlamentarische Machenschaften zur Teilnahme an der Regierung zu bewegen, sie auf die Seite des Staatssozialismus und der weißen Staatsordnung überhaupt zu ziehen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands will nicht, daß das Proletariat sich von dem roten Banner, von der sozialen Arbeiteridee, von den Zielen der proletarischen Demokratie lossage, die von den proletarischen Massen dieses Landes auch schon früher als Leitstern ihres Klassenkampfes anerkannt wurden. Dieses Banner, diese Idee, diese Ziele müssen von bürgerlichen Verhunzungen rein gehalten werden. Die Lehre von Marx, die die geistige Grundlage der III. Internationale bildet, muß der Arbeiterpartei unseres Landes jetzt mehr denn je zur Richtschnur dienen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands wünscht keineswegs, daß die Reihen unseres Proletariats auseinanderfallen. Sie sammelt im Gegenteil die auseinandergefallenen Reihen des vorgeschrittenen Proletariats aufs neue, um eine große, starke, tatkräftige, zielbewußte Organisation zu schaffen. Unsere Partei will das finnische Proletariat in einer selbstständigen Partei zusammenschließen, die allen bürgerlichen Parteien gegenübersteht, nicht nach Zusammenarbeit mit ihnen strebt, auf keine Kompromisse mit ihnen sich einläßt, sondern auf die unversöhnlichen Gegensätze zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten hinweist. Unsere Partei wünscht das Klassenbewußtsein und die Kräfte des Proletariats mit allen Mitteln zu heben, damit es seine hehre geschichtliche Aufgabe erfüllen kann.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands ruft die Arbeiter nicht zu anarchistischen Gewaltakten, Unruhen, Empörungen und Aufständen. Ganz im Gegenteil. Sie will durch organisierte Propaganda so handeln, daß der Sieg der Arbeiterklasse und des Sozialismus sich in voller Ordnung, so ruhig und fest, so schmerzlos und rasch als nur irgend möglich vollziehe. Die Formen, die der soziale revolutionäre Prozeß, der die ganze Welt ergriffen hat, annehmen wird, lassen sich jedoch durch keinerlei Parteibestimmungen im voraus festsetzen. Es ist dies

ein geschichtlich natürlicher Gang, der nicht willkürlich durch Parteibeschlüsse bestimmt werden kann. Auch in Finnland kann niemand, weder das Proletariat noch die proletarischen Organisationen, weder die Bourgeoisie noch deren Organisationen, ihm ausweichen oder ihn umgehen. Die politischen Formen dieses Prozesses werden in erster Reihe von den Kampfmethoden abhängen, die die Feinde der Arbeiterklasse anwenden. Die schamlose Gewalt- und Schreckensherrschaft der Bourgeoisie in vielen Ländern stört die friedliche, schmerzlose Durchführung der sozialen Revolution erheblich.

Jedenfalls aber bedarf es schwerer, beharrlicher Anstrengung des Proletariats jedes Landes, um den Widerstand der ausbeutenden Klassen zu brechen. Noch viele Leiden, noch viele Niederlagen stehen uns bevor. Die internationale Macht des Kapitalismus errichtet Bollwerke und Verhaue, sie will uns in den Rücken fallen und rückt überall vor, wo ihr die größte Gefahr droht. Doch schon droht ihr von allen Seiten Gefahr, denn dem proletarischen Klassenkampf schließt sich nun auch der Befreiungskampf der von den imperialistischen Mächten unterdrückten Völker an. Keine einzige ausbeutende Macht kann jetzt von Dauer sein. Nur der internationale Bund der Sowjetrepubliken des Proletariats ist imstande, die Menschheit aus dem Verfall, der Barbarei, dem Blutvergießen zu retten, die der Kapitalismus über sie heraufbeschworen hat.

Die allerdringlichste Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei Finnlands ist somit, in allen Stadien des Klassenkampfes des finnischen Proletariats dahin zu wirken, daß das Proletariat in Klassenbewußtsein und Organisation, in Tätigkeit und Kraft sich baldmöglichst seiner geschichtlichen Aufgabe gewachsen zeige und daß der Widerstand der Feinde der Arbeiterklasse so rasch als möglich gebrochen werde. Zur Durchführung dieser unmittelbaren Aufgabe wird die Partei von Fall zu Fall Instruktionen erteilen. Das eigentliche Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Finnlands aber enthält bloß Hinweise auf die bedeutenden sozialen Umwälzungen, durch die die sozialistische Ordnung endlich zur Verwirklichung gelangen wird, und die in folgender Weise formuliert werden können:

1. Allgemein-politisches Programm.

1. Der bürgerliche Staatsapparat muß vernichtet und die Bürokratie überall vertrieben werden. Statt dessen muß eine proletarische Arbeitersowjetmacht errichtet werden.

Die bürgerliche Republik, deren wirtschaftliche Grundlage der Privatbesitz der Produktionsmittel bildet, war nie eine das ganze Volk umfassende, über den Klassen stehende parteilose Macht; sie war vielmehr eine Diktatur der Bourgeoisie, d. h. ein Apparat, durch den und unter

dessen Schutz eine Handvoll Ausbeuter die werktätigen Volksmassen unterdrückte und ausbeutete. Nie könnte der Sozialismus durch diesen bürgerlichen Machtapparat verwirklicht werden. Das Proletariat muß statt seiner einen neuen Staatsapparat schaffen, dessen Grundlage die weitesten demokratischsten Massenorganisationen des werktätigen Volkes, die Arbeiterräte bilden.

2. Die Organe der Sowjetmacht müssen mit den Arbeitermassen selbst in engster Verbindung stehen. Die Abgeordnetenwahlen und nötigenfalls die Entziehung der Mandate müssen dem Land- und Stadtproletariat so bequem als möglich gemacht werden; als Wahleinheit und überhaupt als Grundfaktor des Staates muß das Produktionsunternehmen, der Ort der Arbeit anerkannt werden. Jedes Mitglied des Arbeiterrats ist verpflichtet, in der Staatsverwaltung eine bestimmte Arbeit zu leisten. Soweit es ohne besondere Schwierigkeiten möglich ist, müssen die Mitglieder abwechselnd in verschiedenen Verwaltungszweigen arbeiten. Auch muß danach gestrebt werden, allmählich die gesamte werktätige Bevölkerung zur Beteiligung an der Staatsverwaltung heranzuziehen.

3. Die ganze Macht muß in den Händen der Arbeiterräte und der von ihnen gewählten Machtorgane liegen, bis zu dem Zeitpunkt, wo die Einteilung der Gesellschaft in Klassen und zugleich auch die Staatsmacht, in welcher Form auch immer, von Grund auf vernichtet ist.

Die grundlegende Aufgabe der Arbeitersowjetmacht besteht darin, den Widerstand der Ausbeuter zu brechen und die Arbeit aus dem Joch des Kapitals zu befreien. Sie unterstützt die Ausbeutungsfreiheit der Ausbeuter keineswegs, strebt vielmehr danach, sie völlig zu unterdrücken. Sie vernichtet alle Rechte und Vergünstigungen der Ausbeuter, die der Arbeiterklasse gefährlich und schädlich sind. Der werktätigen Mehrheit des Volkes dagegen gewährt die Sowjetmacht volle Versammlungs-, Koalitions-, Presse- und andere Freiheit. Die bürgerliche Demokratie hat formell auch für die Arbeiter politische Rechte verkündet, allein die wirtschaftliche Knechtung, in der die Arbeiterklasse sich befindet, hindert sie, diese Rechte auszuüben. Nur die Sowjetmacht stellt der Arbeiterklasse genügend Versammlungslokale, Druckereien, Papiervorräte usw. zur Verfügung und gewährt ihr die unumschränkte Möglichkeit, sich als vollberechtigter Bürger an der Tätigkeit des Staates zu beteiligen.

4. Die Gleichberechtigung, unabhängig von Geschlecht, Religion, Rasse und Nationalität, eine Gleichberechtigung, die jahrhundertlang von der bürgerlichen Demokratie verkündet wurde, die der Kapitalismus aber nie und nirgends durchführen wollte, muß in der Sowjetrepublik im vollen Maße verwirklicht werden.

Man muß sich nicht mit der formellen Gleichberechtigung der Frauen zufrieden geben, sondern danach streben, sie von der Hausarbeit zu be-

freien, indem man diese durch Familiengemeinschaften, öffentliche Speisehallen, öffentliche Waschanstalten, Kinderasyle usw. ersetzt.

5. Nach der Vernichtung aller bürgerlichen Gerichtsinstitutionen muß an ihrer Stelle ein einheitliches, seiner Einrichtung nach möglichst einfaches Volksgericht organisiert werden, an das sich die Bevölkerung ohne jede Schwierigkeit wenden kann und das von jeder bürokratischen Verschleppung frei ist.

Die Richter sind aus den Reihen der Arbeiter zu wählen, und nur die werktätige Bevölkerung darf an den Richterwahlen teilnehmen. Es muß danach gestrebt werden, daß eine möglichst große Anzahl von Vertretern der Arbeiterklasse Richterfunktionen ausübe; dazu muß das Institut der einander abwechselnden und nur eine gewisse Zeit lang funktionierenden Richter und Geschworenen eingeführt werden, wobei Richter und Geschworene ihr Amt nach den Listen antreten, die von den Arbeiter-, Gewerkschafts- und anderen Organisationen aufgestellt werden.

Das jeweilige Urteil ist auf Grund der von der Sowjetmacht angenommenen Gesetze und des sozialistischen Rechtsbewußtseins des Proletariats zu fällen.

6. Es muß kostenloser, zwangsweiser, allgemeiner und professioneller Unterricht für Schulkinder eingeführt werden. Für Kinder, die das schulpflichtige Alter noch nicht erreicht haben, muß öffentliche Erziehung in Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderheimen usw. organisiert werden.

Die Schulerziehung muß in einer einheitlichen Arbeitsschule erfolgen, in der der Unterricht mit öffentlicher produktiver Arbeit Hand in Hand geht. Alle Schüler müssen unentgeltlich verpflegt, bekleidet und mit Lehrmitteln versorgt werden.

Es müssen neue Kaders von Erziehern und Lehrern mit sozialistischer Weltanschauung ausgebildet werden. Die werktätige Bevölkerung ist zur Teilnahme an der Organisation des Bildungswesens heranzuziehen. Die Sowjetmacht muß der freien Betätigung der Arbeiter und Bauern auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung allseitige Unterstützung gewähren.

Der Jugend, die dem schulpflichtigen Alter entwachsen ist, muß eine wirksame Spezial- und Allgemeinbildung gewährleistet werden. Allen Lernbegierigen und vor allem den Arbeitern muß die weitgehendste Möglichkeit gegeben werden, höhere Bildung zu genießen; während der Lernzeit müssen sie materiell sichergestellt werden. Um neue, fähige Lehrkräfte für die Hochschulen zu gewinnen, müssen die jetzt bestehenden künstlich errichteten Schranken niedergerissen werden. Den Arbeitern müssen auch die Kunstschatze erschlossen werden; das allgemeine Kunstverständnis muß in ihnen entwickelt werden.

Die Verbreitung der Ideen des Sozialismus muß mit Hilfe des Apparats der Staatsmacht auf eine möglichst breite Grundlage gestellt werden.

2. Wirtschaftliches Programm.

1. Alle Produktionsmittel und Industrieunternehmen, die sich in den Händen des Staates, der lokalen Behörden und der Großbourgeoisie befinden, ebenso die Banken, die Verkehrsmittel jeder Art, Vorräte und anderes Eigentum der kapitalistischen Ausbeuter, müssen in die Hände der Arbeitersowjetmacht übergehen.

Die Befreiung der Arbeiterklasse wird erst dann erfolgen, wenn nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat selbst die Produktion verwalten wird. Die Enteignung der Produktionsmittel zur Verwirklichung des Sozialismus hat jedoch durchaus nicht zum Ziel, das Eigentum gleichmäßig unter alle aufzuteilen; sie bezweckt vielmehr eine noch größere Zentralisation der Produktion als bisher, sowie die Regelung der Produktion durch einen einheitlichen Volkswirtschaftsplan.

Der Kleinbesitz soll nicht enteignet werden; ebensowenig sind gegen die kleinen Eigentümer, die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten, Zwangsmaßnahmen anzuwenden. Mögen sie dadurch in den Bereich der sozialistischen Organisation hineingezogen werden, daß sie sich durch das Beispiel, durch Erfahrung von den Vorzügen der neuen Ordnung überzeugen, die sie von schwerer Steuer- und Schuldenlast, vom gesamten kapitalistischen Joch befreit.

2. Die Sowjetmacht muß, je nachdem und sobald es technisch möglich wird, eine planmäßige Vergesellschaftung aller Produktionszweige, in erster Reihe der ganzen syndizierten Produktion, deren wirtschaftlicher Apparat mehr entwickelt ist, beginnen. Es muß danach gestrebt werden, jeden Produktionszweig in technisch vollkommeneren größeren Einheiten einzu-reihen, sowie die Vereinigung der kleinen Unternehmen in vorteilhaftere größere Unternehmen zu fördern. Die Unternehmen jedes Industriezweiges oder jeder Gruppe müssen zur regeren Beteiligung an dem einheitlichen Produktionsplan herangezogen werden.

Während die Sowjetmacht tatkräftig danach strebt, die natürlichen Produktionskräfte des Landes auszunutzen und zu heben, muß sie gleichzeitig nützliche wirtschaftliche gegenseitige Beziehungen mit anderen Ländern und eine Verständigung mit den anderen Sowjetrepubliken über einen gemeinsamen Wirtschaftsplan herbeiführen.

3. In der vergesellschafteten Industrie muß eine Verwaltung durch Arbeiter organisiert werden, wobei die Werk tätigen selbst durch ihre Werkstätten, Betriebsräte, Organisationen und gewählte verantwortliche Personen zu weitgehendster, unmittelbarer Beteiligung an der Verwaltung heranzuziehen sind. Den Arbeitern in den Betrieben muß die Möglichkeit gegeben werden, lebhaft zu empfinden und sich durch die Erfahrung davon zu überzeugen, daß das Unternehmen sich erst auf diese Weise in ein wahrhaft sozialistisches Unternehmen der Arbeiter verwandeln wird, das

der Zentralisation und der technischen Leitung, die eine vernünftige Wirtschaftsführung erfordert, keine Hindernisse entgegenstellt.

Wenn die heutigen Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter sich soweit entwickeln könnten, daß sie unter der Sowjetmacht als Hauptorgane der Vergesellschaftung auftreten und sich gleichzeitig zu allgemein-organisatorischen Organen der Arbeitersowjetwirtschaft auswachsen könnten, so würde das bei der Organisation der Kräfteverteilung in den verschiedenen Industriezweigen, wie überhaupt bei der Vergesellschaftung der Industrie von großem Nutzen sein.

4. Die Spekulation mit dem Land und die Ausbeutung der Landarbeiter müssen ausgerottet werden durch Aufhebung des privaten Grundbesitzes und durch die Annullierung der Agrarschulden, durch Übergabe der Güter der großen Ausbeuter an die Sowjetmacht. Den kleinen Grundbesitzern und den Pächtern muß der Grund und Boden, den sie bearbeiten, belassen werden, denn die Arbeit muß die einzige Grundlage sein, die ein Anrecht auf Beibehaltung des Ackerlandes gewährt. Ebenso wenig darf die mittlere Bauernschaft, solange sie zu arbeiten bereit ist, gezwungen werden, auf die Seite der neuen Ordnung überzugehen; vielmehr muß durch wirtschaftliche Vergünstigungen, durch das Beispiel und durch geistige Aufklärung auf sie eingewirkt werden.

Die Entwicklung des Sowjet- und Sowjetwirtschaftssystems auf dem Gebiet der Landwirtschaft soll aufs entschiedenste gefördert werden, ebenso soll danach gestrebt werden, die kleinen Landwirte in Genossenschaften zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion zusammenzuschließen. Den Landwirtschaftsräten und den von ihnen gebildeten Verbänden soll möglichst viel Autonomie gewährt werden; der Sowjetstaat soll sie materiell unterstützen und sie instruieren, um die Landwirtschaft und die Viehzucht soviel als möglich zu heben.

5. Es muß danach gestrebt werden, den kapitalistischen Handel vollständig durch das System der allgemeinen, planmäßigen Lebensmittelverteilung zu ersetzen. Die großen kapitalistischen Handelsunternehmen müssen enteignet werden; gleichzeitig müssen aus den Genossenschaften Organe gemacht werden, die sich zur öffentlichen Verteilung der Erzeugnisse eignen und zwar so, daß sie auch keine Spur ihres jetzigen kleinbürgerlichen und kapitalistischen Charakters beibehalten. Die Lebensmittelverteilung durch staatliche Organisationen, örtliche Behörden, Genossenschaften und private Konsumvereine muß allmählich zu einem einheitlichen, planmäßigen Ganzen zusammengefaßt werden.

6. In der Einteilung der Produktion, der Verteilung der Produkte, wie auch in der Organisation des Verkehrs muß die Sowjetmacht die bürgerlichen technisch gebildeten Kräfte und überhaupt bürgerliche Fachleute zur Hilfe heranziehen, insofern man sie bewegen kann, der neuen Ordnung ehrlich zu dienen. Die Arbeiter können in mancher Hinsicht von den Fach-

leuten lernen und die Schule der Erfahrung mit ihnen durchmachen. Das Proletariat hat durchaus nicht die Absicht, die Fachleute zu unterdrücken, es wird ihnen vielmehr die Möglichkeit gewähren, eine intensive und schöpferische Tätigkeit zu entfalten.

Der Kapitalismus hat die körperliche und die geistige Arbeit getrennt, der Sozialismus wird sie vereinigen. Er wird Arbeit und Wissenschaft zu einem Ganzen zusammenschließen.

7. Am Anfang, solange die Sowjetmacht noch nicht in der Lage ist, die Geldzeichen völlig einzuziehen, muß danach gestrebt werden, ihren Gebrauch durch entsprechende Regelung einzuschränken. Selbst der Arbeitslohn muß nach Möglichkeit durch Naturgüter und durch das System von Karten, die das Recht auf die Benutzung dieser Güter gewähren, ersetzt werden, bis es genügend Bedarfsartikel geben wird, um sie jedem nach seinem Bedarf zur Verfügung zu stellen. Dann wird auch das System des Arbeitslohns eingehen, der Gebrauch von Geldzeichen wird überflüssig werden und ganz aufhören.

Solange der Arbeitslohn besteht, muß unter Heranziehung der Arbeiterorganisationen eine gerechte Ausgleichung der Löhne angestrebt werden.

8. Der Ausbeutung der Mieter durch die städtischen Hausbesitzer muß ein Ende gemacht werden, indem man die Häuser den städtischen Arbeiteräten übergibt, die in engen Behausungen in den Vororten wohnenden Arbeiter in die leerstehenden bürgerlichen Wohnungen überführt, die Arbeiter mit Möbeln usw. versorgt und den Arbeiterorganisationen und Bildungsvereinen geeignete Lokale unentgeltlich zur Verfügung stellt. Die Interessen aller derer, die nicht Kapitalisten sind, und der Mieter, die keine überflüssigen Wohnräume besitzen, brauchen hierbei nicht beeinträchtigt zu werden.

9. Die Verwirklichung der allgemeinen Forderungen des Arbeitsschutzes, die die Arbeiterklasse mit Hilfe des Klassenkampfes im bürgerlichen Staat begann, kann in der von der Arbeiterklasse selbst organisierten Gesellschaftsordnung zu Ende geführt werden, nachdem es der Sowjetmacht gelungen ist, den Widerstand der Bourgeoisie und die wirtschaftliche Zerrüttung — die Hinterlassenschaft des Kapitalismus — zu beseitigen. Auch der normale Arbeitstag wird dann verkürzt werden können, in dem Maße, in dem die Produktivität der Arbeit zunimmt. Wenn die ganze Gesellschaft zur Gemeinschaft von Werktätigen wird, dann wird es auch im allgemeinen Interesse liegen, eine Erleichterung der Arbeitsbedingungen und eine möglichst befriedigende Verbesserung der Lebenshaltung zu erzielen.

Auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge muß die Sowjetmacht der bürgerlichen Art der Armenversorgung unverzüglich ein Ende machen und menschenwürdige Fürsorge für Greise und Krüppel organisieren. Gleichzeitig muß jedoch auf das energischste gegen jegliches Parasitentum und

gegen Müßiggang angekämpft werden. Die Sowjetmacht hat zur Aufgabe, jeden arbeitsfähigen Bürger auf die eine oder andere Weise zum nützlichen Leben heranzuziehen.

10. Die Sowjetmacht muß unverzüglich eine weitgehende Tätigkeit zum Schutz der allgemeinen Gesundheit entfalten, wobei sie ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die Ausrottung der meistverbreiteten Krankheiten im Volke und die Verbesserung der allgemeinen sanitären Bedingungen richten muß. Die Apotheken, Krankenhäuser, Verpflegungsanstalten und Kurorte müssen den Sowjets übergeben werden. Die ärztliche Behandlung und die Behandlung in den Krankenhäusern muß kostenfrei sein.

Resolution des II. Kongresses der Kommunistischen Partei Bulgariens.

Ueber die innere und die internationale Lage des Landes und der Kommunistischen Partei.

Nach Entgegennahme des Berichts des Gen. Chr. Kabaktschijew „über die innere und die internationale Lage des Landes und der Kommunistischen Partei“ und nach darauffolgender Debatte stellt der II. ordentliche Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens in seiner Sitzung vom 1. Juni 1920 zu Sofia folgendes fest:

Die wirtschaftliche Krise, hervorgerufen durch die Zerrüttung der Produktivkräfte als Folge des imperialistischen Krieges, erweitert und vertieft sich immer mehr. Die Leiden, die diese Krise den Arbeitern und den wenigbesitzenden Klassen auferlegt, werden immer größer und unerträglicher. Die Teuerung der notwendigsten Bedarfsgegenstände nimmt auch noch nach dem Kriege unausgesetzt zu. Die städtische und ländliche Bourgeoisie, die sich im Kriege bereichert hat, kauft für ihre Kapitalien Rohstoffe, Getreide und andere Produkte auf, monopolisiert den Handel mit diesen Erzeugnissen, spekuliert und schraubt die Preise immer mehr in die Höhe. Die durch die Verringerung der Produktion und die verstärkte Ausgabe von Kassenscheinen hervorgerufene Entwertung des Papiergeldes, die der Bourgeoisie eine neue Quelle der Bereicherung durch die Spekulation mit der Valuta eröffnet, verschlechtert die Lage der Arbeiter und der wenig-

besitzenden Schichten der Stadt- und Landbevölkerung noch mehr, da sie die Kaufkraft ihres Arbeitslohns und Erwerbs allnählich verringert. Die Arbeitslosigkeit, die in einer ganzen Reihe von Produktionszweigen herrscht, beraubt breite Schichten der Werktätigen des Erwerbs und verschärft ihre Armut.

Die bürgerlichen Parteien und Regierungen haben weder während des Krieges, noch nach dem Kriege auch nur das geringste getan, um diese Plagen, unter denen eine überwiegende Mehrheit des Volkes leidet, zu beseitigen oder zum mindesten zu lindern und einzudämmen. Die Parteien der liberalen Koalition, die den verbrecherischen, völkermordenden Krieg begonnen und das Land ausgeraubt haben, bestehen bis heute ungestraft weiter. Die demokratische und die radikale Partei, die gemeinsam mit allen rechts- und linksgerichteten bürgerlichen Parteien die kriegerische Politik Radoslawows unterstützten und dadurch den Krieg verlängerten, tragen die schwere Verantwortung für die Hinmordung von Tausenden von aufständischen Soldaten in der Umgegend von Radomir und Sofia, sowie dafür, daß Hunderttausende anderer Soldaten in Gefangenschaft schmachten. Nach dem Kriege haben diese Parteien die indirekten Steuern vergrößert und einen neuen wütenden Feldzug gegen die für ihre Existenz kämpfende Arbeiterklasse unternommen. Um die auf sie fallende Verantwortung für den Balkankrieg von sich zu wälzen, unterstützten die Volkspartei und die fortschrittlich-liberale Partei die Regierung Radoslawows, sowie die späteren Regierungen. Sie führten der Entente gegenüber eine Lakaienpolitik, weil sie hofften, mit Hilfe der Ententemächte den Unwillen des Volkes niederhalten und die erschütterte Herrschaft der Bourgeoisie festigen zu können. Selbst des Volksvertrauens beraubt, beriefen sie mit Hilfe der anderen rechtsstehenden Parteien die linke Partei der „breiten“ Sozialisten und die Agrarierpartei zur Macht; sie hofften, durch den Beistand dieser Parteien die Volksmassen zähmen und die Kommunistische Partei niederringen zu können, um auf diese Weise die bürgerlich-monarchistische Ordnung zu retten und ihre eigene Zukunft zu sichern. Die Partei der breiten Sozialisten, die fast ein ganzes Jahr lang die Macht innehatte, dem Arbeitsministerium und der Polizei vorstand und somit die Möglichkeit besaß, ihre Politik der „sozialen Reformen“ und der „Demokratie“ durchzuführen, kompromittierte sich alsbald vor den Arbeitermassen, erlitt eine Niederlage und rechtfertigte nicht einmal die Hoffnungen der Bourgeoisie.

Der landwirtschaftliche Volksverband gelangte mit Hilfe der bürgerlichen Parteien zur Macht, die durch ihn als der stärksten linken Partei das Land zu „beschwichtigen“, d. h. den revolutionären Kampf der werktätigen Klassen niederzuringen gedachten. Dieser Verband zog einen großen Teil der wenig entwickelten Bauernschaft an sich, die nun, da die Bourgeoisie ihre Macht über die städtischen Arbeiter verloren hat, die letzte Reservetruppe der Bürgerlichen bildet. Es sind jedoch nicht die Interessen

dieser breiten Bauernmassen, die der landwirtschaftliche Volksverband vertritt, sondern die Interessen der ländlichen Bourgeoisie, die während des Krieges durch die Ausplünderung der vermögenslosen Bauern und durch Spekulation mit Getreide und anderen Landwirtschaftserzeugnissen reich geworden ist, ihre Kapitalien nun in den Banken hinterlegt und sie gleich der städtischen Bourgeoisie in großen Schieberoperationen und Geschäften konzentriert. Die typischsten Vertreter dieser habstüchtigen Dorfbourgeoisie stehen an der Spitze des landwirtschaftlichen Volksverbandes und seiner lokalen Zweigabteilungen; auch in der Regierung spielen sie eine führende Rolle. Die Regierung wird auch von allen anderen bürgerlichen Parteien unterstützt, und der Volksverband ist nur ein Werkzeug zur Plünderung und Aneignung der nationalen Reichtümer, die den breiten werktätigen Massen gewaltsam entrissen werden. Die städtische und die ländliche Bourgeoisie sind einmütig in ihrem Bestreben, den revolutionären Kampf der Werktätigen zu unterdrücken und niederzuringen. Daher erfreut sich der landwirtschaftliche Verband der vollen Unterstützung seiner mehr rechts gerichteten politischen Nebenbuhler im grausamen, wütenden Feldzug gegen die Kommunistische Partei.

Ebenso wie alle anderen bürgerlichen Parteien, die nach dem Kriege hintereinander ans Ruder kamen, hat der landwirtschaftliche Volksverband rein garnichts getan, um die Lage der Arbeiter und der wenigbesitzenden Klassen, die die Mehrheit des Volkes ausmachen, zu verbessern. Die Regierung der Agrarier hat im Gegenteil das Schiebertum gefördert und entwickelt. Unter ihrem Schutz gab sich die ländliche Bourgeoisie unerhörter Spekulation und unerhörtem Raube hin, eignete sich riesige staatliche und gesellschaftliche Reichtümer an und unternahm einen wahren Raubzug, um der Arbeiterklasse das letzte Stück Brot zu entreißen.

Im Verein mit dem sogenannten „Konsortium“ war die Regierung der Agrarier bestrebt, den Großgrundbesitzern die Ausfuhr ihres Getreides zu erhöhten Preisen zu ermöglichen; auf diese Weise erzielte sie auch auf dem Inlandsmarkt eine Steigerung der Getreidepreise und führte der ländlichen Bourgeoisie dadurch großen Gewinn zu. In Bezug auf den Staatshaushalt setzt die Regierung ihre alte Finanzpolitik fort, die in der Vergrößerung der indirekten Steuern, der Unterstützung der besitzenden Klassen und der Begünstigung der Banken besteht. Sämtliche Anträge der Kommunistischen Partei im Parlament, die darauf hinzielten, die Steuerlast der werktätigen Massen zu verringern, die Lage der Staatsangestellten und der gesamten Arbeiterklasse zu verbessern, wurden von der Regierung beharrlich zurückgewiesen. Der Vorschlag der Regierung über Einführung der Arbeitspflicht bezweckt die Wiederaufrichtung des veralteten Systems der Ausbeutung der Arbeit in staatlichem Maßstabe. Der Plan des Arbeitsgrundbesitzes ist eine reaktionäre Utopie, die nur zu demagogischen Zwecken lärmend aufgebraucht wird. Die Vorschläge über Gründung eines Söldnerheeres

und einer Gendarmerie bilden eine Fortsetzung der militärischen Politik und bedeuten tatsächlich nichts anderes als einen Versuch, eine gegenrevolutionäre weiße Garde der Bourgeoisie zu organisieren.

Die „agrarisches“ Regierung weigerte sich, die unerträgliche Lage der Eisenbahner, der Post-, Telegraphen- und Telefonarbeiter zu verbessern und rief durch ihre herausfordernde Politik einen Generalstreik dieser Arbeiter hervor, der mit beispiellosem Heldenmut und größter Solidarität durchgeführt wurde. Um den wohlbegründeten Kampf der Verkehrsarbeiter niederzuringen, hob die Regierung, die von sämtlichen bürgerlichen Parteien unterstützt wurde, alle Arbeitergesetze auf, unterstellte die Aufständischen den Militärbehörden, ließ sie zu Tausenden verhaften und auf das grausamste mißhandeln, verurteilte Hunderte von ihnen zu schweren Strafen, hob alle Bürgerrechte auf, organisierte und bewaffnete gelbe Banden und verübte unerhörte Gewalt- und Greuelthaten an den Arbeitermassen. Sie brachte die wirtschaftlichen Interessen des ganzen Landes zum Opfer, fügte der Produktion gewaltigen Schaden zu und zerstörte das Eisenbahnwesen. Durch diese Gewalt- und Zerstörungspolitik lieferte die Regierung den Beweis, daß sie der Erzfeind der werktätigen Massen ist, die Leiden des Volkes vergrößert und seine zukünftige Entwicklung bedroht.

Um die ganze Macht an sich zu reißen und die Kommunistische Partei aus dem Parlament zu verjagen, lösten die heute an der Macht stehenden „Agrarier“ ungeachtet der Verfassung das Parlament auf; sie griffen zu unerhörtem Terror, zu frechem Betrug, zu Hinterlist und Niederträchtigkeit, die sich hauptsächlich gegen die Kommunistische Partei richteten. Und als es ihnen auf diesem Wege gelungen war, die erwünschte Mehrheit im Parlament zu erzielen, setzten sie dieselbe Politik auch im Parlament fort und beraubten durch den empörenden, ungesetzlichen Ausschluß kommunistischer Abgeordneter viele tausend Wähler ihrer Vertretung.

Die Regierung der Agrarier setzte dieselbe Gewaltpolitik fort, die die breiten Sozialisten geführt hatten, und bezeugte dadurch, daß die linken Parteien bloß ein Werkzeug der bürgerlichen Reaktion und Gegenrevolution sind. Sie zeigte, daß die bürgerliche Demokratie ihrem wahren Charakter nach nichts weiter ist als eine Diktatur der besitzenden Klassen, die eine kleine Minderheit des Volkes ausmachen, eine Diktatur, die sich zum Ziel stellt, den revolutionären Kampf der Arbeiter und der wenigbesitzenden Klassen zu erwürgen und sich hierzu der Polizei, der Soldateska, der Spione, Gefängnisse, Mißhandlungen, Folter, Massenverhaftungen und politischer Morde bedient. Die Regierung war bestrebt, durch ihre Politik der frechen Provokation die Kommunistische Partei zu zertrümmern, den organisierten Terror und die Ausnahmegesetze, die sich gegen die Partei richteten, zu rechtfertigen. Durch die Organisation von bewaffneten gelben Banden bezeugte sie, daß der Bürgerkrieg von oben, von der Bourgeoisie und ihrer Regierung, hervorgerufen wird.

Die Regierung der Agrarier, die in dieser Hinsicht von allen bürgerlichen Parteien unterstützt wird, setzt die auswärtige Politik der alten bürgerlichen Regierungen und des gescheiterten Nationalismus fort. Nicht genug, daß sie den schmachvollen, ruinierenden Frieden von Paris unterschrieben hat, der das bulgarische Volk in wirtschaftlicher wie auch in national-politischer Beziehung unterjocht, ist sie auch zum blinden Werkzeug des Ententeimperialismus und zum Träger der Politik der Entente geworden, die danach strebt, unser Land in eine Kolonie zu verwandeln. Sie unterordnet sich völlig den einander bekämpfenden Ententemächten, England und Frankreich, setzt ihre Ränke- und Revanchepolitik gegenüber den Nachbarstaaten fort und entfacht unter dem Vorwande, die Autonomie Thraziens zu schützen, einen blutigen Konflikt mit Griechenland. Sie stürzt das Land in neue Abenteuer, Kriege und Katastrophen. Sie ist zum Agenten der gegenrevolutionären Politik der Entente geworden und hat Bulgarien in ein Konzentrationslager und eine Basis für die gegenrevolutionären Armeen verwandelt, die gegen die Sowjetrepublik unseres russischen Brudervolkes kämpfen. Dadurch, daß sie die auswärtige Politik ihrer Vorgänger fortsetzt, trägt die Regierung dazu bei, daß viele Tausende von Bulgaren auch noch weiter in Gefangenschaft schmachten.

Diese provokatorische gegenrevolutionäre Politik der bulgarischen Bourgeoisie und ihrer Regierung ist jetzt umsomehr verbrecherisch und unsinnig, als der allgemeine militärische Feldzug und die wirtschaftliche Blockade der imperialistischen Großmächte gegen Sowjetrußland an der unerschütterlichen Macht des russischen revolutionären Proletariats gescheitert sind, diese Regierungen sich selbst gezwungen sehen, friedliche Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland anzuknüpfen und die Sowjetmacht anzuerkennen. Von der Kommunistischen Internationale vereinigt und geführt, erhebt sich das Proletariat aller Länder Europas immer mehr, schließt sich immer fester zusammen zur einheitlichen, gemeinsamen Front gegen die internationale Konterrevolution, die von den Regierungen der Ententemächte gefördert und organisiert wird und sich hauptsächlich auf die Vernichtung des Herdes der europäischen Revolution — Sowjetrußlands — richtet. Die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufene wirtschaftliche und soziale Krise hat die Grundlagen der kapitalistischen Welt erschüttert. Die Teuerung, die Entwertung des Geldes, die Arbeitslosigkeit nehmen überall zu, vergrößern die Leiden des Proletariats und der wenigbesitzenden Klassen und verschärfen den Klassenkampf immer mehr. Die Bourgeoisie, die nicht imstande ist, der wachsenden Krise Herr zu werden und die ihre Klassenvorrechte in allen Ländern — in den monarchistischen Staaten, wie in den demokratischsten Republiken, wie z. B. Deutschland — nicht aufgeben will, sucht ihre Herrschaft durch die grausamsten Mittel der Klassendiktatur zu festigen und entfacht allerorts den Bürgerkrieg. Die kapitalistischen Regierungen stacheln mit ihrem imperia-

listischen Frieden auch die Kolonialvölker gegen sich auf, rufen nationale Revolutionen in Aegypten, Kleinasien, Indien und anderen Ländern hervor.

Auf Grund dessen, was hier über die innere und die internationale Lage gesagt wurde, nimmt der Kongreß folgende Resolution an:

1. Geleitet von ihrem eignen Programm, der Taktik und den Grundsätzen der III. Internationale, die sich im Klassenkampf in unserem eigenen Lande, sowie in der internationalen revolutionären Bewegung des Proletariats glänzend bewährt haben, setzt die Kommunistische Partei Bulgariens mit wachsender Kraft ihren Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie fort, bis das geschichtliche Ideal der Partei — der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung — endgültig erreicht ist.

2. Der Kongreß unterstreicht die völlige Unfähigkeit der Bourgeoisie und ihrer linken und rechten Parteien, das Land von der scharfen wirtschaftlichen Krise zu befreien und das Volk von den Leiden und Qualen zu erlösen, in die sie es gestürzt haben und die sie durch ihre habsüchtige Politik unausgesetzt verschärfen. Der Kongreß erklärt, daß die Kommunistische Partei die einzige organisierte soziale Kraft ist, die imstande sein wird, der herrschenden Anarchie, der Armut und des Hungers Herr zu werden. Durch die Verwirklichung der in ihrer Programmdeklaration enthaltenen Losungen wird die Partei die Kräfte des Proletariats und der wenigbesitzenden Klassen aufrechterhalten, die zerstörte Produktion wieder aufrichten und das Volk vor Entartung und Aussterben bewahren.

3. Daß Walten der linken Parteien der bürgerlichen „Demokratie“ und der „Volksherrschaft“ hat sich tatsächlich als die ungezähmteste Klassendiktatur der Bourgeoisie erwiesen. Indem die Kommunistische Partei den werktätigen Massen die gemeine gegenrevolutionäre Rolle der linken bürgerlichen Parteien enthüllt, erklärt sie, daß sie ihren Kampf um die Eroberung der gesamten Macht durch die Arbeiter- und Bauernräte, um die Bewaffnung der Arbeiter und der wenigbesitzenden Bauern, sowie um die Errichtung der proletarischen Diktatur mit noch größerer Tatkraft fortsetzen wird.

4. Der Kongreß verzeichnet mit Genugtuung die großen Erfolge der Partei bei den Parlamentswahlen und den Stadt- und Bezirksratswahlen. Diese Erfolge sind ein Ergebnis der folgerichtigen grundsätzlichen Agitation und des Kampfes der Partei; sie bestätigen auf das entschiedenste, daß die Stellung, die die Partei in bezug auf das Parlament eingenommen hat, richtig ist. Die Kommunistische Partei beteiligte sich an den Wahlen, wobei sie offen für ihr Programm eintrat. Durch ihren Kampf im Parlament zerstört sie die letzten Illusionen der Massen über die bürgerliche parlamentarische Demokratie, reißt dieser die Maske ab und zeigt das wahre Gesicht der bürgerlichen Klassendiktatur, die gegenwärtig das einzige Bollwerk der bürgerlichen Herrschaft ist.

5. Der Kongreß erhebt energischen Einspruch gegen den Terror, dessen sich die Regierung während der Wahlen bediente, wie auch gegen den willkürlichen Ausschluß kommunistischer Abgeordneter und die Auflösung einer ganzen Reihe von Gemeinderäten. Er erklärt, daß die vielen Tausende ihrer Vertretung beraubten Wähler, sowie das ganze werktätige Volk, das unter dem Banner der Kommunistischen Partei schreitet, mit noch größerer Energie kämpfen werden, um die Macht der Arbeiter- und Bauernräte einzusetzen, die allein eine wahre Vertretung des Volkes und seine Beteiligung an der Verwaltung sichern werden.

6. Der Kongreß protestiert gleichfalls auf das entschiedenste gegen die freche Gesetzlosigkeit, den unerhörten Terror, die Gewalt- und Greuelthaten der Regierung gegen die für ihr Brot und ihre Freiheit kämpfenden Verkehrsarbeiter und die gesamte Arbeiterklasse. Er fordert die unverzügliche Amnestierung der Opfer dieser verbrecherischen Gewaltpolitik. Der Kongreß sendet den in Mitleidenschaft gezogenen Transport- und anderen Arbeitern, sowie den in Gefängnissen schmachtenden Kämpfern einen warmen Brudergruß und ruft das Verkehrsproletariat auf, sich noch fester in den Reihen der Kommunistischen Partei zusammenzuschließen, der einzigen Partei, unter deren Banner die Transportarbeiter gemeinsam mit der gesamten Arbeiterklasse ihren Kampf zum siegreichen Ende führen und sich unumschränkte Freiheit erobern können.

7. Der Kongreß protestiert ferner gegen die freche Provokationspolitik, durch die die Regierung ihre unerbittliche Schreckensherrschaft und ihre Ausnahmegesetze gegen die Kommunistische Partei vorbereitet hat. Die Partei erklärt, daß sie fest und unerschütterlich ihren Weg des selbständigen unversöhnlichen Kampfes fortsetzen wird. Durch feste Organisation und straffe Disziplin wird sie allen provokatorischen Maßnahmen entgegentreten; geleitet von den allgemeinen Interessen und Aufgaben der internationalen kommunistischen Revolution, wird sie mit stetig wachsender Tatkraft in ihrem Kampfe fortfahren.

8. Der Kongreß erklärt, daß die schwere Verantwortung für den Pariser Frieden auf alle bürgerlichen Parteien fällt. Das Land kann nur dann von der wirtschaftlichen Zerrüttung, dem finanziellen Zusammenbruch und der fremdländischen imperialistischen Knechtung befreit werden, wenn die Arbeiter und die wenigbesitzenden Klassen die politische Macht in ihre Hände nehmen und die gesellschaftliche Produktion auf kommunistischer Grundlage organisieren. Ferner erklärt der Kongreß, daß die nationalistische, vor dem Ententeimperialismus liebedienende Politik der Regierung den Frieden des bulgarischen Volkes und der Balkanländer mit neuen Gefahren bedroht. Die unterjochten Völker können die Ketten ihrer nationalen Knechtschaft nur dann zerreißen, wenn die internationale proletarische Revolution siegt. Die Vereinigung und Befreiung des bulgarischen Volkes ist jetzt, wo die nationalistische Bourgeoisie völlig bankrott

gemacht hat, nur durch die Föderative Sozialistische Sowjetrepublik des Balkans möglich.

9. Der Kongreß verurteilt auf das schärfste die verbrecherische gegenrevolutionäre Politik der Bourgeoisie und der jetzigen Regierung, die Bulgarien in ein blindes Werkzeug der internationalen Gegenrevolution verwandelt. Das bulgarische werktätige Volk wird es nicht zulassen, daß seine Machthaber und fremde Eroberer es benutzen, um die Revolution in Rußland oder in irgendeinem anderen Lande zu erwürgen. In brüderlicher Solidarität mit den kommunistischen Parteien der benachbarten Balkanländer und dem internationalen revolutionären Proletariat wird die Kommunistische Partei Bulgariens den Kampf für den Sieg der Kommunistischen Revolution auf dem Balkan und in der ganzen Welt mit aller Kraft fortsetzen.

10. Der Kongreß begrüßt freudig die von der III. Sozialistischen Balkankonferenz gegründete Föderation der Kommunistischen Parteien des Balkans; er schließt sich den Beschlüssen der Konferenz an und sendet dem unter dem Banner des Kommunismus kämpfenden Proletariat der Balkanländer einen warmen Brudergruß. Der Kongreß gibt seiner Begeisterung für den heldenmütigen Kampf des russischen revolutionären Proletariats Ausdruck. Er erklärt, daß die Sache des russischen Proletariats auch die Sache der bulgarischen und der ganzen internationalen Arbeiterklasse ist und sendet dem unter dem Banner der kommunistischen Revolution kämpfenden Proletariat aller Länder, sowie den Märtyrern und Opfern der ungarischen Gegenrevolution, einen warmen Brudergruß.

11. Der Kongreß wendet sich an die Arbeiter, die wenigbesitzenden Bauern, an alle, die in der jetzigen Gesellschaftsordnung ausgebeutet, unterdrückt und ihrer Rechte beraubt werden und ruft sie auf, sich um die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Kommunistischen Partei zusammenzuschließen, sich deren Grundsätze und Ideale zu eigen zu machen, ihrer revolutionären Taktik, Organisation und Disziplin zu folgen und in ihren Reihen heldenmütig und begeistert für den endgültigen Sieg des Kommunismus zu kämpfen.

Die Kommunistische Partei Südslawiens.

Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Südslawiens.

(Angenommen auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Partei Südslawiens am 20.—25. Juni zu Bukowar.)

Nach Entgegennahme des Berichts über die internationale und die innere Lage Südslawiens und ausgehend von den im Programm dargelegten Grundsätzen und Tatsachen stellt die Kommunistische Partei Südslawiens folgendes fest:

I.

Der imperialistische Weltkrieg hat durch seinen Ausbruch und seine Folgen gezeigt, daß die Grundlagen der alten kapitalistischen Ordnung zusammenstürzen. Der Kapitalismus war unfähig, die Produktivkräfte, die er geschaffen hatte, zu beherrschen, und führte daher zum Weltkriege und durch ihn zur offensichtlichen Katastrophe. Der Kapitalismus hat sich außerstande gezeigt, die in Trümmer gelegte Welt nach Beendigung des Krieges wieder aufzurichten und eine mehr oder weniger erträgliche Ordnung herzustellen; er beweist also heute, daß er nicht mehr imstande ist, die fernere Existenz und Entwicklung der Gesellschaft zu sichern. In der eigenartigen Form, zu der die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens geführt hat, hat der Kapitalismus seine Schlußphase erreicht und ist in eine Krise geraten, aus der er keinen Ausweg findet; er hat dadurch gezeigt, daß seine politische Rolle ausgespielt ist. Verwüstung, wirtschaftliche Desorganisation und Zerrüttung, Entbehrung und Teuerung, Hunger und Elend, innere Unruhen und die Keime neuer Konflikte und Kriege, die sich schon heute bemerkbar machen, beweisen, daß er mit seiner Herrschaft nichts mehr bieten kann außer Verwüstung, eine unausgesetzte wirtschaftliche Krise, Anarchie, Barbarei und den Untergang der Gesellschaft.

Es ist das geschichtliche Los des Kapitalismus, heute zu verschwinden, nicht, weil die Steigerung des Wohlstandes und der Produktivkräfte eine höhere Form des Organisationslebens fordert, sondern weil er nicht imstande ist, die Völker aus der Armut und der Verheerung herauszuführen,

in die er sie gestoßen hat, und das Leben und die fernere Entwicklung der Gesellschaft sicherzustellen. Das Leben erhalten, sich vor dem Untergang retten, der gesellschaftlichen Katastrophe vorbeugen — das ist das Problem, vor dem die Menschheit heute steht. Dieses Problem kann der Kapitalismus aber nicht lösen, denn er ist außerstande, die Verteilung und den Verbrauch der Lebensgüter zu organisieren, die Bedingungen zur Erhaltung der Arbeiterschaft, zur Hebung der Produktion zu sichern, die Lebenshaltung der breiten Arbeitermassen wiederherzustellen und sie vor dem fürchterlichen Druck der Kriege, vor Armut und Tod zu bewahren. Nur die Diktatur des Proletariats als der einzige Weg zum Kommunismus kann dies vollbringen. Das ist die Form, die die Geschichte zur Verwirklichung des Kommunismus erkoren hat; sie stellt dem Proletariat der ganzen Welt die Aufgabe, für den Sieg dieses alleinigen Retters der Gesellschaft zu kämpfen.

Die gesamte Politik, die die herrschenden Klassen der ganzen kapitalistischen Welt während des Krieges und nach dem Kriege führten, hat die Grundlage der bestehenden Ordnung noch mehr erschüttert. Die Beziehungen, die durch diese Politik und durch die Krise des Weltimperialismus allorts geschaffen werden, haben dem Kapitalismus somit auch die letzte Rettungsmöglichkeit geraubt. Aus Furcht, die Klassenherrschaft zu verlieren, organisiert die Bourgeoisie aller kapitalistischen Länder die Reaktion und bietet die gesamte, ihr zur Verfügung stehende bewaffnete Macht auf, um die Revolution zu verhüten und die Anspannung aller Kräfte des Proletariats zur Erfüllung seiner geschichtlichen Rolle mit Gewalt zu ersticken. Die Weltreaktion einerseits, die Weltrevolution andererseits führen heute somit einen entscheidenden Kampf um den Sieg. Dies sind die beiden Haupterscheinungen, die heute die kapitalistischen Länder der Welt kennzeichnen.

Im Laufe dieses Jahres hat die Reaktion und Konterrevolution der Welt ihre ganze Kraft angespannt, um den Born der Weltrevolution, Sowjetrußland, zu ersticken. Die Gegenrevolution in Rußland ist heute jedoch besiegt, und das ist ein fernerer Beweis, daß es in diesem Jahre um die Sache der Revolution besser steht als vor einem Jahr. Diese Tatsache wird außerdem noch durch vieles anderes unwiderlegbar bewiesen. Denn im Laufe des verflossenen Jahres ist in der ganzen Welt eine riesige Revolutionierung der Massen vor sich gegangen, der Bankerott der opportunistischen und reformistischen Illusionen ist zur Tatsache geworden, unter dem Proletariat ist eine scharfe, überaus wichtige Linksschwenkung erfolgt, in vielen Ländern haben sich kommunistische Parteien gebildet und gefestigt, die revolutionäre Macht der III. Internationale ist gewaltig gestiegen. Ein ganzes Jahr lang haben Europa zahllose, gewaltige Massenstreiks, Zusammenstöße und Konflikte mit der herrschenden Klasse erschüttert.

Die revolutionäre Situation trat erst im vorigen Jahre mit aller Offensichtlichkeit zu Tage, als die Zeit der Abrechnung für den Krieg kam, als

die wirtschaftliche, finanzielle und politische Krise in allen kapitalistischen Ländern unverhüllt zum Vorschein kam. Wie die Teuerung im Lauf dieses Jahres verheerende Ausdehnung annahm, wie Armut, Entbehrungen, Arbeitslosigkeit und unsinnige Ausbeutung der Arbeitermassen erst in diesem Jahre zur Zerstörung der grundlegenden Illusionen führten, auf die die kapitalistische Herrschaft sich hauptsächlich stützt, so hat das Entente-kapital erst im Laufe dieses Jahres allen Völkern der Welt gezeigt, daß es nicht vermag, der Welt den Frieden zu sichern, daß der Völkerbund Lug und Trug ist und daß das einzige Ergebnis der allzu teuer erkauften Siege der Entente neue künftige Kriege sein werden. Die Aufstände und Revolutionen in den Kolonien, die wertvollen revolutionären Erfahrungen, die das deutsche Proletariat, das so lange geschlummert hat, im Laufe des verfloffenen Jahres erwarb, dienen bloß als neuer Beweis dafür, daß die Bedingungen für die Weltrevolution heute weiter fortgeschritten sind als je zuvor und daß sichere Gewähr vorhanden ist für den zweifellosen Sieg des Proletariats der ganzen Welt in dem schweren Kampf, der ihm bevorsteht.

II.

Dieselben Zustände, die die internationale Lage kennzeichnen, bestehen auch in Südslawien. Obgleich kapitalistisch unentwickelt, konnte Südslawien den in der ganzen Welt herrschenden Zuständen nicht entgehen. Und da es ein Teil dieser Welt ist, so bildet seine wirtschaftliche und infolgedessen auch seine politische Krise nur einen Teil der wirtschaftlich-politischen Weltkrise. Seine anscheinend bevorzugte Lage als Land des Ackerbaus und des Kleinbesitzes kann es nicht im geringsten vor der Krankheit retten, die den Weltkapitalismus befallen hat. Alles, was Südslawien produziert und tut, werden der Weltkapitalismus und der Welt-imperialismus zerstören, vernichten, in eine Krise verwandeln. Als eines der Länder, die am meisten durch den Krieg gelitten haben, wird Südslawien immer mehr zur Kolonie des internationalen Imperialismus. Anarchie, Verheerungen, Verarmung, Desorganisation, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Ausbeutung der Arbeiterklasse, die wirtschaftliche und finanzielle Krise bedrücken dieses Land nicht minder stark, als die kapitalistisch entwickelten Länder. Südslawien, das von den Ländern mit entwickelter Industrie wirtschaftlich und finanziell geknechtet wird, leidet nicht allein unter der Zerrüttung seiner Landwirtschaft und der Desorganisation des Warenaustausches, sondern auch dadurch, daß es ein ganzes Jahr lang ein Feld der unausgesetzten Ausbeutung und des Schiebertums war, daß alles, was zur Wiederaufrichtung und Hebung der Produktion beitragen konnte, vernichtet wurde. Riesige Kriegsschulden und Lasten aller Art bedrücken dieses ruinierte, verheerte Land; die zahlreichen verarmten Familien, die umgekommene und verkrüppelte Arbeiterschaft, die Witwen und Waisen der

gefallenen Krieger bilden eine schwere Last, die dem Lande durch die Schuld der herrschenden Klassen aufgebürdet wurde. Diese Klasse, der es nur um Ausbeutung und Bereicherung, um verbrecherisches Schiebertum zu tun war, tat im Laufe eines ganzen Jahres rein gar nichts, um die schwere Bürde zu erleichtern, die Produktion zu heben, den Warenaustausch, die Verteilung und Versorgung zu organisieren, den Arbeitermassen Verpflegung und Unterhalt zu sichern. Im Gegenteil, sie spannte ihre ganze Kraft an, um die Kriegslasten, die Teuerung und die Armut ausschließlich den Arbeitermassen in Stadt und Land und den Kleinbesitzern aufzubürden. Vergebens wies die Kommunistische Partei während des ganzen verflorbenen Jahres auf die Maßnahmen hin, die allein imstande wären, den größten Teil der Bevölkerung aus dem Elend zu ziehen. Die kleine Minderheit der Herrschenden benutzte die Macht, die sie in Händen hielt, ausschließlich zur Befriedigung ihrer selbstsüchtigen Klasseninteressen.

Diese Zustände führten der Kommunistischen Partei im vorigen Jahre große Massen der leidenden Bevölkerung zu. Allorts traten die Arbeiter aller Kategorien in den Ausstand. Die Unzufriedenheit der Massen, die Arbeiterstreiks, die nationalen und grundsätzlichen Uneinigkeiten, die ungelöste Agrarfrage, die politischen Unruhen im Lande, die fehlgeschlagene Hoffnung, daß die Ententeimperialisten ihr eine reiche Siegesbeute gewähren würden, die Furcht vor der Rache des Volkes, vor dem Ausgang der bevorstehenden Wahlen und dem Anwachsen der Arbeiterbewegung raubten der herrschenden Klasse völlig die Besinnung.

Im Laufe dieses ganzen Jahres verfolgte sie die Arbeiterorganisationen auf das bitterste. Der Terror, den die herrschende Klasse bereits im vorigen Jahr begann, nahm von Tag zu Tag zu und hat nunmehr seinen Höhepunkt erreicht. In einer ganzen Reihe von Provinzen sind die Arbeiterorganisationen aufgelöst, zahlreiche Genossen und Kämpfer des Kommunismus verhaftet, gefoltert und aus dem Lande ausgewiesen worden. Hierzu kam noch die Abwürgung der Presse, der politischen Rechte und Freiheiten, das Verbot, Versammlungen zu veranstalten und Verträge abzuschließen, die Schließung der Arbeiterräume und -Organisationen und nie dagewesene verbrecherische Angriffe gegen die grundlegenden gesetzlichen Rechte. Aus Furcht, ihre Klassenherrschaft einzubüßen, beseelt von der Hoffnung, durch Reaktion und Gewalt das Wachstum der kommunistischen Bewegung, deren Entwicklung eine unumgängliche Folge der wirtschaftlichen und sozialen Krise im Lande ist, zu verhüten, vergreift die Bourgeoisie Südslawiens sich nun auch an dem elementarsten Recht der Arbeiterklasse — dem Streikrecht. Sie stellt jeden, aus wirtschaftlichen Beweggründen begonnenen Streik als politischen und staatsverräterischen Streik dar und unterdrückt ihn gewalttätig. Gegen den Eisenbahnerstreik, der vor kurzem ausbrach, erhob die Bourgeoisie sich, um ihn mit Waffengewalt, durch unerhörte Verfolgungen

niederzuringen, ihn in Blut zu ertränken. Der Bürgerkrieg im Lande wurde folglich von oben, von der Bourgeoisie und ihrer Regierung angefacht.

In dieser Beziehung waren alle bürgerlichen Parteien, die ganze herrschende bürgerliche Klasse einig. Diese Parteien lösten sich einander bald einzeln, bald gruppenweise an der Macht ab, aber sie zeigten sich alle gleich unfähig, das Land aus der Krise zu erlösen, denn sie wurden einzig von dem Wunsch geleitet, die Reichtümer des Landes schamlos unter sich aufzuteilen, das Volk auszubeuten, die Arbeiterklasse zu terrorisieren. Sie zeigten sich alle als Feinde der Arbeiterklasse, und so verloren sie das Vertrauen des Volkes. Die sozialpatriotische Partei bildete in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Sie blieb nach wie vor der Agent der herrschenden Bourgeoisie, teilte die Macht mit ihr und sah alle Illusionen über soziale Reformen unter der Herrschaft des Kapitalismus scheitern. Was Wunder, daß die enttäuschten Arbeitermassen in Slowenien, Horwatien und in der Wojewodschaft sich von der Partei lossagten.

In der auswärtigen Politik säte die südslawische Bourgeoisie Haß und gab Anlaß zu neuen Kriegen mit den Nachbarvölkern, lieferte das Land dem kolonialen Joch auswärtiger Imperialisten aus, machte Südslawien zum Agenten der internationalen Gegenrevolution und zum Helfershelfer bei dem Versuch, die russische Revolution und die Freiheitsbestrebungen unserer Brüder, der russischen Arbeiter, niederzuringen.

In der inneren Politik usurpierte sie die ganze Macht, wich ein ganzes Jahr lang der Anberaumung der Wahlen aus und verhöhnnte vermittels des Zerrbildes, das sie Parlament nannte, den Willen des Volkes, sein Recht der freien politischen Selbstbestimmung. Die Wahlbestimmungen für die künftigen Wahlen sind von Gewalt und Falschheit durchsetzt, sie treten die elementarsten Bürgerrechte mit Füßen, sie berauben ganze Nationalitäten, die zum Lande gehören, des Wahlrechts. Wir sehen somit, daß die gegenwärtige internationale Lage Südslawiens in bezug auf die wirtschaftliche Krise wie auch hinsichtlich der politischen Wechselbeziehungen ihre Eigentümlichkeiten hat. Eine zusammengeschlossene Bourgeoisie, ein reaktionärer Block, eine bürgerliche Schreckensherrschaft auf der einen Seite, immer revolutionärer werdende Massen, eine zunehmende revolutionäre Situation auf der anderen Seite — das sind die Hauptkennzeichen der gegenwärtigen politischen Lage in Südslawien.

III.

Angesichts dieser Situation sieht der Kongreß die Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei Südslawiens in folgendem:

1. Entfaltung tatkräftigster, weitgehendster Propaganda in Wort und Tat in Stadt und Land, unter dem Proletariat, wie auch unter dem Halbproletariat und den Kleingrundbesitzern, die ihren Grund und Boden ohne fremde Arbeitskraft bearbeiten.

Diese Propaganda muß unter unverhüllter kommunistischer Losung, unter offenem Bekenntnis zum kommunistischen Programm geführt werden. Der gesamten Arbeitermasse dieses Landes muß durch Worte und durch den Kampf, den die Kommunistische Partei führen wird, das Bewußtsein eingeprägt werden, daß die Arbeiterklasse keinen anderen Ausweg aus dieser verzweifelten Lage besitzt, als die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus.

2. Im Geiste des Programms der Partei und der Grundsätze der III. Internationale, die durch den jetzigen Klassenkampf und die allgemeine revolutionäre Situation so glänzend bekräftigt werden, muß das Proletariat mit verstärkter Energie, mit allen kommunistischen Kampfmitteln zur Erfüllung seiner geschichtlichen Aufgaben, zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus vorbereitet werden.

3. Die Partei muß mit ungeteilter Kraft an die Lösung ihrer hohen Tagesaufgaben gehen, um auf den Block der reaktionären Bourgeoisie mit einem Block des revolutionären Proletariats zu antworten.

Zur Erreichung dieses Endzieles muß im Geiste der Beschlüsse der Konferenz zu Sofia und des Manifests der III. Internationale zur Bildung einer einheitlichen Front des revolutionären Proletariats der Balkan-Donauländer geschritten werden.

4. Der lügenhaften bürgerlichen Demokratie und dem in die Brüche gegangenen Parlamentarismus müssen die neuen Formen der proletarischen Demokratie und der Sowjetordnung in Gesellschaft und Staat entgegengestellt werden. Diese Ideen, wie auch die Idee der Arbeiter- und Bauernräte als erprobte und beste Mittel der proletarischen Diktatur müssen popularisiert werden.

5. Die Partei muß stets bereit sein, mit aller Kraft für die russische proletarische Revolution zu kämpfen und kein Opfer zur Verteidigung dieser Revolution scheuen.

6. Als Antwort auf den schamlosen Terror, die Gewalttaten der reaktionären Bourgeoisie und die Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse müssen alle Mittel vorbereitet, organisiert und ergriffen werden, die sich im Kampf der übrigen kommunistischen Parteien bei ähnlicher Sachlage machtvoll und erfolgreich erwiesen haben und die zur Wahrung der Reinheit der kommunistischen Aktion beitragen können.

7. Im Kampf um die Verwirklichung ihres Programms wird die

Kommunistischen Partei Südslawiens je nach den Umständen und der Notwendigkeit sämtliche revolutionäre Mittel ausnutzen. Sie verwirft weder die stärksten, schwersten Mittel, noch auch diejenigen, denen in der heutigen revolutionären Situation eine untergeordnete Bedeutung beizumessen ist.

In der Phase des Klassenkampfes, in der das südslawische Proletariat sich heute befindet, nutzt die Kommunistische Partei auch den Wahlkampf bei den Parlaments- und Kommunalwahlen aus. Aber ebenso wie sie sich der Wahlen nur zum Zweck revolutionärer Propaganda bedient, führt sie auch den Kampf im Parlament nur Seite an Seite mit den außerparlamentarischen Aktionen der Massen, denn diese Aktionen bleiben stets die hauptsächlichsten und zuverlässigsten Kampfmittel.

Die Frage, ob die Partei sich unter veränderten Verhältnissen an den Wahlen und an der Volksvertretung beteiligen soll, wird je nach der konkreten Sachlage durch Urabstimmung entschieden.

8. An den Munizipal- und Selbstverwaltungswahlen beteiligt die Partei sich in der Weise, wie es in den Leitsätzen zu diesen Wahlen bereits vorgeschrieben ist.

9. Die Kommunistische Partei Südslawiens bleibt auch ferner die Beschützerin der Idee der nationalen Einheit und der Gleichberechtigung aller Nationalitäten im Lande. Sie bietet ihre ganze Kraft auf, um zu verhindern, daß die politischen und die Bürgerrechte der zum südslawischen Staat gehörenden auswärtigen Nationalitäten geschmälert werden.

10. Heute, wo die vereinigte reaktionäre Bourgeoisie mit allen Mitteln bestrebt ist, die ganze Bürde des Krieges und der unerträglichen wirtschaftlichen und finanziellen Lage den werktätigen Massen in Stadt und Land auf die Schultern zu laden, wird die Kommunistische Partei Südslawiens energischer denn je für die Aufhebung aller Monopole, die heute das Monopol der kapitalistischen Ausbeutung bilden, für die Aufhebung aller Schutzzölle und jeglicher indirekten Steuern kämpfen. Sie wird die Besteuerung aller, die sich am Kriege bereichert haben, die Besteuerung des Großgrundbesitzes und der Einnahmen fordern, mit Ausnahme der Einkünfte, die für den persönlichen Unterhalt unbedingt notwendig sind. Mit aller Kraft wird sie zur Beschlagnahme der gesamten Kriegsbeute und zur Annullierung sämtlicher Staatsschulden schreiten.

11. Nun, da die reaktionäre Bourgeoisie sich anschickt, den Achtstundentag mit Gewalt aufzuheben, die Löhne herabzusetzen, die Arbeiterklasse in unerträgliche Lebensbedingungen zu versetzen, in der gegenwärtigen Ära der Vernichtung der politischen und bürgerlichen Rechte, der Niederringung der konstitutionellen Freiheiten der werktätigen Massen — das Streikrecht, das Versammlungs- und Vertragsrecht — auf-

zuheben, wird die Kommunistische Partei Südslawiens unter Einsatz ihrer ganzen Kraft dafür kämpfen, daß der Achtstundentag und die englische Arbeitswoche überall eingeführt werden und da, wo sie bestehen, erhalten bleiben;

daß die bestehenden Arbeiterschutzgesetze erhalten und vervollkommen werden;

daß die Arbeiter unumschränktes Organisations-, Streik- und Boykottrecht erhalten und die Gewerkschaftsorganisationen als gesetzliche Vertreter der Arbeiter anerkannt werden;

daß alle geschlossenen Organisationen und deren Lokale wieder eröffnet werden und frei funktionieren können, daß alle verhafteten und verbannten Genossen befreit und fernere Verfolgungen unmöglich werden, alle Bürger ohne Unterschied des Geschlechts und der Nationalität unbehindert ihre bürgerlichen und politischen Rechte ausüben können;

daß die schamlose Ausbeutung im Produktionsprozeß verhindert wird und zu diesem Zweck eine von den Arbeiterorganisationen gewählte Arbeitskammer und eine im ganzen Lande, in jedem einzelnen Bezirk funktionierende wirtschaftliche Inspektion über alle Gewerbe- und Industrieunternehmen Kontrolle ausübt.

Die Wirtschaftsinspektoren werden als Organe der Arbeitskammer von den Arbeiterorganisationen gewählt und erhalten das Recht, Strafen aufzuerlegen und unmittelbare Erfüllung ihrer Befehle zu fordern. Sie bestehen in erster Reihe aus Arbeitern und Arbeiterinnen.

12. Um die Verpflegung des ganzen Volkes zu sichern und die empörende Ausbeutung der Werktätigen bei dem Austausch und der Verteilung der Lebensgüter zu verhindern, wird die Kommunistische Partei Südslawiens für die Nationalisierung des gesamten Verkehrs, der Ausfuhr und der Einfuhr unter der Kontrolle der Arbeiter- und Bauernsowjets kämpfen.

13. Auf den Wunsch der Bourgeoisie, den Arbeitern die gesamte Kriegslast aufzubürden, wird die Kommunistische Partei mit energischem Kampf antworten, um die Ausführung dieses Planes zu verhüten. Sie wird fordern, daß aus den allgemeinen Kapitalabgaben und aus der beschlagnahmten Kriegsbeute ein selbständiger Invalidenfond, dem die Invaliden selbst vorstehen werden, und ein Waisenfond zur Unterstützung, zum Schutz und zur Erziehung der zahlreichen, durch den Krieg geschaffenen Waisen organisiert werden.

14. Die Kommunistische Partei Südslawiens wird energische Maßnahmen zur Aufdeckung sämtlicher Betrügereien und Verbrechen der Bourgeoisie bei der „Lösung“ der Agrarfrage ergreifen. Sie wird den Massen die ganze Lüge und den Verrat enthüllen und alles aufbieten, um die Agrarfrage restlos zu lösen, durch Beschlagnahme sämtlichen Großgrundbesitzes und dessen Übergabe nebst entsprechendem Inventar

ohne jede Entschädigung an die Arbeitersowjets; die Arbeitersowjets werden aus denjenigen bestehen, die tatsächlich den Grund und Boden bearbeiten.

15. Mit der Annahme dieser Resolution verliert das vom ersten Kongreß ausgearbeitete Aktionsprogramm seine Gültigkeit.

Der Kongreß ruft alle Werkstätigen in Stadt und Land, alle, die von der jetzigen unerträglichen Ordnung ihrer Rechte beraubt und unterdrückt werden, sich fest zusammenzuschließen in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Kommunistischen Partei als der einzigen Vertreterin der Interessen des größten Teils des werktätigen Volkes. Die Partei ruft die noch unorganisierte Arbeiterschaft auf, sich die Ideen und Ideale der Partei zu eigen zu machen, die revolutionäre Taktik der Partei anzunehmen und in ihren Reihen mutig und begeistert zur Erzielung des endgültigen Sieges der proletarischen Revolution auf dem Balkan und in der ganzen Welt zu kämpfen.

Entwurf der Resolution über den Beitritt zur III. Internationale.

Wir bringen hier den Text des Entwurfs zur Resolution über den Beitritt der Französischen Sozialistischen Partei zur Kommunistischen Internationale, ausgearbeitet unter der Mitwirkung der Genossen aus dem Komitee der III. Internationale, der Bürger Cachin und Frossard und der früheren Mitglieder des Komitees für den Wiederaufbau der Internationale.

„Nach einem vierjährigen Blutbad und einem zweijährigen angeblichen Frieden, während welchem die Bourgeoisie nicht aufgehört hat, einen gegenrevolutionären imperialistischen Krieg gegen das russische Volk und die unterdrückten asiatischen Völker zu führen, stellt die Sozialistische Partei fest, daß der Kapitalismus den von ihm hervorgerufenen wirtschaftlichen und sozialen Verfall nicht überleben kann.

Die unersättlichen Gelüste der bürgerlichen Klassen und die verhängnisvolle Entwicklung der Weltwirtschaft haben den Imperialismus erzeugt; die Konkurrenz der miteinander wetteifernden imperialistischen Staaten bringt einen ununterbrochenen Krieg hervor. Mit dem Blute von Millionen Proletariern hat die imperialistische Koalition der Verbündeten die feindliche Koalition besiegt und glaubt nun, sich die Welthegemonie gesichert zu haben.

Herrin der Kolonien Asiens und Afrikas, zwingt sie den früheren neutralen Staaten ihren Willen auf und macht die Völker Zentraleuropas zu Sklaven mit Hilfe von Verträgen, die den Triumph ihrer Macht und ihr „Recht“ zu plündern und zu rauben heilig sprechen.

Aber das revolutionäre Rußland hat die Allmacht der siegreichen imperialistischen Koalition in Frage gestellt. Es hat den kapitalistischen Gesetzen den Gehorsam verweigert, die bürgerliche Ordnung gestürzt, die Staatsmacht dem Proletariat übergeben, die Ausbeuter enteignet, die Verwirklichung der kommunistischen Weltordnung begonnen. Es hat den Angriffen der internationalen Gegenrevolution getrotzt und, seinem Beispiel folgend, ist in allen Ländern der Widerstand gegen den Druck des Kapitals organisiert worden.

Mittlerweile fahren die unvermeidlichen Folgen des imperialistischen Krieges fort, sich weiter zu entwickeln. Der Wettbewerb der kapitalistischen Oligarchien lockert den Verband der verbündeten imperialistischen Mächte. Der Verfall der Länder, das Schwanken der Budgets, die Ueberschwemmung des Marktes mit Papierwertzeichen folgen der Zerstörung unzählbarer Menschenleben und unschätzbaren Reichtümer und treiben den wirtschaftlichen Ruin auf die Spitze. Die Lahmlegung des internationalen Austausches, das Sinken der Produktion, das unbekämpfbare Steigen der Teuerung verschärfen aufs äußerste die Klassengegensätze. Indem sie den Kapitalismus untergraben, sind diese Klassengegensätze ein tödliches Gift für die alte Ordnung.

Im allgemeinen Chaos, in dem die blinde Bourgeoisie fortfährt, gierig nach Herrschaft und Gewinn zu haschen, gewinnt das Proletariat täglich mehr an Weitsichtigkeit, wird es sich seiner revolutionären Mission bewußt und beginnt den Befreiungskampf gegen seine Herren...

Verblendet durch ungeheuerliche Fabeln, durch künstlichen Haß fanatisiert, irreführt durch die Lüge und den Betrug, die die Bourgeoisie mit Hilfe der allvermögenden, zersetzenden Wirkung des Geldes und der Zwangsmittel der allmächtigen Staatsgewalt um sich gesät hat, haben die Völker vier Jahre lang in dem wahnsinnigsten, brudermörderischsten Kriege aller Zeiten einander zerfleischt. Von den Führern der II. Internationale ebenso wie von ihren bürgerlichen Regierungen betrogen, glauben sie die gerechte Sache zu verteidigen, ihr Vaterland, die Gerechtigkeit, die Zivilisation; sie glaubten, mit ihrem Blute den ewigen Frieden zu sichern und mit ihren Opfern das Glück der kommenden Generationen zu erkaufen.

Jetzt erst sehen sie ein, wie tief sie sich geirrt haben. Sie verstehen, daß unzählige Millionen Menschen ihr Leben für die Befriedigung der Gelüste der Bourgeoisie geopfert haben. Sie merken nichts, weder von Frieden, noch von Gerechtigkeit oder Zivilisation, sie sehen nur Krieg,

Ausbeutung, Barbarei. Und die junge Generation wird mit hineingezogen in das Schicksal der alten, die sie zu retten glaubte.

Jeder Proletarier ist sich jetzt dessen bewußt, daß sein Feind in seinem eigenen Lande haust und daß der einzige gerechte Krieg der Krieg der Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter ist. Die klassenbewußte Elite eines jeden Proletariats hat sich zu einer politischen Partei organisiert, die die unterdrückten Klassen in ihrem Kampfe gegen die privilegierten Klassen leitet. Auf die Initiative weitsichtiger Sozialisten, die den Kampf gegen die kapitalistische Ordnung keinen Augenblick aufgegeben haben, und unter dem Leitstern der ersten siegreichen proletarischen Revolution haben sich diese sozialistischen oder kommunistischen Parteien zu einer neuen Internationale vereinigt.

Die Französische Sozialistische Partei erklärt, daß diese neue Internationale, die Kommunistische Internationale, die wirkliche Willensträgerin der ausgebeuteten Massen aller Länder und die sichere, erprobte Führerin der Vorkämpfer des Proletariats ist.

Im Bewußtsein der historischen Rolle, die ihr im Augenblick zufällt, wo die Geschicke des Proletariats an der Weltfront des Klassenkampfes aufs Spiel gesetzt werden, beschließt die Partei, der Kommunistischen Internationale beizutreten, die die Kräfte aller revolutionären proletarischen Organisationen vereinigt und ihre Befreiungsbewegung leitet.

Die Partei erklärt sich vollkommen solidarisch mit der Sowjetrepublik, die nicht nur für das Wohl des russischen, sondern für die Befreiung des Proletariats der ganzen Welt kämpft. Die Partei erklärt es für die erste und heiligste Pflicht der Arbeitenden aller Länder, mit allen Mitteln die in Rußland begonnene soziale Revolution zu schützen und dem Imperialismus und der kapitalistischen Ordnung einen erbarmungslosen Krieg zu erklären, der die vollständige Befreiung der Arbeit herbeiführt.

Leitsätze.

1. Die Uebernahme der Staatsmacht durch das Proletariat und die proletarische Diktatur.

In Anbetracht der Unfähigkeit des Kapitalismus, die zerstörte Welt wieder aufzubauen, muß die Partei die Bedingungen ins Auge fassen, unter denen das Proletariat die Stelle der Bourgeoisie einnehmen und die kommunistische Gesellschaft aufbauen kann.

Die Erfahrung der Geschichte und der gegenwärtigen Revolutionen sagt gebieterisch, daß die soziale Umwälzung sich nicht im Rahmen der jetzt bestehenden Ordnung und der zu ihrer Erhaltung aufgestellten Gesetze vollziehen kann. Wenn es auch wahr ist, daß ein soziales System im Schoße des von ihm zu ersetzenden Systems erzeugt wird und aus ihm

die Kraft für seine Entwicklung schöpft, so wird dieses Zusammenleben doch unmöglich, sobald die neu entstehenden sozialen Formen in ihrer Entwicklung auf ein ihnen von dem bestehenden System entgegengesetztes Hindernis stoßen. Dann wird der Klassenkampf außerhalb der alten zum Untergang verdammten Gesetzlichkeit und zur Schaffung einer neuen Gesetzlichkeit weitergeführt.

Die erste Phase des revolutionären Kampfes nimmt entsprechend der inneren Lage eines jeden Landes, der Form und Widerstandsfähigkeit seiner Streitkräfte einen verschiedenen Charakter an; sein unveränderliches Ziel aber bleibt immer und überall die volle Uebernahme der politischen Gewalt durch das Proletariat. Alle sozialen Konflikte, wie derjenige, der kürzlich die italienische Regierung zwang, die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion anzuerkennen, sind nur Vorspiele zur Erreichung dieses für die Entwicklung der Revolution notwendigen Zieles.

Der revolutionäre Wert dieser ersten Privilegienverminderung der Bourgeoisie wird sehr bald beeinträchtigt durch die Tatsache des Bestehens der Bourgeoisie selbst, die immer noch Herrin der Staatsgewalt ist, ihren Widerstand ungehindert organisiert, ihren zersetzenden Einfluß frei ausübt und selbst ihre Gesetze ausarbeitet.

Allein die unbeschränkte Uebernahme der politischen Macht, ohne Zugeständnisse an die Vertreter der Bourgeoisie und des kleinbürgerlichen Sozialismus, ermöglicht es dem Proletariat, die neue Gesellschaft auf der Basis des Allgemeinbesitzes, der Arbeitspflicht und der Vernichtung der Klassen aufzubauen.

Die Uebernahme der Macht bedeutet keineswegs die Einsetzung von Kommunisten an Stelle der bürgerlichen Elemente in den kapitalistischen Staatsorganismen, sondern die Zerstörung des bürgerlichen Staates und statt dessen die Errichtung eines von ihm gänzlich verschiedenen Staatsapparats.

Die Machtübernahme durch das Proletariat liefert ihm das Werkzeug der bürgerlichen Herrschaft aus; sie bedingt keinesfalls die unmittelbare Vernichtung der Bourgeoisie oder der Klassen und folglich auch nicht des Klassenkampfes, der sich im Gegenteil aufs äußerste zuspitzt. Das Proletariat kann den Forderungen dieses Kampfes nur dann nachkommen und ihn zum siegreichen Ende führen, wenn es seine Diktatur unter der Parole ausübt: „Alle Macht den Arbeiterräten“!

Die Diktatur des Proletariats ist keine Staatsordnung, sie ist ein Mittel, und zwar das einzige, das der Arbeiterklasse ermöglicht, den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen und die kommunistische Gesellschaft aufzubauen.

Der Kongreß stimmt mit der Kommunistischen Internationale überein, daß es unmöglich ist, ohne Zwischenstufe vom bürgerlichen Staat zum staatslosen Kommunismus überzugehen.

Der Staat ist ein Klassenapparat im Dienste der herrschenden Klasse; er kann nur mit den Klassen selbst verschwinden. Die kapitalistischen Produktionsmethoden können nicht sofort durch sozialistische ersetzt werden. Das ist das Werk eines Zeitraums, in dem das Bestehen eines proletarischen Staates unvermeidlich und notwendig erscheint. Während dieser Zeit wird die Diktatur des Proletariats ausgeübt, um die Entstehung der neuen sozialen Verhältnisse zu ermöglichen, die automatisch zusammen mit der Diktatur und den Klassen allmählich den Staat selbst vernichten werden, der während der Uebergangsperiode das Werkzeug der Herrschaft der Arbeiterklasse ist.

2. Die kommunistische Partei und die proletarische Revolution.

In Uebereinstimmung mit der III. Internationale verwirft der Kongreß auf das entschiedenste die Auffassung, daß das Proletariat seine Revolution durchführen kann, ohne eine selbständige politische Partei zu besitzen. Jeder Klassenkampf ist zugleich auch ein politischer Kampf. Nur eine politische Partei ist imstande, die politische Macht zu übernehmen, zu organisieren und zu leiten. Nur wenn das Proletariat als Führer eine organisierte und erfahrene Partei mit streng umgrenzten Zielen und einem konkreten Programm besitzt, wird die Eroberung der politischen Macht etwas anderes als eine Episode sein und als Ausgangspunkt für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft angesehen werden können.

Die sozialistische oder kommunistische Partei ist notwendig für das Proletariat, und zwar nicht nur bis zur Eroberung der politischen Macht, sondern auch während der ganzen Zeit der Diktatur und bis zur völligen Vernichtung der Klassen.

3. Der Parlamentarismus:

Die Partei betrachtet das Parlament als einen dem Wesen nach durch und durch bürgerlichen Apparat, „ein Werkzeug der Unterdrückung und Versklavung in den Händen des herrschenden Kapitals“, unvereinbar mit der proletarischen Ordnung, die in der Republik der Arbeiterräte ihren Ausdruck findet. Da die Uebernahme der politischen Macht nicht die Erhaltung des bürgerlichen Staatsräderwerks — wenn auch in den Händen der Kommunisten — sondern die Zerstörung des kapitalistischen Staatsmechanismus verfolgt, wird das Parlament mit der Uebernahme der Macht durch die Arbeiterklasse verschwinden. Ebenso müssen alle kommunalen und örtlichen bürgerlichen Einrichtungen verschwinden, um den proletarischen Institutionen Platz zu machen.

Wie die III. Internationale, so verwirft auch die Partei den Parlamentarismus als eine Form der proletarischen Klassendiktatur; sie verneint die Möglichkeit der Eroberung der Parlamente zwecks Durchführung der Revolution.

Die Partei ist der Meinung, daß unter gewissen Bedingungen, nämlich in der vorrevolutionären Periode und in der ersten Zeit des revolutionären Aufstandes, die Tribüne des bürgerlichen Parlaments für ihre revolutionäre Propaganda ausgenutzt werden kann; jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß ihre dazu gewählten Vertreter unter wirklicher Kontrolle und voller Abhängigkeit von der Partei stehen. Die Kommunisten gehen in das Parlament, nicht um dort eine organische Arbeit zu leisten, sondern um die Feinde des Proletariats bloßzustellen, ohne Furcht vor Ueberschreitung der festgesetzten Regeln und vor den vorgesehenen Disziplinarstrafen.

Ins Parlament geschickt, um zur Zerstörung der kapitalistischen Ordnung von innen beizutragen, dürfen sie sich nicht von dem Vorwurf beeinflussen lassen, daß sie nur eine negative Handlung vollbringen und der gesetzgebenden Arbeit der Bourgeoisie nichts Konkretes gegenüberstellen. Sie sind keine Gesetzgeber unter anderen Gesetzgebern, sondern in das feindliche Lager gesandte kommunistische Stimmenträger. Sie folgen unter allen Umständen nur den Beschlüssen der Partei, für deren Uebertretung ihnen Ausweisung aus der Partei droht.

Der Wahlkampf verfolgt nicht den Zweck der Erreichung einer Höchstzahl von Parlamentsmandaten, sondern den der Mobilisierung der Massen für die Parolen der proletarischen Revolution.

Obgleich der Kongreß anerkennt, daß unter den oben angeführten Bedingungen die Beteiligung der Sozialisten am bürgerlichen Parlament notwendig ist und daß die französischen Sozialisten jetzt diese Taktik verfolgen können, erklärt er doch, daß die revolutionäre Lage irgend eines Landes gegebenenfalls eine solche Parlamentsaktion überflüssig erscheinen lassen kann. Das geschieht z. B., wenn die revolutionäre Handlung außer halb des Parlaments sich bis zu einem Grade entwickelt hat, wo dasselbe gar keinen Einfluß mehr auf die Ereignisse ausübt, d. h. wenn die für den unmittelbaren Uebergang zum offenen Kampf um die Macht notwendigen Vorbedingungen vorhanden sind.

Die III. Internationale macht daher mit Recht geltend, daß die Bedeutung der Frage des Parlamentarismus nur relativ ist und daher in keiner Weise Grund zu einer Spaltung unter den Kommunisten geben darf.

4. Die Partei und die Gewerkschaften.

Die Organisation der Gewerkschaften ist eine gebieterische Notwendigkeit für die Arbeiterklasse, sei es, daß man ihre unmittelbare

wirtschaftlichen Interessen oder ihren Kampf gegen die Arbeitgeber im Auge hat, oder daß man die Organisierung der Revolution berücksichtigt, zu deren Mitteln auch der Generalstreik gehört.

Während einer bestimmten geschichtlichen Periode ist die gewerkschaftliche Bewegung reformistisch, sie sucht Kompromisse, die die eigentliche Basis der kapitalistischen Ordnung und die wesentlichen Vorrechte der Arbeiterausbeuter unberührt lassen; aber in dem Maße, wie die Ohnmacht des Reformismus immer deutlicher zutage tritt und das Proletariat den Druck des sozialen Apparats immer stärker fühlt, wird und muß sich diese Bewegung in der Richtung der revolutionären Tendenzen entwickeln.

Während die gewerkschaftliche Bewegung in Frankreich fast das ganze XIX. Jahrhundert hindurch reformistisch war, nimmt sie am Anfang des XX. Jahrhunderts einen ausgesprochen revolutionären Charakter an. Sie glaubt, ihr Ziel durch die direkte Aktion und den Generalstreik erreichen zu müssen. Sie verfolgt im allgemeinen dasselbe Ziel, wie der Sozialismus: die Abschaffung der Lohnarbeit. Aber ein schon vor dem Kriege beginnender Umschwung macht sich im Laufe desselben immer mehr bemerkbar, und die gewerkschaftliche Bewegung geht zurück, ebenso wie der Sozialismus.

Der Zufluß großer Massen ungelernter Arbeiter in die Gewerkschaften, die allmähliche Entstehung einer eingesessenen, mehr zur Praxis der industriellen Diplomatie als zu der der revolutionären Kraft neigenden Bürokratie, die Tendenz der neuen Mitglieder, die Teuerung nur durch Lohnerhöhung bekämpfen zu wollen, das alles trug dazu bei, die gewerkschaftliche Bewegung Frankreichs in das Fahrwasser des Reformismus zu steuern.

Diese Abweichung fand ihren Ausdruck in Handlungen, die unzweifelhaft ein Bekenntnis zur Klassenharmonie während des Krieges bedeuten, und zwar in der Anerkennung der „heiligen Allianz“ und in der Beteiligung an den von den kapitalistischen Staaten ins Leben gerufenen Unternehmungen, wie die Konferenz in Washington und das Arbeitsamt in Genf.

Aber die Ereignisse lassen den Bankerott einer solchen Politik täglich deutlicher hervortreten. Von Tag zu Tag sehen die gewerkschaftlich organisierten Proletarier klarer ein, daß die besitzende Klasse unfähig ist, den durch die Weltkatastrophe zerstörten Produktionsapparat wieder in Bewegung zu setzen; es wird ihnen von Tag zu Tag deutlicher, daß ihr Elend immer größer wird, trotz der Lohnerhöhungen, die doch nicht mit der Teuerung Schritt halten können. Mit jedem Tage wird es ihnen klarer, daß sie eine Klasse bilden, daß sie sich nicht anders als durch den Sturz des ganzen kapitalistischen Gebäudes befreien können und

daß der Syndikalismus durchaus nicht alle Elemente und Möglichkeiten der kommunistischen Gesellschaft in sich birgt.

Die gewerkschaftliche Bewegung Frankreichs muß wieder zu dem werden, was sie schon gewesen ist: ein realer Faktor der Revolution. Das kann sie nur, wenn sie den kommunistischen Ideen ihre Tore immer weiter öffnet und zusammen mit der sozialistischen Partei für die Eroberung der politischen Macht und die Errichtung des proletarischen Staates kämpft. Durch ihren Beitritt zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale wird sie beweisen, daß sie zusammen mit der politischen Internationale arbeiten, daß sie ihre Aktion der Aktion derselben anpassen und dasselbe Ziel verfolgen will, wie die an ihr teilnehmenden Arbeitermassen. Indem die Kommunisten in diese Organisationen eindringen, und die dort vorhandenen Arbeiter für ihre Ideen gewinnen, bereiten sie dieses notwendige und unlösbare Bündnis vor.

5. Die internationale Solidarität.

Die Partei erklärt, daß die erste Pflicht des Proletariats gegenwärtig darin besteht, die bürgerlichen Regierungen zum sofortigen Frieden mit der Sowjetrepublik zu zwingen.

Die Sabotage der seit drei Jahren gegen das revolutionäre Rußland geführten militärischen Aktion ist die heiligste der Pflichten. Die Erzeugung und der Transport der für die Feinde der Sowjets bestimmten Waffen, Munition, Proviant aller Art muß mit allen Mitteln lahmgelegt werden. Der Größe des Verbrechens, das gegen Rußland begangen wird, muß die Größe der Anstrengungen der internationalen proletarischen Solidarität entsprechen, damit sie in der Lage ist, die für das Proletariat aller Länder segensbringenden revolutionären Eroberungen des russischen Proletariats zu beschützen.

Diese wesentlichste Aufgabe muß alle anderen beherrschen. Die Parteipresse und ihre Redner müssen ihr den Hauptplatz in ihrer Propaganda einräumen und die die Massen zur Aktion treibende Agitation ver-hundertfachen. Die Sozialisten müssen fordern, daß diese Frage an der Spitze der Tagesordnung jeder gewerkschaftlichen Versammlung steht, damit jede Arbeitergruppe die zur Unterdrückung der gegenrevolutionären Aktion der Bourgeoisie notwendigen Schritte tun kann.

Diese Propaganda, die den Zweck verfolgt, die Arbeiter über die traurigen Folgen ihrer Apathie und die Verantwortung aufzuklären, die sie mit der Unterstützung des gegenwärtigen Krieges auf sich laden, darf nicht nur an die Arbeiter der Waffen-, Munitions-, Pulverfabriken und die Transportarbeiter gerichtet sein, denn diese würden den Boykott der Angreifer Sowjetrußlands ohne die wirksame Unterstützung sämtlicher Arbeiterorganisationen nicht durchführen können. Dem Beispiel der italie-

nischen Arbeiterklasse folgend, muß die ganze Arbeiterschaft die systematische Sabotage der von unserer Regierung den Henkern des russischen Volkes geleisteten materiellen Unterstützung durchführen.

Die Gruppe der sozialistischen Parlamentarier muß von der Parlamentstribüne die Schrecken des gegenrevolutionären Krieges und der Blockade verkünden. Die sozialistische Presse muß mittels einer lauten Kampagne die öffentliche Entrüstung und den Zorn gegen das schändliche Attentat aufstacheln, dem ein Volk von 180 Millionen zum Opfer fällt. Die Sektionen und Föderationen der Partei müssen eine unablässige Agitation führen. Alle Mittel des Protestes müssen ausgenutzt werden, um eine günstige Atmosphäre für die Aktion zu schaffen, die die französische Regierung, den Haupthener Rußlands, zwingt, von ihren schändlichen Taten Abstand zu nehmen.

Gleichzeitig mit der Anwendung aller praktischen Mittel zur Lahmlegung der Kriegsmaterialienherzeugung und ihres Transports wird die Partei auch alle anderen für die Willenskundgebung der Arbeiterklasse auszunutzenden Mittel berücksichtigen, wie die kollektive Verweigerung der Steuerzahlung und andere unter diesen Umständen angebrachte Schritte. Die Partei verkündet ihren Beschluß, einen unversöhnlichen Krieg gegen den Imperialismus und die Gegenrevolution zu führen, die mehr als die Hälfte Europas martern und ihren gänzlichen Ruin herbeiführen.

6. Die Agrarfrage.

Die Agrarfrage bietet in Frankreich ein ganz eigenartiges Bild infolge der außerordentlichen Zerstückelung des Grundbesitzes. Die Partei darf diese Frage nicht dogmatisch behandeln und muß bei der Ausarbeitung ihrer politischen Richtlinie gegenüber der Bauernbevölkerung darauf bedacht sein, ihren ärmsten Teil für die Revolution zu gewinnen und ihren größten Teil zu neutralisieren.

Die Sozialisierung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel kann nicht in derselben Weise wie die Sozialisierung der industriellen Produktionsmittel vor sich gehen. Die Methoden der kollektiven Bodenbearbeitung können nicht aufgezwungen werden und lassen sich nur unter dem Einfluß der durch kollektive Arbeit auf den großen staatlichen landwirtschaftlichen Besitzen erzielten Erfolge allgemein einführen.

Nur der von Technikern und besoldeten Angestellten im Dienste der kapitalistischen Besitzer bearbeitete Großgrundbesitz muß sofort nach Uebernahme der Macht durch das Proletariat enteignet werden. Dieser Großgrundbesitz, ebenso wie die dem Staat, den Departements und den Gemeinden gehörenden Güter werden von den Räten der landwirtschaftlichen Arbeiter kollektiv verwaltet und ausgebeutet werden. Durch die Anwendung moderner vervollkommneter Methoden und Maschinen wer-

den sie eine Höhe der Produktivität erzielen, die die beste Propaganda für die Verallgemeinerung der kollektiven Bodenbearbeitung darstellt. Der proletarische Staat wird in reichlichem Maße seine Hilfe zuteil werden lassen, um alle Unternehmen für gemeinschaftliche Bodenbearbeitung, die landwirtschaftlichen Genossenschaften, landwirtschaftlichen Kommunen, zu ermutigen und zu unterstützen.

Die Enteignung des mittleren Besitzes mit einigen besoldeten Angestellten wird allmählich im Lauf der Dinge durchgeführt werden in dem Maße, wie die gemeinschaftliche Bodenbearbeitung immer mehr um sich greift. Indem die Monopolisierung der Verteilungs- und Austauschmittel durch den proletarischen Staat diesen Grundbesitzern die Möglichkeit nimmt, durch die willkürliche Bestimmung der Lebensmittelpreise zu spekulieren, d. h. indem die an einen solchen Besitz geknüpften Vorteile verschwinden, verschwindet auch jeder Grund zu seiner Existenz. Die von den großen mustergültigen Kollektivunternehmen unvermeidlich ausgeübte Anziehungskraft wird den Mittelbesitz seiner besoldeten Angestellten berauben, so daß er seinen kapitalistischen Ausbeutungscharakter verlieren und seine Existenz in der bisherigen Form unmöglich werden wird.

Die Kleinbesitzer, Farmer, Pächter, die keine Lohnarbeiter ausbeuten, und das eigentliche Landproletariat, die zuerst die Wohltaten der Revolution empfinden werden, bilden die für die sozialistische Propaganda zugänglichste Schicht der Bauernbevölkerung. Die ersteren, die unter der bestehenden Ordnung die ganze wachsende Last der Steuern und die immer steigenden Preise für Material und Düngemittel auszuhalten haben, werden sich durch die Aussicht auf die Abschaffung einer räuberischen, dem Arbeiter die Früchte seiner Arbeit entziehenden Ordnung und auf die Einführung einer neuen, ihm die Frucht seiner Arbeit sichernden sozialen Ordnung zum Sozialismus hingezogen fühlen. Die Proletarier des flachen Landes, ebenso wie die der Städte, werden sich zum Sozialismus wenden, um mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufzuräumen, die ehernen Gesetze der Lohnarbeit zu vernichten und sich ein glücklicheres Leben zu sichern.

Indem die Partei unablässig eine von diesem Programm inspirierte systematische Propaganda führt, wird sie die Versuche der Bourgeoisie, die Bauernschaft gegen die Arbeiterklasse aufzuhetzen, mattsetzen. Sie wird die geistige Einheit des ländlichen und städtischen Proletariats herbeiführen, die das Siegespfand der kommunistischen Revolution bildet.

7. Die Frauen- und Jugendorganisation.

Die Partei muß ihre besondere Aufmerksamkeit dem am stiefmütterlichsten behandelten Teil des Proletariats — dem weiblichen Proletariat — zuwenden. Da diese Proletarierkategorie durch den Krieg bedeutend ver-

größert worden ist, hat sich dem Sozialismus die Möglichkeit geboten, unter derselben große Massen von Anhängern zu werben. Eine besondere, diesem Zweck angepaßte Propaganda muß unter den proletarischen Frauen geführt werden, um diesen Ausgebeuteten klar zu machen, daß allein der Sozialismus ihre vollständige Befreiung herbeiführen kann, indem er sie vereinigt, organisiert und politisch erzieht. Der Plan dieser Propaganda und die Mittel ihres Eindringens in das weibliche Proletariat müssen von einer nationalen Konferenz der von den Föderationen delegierten sozialistischen Frauen ausgearbeitet werden. Das Zentralkomitee der Partei muß diese Versammlung einberufen, auf der ein dauerndes, mit der sozialistischen Propaganda unter den Frauen beauftragtes Organ gewählt werden muß, dem die Partei ihre moralische und materielle Hilfe angedeihen läßt.

Die Partei muß sich auch der Stärkung der sozialistischen Jugendorganisationen widmen, die zu Pflanzstätten für die künftigen Kämpfer werden müssen. Sie wird alle Maßnahmen treffen, um der Jugend die theoretische Erziehung zuteil werden zu lassen, die sie zu Propagandisten machen und sie befähigen wird, neue Kaders für das Proletariat zu bilden. Auf Grund der in anderen Ländern gesammelten Erfahrungen müssen sozialistische Schulen gegründet werden, damit die Jugend nicht auf zufällig erworbene Belehrungen angewiesen ist und ihr das Wort der Lehrer des Sozialismus zugänglich wird.

8. Die Beitrittsbedingungen.

Die Partei erklärt die von der III. Internationale aufgestellten Bedingungen zur Verhinderung des Eindringens antikommunistischer Elemente für richtig und notwendig.

Es ist in der Tat nicht genug, zu erklären, daß man mit den allgemeinen Grundsätzen des marxistischen Sozialismus übereinstimmt. Man muß sich auch über die zur Durchführung dieser Grundsätze anzuwendende Taktik einig sein, wobei — laut Punkt 16 der Bedingungen — die Zeit- und Ortsverhältnisse jeder Partei berücksichtigt werden müssen. Indem die III. Internationale mit Hilfe der Autorität und Erfahrung, die dem russischen Kommunismus infolge mehrerer Revolutionsjahre eigen ist, die wesentlichsten Regeln dieser Taktik aufstellt, hat sie gleichzeitig die Grundlagen dieses Uebereinkommens genau erwogen.

Wie der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, so erkennt auch die Partei an, daß eine wirkliche kommunistische Propaganda mit allen Mitteln systematisch überall geführt werden muß, wo es Proletariat gibt. Die scharf und deutlich ausgesprochene Notwendigkeit der proletarischen Diktatur muß diese Propaganda kennzeichnen, die mit der gleichen Wucht die kapitalistische Ordnung und den offenen oder ver-

hüllten Reformismus angreift. Mit besonderer Sorgfalt muß die Verbreitung der kommunistischen Ideen auf dem flachen Lande durchgeführt werden.

Alles, was den offiziellen Stempel der Partei trägt (Zeitungen, Broschüren usw.), muß von erprobten Kommunisten geleitet werden. Presse und Schriftleitungen müssen vom Zentralkomitee der Partei abhängig sein.

Die Partei muß sich nach den Grundsätzen der demokratischen Zentralisation konstituieren. Alle ihre Mitglieder müssen sich einer strengen Disziplin unterwerfen. Ihre leitenden Organe müssen eine auf dem Vertrauen aller Beteiligten basierte unanfechtbare Autorität besitzen. Alle noch nicht gänzlich für den Kommunismus gewonnenen Elemente müssen aus diesen Organen und im allgemeinen von allen verantwortlichen Posten entfernt werden.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Zusammenarbeit von Kommunisten und Reformisten mit der revolutionären Aktion unvereinbar ist. Die Kommunistische Internationale hat mit Recht daran erinnert, was diese Zusammenarbeit für die Sowjetrepublik Ungarn bedeutet hat. Eine Führung kann nicht durchgeführt werden, wenn die Führer untereinander durch Meinungsverschiedenheiten getrennt sind. Eine Partei kann nur dann zweckmäßig geleitet werden, wenn sie an ihrer Spitze Leute hat, die in vollem Maße das Vertrauen aller Mitglieder genießen und aufrichtig die theoretische und taktische Gesetzgebung der Partei anerkennen.

Die Zusammenarbeit von Kommunisten und Nichtkommunisten unter dem Vorwande der proportionellen Vertretung durchführen, heißt die Partei von vornherein zur Untätigkeit und Ohnmacht verdammen und sie statt zu einem Werkzeug des Klassenkampfes und der Revolution zu einem immer mehr dem Einfluß der Bourgeoisie unterliegenden amorphen Agglomerat machen. Der harte Kampf, der in allen sozialistischen Parteien die Kommunisten und die Reformisten gegeneinander wirft, darf nicht als eine zweitwichtige und vorübergehende Meinungsverschiedenheit angesehen werden; die sich etwa durch die Gegenüberstellung von Ideen überbrücken lassen könnte.

In voller Uebereinstimmung mit der Kommunistischen Internationale erklärt die Partei sich bereit, eine ausschließlich kommunistische Politik zu verfolgen. Sie wird sofort zur Durchführung dieses Beschlusses schreiten, indem sie die Vertreter dieser Tendenzen für das Zentralkomitee und für die Parteizeitungen wählt.

Die Partei erklärt sich vollkommen solidarisch mit der Internationale, um den kolonialen Imperialismus zu denunzieren und die vom europäischen Kapitalismus unterdrückten Völkernschaften in ihrem Kampf gegen die Unterdrücker auf jede Weise aktiv zu unterstützen.

Die Partei erklärt sich bereit, alle Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und ihres Exekutivkomitees einzuhalten, und wird dafür

Sorge tragen, daß alle hierauf bezugnehmenden Dokumente veröffentlicht werden. Wenn es auch wahr ist, daß jede Partei in ihrem Lande die innere Lage und die Aktionsmöglichkeiten des Proletariats am besten beurteilen kann und infolgedessen für das Urteil der Kommunistischen Internationale in dieser Frage maßgebend ist, so ist es nicht minder wahr, daß jede Partei nur eine Einheit der streng solidarischen Kräfte des Proletariats aller Länder darstellt, die die Internationale führen muß, wenn sie etwas anderes sein will als ein einfacher Registrationsapparat. Der Garantie, daß jeder Beschluß mit genauer Kenntnis der Ursachen gefaßt wird, entspricht die Garantie, daß er geachtet und ausgeführt wird.

Die Partei beschließt, ihre in die Vertretungsorgane des bürgerlichen Staates gewählten Mitglieder unter die Leitung des Zentralkomitees zu stellen. Die Partei teilt auch die vom II. Kongreß der Kommunistischen Internationale ausgesprochene Ansicht über eine jederzeit ausführbare Kontrolle zur Verhinderung des Eindringens von Elementen in die Partei, die dem Kommunismus fernstehen.

Die Partei erkennt an, daß die in § 20 der Bedingungen vorgesehenen Ausnahmen bezüglich „der im § 7 erwähnten Vertreter der Zentrums-tendenz“ unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf die französische Partei Anwendung finden müssen. Diese Ausnahmen gelten ebenfalls für die in § 21 erwähnten Kongreßdelegierten, die ihre Bereitschaft, sich vor den Beschlüssen der Partei zu beugen, erklären.

Endlich beschließt die Partei, wie die Kommunistische Internationale eine unablässige Propaganda in den proletarischen Organisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften u. a.) zum Zwecke ihrer Gewinnung für den Kommunismus.

Nur die Sammlung aller Kräfte der arbeitenden Massen um die Fahne des Kommunismus kann die zu seiner Machtergreifung führende Aktion organisieren.

Auf diese Weise findet das Problem der Beziehungen der Partei zu den Gewerkschaften seine logische Lösung. Die Partei vereinigt alle Mitglieder der proletarischen Organisationen, die ihre theoretischen Ansichten und praktischen Beschlüsse anerkennen. Der Parteidisziplin und Kontrolle unterworfen, müssen die Parteimitglieder ihre Ideen in den Organisationen verbreiten, wo sie ihre Tätigkeit und ihren Einfluß ausüben. Und wenn die Mehrheit in diesen Organisationen für den Kommunismus gewonnen wird, entsteht die Vereinigung ihrer Aktion mit der Partei und nicht die Unterwerfung einer Organisation unter die andere.

Die Partei erkennt an, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, die die Klassengemeinschaft verkündet und sich an der gegenrevolutionären Aktion des kapitalistischen Völkerbundes beteiligt hat, deren Politik mit der Politik der II. Internationale identisch ist, durch den Lauf der Geschichte zum Schicksal der letzteren verdammt ist. Die Kommu-

nisten werden energisch dafür kämpfen, die revolutionären Gewerkschaften ihrem Einfluß zu entreißen und zur Bildung der neuen Moskauer Gewerkschaftsinternationale beizutragen.

Vom Moment des Kongresses an nennt sich die Partei: „Sozialistische Partei, französische Sektion der Kommunistischen Internationale“. Sie wird dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die für die provisorische Annahme dieser Benennung sprechenden Gründe vorlegen.

Beschlüsse.

Um sich entsprechend den festgesetzten Regeln zu organisieren, beschließt die Partei:

1. Der alljährlich abzuhaltende Parteitag ernennt eine Leitung von 24 Mitgliedern, die bei den Listenwahlen eine absolute Stimmenmehrheit erhalten haben.

2. Die Konferenz ernennt ihre Delegierten in den Verwaltungsrat der „Humanité“ ebenfalls mit absoluter Stimmenmehrheit bei Listenwahlen.

3. Die Leitung ernennt:

a) den Delegierten der Partei in die Exekutive der Kommunistischen Internationale;

b) einen Generalsekretär, einen internationalen Sekretär, einen Schatzmeister;

c) den Redakteur der „Humanité“;

d) den Redakteur der „Voix Paysanne“;

e) die ständigen Delegierten;

f) eine Konfliktkommission, die bevollmächtigt ist, die ihr entweder von den Sektionen und Föderationen oder von der Leitung vorgelegten Fälle von Disziplinarvergehen oder Nichterfüllung der Parteipflichten zu untersuchen und ein entsprechendes Urteil zu fällen. Die Beschlüsse dieser Kommission werden von der Leitung bestätigt. Die aus der Partei Ausgewiesenen haben das Recht, an die Parteikonferenz zu appellieren, doch bleibt ihre Ausweisung dabei in Kraft.

4. Alle Parteimitglieder, die von der Leitung auf irgendeinen Posten ernannt werden, sind ihr verantwortlich und können von ihr jederzeit abgesetzt werden.

5. Eine eigens zu diesem Zweck vom Kongreß ernannte Kommission aus 12 Mitgliedern wird beauftragt, den Entwurf eines neuen Parteistatuts auszuarbeiten und diesen mit den letzten Beschlüssen in Einklang zu bringen. Dieser Entwurf muß der Verwaltungskonferenz vorgelegt werden, die im Lauf der nächsten drei Monate von der Leitung einberufen wird.

Für das Komitee der III. Internationale:

Die zurzeit im Gefängnis befindlichen Sekretäre: Lorlot, Boris Souvarine.

Interimssekretäre: Jean Ribaut, René Reynaud.

Der Vollzugsausschuß: Boyer, Hattenberger, Cartier, Fromentin, Humbertot, Léonie Kauffmann, O. Ker, Radi, Charles Rappoport, Treint, Antonio Coen.

Alexandre Blanc, Georges Lévy, Vaillant-Couturier, Deputierte.

Marthe Bigot, Oscar Bloch, Annette Charreau, Noël Garnier, Hardy, Bernard Lecache, Raymond Lefèvre, Victor Méric, Fernand Morelle, Maurice Paz, Henry Torrès, Guy Tourette (Seine). — Verdier, Yvonne Vidalencq, Guirraud Astruc (Aveyron). — Bouthonnier, Delagrangue (Dordogne). — Delourme, Descamps, Dumortier, De Muynk, Florimond Bonte (Nord). — Lucie Colliard (Calvados). — Courage (Seine-Inférieure). — Calzan, Pierre Dumas, Métra (Rhône). — Cailard (Bouches-du-Rhône). — Dr. Gillard (Alpes-Maritimes). — Bouët (Maine-et-Loire). — Jules Blanc (Dôme). — Gaye, Olivier (Gironde). — Bureau, Delanoë (Seine-et-Oise). — Altenbach, Kuhn (Haut-Rhin). — Baraille (Loire-Inférieure). — Dumollard (Savoie). — Rigault (Oise). — Mondovi, Renée (Saône-et-Loire). — Froissart, Fourment (Pas-de-Calais). — Le Flanchec, Guibau (Finistère). Berthe Kabuck (Isère). — Gautrand (Hérault).

Für die ehemaligen Mitglieder des Komitees zum Wiederaufbau der Internationale:

Marcel Cachin, L. O. Frossard, Bonnaud (14. Sektion), Louise Bødin (Rennes), Bellanger (12. Sektion), Emile Brune (Nanterre), Baptiste (12. Sektion), Cassou (Issy-l.-Moulin), Cazals (Doubs), Chanfreau (20. Sektion), Amédée Dunois (5. Sektion), Dondical (11. Sektion), Dupond (Bour-la-Reine), Dejoin (16. Sektion), Marie Forsans (18. Sektion), Ferdinand Faure (Loire), H. P. Cassier (Marseille), Gourdot (15. Sektion), Alix Guillain (9. Sektion), Henri (Vincennes), Laloyau (20. Sektion), S. E. Larousse (14. Sektion), Lucie Leclague (9. Sektion), Paul Louis (9. Sektion), Martinet (Stadtrat von Champigny), Marthe Pichorel (Sceaux), Kenel und Bürgerin Kenel (Ragnolet), Daniel Renoult (10. Sektion), Louis Sellier (19. Sektion), Servantier (19. Sektion), Tommasi (12. Sektion), Trimouille (15. Sektion).

VON DER TÄTIGKEIT DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE



Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Sitzungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Am 3. November fand die Plenarsitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale statt.

Auf der Tagesordnung standen: 1. Bericht des Genossen Sinowjew über seine Reise nach Deutschland und 2. die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei und die Kommunistische Internationale.

In seinem Bericht machte Gen. Sinowjew die Mitglieder des Exekutivkomitees mit der Lage der Bewegung in den Ländern bekannt, mit deren Vertretern er Gelegenheit hatte, während seines Verweilens in Deutschland persönlich Rücksprache zu nehmen.

In Deutschland, wie übrigens auch in allen anderen Ländern — berichtete Gen. Sinowjew —, stellen unsere Gegner, wenn sie von der Kommunistischen Internationale reden, die Frage absichtlich falsch: sie lassen die Grundfragen des Kommunismus unbeachtet und übertragen die ganze Debatte auf den Boden der Organisation; sie wählen ausschließlich in den „21 Punkten“. Sie tun es ganz absichtlich, um einer direkten Antwort auf die „verfluchten“ Fragen der Weltrevolution, der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht aus dem Wege zu gehen. Auf dem Parteitag der Unabhängigen gelang es uns, gerade diese Hauptfragen zur Behandlung zu bringen. Hierbei erwies es sich, wie wir auch erwartet hatten, daß der rechte Flügel der U. S. P. D. aus Reformisten besteht, aber dennoch nicht einheitlich ist; auch er hat seinen linken Flügel, der früher oder später unzweifelhaft zu uns übergehen wird.

Natürlich dürfen auch die „Punkte“ nicht übersehen werden. Auf dem Parteitag in Halle erklärte ich, daß sie durch die bestehende Lage hervorgerufen waren. Nach der Krise, die die Internationale durchgemacht hat, machten sich in der internationalen Arbeiterbewegung drei Richtungen bemerkbar: die der Kommunisten, die der Reformisten und die des schwankenden Zentrums. In der gegenwärtigen Epoche der Weltrevolution muß die Arbeiterklasse ihre Reihen um jeden Preis von den verräterischen Opportunisten und den unzuverlässigen, schwankenden Elementen des Zentrums reinigen. Diesem Zweck sollten unsere 21 Bedingungen dienen. Sie sind, wie ich mich nicht sehr ästhetisch in meinem Schreiben an die französischen Arbeiter ausdrückte, das Pulver gegen die Insekten, die den Körper der Arbeiterklasse zerfressen. Wäre die Arbeiterbewegung von diesen Elementen frei, so könnten wir uns auf die erste Bedingung beschränken oder sogar ganz ohne Bedingungen auskommen. Jetzt aber sind wir gezwungen, unsere Forderungen den Parteien gegenüber, die in die Kommunistische Internationale eintreten wollen, möglichst genau zu formulieren, denn unsere Gegner in den Reihen dieser Parteien sind bestrebt, jede Unklarheit gegen uns auszunutzen, sie auf jede Art und Weise zu verzerrern. In Deutschland, in Skandinavien, in Italien und in Frankreich z. B. versuchen diese Herren die Sache so darzustellen, als ob wir die einzelnen Parteien völlig der Autonomie beraubten. Die linksstehenden U. S. P. haben ihre Resolution ungenau dahin formuliert, daß die einzelnen Sektionen der Kommunistischen Internationale einen Teil ihrer Autonomie im Interesse der allgemeinen Sache „opfern“ müßten. Ich halte diese Formulierung für ungeschickt, denn wir fordern keinerlei „Opfer“; wir lassen den einzelnen Parteien in lokalen Fragen volle Autonomie und fassen allgemeine Beschlüsse nur in Fragen, die einen wahrhaft internationalen Charakter tragen.

Als ich auf dem Parteitag die Bedeutung unserer „Aufnahmebedingungen“ darlegte, erklärte ich, daß wir bereit seien, alle unsere „Punkte“ einer Durchsicht zu unterziehen, sobald die Partei sich von den opportunistischen Elementen gesäubert habe.

Anläßlich dieser Erklärung trat Serrati mit einem Artikel hervor, in dem er ganz falsche Schlüsse zieht: wenn dem so ist, sagt er, weshalb soll man denn eigentlich die italienischen Reformisten ausschließen?

Da die Führer der Rechten es nicht wagten, den Massen offen zu sagen, daß sie gegen die III. Internationale seien, klammerten sie sich bis zum letzten Augenblick an die „Punkte“ und erklärten diese für „unannehmbar“. Ich schlug ihnen darauf vor, ihrerseits die Bedingungen zu formulieren, unter denen sie bereit wären, der Kommunistischen Internationale beizutreten, aber sie wichen aus und lieferten damit den Beweis, daß ihre Behauptung, sie seien „für die III. Internationale“, unaufrichtig war. Ein Teil der sie unterstützenden Arbeiter ging schon auf

dem Parteitag selbst zu uns über. Im ganzen standen etwa zwei Drittel der Parteitagmitglieder auf unserer Seite; meiner Ansicht nach bedeutet das, daß neun Zehntel der zur Partei gehörenden Arbeitermassen für uns sind.

Ein beträchtlicher Teil des Verdienstes an unserem bedeutenden Sieg auf dem Parteitag in Halle gehört zweifelsohne der kleinen, aber festen und standhaften Kommunistischen Partei Deutschlands. Bei ihren ersten Schritten zur organisatorischen Ausnutzung dieses Sieges hat die Partei meiner Ansicht nach aber einen Fehler begangen. Die Partei änderte ihre Benennung kurz vor dem Parteitag der Unabhängigen in „Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)“ um, und die Zentrale schlug den Organisationen der linken Unabhängigen zu Anfang einfach vor, sich mit den Organisationen der K. P. D. zu verschmelzen. Dies wurde auf dem Parteitag von der rechtstehenden Minderheit ausgenutzt! Sie erklärte, die Partei nicht verlassen zu wollen; die Mehrheit dagegen habe beschlossen, einer anderen Partei, und zwar der K. P. D., beizutreten. Die linken Unabhängigen haben gegen eine Verschmelzung mit der K. P. D. nichts einzuwenden, aber sie weisen darauf hin, daß sie wenigstens noch einige Wochen selbständig bestehen müßten, um ihre Reihen in Ordnung zu bringen und einen möglichst großen Teil der Arbeitermasse in sich aufzunehmen. Meiner Ansicht nach haben sie hierin vollkommen Recht. Zuguterletzt wurde beschlossen, Anfang Dezember einen Vereinigungskongreß einzuberufen; einstweilen aber wurde eine gemeinsame Zentrale auf paritätischer Grundlage gebildet, und es wird ein Organ der linken Unabhängigen, „Die Internationale“, herausgegeben.

Durchaus befriedigend finde ich auch das Verhalten der K. A. P. D. zur Zentrale der K. P. D. Seinerzeit stellten wir der K. A. P. D. eine ganze Reihe von Bedingungen. Einige dieser Bedingungen hat die Partei erfüllt; so hat sie z. B. Laufenberg und Wolffheim aus der Partei ausgeschlossen und hierdurch bezeugt, daß sie aufrichtig mit uns zu arbeiten wünscht. Angesichts dieses Umstandes und die allgemeine Lage in Deutschland in Betracht ziehend, erachte ich es für notwendig, dieser Partei gegenüber die größte Duldsamkeit und Aufmerksamkeit zu zeigen. Die Partei besteht aus nicht ganz sattelfesten, aber zweifellos revolutionären und proletarischen Elementen. Es wurde beschlossen, sie zum Vereinigungskongreß einzuladen. Sie selbst haben sich an uns mit der Bitte gewandt, sie als sympathisierende Partei mit beratender Stimme in die Kommunistische Internationale aufzunehmen. Sollten sie auf dem Vereinigungskongreß der Partei nicht beitreten, so müssen wir ihre Bitte meiner Ansicht nach erfüllen. Ich muß erwähnen, daß die Zentralen der K. P. D. und der neuen linken Unabhängigen Partei mich beauftragt haben,

dem Exekutivkomitee mitzuteilen, daß sie dagegen sein werden. Ich aber finde ein solches Verhalten falsch.

In der italienischen Partei bestehen gegenwärtig drei Fraktionen: 1. die Rechten, die Kautskyaner, die auf der Konferenz in Reggio Emilia erklärten, sie seien bereit, zur III. Internationale zu gehören, würden die Partei aber verlassen, falls man die Führer der Reformisten, Turati, Modigliani und andere ausschließe; 2. die Kommunisten mit Bombacci, Borghi, Terraccini an der Spitze, die bedingungslos für unsere Richtlinien stehen. Sie geben den Turiner „Avanti“ und eine Zeitschrift in Bologna heraus. Wie sie sagen, steht eine Mehrheit von 75—90 Prozent der Partei hinter ihnen; 3. die Fraktion Serratis, die sich „Comunisti Unitarii“, d. h. „Vereinigungskommunisten“, nennt. Die gesamte Politik dieser Fraktion ist ebenso zweideutig wie ihre Benennung. In meinem Schreiben an Serrati frage ich ihn, wen er mit wem vereinigen wolle. Falls Kommunisten mit Kommunisten, so bedarf es hierfür keiner besonderen Fraktion; will er sich aber mit den Opportunisten vereinigen, so kann er hiermit der italienischen revolutionären Arbeiterbewegung nur schaden, denn die Interessen der Bewegung fordern jetzt nachdrücklich die Trennung der Revolutionäre von den Opportunisten, die Säuberung der kommunistischen Partei von allen freiwilligen und unfreiwilligen Verrätern der Arbeiterklasse.

An dem Beispiel Serratis sehen wir übrigens, wie heutzutage jeder anfangs sogar kleine politische Fehler sich mit jedem Tage mehr auswächst. Serratis Name ist nun im Munde aller unserer Feinde; auf dem Parteitag in Halle bezogen sich die Hilferding und Dittmann auf ihn; die gesamte reformistische und bürgerliche Presse Italiens ergeht sich in Lobpreisungen über ihn.

In dem italienischen Zentralkomitee hat Serrati bekanntlich eine Niederlage erlitten; sein Vorschlag, unsere Aufnahmebedingungen einer Durchsicht zu unterziehen, wurde abgelehnt; die Zentrale konnte sich jedoch nicht entschließen, die Konsequenzen aus der geschaffenen Lage zu ziehen und ließ Serrati an der Spitze der Schriftleitung des Mailänder „Avanti“. Es ist bezeichnend, daß unser gleich nach dem Kongreß abgefaßter Aufruf an die Zentrale der italienischen Partei noch bis heute nicht in dieser Zeitung erschienen ist.

Angesichts der gegenwärtigen politischen Lage in Italien halte ich alle Zugeständnisse und Kompromisse gegenüber Serrati und den „Vereinigten“ überhaupt für höchst schädlich. Hiervon überzeugt mich besonders das Schicksal der Herbstbewegung. Es war der Anfang der Revolution: die Arbeiter ergriffen von den Betrieben Besitz und schritten zur Organisation einer eigenen roten Garde; und die Bewegung wurde keineswegs mit Gewalt niedergerungen — sie wurde von den Opportunisten gesprengt. Giolitti erklärte denn auch: wir können diese Krankheit (d. h. die Revo-

lution) nicht durch chirurgisches Eingreifen heilen, wir müssen vielmehr zu „homöopathischen“ Mitteln greifen. Mit Hilfe von D'Aragona und anderen gelben Gewerkschaftsführern und durch das Stillschweigen Serratis und seiner Freunde gelang es der Regierung, den Arbeitern die Köpfe zu verdrehen, sie zu überreden, in die Bildung von paritätischen Kommissionen einzuwilligen, durch die die Arbeiter angeblich denselben Anteil an der Verwaltung der Produktion erhalten, wie die Kapitalisten. Wir können mit vollem Recht sagen, daß der Kapitalismus in Italien den Herren Reformisten seine Rettung zu verdanken hat.

Serrati erhob Einspruch gegen unseren Beschluß über die Syndikalisten, über die Unione Sindicale, an deren Spitze Borghi steht; er klagte uns des linken „Opportunismus“ an. Aber Borghi sitzt jetzt im Gefängnis, und die Arbeiter veranstalten vor diesen Gefängnismauern revolutionäre Kundgebungen, während Serratis Freund, D'Aragona, in der Kommission zur Umnebelung der „Arbeiter“ mit „homöopathischen Mitteln“ sitzt ...

Von den Teilnehmern aus der französischen Bewegung gelang es Gen. Sinowjew, mit den Kommunisten (dem „Komitee“ der III. Internationale) und den Vertretern der linksstehenden Longuetisten zusammenzukommen. Er unterhielt sich auch mit Longuet selbst. Alle linken französischen Genossen halten es für sehr wichtig, daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale nicht darauf besteht, daß Longuet aus der Partei ausgeschlossen wird, falls er sich dem Beschluß der Mehrheit des Parteitagcs nicht unterordnet und das Programm und die Leitsätze der Kommunistischen Internationale nicht bedingungslos anerkennt; denn obgleich die Fraktion Longuets sich getrennt habe, so folge ihr doch ein Teil der Arbeiter. . . Die französischen Genossen teilten dem Genossen Sinowjew unter anderem mit, daß die syndikalistische Minderheit sich auf dem Boden der Kommunistischen Internationale konstituiert habe und die Notwendigkeit der Gründung einer Partei anerkenne.

In der Tschechoslowakei besitzt die nach der Spaltung gegründete linkssozialistische Partei vorläufig noch nicht genug kommunistische Ausdauer und grundsätzliche Klarheit, obgleich sie durchaus revolutionär ist. Die zur Partei gehörenden Arbeiter haben sich noch nicht ganz von den nationalistischen Einflüssen befreit, die Reibungen zwischen den Deutschen und den Tschechen spielen noch immer eine recht bedeutende Rolle unter ihnen.

Der linke Flügel der Schweizer Partei, die die Frage ihrer Stellung zur III. Internationale noch bis heute nicht endgültig gelöst hat, leidet ebenfalls an Unklarheit. In nächster Zukunft soll ein Parteitag stattfinden.

In Oesterreich haben die soeben beendeten Wahlen gezeigt, daß die kommunistischen Arbeiter im großen und ganzen unsere Losung von der Notwendigkeit der Beteiligung an den Wahlen sehr gut verstanden haben.

Unsere Befürchtung, daß die 21 Punkte eine Krise in der skandi-

navischen Bewegung hervorrufen könnten, war grundlos. In der schwedischen Partei wurden die Bedingungen auf der Konferenz mit einer Mehrheit von 36 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Niederlage bei den Wahlen in Schweden, die übrigens gar nicht so groß ist (die Partei verlor 4 ihrer 14 Mandate und behielt 10), erklärt sich nach den Worten der schwedischen Genossen dadurch, daß die linke syndikalistische Opposition die Wahlen boykottierte. Die norwegische Partei, der bis jetzt eine ganze Reihe von Gewerkschaften mit vollem Bestande angehörte, beschloß, individuelle Parteiausweise einzuführen. Die Partei beschloß ferner, denjenigen Organisationen, deren Delegierte sich auf dem Parteitag gegen die III. Internationale aussprechen würden, eine Frist zu gewähren, damit sie sich entscheiden, ob sie mit ihren Delegierten oder aber mit der III. Internationale einverstanden seien. Außerdem hält die norwegische Partei es für zweckmäßig, ihre alte Benennung, „Arbeiterpartei Norwegens“, vorläufig beizubehalten und bloß den Satz (Sektion der Kommunistischen Internationale) hinzuzufügen.

In Berlin wurde Gen. Sinowjew auch von Vertretern der holländischen Partei besucht.

Zum Schluß seines Berichts führt Gen. Sinowjew aus, er habe sich dank seiner Reise noch einmal davon überzeugt, daß die Kommunistische Internationale sich aus einer „Propagandagesellschaft“ in eine festgefügte Kampforgorganisation des Weltproletariats verwandelt habe.

Nach darauffolgender Debatte wurde beschlossen, an die deutschen Genossen, an die Arbeiter Italiens und die Zentrale der italienischen Partei, ferner an die Mitglieder der Schweizer Linken u. a. m. Schreiben und Aufrufe zu richten.

Eine lebhafte Debatte rief die Frage über Longuet hervor. Einige Mitglieder des Exekutivkomitees bestanden darauf, daß Longuet unbedingt aus der französischen Partei ausgeschlossen werden müsse; die meisten Mitglieder dagegen vertraten einen Standpunkt, der in nachstehender Resolution zum Ausdruck kommt:

„Das Exekutivkomitee ist bereit, nach dem Parteitag in Tours die Frage zu erörtern, ob für Longuet und seine nächsten Anhänger nicht eine Ausnahme gemacht werden könne (laut §§ 7 und 20 der „Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale“).

Bedingung hierfür ist: 1. daß die in Frage stehende Gruppe gemeinsam mit Longuet unverzüglich offiziell erklärt, daß sie sich bedingungslos der Mehrheit des Kongresses unterordnet, und 2. daß diese Gruppe auf dem französischen Parteitag die Leitsätze und Bedingungen des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale annimmt.

Dieser Beschluß dürfe die Agitation gegen die Politik des französischen „Zentrums“ natürlich nicht im geringsten schwächen.

Im Namen der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei traten in der

Sitzung des Exekutivkomitees zwei Vertreter auf: einer von der Rechten und einer von der Linken.

Auf dem außerordentlichen Kongreß der Partei im letztverflossenen Juni wurden aus der Gesamtzahl von ungefähr 14 000 Stimmen insgesamt nicht mehr als 2000 für die II. Internationale abgegeben; der Antrag des bedingungslosen Anschlusses an die III. Internationale erhielt ungefähr 5500 Stimmen und der Antrag auf bedingten Beitritt zur III. Internationale — ungefähr 8500 Stimmen, d. h. die Mehrheit. Auf diesen Beschluß hin delegierte die Zentrale der spanischen Partei zwei Genossen zwecks Unterhandlung mit dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. Nach ihrer Rückkehr nach Spanien soll zur endgültigen Entscheidung der Frage ein außerordentlicher Kongreß einberufen werden.

Da aus den Berichten der spanischen Genossen und der darauf folgenden Debatte nicht mit genügender Klarheit festgestellt werden konnte, wie die spanische Partei sich zu allen Grundfragen der kommunistischen Theorie und Praxis stellt, beschloß das Exekutivkomitee, das engere Büro zu beauftragen, mittels Unterhandlungen die Stellung beider Richtungen der spanischen Partei zu diesen Fragen aufzuklären und die Frage darauf nochmals in einer Plenarsitzung des Exekutivkomitees zu behandeln.

M. Kobetzki
Sekretär des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.

Sitzung vom 11. November.

Am 11. November fand unter dem Vorsitz des Gen. Sinowjew eine Plenarsitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale statt, die der Erörterung nachstehender Fragen gewidmet war:

1. Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Arbeiter Italiens.
2. Die Bewegung in der Tschechoslowakei.
3. Der künftige Kongreß der Jugendinternationale.
4. Die Koreanische Sozialistische Partei.
5. Der Internationale Gewerkschaftskongreß in London.
6. Die Rumänische Sozialistische Partei.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung wird einstimmig der von Gen. Sinowjew vorgeschlagene Aufruf an die Arbeiter Italiens angenommen.

Aus der Tschechoslowakei, teilt Gen. Sinowjew mit, wird die Ankunft einer Delegation erwartet, die aus kommunistischen Vertretern aller

Völkerschaften dieses Staates zusammengesetzt ist. Gen. Sinowjew schlägt vor, schon jetzt eine Resolution anzunehmen, die die Ansichten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in den Hauptfragen der tschechoslowakischen Bewegung zum Ausdruck bringt. Zu dieser Resolution wird von dem ungarischen Genossen Varga eine Berichtigung eingebracht; nach kurzer Debatte wird die Resolution in folgender Fassung angenommen:

„Das Exekutivkomitee sieht der Ankunft der Delegation aus der Tschechoslowakei entgegen, um nach Rücksprache mit den delegierten Genossen einen endgültigen Beschluß zu fassen. Indessen erachtet es das Exekutivkomitee für notwendig, den tschechoslowakischen Genossen schon jetzt seine Ansichten in folgenden Fragen kundzutun:

1. Das Exekutivkomitee ist der Ansicht, daß die tschechoslowakische Partei ihren Namen ändern und sich fortan „Kommunistische Partei“ nennen muß.

Einige führende Genossen in Böhmen behaupten „Wir sind echte Sozialdemokraten“. Derartige Behauptungen sind falsch und irreführend: Wir sind nicht Sozialdemokraten, sondern Kommunisten, und das muß seinen Ausdruck in der Parteibenennung finden.

2. Das Exekutivkomitee ist der Ansicht, daß in der Tschechoslowakei eine „einheitliche“ Partei aus Tschechen, Deutschen, Slowaken und Magyaren notwendig ist. Gelegentlich der Verhandlungen mit der nach Moskau kommenden Delegation müssen die organisatorischen Fragen einer eingehenderen Erörterung unterzogen werden.

Bis zu dieser Einigung aber dürfen die tschechischen, deutschen, slowakischen und magyarischen Parteien ihre Kundgebungen nach außen hin nicht anders unternehmen und durchführen, als nach vorhergehender gegenseitiger Verständigung.

3. Der nächste Kongreß zur Klarstellung der Lage in der Tschechoslowakei muß so bald als möglich einberufen werden.

Das Exekutivkomitee ersucht die tschechoslowakische Bruderpartei, diese Fragen einer Erörterung zu unterziehen und durch Vermittlung der erwarteten Delegation die Antwort ihrer Zentrale an das Exekutivkomitee gelangen zu lassen.“

Darauf wird von Gen. Schatzkin im Namen des Zentralexekutivkomitees des Russischen Kommunistischen Jugendverbandes die Frage eingebracht, wo der bevorstehende zweite Kongreß der Jugendinternationale stattfinden solle. Das Zentralkomitee des russischen Jugendverbandes erachtet es für das angemessenste und passendste, diesen Kongreß in Moskau zusammenzuberufen. Diese Ansicht wird auch vom Exekutivkomitee unterstützt, das einstimmig folgende Resolution annimmt:

„Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale unterstützt den Vorschlag des Zentralkomitees des Russischen Kommu-

nistischen Jugendverbandes, einen zweiten Weltkongreß der internationalen Jugend zusammenzuberufen und findet, daß bloß in Sowjetrußland, unter aktiver Beteiligung der III. Internationale, die nötigen Vorbedingungen für eine ersprießliche Arbeit des Kongresses geschaffen werden können.“

Den Bericht über die Sozialistische Partei Koreas (Chansalim) verlas in der Sitzung der koreanische Gen. U. Nach einer kurzen Uebersicht der Geschichte der revolutionären und sozialistischen Bewegung in Korea teilte der Genosse mit, daß die im Jahre 1907 in Tokio gegründete Partei Chansalim, als sie sich von der Verräterei der II. Internationale überzeugt hatte, den Beschluß gefaßt habe, aus ihr auszuseiden und sich der III. Internationale anzuschließen. „Einer alten koreanischen Legende gedenkend“ — so sprach Genosse U. am Schlusse seines Berichts, — „sagen wir, die I. Internationale sei der Lenz des koreanischen Sozialismus gewesen, die II. Internationale sein Sommer, während die III. Internationale seinen Herbst vorstellt, der uns die reifen Früchte der gesamten vorhergehenden Entwicklung einbringen wird.“

Angesichts dessen, daß der Kommunistischen Internationale bereits eine koreanische sozialistische Partei (Chansachwe) beigetreten ist, hat das Exekutivkomitee beschlossen, das engere Büro zu beauftragen, die Frage dieser neuen Partei klarzustellen und seine Erwägungen dem Exekutivkomitee in einer seiner nächsten Sitzungen vorzulegen.

In bezug auf den in London anberaumten Kongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale macht Gen. Radek den Vorschlag, einen Aufruf zu erlassen mit einer scharfen Kritik der Gewerkschaftspolitik der internationalen Sozialverräter. Der Vorschlag wird angenommen.

Den Kernpunkt der Tagesordnung bildete die Frage, der Rumänischen Sozialistischen Partei, deren Zentrale eine Delegation von 6 Genossen nach Moskau entsandt hatte, um Verhandlungen mit der Kommunistischen Internationale anzubahnen, darunter 2 Vertreter der Sozialistischen Partei Transsylvaniens.

In seinem einleitenden Bericht bemühte sich der rumänische Gen. K. nachzuweisen, daß die Rumänische Sozialistische Partei im Laufe des ganzen Krieges eine konsequente revolutionäre Taktik verfolgt habe: die Partei habe sich an der Einberufung der Zimmerwalder Konferenz beteiligt. Der Grund, warum die Partei nicht energisch genug gegen die Teilnahme Rumäniens am Kriege protestiert hat, lag nach der Meinung des Gen. K. in den scharfen Zwangsmaßregeln der Regierung. Nach ihrer Vereinigung mit den sozialistischen Parteien Transsylvaniens und der Bukowina hat die rumänische Partei den Beschluß gefaßt, sich der III. Internationale anzuschließen und eine Delegation zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale zu entsenden. Schwierigkeiten technischer Natur gestatteten es der Delegation nicht, den Kongreß

zu besuchen. Genosse K. ist überzeugt, daß der im Januar 1921 stattfindende Kongreß der rumänischen Partei sich allen Beschlüssen des 2. Kongresses anschließen wird. Er ersucht das Exekutivkomitee, ihm bloß über drei von den 21 Punkten der „Aufnahmebedingungen“ Aufklärung zu geben.

Den Bericht des Gen. K. vervollständigend gibt Gen. R. einige kurze Aufklärungen über die Sozialistische Partei Transsylvaniens.

Darauf ergreift Gen. Bucharin das Wort; um an die rumänischen Delegierten folgende Fragen zu richten: 1. Was hat die transsylvanischen Sozialisten veranlaßt, sich an der bürgerlichen Regierung zu beteiligen? 2. Ist es wahr, daß die Führer der rumänischen Partei geheime Verhandlungen mit dem General Averescu geführt haben? 3. Was hat die rumänische Partei unternommen, um das Vorgehen der rumänischen Regierung gegen die ungarische Räterepublik sowie die Unterstützung der russischen Weißgardisten zu bekämpfen? 4. Aus welchem Grunde nennt sich die Partei nicht „Kommunistische Partei“? 5. Warum hat die Zentrale seit Beginn des Krieges noch keinen einzigen Parteitag einberufen?

Die Antwort auf die erste Frage erteilte der transsylvanische Gen. R. (Der an der Sitzung teilnehmende frühere Minister Flueraş hielt es nicht für nötig, irgendwelche Erklärungen abzugeben.) Nach Aussage des Gen. R. bestanden damals in Transsylvanien drei sozialdemokratische Parteien: eine rumänische, eine deutsche und eine ungarische; in der Frage der Beteiligung an der Regierung herrschte unter ihnen Meinungsverschiedenheit. Die Mehrheit der nunmehr einheitlichen Partei hält die Beteiligung an der Regierung für einen Fehler.

Aus den weiteren Antworten der rumänischen Genossen ließ sich feststellen, daß ihre Zentrale hauptsächlich eine geheime Abmachung mit General Averescu getroffen hatte, der sich für einen Demokraten ausgab, in Wirklichkeit aber sich als eingefleischter Weißgardist erwies. In allem übrigen beriefen sich die rumänischen Delegierten auf die Härte der Repressivmaßregeln der Regierung.

Nach Anhörung dieser Antworten beschloß das Exekutivkomitee, den rumänischen Genossen den Vorschlag zu machen, einen schriftlichen Bericht einzureichen und das engere Büro zu beauftragen, jenen Bericht gleichfalls schriftlich zu beantworten.

Zum Schluß wurde dem Exekutivkomitee vorgetragen: 1. ein Schreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Lettlands über den in Lettland herrschenden weißen Terror; 2. eine mündliche Erklärung des Gen. Marchlewski über den weißen Terror in Polen. Es wurde daraufhin der Beschluß gefaßt, einen Protestaufruf zu erlassen.

Des weiteren wurde außerhalb der Tagesordnung folgende Resolution gefaßt: „Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale pro-

testiert vor dem Proletariat aller Länder gegen die Verhaftung durch die österreichischen Behörden zweier der besten Kämpfer der kommunistischen Jugendbewegung Ungarns: der Gen. Lekai und Kazmer. Das Exekutivkomitee erblickt in dieser Verhaftung einen neuen Beweis der immer stärker werdenden Reaktion in Deutsch-Oesterreich, sowie ihrer Verbindung mit der weißgardistischen Sippschaft des Henkers Horthy. Daher richtet das Exekutivkomitee an das revolutionäre Proletariat Oesterreichs die Aufforderung, alles in Bewegung zu setzen, um die Auslieferung unserer jungen Genossen an die ungarische Regierung zu verhindern und ihre Befreiung durchzusetzen.

M. Kobetzki
Sekretär des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.

Sitzung vom 24. November.

Unter dem Vorsitz von Gen. Sinowjew, der später vom Gen. Trotzki abgelöst wurde, fand am 24. November eine Plenarsitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale statt, die fast ausschließlich der Erörterung der Frage der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands gewidmet war.

Unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung ergreift Gen. Bucharin das Wort, um im Namen der zum Exekutivkomitee gehörenden russischen Genossen eine außerordentliche Erklärung einzubringen.

„Zu der hier anwesenden rumänischen Delegation — sagt Gen. Bucharin — gehört ein gewisser Fluerasch, ehemaliger Minister in Transsylvanien. Wir haben den rumänischen Genossen die Frage vorgelegt, was sie zu dieser verräterischen Zusammenarbeit mit Vertretern der Bourgeoisie veranlaßt hat. Ihre Antwort bestand in einem formellen Hinweis darauf, daß in jener Zeit die transsylvanische Partei vollständig autonom war und daß sie daher allein für diesen Schritt verantwortlich ist. Gestern haben wir von Herrn Fluerasch einen schriftlichen Bericht erhalten, in welchem er nicht nur keine Reue zeigt wegen seiner schändlichen Handlungsweise, sondern sogar versucht, sie als eine besondere Heldentat hinzustellen. Hier ist kein Platz für Verräter an der Sache der Arbeiterklasse, daher beantrage ich die Entfernung des Herrn Fluerasch aus dem Sitzungssaal des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.“

Gen. Fabiani unterstützt diesen Antrag im Namen der kommunistischen Mitglieder der rumänischen Delegation und erklärt, daß nach seiner sowie seiner Genossen Ansicht die Entsendung des Herrn Flueraşch nach Moskau eine Beleidigung des Exekutivkomitees durch die rumänische Partei bedeute.

Bucharins Antrag wird einstimmig angenommen, und Flueraşch verläßt den Sitzungssaal, begleitet von folgenden Worten Sinowjews: „Ich hoffe, daß dies ein Präzedenzfall sein wird für die Herren Minister, die sich Sozialisten nennen; fortan werden sie aufhören, an die Türen der Kommunistischen Internationale zu pochen, wo sie nichts zu suchen haben.“

Darauf geht die Versammlung zur Tagesordnung über, und das Wort ergreift der holländische Genosse Ch. als Vertreter der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

In einer längeren Rede kritisiert Genosse Ch. die „opportunistische“ Taktik der Kommunistischen Internationale, namentlich in den Fragen des Parlamentarismus und der Gewerkschaften.

Der Berichterstatter untersucht zunächst die allgemeine internationale Lage, wobei er konstatiert, daß sowohl England, wie auch Frankreich danach streben, Deutschland in eine Art Sumpf zu verwandeln. Nur das Proletariat unter Führung einer wirklich revolutionären Partei sei imstande, das Land aus dieser Lage zu befreien. Eine solche Partei sei die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (K. A. P. D.). Die von der Kommunistischen Internationale vorgeschlagene Taktik kann, nach Aussage des Berichterstatters, keine Anwendung auf Westeuropa finden. Ganz Europa, sagt Gen. Ch., kann durch eine Linie geteilt werden, die von Königsberg über Warschau bis Venedig reicht. Oestlich von dieser Linie bildet das Proletariat nur einen unbedeutenden Prozentsatz der Bevölkerung, während die Bourgeoisie schwach und die Bauernschaft revolutionär gesinnt ist. Westlich der Linie ist das Proletariat zwar stark an Zahl, aber durchtränkt von einer bürgerlichen Gesinnung, die Bauernschaft ist reaktionär und die Macht des konzentrierten Finanzkapitals äußerst stark. Der Berichterstatter wirft den Führern der Kommunistischen Internationale vor, daß sie, die doch zum Osten gehören, kein Verständnis für diese Tatsachen zeigen und dem westlichen Proletariat eine opportunistische Taktik aufbürden wollen. Die Anteilnahme an der Parlamentsarbeit während der Revolutionszeit sei bloß dazu angetan, den bürgerlichen Individualismus in den arbeitenden Massen erstarken zu lassen. Die Beteiligung an den Gewerkschaften sei gleichfalls Opportunismus. Ihr wollt diese reaktionären Gebilde dadurch erobern — sagt Gen. Ch. —, daß Ihr die schlechten Führer durch gute ersetzt. Nach unserer Ansicht dagegen muß man ganz neue industrielle Verbände schaffen, in

denen die Macht nicht mehr den Führern, sondern den Arbeitern selbst gehört.

Mit tief bewegter Stimme erklärt Gen. Ch., daß die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands stets und mit aller Kraft die russische Revolution und die Kommunistische Internationale unterstützt habe.

Im Namen des Exekutivkomitees der III. Kommunistischen Internationale antwortet dem Referenten Gen. Trotzki. Er weist darauf hin, daß Gen. Ch. nicht als Vertreter „Westeuropas“ gelten könne, sondern bloß als Vertreter einer Gruppe der Kommunistischen Partei Hollands, die von den breiten Massen des Proletariats vollständig losgelöst sei. Bezeichnend sei darum für den Gen. Ch. seine Scheu vor den Massen, die er für reaktionär hält, und sein Pessimismus, nämlich der Mangel an Vertrauen in den Sieg der Revolution. Die von Gen. Ch. gegen die Ausnutzung des Parlaments angeführten Gründe könnten mit dem gleichen Recht gegen die Benutzung der Presse oder irgend welcher anderer Institutionen des kapitalistischen Staates angeführt werden.

Im Lauf der weiteren Diskussionen sprachen von der Kommunistischen Arbeiterpartei die Genossen S. und T. und vom Exekutivkomitee die Genossen Marchlewski, Bucharin, Losowski und Trotzki. (Die Reden werden im Stenogramm veröffentlicht werden.)

Die Genossen S. und T. sind mit der Ansicht des Gen. Ch., daß die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Masse reaktionär sei, nicht einverstanden. Sie unterziehen die Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands und der linken Unabhängigen einer scharfen Kritik und beklagen es, daß die Kommunistische Internationale über die Tätigkeit der Partei nicht richtig informiert sei. Ferner weist Gen. T. darauf hin, daß innerhalb der deutschen Gewerkschaften 8 Millionen Arbeiter organisiert seien, während weitere 15 Millionen noch außerhalb derselben ständen, und gerade diese von gelben Traditionen noch nicht angesteckten 15 Millionen müßten von der K. A. P. D. organisiert werden.

Gen. Marchlewski weist auf den Unterschied hin zwischen dem, was die Vertreter der K. A. P. D. noch vor wenigen Monaten sprachen, und ihren heutigen Anschauungen. Er stellt fest, daß sie mit ihren jetzigen Ansichten dem Kommunismus näher ständen.

Gen. Bucharin betonte eine Reihe von Widersprüchen und Unklarheiten in den grundlegenden Behauptungen des Gen. Ch. Indem er — und zwar mit vollem Rechte — behauptet, daß die Opportunisten die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse seien, nennt er auch uns Opportunisten.

Wenn dem so ist, aus welchem Grunde werden wir denn von der Bourgeoisie angefeindet? Die Bourgeoisie führt gegen uns genau dieselben Argumente ins Feld wie Gen. Ch., nämlich daß wir Asiaten seien, die für die Psyche des westeuropäischen Arbeiters kein Verständnis

hätten, daß wir, in Moskau sitzend, dem ganzen europäischen Proletariat unsere Taktik aufzwingen wollten und dergleichen mehr.

In der Gewerkschaftsfrage besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen unserem Standpunkt und den Ansichten des Gen. Ch. Dieser Unterschied besteht darin, daß wir, die wir Optimisten sind, das Fortschreiten der Revolutionierung der westeuropäischen Arbeiterklasse anerkennen und es für unsere Pflicht erachten, die Gewerkschaften von innen aus zu erobern, indem wir den Prozeß der Revolutionierung beschleunigen und ausnutzen.

Gen. Losowski ist mit den Genossen von der K. A. P. D. einverstanden, daß die deutschen Gewerkschaften tatsächlich die Entwicklung der Revolution hemmen. Die ganze Frage bestehe aber darin, auf welche Weise man sie revolutionieren könne. Die Taktik der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands habe bestenfalls das zur Folge, daß die revolutionärsten Elemente sich absondern und zu sogenannten Industrierräten isolieren, die aber in Wirklichkeit Zellen der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands vorstellen. Daß unsere Taktik, kommunistische Zellen innerhalb der Gewerkschaften zu schaffen, richtig ist, sei schon an dem von Legien und Konsorten gegen uns erhobenen Geheul zu erkennen: sie haben den Beschluß gefaßt, Kommunisten aus „ihren“ Organisationen auszuschließen. Das wird ihnen aber nicht gelingen, wenn wir nur stark genug sind.

Gen. Trotzki ist mit den Ansichten des Gen. T. nicht einverstanden, der es für tunlich erachtet, in die Kommunistische Partei Elemente aufzunehmen, die bis jetzt noch nicht einmal zu den Gewerkschaften gehört haben. Es sei klar, daß die Kommunistische Partei sich vor allem aus den klassenbewußtesten Arbeitern rekrutiere, und solche Arbeiter müsse man, wie überall, so auch in Deutschland, nicht außerhalb, sondern innerhalb der Gewerkschaften suchen.

Angesichts der vorgerückten Stunde wird die Sitzung geschlossen und die Fortsetzung der Diskussion bis zur nächsten Sitzung vertagt.

M. Kobetzki

*Sekretär des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.*

Sitzung vom 28. November.

Am 28. Nov. 1920 fand unter Vorsitz von Gen. Sinowjew eine Plenarsitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale statt, auf der folgende Fragen erörtert wurden: 1. Erklärung des Vertreters

der Kommunistischen Partei Bulgariens; 2. Referat des Gen. Pawlowitsch über die Tätigkeit des Bakuer Propaganda- und Aktionsrats; 3. die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands; 4. die Rumänische Sozialistische Partei; 5. Wahl eines Vertreters in den Internationalen Gewerkschaftsrat.

Im Namen der Kommunistischen Partei Bulgariens teilt Gen. Schablin mit, daß die bulgarischen Gewerkschaften, die bisher dem Einfluß der sogenannten „breiten“ Sozialisten (Menschewiki) unterworfen waren, auf dem Kongreß, der eben in Bulgarien stattgefunden hat, beschlossen haben, sich offen der Kommunistischen Partei anzuschließen.

Gen. M. Pawlowitsch gibt in seinem Referat eine kurze Beschreibung der Tätigkeit des Propaganda- und Aktionsrats. Der Rat hat die erste Nummer der Zeitschrift „Narody Wostoka“ (Völker des Ostens) in russischer und türkischer Sprache herausgegeben; in nächster Zeit wird die Zeitschrift auch in arabischer und persischer Sprache erscheinen. Der Rat hat in Baku sechswöchentliche Kurse eröffnet, auf denen Vorträge über politische Oekonomie, Sowjetaufbau, Geographie, über den Ursprung von Erde und Menschen usw. gehalten werden. Die Bedeutung dieser Kurse in moralischer Hinsicht ist trotz ihres bisherigen bescheidenen Umfangs sehr groß; nachdem einige nach Baku durchgedrungene englische Hindusoldaten von diesen Kursen gehört hatten, erklärten sie tief ergriffen: „Ja, Sowjetrußland ist unser wahrer Freund; wir haben für England fast in allen Weltteilen gekämpft, konnten aber während unserer ganzen Dienstzeit nicht einmal schreiben und lesen lernen.“

Nachdem der Referent ein Bild von der Lage in Georgien und Armenien entworfen hat, gibt er seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Sieg des Kommunismus in diesen Staaten sicher steht.

Zur Vervollständigung des Referats des Gen. Pawlowitsch weist Gen. Sultan Sade auf den Umstand hin, daß ein Teil der revolutionären Nationalisten den gemachten Erfahrungen zufolge bei nationalen Revolutionen sehr häufig ins Lager der Entente übergehe, indem sie auf Kompromisse mit ihr eingehen. Dies muß die Kommunistische Internationale in ihrer Taktik notwendigerweise berücksichtigen.

Nach diesem Referat geht die Versammlung zur Frage der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands über, der die Debatten der ganzen vorhergehenden Sitzung gegolten hatten.

Gen. Sinowjew beantragt folgende Resolution:

„Nachdem das Exekutivkomitee die Frage der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands noch einmal in Anwesenheit der Parteiabgeordneten einer eingehenden Prüfung unterzogen hat, beschließt es:

Wir betrachten die sich gegenwärtig bildende Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands als einzige vollberechtigte Sektion der Kommunistischen Internationale in Deutschland.

Wir fordern alle Genossen aus der K. A. P. D. nochmals auf, sich dieser Vereinigten Kommunistischen Partei anzuschließen und in ihr ihre Anschauungen zu verfechten. Das Exekutivkomitee erwartet von den Organisationen der K. A. P. D., daß sie am gemeinsamen Kongreß der K. P. D. und der linken U. S. P. D. in Berlin (4. Dezember 1920) teilnehmen werden.

Das Exekutivkomitee erklärt noch einmal, daß die Taktik der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands hauptsächlich in der Gewerkschaftsfrage und in der Frage des Parlamentarismus falsch ist und fordert die Genossen aus der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands auf, sich der internationalen proletarischen Disziplin und den Beschlüssen des Zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zu fügen.

Um die Vereinigung aller kommunistischen Elemente Deutschlands zu erleichtern und den besten proletarischen Elementen der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands entgegenzukommen, gibt das Exekutivkomitee seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands zeitweilig als sympathisierende Partei mit beratender Stimme in die Kommunistische Internationale aufzunehmen.

Diese Aufnahme verpflichtet die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands unter anderem, in ihren Zeitungen regelmäßig alle Aufrufe und Bestimmungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zu veröffentlichen.

Ferner wird der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands durch diese Aufnahme die Verpflichtung auferlegt, die Kommunistische Partei Deutschlands in ihren revolutionären Aktionen zu unterstützen. Das Exekutivkomitee hofft, daß die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands sich schon im Lauf der nächsten Monate der Kommunistischen Partei Deutschlands anschließen wird.

Das Exekutivkomitee beauftragt das engere Büro, einen diesen Beschluß begründenden Brief an die deutschen Arbeiter zu veröffentlichen.“

Zur Begründung dieser Resolution sagt Gen. Sinowjew, daß das Exekutivkomitee sich in einer sehr schwierigen Lage befinde, da die Zentralen beider Parteien — sowohl der Kommunistischen Partei Deutschlands als auch der U. S. P. D. — sich entschieden gegen die Aufnahme der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands als sympathisierende Partei in die Kommunistische Internationale ausgesprochen hätten. Wir glauben aber, daß wir im Interesse der deutschen Revolution so handeln müssen.

Die Genossen aus der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands haben ganz richtig verstanden, daß die Gewerkschaftsfrage eine äußerst akute ist; ihre Taktik in dieser Hinsicht ist aber völlig falsch. Gen. Ch. sagte an dieser Stelle, daß unser Plan, die Gewerkschaften durch kommunistische Zellen zu erobern, gescheitert sei. Er ist im Irrtum. Achtet nur auf das Geheul, das die Opportunisten aus diesem Anlaß erhoben

haben: über den Ausschluß der Kommunisten verbreiten sich sowohl die „Legiener“ und Afa in Deutschland, die englische L. P., die französische C. G. T., als auch die Gewerkschaften in Amerika und der Schweiz, und die II. Internationale in ihrem Manifest. Das ist ein Beweis dafür, daß wir diese Herrschaften in Schrecken versetzen, daß wir uns auf dem besten Wege befinden. Es sind freilich zur Eroberung der Gewerkschaften nicht nur Tage, sondern Monate, vielleicht auch Jahre erforderlich. Haben wir aber die Gewerkschaften einmal auf unsere Seite gebracht, dann ist der Sieg der Weltrevolution auch gesichert. Ich bin überzeugt, daß auch die Genossen aus der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands sich täglich mehr von der Richtigkeit unserer Ansicht durchdringen lassen werden. Ich hoffe auch, daß die Genossen Verständnis haben werden für die schwierige Lage, in die wir dadurch geraten, daß wir sie in unsere Mitte aufnehmen, und daß sie in ihrem ganzen Benehmen uns entgegenkommen werden.

Gen. Schablin macht im Namen der Bulgarischen Partei eine schriftliche Eingabe des Inhalts, daß die Frage der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands eine Frage der deutschen Arbeiterbewegung bilde und die Aufnahme dieser Partei deshalb nur in dem Fall zulässig sei, wenn der Zentralausschuß der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands seine Genehmigung dazu gebe.

Nachdem die Delegierten der Kommunistischen Partei Deutschlands sich kurz für Sinowjews Resolution erklärt haben, wird letztere abgestimmt und bei einer Stimmenthaltung einstimmig angenommen.

Nach der Abstimmung erklärt Gen. Sinowjew: „Die Abstimmung ist ein Provisorium, aus dem es logisch nur zwei Auswege gibt: entweder fügt sich die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands der Kommunistischen Internationale und wird aus einer gleichgesinnten zu einer vollberechtigten Partei oder aber sie beharrt auf ihren Irrtümern — und dann ist der Bruch unvermeidlich.“

Darauf geht die Sitzung zur Erörterung der rumänischen Frage über. Gen. Sinowjew macht die Mitteilung, daß sich aus den gesammelten Angaben ergebe, daß die Arbeitermassen Rumäniens für die Kommunistische Internationale seien, während ihre Führer — in ihrem Innern noch Anhänger der zweiten Internationale — schwanken. Die Zentrale der rumänischen Partei verfolgte sowohl während des Krieges als auch die ganze letzte Zeit eine opportunistische Politik. Gen. Sinowjew fordert das engere Büro auf, sich mit einem offenen Brief, der eine schonungslose Kritik dieser Politik enthalten müsse, an die rumänische Partei zu wenden und die rumänische Delegation außerdem aufzufordern, schriftlich sechs Fragen zu beantworten, die sich darauf beziehen, ob die rumänischen Delegierten Gewähr dafür leisten können, daß ihre Zentrale ihre frühere

Taktik aufgegeben und sich entschieden auf den Boden der Kommunistischen Internationale stellen werde.

Nach einer Diskussion, an der sich die rumänischen Delegierten beteiligten, werden beide Anträge Sinowjews angenommen.

Anläßlich des folgenden Punktes der Tagesordnung erbittet Gen. Kobetzki das Wort. Er teilt mit, daß der neue koreanische Delegierte, Gen. U., Vertreter der in Tokio ums Jahr 1907 gegründeten Koreanischen Sozialistischen Partei (Chansalim) eingetroffen sei. Indessen gehöre die Koreanische Sozialistische Partei (Chanin-Ssachwe-Dan) bereits der Kommunistischen Internationale an; sie sei im April 1919 in Wladiwostok gegründet worden. Die Partei „Chansalim“ habe zur II. Internationale gehört und betrachte sich als erste Sozialistische Partei Koreas, die der Ersten Internationale angehört habe. Nachdem die Partei durch die Politik der II. Internationale endgültig enttäuscht worden sei, habe sie auf ihrem Kongreß, April 1920, ihren Austritt aus derselben und ihren Eintritt in die III. Internationale beschlossen. Gen. U. wurde zu unserem Kongreß delegiert, sei aber infolge technischer Schwierigkeiten eben erst eingetroffen. Persönlich sei er mit allen unseren Thesen vollkommen einverstanden und sei der Ueberzeugung, daß die Partei sie annehmen werde. Gen. Kobetzki schlägt im Namen des engeren Büros vor, eine Resolution anzunehmen, derzufolge das Exekutivkomitee der Koreanischen Sozialistischen Partei einen Gruß entbietet und seine Bereitwilligkeit kundtut, sie aufzunehmen, falls die Partei sich mit allen Beschlüssen des zweiten Weltkongresses einverstanden erklärt und sich verpflichtet, sie zu verwirklichen. Das Exekutivkomitee schlägt der Partei vor, sich mit der Partei Chanin-Ssachwe-Dan zu vereinigen und gesteht ihr zeitweilig das Recht der Vertretung im Exekutivkomitee mit beratender Stimme zu.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Zum Schluß wird Gen. Losowski zum Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in den Internationalen Gewerkschaftsrat gewählt.

M. Kobetzki
Sekretär des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.

Aufrufe und Briefe

*An alle
kommunistischen Parteien,
an alle kommunistischen Jugendorganisationen,
alle Gewerkschaftsorganisationen, die der Kommunistischen Internationale angehören und mit ihr sympathisieren, an alle Arbeiter und Bauern der ganzen Welt.*

Genossen!

Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, die Republik der Bauern und Arbeiter, hat im Lauf ihres dreijährigen Bestehens nicht einen einzigen Augenblick geruht, sondern stets um Frieden und Ruhe gekämpft. Sowohl in den Tagen der bittersten Prüfungen als auch in den Augenblicken glänzender Siege über die Feinde der Arbeiterklasse hatte die Regierung der Arbeiter und Bauern keine andere Sorge, keinen anderen Wunsch, keinen anderen Gedanken als Frieden.

Um noch einmal seine Friedensliebe hervorzuheben, hat das Allrussische Zentralexekutivkomitee, die höchste gesetzgebende Macht der Arbeiter- und Bauernrepublik, am 23. September einen Beschluß von großer geschichtlicher Bedeutung gefaßt: Um dem bevorstehenden Winterfeldzug zu entgehen, der vom polnischen und russischen Volke Tausende neuer unersetzlicher Opfer fordern würde, erklärt sich die Sowjetregierung bereit, ein schweres Opfer zu bringen und der polnischen Regierung weitere Grenzen, als sie dem Polenreich von dem Obersten Rat der Entente vorgezeichnet sind, zuzugestehen, falls sie gewillt ist, bis zum 5. Oktober d. J.

Frieden mit Sowjetrußland zu schließen. Von den englischen und französischen Imperialisten unterstützt, wird die polnische Regierung dieses großmütige Anerbieten der russischen Werktätigen aller Wahrscheinlichkeit nach ablehnen. Dadurch wird sie der ganzen Welt, und zu allererst den Unterdrückten und Rechtlosen beweisen, daß sie nicht für die Unabhängigkeit Polens kämpft, sondern um die Russische Sowjetrepublik, den Herd und die Leuchte der Weltrevolution zu stürzen.

Genossen! Arbeiter Polens, Englands, Frankreichs, Amerikas, Deutschlands, Italiens, Oesterreichs, Ungarns, Jugoslawiens, Bulgariens, Rumäniens, Griechenlands, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Dänemarks, Hollands, der Schweiz, Luxemburgs, Spaniens, Portugals! Ihr dürft ein solches Verbrechen nicht zulassen. Ihr müßt Euch alle wie ein Mann erheben und Eure Regierungen mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln zwingen, ihren Einfluß und Druck auf die polnische Regierung auszuüben, sie zu zwingen, das Blutvergießen des polnischen Volkes zugunsten Fremder einzustellen und auf den Vorschlag Sowjetrußlands einzugehen.

Tut durch Proteste, Versammlungen, Ausstände der ganzen Welt kund, was die Werktätigen wollen: Frieden mit Rußland! Sowohl die polnische Regierung als auch die englisch-französischen Imperialisten müssen Euren Wunsch, Euer Wollen, Eure Kraft fühlen.

Zaudert nicht, beeilt Euch! Von Euch hängt Europas Friede ab; von Eurer Entscheidung hängt das Los der Weltrevolution, das Los Eurer eigenen Befreiung ab.

Genossen, beweist es durch die Tat und nicht mit Worten allein, daß Ihr eins seid mit den russischen Arbeitern und Bauern, die drei Jahre kämpfen, nicht nur um sich selbst, sondern auch um Euch vom Joch des blutdürstigen Kapitalismus zu befreien. Handelt!

Nieder mit dem internationalen Imperialismus!

Es lebe der internationale Friede!

Es lebe die internationale Revolution!

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale*

Moskau, 13. September 1920.

Die amerikanische Revolution.

Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die Arbeiterklasse Nord- und Südamerikas.

Genossen!

In der gegenwärtigen Epoche der Weltrevolution besteht die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse in ihrer geistigen und materiellen Vorbereitung zur revolutionären Eroberung der Macht zum Sturz des Kapitalismus und des Imperialismus.

Unter dem eisernen Druck der Reaktion, der Ausbeutung und des Hungers werden immer größere Massen des Proletariats in allen Ländern zum revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus getrieben. In dem Kriege, in dem mörderischen „Frieden“, in der Verschwörung gegen die Völker der Welt — unter der Maske des Völkerbundes — in dem wirtschaftlichen und militärischen Feldzug, den der internationale Imperialismus gegen Sowjetrußland führt, hat der Kapitalismus sich als Plage der Menschheit, als Raubtier gezeigt, das sich selbst und die ganze Welt in Stücke reißt. Der Roheit des Kapitalismus entspricht seine Unfähigkeit, die Gesellschaft in wirtschaftlicher Beziehung wieder aufzubauen: die einzige Form der wirtschaftlichen Wiederherstellung, zu der der Kapitalismus fähig ist, ist ein „Umbau“, der zu noch größerer Verarmung und Unterjochung der Arbeiter führen und der Kapitalistenklasse ein neues Recht gewähren würde, ihre barbarische Herrschaft über das Proletariat auszuüben. Das Kapital macht seine Kräfte gegen die Arbeiter mobil, unterdrückt die Arbeiter und sprengt ihre Organisationen; es hat sich zum Ziel gestellt, die Herrschaft des Imperialismus mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Gegen diese Reaktion und Unterdrückung organisieren die Arbeiter der ganzen Welt ihren Kampf, um zu endgültiger revolutionärer Aktion zu schreiten, die politische Macht an sich zu reißen und die Diktatur des Proletariats einzusetzen.

In der Kommunistischen Internationale findet dieser revolutionäre Weltkampf des Proletariats seinen bestimmten, bewußten, unerbittlichen Ausdruck.

Die Kommunistische Internationale ist eine Schöpfung des Lebens selbst, des gegenwärtigen Kampfes des Proletariats aller Länder und der

revolutionären Anforderungen, die dieser Kampf stellt. Die Kommunistische Internationale erstand nicht als Antwort auf besondere russische Bedingungen, noch ist sie der Ausfluß der Revolution in Europa allein. Unsere Organisation und unsere Ziele haben ein geschichtliches, die ganze Welt umfassendes Ausmaß. Alle bewußten Arbeiter Europas, Amerikas, Asiens, Schwarze, Gelbe, Weiße, finden sich in der Kommunistischen Internationale zusammen und kämpfen für die Erreichung ihrer Ziele.

Die Aufgabe der Kommunistischen Internationale besteht darin, die Macht des Weltimperialismus zu brechen.

Um diese Aufgabe zu lösen, muß die Kommunistische Internationale den revolutionären Kampf der Arbeiter der ganzen Welt vereinigen, jede Phase dieses Kampfes mit allen anderen Phasen verknüpfen, die allgemeinen Ziele formulieren und die allgemeine Taktik der Revolution festsetzen. Dieser Kampf ist kein nationaler, sondern ein internationaler. Der Kampf der Arbeiter gegen den Imperialismus ist ein Bürgerkrieg, der notgedrungen zum offenen bewaffneten Kampf um die Macht wird. Die Kommunistische Internationale ist der Generalstab dieses Bürgerkrieges, der Generalstab der Weltrevolution.

Wir wenden uns unmittelbar an Euch, Arbeiter Nord- und Südamerikas, denn die Aufgabe, die Euch zufällt, ist von größter Bedeutung für die Weltrevolution. Nur Euer Sieg kann den endgültigen Sieg der Weltrevolution sichern. Der Sturz des amerikanischen Imperialismus (des stärksten und grausamsten der Welt, des letzten Bollwerks des internationalen Kapitalismus) durch die Arbeiter der Vereinigten Staaten und des lateinischen Amerikas wird die letzte Phase der Weltrevolution sein.

Hierin besteht Eure und zu gleicher Zeit auch unsere Aufgabe!

1. Der amerikanische Imperialismus und die Weltrevolution.

Der Weltkrieg hat den Kapitalismus in Europa wirtschaftlich wie politisch auf das äußerste geschwächt. Der europäische Kapitalismus steht am Rande der völligen Vernichtung, und das Proletariat macht sich bereit, die Macht unmittelbar, auf revolutionärem Wege, an sich zu reißen.

Ganz anders liegen die Dinge in den Vereinigten Staaten (und auch im lateinischen Amerika, wo der Kapitalismus noch im Prozeß der Entwicklung ist, und noch nicht die Sättigungsstufe erreicht hat). Anstatt den Kapitalismus in den Vereinigten Staaten zu schwächen, hat der Krieg seine wirtschaftliche, finanzielle, militärische und politische Macht noch mehr gestärkt. Die Einmischung der Vereinigten Staaten in den

Krieg war eine Kapitalanlage, die den Kapitalisten riesenhaften Gewinn einbrachte und dem Staat die Weltherrschaft in den Schoß warf.

Die Kriegsbedürfnisse führten zu einer ungeheuren Entwicklung der amerikanischen Industrie, zur Vervollkommnung der technischen Ausrüstung und zur Verstärkung der Produktionsfähigkeit. Die ungeheure Ausdehnung, die die amerikanische Produktion erreicht hat, ist überhaupt eines der Wunder der Geschichte des Wirtschaftslebens. Die ganze Welt (mit Ausnahme Sowjetrußlands) zahlt heute dem amerikanischen Kapitalismus Tribut. Vor dem Kriege schuldeten die Vereinigten Staaten der übrigen Welt ungefähr 9 Milliarden Dollar, heute dagegen schuldet die ganze Welt den Vereinigten Staaten über 10 Milliarden Dollar. Dieser gewaltige Zuwachs, der selbst die habgierigsten Erwartungen übersteigt, ist eine direkte Besteuerung der Produktionskraft der Arbeiter der ganzen Welt, die mit dem Unterhalt ihres „eigenen“, nationalen Kapitalismus ohnehin schwer genug belastet sind. Der amerikanische Imperialismus, der angeblich deshalb Krieg führte, um „der Welt die Demokratie zu sichern“, hat inzwischen einen eigenen riesigen Militärapparat gegen die Demokratie, gegen den Frieden aufgebaut. Sollte Großbritannien seinen Entschluß, auf den Wettbewerb im Flottenbau mit den Vereinigten Staaten zu verzichten, nicht ändern, so werden die Vereinigten Staaten in drei Jahren eine größere Flotte besitzen als Großbritannien. Alle notwendigen materiellen Mittel werden aufgeboten, um das während des Krieges geschaffene gewaltige Heer „im Notfalle“ wieder zusammenzubringen. Gleichzeitig sind Ideologie und Praxis des Kapitalismus endgültig militarisiert worden.

Die Verstärkung der Reaktion, die verstärkte Unterjochung der Arbeiterklasse, das sind die Folgen des Krieges.

Der amerikanische Imperialismus befindet sich völlig in den Händen der Regierung, die über die ausgedehnteste politische Macht verfügt. Die kleinbürgerlichen Demokraten aus der Demokratischen Partei sind auf einen Kompromiß eingegangen und haben sich mit dem Imperialismus ausgesöhnt; trotz ihrer Unentschlossenheit und ihres beschränkten Gesichtskreises bilden sie eine Agentur des Imperialismus. Die Monopol- und großen Handelsunternehmungen sind die Herren der Lage. Die Verfolgungen gegen den „Verpackungstrust“ im vorigen Jahr hatten nur zur Folge, daß der Trust heute machtvoller ist als je zuvor. Das Finanzkapital hat sich mit der Regierung verschmolzen und benutzt sie als Werkzeug zur Durchführung seiner raubgierigen Pläne. Eine Handvoll bedeutender Finanzmänner verfügt jetzt wirtschaftlich und politisch über die Vereinigten Staaten. Die Konzentration des Kapitals hat zu einer entsprechenden Konzentration der Regierung geführt. Die Bundesregierung bemächtigt sich immer weiterer Funktionen und zentralisiert sich in der Form einer über die Nation herrschenden Autokratie. Der Gouverneur des

Staates New Jersey machte vor kurzem den Versuch, die Losung der „Rechte der einzelnen Staaten“ wieder zu Ehren zu bringen, allein es war die Stimme eines Predigers in der Wüste. Die Gewährung selbständiger Rechte an die einzelnen Staaten entsprach den Anforderungen des Kleinkapitals und der bäuerlichen Demokratie, deren politische Bedeutung mit dem Bürgerkriege zu sinken begann. Das Großkapital, die Monopole dagegen erfordern eine zentralisierte, despotische Bundesregierung. Und diese despotischste aller Regierungen der Welt muß natürlicherweise, im Einklang mit den Interessen des amerikanischen Imperialismus, auch eine aggressive Außenpolitik entfalten.

Die Entwicklung dieser aggressiven auswärtigen Politik wird durch die Stellungnahme des amerikanischen Imperialismus zum Völkerbund bestätigt (und nicht verneint).

Der Völkerbund war ein Manöver, um dem Imperialismus die Weltherrschaft zu sichern und die proletarische Revolution mit Stumpf und Stiel auszurotten. Weshalb ziehen sich die Vereinigten Staaten denn aber vom Völkerbund zurück? Die Antwort ist klar. Das Weltgemetzel und der wirtschaftliche Verfall Europas haben Großbritannien und die Vereinigten Staaten zu weltbeherrschenden imperialistischen Mächten gemacht. Natürlich mußte es zu einer Feindschaft zwischen den beiden kommen. Vom Standpunkt Großbritanniens (und des Weltkapitalismus) war die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas ein Ding der Notwendigkeit. Unter den bestehenden Verhältnissen hieße das jedoch, Europa tatsächlich in eine britische Kolonie verwandeln. Der amerikanische Imperialismus erwoz, daß er durch seine Beteiligung an dem Wiederaufbau Europas Großbritanniens Macht stärken und zur Ausdehnung der britischen Weltherrschaft beitragen würde. Hinter dem ganzen spießbürgerlichen Geplapper über Demokratie, Unantastbarkeit der Völker und über Frieden verbirgt sich unleugbar die Furcht vor der Konkurrenz Großbritanniens als einer Weltmacht. Das ist der Hauptgrund, aus dem der amerikanische Imperialismus sich dem Völkerbunde widersetzt. Weshalb die Weltherrschaft mit Großbritannien teilen? Von der unerbittlichen Logik der Anhäufung des Kapitals getrieben, ist der amerikanische Imperialismus fest entschlossen, die Weltherrschaft ganz für sich allein zu gewinnen. Der Völkerbund wurde somit durch den imperialistischen Antagonismus zwischen Großbritannien und Amerika, sowie durch das Auftauchen Sowjetrußlands als einer revolutionären Weltmacht gebrochen.

Die Zivilisation stürzt zusammen. In Europa herrscht Chaos, Millionen und Abermillionen von Menschen sind dem Hunger preisgegeben. Die Vereinigten Staaten aber, die in den Krieg eintraten, um „der Welt die Demokratie zu sichern“, sehen in diesem Elend und Zusammenbruch der Welt bloß eine Gelegenheit, um die Welt ihrem eigenen Imperialismus zu sichern.

Der amerikanische Imperialismus ist die Seele der internationalen Reaktion. Wirtschaftlich unberührt, finanziell allmächtig, politisch noch durch keinen revolutionären Druck des Proletariats erschüttert, sammeln die Vereinigten Staaten ihre Kräfte zum Angriff und sind auf dem besten Wege, zum Gendarm der Weltgegenrevolution zu werden.

Sollte das Vordringen der Weltrevolution eine Unterbrechung erfahren, so wird das nicht nur eine verstärkte Unterjochung der Arbeiterklasse zur Folge haben; der imperialistische Wettstreit zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien wird eine Zuspitzung erfahren, die unausbleiblich in einen neuen großartigen Krieg um die Eroberung und die endgültige Teilung der Welt auslaufen wird.

Breitet sich die Weltrevolution noch weiter über Europa aus — und alle objektiven Anzeichen sprechen dafür —, so werden sich die Vereinigten Staaten möglicherweise mit Großbritannien gegen die Revolution verbinden. Da Großbritannien aber selbst in den Wirbelwind der Revolution hineingezogen wird, so könnte es zu einem Kriege des imperialistischen Amerika gegen ein Sowjeteuropa kommen; ein solcher Krieg aber würde zur gleichzeitigen Revolution und zum Bürgerkrieg in Europa, Amerika und Asien führen.

Jede dieser Möglichkeiten würde ungeheure Folgen nach sich ziehen, denn sie würde die revolutionäre Einmischung des Proletariats der Vereinigten Staaten und des lateinischen Amerika unumgänglich machen.

Die Weltrevolution, die die Arbeiter Rußlands begonnen haben und die die Arbeiter Europas (sowie Asiens) fortsetzen, kann nur durch die Werktätigen der beiden Teile Amerikas zu Ende geführt werden.

Die Vernichtung des Imperialismus ist eine unumgängliche Bedingung für die Weltrevolution. Wie der Imperialismus sich immer mehr in den Vereinigten Staaten zusammenballt, so findet auch die Revolution ihren Mittelpunkt in Amerika. Je nachdem der amerikanische Imperialismus zum ausschlaggebenden Faktor des Weltimperialismus wird, fällt es auch der amerikanischen Revolution zu, das Geschick der Weltrevolution zu entscheiden.

Das ist die Aufgabe, die die Geschichte Euch auferlegt, Arbeiter Amerikas! Zur Erfüllung dieser Aufgabe ruft Euch die Kommunistische Internationale, einer Aufgabe, von der nicht nur Eure eigene Befreiung, sondern auch die endgültige Befreiung der Arbeiter der ganzen Welt abhängt.

2. Das lateinische Amerika als Kolonialbasis des amerikanischen Imperialismus.

Das Ziel des amerikanischen Imperialismus ist die Ausraubung der ganzen Welt. Aber genau so, wie die Basis des britischen Imperialismus

in seinem Kolonialsystem liegt, fußt der amerikanische Imperialismus auf der Ausbeutung und Beherrschung des lateinischen Amerika.

Es ist der höchste Grad fruchtlosen Selbstbetrugs, wenn die Völker des lateinischen Amerika von ihrer Unabhängigkeit sprechen. In dem Zeitraum des Imperialismus gibt es für die kleinen Völker keine Unabhängigkeit, sondern nur Abhängigkeit von den Großmächten. Der amerikanische Imperialismus hat die Völker des lateinischen Amerika unterjocht — wirtschaftlich durch Handel und Kapitalanlage, politisch durch die Monroedoktrin. Wo bleibt die Unabhängigkeit dieser Völker? Sie werden von der amerikanischen Regierung entweder durch Waffengewalt (wie in Zentralamerika) oder durch schamlosesten diplomatischen Druck und Ränkespiel (wie in Mexiko) beherrscht, während ihre Industrie und ihre wirtschaftliche Entwicklung in den Händen des amerikanischen Finanzkapitals liegen.

In Wirklichkeit ist das lateinische Amerika ein Kolonialgebiet der Vereinigten Staaten, das die letzteren mit Rohstoffen und billiger Arbeitskraft versorgt und ihnen folglich fabelhaften Gewinn zuführt; es ist ein riesiges, unentwickeltes Gebiet für die Einfuhr amerikanischer Maschinen, amerikanischen Kapitals und amerikanischer Unternehmer.

Die Verschiebungen, die dem Weltkriege folgten, haben das lateinische Amerika endgültig in eine Kolonie der Vereinigten Staaten verwandelt; aber das war nur die Schlußphase der vorausgegangenen Entwicklung.

Wenn Großbritannien, Deutschland und Frankreich vor dem Kriege auch nicht zu mißachtende Nebenbuhler der Vereinigten Staaten im lateinischen Amerika waren, sicherte die Monroedoktrin dem amerikanischen Imperialismus doch die politische Hegemonie (aus der sich natürlicherweise auch die wirtschaftliche Hegemonie ergab). Die Geschichte der Monroedoktrin ist kennzeichnend für die Raubgier und die Betrügereien der Kapitalisten. Die Monroedoktrin, die zuerst vor hundert Jahren formuliert wurde, angeblich, um Nord- und Südamerika vor den monarchistischen und kolonialen Ränken Europas zu schützen, war in der Tat die Folge des Wettbewerbs zwischen den Vereinigten Staaten und England. Die Doktrin wurde folgerichtig je nach den Anforderungen gedeutet, die die Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus stellte, bis sie nunmehr zu einem Mittel geworden ist, um die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus über das lateinische Amerika zu behaupten und diese Herrschaft gegen jeden anderen konkurrierenden Kapitalismus zu schützen. Schon vor 50 Jahren verlieh der Präsident Grant der Monroedoktrin eine imperialistische Deutung, die von dem Präsidenten Cleveland in dem Streit mit Großbritannien über Venezuela noch präziser ausgedrückt wurde. Das Werk der Regierung Roosevelts, die die Monroedoktrin bewußt zum Ausdruck des amerikanischen Imperialismus machte, wurde von dem Präsidenten Wilson endgültig zu Ende geführt. Die Monroedoktrin sollte

in ihrer jetzigen Form eigentlich die Roosevelt-Wilsondoktrin genannt werden. 1913 deutete der Präsident Wilson (der Liberale und Demokrat!) die Monroedoktrin dahin, daß sie den Vereinigten Staaten die Befugnis gäbe, das britische Kapital an dem Ankauf der Naphtaquellen in Mexiko zu verhindern. Der Panamerikanismus, der als Mittel zum demokratischen Zusammenschluß der Völker Amerikas verherrlicht wird, ist tatsächlich nur ein weiteres Werkzeug, um die Völker unter die Herrschaft der Vereinigten Staaten zu zwingen. Zur selben Zeit, als die Regierung Wilsons die Idee der panamerikanischen Einheit nachdrücklichst befürwortete, erklärte Staatssekretär Lansing, die Monroedoktrin sei eine „nationale Doktrin“ der Vereinigten Staaten; sie sei im Interesse der Vereinigten Staaten formuliert und aufrecht erhalten worden. Was ist das anderes, als unzweideutiger Imperialismus und Verneinung der demokratischen Einigung?

Im Namen der Monroedoktrin gerade vernichteten die Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit der Republiken Zentralamerikas; im Namen der Monroedoktrin unterhalten die Vereinigten Staaten in Nicaragua, Honduras, Haiti, San Domingo Okkupationstruppen, morden die Völker und ihre Unabhängigkeit (eine angemessene Entwicklung, die durch die „liberale“ Regierung Wilsons noch zugespitzt wurde). Im Namen der Monroedoktrin gründeten und unterhalten die Vereinigten Staaten ihre wirtschaftliche und finanzielle Herrschaft im lateinischen Amerika . . .

Der Krieg hat die Interessen Deutschlands im lateinischen Amerika aus dem Felde geräumt. In finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht hat Deutschland seine Rolle auf den Märkten Zentral- und Südamerikas ausgespielt; Frankreich ist stark zurückgegangen; auch England ist jetzt nur noch ein untergeordneter Faktor ohne Aussicht, die Hegemonie wiederzugewinnen. Der Handel im lateinischen Amerika geht immer mehr in die Hände der Vereinigten Staaten über.

Die Völker des lateinischen Amerika bilden die Kolonialbasis des amerikanischen Imperialismus. Das lateinische Amerika saugt riesige Massen von Umsatzkapital und Produktionsmitteln (Maschinen und Eisenwaren im allgemeinen) auf. Ueberdies mangelt es den Vereinigten Staaten an Rohstoffen, die das lateinische Amerika im Ueberfluß besitzt.

Wie wichtig es für die Vereinigten Staaten ist, ihre Herrschaft über das lateinische Amerika aufrechtzuerhalten, geht daraus hervor, daß sie sich dem Völkerbunde widersetzen, weil dieser die Aufhebung der Monroedoktrin forderte entgegen der Forderung Präsident Wilsons, daß der Vertrag das Inkraftbleiben der Monroedoktrin ausdrücklich unterstreiche. Auch in der Panamakanalpolitik kommt die Herrschaft der Vereinigten Staaten über das lateinische Amerika zum Ausdruck. (Wir haben hier ebenfalls eine Phase des Kampfes um die Herrschaft auf dem Stillen Ozean.) Der von den Vereinigten Staaten vor kurzem gemachte Vor-

schlag, einige in der Nähe des Kanals gelegene Karabische Inseln anzukaufen und militärisch zu befestigen, zeugt von den aggressiven Plänen der Vereinigten Staaten; ebenso tritt die Politik der Vereinigten Staaten deutlich in dem Vorschlag zutage, daß Großbritannien seine Schulden durch Abtretung seiner Interessen im lateinischen Amerika an die Vereinigten Staaten tilgen solle.

Stand diese Beherrschung des lateinischen Amerika anfangs in keinem direkten Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleben des amerikanischen Imperialismus, so ist sie jetzt zu dessen klarem Ausdruck geworden. Genau so, wie es die Absicht des deutschen Imperialismus war, Zentraleuropa wirtschaftlich, finanziell und politisch an Deutschland zu fesseln, genau so trägt der amerikanische Imperialismus sich mit der Absicht, das lateinische Amerika an die Vereinigten Staaten zu fesseln, das gesamte Nord- und Südamerika zu einem imperialistischen Block zu machen. Die Herrschaft über Zentraleuropa sollte Deutschland als Grundlage, als Triebkraft für seine Weltherrschaft dienen. Aehnliche aggressive Pläne liegen der imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten zugrunde bei ihrem Bestreben, Zentral- und Südamerika sich zu unterjochen.

Dieses amerikanische Reich voll grenzenlosen Reichtums und unerschöpflicher Rohstoffquellen, weitaus machtvoller als je zuvor ein anderes Reich, würde eine riesige Eroberungs- und Raubmacht vorstellen. Die Macht Amerikas und deren Entwicklung bilden eine durchaus ernste Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Welt, die Freiheit der Völker und die Befreiung des Proletariats.

Und diese Gefahr müßt Ihr vernichten, Arbeiter Amerikas!

3. Die amerikanische Revolution.

Der Umstand, daß der amerikanische Imperialismus das gesamte amerikanische Festland beherrscht, veranlaßt die Vertreter der revolutionären Bewegung in den Vereinigten Staaten und im lateinischen Amerika, die Revolution nicht vom Standpunkt ihres eigenen Landes, sondern vom Standpunkt des gesamten Amerika, als amerikanische Revolution zu betrachten.

Dies ist nicht bloß eine theoretische Anerkennung des internationalen Charakters der proletarischen Revolution, es ist dies im Gegenteil eine praktische Anerkennung, die sich unmittelbare Ziele stellt, es ist der Ausdruck der dringenden Notwendigkeit, die revolutionäre Bewegung Nord- und Südamerikas als eine einzige Bewegung zu betrachten, die die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus zum Zusammenschluß veranlaßt, indem er ihr gemeinsame Ziele und gemeinsamen Kampf aufzwingt.

Diese Einigkeit wurde von der alten sozialistischen Bewegung — einer Bewegung, der nur an Wahlstimmen und parlamentarischen „Erobungen“, nicht aber am revolutionären Massenkampf des Proletariats gelegen war — nie gewürdigt und folglich auch nie hervorgehoben. Dies war ein natürlicher Ausfluß der spießbürgerlichen Ideologie und der Praxis des Sozialismus, der Auffassung, daß der Kapitalismus auf friedlichem, „normalem“ Wege besiegt werden könne. Die Einsicht, daß die Bewegung der beiden Teile Amerikas unzertrennbar sei, ist eine Folge der Erkenntnis der Herrschaft des Imperialismus und der Notwendigkeit eines gemeinsamen revolutionären Massenkampfes gegen den Imperialismus.

Ebenso wie die revolutionären Bewegungen in den Kolonien das britische Proletariat unmittelbar angehen, berühren die revolutionären Erhebungen im lateinischen Amerika das Proletariat der Vereinigten Staaten auf das stärkste. (Wir verstehen darunter natürlich revolutionäre Massenbewegungen, nicht aber militärische oder Putsch einzelner Banden, die von politischen Abenteurern und Schurken organisiert werden.) Das Proletariat der Vereinigten Staaten kann nicht siegen, bis es die Macht des amerikanischen Imperialismus nicht vernichtet hat. Die revolutionäre Bewegung im lateinischen Amerika, die gegen ihren eigenen Kapitalismus vorgeht, richtet sich in gleichem Maße gegen den herrschenden amerikanischen Imperialismus. Es ist daher notwendig, daß das revolutionäre Proletariat der Vereinigten Staaten die revolutionären Massen im lateinischen Amerika unterstützt und mit ihnen zusammenarbeitet, und zwar nicht platonisch, nicht durch fromme Redensarten, sondern durch die Tat, aktiv und aggressiv, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln.

In gleicher Weise müssen die werktätigen Massen des lateinischen Amerika sich im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus mit dem Proletariat der Vereinigten Staaten zusammenschließen. Das lateinische Amerika ist auf dem besten Wege, ein wichtiger, unzertrennlicher Teil des wirtschaftlichen Organismus der Vereinigten Staaten zu werden. Der Kampf der werktätigen Massen des lateinischen Amerika ist daher notgedrungen ein Kampf gegen die amerikanischen Kapitalisten in deren Eigenschaft als örtliche Ausbeuter. Es kann keine Befreiung der lateinisch-amerikanischen Massen erzielt werden, bevor nicht der Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus von Sieg gekrönt ist. Und dieser Kampf ist kein nationaler Kampf des lateinischen Amerika gegen die Vereinigten Staaten. Er ist vielmehr ein revolutionärer Klassenkampf der Werktätigen des gesamten Amerika gegen den amerikanischen Imperialismus.

Die Einheitlichkeit der amerikanischen Bewegung führt noch nicht unmittelbar zur Revolution selbst, die allmählich wächst und sich festigt auf dem Boden der unmittelbaren Erfolge des gemeinschaftlichen Kampfes. Die revolutionären Arbeiter beider Teile Amerikas müssen in allen Tagesfragen — Streiks, Einmischung usw. — gemeinsam vorgehen, und zwar

nicht durch die panamerikanische Föderation der Arbeit (die von den Verrätern der Arbeiter, Gompers, Morones und Konsorten, geführt wird), noch auch durch die panamerikanischen Konferenzen der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten, mit den Verrätern des Sozialismus an der Spitze, sondern durch kommunistischen revolutionären Zusammenschluß.

Die Vereinheitlichung des revolutionären Kampfes in den Vereinigten Staaten mit dem revolutionären Kampf im lateinischen Amerika bildet eine feste Grundlage für die amerikanische Revolution. Zur Verwirklichung dieser Revolution muß Agitation mit Aktion verbunden werden, muß jede Eigenheit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ausgenutzt, müssen Strategie und Taktik im Einklang mit den Anforderungen des revolutionären Kampfes im gesamten Amerika entfaltet werden.

4. Die unmittelbaren revolutionären Aufgaben in den Vereinigten Staaten.

Weltherrschaft bedeutet die Herrschaft über die Arbeiter. Die Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus hilft dem amerikanischen Kapitalismus, die Arbeiter auszubeuten, ihnen eine noch reaktionärere Herrschaft aufzuzwingen.

Die Politik des Imperialismus geht dahin, die Oberschichten der Arbeiterklasse zu korrumpieren durch Aufbesserung ihrer Lebenshaltung, — eine Aufbesserung, die nur durch unbarmherzige Ausbeutung der Kolonialvölker und der breiten Arbeitermassen möglich ist. Jetzt aber verarmen infolge der stetig wachsenden Lebenssteuerung selbst die Oberschichten (die Arbeiteraristokratie), die bis dahin ganz gut lebten; die breiten Massen der Arbeiterschaft aber werden in noch größeres Elend gestoßen. Die Arbeiter der Vereinigten Staaten werden noch härterer Knechtung, noch größerer Armut ausgesetzt. Die Löhne gehen im Verhältnis zu den Preisen erheblich zurück; die kleinen Lohnerhöhungen, die die Arbeiter sich erzwingen haben, können angesichts der steigenden Preise kaum in Betracht gezogen werden; aber selbst diese Lohnerhöhungen wurden nur durch bitteren Kampf und bitteres Leiden erzwingen.

Gleichzeitig mit dem Sinken der Lebenshaltung der Arbeiter entwickelt die amerikanische Regierung eine immer grausamere, sich immer mehr ausdehnende Repressivpolitik. Die Verfolgung der Kommunisten in den Vereinigten Staaten kann nur mit den Repressalien im zaristischen Rußland verglichen werden. Nur in Ungarn und in Finnland sind die Verfolgungen der Kommunisten gegenwärtig noch grausamer als in den Vereinigten Staaten. Daß diese Repressalien sich nicht nur gegen die revolutionäre Partei, sondern gegen das gesamte Proletariat richten, bezeugen die Gesetzentwürfe über Anerkennung der Ungesetzlichkeit der Streiks, die Tatsache, daß einige Staaten den Streik bereits als ungesetzlich erklärt

haben, sowie die Niederträchtigkeit, mit der die Gerichte und das Militär zur Sprengung der Ausstände benutzt werden.

Der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten hat das Proletariat herausgefordert, und das Proletariat beantwortet die Herausforderung. Diese Antwort muß ausgedehnt und vertieft werden, sie muß zum bewußten revolutionären Kampf um die Eroberung der politischen Macht werden.

Trotzdem eine überaus starke Gärung und wachsende Anzeichen des künftigen Zusammenbruchs sich in den Vereinigten Staaten bemerkbar machen, steht der Kapitalismus wirtschaftlich und politisch noch unberührt da. Die Verhältnisse begünstigen den unmittelbaren Kampf zur Eroberung der Macht vorläufig noch nicht. Die gegenwärtigen Zustände können als wirtschaftlicher Bürgerkrieg bezeichnet werden. Große Ausstände und industrielle Massenerhebungen sind an der Tagesordnung. Die Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung hat noch nie so große und zahlreiche Streiks gesehen, wie wir sie jetzt erleben. Auch die untersten Schichten der Arbeiterklasse, die sich bis jetzt teilnahmslos verhielten, beginnen nun zur wirtschaftlichen Aktion und Organisation zu erwachen — ein sicheres Anzeichen, daß die Qualen, die sie durch den Kapitalismus zu erdulden hat, die gesamte Arbeiterklasse wachrütteln.

Die Kommunisten beteiligen sich tatkräftig und bewußt an diesem wirtschaftlichen Bürgerkrieg; sie spielen in allen Streiks die Rolle der revolutionären Hefe; sie sind bestrebt, den industriellen Kampf in einen revolutionären politischen Massenkampf gegen den Kapitalismus und den Staat zu verwandeln.

Die alten Organisationen und die alte Politik brechen unter den neuen Bedingungen des revolutionären Kampfes und der Reaktion zusammen.

Die Sozialistische Partei zeigt sich voll und ganz als Partei der kleinbürgerlichen Demokratie und des Reformismus, als Verteidiger der Demokratie und der Volksvertretung, und dies in einem Augenblick, wo der Kapitalismus selbst Demokratie und Volksvertretung vernichtet, wo Macht sich gegen Macht und Kraft sich gegen Kraft stellt. Die Sozialistische Partei dient dem Reformismus in einem Augenblick, wo nicht Reformen, sondern nur die Revolution die Arbeiterklasse den Klauen des Kapitalismus entreißen kann. Die Labour Party (Arbeiterpartei), die zwar anderen Ursprungs ist, hat fast dasselbe Programm wie die Sozialistische Partei — weder das eine noch das andere Programm wendet sich an das revolutionäre Proletariat. Einzig und allein die Kommunistische Partei zeigt das wahre Aktionsprogramm, nur sie ist die Partei des revolutionären Proletariats.

Die amerikanische Föderation der Arbeit, die von unten her durch die Empörung der Arbeiter gegen die Beschränktheit der alten Gewerkschaftler und ihre Taktik erschüttert wird, hält sich offiziell noch als Organ zur Versöhnung von Kapital und Arbeit aufrecht. Die Gewerkschafts-

funktionäre — diese Statthalter der Kapitalistenklasse unter den Arbeitern — fordern die Arbeiter auf, nicht zu streiken, sich zu gedulden, ihre Lage zu bessern auf dem Wege der Verständigung und des schiedsgerichtlichen Ausgleichs mit den Ausbeutern. Die Bürokratie der amerikanischen Föderation der Arbeit, die dem Vorgehen der Massen in den Gewerkschaften stets einen Hemmschuh angelegt hat, hat sich nun unverhüllt als Feind der Arbeiterklasse gezeigt. Die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter sind gezwungen, ungeachtet ihrer Funktionäre und gegen sie zu streiken. Die meisten Ausstände des letzten Jahres waren unerlaubte oder „wilde“ Streiks, d. h. Streiks, die unabhängig von den Gewerkschaften ausgerufen und von der Gewerkschaftsbürokratie sabotiert wurden.

Diese Empörung der Massen in den Gewerkschaften bietet der kommunistischen Partei tatsächlich eine glänzende Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, die ein zweifaches Ziel verfolgt:

1. Die Organisation bestimmter kommunistischer Zellen zur revolutionären Agitation und zur Sicherung des Einflusses der Partei in den Gewerkschaften.

2. Die Gründung von außergewerkschaftlichen Organisationen, wie die Shop Comitees, das Betriebsrätesystem usw. zum Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie und die alten Organisationsformen, zugunsten der revolutionären Aktion und des Industrialismus; Organisation von Streiks, nötigenfalls unabhängig von den Gewerkschaften; der allgemeine Ausdruck der Forderungen des wirtschaftlichen Kampfes.

Die Arbeit innerhalb der alten Gewerkschaftsorganisationen muß unter der unbeschränkten Kontrolle der kommunistischen Partei stehen. Die alte Taktik des „Durchbruchs von innen“, die nichts als Korruption und Verrat gezeitigt hat, wurde in einem verhältnismäßig friedlichen Zeitraum verfolgt und entsprach dem Geist der reaktionären Sozialistischen Partei. Die Arbeit der Kommunisten in den alten Verbänden ist nun etwas ganz anderes, denn sie vollzieht sich in einem Zeitraum starker Gärung in den Gewerkschaften und unter der Kontrolle einer bewußten revolutionären Partei, die ihren Mitgliedern eine straffe Disziplin auferlegt.

Die außergewerkschaftliche Organisation ist von größter Bedeutung, denn sie mobilisiert die zu den Gewerkschaften gehörenden Arbeiter, befreit sie von der Herrschaft der Bürokratie; sie gibt gleichzeitig der Empörung der Arbeiter und deren Bewegung zur Ergreifung der Kontrolle über die Industrie einen revolutionären Ausdruck.

Bei der Arbeit in den alten Verbänden muß stets im Auge behalten werden, daß eine der Forderungen, die die amerikanische Bewegung stellt, in dem Aufbau einer neuen, von der amerikanischen Föderation der Arbeit (A. F. of L.) unabhängigen Arbeiterorganisation besteht. Der Umstand, daß die Mehrzahl der amerikanischen Arbeiter noch unorganisiert ist, daß

über eine Million Arbeiter in Verbänden organisiert sind, die der A. F. of L. nicht angegliedert sind, daß die Bewegung für eine Einige Große Union (One Big Union) um sich greift und die Gewerkschaften sich von der A. F. of L. loslösen, macht den Zusammenschluß dieser Kräfte zu einer neuen, auf dem Industrialismus und dem Klassenkampf aufgebauten Organisation möglich. Die kommunistische Partei und die I. W. W. sollten in dieser Aufgabe Hand in Hand arbeiten. Die I. W. W. mit ihrer Ueberlieferung und Erfahrung im aggressiven wirtschaftlichen Kampf kann erheblich zur Entwicklung dieser neuen Arbeiterorganisation beitragen, indem sie sich von Sektierertum reinigt und sich mit der One Big Union verschmilzt (diese zu gleicher Zeit revolutionierend). Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müssen die revolutionären Massen der I. W. W. alle diejenigen Funktionäre unschädlich machen, die noch an syndikalistischen Vorurteilen festhalten und sich der Elemente entledigen, die die I. W. W. durch allershand Betrügereien anscheinend zu „legalisieren“ versuchen; eine ihrer Betrügereien ist, daß „die I. W. W. nicht die Absicht habe, die Regierung zu stürzen“ (als ob das revolutionäre Proletariat die kapitalistische Regierung nicht stürzen müßte, um sich zu befreien).

Während die kommunistische Partei bestrebt ist, diese neue Arbeiterorganisation zu gründen, darf sie die Verbindung mit den Arbeitern in den alten Gewerkschaften nicht aufgeben. Sogar nach der Gründung der neuen Arbeiterorganisation müßten die Kommunisten ihre revolutionierende Arbeit in den Verbänden der A. F. of L. fortsetzen, um alle klassenbewußten revolutionären Arbeiter zum Kampf gegen den Kapitalismus zusammenzuschließen und zu mobilisieren. Durch kommunistische Zellen in allen Verbänden, durch besondere Organisationen innerhalb der reaktionären Gewerkschaften und durch die neue Arbeiterorganisation wird der Zusammenschluß der revolutionären industriellen Kräfte des Proletariats erzielt werden.

Der Druck des amerikanischen Kapitalismus lastet am schwersten auf den unorganisierten, ungelerten Arbeitern, auf den Negern und den Landarbeitern. Und gerade diese Gruppen sind es, die zu machtvollen Verbündeten der proletarischen Revolution werden können.

In dem Maße, wie diese Gruppen sich der Kommunistischen Partei anschließen, wird die proletarische Revolution durchführbar werden.

Die größten Massen der unorganisierten, ungelerten Arbeiter sind in den grundlegenden Industriezweigen zusammengeballt. Sie verfallen leicht der Herrschaft der Arbeiteraristokratie, und dem muß vorgebeugt werden. Um sie für die Revolution zu gewinnen, bedarf es einer eifrigeren Agitation: ihr Vertrauen muß gewonnen werden, indem die kommunistische Partei zur Vertreterin ihrer unmittelbaren Interessen gemacht wird, indem man sie zur Organisation in den Gewerkschaften und zur Aktion aufruft,

außergewerkschaftliche Gruppen unter ihnen organisiert und an ihren Ausständen teilnimmt.

Diese Arbeit, die je nach den Umständen durch andere Mittel zu ergänzen ist, muß in gleicher Weise unter den Landarbeitern und den Neger geleistet werden.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß das Landproletariat für die Revolution gewonnen wird, denn ungefähr 45% der amerikanischen Bevölkerung beschäftigt sich mit Landarbeit. Ein klares und bestimmtes, den amerikanischen Verhältnissen angepaßtes Aktionsprogramm muß ausgearbeitet werden; kein Programm, das den spießbürgerlichen Charakter der Sozialistischen Partei trägt, sondern ein kommunistisches revolutionäres Programm. Die erste Bedingung ist, daß die Landarbeiter zur Organisation in Verbänden und zur Aktion herangezogen werden, daß man sie von den arbeitgebenden Farmern trennt und den agrarischen Klassenkampf verschärft. Aber man muß auch die kleinen Farmer von den großen trennen, die Farmergruppe spalten, den Bürgerkrieg in solche Organisationen wie die „Liga der Parteilosen“ hineinbringen. Auf diese Weise werden wir die klassenbewußten Elemente der Revolution zuführen, die kleinen Farmer unschädlich machen und sie vielleicht sogar für uns gewinnen, den Sturz der kapitalistischen Farmermacht vorbereiten.

Wie mit den Landarbeitern, so muß auch mit den Negern verfahren werden; sie müssen zur Organisation in Verbänden und zur Aktion gemeinschaftlich mit der großen Masse des Proletariats herangezogen werden. In dem Negerproblem gibt es aber auch noch einen überaus wichtigen Rassenstandpunkt, der für die Revolution ausgenutzt werden kann. Der Neger wird als Rasse und auch wirtschaftlich ausgebeutet — das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das Negerproblem eine Phase des sozialen Problems bildet, es verleiht diesem Problem nur eine eigenartige Form, die verstanden und ausgenutzt werden muß. Der Neger wird immer mehr revolutionär, er fordert soziale und politische Gleichstellung, er organisiert sich fest und bestimmt, um gegen die „Herrschaft“ der Weißen anzukämpfen.

Diese Entwicklungstendenz, die eine Auflehnung gegen die frühere friedliche Stimmung bedeutet, muß gefördert und gestärkt werden; ebenso muß der Neger unterstützt werden, wenn er sich den Gewalttaten des Mob mit der Waffe in der Hand entgegenstellt. Andererseits aber muß man einen bewaffneten Aufstand der Neger zu verhüten suchen, denn ein solcher Aufstand würde das Signal zur Gegenrevolution geben, er würde die Befreiung der Neger und des gesamten Proletariats nur verzögern. Die kriegerische Stimmung der Neger muß durch die proletarische Revolution und nicht unabhängig von dieser zum Ausdruck gelangen. Im Norden muß man die Neger veranlassen, sich der allgemeinen Arbeiterbewegung anzuschließen; im Süden, wo der Neger überhaupt keine Rechte

besitzt, müssen illegale Negergruppen zur wirtschaftlichen Aktion als Vorstufe zu umfassenderen kommunistischen Aktionen gegründet werden. Der werktätige Neger muß allenthalben von den bürgerlichen Negern und auch von den Intellektuellen getrennt werden, die den farbigen Arbeiter zum berufsmäßigen Streikbrecher machen wollen. Er muß mit dem Proletariat zusammengeschlossen und davon überzeugt werden, daß sein Rassenkampf sich mit dem revolutionären Kampf der Arbeit gegen das Kapital verschmelzen muß.

Alle Fragen sind jetzt Fragen der proletarischen Revolution, alle Probleme — Rassen-, Nationalitäten-, politische und wirtschaftliche Probleme — müssen ausgenutzt werden, um die Revolution zu fördern, um die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Was die Frage der Demokratie anbelangt, so zeigen die Vereinigten Staaten auf das Anschaulichste, wie die Demokratie zur Form der kapitalistischen Diktatur wird. Die Vereinigten Staaten, die früher das demokratischste Land waren, sind jetzt zum reaktionärsten Land geworden. Der Militarismus wird entwickelt, um diese Diktatur der Demokratie aufrechtzuerhalten. Nicht als Anhänger des Pazifismus, sondern als Anhänger der proletarischen Revolution müßt Ihr gegen diesen Militarismus ankämpfen; der Kampf gegen den Militarismus ist eine Phase des revolutionären Klassenkampfes. Dringt in das Heer ein, und treibt revolutionäre Agitation. Facht den Bürgerkrieg in der Amerikanischen Legion an, indem ihr die Soldaten gegen die Offiziere zusammenschließt. Gewinnt die Soldaten für den Kommunismus, denn sie sind ja schließlich auch Arbeiter, wie wir selbst. Benutzt jede Gelegenheit, um alles für den Augenblick vorzubereiten, wenn die Soldaten sich dem bewaffneten Proletariat anschließen werden, um die Regierung zu stürzen, die Macht zu erobern und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Bis jetzt waren die Bedingungen für einen unmittelbaren revolutionären Kampf um die Macht in den Vereinigten Staaten äußerst ungünstig. Aber das wird sich rasch ändern. Schon tauchen Anzeichen des heran nahenden Zusammenbruchs des amerikanischen Kapitalismus auf. Es ist die Aufgabe der kommunistischen Partei, beharrlich für die Revolution zu agitieren, die Massen mit der kommunistischen Theorie und Praxis bekannt zu machen, und zwar nicht auf abstraktem, nicht auf akademischem Wege, sondern durch den tatsächlichen Kampf der Arbeiter, praktisch, geduldig, beharrlich. Der wahre Kommunist wird nicht an seinen Worten, sondern an seinen Taten erkannt; er wird erkannt an seiner Fähigkeit, je nach den Eigenheiten der Phase, die der proletarische Kampf durchmacht, unverzüglich ein praktisches Aktionsprogramm zu entwickeln, das angetan ist, das Vertrauen des Proletariats zu gewinnen und die Revolution vorzubereiten. Die proletarische Revolution ist kein Schlußakkord, sondern eine Reihe von

Akten, sie ist ein Prozeß der Entwicklung der Klassenmacht des Proletariats und einer entsprechenden Schwächung der Klassenmacht der Kapitalisten. Dem Kampf des Proletariats für seine unmittelbaren Ziele muß der revolutionäre Kampf zur Ergreifung der Macht entspringen.

Der amerikanische Kapitalismus geht mit raschen Schritten seinem Untergang entgegen. Eure Aufgabe ist es, Arbeiter der Vereinigten Staaten, diesen Untergang vorzubereiten, indem Euer Bewußtsein, Eure Organisationen, Eure Handlungen von revolutionärem Geist durchdrungen sind.

5. Die unmittelbaren revolutionären Aufgaben im lateinischen Amerika.

Unter den lateinisch-amerikanischen Völkern läßt sich gegenwärtig große revolutionäre Verworrenheit, verbunden mit starken revolutionären Bestrebungen, beobachten. Vor allen Dingen muß dieser Verworrenheit ein Ende gemacht, muß der revolutionäre Geist der Massen in bestimmten kommunistischen Formen, in bestimmter kommunistischer Tätigkeit zum Ausdruck gebracht werden.

Die Revolutionen, die solche Länder wie Mexiko, Venezuela usw. periodisch erschüttern, stehen nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Massen. Diese Erhebungen müssen aber dazu ausgenutzt werden, eine wahre revolutionäre Massenbewegung zu entwickeln, die den Interessen des Proletariats und der verarmten Bauernschaft Ausdruck verleiht. Nur eine solche revolutionäre Bewegung kann die Völker des lateinischen Amerikas von der Herrschaft der örtlichen Ausbeuter und vom amerikanischen Imperialismus befreien.

Der Sozialismus hat rein gar nichts zur Entwicklung dieser revolutionären Massenbewegung getan. Der Sozialismus im lateinischen Amerika ist ein Erzverräter an den Massen. Er ist entweder ein klägliches reformistisches Ding, das Spielzeug der kleinbürgerlichen Demokratie, oder, wie in Mexiko, ein Sport militärisch-revolutionärer Abenteurer (belieben Oubriçon und Konsorten sich doch ebenfalls „Sozialisten“ zu nennen!). Diesen Sozialismus zu diskreditieren, seinen Einfluß auf die Massen zu vernichten, die revolutionären, sozialistischen Elemente für den Kommunismus zu gewinnen — das ist die unmittelbare, grundlegende revolutionäre Aufgabe.

Diese Aufgabe besteht hauptsächlich in der Organisation einer klar ausgeprägten, entschlossenen, klassenbewußten kommunistischen Partei in jedem Lande des lateinischen Amerikas. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß diese Partei gleich bei ihrem Entstehen stark sei; es ist jedoch notwendig, daß die kommunistische Partei ein klares Programm besitzt, entschlossen für die wahren revolutionären Grundsätze und Taktik agitiert,

unerbittlich die Verführer und Verräter der Massen bekämpft. Eine solche Partei muß aus den besten, ehrlichsten Vertretern der Massen bestehen; sie muß das Programm der wahren revolutionären Massenbewegung entwickeln, sie muß in dem revolutionären Kampf der Massen aufgehen, sie geduldig und beharrlich auf breitere revolutionäre Wege leiten und sie vor immer größere Ziele stellen.

Nur durch eine kommunistische Partei kann der Bewegung im lateinischen Amerika Klarheit und Ehrlichkeit verliehen werden; nur auf diese Weise kann die Bewegung sich mit der revolutionären Bewegung in den Vereinigten Staaten und mit der Kommunistischen Internationale zusammenschließen, nur auf diesem Wege kann sie den ihr zustehenden Platz innerhalb der Armee der Weltrevolution einnehmen.

Von größter Bedeutung ist das Agrarproblem. Der Ackerbau herrscht heute noch im lateinischen Amerika vor (sogar Argentinien, das kapitalistisch entwickelte aller lateinisch-amerikanischen Länder, zählt unter einer Gesamtbevölkerung von über acht Millionen weniger als 400.000 Industriearbeiter). Die Bauern werden auf das grausamste ausgebeutet; sie leben in fürchterlicher Armut und Unterdrückung; sie bilden das Kanonenfutter für militärische Abenteuer. Die Erfahrung Mexikos bietet ein kennzeichnendes, tragisches Beispiel. Die geknechteten Tagelöhner empören sich und machen eine Revolution; die Früchte ihres Sieges aber werden ihnen von den kapitalistischen Ausbeutern, von politischen Abenteurern und „sozialistischen“ Aufschneidern entrissen. Die unterdrückten, verratenen Bauern müssen zu revolutionärer Aktion und Organisation erweckt werden; es muß ihnen eingepflichtet werden, daß es für sie, als getrennte Bauernschaft, keine Befreiung geben kann, daß sie sich mit dem revolutionären Proletariat zu gemeinsamem Kampf gegen den Kapitalismus zusammenschließen müssen.

Die kommunistische Partei muß sich den Bauern nähern. Sie muß nicht mit Formeln und abstrakten Theorien an sie herantreten, sondern mit einem praktischen Programm, das geeignet ist, die Bauern zum Kampf gegen die Grundbesitzer und die Kapitalisten zu erwecken. Der revolutionäre Zusammenschluß der verarmten Bauernschaft und des Proletariats ist unumgänglich notwendig; die proletarische Revolution allein kann die Bauernschaft befreien, indem sie die Macht des Kapitals stürzt; nur die agrarische Revolution kann verhüten, daß die proletarische Revolution durch die Gegenrevolution niedergedrückt wird.

Die Armeen des lateinischen Amerikas bestehen größtenteils aus verarmten Bauern, die revolutionärer Agitation leicht zugänglich sind. Diese Agitation muß systematisch und aggressiv geführt werden, um die revolutionären Soldaten, Arbeiter und Bauern zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Großgrundbesitzer und die Kapitalisten, gegen die Staatsmacht zu vereinigen.

Die Gewerkschaften, die keine breiten Industriemassen umfassen (wie es in den Vereinigten Staaten der Fall ist), sind ihren Bestrebungen nach revolutionär. Die Funktionäre aber sind oft Verräter (wie Morones und Konsorten in Mexiko), die die Arbeiter ausbeuten und sich der Gewerkschaften zu ihrem eigenen, selbstsüchtigen Vorteil bedienen. Diese Funktionäre müssen vertrieben, die Gewerkschaften von irreführenden und reaktionären Einflüssen gesäubert werden. Das Bündnis mit den reaktionären Führern der amerikanischen Föderation der Arbeit muß gebrochen werden; die revolutionären Gewerkschaften des lateinischen Amerikas und der Vereinigten Staaten müssen die panamerikanische Föderation der Arbeit boykottieren und ihre eigene Föderation auf der Grundlage des Klassenkampfes aufbauen. Unbedingt notwendig ist ein Zusammenschluß mit der Roten Gewerkschaftsinternationale, die im Verein mit der Kommunistischen Internationale die Gewerkschaften der ganzen Welt zum Kampf gegen den Imperialismus und für die Weltrevolution mobilisieren wird.

In jeder Gewerkschaft müssen kommunistische Zellen gebildet werden. Hand in Hand mit dem Bestreben, alle Werktätigen zu organisieren, muß eine Zusammenarbeit mit der politischen Bewegung einhergehen; im Verein mit der örtlichen kommunistischen Partei und mit der Kommunistischen Internationale werden die Gewerkschaften zum machtvollen Faktor der amerikanischen Revolution werden.

Zugleich mit allen diesen Maßnahmen und als deren unmittelbare Folge muß die lateinisch-amerikanische Bewegung vom Syndikalismus gesäubert werden. Der Syndikalismus besteht (da, wo er proletarisch ist) aus revolutionären Bestrebungen ohne Verständnis für die Mittel zur Verwirklichung dieser Bestrebungen. Die revolutionäre Erfahrung hat das Gute des Syndikalismus in sich aufgenommen und das Schlechte verworfen. Die Theorie und das Programm der Weltrevolution entspringen dem Marxismus und nicht dem Syndikalismus. Du bist gegen eine politische Partei? Die kommunistische Partei ist die praktische Verwirklichung der von den Syndikalisten vorgebrachten Idee der „bewußten Minderheit“, einer Minderheit, die von kleinbürgerlichem Anarchismus befreit ist und mit dem tatsächlichen Massenkampf der Werktätigen, mit den Aufgaben der proletarischen Revolution in engem Zusammenhang steht. Du bist gegen den Parlamentarismus? Der Parlamentarismus der Sozialistischen Partei ist Verrat an der Arbeiterklasse und der Revolution; der Parlamentarismus der kommunistischen Partei dagegen ist eine revolutionäre Anerkennung der Tatsache, daß wir alle Mittel benutzen müssen, um das Proletariat mit Hilfe der Parlamentstribüne für uns zu gewinnen, bis wir jene Massenaktion entfalten können, die die Parlamente vernichten wird. Du bist gegen die Diktatur des Proletariats? Das Leben selbst fordert diese Diktatur; die proletarische Diktatur nicht anerkennen, heißt, die Revolution selbst verwerfen.

Dies sind die Lebensprobleme der Revolution.

Das Leben selbst zwingt die Massen, diese Probleme auf der Grundlage der kommunistischen Theorie und Praxis zu lösen.

Die Vereinheitlichung der revolutionären Bewegung im lateinischen Amerika wird durch den Zusammenschluß mit der revolutionären Bewegung der Vereinigten Staaten vervollständigt. Diese Vereinheitlichung ist eine Lebensfrage. Eine Revolution des Proletariats und der verarmten Bauernschaft in einem der lateinisch-amerikanischen Länder wird auf der Stelle eine bewaffnete Einmischung der Vereinigten Staaten hervorrufen; dies würde die revolutionäre Einmischung des Proletariats der Vereinigten Staaten notwendig machen; die Revolution würde sich auf die anderen lateinisch-amerikanischen Länder ausdehnen und somit zu einer Phase der amerikanischen Revolution werden.

„Unsere Revolution im Verein mit der proletarischen Revolution in den Vereinigten Staaten“ — das ist die Losung des revolutionären Proletariats und der verarmten Bauernschaft des lateinischen Amerikas.

6. *Schlußfolgerung.*

Die grundlegende Erfahrung der proletarischen Revolution in Rußland hat eine internationale Bedeutung. Sie hat die Massenaktion, die Sowjets und die proletarische Diktatur als Formen des proletarischen Kampfes um die Macht gezeitigt. Die Kommunistische Internationale ist das Resultat und der Ausdruck dieser Erfahrung.

Die Werktätigen von Nord- und Südamerika werden es verstehen, diese Erfahrung ihrem eigenen Kampfe, ihrer eignen Revolution anzupassen. Ihre revolutionäre Aufrichtigkeit und Erfahrung wird sie lehren, dynamisch die Theorie der Praxis und die Praxis der Theorie anzupassen.

Der Zusammenbruch des Kapitalismus und das Nahen der Weltrevolution sind die entscheidenden Momente unserer Epoche, sie müssen die Formen und die Ziele des internationalen Kampfes des Proletariats bestimmen.

Arbeiter von Nord- und Südamerika, vereinigt Euch! Die Kommunistische Internationale ruft Euch zur Tat.

Es lebe die Weltrevolution!

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale*

An alle Mitglieder der Italienischen Sozialistischen Partei, an alle Mitglieder der italienischen Gewerkschaften.

Genossen! Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale verfolgt mit ungeschwächter Aufmerksamkeit jeden Schritt Eures heldenmütigen Kampfes. Die kommunistischen Arbeiter der ganzen Welt erblicken in Euch eine der besten und abgehärtetsten Gruppen der internationalen und proletarischen Revolution. Die proletarische Revolution pocht an Eure Tür. Ihr steht jetzt dem Siege näher, als die Arbeiter irgend eines anderen Landes. In Italien sind fast alle Vorbedingungen zu einer siegreichen proletarischen Revolution vorhanden. Die Arbeiterklasse ist einmütig in ihrer Bereitwilligkeit zum revolutionären Sturz des Kapitalismus. Ein bedeutender Teil der Bauern steht auf unserer Seite, ein guter Teil des Heeres ist mit uns. Die Bourgeoisie war bis zur letzten Zeit sie sich den Hals. Unterstützung durch Getreide für das rote Italien zu blockieren. Und wenn sie es versuchen sollte, dann bricht sie sich den Hals. Unterstützung durch Getreide für das rote Italien sichert Sowjetrußland. Eine warme brüderliche Unterstützung von den französischen Arbeitern ist dem künftigen Sowjetitalien sicher.

Fast alle Vorbedingungen zum Sieg sind bei Euch vorhanden, sagen wir, alle, a u ß e r d e r e i n e n : Eurer eigenen Organisation. Wir wollen nicht sagen, daß Ihr keine Organisation habt. Die Arbeiterklasse Italiens hat Organisationen; Eure Organisationen sind aber nicht gleichartig, in Euren Organisationen haben sich Reformisten eingenistet, d. h. Leute, die in der Hauptsache nicht die Anschauungen des kommunistischen Proletariats teilen, sondern die Anschauungen der liberalen Bourgeoisie. Der Einfluß der Refor-

misten in den Arbeiterorganisationen Italiens ist das Hauptthema der Eurer Bewegung, ist der Fluch, der auf Euren Organisationen in Italien lastet.

Auf dem kürzlich in Moskau abgeschlossenen Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wurde der Lage in Italien viel Aufmerksamkeit gewidmet. Die erdrückende Mehrheit dieses Kongresses gelangte zur Überzeugung, daß wir Euch raten sollen, so bald wie möglich die Reformisten und Halbreformisten aus Euren Reihen zu verjagen. Seitdem ist nicht viel Zeit verfloßen, die Ereignisse aber haben beredt genug die Richtigkeit unserer Anschauungen bestätigt. Die kommunistischen Arbeiter aller Länder haben aufmerksam den heldenhaften Kampf verfolgt, der im Herbst dieses Jahres von den italienischen Metallarbeitern begonnen wurde, als die revolutionären Massen Italiens die Parole unverzüglicher Besitzergreifung von Fabriken und Werken ausgaben. Das war ein neues Wort, das Ihr dem internationalen Proletariat sagtet. Es versteht sich von selbst, daß die Arbeiterklasse durch das Ergreifen der Fabriken und Werke allein, ohne Eroberung der politischen Macht, ohne parallelen Kampf um die Diktatur des Proletariats nicht hätte siegen können. Das Ergreifen der Fabriken und Werke war aber ein ausgezeichnete Beginn, aus dem eine wirkliche revolutionäre Bewegung der Massen hätte erwachsen können. Der Sieg fiel Euch geradezu in den Schoß. Wer entriß Euch aber diesen Sieg? Die Reformisten! Die Bourgeoisie war kraftlos, in einen offenen Kampf mit Euch zu treten. Giolitti war gezwungen, zur Methode des „strategischen Rückzugs“ zu greifen, wie sich die italienische bürgerliche Presse ausdrückte. Eins der gescheiterten Organe der italienischen Bourgeoisie, „Corriere della Serra“, schrieb in diesen Tagen offen, daß die italienische Bourgeoisie bei der gegebenen Lage „eher die Methoden homöopathischer als chirurgischer Behandlung anwenden solle.“

Worin bestand denn diese „homöopathische Behandlung“? Darin, daß die Bourgeoisie durch ihre Agenten des Reformismus in die italienischen Arbeiterorganisationen einimpfte, vor allem in die italienischen Gewerkschaften. Als die italienischen Kapitalisten noch nicht offen zügellose Soldaten hinaussenden konnten, um den

italienischen Proletariern die Bäuche aufzuschlitzen, sandten diese italienischen Kapitalisten die Reformisten D'Aragona und Konsorten aus, die eine „homöopathische“ Kur begannen. Am 15. September gab der geschickteste Führer der italienischen Bourgeoisie, Giolitti, in Turin im Hotel Boulogne den reformistischen Führern der Konföderation der Arbeit ein Stelldichein. Giolitti sang süße Lieder darüber, es sei jetzt „unmöglich, daß in einem großen Unternehmen weiter ein Einziger befehle und Tausende gehorchen“. Zur Antwort auf diese süßen Sänge Giolittis nickten D'Aragona und Konsorten bejahend mit dem Kopfe. Die an der Spitze der italienischen Gewerkschaftsbewegung stehenden Reformisten gaben die Parole der Schaffung von paritätischen Kommissionen aus Vertretern der „Arbeiterführer“ und Kapitalisten aus zur Ausarbeitung von Prinzipien und Methoden der Kontrolle über die Produktion. Es war ein Leichenbegängnis erster Sorte, das die Reformisten Eurer revolutionären Bewegung bereiteten.

Als der beste Teil der italienischen Sozialistischen Partei durch den Mund des Genossen Genari, der im Namen der Parteizentrale auftrat, die Ausbreitung der Bewegung forderte und dieser einen politischen Charakter verleihen wollte, sprachen sich D'Aragona und Konsorten dagegen aus. Das Parteimitglied D'Aragona verteilte zynisch den Willen seiner eigenen Partei, seiner eigenen Zentrale. Gestützt auf die reformistischen Oberschichten und Beamten der Gewerkschaftsbewegung, durchkreuzten D'Aragona und Konsorten den Willen der Arbeiter. Die italienischen Kapitalisten wurden durch die Bemühungen D'Aragonas, Turatis, Modiglianis, Dugonis und anderer Agenten des Kapitals gerettet. Die italienische Bourgeoisie erhielt einen neuen Aufschub.

Jetzt, wo die „homöopathische“ Kur zu Ende ist, wo D'Aragona und Konsorten ihr Werk getan haben, jetzt ist die „chirurgische“ Behandlung auf die Tagesordnung gestellt. Die bürgerliche „Chirurgie“ ist Euch wohl bekannt. Die Bourgeoisie verhaftet 100 der besten Führer der italienischen Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie füllt die Kerker mit unseren besten Kämpfern. Nachdem sie durch ihre reformistischen Agenten Auflösung in unsere Reihen getragen

hat, hält sie sich für stark genug, um das Bajonett auf die Tagesordnung zu stellen.

Die nächste Zukunft, wir sind überzeugt davon, wird der italienischen Bourgeoisie zeigen, daß sie sich schwer geirrt hat, als sie die „chirurgischen“ Methoden der Behandlung für zeitgemäß hielt. Die gegenrevolutionäre Chirurgie wird sich gegen die italienische Bourgeoisie wenden. Ihr sollt doch an Euren Fehlern lernen, Genossen, Ihr sollt verstehen, aus den größten Lehren Eurer Bewegung praktische Schlußfolgerungen zu ziehen.

Worin besteht die Lehre der Bewegung im letzten Herbst? Darin, daß unser Sieg über die Kapitalisten unmöglich ist, solange die Reformisten und Halbreformisten in unseren Reihen bleiben, solange wir an der Spitze der Gewerkschaften verkleidete Bourgeois dulden.

In Italien gibt es in der letzten Zeit verschiedene „Vereiniger“, die Euch einschüchtern und Euch zu überzeugen versuchen, daß eine Abspaltung von den Reformisten angeblich Eure Kräfte schwäche. Das ist Unsinn! Durchaus nicht jede Spaltung ist schädlich für die Arbeiterklasse. Die Abspaltung von den Agenten des Kapitals ist uns nicht schädlich, sondern nützlich.

Nehmen wir das einfachste Beispiel. Wenn es in einem Regiment, das, sagen wir, 1000 Bajonette zählt, 100 Feiglinge und Taugenichtse, wenn es in dem Führerbestand dieses Regiments 10 bis 20 Verräter und Halbverräter gibt, wird da das Regiment wirklich schwächer, wenn es sich von diesen Feiglingen und Verrätern säubert? Wenn wir von diesen 1000 Mann 100 Feiglinge ausschließen, wenn wir auch 10 bis 20 verräterische Führer entfernen, so bleiben in dem Regiment zwar um mehr als 100 Mann weniger, das Regiment aber wird nichtsdestoweniger zehnmal stärker sein, als es bisher war. So verhält es sich auch mit unseren proletarischen Organisationen. Wenn wir sie von den bewußten und halb-bewußten Agenten des Kapitals säubern, wenn wir jene „Führer“ ausschließen, die die Arbeiter nicht zum Sieg des Kommunismus, sondern zur Unterstützung des Kapitals führen wollen, so werden wir dadurch nicht schwächer, sondern stärker.

Die italienische Partei hat seinerzeit einen Vertrag mit der Konföderation der Arbeit geschlossen, daß diese während der Streiks und anderer revolutionärer Bewegungen die Leitung der Partei anerkennen müsse. Wir haben jedoch gesehen, daß die Reformisten im entscheidenden Augenblick, obgleich sie diesem Vertrag in Worten treu blieben, ihn in der Tat nicht einhielten. Das wird jedesmal geschehen, wenn ernste Fragen auf der Tagesordnung stehen. Sowohl aus der Partei, als aus den Verbänden müssen wir erbarmungslos die reformistischen Führer vertreiben. Erst dann wird es möglich sein, ernstlich an entscheidende Schlachten mit der Bourgeoisie zu denken.

Zur Durchführung dieses Bruches mit den Agenten des Kapitals, zur aufrichtigen und ehrlichen Verfechtung aller Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale haben sich unsere italienischen Freunde in der kommunistischen Fraktion zusammengeschlossen. Das Hauptorgan dieser Fraktion ist die Turiner Ausgabe des „Avanti“ und die in Bologna herausgegebene Zeitschrift „Communisto“. Wir bitten alle aufrichtigen und konsequenten Anhänger der Kommunistischen Internationale, diese Fraktion, und nur sie, zu unterstützen. Allen übrigen Fraktionen sagen wir: Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns.

Genossen! Wenn die italienische Bourgeoisie jetzt so frech von der Verteidigung zum Angriff übergegangen ist, so geschah das eben aus dem Grunde, weil sie auf die demoralisierende Arbeit der Herren Reformisten rechnet. Die Bourgeoisie will die trübe Zeit ausnutzen, die die Arbeiterorganisationen Italiens durchleben. Die Bourgeoisie nutzt es aus, daß wir noch nicht Zeit gefunden haben, eine Säuberung unserer Reihen vorzunehmen. Unsere Antwort auf den Angriff der Bourgeoisie muß folgende sein: Während wir mit der einen Hand die Attacken der Kapitalisten zurückschlagen, müssen wir mit der anderen Hand, ohne vor etwas zurückzuschrecken und ohne einen einzigen Augenblick zu zögern, die Säuberung unserer Organisationen von den Reformisten und Halbreformisten zu Ende führen, eine Säuberung, ohne die unsere Organisationen nicht zum Kampforgan der proletarischen Massen werden können.

Die reformistischen Advokaten, die in so großer Zahl in der Parlamentsfraktion der Italienischen Sozialistischen Partei sitzen, die Journalisten und Schreihälse aus dem Lager von Modigliani, Turati, Treves und Konsorten, versuchen die gesamten Debatten mit der Kommunistischen Internationale auf den Boden organisatorischer Fragen zu verlegen. Das ist die beliebte Methode aller Opportunisten. Dazu haben sogar die Renegaten des Sozialismus unter den rechten Unabhängigen in Deutschland gegriffen. Wir sagen Euch, Genossen, glaubt nicht den reformistischen Schönrednern. Es handelt sich durchaus nicht um einzelne organisatorische Fragen. Die Kommunistische Internationale greift durchaus nicht die Autonomie der einzelnen Arbeiterparteien an. Die Kommunistische Internationale versteht sehr gut, daß es ein sehr ausgedehntes Gebiet gibt, auf welchem jede Partei selbständig handeln muß. Die Kommunistische Internationale hat stets erklärt, daß sie nur in solchen Fragen bindende Beschlüsse fassen wird, wo es möglich ist, solche Beschlüsse zu fassen. Wir debattieren mit den Reformisten und Halbreformisten nicht darüber, ob 21 oder 18, oder 18½ Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale angenommen werden sollen. Wir debattieren mit den Reformisten darüber, ob unsere Partei eine tapfere Vorhut des für den Kommunismus kämpfenden Proletariats sein oder, wie es die Herren Reformisten wünschen, ein Spielzeug in den Händen der kleinbürgerlichen Flickschneider der kapitalistischen Ordnung bleiben soll.

Von den Reformisten und Halbreformisten trennen uns nicht diese oder jene unbedeutenden organisatorischen Meinungsverschiedenheiten. Nein, das sind zwei Weltanschauungen, zwei Lager, zwei Klassen, zwei Programme. Zwischen uns und den Reformisten ist ein Abgrund. Wer das nicht verstanden hat, der hat nichts verstanden von dem großen Kampf, der sich vor unseren Augen abspielt.

Wir wenden uns an alle einfachen Mitglieder der Italienischen Sozialistischen Partei und der Gewerkschaften. Wir wenden uns an die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst und sagen zu ihnen: Ihr sollt Eure Reihen von den Schwären des Reformismus säubern. Das sollt

Ihr in kürzester Zeit und um jeden Preis tun. Mit den Führern, wenn sie es wünschen, ohne Führer, wenn sie zaudern und abwarten, gegen die Führer, wenn sie Euch an dieser Säuberungsarbeit hindern.

Nieder mit den Reformisten, den Agenten des Kapitals!

Es lebe eine einheitliche kommunistische Massenpartei in Italien!

Es leben die revolutionären proletarischen Gewerkschaften Italiens, die auf dem Boden des Kommunismus stehen!

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

An die Schweizer Linke.

Genossen! In kurzer Zeit findet der Parteitag der Schweizer Partei statt, auf welchem ein endgültiger Beschluß in der Frage der Kommunistischen Internationale gefaßt werden soll.

Keine andere Partei in Europa hat so geschwankt und geirrt in der Frage ihres Verhältnisses zur Kommunistischen Internationale. Mehrmals haben die „Führer“ Eurer Partei die gefaßten Beschlüsse geändert. Der letzte Beschluß, der von Eurer Zentrale gefaßt wurde, besteht darin, daß sie in neue Unterhandlungen mit dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale treten will.

Ehrliche und aufrichtige Revolutionäre, wirkliche Anhänger des Kommunismus schließen sich einer internationalen Arbeitergenossenschaft, wie es die Kommunistische Internationale ist, ohne besondere lange „Verhandlungen“ an. Wieder und wieder wollen jene Führer des „Zentrums“ verhandeln, für die Maklertum und Diplomatenkunst zur zweiten Natur geworden sind.

Es ist jedoch Zeit, daß alle wirklichen Revolutionäre der Schweiz einen endgültigen Beschluß fassen, und an diese Revolutionäre wenden wir uns mit vorliegendem Schreiben.

Die Schweizer Linke verblieb bisher innerhalb der Partei, deren Führer vollendete Bourgeois sind und nur eine sozialistische Maske

tragen, wie die Greulich, Pflüger, Müller und alle übrigen Opportunisten.

Bis zu einer gewissen Zeit war es vielleicht wirklich notwendig, innerhalb dieser Partei zu verbleiben. Jetzt kommt die Zeit endgültiger Beschlüsse.

In der Schweiz wird, wie auch in anderen Ländern, in der letzten Zeit viel anlässlich der 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale, die von dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale aufgestellt wurden, diskutiert. Jede dieser Bedingungen wird hin und her gedeutet. Die Arbeiter werden durch Einzelheiten und Kleinigkeiten verwirrt. Das taten auch die Renegaten des Marxismus in Deutschland, die Crispian, Dittmann und Hilferding. Auch sie versuchten, die prinzipiellen Grundlagen nicht zu diskutieren und sie durch unbedeutende organisatorische Streitigkeiten zu ersetzen.

Wir warnen unsere Genossen aus der Schweizer Linken, in diese Falle zu gehen. Alle von der Kommunistischen Internationale aufgestellten 21 Bedingungen ohne Ausnahme haben ein einziges Ziel: die Reihen der Arbeiterorganisationen von den Reformisten und Halbreformisten zu säubern, unsere Parteien zu wirklich revolutionären Arbeiterorganisationen zu machen, in denen es keinen Platz gibt für die Verräter der Arbeiterklasse. Ihr sollt die rechten Führer und die Führer des „Zentrums“ zwingen, genaue und bestimmte Antworten zu geben auf die Fragen der Weltrevolution, der Diktatur des Proletariats, des Sowjetsystems, der gelben Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam, ihrer Bereitschaft zum wirklichen Kampf gegen die Bourgeoisie „ihres Landes“ usw. Wir hoffen, daß die Genossen aus der Schweizer Linken diese Aufgabe zu lösen verstehen.

Ob Ihr auf dem bevorstehenden Parteitag der Schweizer Partei in der Mehrheit oder in der Minderheit sein werdet, ist eine verhältnismäßig untergeordnete Frage. Die Hauptaufgabe besteht darin, alle revolutionären Arbeiter auf dem Boden völliger und rückhaltloser Anerkennung der Programmsätze des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale zusammenzuschließen. Bruch mit den Reformisten, die in der Tat Verräter der Arbeiterklasse sind,

das ist die ultimative Bedingung der Kommunistischen Internationale. Habt Ihr mit den Reformisten gebrochen, sollt Ihr Euch mit den kommunistischen Elementen vereinen, die sich um eine besondere Kommunistische Partei der Schweiz gruppiert haben.

Das Beispiel der deutschen Unabhängigen soll für Euch nicht verlorengehen. Die Taktik der linken Unabhängigen, scheint uns, sollte für die linken Elemente der Schweizer Partei wohl annehmbar sein. Diese Taktik läßt sich, kurz gesagt, mit den Worten formulieren: Bruch mit den Opportunisten, Vereinigung mit den Kommunisten. Dazu fordert Euch die Kommunistische Internationale auf.

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

* * *

Im letzten Augenblick erhielt die Kommunistische Internationale nachstehendes Telegramm von dem Gen. Humbert-Droz:

Drahtet Sinowjew und dem Exekutivkomitee, daß auf dem Schweizer Kongreß 213 für und 350 gegen den Beitritt waren. Die Linke verließ den Kongreß. Humbert-Droz.

Als Antwort auf dieses Telegramm sandte Gen. Sinowjew folgenden Funkspruch:

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale sendet einen brüderlichen Gruß an die Genossen, die den Kongreß verließen, auf welchem die Schweizer Scheidemänner und Kautskyaner in der Mehrheit waren. Trotz aller Ränke der Gruppe Grimm, trotz der Untreue von Nobs habt Ihr auf dem Kongreß 213 Stimmen gegen 350 erhalten. Unter den gegebenen Umständen ist das ein ernster Erfolg. Wir ersuchen Euch, Euch möglichst bald mit der Kommunistischen Partei der Schweiz zu vereinigen und eine einheitliche Front gegen die Sozialverräter und Zentristen zu bilden. Allmählich werden alle klassenbewußten Arbeiter der Schweiz auf Eure Seite übergehen.

Es lebe die Vereinigte Kommunistische Partei der Schweiz!

G. Sinowjew.

*An alle Mitglieder der Linken
Unabhängigen Sozialdemokra-
tischen Partei Deutschlands, der
Kommunistischen Partei Deutsch-
lands und der Kommunistischen
Arbeiterpartei Deutschlands.*

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat die Möglichkeit gehabt, sich in allen Einzelheiten mit den Ereignissen auf dem Parteitag der U. S. P. D. in Halle bekannt zu machen. Das, was auf dem Parteitag in Halle vorging, hat nicht nur unmittelbar für die Mitglieder der U. S. P. D., sondern auch für alle Sozialisten, für die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands und für die Proletarier der ganzen Welt eine ungeheure Bedeutung. Die deutschen Proletarier haben als erste unter den Proletariern der europäischen Länder jene ungeheuer schwere Krise überwunden, die der Sozialismus in Gestalt des imperialistischen Krieges und des Zusammenbruchs der II. Internationale erlebt hat. Die deutsche Arbeiterbewegung befreit sich unter unseren Augen aus der babylonischen Gefangenschaft des Reformismus und Halbreformismus. Die deutsche Arbeiterbewegung bricht mit der toten Ideologie des „Zentrums“ und lehnt ein für allemal die gegenrevolutionären Ideen des Kautskyanertums ab.

Fast in ganz Europa sind die Kräfte der Arbeiterklasse in diesem Augenblick schon so stark, daß der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie keine große Mühe kosten würde, wenn die Arbeiterklasse hinreichend vorbereitet wäre zur Erfüllung ihrer geschichtlichen Sendung. Woran es der Arbeiterklasse gegenwärtig hauptsächlich fehlt, das ist eine eigene, klare geistige Orientierung, die Erkenntnis ihrer Ziele, ein klares Verständnis ihrer revolutio-

nären Bahnen. Das Haupthindernis zu ihrem Siege liegt in ihr selbst. Die Bourgeoisie ist ja eben die Bourgeoisie, weil sie versteht, die Arbeiterklasse auch von innen zu zersetzen. Die Opportunisten aller Richtungen und Schattierungen bilden die Agentur der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse. In einem Lande wie Deutschland ist das ganz besonders klar: die opportunistischen Führer, die Schicht der reaktionären Gewerkschaftsbeamten, die Abschichtung der Arbeiteraristokratie und Bürokratie sind unvergleichlich gefährlicher für die Arbeiterbewegung, als offene Weißgardisten der bewaffneten Bourgeoisie. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung zählt rund 100 000 „Funktionäre“, d. h. Beamte der Gewerkschaftsbewegung. Das ist eben die wichtigste weiße Garde der Bourgeoisie. Diese Leute stammen aus unseren Kreisen, aus den Kreisen der Arbeiter. Diese „Führer“ kennen sehr gut die starken und schwachen Seiten der Arbeiterbewegung. Alles, was an Gutem im Arbeiter steckt, seine Energie, seine Beharrlichkeit, seine Lebenserfahrung, alles das haben diese opportunistischen Arbeiterführer der Bourgeoisie dienstbar gemacht. Diese Schicht der opportunistischen Führer, die die Arbeiterklasse in der vorhergegangenen Epoche der friedlichen organischen Entwicklung der Arbeiterbewegung genährt und aufgezogen hat, ist die größte gegenrevolutionäre Kraft unserer Zeit. Die Arbeiterbewegung von dem Einfluß dieser Schicht befreien, heißt den Weg zum Sieg der proletarischen Revolution bahnen.

Und dies geschah auf dem Parteitag in Halle! Nur von diesem Gesichtspunkt kann man den wirklichen historischen Sinn dessen verstehen, was in Halle geschehen ist. In Deutschland bildet sich eine kommunistische Arbeiterpartei der Massen, in welche sogleich einige 100 000 Arbeiter eintreten werden, die ihre Illusionen abgelegt und die Notwendigkeit des Bruches nicht nur mit dem offenen Sozialchauvinismus, sondern auch mit dem hinter linken Phrasen versteckten Zentrum verstanden haben.

Die Versuche der Führer der rechten Unabhängigen, der Hilferding, Dittmann, Crispian und Konsorten, die gesamten Debatten auf den Boden unbedeutender organisatorischer Fragen zu verlegen, die Versuche dieser Herren, ihren Streit mit der Kommunisti-

schen Internationale als Streit um die Grenzen der Autonomie für die einzelnen Parteien darzustellen, die marktschreierisch - chauvinistische Agitation dieser rechten Führer gegen die angebliche „Diktatur Moskaus“, das „Moskauer Joch“ usw. — alles das fiel in nichts zusammen. Die Kommunistische Internationale hat es verstanden, die Führer der rechten Unabhängigen zu zwingen, sich bis zu Ende über die prinzipiellen Grundfragen zu äußern. Den Arbeitern Deutschlands wurden die Augen geöffnet. Sie sehen jetzt klar, daß wir mit den rechten Unabhängigen nicht über diesen oder jenen Punkt der Aufnahme in die Kommunistische Internationale debattiert haben, sondern darüber, ob die rechten Unabhängigen Anhänger der proletarischen Diktatur oder ihre Feinde, Freunde Sowjetrußlands oder seine versteckten Antagonisten sind.

In allen Parteikreisen Deutschlands wird der Parteitag in Halle die tiefgehendste Umwälzung hervorrufen. Das ist kein kleinlicher Kampf der Fraktionen innerhalb einer Partei. Das ist eine ganze Revolution in der Parteikonstellation. Das sollen alle wirklich revolutionären Elemente des deutschen Proletariats verstehen.

Wir wenden uns an alle revolutionären Proletarier Deutschlands und sagen ihnen: Jetzt ist der Weg gebahnt, jetzt sind die Bedingungen zur Bildung einer einheitlichen, machtvollen kommunistischen Massenpartei in Deutschland geschaffen. Die Zentralen der linken Unabhängigen und der Kommunistischen Partei in Deutschland haben bereits zu Anfang Dezember die Einberufung eines gemeinsamen Parteitages zur Gründung einer Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands beschlossen. Zu diesem Parteitag werden auch die Mitglieder der K. A. P. D. eingeladen, die der vereinigten Partei anzugehören wünschen. Die Kommunistische Internationale wendet sich noch einmal an alle kommunistischen Arbeiter, welcher Organisation sie auch gegenwärtig angehören mögen, und sagt: Ihr sollt Euch vereinigen um jeden Preis. Wer die Vereinigung der Kommunisten mit nicht kommunistischen Elementen predigt, der beschäftigt sich im besten Falle mit leeren Phantasien. Wir aber beantragen die Vereinigung aller wirklich kommunistischen Elemente. Wer sich dem widersetzt, der begeht ein Verbrechen gegen die proletarische Revolution. Die Grundlage

der Vereinigung ist gegeben. Das sind die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Auf dem Boden dieser Beschlüsse werden sich alle wirklich revolutionären Elemente der Arbeiterklasse Deutschlands zusammenfinden. Die früheren einzelnen unbedeutenden Meinungsverschiedenheiten sollen vergessen sein. Die einzelnen Meinungsverschiedenheiten sollen in den Hintergrund treten vor dem, was Euch alle, die ihr Euch gegenwärtig in den Reihen der linken U. S. P. D., der K. P. D. und der K. A. P. D. befindet, vereinigt.

Die Kommunistische Internationale wendet sich auch an die Arbeiter, die noch in der rechten U. S. P. D. geblieben sind. Den Hauptkern dieser Partei der Unabhängigen bilden die Arbeiteraristokratie, die Arbeiterbürokratie, die bürgerlichen Intellektuellen und das Kleinbürgertum. An diese wenden wir uns nicht mit vorliegendem Schreiben. Im Lager der rechten U. S. P. D. ist aber noch ein Teil der Arbeiter geblieben, die der Demagogie der rechten Führer Gehör geschenkt und an die blöde Fabel geglaubt haben, die Kommunistische Internationale wolle der deutschen Partei ihre Autonomie nehmen, „Moskau“ wolle den Arbeitern anderer Länder gewaltsam seine Anschauungen aufdrängen.

Zu diesen proletarischen Elementen sagen wir: Schüttelt die Lüge und die Demagogie von Euch ab. Schaut nüchtern den Tatsachen in die Augen. Der Vertreter der Kommunistischen Internationale, der auf dem Parteitag in Halle anwesend war, wandte sich an die rechte Fraktion der Unabhängigen mit folgendem Antrag. Er sagte: Für Euch sind die 21 Bedingungen, die der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale aufgestellt hat, unannehmbar. Gut! Sagt uns doch genau und bestimmt, unter welchen anderen Bedingungen für Euch die unverzügliche Aufnahme in die Kommunistische Internationale annehmbar wäre. Dieser Antrag wurde von den Führern der rechten U. S. P. D. abgelehnt. Dieser Antrag fachte die Führer der rechten U. S. P. D. zu einer unerhörten Wut an. Eben deshalb, weil er den Punkt auf das i setzte, weil er die rechten Unabhängigen zwang, das zu sagen, was ist: daß sie ein prinzipieller Abgrund von der III. Internationale trennt, daß sie Gegner der Weltrevolution sind und daß sie weder an die Dik-

tatur des Proletariats, noch an die Eroberung der Sowjetmacht in Deutschland glauben.

Seht, wie die rechten Führer gegenüber der Mehrheit der U. S. P. D. gehandelt haben. Als es sich erwies, daß zwei Drittel des Parteitagcs gegen Crispian und Konsorten waren, erklärten die rechten Führer, die das Spiel verloren hatten, im Namen der rechten Mitglieder der Zentrale die Mehrheit der Partei für außerhalb der Partei stehend.

Mögen sich die Augen des proletarischen Teils der rechten U. S. P. D. öffnen. Mögen sie, so lange es noch nicht zu spät ist, sich von den Verrätern und Renegaten abwenden und in die Reihen der sich bildenden großen Kommunistischen Partei Deutschlands eintreten.

Die Zukunft gehört dieser Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Es lebe die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, die einheitliche Sektion der Kommunistischen Internationale.

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

An alle Arbeiter Luxemburgs.

Die kapitalistische Weltherrschaft steht vor ihrem völligen Zusammenbruch. Die imperialistische Räuberbande hat Europa durch ihren mörderischen Krieg in einen Haufen rauchender Ruinen verwandelt. Die Arbeiter der Länder, die dem blutigen Gemetzel entgangen sind, sind in fürchterliche Armut verfallen. Der Arbeitslohn steht in keinem Verhältnis zu den wachsenden Preisen. Eine kleine Schar Kapitalisten, die durch organisiertes Hinmorden von Werktätigen ungeheure Reichtümer an sich gerissen hat, versucht auf schamlose Weise den darbenden Arbeitern die Schulden aufzubürden. Der Hauptteil der gesamten Bevölkerung der Welt ist zu

Sklaven einzelner Geldkönige geworden. Es bleibt den Arbeitern kein anderer Ausweg aus dieser unerträglichen Lage, als die Weltrevolution. Das Proletariat muß sich gegen seine Bedrücker erheben und ihnen die Macht entreißen. Es muß dem Kriege Krieg erklären. Es muß die Vergewaltigung mit Gewalt brechen. Das Privateigentum der Ausbeuter muß enteignet und den werktätigen Arbeiter- und Bauernmassen, die es geschaffen, übergeben werden. Die Arbeiterschaft Rußlands, die schwächste unter allen, hat als erste den bewaffneten Kampf gegen die Unterdrücker aufgenommen. In ihrem heldenmütigen Drang hat sie im allgemeinen Interesse der Menschheit ungläubliche Opfer gebracht. Sie hat die Macht der Ausbeuter gebrochen. Die Kapitalisten Europas aber sind für ihre Klassengenossen eingetreten. Sie haben den russischen Arbeitern und Bauern Krieg erklärt, denn die Kapitalisten der ganzen Welt sind in der Bekämpfung der Arbeiter einig.

Arbeiter Luxemburgs! Ihr habt diese Wahrheit an Euch selbst erfahren. Der preußische Militarismus hat während des Krieges einen schweren Druck auf Euch ausgeübt. Ihr kennt die Lüge der Pharisäer, die als Endziel des Weltgemetzels den Frieden in aller Welt verkündigt haben.

Ihr wißt es, daß die Reichtümer Eures Landes bereits im Jahre 1917 durch geheime Machenschaften der Ententekapitalisten ausverkauft worden sind. Ihr wißt es, daß nach dem Zusammenbruch des deutschen Militarismus der französische Militarismus Luxemburg mit eisernem Griff erfaßt hat. Das Land ist in eine Kriegskolonie der Entente umgewandelt worden; es wird den Kriegsschauplatz ihrer künftigen Kriege bilden. Ihr habt überdies die Erfahrung gemacht, daß Eure Bourgeoisie bei Eurer Knechtung mit dem internationalen Militarismus solidarisch vorgeht. Die Buben von Versailles haben Euch im Interesse der unsauberen Kapitalisten zu den Wahlurnen gerufen, anstatt Euch das Selbstbestimmungsrecht zu verleihen. Diejenigen unter Euch, die die Intrigen der Volksbetrüger nicht durchschaut haben, müssen sich nochmals davon überzeugen, mit welchem Zynismus die Mietlinge des Kapitalismus die Arbeiterklasse verspotten und was die Interessen der imperialistischen Räuber fordern.

Werktätige Luxemburgs! Gegen die internationale Solidarität der Kapitalisten gibt es nur ein Mittel: internationalen Klassenstand des Proletariats. Jeder ernstliche Versuch der Arbeiter eines Landes, ihre Fesseln zu lösen, wird von der Weltbourgeoisie im Blut ertränkt werden. Die Arbeiter aller Länder müssen sich gemeinschaftlich zu bewaffnetem Kampf gegen die bewaffnete Bourgeoisie erheben. Jeder Tag, jeder Augenblick der Untätigkeit bedeutet einen Verlust für die Arbeiterschaft, Verschlechterung ihrer qualvollen Lage, Verrat gegen die Genossen, die den Kampf um endgültige Befreiung schon aufgenommen haben.

Die Kommunistische Internationale oder der internationale Verband der aufgeklärtesten, klassenbewußtesten und entschlossensten Arbeiter der Welt erscheint als Hauptwaffe im letzten geschichtlichen Zusammenstoß des Weltproletariats mit der Weltbourgeoisie. Er ist die Verkörperung aller revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse.

Die revolutionäre Vorhut der Arbeitermassen aller Länder hat die Notwendigkeit und die wirksame Kraft einer eisernen Vereinigung anerkannt. Sie hat sich zu kommunistischen Parteien zusammengeschlossen, die durch die Kommunistische Internationale zu einem Ganzen vereinigt werden.

Der Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der soeben in Moskau stattgefunden hat, hat haarscharf und genau die Bedingungen präzisiert, unter denen das revolutionäre Proletariat den letzten, entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie antreten muß. Er hat von neuem betont, daß die Arbeiter im gegenwärtigen Zeitpunkt des unmittelbaren Kampfes um die Diktatur mehr denn je einer ausgeprägten revolutionären Partei mit klaren Zielen und einer eisernen Disziplin bedürfen.

Die Sozialdemokratische Partei entspricht im gegebenen Augenblick den Anforderungen nicht, die an eine Partei des revolutionären Proletariats gestellt werden müssen. Sie ist ihrem Programm und ihrer Taktik nach eine reformistische Partei. Parlamentarisches Zusammenarbeiten mit den ausbeuterischen Kapitalisten bildete bisher ihre Haupttätigkeit. Bis jetzt hat sie keinen Versuch gemacht, den unmittelbaren revolutionären Kampf in den Vorder-

grund zu stellen. Als die Arbeiter auf eigene Initiative hin über die Köpfe der Führer hinweg das Parlament, das sie stets getäuscht hatte, in die Luft gesprengt hatten, flohen die sozialdemokratischen Delegierten Torn, Blum, Thilmany, Schaack vor den Arbeitern, deren Kampf sie zu leiten hatten, in die Kellergewölbe zu den bürgerlichen Abgeordneten, um ihr erbärmliches Leben zu retten.

Im Dezember 1919 sagten sich diese Feiglinge auf ihrem Parteitag von der Gemeinschaft mit dem revolutionären Weltproletariat los und verteidigten die bürgerliche Demokratie, d. h. die Diktatur der Ausbeuter. Ungeachtet dieser direkt gegen die Arbeiterklasse gerichteten Tätigkeit behielten Torn, Blum, Thilmany und Schaack auch fernerhin die Möglichkeit, innerhalb der Sozialdemokratischen Partei einen verhängnisvollen Einfluß zum Schaden der Arbeiter und zum Wohl der Ausbeuter auszuüben. Vor kurzem noch waren diese Herrschaften imstande, auf die frechste Weise die Wiederaufnahme ihres Gesinnungsgenossen, des Doktor Welter, eines gewesenen Ministers und grundsatzlosen Politikers, den die Arbeiter selbst zum Rücktritt aus dem Parlament gezwungen hatten, durchzusetzen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale fordert die revolutionäre Linke der Sozialdemokratie auf, mit jenen gegenrevolutionären Elementen und deren Sippschaft zu brechen. Das Exekutivkomitee vertritt den Standpunkt, daß auch in Luxemburg durch das stete Anwachsen des revolutionären Bewußtseins die Grundlage zur Bildung einer wahrhaft revolutionären kommunistischen Partei vorhanden ist. Es ruft die aufgeklärtesten und bewußtesten Arbeiter Luxemburgs zu einer schonungslosen Säuberung ihrer Partei auf dem nächsten Parteitag auf, um den Beschlüssen des Weltkongresses der Kommunistischen Internationale nachzukommen. Insbesondere muß der künftige Parteitag folgendes festsetzen:

1. Unbestrittene Anerkennung der Diktatur des Proletariats und der Bekämpfung der bürgerlichen Diktatur.
2. Unbedingten Anschluß an die III. Internationale.
3. Sofortige Verwirklichung aller vom 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale aufgestellten Aufnahmebedingungen (Entfernung der Opportunisten und der Zentrumspolitiker von den ver-

antwortlichen Posten der Presse, des Parlaments, der Gewerkschaften, Konsumvereine usw.) Organisation eines illegalen Kampfes in Verbindung mit der Ausnutzung des Parlamentarismus, Propaganda in Armee und Dörfern, Bekämpfung der gelben Amsterdamer Internationale und Vereinigung der Gewerkschaften mit der internationalen Zentrale in Moskau, Unterordnung der Presse und der Parlamentsfraktion unter den Zentralausschuß der Partei. Eine zentralisierte Organisation der Partei auf Grund eiserner Disziplin. Die Benennung der Partei: Kommunistische Partei Luxemburgs (Sektion der III. Internationale).

4. Ausschluß der Führer, die sich durch ihre opportunistische oder gegenrevolutionäre Politik zur Leitung eines wahrhaft revolutionären Massenkampfes unfähig erwiesen haben (Torn, Blum, Thilmany und Dr. Welter). Außerdem müssen als tatsächlich ausgeschlossen alle die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gelten, die mündlich, schriftlich oder bei der Abstimmung als Gegner des obigen Programms oder dessen sofortiger Verwirklichung aufgetreten sind.

5. Regelmäßige Säuberung der Partei von den neu hinzugekommenen kleinbürgerlichen Elementen.

6. Anwendung aller nur möglichen Mittel, um die Zustellung und den Transport von Waffen und Truppen, die gegen die proletarische Revolution und die bestehenden proletarischen Regierungen bestimmt sind, zu verhüten.

Arbeiter Luxemburgs! Eure alte Partei ist vom Geist der II. Internationale, die 1914 so kläglich endete, bereits soweit zersetzt, daß Ihr dieses Programm befolgend vielleicht auf dem Parteitag die Minderheit bilden werdet. Diese Möglichkeit darf Euch weder zu Kompromissen, noch zum Schwachwerden verleiten. Diese Forderungen müssen in ihrem ganzen Umfang angenommen werden, wenn die neue kommunistische Partei ihre Aufgabe der proletarischen Weltrevolution gegenüber tatsächlich zu erfüllen gewillt ist. Verwirft der Parteitag unser Programm, so bleibt allen revolutionären Arbeitern, allen ehrlichen Anhängern der III. Internationale nur eine Losung: sofortiger Massenaustritt aus der Sozial-

demokratischen Partei, Organisation einer neuen kommunistischen Partei auf Grund des Programms der III. Internationale.

Proletarier Luxemburgs! Wir geben vollkommen zu, daß der Kampf einer derartigen politischen Partei sich vom gewohnten Politisieren aller früheren Parteien wie Feuer von Wasser unterscheidet. Wir sind uns dessen bewußt, daß unser Kampf schwere, blutige Opfer von uns fordern wird. Je höher aber das Ziel, das wir uns setzen, desto größer muß unsere Anspannung sein. Je entschiedener und heldenmütiger wir kämpfen, desto schleuniger werden wir unsere Aufgabe erfüllen, die in der Erlösung der Menschheit vom Fluch des Krieges und des Kapitalismus und in der Organisation einer neuen Gesellschaft besteht, die allen gleiche Berechtigung zu Leben, Glück und Freude sichern wird.

Es lebe die Kommunistische Partei Luxemburgs!

Es lebe die III. Internationale!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

Moskau, 12. Oktober 1920.

An den Weltkongreß der gelben Gewerkschaftsführer in London.

Offenes Schreiben.

Bürger! Ihr nennt Euren Kongreß Weltkongreß der Gewerkschaften. In der Tat aber wird es ein Kongreß der gelben Führer sein, die die Hauptinteressen der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Gewerkschaften im besonderen auf Schritt und Tritt verraten. Wir wissen es wohl: Ihr werdet sofort ein Geschrei erheben, daß wir Millionen von Arbeitern, die den Gewerkschaften ange-

hören, durch unseren Brief kränken. Schreit soviel Ihr Lust habt. Wir denken nicht im geringsten daran, die Arbeiter, die den Gewerkschaften angehören, zu kränken. Es ist nicht ihre Schuld, vielmehr ihr Unglück, daß es Euch gelben Führern noch immer möglich ist, im Namen der Arbeiterorganisationen zu reden. Es ist uns wohlbekannt, daß es unter den Abermillionen Arbeitern, die Ihr „vertretet“, eine Menge ehrlicher, bewußter Arbeiter gibt, die bloß noch nicht gut genug organisiert sind, um Euch zu verjagen. Doch könnt Ihr versichert sein, daß dieser Augenblick nicht fern ist. Ihr seid ebensowenig Vertreter der 28 Millionen den Gewerkschaften angehörenden Arbeiter, wie die Gaukler, die bürgerlichen Abgeordneten, sagen wir der französischen Abgeordnetenkammer, Vertreter des französischen Volkes sind. Wißt Ihr noch, wie Marx von den bürgerlichen Abgeordneten sprach, die die Volksschichten, im Namen derer sie zu reden versuchen, „nicht vertreten, sondern zertreten“?

Wie habt Ihr während des Krieges gehandelt, Ihr Herren gelben Führer? Ihr seid die schlimmsten Verräter der Arbeiterklasse gewesen. Legien und Konsorten haben die deutschen Arbeiter gegen die französischen gehetzt.

Mit gleichem Zynismus haben Jouhaux und Konsorten die französischen Arbeiter gegen die deutschen gehetzt. Jetzt aber vereinigen sich diese Verräter, vergeben einander die begangenen Sünden und schließen ein Bündnis zur ferneren Täuschung der Arbeiter. Ihr bildet eine geschlossene, aus Verrätern der Arbeitersache bestehende Aktiengesellschaft. Ihr versichert einander gegen Entlarvung bei diesem Verrat. Im gleichen Maße wie die imperialistischen Henker seid Ihr für die Millionen Toter verantwortlich, für die Millionen und Abermillionen von Unglücklichen, für den Hunger und die Kälte, die Armut und die Verwilderung, die der imperialistische Krieg, den Ihr als „großen Befreiungskrieg“ angekündigt habt, im Gefolge hat.

Nach Schluß des imperialistischen Gemetzels habt Ihr die Art, die Arbeiter zu täuschen, ein wenig geändert, Täuschung ist aber wie ehemals Euer Hauptberuf geblieben. Ihr habt den Völk'erbund bei der Gründung des sogenannten internationalen Arbeitsamtes

unterstützt, an dessen Spitze der erprobte Schurke, der „Sozialist“ Albert Thomas steht und sich abmüht, den Arbeitern der ganzen Welt Sand in die Augen zu streuen und ihnen klar zu machen, daß die Bourgeoisie sich um den Arbeiterschutz sorgt. Im innersten Herzen wißt Ihr alle genau, daß das Internationale Arbeitsamt eine bürgerliche Organisation ist, die nur dazu angetan ist, die internationale Arbeiterschaft irrezuführen.

Das imperialistische Gemetzel ist aber nicht spurlos vorübergegangen, es hat den Arbeitern der ganzen Welt die Augen geöffnet. Alle bewußten Proletarier der Welt organisieren sich, um dem Kapitalismus die letzte Schlacht zu liefern und die Gesellschaftsordnung zu vernichten, die jeden Augenblick von neuem zur gegenseitigen Ausrottung der Völker führen kann.

Die klassenbewußten Arbeiter der Welt scharen sich um die Fahne der Kommunistischen Internationale, der Organisation, die geschichtlich dazu ausersehen ist, das Proletariat, das seine Fesseln brechen will, zu führen. Und wie steht Ihr zur Sache? Ihr schmeichelt der Bourgeoisie, Ihr könnt nicht darüber hinwegkommen, daß die Arbeiter eine eigene internationale Kampforganisation gründen, Ihr habt schleunigst der Kommunistischen Internationale den heiligen Krieg erklärt.

Der Kapitalistenlakai, die rechte Hand Hindenburgs, Herr Legien, hat seinen Helfershelfern die Losung gegeben, mit dem Verjagen der Kommunisten aus den deutschen Gewerkschaften zu beginnen und keinesfalls kommunistische Zellen innerhalb dieser Gewerkschaften zu dulden. Die französischen Legien stehen ihren deutschen Gesinnungsgenossen keineswegs nach. Die Herren Jouhaux, Dumoulin und andere französische Börsenagenten stürzen sich wütend auf die Kommunisten. Auf der letzten Konferenz der gelben Gewerkschaftsführer Frankreichs haben Dumoulin und Konsorten beschlossen, den Anhängern der Kommunistischen Internationale, Mitgliedern der französischen Arbeiterkonföderation, den Krieg zu erklären. In England handeln die Sozialverräter ebenso. Die Arbeiterpartei (Labour Party) zählt in ihrer Mitte viele Gewerkschaften Englands. Nun geben Henderson und andere gelbe Führer der Arbeiterbewegung die Losung aus: in die Reihen der

Arbeiterpartei keine Kommunisten zuzulassen, aus den Reihen der Gewerkschaften die kommunistischen Zellen zu vertreiben. Es lohnt sich nicht zu erwähnen, daß Gompers in Amerika und ähnliche gelbe Führer in anderen Ländern genau ebenso handeln. Große und kleine Noske, die sich in den oberen Schichten Deutschlands, Englands, Amerikas und anderer Länder eingebürgert haben, erklären der Vorhut, der zum Angriff gegen die Festen des Kapitals zusammengeschlossenen Arbeiterklasse den Krieg.

Nun, ihr Herren gelben Führer! Wir nehmen den Fehdehandschuh auf. Ihr habt der Kommunistischen Internationale den Krieg erklärt. Möge der Krieg kommen! Die organisierten Arbeiter können durch diesen Kampf nichts weiter verlieren, als die Gewichte an den Füßen, als welche Ihr ihnen erscheint. Kämpfen wir gegen die Kapitalisten, so kämpfen wir auch gegen ihre Agenten, die Ihr seid.

Ihr seid den Arbeitern verhaßt, ebenso wie die imperialistischen Führer. Die bewußten Arbeiter verachten Euch gelbe Führer sogar noch mehr als die Börsenkönige und Kapitalmagnaten. Letztere decken sich wenigstens nicht mit den Losungen des Sozialismus, sie nennen sich wenigstens nicht Führer der Arbeiterklasse, sie stehen uns wenigstens offen als Feinde gegenüber.

Viele unter Euch haben einst der Arbeiterschaft angehört. Manche unter Euch sind mit Arbeitergroschen großgezogen worden. So manche sind unserer Mitte entsprossen. Und vielen unter Euch hat die Arbeiterklasse bis jetzt Vertrauen geschenkt. Ihr habt alles, was der Arbeiterklasse heilig ist, verspottet. Niederträchtig habt Ihr alle Eure Gelübde gebrochen und die Arbeiter gerade in den Jahren verraten, als das Schicksal der Arbeiterklasse entschieden wurde. Ihr seid von den Kapitalisten gedungene „Arbeiteroffiziere“, Ihr seid die gefährlichsten Feinde des Proletariats. Ihr schart eine Handvoll Arbeiteraristokraten um Euch und stellt sie in den Dienst des Kapitals. Das beste, was der Arbeiter sein eigen nennt — Lebenskenntnis, Energie, Beharrlichkeit — all das stellt Ihr in den Dienst des Kapitals, Ihr seid über die starken und schwachen Seiten der Arbeiterklasse wohl unterrichtet und macht sie Euch jedesmal zunutze, wenn es gilt, dem Kapitalisten in einem

schweren Augenblick zu helfen. Ihr seid „etwas“ geworden, um Eure Klasse zu verleugnen. Das Lächeln eines bürgerlichen Ministers, zwei Finger, die Euch ein Börsenkönig reicht, sind Euch mehr wert, als das Vertrauen der Arbeiterklasse. Ihr haltet die proletarische Bewegung der Welt zurück, Ihr versucht das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, Ihr stützt mit aller Macht den Kapitalismus, jedesmal dann, wenn die Arbeiterklasse zum entscheidenden Streich gegen diese auf Blut und Vergewaltigung gegründete Ordnung ausholt.

Ihr seid die Hauptstütze des seine letzten Tage hinschleppenden Kapitalismus. Ihr seid die Kettenhunde des Kapitals, die alle sich der Höhle Eurer Herren Nahenden anfallen. Ihr seid die letzte Barrikade der Bourgeoisie, die der aufständische Arbeiter erstürmen muß, um sich den Weg zu bahnen zum neuen Leben, zum Glück, zu wahrer Freiheit!

Seid dessen gewiß, Ihr Herren gelben Führer, es bleibt Euch nicht viel Zeit zum Herrschen übrig. Die ganze List des sterbenden Kapitals, alle Eure List, ergebene Diener des Kapitalismus, sind vergebens. Die Arbeiter haben die gelben Führer erkannt, die Arbeiter kehren Euch überall den Rücken. Eure gelbe Internationale ist als politische Organisation endgültig untergegangen. Ihr versucht jetzt, auf dem Gewerkschaftsgebiet Vergeltung zu üben. In Amsterdam und in London sucht Ihr die „Internationale“ der Gewerkschaften wieder zu errichten. Wißt es, dieser Euer letzter Versuch wird ebenfalls scheitern.

Die klassenbewußten Arbeiter haben in Moskau einen internationalen Rat der wahrhaft proletarischen roten Gewerkschaften gebildet. Durch Verleumdung und Lüge wird es Euch vielleicht gelingen, die Arbeiter noch eine Weile vom Eintritt in diese wahrhaft proletarische Internationale der roten Gewerkschaften zurückzuhalten. Arbeiterunterdrücker, Arbeiterreaktionäre, die Ihr seid, werdet Ihr nicht lange mehr imstande sein, die Proletarierrmassen zu belügen. Je mehr Ihr gegen die Kommunistische Internationale toben werdet, desto eher werden die Arbeiter Euch hinauswerfen auf den Platz, der Euch zukommt, nämlich den Kehrthausen der Bourgeoisie.

Ihr Herren gelben Führer, die Ihr Euch in London versammelt habt! Fast soviel Beschlüsse als nur immer möglich, erdichtet soviel falsche Manifeste, als es Euch möglich ist, gebt Euch alle Mühe, Euch für wahre Freunde der Arbeiterklasse auszugeben, laßt Euer Gekläff gegen die Kommunistische Internationale immer lauter erschallen! Zwerge! So wenig ein durchlochtes Taschentuch die Sonne zu verdecken vermag, ebensowenig wird es Euren aus Lug und Heuchelei gewobenen Manifesten gelingen, die Kommunistische Internationale zu besiegen. Die Kommunistische Internationale ist die Sonne der Arbeiterklasse. Diese Sonne geht jetzt leuchtend über der ganzen Welt auf und bestrahlt alle unterdrückten und ausgebeuteten und von Euch verratenen und getäuschten Arbeitermassen.

Erfahrt es, Ihr Herren, bald wird sich der Brust der Millionen und Abermillionen Arbeiter, die den Gewerkschaften angehören und die Ihr vertreten wollt, der Schrei entringen: „Nieder mit den gelben Verrätern, nieder mit den Feinden der internationalen Vereinigung der Arbeiter! Es lebe die Kommunistische Internationale!“

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.*

*Sinowjew, Lenin, Bucharin, Radek, Steinhardt, Quelch,
Zschakaja, Bela Kun, Rudnyansky.*

*Der Internationale Gewerkschaftsrat:
Tomski, Losowsky, Rosmer, Schablin, Milkitsch.*

Von der Schriftleitung. Wir wissen nicht, ob vorliegender Brief an sein Ziel gelangt ist. In der gesamten europäischen bürgerlichen Presse aber (die Zeitungen der russischen Weißgardisten im Auslande mit einbegriffen) ist nachstehende Notiz erschienen:

Die westeuropäischen Sozialisten über den Bolschewismus.

Paris, den 27. November (Französisches Informationsbüro):

„Der internationale sozialistische Kongreß in London hat in seiner gestrigen Sitzung die Frage der III. Internationale eingehend erörtert.

Der Kongreß hat den Beschluß gefaßt, gegen die Freveltaten der Bolschewiki Einspruch zu erheben und sie des Rechts, im Namen der internationalen syndikalistischen Organisationen und des russischen Proletariats aufzutreten, verlustig zu erklären. Dieser Beschluß, der dem Kongreß von der Kommission, in deren Namen Dumoulin als Berichterstatter auftrat, vorgeschlagen wurde, wurde mit einer Stimmenmehrheit von 22 Millionen angenommen.“

Mögen die Herren Bourgeois in den „22 Millionen“ und dreißig-

tausend Kurieren Trost finden. Die Arbeiter hassen die Herren Dumoulin, Jouhau, Legien, Henderson und Konsorten je länger, je mehr. Diese Bande ist ebensowenig „Vertreterin“ der 22 Millionen Arbeiter, als Millerand und Konsorten „Vertreter“ des wahren französischen Volks oder der Völkerbund wirklich „Vertreter“ der Völker ist.

Einst stellten die marxistischen Forscher eine Namensliste der zwei- oder dreihundert Großbankiers und anderer Beherrscher des Finanzkapitals auf, die, um die kapitalistische Herrschaft zu stürzen, als erste enteignet werden sollten. Gegenwärtig wäre es am Platz, das Namensregister der zwei- oder dreihundert angesehensten gelben „Führer“ der Arbeiterbewegung aufzustellen, die zu allererst abgesetzt werden müßten, damit die Arbeiterbewegung baldmöglichst ihr Ziel erreicht.

An die Spanische Sozialistische Partei.

Durch Vermittlung Eurer Delegierten, der Genossen de Los Rios und Agnano, haben wir den Beschluß kennen gelernt, den Euer Kongreß im Juni verflossenen Jahres gefaßt hat.

Dieser Beschluß zeugt von der in Eurer Partei herrschenden völligen Unklarheit in den Hauptfragen der Weltarbeiterbewegung, nach der die Taktik einer jeden Partei im gegenwärtigen Augenblick bestimmt werden muß. Diese Fragen sind: Weltrevolution, Diktatur des Proletariats und Sowjetmacht.

Die Weltrevolution wird in Eurem Beschluß mit keinem Wort erwähnt. Ihr erklärt, daß die „Hauptsache“ — und das kann bei der Propaganda nicht stark genug betont werden, um ein wahrhaft sozialistisches Bewußtsein zu wecken — darin besteht „zu beweisen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse unmöglich ist, solange die kapitalistische Ordnung besteht“. Daraus zieht Ihr aber bloß den einen Schluß, daß die Partei, „von der gesetzgeberischen Tätigkeit nichts erwarten kann“ usw. und daß „eine durch und durch revolutionäre Tätigkeit“ erforderlich ist. Ohne den Sinn Eurer letzten Worte zu erklären, gebt Ihr eine Menge weitläufiger Erläuterungen über die Bedeutung, die Ihr der Arbeit der Spanischen Sozialistischen Partei bei der gegenwärtigen Organisierung der bürgerlichen Demokratie beimeßt.

Genossen, diese Reden, die an die absichtlich zweideutigen Orakelsprüche des Altertums erinnern, sind einer proletarischen Partei nicht würdig. Ihr müßt es offen aussprechen, ob Ihr für die proletarische Revolution seid und ob Ihr bereit seid, sie mit Eurer ganzen Kraft zu unterstützen. Ihr erklärt Eure volle Sympathie für die russische Revo-

lution. Ihr weist vollkommen richtig darauf hin, daß ihr Sieg in den Arbeiterklassen der übrigen Länder die Zuversicht zur eigenen Kraft weckt, fügt aber schleunigst hinzu, daß, „die durch den russischen Sieg geweckten Hoffnungen bei gewissen Völkern den Glauben an eine Zaubertaktik hervorgerufen haben, die der Arbeiterklasse zu schnellem Siege verhelfen könne“, und Ihr warnt vor „gefährbringenden“ Enttäuschungen, die diesen „gewissen Völkern“ bevorstehen könnten.

Wollt Ihr die Arbeiterklasse Eures Landes tatsächlich vor „Enttäuschungen“ und Niederlagen bewahren, so müßt Ihr jetzt schon alle zur Ergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse und zur siegreichen Diktatur des Proletariats erforderlichen Bedingungen vorbereiten.

Ihr gebt die Notwendigkeit einer „zeitweiligen Diktatur der Produzenten“ wohl zu; anstatt aber zu sagen, daß die Hauptaufgabe dieser Diktatur darin bestehen wird, die Bourgeoisie schonungslos auszurotten, um den Werktätigen ihre errungenen Stellungen zu sichern, sprecht Ihr auch hier unter Umgehung des revolutionären Wesens der Frage davon, daß eine Sozialisierung nicht nur der Produktionsmittel, sondern auch der äußern Verhältnisse durchgesetzt werden muß und daß es auf diese Weise allen möglich gemacht wird, die höchste Stufe geistiger Entwicklung zu erreichen.

Ueber die Räte schreibt Ihr wie folgt: Die Spanische Sozialistische Partei wird alle Mittel anwenden, um neue Organe — Betriebsräte, Produktionsverbände, Bauerndeputiertenräte, einen Volkswirtschaftsrat — zu schaffen, durch die die mit Hilfe der Berufstechniker zu Administrativorganen vereinigten Produzenten die Vergesellschaftung der Produktion anstreben werden. Was dies alles zu bedeuten hat, waren Eure Delegierten nicht imstande, uns genau anzugeben. Gen. Agnano meint, es handle sich um den Aufbau nach Ergreifung der Macht, Gen. De Los Rios gibt indessen zu, daß man hier eben jene „tiefrevolutionäre Arbeit“, von der Ihr sprecht, im Auge gehabt habe. Sollte das letztere richtig sein, so müssen wir Euch folgendes sagen: der Versuch, derartige Räte zu schaffen, wird entweder einen Bürgerkrieg mit der Bourgeoisie oder aber die Schaffung hinfälliger, bedeutungsloser, den Begriff „Rat“ diskreditierender „Organismen“ ergeben, die wir in unseren Leitsätzen („Wann und unter welchen Verhältnissen sollen Arbeiterräte geschaffen werden“) behandeln.

Da Ihr die Weltrevolution ganz und gar aus dem Auge laßt, so könnt Ihr naturgemäß weder das Gepräge, noch die Bedeutung der Kommunistischen Internationale erfassen; Ihr glaubt, sie sei ein Klub von „Sozialisten“, die den Wunsch haben, einem gemeinschaftlichen Ideal zuzustreben . . . Nein, Genossen, die Kommunistische Internationale ist eine Kampforganisation, ist die Armee des Weltproletariats, das den Kampf an allen Fronten der Weltrevolution führt! Deshalb tut es not,

alle unverlässlichen, schwankenden opportunistischen Elemente aus den Reihen der Internationale zu entfernen. Deshalb müssen die Bestimmungen unserer Kongresse und unserer Exekutive bindend sein für alle Truppenteile der Weltarmee, für alle einzelnen, der III. Internationale angehörenden Parteien.

Wir schlagen Euch anstelle der drei von Euch aufgestellten Bedingungen zum Eintritt in die Kommunistische Internationale die 21 vom II. Kongreß angenommenen vor.

Euren Delegierten haben wir in einem langen freundschaftlichen Gespräch genaue Erklärungen ihrer wichtigsten Paragraphen gegeben. Außerdem beantworten wir auf Bitten der Gen. Agnomo und De Los Rios folgende von ihnen formulierte Fragen schriftlich:

Zu Paragraph 3. Frage: Aus welchen Genossen hat die illegale Organisation zu bestehen? Wer hat diese Organisation zu wählen? Von wem muß der leitende Ausschuß dieser Organisation gewählt werden, und vor wem ist er verantwortlich? Welcher Art soll das Verhältnis zwischen der legalen und illegalen Organisation sein?

Antwort: Die Bedeutung der illegalen Organisation besteht darin, der Partei zu jeder Zeit und allerorten, unabhängig von den Launen der Regierung und der Polizeiverfügungen, die Möglichkeit zu schaffen, in ihrer gesamten Tätigkeit einen folgerichtigen revolutionären Kurs zu verfolgen. Die illegale Organisation bildet einen Bestandteil der allgemeinen Parteiorganisation und ist gleich allen übrigen Bestandteilen der Partei dem Zentralausschuß unterstellt. Besteht im Lande weitgehende politische Freiheit, so wird der illegale Teil eingeschränkt; ist im Gegenteil die Reaktion am Ruder, so hat der Zentralausschuß der Partei sich geheim zu halten. In keinem Fall dürfen die illegalen Parteikräfte eine von der Partei getrennte Organisation bilden.

Zu Paragraph 12. In bezug auf die demokratische Zentralisierung. Ist die Parteimasse oder das einzelne Parteimitglied berechtigt, eine Kontrolle über die Handlungen des Zentralausschusses zwecks Mitwirkung an der Entwicklung der Theorie und Vervollkommnung der Taktik zu üben?

Antwort: Im Prozeß der Prüfung und Besprechung läßt der Grundsatz des demokratischen Zentralismus vollste Freiheit der Kritik zu. Nach gefaßtem Beschluß aber fällt jede Kritik fort, und selbst diejenigen, die den Beschluß bestritten haben, haben sich jetzt zu fügen, damit die Einheitlichkeit der Aktion nicht beeinträchtigt wird.

Zu Paragraph 15. Hat der Vollzugsausschuß, der zur Fassung von Beschlüssen berechtigt ist, diese den internationalen Kongressen zur Bestätigung vorzulegen?

Antwort: Ja.

Die Kommunistische Internationale richtet folgende Worte an die spanischen Arbeiter:

Genossen! Zwingt Eure Führer zur Entscheidung. Laßt die Reformisten in das Lager der gelben, halbbürgerlichen „Internationale“ übertreten. Ihr aber, spanische Arbeiter, stellt Euch, gleich den vorgeschrittenen Arbeitern der gesamten Welt, in die Reihen der III. Kommunistischen Internationale, der internationalen Arbeitergenossenschaft.

Mit Brudergruß

*Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale*

Die Sektionen der Kommunistischen Internationale.

Bericht der Kommunistischen Partei Bulgariens.

Auf der Parteikonferenz im Mai 1919 wurde die Sozialistische Partei Bulgariens (Tesnaki) in Kommunistische Partei Bulgariens umgetauft und trat der III. Internationale bei.

Das Jahr 1919 war ein Jahr schwerer Kämpfe der Partei nicht nur gegen alle einander am Staatsruder abwechselnden linken und rechten bürgerlichen Parteien, sondern auch gegen die „sozialistische“ Partei der „breiten Sozialisten“, die sich in der Person ihrer drei Minister an der Regierung beteiligte.

Die Parlamentswahlen vom 17. August 1919 haben gezeigt, daß die Kommunistische Partei die Vorkämpferin des bulgarischen Proletariats und der Dorfarmut ist und daß sich unter ihrem Banner bedeutende Massen der Arbeitenden organisiert haben. Die später erfolgten Wahlen in die städtischen und Bezirksgemeinderäte (die letzteren während des Kriegszustandes und unter unerhörtem Terror, Zensur, Volksversammlungsverbot usw.) haben den immer wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei, die die Mehrzahl der städtischen Gemeinden besetzt und ungefähr hundert Kommunisten in die Bezirksräte sandte, noch einmal bewiesen.

Der im Dezember 1919 von der Regierung provozierte und bis zum 19. Februar 1920 dauernde Eisenbahner-, Post- und Telegraphenbeamten-

streik verfolgte den Zweck, der Kommunistischen Partei eine entscheidende Schlacht zu liefern, um dann die wachsende revolutionäre Bewegung im Blut zu ertränken. Die Partei ließ sich auf diese Provokation nicht ein, und der Streik trug den friedlichen Charakter eines wirtschaftlichen Kampfes. Es sah aus, als ob die Partei aus diesem Zweikampf materiell etwas geschwächt hervorgegangen sei, infolge der zahlreichen Verhaftungen, Verfolgungen und Hinrichtungen unserer Parteigenossen und besonders auch infolge der massenhaften Ausquartierungen der Familien der streikenden Eisenbahner aus den von ihnen eingenommenen Amtswohnungen usw., aber moralisch war die Partei gestärkt und einiger als zuvor, da die Sympathie der arbeitenden Massen ganz auf ihrer Seite war.

Die Regierungspartei und alle bürgerlichen Parteien, die sie in ihrem wahnwitzigen Feldzuge gegen die streikenden Arbeiter unterstützt haben, haben sich im Gegenteil endgültig in den Augen der Arbeiterklasse kompromittiert. Es wurde den Arbeitern klar, daß die Kommunistische Partei die einzige revolutionäre Kraft im Lande ist. Um ihr gesunkenes Ansehen zu heben, löste die Regierung das Parlament auf und schrieb Neuwahlen für den 28. März 1920 aus. Obgleich diese unter unerhörtem Terror und unter ausschließlich gegen die Kommunisten gerichteten Gewaltmaßnahmen vor sich gingen, sammelten die kommunistischen Losungen doch 182 740 Stimmen, und 50 Kommunisten wurden in das Parlament gewählt (davon wurden 9 von der Regierungsmehrheit ohne jeden gesetzlichen Grund kassiert).

* * *

Die Kommunistische Partei Bulgariens war nie eine „parlamentarische“ Partei; sie erwartete vom Parlament weder die Lösung der brennendsten sozialen Konflikte, noch die vollständige Befreiung der Arbeiterklasse. Im Gegenteil, sie vertrat stets die Auffassung, daß die endgültige Vernichtung der kapitalistischen Ausbeutung nur von den bedrückten Massen selbst, mit der Kommunistischen Partei an der Spitze, durch den direkten revolutionären Kampf gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft und durch die Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparats und seine Ersetzung durch die proletarische Diktatur vollbracht werden kann.

Während des Wahlkampfes entblöbte die Kommunistische Partei Bulgariens vor den Augen der arbeitenden Massen die Unfähigkeit des bürgerlichen Parlaments, dieses Werkzeugs der bürgerlichen Diktatur, die Hauptgegensätze zwischen den Ausgebeuteten und Ausbeutern aus der Welt zu schaffen. Die Partei sprach sich deutlich für die Zerstörung des Parlaments und für die Errichtung von Arbeiter- und Soldatenräten an seiner Stelle aus. Die Mitglieder der kommunistischen Parlamentsfraktion kämpften für dieselben Parolen innerhalb des Parlaments, indem

sie sein Ansehen untergraben. Dasselbe tun auch die Kommunisten in den städtischen und Bezirksräten.

Am 28. Mai 1920 fand in Sofia der II. Kongreß der Kommunistischen Partei Bulgariens statt. Aus dem Bericht des Sekretärs der Partei, des Gen. Kolarow, ist ersichtlich, daß zum 20. Mai 1920 1259 Organisationen und Gruppen mit 38 633 Mitgliedern zur Partei gehörten. Außerdem stehen in organisatorischem Zusammenhang mit der Partei: 1. Der Allgemeine Verband der Arbeitergewerkschaften, der 13 gewerkschaftliche Organisationen mit 31 706 Mitgliedern umfaßt. Die Totaleinnahme der Gewerkschaften betrug 2 036 848 Fr. 85 Cent.; Mitgliedsbeiträge — 462 307 Fr., Totalausgaben — 1 751 526 Fr. 85 Cent., davon an Streikunterstützungen — 1 271 230 Fr. 58 Cent. und an Unterstützungen für Kranke und Arbeitslose — 57 301 Fr. 40 Cent. Im Jahre 1919 leitete der Verband ca. 130 Streiks mit 60 000 Streikenden. 2. Die kommunistische Lehrerorganisation mit 83 Gruppen und 1889 Mitgliedern. Totaleinnahme — 126 637 Fr. 25 Cent., Ausgaben — 112 534 Fr. 85 Cent. Preßorgan — „Utschitelskaja Iskra“ mit 4300 Abonnenten. 3. Die Zentral-Frauenkommission mit 48 Gruppen und 3756 Mitgliedern. Einnahmen — 15 199 Fr. 52 Cent., Ausgaben — 14 780 Fr. 4. Die kommunistische Organisation der Staats-, Bezirks- und städtischen Beamten mit 47 Gruppen und 1420 Mitgliedern. Einnahmen — 50 951 Fr., Ausgaben — 844 Fr. 85 Cent. Organ — „Slushaschtschi“ mit 2500 Abonnenten. 5. Die kommunistische Ingenieurgruppe mit 20 Mitgliedern. Einnahme — 2386 Fr., Ausgaben — 932 Fr. 60 Cent. 6. Die kommunistische Studentengruppe Namens Wladimir Iljitsch Lenin mit 88 Mitgliedern. Einnahmen — 1196 Fr. 50 Cent. Ausgaben — 670 Fr. 7. Die Zentrale migrantenkommission, gegründet im April 1920. 8. Der kommunistische Jugendbund mit 65 Gruppen und 2630 Mitgliedern und 9. die kommunistische Invalidenorganisation, gegründet am 18. März 1919 mit 29 Gruppen und 1183 Mitgliedern. Einnahmen — 5241 Fr., Ausgaben — 3932 Fr. Preßorgan „Inwalid-Boretz“ mit 2018 Abonnenten.

* * *

Alle Beschlüsse des Zentralkomitees sind stets einstimmig angenommen worden. Veröffentlicht sind: 25 Rundschreiben, 13 Aufrufe in 240 000 Exemplaren, 7 Flugblätter in 154 000 Exemplaren und 4 Manifeste und Deklarationen in 115 000 Exemplaren. Das Zentralkomitee hat eine Kon-

ferenz der Sekretäre und Organisatoren der Bezirksorganisationen einberufen, die ein Reglement („Prawilnik“) für die Tätigkeit der Bezirkskomitees ausgearbeitet hat, und eine Konferenz der jüdischen kommunistischen Gruppen zur Behandlung der Frage der Agitation und Propaganda unter dem jüdischen Proletariat.

Vorsitzender der Parlamentsfraktion ist die Genossin A. Blagowa. Sie hat eine Reihe Fragen, Proteste und Interpellationen anlässlich der Willkür der Behörden und anderer Punkte eingebracht, außerdem ein Gesetzprojekt für die Amnestie aller für Beteiligung an Demonstrationen und am Streik verurteilten Eisenbahner und Staatsbeamten.

Die Kommunalverwaltungen und Bezirksräte. In den Städten Schumla, Plewna, Ruschtschuk, Warna, Burgas, Sliwna, Samokow u. a. gehört die Mehrheit in den Räten den Kommunisten, die eine unabhängige kommunistische Politik durchführen, indem sie einerseits den Konflikt zwischen der Bourgeoisie und den ausgebeuteten Massen und andererseits zwischen der Zentralregierung und der Kommunistischen Partei verschärfen. Dank dieser Taktik entbrennt der Kampf zwischen den beiden Lagern immer heftiger und verschärft die Klassengegensätze.

Bezirkskomitees. Das sind neue, erst in diesem Jahre geschaffene Organe. Die zentrale Führung der ganzen Parteiarbeit wurde immer schwerer infolge des Wachsens der Partei, und es entstanden daher diese Bezirkskomitees als Hilfsorgane für das Zentralkomitee. Sie organisieren Bezirks-, Distrikts- und regionale Konferenzen und leiten durch ihre Bezirksorganisatoren die kleineren städtischen Organisationen und die Parteigruppen auf dem flachen Lande.

Die Tätigkeit der Partei. Die Organisationen und Gruppen veranstalteten 7864 Organisationsversammlungen, 4870 öffentliche Versammlungen, Manifestationen, Demonstrationen, an denen sich 2 249 392 Personen beteiligten. Am 27. Juli 1919 trat die Partei mit den kommunistischen Parolen und mit einem allgemeinen Protest gegen die konterrevolutionäre Politik der Regierung auf. Die „linke“ Regierung und besonders der Minister des Inneren, der „Sozialist“ Pastuchow, antworteten mit grausamen Repressivmaßnahmen, die noch einmal den Beweis der tödlichen Angst lieferten, die die Bourgeoisie jedesmal empfindet, wenn sie der Entrüstung der ausgebeuteten Massen gegenübersteht. In Sofia, Plowdiwa und einigen anderen Städten sind die Demonstrationen nicht ganz gelungen, aber in den übrigen Städten und vielen Dörfern waren sie trotz des Belagerungszustandes und trotz des verstärkten Terrors ziemlich imponierend. Die Behörden organisierten blutige Ueberfälle in Widdina, Nowaja-Zagora (7 Verwundete) und in der Umgebung der Stadt Ferdinand, und fast in allen Städten nahm die „sozialistische“ Polizei von Schlägereien begleitete Massenverhaftungen vor. Anlässlich dieses Vorfalles erließ der „Sozialist“ Pastuchow, der Minister des Innern, sein

berühmtes Zirkular gegen die Kommunistische Partei und die kämpfenden Arbeitermassen — den schändlichen Befehl zur Konfiskation der kommunistischen Aufrufe und Flugschriften; er vereinigte alle bürgerlichen Parteien zum gemeinschaftlichen Widerstand gegen die Kommunisten, schuf die bürgerliche weiße Garde und verwandelte die Mitglieder der breiten sozialistischen Partei in Polizeispitzel. Am 28. September desselben Jahres organisierte die Partei anlässlich der Parlamentseröffnung im ganzen Lande Massenversammlungen als Protest gegen die konterrevolutionäre Hunger- und Gewaltpolitik der Regierung. Am 30. September organisierte die Partei anlässlich der Ueberreichung des Friedensvertrages im ganzen Lande wiederum große Massenversammlungen und Demonstrationen. Am 21. Dezember veranstaltete die Partei im ganzen Lande eine Protestkundgebung gegen die Tätigkeit der russischen Konterrevolutionäre in Bulgarien und die ihnen von der bulgarischen Bourgeoisie und Regierung gewährte Unterstützung. In Sofia warf die Regierung nach Beendigung der Demonstration eine Bombe unter die auseinandergehenden Demonstranten, wobei ein Arbeiter getötet und einige Männer und Frauen verwundet wurden.

Am 24. Dezember sollte das Parlament seine Tagungen wieder aufnehmen. Das ganze Land hungerte buchstäblich. Die Staatsbeamten und -angestellten waren entrüstet und bereiteten eine Protestaktion vor. Wie immer stellte sich die Kommunistische Partei an die Spitze dieser Bewegung und bemühte sich, ihr einen internationalen Charakter zu verleihen. Zu diesem Zweck beschloß das Zentralkomitee, an dem Tage im ganzen Lande Protestversammlungen und Demonstrationen zu veranstalten. Die „agrarische“ Regierung nutzte das Zirkular des früheren „sozialistischen“ Ministers aus und schuf ihre gelbe Garde, die sie gegen die hungernden und protestierenden Massen bewaffnete und ausschickte. In Sofia fanden die Demonstrationen außerhalb der Stadt statt, als Antwort darauf besetzte und schloß die Polizei die Parteilokale und verhaftete viele Genossen. In der Provinz fanden trotz des Verbots der Behörden in den meisten Städten blutige Demonstrationen statt. Die Truppen schossen. Es gab Tote und Verwundete in den Städten Staraja-Zagora, Dubnizza, Bazardshik, Chaskioja, Nowaja-Zagora, Tschirpan, Loma, Plewna u. a. Für die Beteiligung an den Demonstrationen entließ die Regierung viele Staats- und Gemeindebeamten und rief dadurch den fast 54 Tage dauernden Eisenbahner-, Post- und Telegraphenbeamtenstreik hervor. Die Partei half den Eisenbahnern mit allen Mitteln, organisierte einen politisch-^{en} Massenstreik und gewährte den Streikenden eine bedeutende materielle Unterstützung. Die gelbe Regierungsgarde bemühte sich, einen Massenmord der tätigen Genossen der Partei und der Gewerkschaften zu organisieren, tötete einen unserer Genossen in Dupnitsy und zertrümmerte die Parteilokale in Pernik und Burgas, wohin sie, ebenso

wie nach Gabrowo und Kojali, Strafexpeditionen sandte. Die streikenden Eisenbahner und Postbeamten wurden ungesetzlich mobilisiert und zwangsweise kaserniert. Die Mehrheit stellte sich nicht und wurde von den Feldgerichten für Fahnenflucht verurteilt. Die Lehren dieses großen Kampfes sind sehr wesentlich. Sie zeigten uns die Stärke und Schwäche unserer Bewegung. Die Erkenntnis der Fehler ist ein Unterpfand dafür, daß sie sich künftig nicht wiederholen werden.

Der erste Mai 1920 wurde durch Masseneinstellung der Arbeit in allen Unternehmen und durch große Demonstrationen im ganzen Lande gefeiert.

Presse: a) „Rabotschi Westnik“, das tägliche Organ des Zentralkomitees der Partei, wurde mehrmals von der Militärzensur verboten. Die Auflage schwebt zwischen 25 500 und 35 500 Exemplaren. Eine größere Auflage ist wegen Papiermangels nicht möglich. b) „Nowoje Wremja“, ein zweiwöchentliches theoretisches Parteiorgan, 23 Jahre lang von Gen. D. Blagojew herausgegeben, mit 6600 Abonnenten. c) „Krasny Smech“, humoristische Wochenschrift mit einer Auflage von 6000 Exemplaren. d) „Selski Westnik“, Organ der kommunistischen Propaganda auf dem flachen Lande mit einer Auflage von 8010 Exemplaren. e) „Parteikorrespondent“, geht nicht durch die Zensur und wird nur unter Parteigenossen und Führern verbreitet. f) „Drugartsche“, eine monatliche Kinderzeitschrift. g) „Biblioteka Drugartsche“, Monatsausgabe für die proletarische Jugend. Die Auflage dieser zwei Zeitschriften beträgt 20 000 Exemplare. „Rawenstwo“, kommunistische Frauenzeitung, erscheint in 6250 Exemplaren. i) „Molodaja Prawda“, Organ der kommunistischen Jugend, erscheint in 5100 Exemplaren. k) „Oswoboshdenie“, Organ der kommunistischen Propaganda unter den Emigranten Mazedoniens, Thraziens und der Dobrudscha, hat 500 Abonnenten. Außerdem erscheinen von den Bezirkskomitees herausgegebene Lokalzeitungen.

Bücher und Flugschriften. Im Jahre 1919 erschienen 35 Bücher und Flugschriften in 562 100 Exemplaren und in türkischer Sprache die verkürzte Ausgabe des Parteiprogramms in 5000 Exemplaren. Einige der herausgegebenen Arbeiten haben einen großen wissenschaftlichen Wert.

Finanzen. Im Jahre 1919 betragen die Einnahmen der Organisationskasse 2 217 424 Fr. 30 Cent. Ausbezahlt wurden 474 480 Fr. 80 Cent., bleiben also 742 933 Fr. 50 Cent. Diese Summe wurde jedoch für Unterstützungen an die streikenden Eisenbahner verausgabt, und alle Organisationen haben große Schulden. Obgleich die Mitgliedsbeiträge erhöht worden sind, werden sie natürlich die Schulden nicht decken können.

Zentralkasse. Einnahmen — 497 220 Fr. 60 Cent., Ausgaben — 558 732 Fr. 09 Cent., Defizit — 61 511 Fr. 49 Cent.

Internationale Verbindungen. Angesichts der großen Be-

deutung der Verbindung mit der III. Internationale und mit anderen kommunistischen Parteien hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens beschlossen, daß jedes Mitglied außerdem noch einen Franc für die Unterhaltung dieser internationalen Beziehungen einzahlen soll. Bis jetzt brachte diese Einnahme 7304 Fr. 80 Cent.

Fonds. a) Agitation und Propaganda: Einnahmen — 185 363 Fr. 25 Cent., Ausgaben — 187 305 Fr. 34 Cent., Defizit — 1943 Fr. 09 Cent. b) Hilfe für die Opfer der kapitalistischen Diktatur: Einnahmen — 55 988 Fr. 75 Cent., Ausgaben — 56 095 Fr., Defizit — 1009 Fr. 75 Cent. c) Wahlfonds: Einnahmen — 54 225 Fr. 05 Cent., Ausgaben — 83 600 Fr., Defizit — 28 774 Fr. 95 Cent. d) „Rabotschi Westnik“: Einnahmen — 329 211 Fr. 58 Cent., Ausgaben — 37 353 Fr. 30 Cent., Aktivbestand — 291 858 Fr. 28 Cent. e) Frauenliteratur: Einnahmen — 10 800 Fr. f) Volkshaus: Einnahmen — 38 467 Fr. 62 Cent.

Organisation und Disziplin. Die Partei ist ungeheuer schnell gewachsen und steht jetzt vor der Lösung ihrer geschichtlichen Mission — der Organisation und Leitung der proletarischen Revolution zur Errichtung der neuen Arbeiter- und Bauernmacht. Im vergangenen Jahre wurde die Bezirksorganisation geschaffen und ein Reglement für sie ausgearbeitet. Der grundlegende Gedanke dieses Reglements besteht darin, daß die Kommunistische Partei eine zentralistisch geleitete Organisation ist und daß die Bezirkskomitees nur Hilfsorgane dieses Parteizentrums darstellen. Zur Stärkung der Verbindung der Partei mit den breiten Arbeitermassen veranlaßte das Zentralkomitee die größeren städtischen Organisationen, in allen Fabriken und Betrieben kommunistische Parteien zu gründen.

Die geschichtliche Aufgabe der Kommunistischen Partei besteht darin, sich nach der Revolution an die Spitze des kommunistischen Aufbaus zu stellen. Sie bereitet sich schon jetzt zu dieser wichtigen Mission vor, indem sie die schaffenden und organisatorischen Kräfte auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens vereinigt und sie zu dieser vorbereitenden Tätigkeit anhält. Die Partei bemüht sich, kommunistische Gruppen auch unter den Ingenieuren, Technikern, Aerzten, Pädagogen, Schriftstellern, Künstlern usw. zu gründen, die die Probleme des wirtschaftlichen und sozialistischen Aufbaus studieren und bearbeiten sollen. Die von der Kommunistischen Partei gegründeten Arbeitergenossenschaften „Oswoboshdenie“ werden bei der zukünftigen Umwälzung des wirtschaftlichen Lebens eine große Bedeutung haben. Obgleich sie gegenwärtig nur eine unbedeutende proletarische Organisation mit geringen Mitteln darstellen, die zur Erleichterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und zu ihrer Unterstützung im Klassenkampfe gesammelt wurden, zählen die Genossenschaften 13 560 Mitglieder und ver-

fügen über Anteilscheine in der Höhe von 1 660 250 Fr. bei einem Reservefonds von 140 104 Fr.

Die Stärke jeder Kampforganisation beruht auf der Disziplin ihrer Mitglieder. In der gegenwärtigen revolutionären Epoche droht der kommunistischen Partei die Zersetzung, wenn sie nicht imstande ist, eine eiserne revolutionäre Disziplin bei sich einzuführen. Neben der Parteidisziplin ist auch die Parteikontrolle notwendig.

Der Terror der bürgerlichen Regierung. Im Jahre 1919 wurden von der bürgerlichen Justiz für verschiedene Verbrechen, wie Hochverrat, bewaffneter Widerstand, Ueberschreiten der bürgerlichen Gesetze usw. 85 Genossen zusammen zu 139 Jahren 8 Monaten Gefängnis unter Entziehung aller bürgerlichen und politischen Rechte verurteilt, darunter unter anderen 2 kommunistische Abgeordnete: Stephan Dmitrow zu 12 Jahren und Temelko Nenkov (Grubenarbeiter) zu 2 Jahren Gefängnishaft. Gegen viele Genossen ist wegen ähnlicher Verbrechen ein gesetzliches Verfahren eingeleitet worden; sie sind gegen eine Kaution von insgesamt 2 000 000 Fr. bis zur Untersuchung freigelassen. Die Mitglieder des Zentralkomitees erlitten Verfolgungen wegen des von ihnen am 15. Dezember 1919 erlassenen Aufrufs, in dem sie die Beteiligung der bulgarischen Regierung an der Tätigkeit der russischen Gegenrevolutionäre enthüllten; sie wurden jedoch gegen eine Kaution von 800 000 Fr., die von dem Proletariat der Stadt Sofia innerhalb zweier Tage gesammelt und bezahlt wurde, in Freiheit gesetzt.

Das Zentralkomitee der Partei hat seine Verbindungen mit der Exekutive der Kommunistischen Internationale ebenso wie mit ihren Sekretariaten im westlichen und südöstlichen Europa gefestigt. Durch seine Vertreter beteiligte es sich an zwei internationalen kommunistischen Konferenzen. Mit den balkanischen Bruderparteien Südslawiens, Griechenlands und Rumäniens sind die Beziehungen wieder aufgenommen worden. Die Kommunistische Balkanföderation wurde gegründet, der bis jetzt offiziell nur die rumänische Partei nicht beigetreten ist, obgleich auch sie ihre vorläufige Einwilligung gegeben hat. Das Zentralkomitee hat 10 000 Fr. für die Opfer des weißen Terrors in Ungarn abgeliefert.

Auf dem Parteitag verlas Gen. Chr. Kabaktschijew nach dem Bericht des Sekretärs ein Referat über die äußere und innere Lage. Es wurde eine Resolution im Sinne der Beschlüsse der III. Internationale angenommen über die Unvermeidlichkeit und den baldigen Ausbruch der sozialen Revolution im Westen. Gen. T. Lukanow erstattete Bericht über die Politik der Partei in den Bezirks- und Stadträten. Die hierzu angenommene Resolution bestätigt wiederum die Auffassung der Partei, daß die Kommunisten in diese Organe gehen sollen, um dort die kommunistischen Ideen zu propagieren und die arbeitenden Massen für ihren

Kampf um die endgültige Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft aufzuklären und zu organisieren.

Der Parteitag billigte einmütig die Tätigkeit des Zentralkomitees und wählte wieder dieselben Mitglieder: D. Blagojew, W. Kolarow, Chr. Kabaktschijew, G. Dimitrow, T. Lukanow, N. Penew und an Stelle des verstorbenen Genossen G. Kirkow seine Frau Tina Kirkow, die Leiterin der kommunistischen Frauenbewegung, eine seit 20 Jahren in der Partei stehende erfahrene Genossin.

Die Konferenz schloß mit der feierlichen Rede eines alten Revolutionssoldaten, des Genossen D. Blagojew, der erklärte, trotz seines hohen Alters noch genug Kraft und Enthusiasmus für den Kampf in sich zu fühlen, um den Triumph der sozialen Revolution zu erleben.

Obige Notizen sollten dazu beitragen, wenn auch in gedrängter Form, den Genossen, Delegierten des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale und auch ihrer Exekutive ein Bild von dem Leben und der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Bulgariens und ihren Aussichten für die Zukunft zu geben.

N. Schablin.

Moskau, 12. Juli 1920.

Bericht über die Tätigkeit der Vereinigten Kommunistischen Partei Amerikas.

In einem der früheren Berichte haben wir die Umstände geschildert, unter denen sich die Vereinigung der Kommunistischen Partei vollzogen hat. Dieser Vereinigten Partei sind die früheren Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei und ungefähr 60 Prozent der Mitglieder der Kommunistischen Partei Amerikas beigetreten. Der gegenwärtige Bericht gibt ein Bild der Parteiarbeit, die während dreieinhalb Monaten seit dem Augenblick der Vereinigung geleistet worden ist.

Die Kräfte der Partei.

Die Zahl der Delegierten, die an der Vereinigten Konferenz teilgenommen haben, betrug laut genauer Zählung 10 644 Mitglieder. Ca. 40 Prozent der Wahlteilnehmer gehörten zur früheren Kommunistischen Arbeiterpartei und ungefähr 60 Prozent — zur Kommunistischen Partei Amerikas. Die Aufgabe des Zentralvollzugsausschusses bestand darin, alle

genannten Mitglieder in einer Organisation zu vereinigen. Der ganze Juni und ein Teil des Juli waren der Verwirklichung dieser Aufgabe gewidmet. Obgleich diese Organisationsarbeit während der ersten sechs Wochen nach einem streng ausgearbeiteten Plane in erhöhtem Tempo vor sich ging und obgleich die neue Partei schon zu einer aktiven revolutionären Tätigkeit in bestimmter Richtung fähig war, ist es doch bis jetzt noch nicht gelungen, die Aufgabe der Heranziehung aller derjenigen Elemente zu lösen, deren Vertreter an der Konferenz teilgenommen haben. Die volle Mitgliederzahl der neuen Partei beträgt augenblicklich laut den offiziellen Angaben ungefähr 7000.

Aber diese Zahl wächst mit jedem Tage. Der Partei strömen die Mitglieder der früheren Sozialistischen Partei zu, die sich infolge der im vergangenen Jahre erfolgten Spaltung, welche die Gründung von zwei neuen sozialistischen Parteien nach sich zog, und infolge der Massenverhaftungen und Repressivmaßregeln des vergangenen Januar von ihr lostgelöst hatten. Das alles trägt dazu bei, daß die Partei in diesem Jahre großen Erfolg hat. Sie hat die von der Kommunistischen Partei Amerikas während der Januarverfolgungen abgefallene frühere Ungarische Föderation der Kommunistischen Partei Amerikas zu einer Sektion der Vereinigten Kommunistischen Partei umgestaltet. Ihr Einfluß gewinnt immer festeren Boden unter den schwedischen Arbeitern, die seit der Spaltung in der Sozialistischen Partei eine selbständige Sektion bildeten. Auch betreibt sie eine energische Organisationsarbeit unter den Mitgliedern der Finnischen Föderation, die nach der Spaltung aus der Sozialistischen Partei austrat, einige Zeit selbständig war und dann wieder der Sozialistischen Partei beitrug, in der sie einen zum Teil aus kommunistischen Elementen bestehenden linken Flügel bildete. Die Finnische Föderation war mehrere Jahre lang die größte Gruppe. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Föderation wieder ganz aus der Sozialistischen Partei austreten, sodaß es möglich sein wird, Tausende ihrer Mitglieder für die Vereinigte Kommunistische Partei zu gewinnen.

Ein gewisser Erfolg ist auch erzielt worden durch die Heranziehung der amerikanischen Elemente der früheren Sozialistischen Partei, vorwiegend derjenigen, die während der Repressionsperiode beide Parteien verlassen hatten. Auch ist es gelungen, neue Elemente aus der Mitte der Arbeitermassen Amerikas auf unsere Seite zu ziehen. Aber diese Arbeit geht sehr langsam vorwärts, hauptsächlich deswegen, weil es schwer ist, die tief bei den amerikanischen Arbeitern eingewurzelte Illusion über die „demokratischen Einrichtungen“ ihres Landes auszurotten, die sie verhindert, die Notwendigkeit einer illegalen politischen Tätigkeit einzusehen.

Wenn es uns bis ans Ende des Jahres gelungen sein wird, den Bestand unserer Partei bis auf 10 000 tätige, gut organisierte und zum entscheidenden revolutionären Kampfe fähige Mitglieder zu vergrößern, so

werden wir sagen können, daß unsere Erwartungen in Erfüllung gegangen sind.

Agitation und Propaganda.

In den Vereinigten Staaten, wo die Arbeiter verschiedene Sprachen sprechen und schreiben, stößt die Agitation und Propaganda natürlich auf ungeheure Schwierigkeiten. Es genügt darauf hinzuweisen, daß das von uns verbreitete Programm bisher in den folgenden 16 Sprachen erschienen ist: armenisch, englisch, estnisch, finnisch, deutsch, ungarisch, jüdisch, südslawisch (kroatisch), italienisch, lettisch, litauisch, polnisch, russisch, schwedisch, spanisch und ukrainisch.

Unser offizielles Organ „Kommunist“ erschien einmal in allen diesen 16 Sprachen; gewöhnlich aber erscheint es zweimal monatlich in englischer, ungarischer, polnischer und russischer Sprache, einmal monatlich in deutscher, jüdischer und südslawischer (kroatischer) Sprache.

Als Anhang zu dem illegalen offiziösen Parteiorgan erscheinen legal ein englisches und ein estnisches Wochenblatt. Außerdem geben wir eine zweimal im Monat erscheinende legale jüdische Zeitung heraus.

In dem kritischen Moment der Offensive der Roten Armee gegen das von den Verbündeten unterstützte Polen haben wir zwei Proklamationen verbreitet, in denen wir die amerikanischen Arbeiter aufforderten, Sowjetrußland zu Hilfe zu kommen und sich nicht an der Herstellung von Kriegsmunition zu beteiligen. In einigen Bezirken wurden Versammlungen unter der Fahne der legalen Organisationen abgehalten. Die auf denselben angenommenen Resolutionen wurden an unsere Parteigenossen zur Verbreitung in den Gewerkschaften geschickt, zu deren Mitgliedern sie gehörten.

Auch veröffentlichten wir eine Reihe Flugschriften in der Frage des Streiks und des Wahlkampfes, darunter eine Flugschrift gegen die aus den gesetzgebenden Organen New-Yorks vertriebenen Sozialisten, die sich durch schändlichen Betrug in den Augen der Arbeiter zu rechtfertigen suchten. Da die Partei nicht die Möglichkeit hatte, in dem letzten Wahlkampf ihre Kandidaten aufzustellen, verfolgte sie die Politik des Boykotts der Wahlen.

Gegenwärtig bereiten wir den Druck von Gen. Lenins „Staat und Revolution“ vor, das bis jetzt noch nicht in englischer Sprache erschienen und den amerikanischen Arbeitern unzugänglich ist. Außerdem erschien in unserer offiziellen Auflage die Rede Gen. Sinowjews „Biographie Gen. Lenins“.

Um unsere Mitglieder mit den Grundlagen des Kommunismus vertraut zu machen, haben wir Kurse mit einem weiten Programm organisiert, und

wir hoffen, daß es uns gelingen wird, aus den begabtesten Arbeitern ein gutes Kampfkader zu schaffen.

Organisation der Industriearbeiter.

Bis zur Gründung der Vereinigten Kommunistischen Partei übte die Arbeiterbewegung in Amerika keinen bedeutenden Einfluß auf die Massen aus. Während der Periode, in der die Interessen der Arbeiterklasse durch die Kommunistische Arbeiterpartei und die Kommunistische Partei Amerikas vertreten wurden, beschränkte sich die Tätigkeit dieser Organisationen auf eine nicht tief in die Arbeitermassen eindringende Agitation; die Parteien kamen nicht in unmittelbare Berührung mit den Arbeitern in den Fabriken und waren nicht stark genug, um unter ihnen eine scharf umgrenzte revolutionäre Tätigkeit zu entfalten. Die Vereinigte Kommunistische Partei hat diese Aufgabe in die Hand genommen und ein Programm für die Tätigkeit der Agitationsgruppen in den Gewerkschaften und Fabriken ausgearbeitet. Diese Gruppen werden von den aus Partei wie aus parteilosen Arbeitern bestehenden Fabrikkomitees gegründet werden. Wir haben diese Arbeit energisch angefaßt und sind der Auffassung, daß die Realisierung dieses Programms eine der Lebensbedingungen unserer Organisation ist. Die Agitation in dieser Richtung ist die wichtigste Aufgabe unserer legalen periodischen Presse.

Gerichtliche Verfolgungen.

Die Hunderte von Urteilen, die die Folge der Januarunruhen waren, sind bis jetzt noch nicht ausgeführt, und viele der Parteigenossen erwarten die Gerichtsverhandlung, die ihnen mit Verbannung droht.

Unlängst wurden zwei Mitglieder unseres Exekutivkomitees mit 18 anderen Genossen einer „Verschwörung“ gegen die Regierung beschuldigt. Zwei sind geflohen und werden jetzt von den Behörden gesucht; dessenungeachtet tun sie ihre Parteiarbeit. Ein bedeutender Teil der von der Partei gesammelten Summe wird für ihre materielle Unterstützung und für die Organisation der Verteidigung verwendet. Drei Parteigenossen, James Larkin, Benjamin Gitlow und Harry Winnitzki, sind für aktive Beteiligung an der Arbeiterbewegung zu 5 bis 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Industriearbeiter der Welt (I. W. W.)

Der Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die I. W. W. hatte seine Wirkung auf das Verhalten dieser Organisation zur Vereinigten Kommunistischen Partei: es wurde weniger feindselig, obwohl theoretisch die Organisation noch immer auf ihrem früheren

Standpunkt steht. „One Big Union Monthly“ und „Solidarity“, die offiziellen Wochen- und Monatsschriften der I. W. W., veröffentlichten diesen Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale, der außerdem auch in fremden Sprachen in einigen der Druckschriften der I. W. W. erschien. Aber das geschah, nachdem die Vereinigte Kommunistische Partei den Aufruf in ihren offiziellen Organen veröffentlicht und in Flugblättern unter den Mitgliedern der I. W. W. verbreitet hatte. Unter den Führern der I. W. W. bildet sich allmählich eine Gruppe, die sich der Vereinigten Kommunistischen Partei anschließt, und augenblicklich wird die Frage der Möglichkeit der Einberufung einer Konferenz aus den Vertretern der beiden Exekutivkomitees behandelt.

Kommunistische Einigkeit.

Eine Fraktion der früheren Kommunistischen Partei Amerikas steht bis jetzt außerhalb der Vereinigten Kommunistischen Partei. Diese Fraktion besteht vorwiegend aus der litauischen Föderation und aus Teilen der ukrainischen, lettischen und russischen Föderationen.

Die Propaganda der heutigen Kommunistischen Partei Amerikas beschränkt sich wesentlich auf die Kritik einzelner Mitglieder der Vereinigten Kommunistischen Partei; im Lauf der Debatten ist es gelungen, folgende Meinungsverschiedenheiten in den taktischen Fragen festzustellen:

1. Die Kommunistische Partei Amerikas behauptet, daß nur die kommunistischen Elemente unter den Industriearbeitern als Basis für die Bildung der Sowjets angesehen werden können; dagegen sagt die Vereinigte Kommunistische Partei, daß die Sowjets durch die ebenso aus Parteimitgliedern wie aus parteilosen Arbeitern bestehenden Fabrikkomitees geschaffen werden müssen, in denen die Parteielemente nur einzelne Zellen bilden.

2. Die Kommunistische Partei Amerikas ist gegen die Behauptung, daß die illegale Arbeit an sich wünschenswert sei und wirft der Vereinigten Kommunistischen Partei vor, daß sie nur nebenbei eine legale Tätigkeit entwickle und ihre Hauptaufmerksamkeit der illegalen Arbeit widme.

3. Die Kommunistische Partei Amerikas verhält sich ablehnend zu unserer Parteipolitik. Sie behauptet, daß wir, indem wir freundschaftliche Beziehungen zu den I. W. W. auf der Basis des Kommunismus anstreben, eine Spaltung in den Föderationen der amerikanischen Arbeiter hervorrufen. Die Partei ist der Ansicht, daß es jetzt schon zu spät sei, zu versuchen, alle revolutionären Elemente, die I. W. W. inbegriffen, in einer revolutionären Gewerkschaft zu vereinigen.

4. In bezug auf den bewaffneten Aufstand besteht die Politik der Vereinigten Kommunistischen Partei in dem systematischen und nachdrück-

lichen Bemühen, die Arbeiter an den Gedanken zu gewöhnen, daß es notwendig sein wird, in der letzten revolutionären Schlacht mit den Waffen in der Hand aufzutreten; die Kommunistische Partei Amerikas hingegen hält es für einen Beweis ihres „revolutionären“ Charakters, bei jeder Gelegenheit von der Notwendigkeit der Anwendung bewaffneter Gewalt zu schreien. So z. B. hieß es in einer Proklamation, welche anlässlich eines unbedeutenden wirtschaftlichen Streiks von völlig reaktionärem Charakter unter den Arbeitern der elektrischen Straßenbahnen New-Yorks verbreitet wurde: „Die Kommunistische Arbeiterpartei Amerikas fordert alle Arbeiter zur Revolution, zum bewaffneten Kampfe auf“. Solche „Parolen“ in einem Moment ausgeben, wo die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen an sich bei den Massen noch keinen Willen zur Revolution auslösen, in einem Moment, wo sie nur das verächtliche Lachen der Arbeiter hervorrufen können, das kann nach unserer Ansicht nur die Tat unverantwortlicher „Gefühlsmenschen“ sein, die durch hochtrabende Phrasen die kommunistische Bewegung zu entfachen hoffen.

Ogleich die obenangeführten Meinungsverschiedenheiten in der Tat bestehen, glauben wir dennoch, daß sie kein unüberbrückbares Hindernis für die Vereinigung darstellen, sondern nur die Folge persönlicher Ansichten einiger Führer der K. P. A. sind und keinen festen Boden unter den Mitgliedern dieser Organisation haben.

Aus einem Gespräch mit einem der Idee der Vereinigung wohlwollend gegenüberstehenden Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Amerikas entnehmen wir, daß die Mehrheit des Komitees solange gegen die Vereinigung sein wird, bis die Exekutive der Kommunistischen Internationale sie in entschiedener Form dazu auffordert. Sie erklären, daß die Instruktionen zur Vereinigung der Kommunistischen Arbeiterpartei mit der Kommunistischen Partei Amerikas bei der jetzigen Lage der Dinge unannehmbar seien.

Wir sind der Auffassung, daß eine direkte Forderung der Vereinigung seitens der Exekutive der Kommunistischen Internationale der Arbeiterbewegung in Amerika einen ungeheuren Nutzen bringen würde. Als Grundlage dieser Vereinigung könnten dieselben Bedingungen dienen, welche als Basis für die Vereinigung der früheren Kommunistischen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei Amerikas vorgeschlagen und von der Kommunistischen Arbeiterpartei und von der der Vereinigten Kommunistischen Partei beigetretenen Fraktion der Kommunistischen Partei Amerikas tatsächlich schon erfüllt worden sind.

Gegenwart und Zukunft.

Die industrielle Lage in den Vereinigten Staaten nimmt eine für die Entwicklung einer mächtigen kommunistischen Bewegung äußerst vorteil-

hafte Wendung. Alles deutet darauf hin, daß die kapitalistische Klasse im ganzen Lande sich zu einem gemeinsamen Angriff gegen die organisierten Arbeiter vorbereitet.

Die nationale Handelskammer, die Organisation der Arbeitgeber, hat vor kurzem ein reaktionäres Programm angenommen, um der Arbeiterbewegung Widerstand zu leisten. Dieses Programm enthält auch die Forderung des freien Handels.

Der letzte Streik hat deutlich gezeigt, daß die Arbeitgeber gewillt sind, einen organisierten Kampf zwecks Zerstörung der Arbeiterorganisationen aufzunehmen. Alles weist darauf hin, daß, wenn die Arbeiter entschlossen sind, ihre Organisation zu bewahren, ihnen ein Kampf auf Leben und Tod bevorsteht.

Daneben sehen wir das unaufhörliche Wachsen der Arbeitslosigkeit. Die kapitalistische Presse drückt offen ihre Freude darüber aus, daß sich jetzt die Möglichkeit bieten wird, aus den Arbeitslosen neue Kontingente von Streikbrechern anzuwerben.

Aber gleichzeitig mit der Arbeitslosigkeit und mit dem Bestreben der Kapitalisten, die Löhne herabzusetzen, wächst auch die Teuerung.

Eine solche Lage muß in der nächsten Zukunft unbedingt einen heftigen wirtschaftlichen Kampf hervorrufen. Und in der Tat deutet in einigen Industriezweigen bereits alles auf einen baldigen Ausbruch hin. Vor allem erwartet man den Streik von Hunderttausenden Kohlengrubenarbeitern, die mit den von der Regierung festgesetzten Löhnen unzufrieden sind. In zwei Industriezentren, wo die Arbeiter den Streik angekündigt haben, sind bereits Truppen konzentriert: in Denver und West Virginia. In West Virginia führen die Kohlengrubenarbeiter einen wirklichen Bürgerkrieg. Ein solcher Krieg mit den Waffen in der Hand wird bereits seit mehr als einem Monat zwischen den Grubenarbeitern und der im Dienste der Kohlentrusts stehenden Privatwache geführt.

In diesem wirtschaftlichen Kampfe tritt die Regierung immer offener an die Seite der Kapitalisten. Der Streik der Kohlengrubenarbeiter im letzten Winter wurde nur durch die bewaffnete Einnischung der Regierungsgewalt abgebrochen. Seitdem spielt die Regierung die Rolle des Vermittlers in den Verhandlungen mit den Eisenbahnern, in dem gegenwärtigen Streik der Kohlengrubenarbeiter vertritt sie bei den Verhandlungen die Interessen der Arbeitgeber. Nach diesen Vorfällen nimmt die feindselige Stimmung gegenüber der Regierung immer mehr zu.

Die Industrietechnik befindet sich augenblicklich in einem unbefriedigenden Zustande. Die Folge der wirtschaftlichen Unruhen in den Kohlengruben ist ein fühlbarer Mangel an Kohle. Dieser Umstand hat verschiedene Industriezweige sehr beeinflußt, und man kann annehmen, daß diesen Winter einige Bezirke stark darunter leiden werden. Der „außerordentliche“ Streik der Stationsarbeiter (ein von den reaktionären Füh-

rem der Gewerkschaften nicht gutgeheißenener Streik) hatte eine sehr schädliche Wirkung auf den Transport zur Folge. Er dauert auch jetzt noch fort, obgleich es heißt, die Angestellten hätten „Urlaub genommen“. Aber diese formelle Ausrede war notwendig, um die den streikenden Transportarbeitern drohenden harten Strafen zu vermeiden.

Aus dem oben Gesagten ist also nicht zu ersehen, daß in Amerika schon eine mehr oder minder bedeutende Bewegung von ausgesprochen kommunistischem Charakter zu verzeichnen ist. Das behaupten, hieße die Menschen irreführen. Die Massen sind immer noch die Stütze der bestehenden Ordnung, und eine revolutionäre Massenbewegung gibt es noch nicht. Aber die für ihre Entstehung notwendigen Bedingungen entwickeln sich immer mehr.

Die Stellung der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Abbruch der bewaffneten Kämpfe im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet.

Über die Stellungnahme der Zentrale der K. P. D. zu den bewaffneten Kämpfen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet in den Märztagen werden geflissentlich unwahre Behauptungen aufgestellt, nach denen die Zentrale den kämpfenden Arbeitern in den Rücken gefallen sein und sie gehindert haben soll, ihre Kämpfe bis zu einem siegreichen Ende zu führen. Wir stellen diesen Behauptungen die Tatsachen gegenüber, die dokumentarisch belegt sind.

Unmittelbar nach dem Kapp-Putsch setzte auch in Rheinland-Westfalen der Generalstreik ein. Es bildete sich im Hagener Bezirk ein Zentralaktionsausschuß, an dem Vertreter der S. P. D., U. S. P. und K. P. D. beteiligt waren und der an alle örtlichen Aktionsausschüsse der sozialistischen Parteien Richtlinien herausgab, die für die Verhandlungen mit den Behörden maßgebend sein sollten. Die Behörden sollten öffentlich erklären, wie sie sich zu der in Berlin gebildeten Kapp-Regierung und zu den Forderungen und Zielen

des Generalstreiks stellten, welche Garantien sie böten, nichts gegen den Generalstreik des Proletariats zu unternehmen. Gefordert wurde, daß von den Behörden alle vorhandenen Waffen und Munition sofort an die Zentralstreikleitung abgeliefert würden und daß die Kommunal- und Polizeiverwaltung, Verkehr und Lebensmittelversorgung unter die Kontrolle der örtlichen Zentralstreikleitung gestellt würden. Behörden, die sich weigerten, diesen Forderungen nachzukommen, sollten unverzüglich entfernt werden. Überall sollte eine aus Arbeitern, Angestellten und Beamten bestehende reublikanische Sicherheitswehr gebildet werden, die den örtlichen Sicherheitsdienst zu leisten und die Lebensmitteldepots, Schlachthöfe und alle öffentlichen Gebäude zu schützen hatte.

Es gelang den Arbeitern, die im Bezirk stationierten Reichswehren zu entwaffnen, wodurch die Arbeiter in die Lage versetzt wurden, sich selbst zu bewaffnen. Neben den örtlichen Sicherheitswehren wurde eine Rote Armee gebildet, die planmäßig in nordwestlicher Richtung auf Münster vordrang, während ein anderer Teil von Mülheim aus auf die Festung Wesel drang. Der Generalstreik war inzwischen im Rheinland abgebrochen.

Über diese Vorgänge im Ruhrgebiet war die Zentrale der K. P. D. in Berlin infolge des unterbrochenen Eisenbahn- und Telegraphenverkehrs nur sehr mangelhaft unterrichtet. Erst am Sonntag, dem 21. März, als in Berlin die Gewerkschaften in Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten den Abbruch des Generalstreiks verkündet hatten, erschien in Berlin der Genosse M. Düwell, der in der Zentralstreikleitung der Berliner Arbeiter die Mitteilung machte, daß die Lage der streikenden und bewaffneten Arbeiter des Industriegebietes eine sehr prekäre sei, weil es hauptsächlich an Lebensmitteln mangle. Es sei zu befürchten, daß in einigen Tagen die Lebensmittel vollständig ausgehen würden, weil jede Zufuhr von Lebensmitteln systematisch von außen abgeschnitten werde. Die Bevölkerung sei über den Mangel an Lebensmitteln noch nicht unterrichtet; es sollten aber am Montag zwei Regierungskommissare nach dem Gebiet reisen, die dann sicher die Bevölkerung von dieser Lebensmittelnot in Kenntnis setzen würden, so daß ein Zusammenbruch des Streiks zu befürchten sei.

In der Zentralstreikleitung wurde dem Genossen Düwell gesagt, daß er im Rheinland dafür eintreten solle, daß der Kampf unter allen Umständen solange fortgeführt werden müsse, bis sich herausgestellt habe, ob die Berliner Arbeiter den Kampf fortführen oder den Parolen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie auf Abbruch des Streiks folgen würden.

Am Montag, den 22. März, erschien in Berlin ein Vertreter der K. P. D. des Niederrheins, der Gen. Graul, dessen Mitteilungen nicht so trübe waren wie die des Gen. Düwell. Er war der Meinung, daß die Behörden des Niederrheins absichtlich die Lebensmittelnot vergrößerten, um die Arbeiter zu veranlassen, den Kampf abzubrechen. Von der Zentrale wurde der Gen. Pieck beauftragt, mit dem Gen. Graul nach dem Industriegebiet zu fahren, um sich an Ort und Stelle über den Stand und die Aussichten der Kämpfe zu informieren.

Am Dienstag, den 24. März waren von dem Reichskommissar Severing die Vertreter der drei sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften zu einer Besprechung nach Bielefeld geladen worden, an der auch der Reichsminister Giesberts und der preußische Landwirtschaftsminister Braun und sämtliche Bürgermeister des Industriegebiets teilnahmen.

An diesen Besprechungen nahmen auch zwei Mitglieder der K. P. D., die Genossen Oskar Triebel und Fritz Charpentier teil, ohne sich von der offiziellen Organisation der K. P. D. ein Mandat geben zu lassen. Die Organisation war nicht einmal davon unterrichtet, daß die beiden an der Besprechung teilnahmen. Sie sind dann auch nachträglich wegen ihrer Teilnahme und ihrer Zustimmung zu den Vereinbarungen von der Bezirksleitung der K. P. D. öffentlich gerügt worden.

Das Ergebnis der Bielefelder Besprechungen war ein Abkommen, das unterzeichnet wurde von dem Reichskommissar Severing und sämtlichen anwesenden 17 Vertretern der Parteien und Gewerkschaften. ●

Das Abkommen hatte folgenden Wortlaut:

Bielefeld, den 24. März 1920. Die Vertreter aller beteiligten Parteien und Gewerkschaftsgruppen erklären, daß sie ihre Forde-

rungen zur Entwirrung der aus dem Kapp-Putsch entstandenen Lage mit der Verfassung und der Regierung auf Grund folgender Vereinbarung in Einklang bringen wollen:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierung im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der Wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

Es wird Straffreiheit denen gewährt, die in der Abwehr des gegenrevolutionären Anschlags gegen Gesetze verstoßen haben, wenn die Verstöße und Vergehen vor Abschluß dieser Vereinbarungen, spätestens aber bis zum 25. März, vormittags 8 Uhr, erfolgt sind. Auf gemeine Verbrechen gegen Personen und Eigentum findet diese Bestimmung keine Anwendung.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellungen, und Ersatz durch zuverlässige Kräfte; die Einstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemäß regelten Organisationsvertreter.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten.

Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige, unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Übernahme des Kohlen- und Kalisyndikats durch das Reich.

7. Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen gegenrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Zurücksetzung irgend eines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.

Unter die danach aufzulösenden Truppen fallen nach Ansicht der Kommission die Korps Lützow, Lichtschlag und Schulz.

8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums in Stadt und Land. Sicherung der Erfüllung der Lieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

9. Die verfassungsmäßigen Behörden walten ihres Amtes nach den gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs- oder Aktionsausschüsse haben in Gemeinschaft mit den Gemeindeorganen (Stadtverwaltung) die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dies muß spätestens innerhalb 10 Tagen geschehen. Danach tritt an ihre Stelle ein aus der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamenschaft und den Mehrheitsparteien gebildeter Ordnungsausschuß, der im Einvernehmen mit der Gemeindebehörde bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt.

10. Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, soweit erforderlich, eine Ortswehr in Stärke bis zu 3 auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamenschaft gebildet. Für die Zeit, während der sie zum Dienst einge-

zogen sind, werden sie, soweit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt. Durch die Bildung der Ortswehr sind die Einwohnerwehren aufgehoben.

11. Alle Beteiligten verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß auszuüben, die gesamte Arbeiterschaft so schnell wie möglich zu ihrer gewohnten Arbeit zurückzubringen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die zurückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen.

12. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition, sowie die Rückgabe requirierter und erbeuteter Heeresgeräte an die Gemeindebehörden.

13. Alle Gefangenen sind sofort, spätestens bis zum 27. März, mittags 12 Uhr, zu entlassen.

14. Bei loyaler Einhaltung dieser Vereinbarungen wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Nach der Erklärung des Reichskommissars wird das Wehrkreiskommando in politisch-militärischen Angelegenheiten nur auf schriftliche Anweisung des gesamten Reichsministeriums handeln. Ferner erklärt der Reichskommissar, daß er einen Vertrauensmann der Arbeiterschaft berufen wird, der bei allen militärischen und politischen Handlungen, über die der Reichskommissar zu bestimmen hat, gehört werden soll.

15. Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden, der allgemeine Ausnahmezustand dann, wenn die unter Ziffer 9 und 13 festgesetzte Regelung erfolgt.

16. Der Reichsminister Giesberts wird die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten im Reichskabinett vortragen mit dem Bestreben, daß die Kosten vom Reich übernommen werden. Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß das Reich die Kommunalverbände für alle ihnen aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden schadlos hält.

17. Weder den Arbeitern, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei- und Einwohnerwehren und den Mannschaften der Reichswehr dürfen Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.

Außerdem wurde ein sofortiger Waffenstillstand auf 24 Stunden abgeschlossen, und zwar auf folgender Grundlage:

Die Gruppe Wesel der Reichswehr steht nördlich der Lippe. Die Gruppe Münster steht mit dem rechten Flügel bei Buldern, dicht bei Münster und östlich von Münster.

Kein Soldat steht soweit südlich, daß es heute und morgen zu Zusammenstößen kommen kann.

Die Arbeitertruppen sind zurückzunehmen bis südlich der Lippe. Die Arbeiterwehren bleiben dort ungestört von Reichswehrtruppen. Die Wehren rücken in ihre Standorte ab.

Für diese Abmachung gilt 24-stündige Kündigungsfrist. Sie tritt sofort in Kraft.

Über die Verhandlungen unterrichtet folgender Bericht:

An der Konferenz nahmen über 100 Vertreter der verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Richtungen mit Ausnahme der Rechtsparteien, die Führer der Bewegung und die sämtlichen Leiter der Stadtverwaltungen des Industriebezirks teil. Die Regierung war, wie berichtet, durch Reichspostminister Giesberts und den preußischen Landwirtschaftsminister Braun vertreten; außerdem waren der Oberpräsident von Westfalen Dr. Würmeling, Regierungspräsident König von Arnsberg und Abgesandte des Reichswehrkommandos 6 in Münster erschienen.

Reichskommissar Severing wies einleitend darauf hin, daß sich im Industriegebiet eine Oberste Kampfzentrale gebildet habe, die, den Bestimmungen der Verfassung zuwiderlaufend, sich nicht in den Händen des Militärs und der Republik befinde. Die Frage der Stunde sei die, wie Mittel und Wege ausfindig gemacht werden könnten, um dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten. Das solle versucht werden zunächst durch Verständigung. Es sei bekannt, daß alle Zivilstellen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sich treu zur alten Regierung gestellt hätten und noch stünden. Die militärischen Behörden hätten im ersten Augenblick sich leider nicht mit der nötigen Klarheit ausgesprochen. Das treffe besonders auf den ersten Aufruf des Generals von Watter zu, den Severing anders gewünscht habe. Aber es dürfe auch nicht verschwiegen werden, daß es für General von Watter sehr schwierig gewesen sei, eine eindeutige Haltung einzunehmen, wenn er den Zusammenhalt der Truppe nicht gefährden wollte. „Wir sind nicht hierhergekommen,

um Blindkuh zu spielen. Ich halte es für notwendig, daß wir offen sagen, was ist. Die Reichswehr ist nicht mehr die disziplinierte Armee von ehemals, auch nicht ein Heer von Demokraten, sondern eine Zusammenfassung von Formationen mit den verschiedenartigsten Auffassungen, die wesentlich beeinflußt werden von den politischen Ansichten ihrer Führer. Das ist gewiß zu beklagen, aber diejenigen, die die Reichswehr jetzt herabsetzen wollen, sind Schuld an diesen Verhältnissen. Ein Truppenführer also, der in ernstesten Augenblicken seine Truppe in der Hand halten will, muß versuchen, sich auf einen bestimmten Boden zu stellen. So habe ich Watters Aufruf verstanden. Ich habe diese Gründe zwar gewürdigt, aber nicht billigen können und versucht, Watter umzustimmen, unzweideutig zu erklären, daß er auf dem Boden der alten Regierung stehe. Ich hielt das für notwendig, weil einzelne Formationen sich am Sonntag offen für Kapp erklärt hatten. Wenn Truppen gesandt wurden, so lag das daran, daß der Rechtsputsch von gewissen Leuten im Ruhrgebiet benutzt werden sollte, um die besonderen politischen Ziele gewisser Personen und Gruppen zu verwirklichen.“

Severing zeichnete weiter in kurzen Strichen die zunehmenden Operationen der Arbeitertruppen und betonte, daß derartige Experimente vielleicht ungefährlich wären, wenn wir wie im Vorjahre eine gute Ernte gehabt hätten, daß sie aber heute, wo die Lebensmittelorgen die Oberbürgermeister aller Städte Tag und Nacht begleiten, zum sicheren Untergang führen müßten, wenn sie nicht bald beendigt würden. Es gibt drei Wege, um wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen: 1. daß die Waffen abgeliefert werden; 2. daß die Vollzugsräte auf das ordentliche Maß eingeschränkt werden und 3. daß Angriffe auf die ordentlichen Verwaltungsbehörden unterbleiben. Geschieht alles dies nicht, dann fürchte ich, daß unser Industriegebiet der Schauplatz der allerblutigsten Kämpfe sein wird. Was dann wird, darüber können nur die sich ein Bild machen, die die Ernährungsnöte der Industriestädte schon heute im einzelnen kennen und die auch wissen, wie das Ausland sich zu den Vorgängen in Deutschland stellt. Man wird uns von Bedingungen sprechen. Man kann aber der Regierung keine Bedingungen stellen.

Sie hat nicht mit Kapp und Genossen verhandelt und kann auch nicht mit der Obersten Kampfzentrale für das Industriegebiet verhandeln! Aber eine Regierung, die aus dem Kapp-Putsch nichts gelernt hätte, verdiente hinweggefegt zu werden. Die Regierung weiß, daß heute nicht dort weitergearbeitet werden kann, wo man am 13. März stand. Severing legte dann die Zugeständnisse der Regierung dar, wie sie in dem von uns veröffentlichten Abkommen mit der Gewerkschaftskommission in Berlin festgelegt sind und betonte, daß diese auch im Ruhrgebiet zur Beruhigung beitragen könnten.

Reichsminister Giesberts betonte ebenfalls, daß die Regierung sich, ebensowenig wie sie Verhandlungen mit den Kappleuten aufgenommen habe, mit den Führern im Industriegebiet auf Verhandlungen einlassen könne. Er erklärte: Die Truppen im Industriegebiet stehen heute vollständig auf unserer Seite und die Maßnahmen, sie auf unserer Seite zu halten, werden sie in den nächsten Tagen erfahren. Irgendwelche Maßnahmen im Industriegebiet können heute nur noch großes Unglück anrichten. Es darf keine weißen und roten Armeen, sondern nur noch republikanische Truppen dort geben. Wir sind gewillt, die Fortschritte, die wir seit der Revolution und der Erneuerung der Verfassung errungen haben, zu verteidigen.

Oberbürgermeister Cuno (Hagen) gab der Überzeugung Ausdruck, daß der süddeutsche General von Watter durchaus ehrlich auf dem Boden der Verfassung gestanden, sein Aufruf aber zu Mißverständnissen Anlaß gegeben habe. In der Frage der Truppenentsendungen nach Wetter erklärte Cuno, daß eine Zivilstelle von Wetter dringend darum gebeten hätte, keine Truppen zu schicken. Tatsache sei, daß bei dem Bataillon Lichtschlag in Osnabrück Plakate gefunden worden seien, die die Unterschrift des Reichskanzlers Kapp trugen.

Reichspostminister Giesberts stellt daraufhin fest, daß diese Plakate nicht etwa von der Truppe in Münster hergestellt seien, sondern von Kapp in alle Teile des Landes verschickt worden seien.

Landwirtschaftsminister Braun sagte u. a.: Man muß den Arbeitern klarmachen, daß der Kappstreich zurückgeschlagen, die

Verfassung und die Fortentwicklung des Staates in demokratischer Hinsicht gesichert ist. Ich kann Ihnen erklären, daß, solange das verfassungswidrige Regime besteht, kein Jota Lebensmittel in das Industriegebiet gesandt wird, und ich bitte auch davon Kenntnis zu nehmen, daß der holländische Gesandte in Berlin im Auswärtigen Amt die Erklärung abgegeben hat, daß die holländische Regierung ebensowenig wie einer Regierung Kapp, einer Regierung der Kommunisten, die gleichfalls die Verfassung nicht achtet, Lebensmittel liefern werde.

Abgeordneter Ludwig (Hagen): Die Minister sind sicherlich falsch unterrichtet. Im Sauerland, in Hagen und hinunter bis Düsseldorf sind die Behörden nicht behelligt worden. Die Oberbürgermeister und alle übrigen Behörden hatten in den Anfangstagen des Putsches gebeten, keine Truppen in das Gebiet zu entsenden. Es kamen trotzdem Truppen und immer mehr Militär. Das Mißtrauen in der Arbeiterschaft war durchaus gegen die Reichswehr vorhanden. Aus der bisherigen Rede der Regierungsvertreter klang heraus, daß kein Nachgeben von dieser Seite stattfinden wird. O, sie werden nachgeben müssen, die Reichswehr muß hinaus. Keine Spur von Räterepublik ist im Ruhrgebiet zu erkennen und wir sind hierhergekommen in dem Glauben, daß uns ein sofortiger Waffenstillstand vorgeschlagen wird. Wenn keine Einigung gelingt, dann sterben die Arbeiter im Ruhrgebiet lieber, als daß sie die Reichswehr einmarschieren lassen. Die Stimmung geht dahin: Lieber der Entente ausgeliefert werden, als den ostelbischen Junkern. Die Arbeiter müssen die Waffen behalten, dann kann das Blutvergießen eingestellt werden.

Ein Anhänger der Zentrumsparlei aus Hagen erklärt, daß die christlichen Gewerkschaften die Kappregierung bekämpft haben, es aber ablehnen, sich jetzt noch an der Aktion zu beteiligen.

Oetlinghaus (Hagen) kritisiert das Verhalten des Freikorps Schulz und erblickt in dem Verhalten der Truppen einen Ausfluß der Tätigkeit monarchistischer Offiziere. Die Arbeiter würden die Waffen behalten, bis die Reichswehr auf eine andere Grundlage gestellt sei. Die monarchistischen Offiziere, einschließlich Watter, müßten beseitigt werden. Severings Aufruf zur Waffenabgabe sei

geradezu kindisch. Die Arbeiterschaft fordere Sicherheit für ihr Leben. Drei Möglichkeiten gäbe es: 1. den Sieg der Arbeiter; 2. einen Vergleich; 3. den Sieg der Regierung. Der Sieg der Arbeiterschaft sei nicht unwahrscheinlich. Man werde die Reichswehrtruppen nicht nur mit Waffen, sondern auch moralisch bekämpfen. Ein Vergleich ist jedoch vorzuziehen. Der Sieg der Regierung würde zwar die Niederlage der Arbeiter bedeuten, zugleich aber auch die der Regierung selbst und damit von ganz Europa. Ehe die Arbeiterschaft den weißen Schrecken in das Kohlengebiet lasse, eher wolle sie den Verband einrücken lassen. Die Bergarbeiter würden, wenn es sein müsse, entschlossen sein, die Bergwerke zu sprengen. Wenn der erste Kohlentunnel in Trümmer gegangen sei, dann werde sicher der Verband einrücken. Die Reichswehr müßte nacheinander aufgelöst werden, und an ihre Stelle müßten Arbeiterbataillone treten; dann könne so nach und nach, wenn diese gegründet sind, Waffenabgabe erfolgen.

Reichskommissar Severing: Schon am Sonntag habe ich dem kommandierenden General jenen Brief geschrieben, worin ich gegen Lichtschlag und Schulz Stellung nahm. Daraufhin haben beide Führer erklärt, auf dem Boden der Verfassung zu stehen. Zu Ihren Vorschlägen kann ich erklären: sehen Sie sich die Berliner Vereinbarungen an, worin unter Ziffer 6 die Umbildung der Reichswehr formuliert wird. Das ist schon eindeutig zugestanden. Der deutsche Sicherheitsapparat wird umgestellt werden. Auch Arbeiterwehren werden und müssen dauernde Einrichtungen bleiben. Wir können jedoch keine Zugeständnisse machen, die mit der Verfassung im Widerspruch stehen. Waffen müssen abgeliefert werden, aber Waffen für Erhaltung der Ordnung können bleiben. Wir haben zuverlässige Formationen. Eine Entwaffnung der Reichswehr kann — soll sich die Regierung nicht lächerlich machen — nicht in Frage kommen.

Nachdem der Reichsminister Giesberts mitgeteilt hatte, daß ohne Zweifel für alle Kappbekämpfer Amnestie erlassen werde, wurde ein engerer Ausschuß gebildet, der dann das mitgeteilte vorläufige Waffenstillstandsabkommen vereinbarte, das mit 24-stündiger Kündigungsfrist läuft.

Nach Bekanntgabe des Waffenstillstands bat Dr. Luther (Essen) dringend, die Lebens- und Zahlungsmittel für das Industriegebiet sicherzustellen. Das wäre eine Aufgabe, die in 24 Stunden gelöst werden müsse. Die Minister konnten hierzu keine Versprechungen machen, da im Inlande kein Mehl vorhanden ist. Nur Holland und die besetzten Gebiete kommen für die Belieferung in Frage.

Als der Vertreter der Zentrale, Gen. Pieck, am Mittwoch, den 25. in Essen eintraf, wurde ihm von diesem in Bielefeld getroffenen Abkommen Mitteilung gemacht.

Vor seiner Abreise von Berlin am Dienstag abend hatte am Nachmittag die Generalversammlung der Betriebsräte in Berlin beschlossen, den Generalstreik abubrechen, nachdem auch von der Zentrale der U. S. P. in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftsbund und der S. P. D. der Abbruch des Generalstreiks proklamiert worden war.

Die Gesamtlage im Reich war so, daß fast in allen Teilen Deutschlands und im Chemnitzer Bezirk von einem Kampf der Arbeiter nicht mehr die Rede war. In Anbetracht dieser Lage riet der Vertreter der Zentrale der K. P. D. dazu, zunächst das Waffenstillstandsabkommen durchzuführen, um dadurch Zeit zu gewinnen, die in dem Bielefelder Abkommen vorgesehenen aus Arbeitern, Beamten und Angestellten gebildeten Ortswehren aufzustellen und die Sicherung der in den Händen der Arbeiter befindlichen Waffen vorzunehmen.

Bei einer Verhandlung, die Gen. Pieck am 24. März in Mülheim mit dem dortigen Arbeiterrat und dem militärischen Leiter der Weseler Front hatte und an der auch der Gen. Ernst (U.S.P.) aus Hagen teilnahm, stellte es sich heraus, daß die dortigen Genossen nicht bereit waren, das Waffenstillstandsabkommen durchzuführen. Sie fürchteten, daß durch das Waffenstillstandsabkommen die Regierungstruppen Zeit gewinnen würden, ihre Kräfte zu konzentrieren, und daß deshalb von der Roten Armee weitergekämpft werden müsse.

Die Genossen mußten aber zugeben, daß ihnen für die Fortführung des Kampfes weder Großkampfmittel, die für die Erstürmung der Festung Wesel notwendig waren, noch genügende Ge-

wehrmunition zur Verfügung standen, und daß es außerdem an einer geregelten Verpflegung der Truppen mangelte.

So kam an der Weseler Front der Waffenstillstand nicht zustande.

Demgegenüber hatte der Zentralaktionsausschuß in Hagen bereits Aufforderungen an die Rote Armee ergehen lassen, daß die Kampfhandlungen an der Front einzustellen seien, und daß der Zentralverteidigungsausschuß sich aufgelöst habe. Es war dadurch eine ziemliche Verwirrung bei den kämpfenden Arbeitern eingetreten. Es fehlte an einer einheitlichen Leitung der Kämpfe, weshalb der Gen. Pieck dazu riet, daß sofort ein Zentralrat aus den bestehenden Arbeiterräten gewählt würde, der die Oberste Leitung der Kämpfe übernehmen sollte.

Am Donnerstag, den 25. März, fand in Essen eine Vollversammlung der Vertreter sämtlicher Vollzugsräte des Industriegebiets statt, an der auch die Vertreter der Gefechtsleitungen der Roten Armee teilnahmen.

Die Vollversammlung nahm Stellung zu dem Bielefelder Abkommen und behandelte die militärische Lage. Von dem Gen. Pieck wurde darauf hingewiesen, daß das Bielefelder Abkommen den Arbeitern noch nicht die geringste Garantie biete, daß das Bielefelder Abkommen von der Regierung eingehalten würde, weil die Regierung selbst sich dazu noch nicht erklärt habe. Die einzige Garantie für die Arbeiter sei, daß sie die Waffen in ihren Händen behielten, um ein Eindringen der Reichswehrtruppen jederzeit verwehren zu können.

Der Kampf müsse also solange fortgesetzt werden, bis die Arbeiter durchgesetzt hätten, daß die Regierung sich auf das Abkommen verpflichte und die Gewähr gegeben sei, daß sie ihre an der Front stehenden Truppen zurückziehe.

In der Konferenz wurde dann ein Zentralrat gewählt, der zu entscheidenden Verhandlungen und Beschlüssen ermächtigt wurde und dem sich auch die militärischen Leiter unterzuordnen hatten.

Der Zentralrat bestand aus 10 U. S. P.-Vertretern, 7 K. P. D.-Vertretern und 1 S. P. D.-Vertreter.

Als Sitz des Zentralrats wurde Essen bestimmt.

Am Freitag, den 26. März, fand in Hagen eine Konferenz der Vertreter der drei sozialistischen Parteien statt, an der 33 S. P. D., 74 U. S. P.- und 39 K. P. D.-Vertreter teilnahmen.

Der Vertreter der Zentrale erklärte auf dieser Konferenz:

Unser Kampf ist jetzt in eine der kritischsten Situationen gekommen. Eine genaue Prüfung der Sachlage ist notwendig. Das Ziel unseres Kampfes kann nur erreicht werden, wenn eine zentrale einheitliche Leitung im Bezirk die Führung hat, die in Uebereinstimmung mit den Genossen im Reiche handelt.

Die Kampfesstimmung der Arbeiter ist nicht gebrochen; sie arbeiten jetzt zwar in den Betrieben weiter, aber das zeugt nicht gegen ihre revolutionäre Energie. Sie kommen jeden Tag wieder heraus.

Der erste Grund zur Empörung der Arbeiter hier in Rheinland-Westfalen war der gänzliche Bankrott der alten Regierung, der durch den Militärputsch und die Flucht der Regierung zum Ausdruck kam. Dann wandte sich der Kampf der Arbeiter gegen die Reichswehrtruppen und diese wurden aus fast ganz Rheinland-Westfalen verjagt. Die bewaffneten Arbeiter wollen jetzt weiter kämpfen, bis kein Gegner mehr in Rheinland-Westfalen steht, und bis die politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften, die sie sich in diesen Tagen erobert haben, gesichert sind. Wir haben die Genossen an der Front nicht überzeugen können, daß es besser wäre, den Kampf abubrechen. Die kämpfenden Arbeiter sehen nur die Siege, die sie errungen haben. Aber sie sollten sich von politischen Erwägungen leiten lassen. Wir wissen, daß der Kommunismus als notwendiges geschichtliches Produkt am Ende unserer Kämpfe steht; wir können ihn nicht an den Anfang setzen. Das sollten auch unsere kämpfenden Genossen bedenken. Es wäre ein Sprung in der geschichtlichen Entwicklung, wenn wir schon jetzt die Diktatur des Proletariats einführen wollten. Solch ein Sprung rächt sich immer. Er hat sich auch in Rußland bitter gerächt, wo unsere Genossen nach ihrem Siege teils wieder zu kapitalistischen Maßnahmen greifen mußten.

Wir müssen aus diesem Kampfe mit ungebrochener Kraft hervorgehen. Von Genossen an der Front hört man vielfach: „Wir

kämpfen weiter bis zum Ende, wir wollen lieber untergehen, als vorsichtig handeln und den Kampf jetzt abbrechen“. Es geht aber nicht an, so zu sprechen.

Die Bielefelder Verhandlungen sind vielfach falsch aufgefaßt worden. Sie sind in ihrer Auswertung überschätzt worden. Sie bieten durchaus keine Garantie, nur leere Versprechungen. Die Regierung insbesondere hat sich mit diesen Verhandlungen zu nichts verpflichtet und an nichts gebunden. Unser nächstes Ziel muß jetzt sein, zu neuen Verhandlungen zu kommen, damit die Regierung sich verpflichtet, das einzuhalten, was in dem Bielefelder Abkommen vereinbart worden ist, und damit wir sie zu noch weiteren Zugeständnissen bringen können. Von dem schon Errungenen dürfen wir keinen Fußbreit aufgeben. Eine militärische Diktatur können wir nicht gebrauchen. Die militärische Leitung muß sich der politischen unterordnen, sonst treibt sie eine Ludendorff-Politik.

Wir können jetzt noch nicht die Räterepublik und die Diktatur des Proletariats durchsetzen. Aber wir wollen jetzt die Bewaffnung der Arbeiter und die Entwaffnung der Truppen und der Bourgeoisie. Wir wollen den Ausbau des Rätessystems, die sofortige Wahl und Anerkennung von revolutionären Betriebsräten.

Die Konferenz war sich darin einig, daß es nicht angehe, daß an einem Teil der Front die bewaffneten Kämpfe nicht fortgesetzt werden, sondern daß im ganzen Bezirk einheitlich gehandelt werden müsse.

Der neugebildete Zentralrat machte folgenden Vorschlag:

1. Es werden sofort vom Zentralrat mit der Reichsregierung Verhandlungen gepflogen, um für die Arbeiter Garantien zu erlangen, daß die Waffen nur in den Händen der Arbeiter bleiben, daß Arbeiterwehren geschaffen werden und daß keine Bestrafung an den Kämpfen beteiligter Arbeiter erfolgen darf.

2. Die Voraussetzungen für diese Verhandlungen sind, daß der Kampf an der Front sofort eingestellt wird, d. h., daß die Front gehalten wird, daß keine Kampfhandlungen bis zur Beendigung der Verhandlungen vorgenommen werden. Sollten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen oder die Reichswehr in das Ruhrgebiet

einmarschieren, so wird der Zentralrat sofort den Generalstreik für das ganze Industriegebiet erklären. Ferner wird der Zentralrat sofort die Verbindung mit den übrigen Bezirken aufnehmen und die Arbeiter zum allgemeinen Generalstreik auffordern, falls eine Verständigung nicht erfolgt. Der Zentralrat ersucht die Kampfleitung dringlichst, diese Forderungen sofort aufzunehmen, weil sonst nach Lage der Dinge die ganze Revolution auf das schwerste geschädigt wird.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen, drei Vertreter beauftragt, mit den militärischen Leitern der Weseler Front sofort zu verhandeln.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen war folgende Erklärung der militärischen Gefechtsleiter:

Die militärischen Befehlshaber stehen auf dem Standpunkt, daß weiter gekämpft wird und daß nur die Waffen entscheiden werden. Wir kämpfen weiter und sind zu Verhandlungen bereit während des Kampfes. Verhandlungen können sofort in Mülheim-Ruhr aufgenommen werden. Delegierte der Front müssen gemeinsam mit dem Zentralrat die Verhandlungen führen.

Die Vertreter der Front verlangen über die Bielefelder Vereinbarungen hinaus die völlige Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr und Errichtung einer Volkswehr aus Arbeitern, an die alle Waffen abzugeben sind. Sollten die bevorstehenden Verhandlungen ergebnislos bleiben, so wird der Generalstreik über ganz Deutschland aufs neue entbrennen.

Inzwischen hatte sich in Duisburg unter der Leitung von Wild neben dem Arbeiterrat ein revolutionäres Exekutivkomitee von drei Mann gebildet, das Revolution auf eigene Faust machte. Das Exekutivkomitee erließ folgende Anordnungen:

Der Kampf an der Front wird mit aller Energie weitergeführt. Sämtliche Bankdepots werden vorläufig beschlagnahmt. Ueber sie darf nur unter Kontrolle des Exekutivkomitees verfügt werden. Sämtliche nicht rationierten Lebens- und Genußmittel werden beschlagnahmt. Wer sich den Anordnungen des Exekutivkomitees widersetzt, dem werden die Lebensmittelausweise entzogen. Die Löhnung der Roten Armee erfolgt nach den in der Bekanntmachung

vom 22. März veröffentlichten Sätzen (65 Mk. für Fronttruppen, 40 Mk. für örtlichen Dienst, 30 Mk. für weibliches Personal). Die Löhnungslisten sind bis Samstag, nachmittags 1 Uhr, von den Kompanieführern dem Wehrkommando, Abteilung Kassenamt, vorzulegen. Die erforderlichen Gelder für die Löhnung der Mannschaften sind sofort durch Requisitionen sicherzustellen. Die Polizei ist zu entlassen. Es ist sofort ein Arbeiterrat zu wählen. An der Wahl können sowohl aktiv wie passiv nur Arbeiter teilnehmen, die sich auf den Boden der Diktatur des Proletariats stellen. Bis zum Zusammentritt der Arbeiterräte liegt alle Gewalt in den Händen des Exekutivkomitees. Der Oberbürgermeister wird seines Amtes enthoben.

Die Folge dieses eigenmächtigen Vorgehens war, daß auch in Duisburg eine arge Zersplitterung unter den Arbeitern eintrat.

Der Zentralrat trat am 27. März zum erstenmal zusammen und berief zu Sonntag, den 28. März, eine Vollversammlung aller Vollzugsräte nach Essen.

Ferner erließ er unter anderem folgende Anordnungen:

1. Die Gemeinden haben die Löhnung der Wehrmannschaften zu übernehmen und auszuführen. Nötigenfalls werden die Gemeinden von den örtlichen Vollzugsräten dazu gezwungen.

2. Die großen Unternehmen haben den Wehrmannschaften, die bei ihnen in Arbeit standen, den Lohn weiter zu zahlen. Eventuell haben die örtlichen Vollzugsräte die Lohnzahlung zu erzwingen.

3. Den Truppen, die sich an der Front, auf dem Marsche von oder nach der Front befinden und 24 Stunden von Hause abwesend sind, haben die Gemeinden Verpflegung in natura zu gewähren. Dieser Verpflichtung unterliegen die Gemeinden, die von den Transporten berührt werden und in denen die Truppen in Kampfbereitschaft liegen. Die Wohngemeinden der Truppen haben den verpflegenden Gemeinden Ersatz zu leisten.

4. Bekleidung und Ausrüstung der Truppen (insbesondere Stiefel, wollene Decken, Zeltbahnen usw.) sind von den Wohngemeinden auf Anforderung der Truppenleiter an die Front zu schicken.

5. Alle Vollzugsräte haben die Bevölkerung aufzufordern, innerhalb 24 Stunden alle Waffen, auch Revolver und Jagdgewehre und Waffenbestandteile, sowie alle Munition an den Vollzugsrat abzuliefern. Falls bei einer Haussuchung nach abgelaufener Frist noch Waffen vorgefunden werden, ist der Besitzer sofort in Haft zu nehmen und zu bestrafen.

Sämtliche Waffenscheine, die nicht von den Vollzugsräten ausgestellt sind, müssen sofort abgeliefert werden.

6. Der Zentralrat ordnet an, daß alle Vollzugsräte, in deren Bereich Munition lagert oder die Möglichkeit der Munitionsherstellung gegeben ist, verpflichtet sind, dieses sofort dem Zentralrat zu melden, damit den kämpfenden Truppen sofort die Unterstützung gewährt werden kann, die sie in ihrem Kampf dringend benötigen.

7. Der Zentralrat ordnet an: Beschlagnahme und Eingriffe in das Wirtschaftsleben dürfen nur von den Vollzugsräten und Ortskommandanten ausgeführt werden, und zwar nur unter Zustimmung des Zentralrats durch Personen, die dazu durch den zuständigen Vollzugsrat oder Ortskommandanten und Zentralrat beauftragt worden sind und ausreichende, handschriftlich unterzeichnete Vollmacht besitzen. Kein Vollzugsrat darf Handlungen, die unter diese Verordnungen fallen, im Ortsbereich eines anderen Vollzugsrats vornehmen lassen.

8. Im ganzen rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist der Ausschank von Alkohol, mit Ausnahme von Bier, verboten. Die Vollzugsräte werden aufgefordert, für strengste Durchführung dieser Anordnung zu sorgen.

Die militärischen Leiter der Weseler Front ließen sich unter keinen Umständen bestimmen, den Kampf einzustellen, sondern verbreiteten folgendes Flugblatt:

An die Rote Armee!

Genossen! Ihr seid, Eurem gesunden Menschenverstande folgend, zu den Waffen geeilt. Ihr habt Euch nicht gescheut, dem Tod ins Auge zu schauen. Ihr habt nicht gerechtet und gerechnet.

Ihr fragt nicht nach Parteizugehörigkeit und Konfession. Ihr kämpft für die Freiheit, das Recht der Arbeit.

Kämpfend werdet Ihr siegen.

Flaumacher, Miesmacher werden an Euch herantreten. Euch sagen, das gesteckte Ziel könne nur durch Verhandlungen erreicht werden. Berufsschwätzer werden ihre Stunde als gekommen erachten, den Kuhhandel zu eröffnen — um zu ernten. Genossen! Wir wollen Eure Leidenschaften nicht aufpeitschen, indem wir an die durch die Baltikumbestien verübten Greuel an wehrlosen Gefangenen und Krankenpflegerinnen erinnern. Aber Ihr habt Euch vor Augen zu halten, daß das, was jetzt schon während des Kampfes geschieht, nur eine Bagatelle sein wird gegen das, was geschehen wird, wenn Ihr die Waffen aus der Hand legt, bevor Ihr gesiegt habt. Den Abbruch des Kampfes können nicht Schwätzer bestimmen, sondern Ihr selbst — durch Eure Führer. Seid wachsam, nun Ihr gewarnt seid.

Die militärische Leitung.

Der Zentralrat erließ demgegenüber folgende Erklärung:

Der Zentralrat wendet sich gegen jede Art von Abenteuerpolitik. Er trifft seine Maßnahmen ausschließlich nach politischen Erwägungen. Die militärische Aktion hat sich den politischen Entscheidungen des Zentralrats anzupassen. Das Proletariat führt einen politischen Kampf mit politischen Zielen.

Die Regierung erließ am 27. März einen Aufruf an die Bevölkerung von Rheinland-Westfalen, in der sie unter Bezugnahme auf die Bielefelder Vereinbarungen, ohne sich darauf zu verpflichten, am Schluß erklärte: Obwohl sofort vereinbart war, jede Kampfhandlung zu unterlassen, haben Arbeitertruppen unter Bruch des Abkommens die regierungstreuen Reichwehrtruppen in Wesel angegriffen. Dieser schwere Vertragsbruch muß mit aller Schärfe verurteilt werden. Wenn die Arbeiterschaft jetzt nicht Vernunft annimmt und sich trennt von den umstürzlerischen Elementen, die ihre Sonderinteressen verfolgen, so muß die schwerste Gefahr für das Industrieland und damit für das ganze Vaterland heraufbeschworen werden. Wir for-

dem alle besonnenen Arbeiter und sonstigen dort im Kampfe stehenden Personen auf, sich nicht weiter mißbrauchen zu lassen, sondern unserem Rufe zu folgen, jede Kampfhandlung einzustellen, sofort zur Arbeit zurückzukehren und die Waffen ordnungsgemäß wieder abzuliefern. Noch jetzt weiter kämpfende Arbeitertruppen schädigen das Volk und Vaterland aufs schwerste und müssen deshalb, wenn nichts anderes hilft, mit militärischen Mitteln zur Ordnung zurückgebracht werden. Die Folgen haben sie sich selbst zuzuschreiben.

Arbeiter und Bürger des Ruhrbezirks! Wir rufen Euch zur Besonnenheit, kehrt zurück zur Arbeit, denn nur so schützt Ihr Freiheit und Ordnung.

Die Reichsregierung: gez. B a u e r.

Ich erkläre für die mir unterstellten Offiziere, daß wir selbst zur verfassungsmäßigen Regierung stehen.

General W a t t e r.

Demgegenüber erklärte der Zentralrat: Die sogenannten Bielefelder Abmachungen hängen in der Luft. Die Regierung hat dazu offiziell keine Erklärung abgegeben. Sie gab auch keinerlei Garantie dafür, daß die in den Abmachungen enthaltenen Zugeständnisse durchgeführt werden. Der Zentralrat hält daher neue Verhandlungen für erforderlich.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Regierungstruppen gar keine Anstalten machten, von einem Einmarsch in das Ruhrgebiet abzusehen, und in Anbetracht der weiteren Tatsache, daß an einem Teil der Front die Rote Armee sich aufgelöst hatte, während sie an der Weseler Front mit unzulänglichen Mitteln weiterkämpfte, machte der Zentralrat am 27. März, abends 9.45 Uhr, der Reichsregierung telephonisch folgendes Waffenstillstandsangebot:

Der Zentralrat der Vollzugsräte und die Kampfleitung der Arbeitertruppen sind bereit und ermächtigt, im Industriegebiet unter beiderseitiger Kontrolle der Einhaltung sofort einen Waffenstillstand eintreten zu lassen, wenn die Regierung bereit ist, die Reichswehr zu gleichem zu verpflichten. Nachdem die vorläufige Waffenruhe eingetreten ist, haben sofort Verhandlungen mit Vertretern der

Reichsregierung stattzufinden, die, mit allen Vollmachten versehen, mit dem Zentralrat eine Grundlage zu schaffen haben, auf der die dauernde Einstellung des militärischen Kampfes möglich ist.

Unterstaatssekretär Albert nahm das Angebot entgegen und erklärte, es an die dafür maßgebenden Instanzen weiterzugeben. Am Sonntag, den 28. März, fand dann in Essen die vom Zentralrat einberufene Vollversammlung aller Vollzugsräte Rheinland-Westfalens statt, an der 49 U. S. P., 39 K. P. D.- und 22 S. P. D.-Vertreter, außerdem ein Vertreter der Gefechtsleitung teilnahmen. Von der Zentrale der K. P. D. nahm außer dem Genossen Pieck auch der Genosse Levi an dieser Konferenz teil.

Nach einer ausführlichen Debatte nahm die Konferenz folgende Resolution an: Der Zentralrat erklärt für die Arbeiterschaft des Industriegebiets in Rheinland und Westfalen: Das Ziel des revolutionären Kampfes in seinem gegenwärtigen Stadium ist Niederwerfung des Militarismus, weil nur dadurch eine Sicherung der revolutionären Bewegung vor gegenrevolutionären Ueberfällen und eine Sicherung der von der Arbeiterschaft erkämpften Machtstellung möglich ist. Diese Sicherungen sind: 1. Entwaffnung und Auflösung aller Truppen; 2. Bildung von Arbeiterräten; 3. Verwahrung sämtlicher Waffen unter ständiger Kontrolle der Arbeiterräte.

Der Umfang, in dem dieses Ziel erreicht wird, hängt ab von dem Willen und der Entschlossenheit der gesamten proletarischen Klasse im Reiche. In Anbetracht der Tatsache, daß schon jetzt der Militarismus wieder in alter Stärke und Anmaßung zurückgekehrt ist und die Regierung noch keine einzige ihrer Versprechungen durchgeführt hat, ist der Zentralrat der Meinung, daß es eines erneuten Kampfes des deutschen Proletariats bedarf, um auch nur diese beschränkten Ziele zu erreichen. Der Zentralrat ist weiter der Meinung, daß die Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebiets ihre bisherigen Errungenschaften unter allen Umständen aufrechterhalten muß. Die Aufrechterhaltung dieser Rechte, die durch das Handeln der gesamten Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebiets errungen sind, hängt aber nicht von dem Mut und dem Eifer eines Teils der Klasse, sondern von der Entschlossenheit der Gesamtheit der Arbeiterschaft des rheinisch-

westfälischen Industriegebiets ab. Der Zentralrat wird jeden Angriff auf diese Rechte, insbesondere jeden Truppenangriff auf Rheinland und Westfalen, mit dem Appell an das gesamte Proletariat des Industriegebiets, d. h. mit der Aufforderung zum Generalstreik, beantworten.

Am gleichen Tage, abends 9.40 Uhr, erhielt der Zentralrat folgende telephonische Mitteilung von der Regierung:

An den Zentralrat in Essen.

Weitere Verhandlungen mit Rücksicht auf Bielefelder Besprechungen und Lage im Ruhrgebiet unmöglich. Erfüllung der von Reichsregierung gestellten Bedingungen sind einzige Lösung. Siehe neue Veröffentlichungen des Wehrkreises 6 mit Rückwirkung. Fristsetzung bis Dienstag mittag.

Der Reichskanzler: gez. Müller.

Die Bedingungen, die der General Watter stellte, und die von der Regierung akzeptiert wurden, waren folgende:

Forderung der Reichsregierung an die Aufständischen im Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier.

Die Regierung hat durch die Bielefelder Verhandlungen versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die Rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe gegen Wesel sind mit größter Heftigkeit fortgesetzt worden. Die Gefangenen wurden nicht freigegeben. Zahlreiche Notschreie aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von der Roten Armee begangen werden. Das zwingt die Regierung zum energischen Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesen Gebieten herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürakten zu schützen. Um aber allen Verführten nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags, eine ausreichende Sicherheit für den Militärbefehlshaber des Wehrkreiskommandos 6, Generalleutnant von Watter in Münster für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität.

2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintreten für die Kapp-Lüttwitz-Regierung belastet sind.

3. Sofortige Auflösung der Roten Armee.

4. Völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich der Einwohnerwehren unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden.

5. Sofortige Freigabe der Gefangenen.

Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen, andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.

Berlin, den 28. März 1920.

Die Regierung.

Der Reichskanzler: gez. Müller.

Der Reichswehrminister: gez. Gebler.

Die Lage war für die kämpfenden Arbeiter in Rheinland-Westfalen äußerst kritisch. Ein bewaffneter Widerstand hätte unter den gegebenen Umständen zu einem fürchterlichen Blutbad geführt. Aus den Kreisen des Bürgertums, ja sogar von Vertretern der sozialdemokratischen Parteien und der U. S. P. waren an die Reichsregierung Hilferufe gegen den angeblich von den revolutionären Arbeitern ausgeübten Terror ergangen. Die Regierung war um Einmarsch von Truppen ersucht worden. Besonders waren diese Hilferufe aus Duisburg, wo das Exekutivkomitee unter der Führung von Wild mit Beschlagnahmungen aller Art auf eigene Faust vorging, ergangen. Da mit dem Einmarsch der Truppen jeden Tag gerechnet werden mußte, so versuchte der Zentralrat den Einmarsch zu verhindern. Er gab am Montag, den 29. März, der Regierung folgende Erklärung:

Der Zentralrat der Vollzugsräte des Industriegebiets Rheinland-Westfalen erklärt, daß er die in Bielefeld am 24. März getroffenen Vereinbarungen anerkennt, und daß auch von der jetzigen Regierung erklärt wird, daß sie diese Vereinbarungen als für sich verbindlich anerkennt. In diesem Falle nimmt der Zentralrat die von der Regierung gestellten und dem Zentralrat durch das Wehrkreis-kommando 6 am 28. März, abends 10 Uhr, telephonisch übermittelten, unter den Ziffern 1, 2, 3 und 5 aufgeführten Bedingungen an, so zu verstehen, daß sie den Ziffern 9 und 12 der Bielefelder Vereinbarungen entsprechen; so erkennt der Zentralrat auch die unter Ziffer 4 aufgestellten Bedingungen an. Die Kampfleitung der Roten Armee hat dem Zentralrat erklärt, daß sie sich diesem Entschluß des Zentralrats unterwirft. Der Zentralrat ersucht die Regierung um sofortige Antwort an den Zentralrat Essen, Kaiserhof.

Gleichzeitig erließ der Zentralrat an alle Vollzugsräte folgenden Aufruf:

Die Regierung hat die Verpflichtung übernommen, ins Ruhrgebiet keine Truppen einmarschieren zu lassen. Sollten dennoch Truppen einmarschieren, so haben sämtliche Vollzugsräte den Generalstreik sofort zu proklamieren.

gez. Der Generalrat der Vollzugsräte Rheinlands und Westfalens.

Auf das Angebot des Zentralrats stellte die Regierung am 29. März durch Wehrkreiskommando 6 folgendes Ultimatum an die kämpfenden Arbeiter:

1. Waffen und Munition sind an die Polizeiverwaltung abzugeben und von dieser per Bahn dem Wehrkreiskommando nach Münster zuzuführen. Die Polizeiverwaltungen haben bis zum 30. März, 11 Uhr vormittags, dem Wehrkreiskommando die Zahl und Art der zur Abgabe gelangten Waffen und Munition zu melden. Sind bis zum 30. März, 11 Uhr vormittags, nicht schon 4 schwere und 10 leichte Geschütze, 200 Maschinengewehre, 16 Minenwerfer, 20 000 Gewehre, 400 Schuß Artilleriemunition, 300 Schuß Minenwerfermunition und 100 000 Schuß Infanteriemunition abgeliefert, so gelten die Bedingungen der Waffenabgabe als nicht erfüllt. Werden die geforderten Mengen abgeliefert, wird weitere Bestimmung über die restliche Waffenabgabe erfolgen.

2. Die Regierungspräsidenten werden bis zum 30. März, 11 Uhr vormittags, um Meldung ersucht, ob in ihren Bezirken noch Vollzugsräte bestehen oder die Ortsbehörden wieder restlos in ihre Rechte eingesetzt sind. Bestehen noch Vollzugsräte am 30. März, 11 Uhr vormittags, so gilt die Bedingung der Anerkennung der Staatsautorität als nicht erfüllt.

3. Stehen am 30. März, 11 Uhr vormittags, noch Teile der Roten Armee oder sonstige Wehren unter Waffen, so gilt die Bedingung der Auflösung der Roten Armee als nicht erfüllt. Die gegnerische Kampfleitung wird zur Abgabe hierüber bis zum 30. März, 11 Uhr vormittags, aufgefordert.

4. Befindet sich am 30. März, 11 Uhr vormittags, noch ein gefangener Reichswehrsoldat, Sicherheitspolizist, Anhänger der Einwohnerwehr oder der Essener und Dortmunder Sicherheitswehr als Gefangener in den Händen der Aufrührer, sind ferner bis zum 30. März, 11 Uhr vormittags, nicht alle Geiseln freigelassen, so gilt die Bedingung der Freilassung als nicht erfüllt. Gefangene und Geiseln müssen bis zum 30. März, 11 Uhr vormittags, beim Reichswehrkommando in Münster eingetroffen sein. Wird Gefangenen oder Geiseln auch nur ein Haar gekrümmt, so gilt die Bedingung ebenfalls als nicht erfüllt.

Der Zentralrat erließ darauf folgenden Aufruf:

Der Zentralrat erblickt in den Ausführungsbestimmungen den Versuch, unter allen Umständen einen Vorwand zu finden, um in das Ruhrrevier einmarschieren zu können. Jeder Mensch muß erkennen, daß die Erfüllung der hier gestellten Bedingungen technisch unmöglich ist. Hinzu kommt, daß dem Zentralrat diese Ausführungsbestimmungen nicht einmal bekannt geworden sind, er sie vielmehr nur durch einen Zufall zur Kenntnis nehmen konnte. In der Abwehr des ungeheuerlichen Planes ruft der Zentralrat zum sofortigen Generalstreik auf.

Gleichzeitig wurden zwei Vertreter des Zentralrats beauftragt, nach Berlin zu fahren, um dort mit den Vertretern der Parteien und der Gewerkschaften wegen der Wiederaufnahme des Generalstreiks zu verhandeln.

Diese Verhandlungen fanden am Dienstag, den 30. März, in Berlin statt. Es nahmen daran teil die Vertreter des Gewerkschaftsbundes, der Afa und der drei sozialistischen Parteien. Von der Zentrale der K. P. D. die Genossen Pieck und Levi. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die Sitzung der am Abbruch des Generalstreiks beteiligten Arbeiterorganisationen und Parteien beschließt, die Regierung zu ersuchen:

1. Eine bindende Zustimmung zu dem Bielefelder Abkommen zu geben.

2. Die über dieses Abkommen hinausgehenden militärischen Befehle und Maßnahmen aufzuheben.

3. Den General Watter abzuberufen und eine 48stündige Frist für die Ausführung des Bielefelder Abkommens zuzugestehen.

Auf Grund dieses Beschlusses verhandelten fünf Vertreter, darunter auch Gen. Levi, mit dem Reichskanzler. Der Reichskanzler erklärte, daß das Kabinett im Laufe des Nachmittags schlüssig werden würde. Das Ergebnis der Kabinettsberatungen war folgende Erklärung der Regierung:

Die Reichsregierung sieht nach wie vor in dem Bielefelder Abkommen eine geeignete Grundlage für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrrevier und für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Sie hat sich auch ihrerseits an das Bielefelder Abkommen gebunden und die Truppen bisher nicht in das Ruhrgebiet einmarschieren lassen. Dies hat der Herr Reichswehrminister gestern in der Nationalversammlung ausdrücklich festgestellt. Dagegen ist von der anderen Seite, obwohl inzwischen 7 Tage verflossen sind, nicht das geringste geschehen, um die aus dem Bielefelder Abkommen sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Im Gegenteil: Wesel ist unausgesetzt angegriffen worden. Erpresserische Eingriffe in Bankdepots und in die Bestände der Reichsbank haben sich ereignet. Lebensmittel usw. sind gewaltsam weggenommen worden. Hilferufe aus Stadt und Land treffen ununterbrochen bei der Regierung ein. Pflicht der Regierung ist es, wie von jedem Einsichtigen anerkannt werden muß, dieser Not ein Ende zu machen und für alle Bewohner im Ruhrgebiet wieder geordnete Zustände

herzustellen. Dieses soll auf der Grundlage des Bielefelder Abkommens geschehen, bei dessen Abschluß die Abberufung des Generals von Watter nicht nur nicht verlangt, sondern ausdrücklich gemeinsam abgelehnt worden ist. Im übrigen wird die Durchführung der notwendigen Maßnahmen, wie bereits vom Reichskanzler in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung mitgeteilt worden ist, unter Beteiligung von zivilen Vertrauensmännern und in der Form erfolgen, daß die Bevölkerung mehr als 48 Stunden Zeit haben wird, von sich aus geordnete Zustände herzustellen, so daß die etwa notwendig werdende Anwendung von Gewalt nur auf Auführer und Verbrecher beschränkt sein wird.

Die Reichsregierung: gez. Müller.

Mit diesem Ergebnis fuhren die beiden Vertreter des Zentralrats, darunter der Genosse Pieck, wieder in das Ruhrgebiet zurück. Außerdem wurde vom Gewerkschaftsbund Gen. Giebel mit nach Essen geschickt.

Die Regierung hatte außerdem den preußischen Minister des Innern, Severing, sofort nach Münster gesandt, um mit dem General Watter wegen der Einstellung des Truppenvormarsches zu verhandeln; außerdem sollte er sofort in Hagen eine Konferenz einberufen, wobei die Vertreter der Städte geladen werden sollten, die auf dem Boden des Bielefelder Abkommens standen.

Die Konferenz wurde dann aber von Severing nicht in Hagen, sondern in Münster einberufen.

Als die beiden Vertreter des Zentralrats am Mittwoch, den 31. März von Berlin nach Essen zurückkamen, waren bereits eine Anzahl von Vertretern des Zentralrats nach Münster abgefahren. Gen. Pieck erklärte sofort, die Besprechungen in Münster wären völlig überflüssig und nur eine Gefahr für die Teilnehmer. Die Mitglieder des Zentralrats waren denn auch auf ihrer Hin- und Rückreise starken Belästigungen durch die gegenrevolutionären Truppen ausgesetzt, wie sie auch in Münster selbst in der schimpflichsten Weise behandelt wurden.

Am gleichen Tage vormittags 10 Uhr war vom Zentralrat eine Konferenz der Vollzugsausschüsse des rheinisch-westfälischen In-

dustriegebietes einberufen worden. Da die Mitglieder des Zentralrats zum größten Teil nach Münster gefahren waren und die Meldungen von der Abhaltung einer Konferenz der Vollzugsräte in Hagen und einer in Essen sich durchkreuzten, war die Konferenz sehr schwach besucht.

Gen. Pieck setzte der Konferenz auseinander, daß der Minister Severing offenkundig die Absicht verfolge, über den Kopf des Zentralrats hinweg irgendwelche Beschlüsse zur Beilegung des Kampfes herbeizuführen. Es sei notwendig, daß man sich sofort mit den in Münster weilenden Zentralratsmitgliedern verständige, daß sie sich auf keine bindenden Beschlüsse einlassen sollten. Die Konferenz wurde auf den Nachmittag vertagt, um die Antwort der Zentralratsmitglieder von Münster abzuwarten.

Als die Konferenz am Nachmittag wieder eröffnet wurde, war noch keine Antwort aus Münster eingetroffen, und die Versammelten beschlossen die Absendung einer Delegation nach Münster, um dort mit den Vertretern des Zentralrats zu sprechen. Die Konferenz wurde dann auf den nächsten Tag vertagt. Inzwischen nahmen die Kämpfe an der Weseler Front durch die Vorstöße der gegenrevolutionären Truppen einen immer heftigeren Charakter an.

Von der militärischen Leitung der Roten Armee wurde folgende Bekanntmachung erlassen, die vom Zentralrat genehmigt wurde:

1. Gefechtsleitung.

Die örtlichen Gefechtsleitungen unterstehen dem Oberkommando in Mülheim (Ruhr). Vom Oberkommando Mülheim (Ruhr) sind sämtliche Befehle durchzugeben und nur solche zu beachten.

2. Transport.

Transporte haben nur durch das Oberkommando Mülheim (Ruhr) ihre Befehle entgegenzunehmen. Dem Oberkommando sind unverzüglich Stärke und Bestand an Mannschaften, Waffen und Munition mitzuteilen.

3. Verpflegung.

Mannschaften haben nur dann Anspruch auf Verpflegung, wenn sie den Anordnungen des Oberkommandos unverzüglich Folge

leisten, sich ordnungsgemäß zurückmelden und eine Bescheinigung vom Bestimmungsort vorzulegen in der Lage sind.

4. Besonderes.

Jedes Marodieren und Herumlungern in der Etappe wird strengstens bestraft. Eigenmächtiges Requirieren wird als Plünderung erkannt und mit dem Tode bestraft.

Essen, den 31. März 1920.

Genehmigt: Militärische Leitung Mühlheim (Ruhr):

Der Zentralrat
der Vollzugsräte des Industriegebiets
Rheinland und Westfalen
Sitz Essen.

Vom Gewerkschaftsbund waren am 27. März Gen. Graßmann, von der Fraktion der S. P. D. der Abgeordnete Osteroth und von der Fraktion der U. S. P. D. der Abgeordnete Braß in das Industriegebiet geschickt worden, um sich dort über die Lage zu informieren und die Parteien und die Gewerkschaftsinstanzen in Berlin darüber zu unterrichten. Die betreffenden Genossen konnten sich überzeugen, daß von den Arbeitern wirklich alles getan wurde, um auf der Grundlage des Bielefelder Abkommens eine Einstellung der Kämpfe herbeizuführen. Die Voraussetzung dafür war aber, daß die Regierung selbst dafür sorgte, daß sich die Offiziere der Regierungstruppen auch an die Vereinbarungen hielten, was aber nicht der Fall war. Diese drei Genossen erließen am 29. März folgenden Aufruf:

An die arbeitende Bevölkerung Rheinland-Westfalens!

Arbeiter! Genossen!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die beiden sozialdemokratischen Fraktionen der Nationalversammlung sandten die Unterzeichneten in das Ruhrgebiet, um eine friedliche Lösung der Lage herbeizuführen.

Das Bielefelder Abkommen sollte die Grundlage eines die Verhältnisse berücksichtigenden Ausgleichs sein. Leider wurde es nicht überall eingehalten. Eine andere Lösung ist aber nicht möglich.

Geht der Kampf weiter, so verbluten sich die besten Kräfte der Arbeiterschaft völlig nutzlos, und der wirtschaftliche Schaden für das ganze Volk würde eine furchtbare Hungersnot bringen, und die Reaktion würde mit einem Schein von Recht behaupten können, daß die Gefahr mehr von links als von rechts drohe. Soweit darf es nicht kommen. Es gilt, Tausende von wertvollen Menschenleben zu retten, unsere wirtschaftlichen Lebensbedingungen zu erhalten und den Rückfall in die Reaktion zu vermeiden. Wir richten daher an die Arbeiterschaft den dringenden Appell, das Bielefelder Abkommen einzuhalten und die Waffen sofort niederzulegen. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die den Arbeitern in dem von der Regierung anerkannten Abkommen gebotenen Garantien auch von anderer Seite eingehalten werden. Aber von Seiten der Vollzugsausschüsse muß nunmehr auch innerhalb der gegebenen Frist, die am 4. April abläuft, die Regelung durchgeführt sein.

Dortmund, den 29. März 1920.

Für die Fraktion der U. S. P.: B r a ß.

Für den Gewerkschaftsbund: G r a ß m a n n.

Für die Fraktion der S. P. D.: O s t e r o t h.

Die drei Genossen übersahen zunächst vollständig, daß die Regierungstruppen sich gar nicht an das Bielefelder Abkommen hielten; ihr in dem Aufruf gegebenes Versprechen, dafür Garantien zu schaffen, versuchten sie zwar einzulösen, aber auch sie mußten sich überzeugen, daß alle ihre Versuche, die sie telephonisch und telegraphisch in Münster unternahmen, nicht das geringste Ergebnis hatten.

Die Regierungstruppen marschierten auch nördlich des Industriegebiets immer weiter ein.

Während der ganzen Zeit hatten Vertreter der ausländischen Mission versucht, mit Mitgliedern des Zentralrats zu verhandeln, um diese zu veranlassen, die Besetzung des Industriegebiets durch die Ententetruppen zu fordern. Der Zentralrat lehnte aber alle Versuche, ihn zu einer solchen Forderung zu veranlassen, ab.

Es haben aber von Vertretern der U. S. P. solche Verhandlungen stattgefunden. Es war bei ihnen sogar die Absicht vorhanden, mit Hilfe der Entente eine rheinisch-westfälische Räterepublik auszurufen.

Außerdem waren sehr starke Tendenzen vorhanden, bei einem Einmarsch von Regierungstruppen die Bergwerke in die Luft zu sprengen. Diese Gedanken wurden schon gleich zu Anfang von Vertretern der U. S. P. unter die Arbeiter getragen, die naturgemäß bei den sehr zahlreich vorhandenen Syndikalisten eifrig aufgenommen und weitergetragen wurden. Gegen alle diese Tendenzen hat der Zentralrat unter der Führung der Kommunisten aufschärfste Stellung genommen. Die Vernichtung der Bergwerke hätte die gesamte Arbeiterschaft nicht nur des Kohlengebiets, sondern auch die des übrigen Deutschlands gegen die Kämpfe im Industriegebiet aufgebracht; und sie wären der erwünschte Anlaß für die Regierung gewesen, um die Truppen mit aller Schärfe gegen die kämpfenden Arbeiter im Industriegebiet vorzuschicken. Daß dieses später jedoch geschah, obgleich der Zentralrat und die Vollzugsausschüsse sich ernstlich bemühten, den Kampf abzubrechen, kennzeichnet nur die völlige Ohnmacht der Regierung gegenüber den Generälen.

Der Zentralrat berief zu Donnerstag, den 1. April, nachmittags, nach Essen eine Vollversammlung der Vollzugsräte des Industriegebiets, damit diese auf Grund der Erklärungen der Regierung und der Verhandlungen in Münster entscheide, ob der Generalstreik aufgehoben werden solle oder nicht.

Die Vollversammlung war sehr stark besucht. Vertreten waren 280 Delegierte aus 94 Orten und Kreisen. Anwesend waren 56 S. P. D., 113 U. S. P., 109 K. P. D. und 2 Syndikalisten. Ferner die Vertreter der Bezirksleitungen der S. P. D., U. S. P. und K. P. D.

Gen. Pieck referierte über die politische Situation. Er führte aus:

Nachdem am Sonntag die Konferenz dem Zentralrat Vollmacht erteilt hatte, bei drohender Gefahr des Einmarsches von Regierungstruppen den Generalstreik zu proklamieren, setzte sich der Zentralrat noch einmal mit Berlin in Verbindung, um eine klare

Stellungnahme der Regierung zu erzwingen. Die Regierung lehnte es rundweg ab, mit dem Zentralrat zu verhandeln, verlangte unbedingte Unterwerfung der Arbeiterschaft und gab Watter unbeschränkte Vollmachten, die dieser zu seinem verbrecherischen Anschlag auf das revolutionäre Proletariat mißbrauchte, indem er mit brutaler Gewalt jeden Befreiungsversuch des Proletariats niederzuschlagen drohte. Es war klar, daß die Militärs den Kampf wollten, es war aber auch klar, daß die Kräfte des rheinisch-westfälischen Proletariats allein zum siegreichen Endkampf nicht ausreichten. Darum war der Zentralrat, beladen mit der ganzen Verantwortlichkeit für das Wohl und Wehe der ganzen Bevölkerung, mit der Verantwortung für Tausende von Menschenleben, verpflichtet, alles zu versuchen, das Unheil vom Rheinland abzuwenden. Eine Delegation ging nach Berlin, um der Regierung, der eben erst durch den Kampf gegen den Militarismus in den Sattel geholfen war, noch einmal die Folgen zu schildern, die bei Durchführung ihrer Anordnungen unbedingt eintreten müßten. Gleichzeitig wandte sich die Delegation an die sozialistischen Parteien und die Vertreter der Gewerkschaften, um ihnen die ungeheuren Gefahren, die nicht nur für Rheinland-Westfalen, sondern für ganz Deutschland drohten, zu zeigen. Es ging dann die bekannte Delegation zur Regierung. Die ungenügende Antwort rief das Ultimatum aller Sozialisten und Sozialdemokraten hervor. Die so durch die Einheit des Proletariats erzielte Kraft zwang die Regierung zum Rückzug, zwang zur neuen Verhandlung des Ministers Severing, die anfänglich in Hagen, dann aber in Münster stattfinden sollte. Während bis zu dieser Zeit der Zentralrat von der Regierung ausgeschaltet, systematisch übergangen worden war, sah sich die Regierung gezwungen, nunmehr den Zentralrat zu Rate zu ziehen. Die Verhandlungen wurden bis in die Nacht fortgeführt und führten zu dem Ergebnis, daß die Reichwehrtruppen Anweisung erhielten, den Vormarsch einzustellen. Die Herstellung „geordneter“ Verhältnisse wird durchgeführt von den Vollzugsausschüssen gemeinsam mit den Gemeindebehörden. Die Waffen bleiben in Gewahrsam der Arbeiterschaft unter Kontrolle der Ortswehren. Sicherheitswehren sind, wo sie noch bestehen, aufzulösen. Alle Waffen bleiben in den Orten und

werden durch die sofort zu bildenden Ordnungsausschüsse an die organisierte Arbeiterschaft ausgegeben. Abbruch des Kampfes soll erfolgen Mittwoch Nacht 12 Uhr, der Rückzug und die ordnungsmäßige Abwicklung erfolgt bis 2. April 12 Uhr mittags, die endliche Regelung bis 10. April. Gen. Pieck schildert noch die Situation, wie sie ist und wie sie wurde. Die Beschlüsse von Bielefeld waren ein Keil, der in die Arbeiterschaft getrieben wurde; sie führten zur Abbröckelung des einheitlichen Wollens. Darunter hatte auch die Führung des Generalstreiks zu leiden. Es ist noch nicht die Zeit, die Schuldigen hieran festzunageln, das kommt in den folgenden Tagen. Heute soll nur geprüft werden, was zu tun ist. Der Kampf gegen die Reichswehrtruppen liegt jetzt nicht im Interesse des Proletariats, sondern im Interesse der Bourgeoisie, die ein Blutbad will. Wir haben dies zu verhindern. Und wenn die Reichswehrtruppen trotz aller Versprechungen der Regierung doch marschieren, dann trifft die Riesenschuld nicht das kämpfende Proletariat, sondern die Militärkaste und die Regierung, die dann als die Judasse aller Welt offenkundig sind, dem Haß, der Wut des ganzen Proletariats preisgegeben, nur noch lebend von der Gnade des Militärs, in kurzer Zeit beide im Orkus verschwindend durch gemeinsamen und gewaltigen Ansturm des vereinigten Proletariats. Zunächst aber gilt es, den eingegangenen Verpflichtungen zu genügen.

Im Anschluß daran berichteten die während des Referats aus Münster zurückgekehrten Genossen Oettinghaus (U. S. P.) und Nickel (vom Mülheimer Arbeiterrat) über die Verhandlungen in Münster. Severing habe erklärt, daß er von der Regierung folgende Vollmachten erhalten habe:

1. Zu prüfen und zu entscheiden, ob Personen, die in Schutzhaft oder in einer sonstigen nicht gerichtlich bestätigten Haft gehalten sind, festzuhalten oder vorbehaltlich des gerichtlichen Verfahrens zu entlassen sind.

2. Die Namen derjenigen Personen zu bezeichnen, deren Entlassung oder sonstige disziplinarische Verfolgung sich empfiehlt, weil sie sich an der von Kapp und Lüttwitz eingeleiteten hochver-

räterischen Bewegung als Führer, Verführer oder Aufhetzer beteiligt haben.

Er ist ferner ermächtigt, Unterbevollmächtigte für einzelne Städte und Bezirke zu ernennen, die den militärischen Stellen als politische Berater zur Seite stehen. Sämtliche Behörden werden ersucht und alle Organisationen, Verbände und andere Stellen aufgefordert, dem Reichskommissar oder Unterbevollmächtigten jede Unterstützung zu gewähren.

Nachdem Minister Severing die Erklärung abgegeben hatte, daß die Reichsregierung an den Bielefelder Bedingungen festhalte, kam um 10.30 Uhr abends folgende Vereinbarung zustande:

„Die Sitzung hat allseitig die Notwendigkeit betont, daß die sowohl von der Reichsregierung wie auch von dem Zentralrat Essen und den drei sozialistischen Parteien anerkannten Bielefelder Beschlüsse eingehalten werden. Die Frist für die Ablieferung der Waffen und den Abbau der Fronten auf Grund der Bielefelder Bedingungen wird bis zum 2. April, mittags 12 Uhr, verlängert. Bis zu diesem Termin hat auch die ausgesprochene Amnestie Geltung, so daß allen Kämpfern ein ehrenvoller Abgang möglich ist. Jede Vorwärtsbewegung der Reichswehr oder ihrer Teile hört mit dem 31. März abends auf. In Orten, die die gestellte Bedingung der restlosen Ablieferung der Waffen im Sinne der Bielefelder Beschlüsse, d. h. an die Gemeindebehörden und Ortswehren, fristgemäß durchführen, wird das Standgericht und der verschärfte Ausnahmezustand aufgehoben. Als Aufrührer im Sinne der Regierungserklärung werden nur diejenigen betrachtet, die nach dem 2. April 1920, mittags 12 Uhr, zum Zweck des Kampfes gegen die verfassungsmäßigen Organe Waffen führen oder die Waffen entgegen der Vereinbarung nicht niederlegen. Die drei sozialistischen Parteien und der Zentralrat in Essen werden ihren ganzen Einfluß einsetzen, um den Kampf der Arbeiterschaft des Industriegebiets geschlossen und einheitlich zu dem genannten Zeitpunkt zu beenden. Der Reichsregierung liegt Material gegen die politische Haltung des Generals von Watter nicht vor. Wenn solches eingereicht wird, wird die Regierung Schritte unternehmen.

Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die Vollversammlung für das Industriegebiet Rheinland-Westfalen beschließt die Anerkennung und sofortige Durchführung der Bielefelder Vereinbarungen vom 24. März und der am 31. März in Münster getroffenen Vereinbarungen.

Die Kampfleiter der Roten Armee erklären, daß sie sich diesen Beschlüssen der Vollzugsräte unterwerfen und für sofortige Durchführung der Beschlüsse sorgen werden.

Aus den Vereinbarungen ergeben sich für die kämpfende Arbeiterschaft folgende Verpflichtungen und Rechte:

1. Sofortige Einstellung des militärischen Kampfes und sofortige Auflösung der Roten Armee bis zum 2. April, spätestens 12 Uhr mittags. Von den Truppenleitern ist den Soldaten eine Bescheinigung über ihre Dienstzeit auszustellen.

Die zu entlassenden Soldaten gehen mit ihren Waffen an ihren Wohnsitz zurück, wo sie Waffen und Munition abzugeben und wo sie ihre Löhnung in Empfang zu nehmen haben.

Die Unternehmer sind verpflichtet, alle bisher von ihnen beschäftigten Arbeiter, die an den Kämpfen teilgenommen haben, wieder einzustellen.

2. Sofortige Freilassung der aus Anlaß des Kampfes gemachten Gefangenen bis spätestens 2. April, 12 Uhr mittags.

3. Sofortige Abgabe der Waffen, Munition, erbeuteter und requirierter Heeresgeräte an die Stellen, die von den jetzt bestehenden Vollzugs- und Aktionsausschüssen in Gemeinschaft mit den Gemeindebehörden festzusetzen sind. Diese Stellen haben dafür zu sorgen, daß auch die Waffen abgeliefert werden, die das Bürgertum noch im Besitz hat. Die Verwahrung von Waffen und Munition übernimmt die Gemeindebehörde. Der zu bildende Ordnungsausschuß wird darüber zu wachen haben, daß sie offen in Verwahrung der Gemeindebehörden bleiben. Die völlige Abgabe von Waffen und Munition muß innerhalb von zehn Tagen, spätestens bis 10. April, restlos durchgeführt werden.

4. Bis zum 10. April muß in jeder Gemeinde von den organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten, sowie von den Mehr-

heitsparteien ein Ordnungsausschuß gebildet werden, der im Einvernehmen mit den Gemeindebehörden bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird darauf zu achten haben, daß sie entsprechend ihrer Stärke im Ordnungsausschuß vertreten ist.

5. Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane ist vom Ordnungsausschuß sofort eine Ortswehr aus der republikanischen Bevölkerung, insbesondere den organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten zu bilden, und zwar in einer Stärke von drei Mitgliedern der Ortswehr auf je 1000 Einwohner. Für die Zeit, in der die Mitglieder der Ortswehr Dienst leisten, haben sie eine Bezahlung von der Gemeinde zu beanspruchen. Es ist in der Vereinbarung vorgesehen, daß die Kosten der Ortswehr zum Teil vom Staat getragen werden.

Sämtliche bisherigen Einwohnerwehren sind aufzulösen.

6. Die verfassungsmäßigen Behörden dürfen in der Ausübung ihrer Ämter entsprechend den dafür bestehenden Gesetzen nicht behindert werden.

Die Regierung ist auf Grund der Bielefelder Vereinbarungen zu folgendem verpflichtet:

1. Völlige Straffreiheit für die bis zum 2. April, mittags 12 Uhr, an den Kämpfen beteiligten Arbeiter zu gewähren.

Als Aufrührer im Sinne der Regierungserklärung vom 30. März gilt nach den Vereinbarungen zwischen Gewerkschaftsbund und Regierung nur derjenige, der nach dem 2. April, mittags 12 Uhr, noch zum Zweck des Kampfes gegen die verfassungsmäßigen Organe Waffen führt oder die Waffen nicht niedergelegt hat.

2. Sofortige Aufhebung des verschärften Ausnahmezustandes und des Standrechts bis zum 2. April, mittags 12 Uhr, und Aufhebung des allgemeinen Ausnahmezustandes bis spätestens 10. April.

3. Jeder Einmarsch von Regierungstruppen in das Industriegebiet ist zu verhindern. Sofortige Einstellung der Vorwärtsbewegung der Reichswehrtruppen am 31. März abends.

4. Prüfung des gegen General von Watter eingereichten Materials wegen seiner konterrevolutionären Betätigung.

5. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am konterrevolutionären Putsch vom 13. März beteiligten Personen.

6. Auflösung aller der Verwaltung nicht treugebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgend eines Standes. Unter die danach aufzulösenden Truppen fallen die Korps Lützow, Lichtschlag und Schulz. Auflösung aller bisherigen Einwohnerwehren.

7. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Personen, besonders von solchen in leitenden Stellen, und Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemaßregelten Organisationsvertreter.

8. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage, unter Mitbestimmung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

9. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle sozialwirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

10. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige, unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzugezogen werden. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Uebernahme der Kohlen- und Kalisyndikate durch das Reich.

11. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel, verschärfte Bestrafung des Schieber- und Wuchertums in Stadt und Land. Sicherung der Erfüllung der Lieferungsverträge durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtungen.

12. Hinzuziehung der Arbeiter als politische Berater der militärischen Stellen.

13. Uebernahme der Kosten der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten und der den Gemeinden aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden auf das Reich.

Die Vollversammlung der Vollzugsräte beschließt die Aufhebung des Generalstreiks für das gesamte Industriegebiet.

Sie wird sofort die Arbeiterschaft wieder zum Kampf aufrufen, wenn die Regierung nicht ihre durch die Vereinbarungen in Bielefeld und Münster übernommenen Verpflichtungen erfüllt, insbesondere, wenn es ihr nicht gelingt, den Truppenbewegungen gegen das Industriegebiet Einhalt zu gebieten.

Die Versammlung spricht den proletarischen Truppen die höchste Anerkennung für ihre Taten aus und verspricht, für die Unterstützung der Hinterbliebenen der gefallenen Kämpfer und der Verletzten nach besten Kräften zu sorgen.

Im Anschluß daran wurde noch folgende Erklärung des Zentralrats von der Konferenz einstimmig akzeptiert:

Das Bielefelder Abkommen schließt nicht die Auflösung der politischen Arbeiter- und Betriebsräte und des Zentralrats in sich, nur werden diese Körperschaften nicht mehr die Funktionen erfüllen, die sie während des eben beendeten Kampfes gehabt haben (Ausübung der Kontrolle der behördlichen Funktionen). Das Bielefelder Abkommen schließt die volle Autorität der Behörden ein, die nach den gesetzlichen Vorschriften ihres Amtes zu walten haben. Infolgedessen hat die Kontrolle der Behörden durch die Arbeiter- und Vollzugsräte nur recht geringen Wert. Die Arbeiter- und Vollzugsräte und der Zentralrat müssen aber von den Arbeitern nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden. Die Räte sind die politischen Klassenorganisationen und Kampforgane des gesamten Proletariats der Gemeinde, des Bezirks und des Industriegebiets. Durch die Räte vertritt die Arbeiterschaft als Gesamtheit ihre Klasseninteressen gegenüber den bürgerlichen Klassen. In den Räten werden die Klassenforderungen des Proletariats, sowie die Richtlinien und Parolen des politischen Kampfes besprochen und festgelegt, wobei

jede Parteirichtung des Proletariats volle Diskussions- und Handlungsfreiheit hat.

Die Wahl der örtlichen Arbeiterräte hat in den Betrieben zu erfolgen. Die Zahl der zu wählenden Räte ist durch die örtlichen Vollzugsräte zu bestimmen. An der Wahl der Räte nimmt die gesamte Arbeiterschaft, einschließlich der Angestellten und Beamten, ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit teil.

In den Räten schließen sich die Räte nach ihrer Parteizugehörigkeit zu Fraktionen zusammen.

Der örtliche Arbeiterrat wählt aus seiner Mitte einen Vollzugsrat, der die Leitung des Arbeiterrats bildet.

Die Vollzugsräte des Industriegebiets treten nach Bedarf zu Vollversammlungen zusammen. Die Vollversammlung wählt zur Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft des gesamten Industriegebiets einen Zentralrat, der nächst der Vollversammlung der Vollzugsräte das oberste Organ der Arbeiterräte des Industriegebiets ist.

Er setzt sich zusammen aus Vertretern der Vollzugsräte unter Hinzuziehung von Vertretern der drei politischen Parteien der Arbeiterschaft, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen. Bei politischen Aktionen übernehmen die Räte durch ihre Vollzugsräte und den Zentralrat die Führung der Aktionen für das gesamte Industriegebiet.

Die Vollversammlung der Vollzugsräte stimmt der Erklärung und den Vorschlägen des Zentralrats zu und beschließt, dafür zu sorgen, daß sofort in allen Orten des Industriegebiets nach diesen Vorschlägen Arbeiterräte gewählt werden.

Dann wurde noch folgender Antrag des Zentralrats einstimmig angenommen:

Der Zentralrat des Industriegebiets ist zusammenzusetzen aus 16 Vertretern der Vollzugsräte, je einem Vertreter der drei politischen Parteien der Arbeiterschaft, des Aktionskomitees, der freien Gewerkschaften, der Arbeiterunionen, der genossenschaftlichen Organisationen und der Eisenbahner des Industriegebiets.

Es sei hiermit ausdrücklich festgestellt, daß diese Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden, da die allgemeine Auffassung vorhanden war, daß an eine Fortsetzung der bewaffneten Kämpfe wie auch des

Generalstreiks nicht mehr zu denken war. Die Fortsetzung der militärischen Kämpfe scheiterte nicht nur an der Uneinigkeit der Arbeiter, sondern auch an der unzulänglichen Bewaffnung, Ausrüstung und Versorgung der Truppen mit Lebensmitteln. Die Fortführung des Generalstreiks war ebenfalls infolge der Uneinigkeit und des abgekämpften Zustandes der Arbeiter nicht mehr möglich. Es ist bis zum letzten Augenblick von den Kommunisten versucht worden, aus der Situation herauszuholen, was herauszuholen war. Daß es den Regierungstruppen trotzdem möglich war, in das Industriegebiet einzudringen, lag zum Teil an den vorerwähnten Umständen, andernteils daran, daß selbst von Arbeiterorganisationen der Einmarsch der Regierungstruppen gefordert wurde, um sich zu schützen vor dem angeblichen Terror, der von denjenigen ausgeübt werde, die sich nicht den Beschlüssen des Zentralrats unterordneten, sondern Revolution auf eigene Faust machten.

So kam es in Essen dazu, daß die Post- und Eisenbahnbeamten ihre Arbeit einstellten, weil sie nach ihrer Meinung von den bewaffneten „wilden Banden“ gehindert und in Lebensgefahr gebracht wurden. Tatsache ist, daß infolge der ungemein gespannten politischen Situation eine ganze Reihe von Arbeitern nicht mehr die Disziplin bewahrte, die im Interesse des revolutionären Kampfes unbedingt erforderlich war. Besonders versuchten in Essen bewaffnete Arbeiter den Vollzugsrat zu stürzen und ein militärisches Exekutivkomitee zu bilden, wie dies auch von Mülheim aus geschehen war. Infolge der Verkennung der geschaffenen Lage glaubten sie die Vollzugsausschüsse und den Zentralrat für die Schwierigkeiten des Kampfes verantwortlich machen zu müssen, so daß der Zentralrat mehrfach der Gefahr ausgesetzt war, von diesen Banden aufgehoben zu werden.

Die militärischen Leiter wollten sich unter keinen Umständen dem Beschluß der Vollzugsräte vom 1. April fügen und versuchten, den bewaffneten Kampf auf eigene Faust fortzusetzen.

Bei einer eingehenden Aussprache mit den Gefechtsleitern am 2. April faßte der Zentralrat folgenden Beschluß:

Der Zentralrat beschließt nach erneuter Prüfung der politischen

und militärischen Lage die Durchführung des am 1. April in der Vollversammlung der Vollzugsräte gefaßten Beschlusses auf sofortigen Abbruch des militärischen Kampfes, obwohl die Reichswehr den sich zurückziehenden Truppen der Roten Armee überall nachfolgt . . .

Der Zentralrat wird sich sofort mit der Zentraleitung der drei sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften in Verbindung setzen, um diese Körperschaften zu veranlassen, den Generalstreik über das ganze Reich zu proklamieren, weil die Regierung nicht die Vereinbarungen von Bielefeld und Münster erfüllt hat!

Gen. Pieck versuchte sofort nach Berlin zu fahren, um dort mit den Parteiinstanzen über die erneute Situation des Generalstreiks zu verhandeln. Da es aber durch die Unterbindung des Eisenbahnverkehrs durch die Regierungstruppen nicht möglich war, Berlin zu erreichen, so konnten diese Verhandlungen nicht stattfinden. Aber es waren auch, mit Ausnahme der Kommunisten, die Partei- und Gewerkschaftsinstanzen nicht bereit, erneut zum Generalstreik aufzurufen.

Der Zentralrat war genötigt, seinen Sitz von Essen nach Barmen zu verlegen. Er veröffentlichte dies in folgender Bekanntmachung:

Der vertragsbrüchige Vormarsch der Regierungstruppen und das Zurückfluten der verfolgten roten Truppen haben in Essen eine Stimmung geschaffen, welche eine unbeeinflusste Tätigkeit des Zentralrats, wie sie gerade jetzt am allernötigsten ist, unmöglich macht. Der Zentralrat verlegt daher seinen Sitz von Essen nach Barmen. Die Vollzugsausschüsse werden aufgefordert, ihre Tätigkeit im Sinne der Abkommen von Bielefeld und Münster vollauf wieder auszuüben. Für die katastrophalen Folgen, welche die Unfähigkeit der Regierung, ihre Truppen zurückzuhalten, haben muß, lehnt der Zentralrat jede Verantwortung ab. Er stellt nochmals fest, daß die Vorwände, welche die Regierung benutzen will, um ihre Ohnmacht zu verdecken, insbesondere die Behauptung, daß die Regierungstruppen angegriffen wurden, Lügen sind. Die roten Truppen und die Bevölkerung werden nochmals dringend aufgefordert, trotz des verräterischen Verhaltens der Regierungstruppen alle Verpflichtungen

des Abkommens einzuhalten und die äußerste Ruhe zu bewahren. Insbesondere wird vor allen Akten der Sabotage gewarnt, die uns mit Recht die Sympathien der Gesamtarbeiterschaft rauben würden. Der Regierung und ihren Truppen muß jeder Vorwand genommen werden, ihre Verbrechen noch nachträglich rechtfertigen zu können.

Essen, den 3. April 1920 nachmittags.

Der Zentralrat.

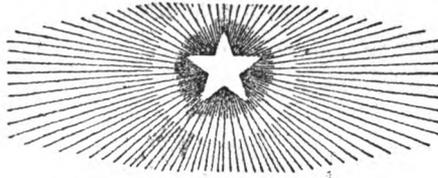
Alle Zuschriften an den Zentralrat sind an die folgende Adresse zu richten: Zentralrat für Rheinland-Westfalen, Barmen, Aktionsausschuß.

Bei einer Aussprache, die am 5. April in Barmen stattfand und an der der Zentralrat und eine Anzahl von Vertretern der U. S. P. und K. P. D. teilnahmen, wurde nochmals in eingehender Weise über die Frage debattiert, ob es angebracht sei, mit den Vertretern der Entente zu verhandeln, um eine Besetzung durch Ententetruppen herbeizuführen und damit den Einmarsch der Regierungstruppen zu hindern. Auch der Gedanke der Ausrufung einer Räterepublik wurde erneut von den Vertretern der U. S. P. in die Debatte geworfen. Von den Kommunisten wurde diese Anschauung energisch bekämpft, wobei bemerkt wird, daß auch der Abgeordnete Braß (U. S. P.) mit uns einer Meinung war.

Als sich am 6. April die Möglichkeit bot, nach Berlin zu fahren, reiste Gen. Pieck aus dem Industriegebiet ab.

Abschließend wird zu diesem Bericht bemerkt, daß sich der Vertreter der Zentrale der K. P. D. bei seiner Tätigkeit während des Generalstreiks und der bewaffneten Kämpfe im Industriegebiet davon leiten ließ, eine möglichst geschlossene Kampffront der Arbeiter herbeizuführen, um durch die Wahl der politischen Arbeiterräte und des Zentralrats zu verhüten, daß die verschiedensten Instanzen sich widersprechen, so wie es in der Tat geschehen ist, und Verwirrung unter die Arbeiter tragen. Als sich ergab, daß durch diese Verwirrung die geschlossene Kampffront nicht zu halten war, und andernteils auch alle Voraussetzungen für einen wirklich siegreichen Kampf gegen die bewaffneten Regierungstruppen fehlten, war er

dafür, den Kampf geschlossen abzubrechen, um aus dem Bielefelder Abkommen das herauszuholen, was in Anbetracht der Situation im Reiche einen wirklichen politischen Erfolg bedeutet hätte: so die Bildung bewaffneter Ortswehren aus den Reihen der organisierten Arbeiter und Angestellten und die Verwahrung der Waffen durch die Gemeindebehörden, die in Anbetracht der Ortswehren keine hinterhältige Politik gegen die Arbeiter hätten treiben können.



Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution.

Raymond Lefèvre.

Eine Trauerbotschaft geht uns zu: Raymond Lefèvre ist nicht mehr. Er verließ uns gegen den 15. September, mutig, voller Begeisterung, voll neuer Eindrücke und Pläne, alle seine Gedanken auf die künftige Tätigkeit gerichtet. Seine Rückreise trug Gefahren in sich, in die er sich guten Mutes fügte. Er sollte aus Rußland zurückkehren, erprobt, gefestigt durch zwei Monate der Verbindung mit den machtvollen Realitäten der Revolution.

Raymond Lefèvre gehörte zur jungen Generation der Kriegsschriftsteller; eine auserwählte Schar revolutionärer Intellektueller war aus den Schützengräben hervorgegangen, voller Verständnis für die inneren Notwendigkeiten, die die alte Gesellschaft zum großen Verbrechen geführt haben, fest entschlossen, neue Wege zu suchen.

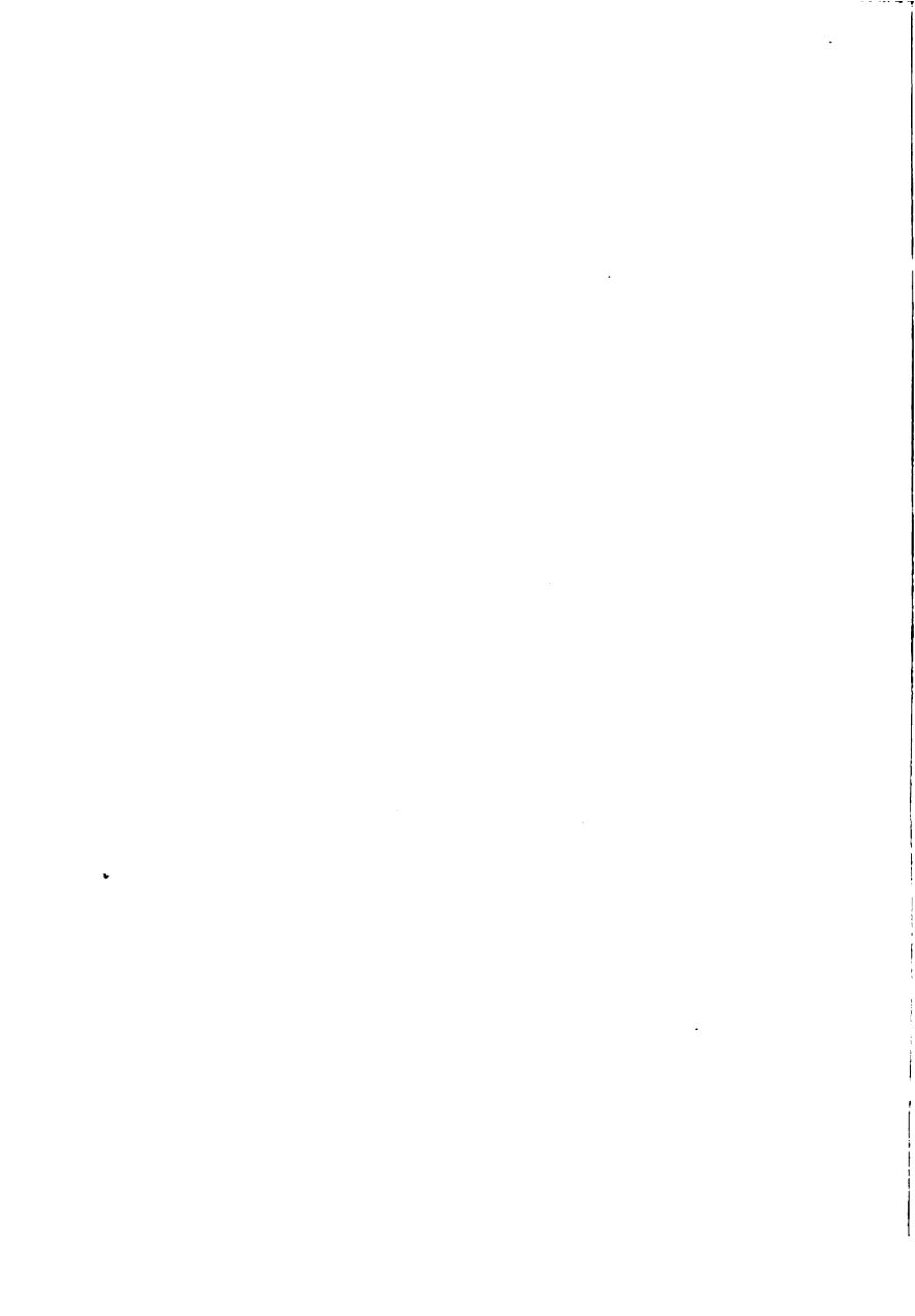
Seit 1917, nach längerem Verweilen an der Front, von wo er krank und verwundet, angeekelt und empört zurückkehrte, hat Raymond Lefèvre einen Roman, „Abrahams Opfer“, veröffentlicht; er zählte zur Gruppe der Schriftsteller, die mit Henri Barbusse, Duchan, Martinet, Noel Garnier, Henri-Jacques und vielen anderen ausersehen waren, die französische Gedankenwelt aus den Schmutzlachen des Krieges zu ziehen und sie mehr oder weniger bewußt auf den Weg der Revolution zu lenken.

Je lückenloser und genauer die Information wurde, die über die russische Revolution eintraf, je mehr die Begeisterung der Massen für diese Revolution sich hob, umso klarer und bewußter schloß die junge sozialistische Vorhut, in deren Reihen Raymond Lefèvre stand, sich dem Kommunismus an.

Um die Verbindung mit den vom Kriege am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Elementen der Massen nicht zu verlieren,



Raimond Lefèvre



beteiligte sich diese Gruppe an der Gründung der „Association Républicaine des Anciens Combattants“. Diese Organisation dachten gewisse politische Streber sich als Sprungbrett, das sie ins Parlament führen sollte. Aber Raymond Lefèvre und sein Freund Paul Vaillant - Couturier verstanden es, dort eine weitgehende, unausgesetzte revolutionäre Propaganda, in erster Reihe für Sowjetrußland und danach für die Gründung einer Kommunistischen Partei in Frankreich, zu führen. Raymond Lefèvre bereiste ganz Frankreich, um den Soldaten die Notwendigkeit der Revolution und der Vorbereitung für sie klarzulegen.

Dies war der Hauptgedanke, der ihn leitete. Wir finden diesen Gedanken in seiner Broschüre „La Revolution ou la Mort“ wieder, die einige Zeit vor seiner Reise nach Rußland erschien. Dieser Gedanke war auch das Thema seiner besten, in der „Humanité“ veröffentlichten Artikel. „Die Revolution ist notwendig — sagte er — um endlich einmal die Grundlage zum Frieden zu legen, um die französische Rasse zu retten. Außerhalb der Revolution gibt es keine Rettung. Aber die Revolution bedarf einer starken, geschlossenen, internationalen Organisation“. Diese klare Auffassung der gegenwärtigen revolutionären Sachlage führte Raymond Lefèvre in das Komitee der III. Internationale und veranlaßte ihn, auf dem Straßburger Kongreß als eifrigster Befürworter des Anschlusses an die Kommunistische Internationale hervorzutreten. Man erinnert sich wohl, daß die demokratische Polizei es für ihre Pflicht hielt, ihn verhaften zu lassen, und daß er für irgendwelche umstürzlerische Vorschläge dem Gericht überliefert werden sollte.

Ein gewinnender, begabter Redner, der es verstand, zu gleicher Zeit zu rühren und zu überzeugen, ein Journalist von unbestreitbarer Begabung, stellte Raymond Lefèvre seine überaus wertvolle Tatkraft in den Dienst des französischen Kommunismus.

* * *

Mit dem Mandat des Komitees der III. Internationale ausgerüstet, kam er zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale

nach Moskau. Er ließ es sich nicht nehmen, die alten Verirrungen des französischen sozialistischen Opportunismus auf dem Kongreß in schärfster Weise zu verurteilen und den bedingungslosen Anschluß der Sozialistischen Partei Frankreichs an die III. Internationale zu befürworten.

Unvergeßlich ist uns seine fast kindliche Freude an den Festszenen in Moskau. Als mehr als zweimal hunderttausend Arbeiter — Männer, Frauen und Kinder — den riesigen, sonnenüberfluteten, rotgeschmückten Platz vor den Mauern des Kreml entlang marschierten und freudig die auswärtigen Kommunisten begrüßten, lehnte sich Raymond Lefèvre, in eine weite russische Bluse gekleidet, in seiner ganzen Größe auf der Tribüne vor, wie um mit einem einzigen Blick einen möglichst großen Flächenraum zu umspannen. Man fühlte es: er prägte sich die Szene für immer ein.

Er nahm eine reiche Auslese von Eindrücken aus Rußland mit. In der Ukraine hatte er die von den Pogroms zerstörten Städte besucht; er hatte Charkow, Moskau, Petrograd gesehen, hatte sich für alles interessiert. Zusammen folgten wir dem Trauerzug der hingerichteten finnischen Kommunisten. Unter den Fenstern des Winterpalais ergriff er nach dem Begräbnis das Wort, um der Soldaten- und Arbeitermasse Petrograds die Worte zuzurufen: „. . . Unsere Feinde mögen einzelne Personen töten, wir aber werden ihre Klasse vernichten!“

Und nun ist auch er dahingegangen . . .

Er starb als Kommunist. In diesen ungünstigen Zeiten, wo in allen demokratischen Staaten der Welt die bürgerliche Diktatur herrscht, müssen die revolutionären Kämpfer unzählige Male Freiheit und Leben aufs Spiel setzen, um einander die Hände zu reichen. Die französische Arbeiterschaft hat der III. Internationale bereits das Blut der Jeanne Labourbe geopfert. Nun ist auch Raymond Lefèvre für dieselbe Sache umgekommen.

In tiefer Trauer beugen wir uns vor seinem Andenken. Aber die Ueberzeugung bleibt uns, daß das revolutionäre Werk seiner wohltonenden Rede, seiner Feder, seines ganzen Lebens fortgesetzt und zu Ende geführt werden wird.

Wie wir eben erfahren, sind gleichzeitig mit dem Genossen Lefèvre zwei andere Genossen ums Leben gekommen, zwei heldenhafte französische Revolutionäre — Lepetit und Vergeat, Abgeordnete der Syndikate der Minderheit (Minoritäre) des Seinebezirks.

Sie gehörten zwei verschiedenen Strömungen der französischen revolutionären Bewegung an. Lepetit, Anarchist, ein gewesener Mitarbeiter des Organs „Liberteur“, war während des Krieges wegen illegaler antimilitaristischer Propaganda 1917 eingekerkert worden. Er war einer der wenigen Revolutionäre, die sich schon zu jener Zeit ihrer revolutionären Pflichten klar bewußt waren. — Vergeat, revolutionärer Syndikalist, jeweilig Mitarbeiter im Verlag der „Internationale“ und der „Vie Ouvrière“, ist trotz seiner Jugend einer der ersten Verfechter der kommunistischen Bewegung in Frankreich gewesen.

Beide haben sie die russische revolutionäre Wirklichkeit genau, bis auf den Grund erforscht. Sie sind gern gesehene Gäste in den Kreisen der russischen Revolutionäre gewesen, die sie zum Kongreß der III. Internationale eingeladen hatten, wo sie auch mit Raymond Lefèvre zusammengearbeitet haben. Reicher geworden an revolutionärer Erfahrung und vom Geist der kommunistischen Revolution durchdrungen, verließen sie Rußland im September v. J., ohne aber geistig mit ihm zu brechen.

Unermeßlich ist der Verlust, den unsere französischen Genossen erlitten haben. Sie können aber überzeugt sein, daß an ihrem Leid alle diejenigen russischen Revolutionäre — gleichviel ob Franzosen oder Russen — teilnehmen, denen es vergönnt gewesen ist, mit den drei umgekommenen Genossen zusammenzuarbeiten und die die Möglichkeit hatten, sie nach ihren Verdiensten zu würdigen.

Ihre Namen werden uns unvergeßlich bleiben und sich mit den Namen der vielen heldenhaften französischen Kommunisten vereinigen, die im roten Rußland für die Sache der internationalen Revolution gefallen sind.

V. S.

Ines Armand.

Ines Armand gehörte zu den ältesten und jedenfalls treuesten und bewährtesten Funktionären unserer Partei.

Gen. Ines Armand entstammte der Bourgeoisie. Seit den ersten Augenblicken ihres bewußten politischen Lebens aber schloß sie sich dem revolutionären Lager an. So manche ihrer nächsten Angehörigen waren Sozialrevolutionäre. Gen. Ines Armand aber gehörte mit Leib und Seele der Arbeiterklasse und Arbeiterpartei an, deren Interessen sie verfocht. Sie schloß sich den Bolschewiki an.

An der Revolution von 1905 hat die Verstorbene schon teilgenommen. Nach der Niederlage, die die Revolution erlitt, gerät Gen. Ines Armand ins Gefängnis, wird verschickt und darauf ausgewiesen. Es beginnt nun die lange, schwere und schwüle Epoche der Gegenrevolution. In dieser Zeit lernt man die wahrhaften Freunde der Arbeiterklasse kennen. Gen. Ines verliert keinen Augenblick den Glauben an die Arbeitersache, sie weckt diesen Glauben auch in anderen, sie organisiert Kreise zur Unterstützung der Partei, sie arbeitet tatkräftig in der Parteischule, in die die Organisationen aus Rußland ihre besten Arbeiter entsendet haben, sie wirkt unter den französischen Proletariern. Und endlich begibt sie sich 1913 als eine der ersten zur illegalen Arbeit nach Rußland.

In dieser Zeit arbeitet Gen. Ines in Petersburg und trägt die Hauptlast der Verantwortung auf ihren Schultern. Die Arbeiter sind ihres Lobes voll.

In Petersburg wird sie verhaftet. Nach einiger Zeit gelingt es ihr endlich mit großer Mühe, aus dem Gefängnis zu entkommen. Sie wird von neuem ins Ausland verschlagen.

Der imperialistische Krieg. Der Zusammenbruch der II. Internationale. Gen. Ines steht auf ihrem Posten. Sie zaudert keinen Augenblick. Sie agitiert und verfaßt Schriften gegen den Krieg. Sie reist nach Paris, zur illegalen Parteiarbeit unter den französischen



Ines Armand

Arbeitern gegen den Krieg (die Verstorbene beherrschte vollkommen die französische und englische Sprache), sie beteiligt sich an der Organisation der I. Internationalen Frauenkonferenz nach dem Kriege, sie kommt als Delegierte unserer Partei nach Kienthal, sie ist in der Schweizer Partei tätig, sie übersetzt Lenins Hauptwerke und die Ausgaben des Zentralkomitees unserer Partei.

Die Februarrevolution. Gen. Ines kommt nach Rußland — erst nach Petersburg, darauf in ihre Heimatstadt Moskau. Wie ein Verhungerner auf ein Stück Brot, so stürzt sie sich auf die Arbeit. Drei Jahre hindurch arbeitet sie (hauptsächlich unter den Arbeiterinnen) unermüdlich, ohne einen Augenblick auszusetzen. Gleichzeitig beteiligt sie sich an der internationalen Arbeit, schreibt für unsere Zeitschriften, reist mit Gen. Manuilski zusammen als Mitglied unserer Delegation nach Frankreich, nimmt am I. und am II. Kongreß der Kommunistischen Internationale teil, ist die Seele der II. Internationalen Frauenkonferenz.

Dabei unterstützt sie die Genossen, teilt das letzte mit ihnen, stützt und ermutigt die Ermüdenden, lauscht mit feinem Gehör auf neue Fragen.

Gen. Ines ist im Kaukasus einer verhältnismäßig leichten Krankheit zum Opfer gefallen. Wäre ihr Organismus durch die riesengroße und ununterbrochene Arbeit nicht geschwächt gewesen, so hätte sie diese Krankheit vielleicht überstanden. Sie hat sich aber nicht geschont, die Partei und ihre Freunde haben nicht rechtzeitig eingegriffen.

Die Arbeiter haben einen unersetzlichen Freund verloren und die III. Internationale einen ihrer besten Kämpfer.

Dem internationalen Proletariat muß der Name Ines Armand unvergeßlich bleiben.

G.

Internationale | kommunistische Frauenbewegung.

Richtlinien für die kommunistische Frauenbewegung.

1. Der Zweite Kongreß der III. Internationale erneuert den Beschluß des Ersten Kongresses, betreffend die Notwendigkeit, die breitesten Massen der proletarischen Frauen zum Klassenbewußtsein zu wecken, mit den kommunistischen Ideen zu erfüllen und als zielklare, tatentschlossene und opferbereite Kämpferinnen und Mitarbeiterinnen für den Kommunismus zu sammeln. Die kraftvollste Betätigung der Proletarierinnen im revolutionären Ringen für die Ueberwindung des Kapitalismus und die Verwirklichung des Kommunismus ist unabweisbar. Es gilt, damit allen Frauen ganzes soziales Recht gesichert wird, durch ihre Erziehung, wie bei Berufstätigkeit und Mutterschaft, volles freies Menschentum in fester Solidarität mit der Gesamtgesellschaft zu entwickel. Es gilt, damit das Proletariat die Geschlossenheit und Macht erwirbt, im revolutionären Kampf gegen die bürgerliche Ordnung ebenso wie durch den revolutionären Aufbau der neuen Ordnung, die gesellschaftlichen Bedingungen für dieses Ziel zu schaffen.

2. Die Geschichte der Vergangenheit und Gegenwart lehrt, daß das Privateigentum die letzte und tiefste Wurzel der Vorrechts- und Vorzugsstellung des Mannes vor dem Weibe ist. Erst mit dem Aufkommen und der Befestigung des Privateigentums konnten wie der Sklave, so auch Weib und Kind Besitztum des Mannes werden; konnte sich auf der Grundlage der Herrschaft eines Menschen über

einen anderen Menschen wie der Klassengegensatz zwischen Reichen und Armen, Ausbeutern und Ausgebeuteten, so auch das Verhältnis der Abhängigkeit der Frau als Weib und Mutter vom Manne, ihrer Untertänigkeit unter ihn, ihrer Rechtlosigkeit in der Familie und im öffentlichen Leben herausbilden. Dieses Verhältnis lebt aber auch heute noch bei den sogenannten Kulturvölkern weiter in Sitte und Vorurteil, in der Rechtlosigkeit oder wenigstens in der Minderberechtigung des weiblichen Geschlechts vor dem Gesetz, in seiner benachteiligten Stellung in Familie, Staat und Gesellschaft, in seiner geistigen Bevormundung und Rückständigkeit, in der ungenügenden Einschätzung der mütterlichen Leistungen nach ihrer Bedeutung für die Gesellschaft. Bei den Völkern europäischer Kultur wurde dieser Stand der Dinge dadurch befestigt und gefördert, daß mit der Entwicklung des zünftigen Handwerks die Frau aus dem Gebiete der gesellschaftlichen gewerblichen Gütererzeugung verdrängt und in ihrer Betätigung ausschließlich auf die Hauswirtschaft und die eigene Familie verwiesen wurde.

Soll die Frau volle gesellschaftliche Gleichberechtigung mit dem Manne erhalten — in Wahrheit und in der Tat und nicht bloß mit toten Gesetzestexten auf geduldigem Papier —, soll sie wie der Mann freie Entwicklungs- und Auswirkungsmöglichkeit für ganzes Menschentum gewinnen, so müssen zwei Hauptbedingungen erfüllt werden. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist aufzuheben und durch das Gesellschaftseigentum zu ersetzen; die Tätigkeit der Frau ist der gesellschaftlichen Gütererzeugung in einer ausbeutungs- und knechtschaftslosen Ordnung einzugliedern. Nur die Verwirklichung dieser beiden Bedingungen schließt es aus, daß die Frau entweder als Weib und Mutter in der Familie in wirtschaftliche Abhängigkeit vom Manne gerät, oder aber infolge des Klassengegensatzes zwischen Ausbeutung und Ausgebeuteten als Proletarierin und Berufstätige im Betrieb unter die wirtschaftliche Knechtschaft und Ausbeutung durch den Kapitalisten fällt, daß durch einseitige, übersteigerte Anforderungen, sei es der Hauswirtschaft und Mutterschaft, sei es der Berufstätigkeit, wertvollste Kräfte und Gaben verkümmern und eine harmonische Vereinigung beider Pflichtkreise unmöglich gemacht wird. Nur die Verwirklichung

dieser beiden Bedingungen verbürgt es, daß die Frau mit allseitig entwickelten Fähigkeiten und Kräften als gleichverpflichtete und gleichberechtigte Arbeitende, Schaffende in einer Gemeinschaft gleichverpflichteter und gleichberechtigter Arbeitender und Schaffender wirkt, und daß Berufstätigkeit und Mutterschaft sich zum Ringe vollen Auslebens zusammenschließen.

3. Die Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung erweisen sich als ohnmächtig, der Gesamtheit der Frauen volles Recht und volles Menschentum zu gewährleisten. Gewiß kommt ihrer Durchsetzung die nicht zu unterschätzende grundsätzliche Bedeutung zu, daß die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat das alte Vorurteil von der Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts offiziell auslöschen und mit der Gleichberechtigung des Weibes seine soziale Gleichwertigkeit anerkennen. Allein in der Praxis läuft die Verwirklichung frauenrechtlerischer Forderungen in der Hauptsache darauf hinaus, die kapitalistische Ordnung zugunsten der Frauen und Töchter der besitzenden Klassen zu reformieren, während die ungeheure Mehrzahl der Proletarierinnen, die Frauen des schaffenden Volkes, nach wie vor als Unfreie und Ausgebeutete der Verkümmern und der Mißachtung ihres Menschentums, ihrer Rechte und Interessen preisgegeben sind.

Solange der Kapitalismus fortbesteht, bedeutet das Recht der Frau auf freie Verfügung über ihr Vermögen und ihre Person die letzte Stufe der Emanzipation des Besitzes und erweiterte Ausbeutungsmöglichkeit der Proletarierinnen durch die Kapitalisten. Das Recht der Frau auf gleiche Bildung und Berufstätigkeit mit dem Manne läuft darauf hinaus, den Frauen der Besitzenden die sogenannten höheren Berufsgebiete zu erschließen, damit den Grundsatz der kapitalistischen Konkurrenz auch hier zur unbeschränkten Geltung zu bringen und den wirtschaftlichen wie sozialen Gegensatz zwischen den Geschlechtern zu verschärfen. Sogar die wichtigste und weittragendste der frauenrechtlerischen Forderungen — die der vollen politischen Gleichberechtigung der Geschlechter, insbesondere die der Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts — ist durchaus unzulänglich, den Frauen der Nichts- und Wenig-

besitzenden in Wirklichkeit ganzes Recht und volle Freiheit sicherzustellen.

Denn bei dem Fortbestand des Kapitalismus ist das Wahlrecht nur zur Verwirklichung der lediglich formalen, politischen, bürgerlichen Demokratie da, es besagt keineswegs tatsächliche, wirtschaftliche, proletarische Demokratie. Das allgemeine, gleiche, geheime, direkte, aktive und passive Wahlrecht für alle Erwachsenen bedeutet nur die letzte Entwicklungsstufe der bürgerlichen Demokratie und wird zur Grundlage und zum Deckmantel für die vollkommenste politische Form der Klassenherrschaft der Besitzenden und Ausbeutenden. Diese Klassenherrschaft verschärft sich aber in der jetzigen Periode des Imperialismus, der revolutionären gesellschaftlichen Entwicklung, dem demokratischen Wahlrecht zum Trotz, zur gewaltigsten, brutalsten Klassendiktatur gegen die Besitzlosen und Ausgebeuteten. Dieses Wahlrecht hebt nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln auf und damit auch nicht den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, es beseitigt mithin auch nicht die Ursache der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Ausbeutung der ungeheuren Mehrzahl von Frauen und Männern durch die Minderheit der besitzenden Frauen und Männer. Es verhüllt nur diese Abhängigkeit und Ausbeutung durch den trügerischen Schleier der politischen Gleichberechtigung. Auch die volle politische Gleichberechtigung kann daher für die Proletarierinnen nicht etwa das Endziel ihrer Bewegung, ihres Kampfes sein. Für sie kommt der Besitz des Wahlrechts und der Wählbarkeit nur als ein Mittel unter anderen Mitteln in Betracht, sich zu sammeln und zu schulen für Arbeit und Kampf zur Aufrichtung einer Gesellschaftsordnung, die erlöst ist von der Herrschaft des Privateigentums über die Menschen und die daher nach der Aufhebung des Klassengegensatzes zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten die Gesellschaftsordnung freier, gleichberechtigter und gleichverpflichteter Arbeitender sein kann.

IV. Der Kommunismus ist die einzige Gesellschaftsordnung, die diese Bedingungen erfüllt und damit auch volle Freiheit und volles Recht für die Gesamtheit des weiblichen Geschlechts gewährleistet. Die Grundlage des Kommunismus ist das Gesellschafts-

eigentum an den großen, die soziale Wirtschaft beherrschenden Mitteln der Gütererzeugung und Güterverteilung, des Verkehrs. Indem er das Privateigentum an diesen Mitteln aufhebt, beseitigt er die Ursache der Knechtung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen, den sozialen Gegensatz zwischen Reichen und Armen, Ausbeutern und Ausgebeuteten, Herrschenden und Unterdrückten, und damit auch den wirtschaftlichen und sozialen Gegensatz zwischen Mann und Weib. Als gesellschaftliche Mitbesitzerin, Mitverwaltende und Mitanwendende der Produktions- und Verteilungsmittel, als gesellschaftlich Mitgenießende der materiellen und kulturellen Ergebnisse ihrer Anwendung und Ausnutzung ist die Frau in ihrer Entwicklung und in ihrer Betätigung einzig und allein durch die Bande der Solidarität von dem Gesellschaftsganzen abhängig — und nicht zufolge ihres Geschlechts von der Einzelperson eines Mannes, auch nicht von der kleinen moralischen Einheit der Familie, aber ebensowenig von einem profitpressenden Kapitalisten und einer ausbeuterischen herrschenden Klasse.

Das oberste Gesetz der kommunistischen Wirtschaft ist die Befriedigung des Bedarfs aller Gesellschaftsmitglieder an materiellen und kulturellen Gütern, entsprechend dem Maßstabe der jeweilig vorhandenen höchsten, fortgeschrittensten Produktions- und Kulturmöglichkeiten. Dieses Ziel kann nur erreicht werden bei Durchführung der allgemeinen Arbeitspflicht für alle gesunden, normalen Erwachsenen, ohne Unterschied des Geschlechts. Es kann nur erreicht werden in einer Gesellschaftsorganisation, die die Gleichwertigkeit aller sozial notwendigen und nützlichen Arbeit anerkennt, auch das mütterliche Wirken und Walten als gesellschaftliche Leistung wertet und die Entwicklungsbedingungen ihrer Glieder von der Geburt an einstellt auf freie gesellschaftliche Arbeit und höchste bewußte Leistungsfähigkeit.

V. Der Kommunismus, der große Erlöser des weiblichen Geschlechts, kann jedoch nun und nimmer das Ergebnis des gemeinsamen Kampfes der Frauen aller Klassen für die Reform der bürgerlichen Ordnung im Sinne frauenrechtlerischer Forderungen, also gegen die bevorrechtete gesellschaftliche Stellung des männlichen Geschlechts sein. Er kann einzig und allein verwirklicht werden

durch den gemeinsamen Klassenkampf der Frauen und Männer des ausgebeuteten Proletariats gegen die Vorrechte, die Macht der Männer und Frauen der besitzenden und ausbeutenden Klassen. Das Ziel dieses Klassenkampfes ist die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft, des Kapitalismus. In diesem Kampf kann das Proletariat nur siegreich sein, wenn es durch revolutionäre Massenaktionen die Gewalt der ausbeutenden Bourgeoisie, ihre Klassenherrschaft in Wirtschaft und Staat bricht durch die Eroberung der politischen Macht und durch die Aufrichtung seiner eigenen Klassendiktatur in der Räteordnung. Nicht die bürgerliche Demokratie, sondern erst nach Überwindung dieser Demokratie die proletarische Klassenherrschaft, der proletarische Staat ist die unumgängliche Vorstufe der kommunistischen Gesellschaft gleichberechtigter und gleichverpflichteter, freier Arbeiter. In dem Kampf um die Macht im Staat setzen die ausbeutenden und herrschenden Klassen dem vorwärtsstürmenden Proletariat die brutalsten Gewaltmittel ihrer Klassendiktatur entgegen. Die revolutionären Massenaktionen der Ausgebeuteten und Unterdrückten gipfeln schließlich im Bürgerkrieg.

Der Sieg des Proletariats durch revolutionäre Massenaktionen und im Bürgerkrieg ist ohne die ziel- und wegsichere, opferbereite, kampfentschlossene Beteiligung der Frauen des werktätigen Volkes unmöglich. Denn diese machen die Hälfte, bei den meisten Kulturvölkern sogar die größere Hälfte des werktätigen Volkes aus, und ihre Rolle in der gesellschaftlichen Wirtschaft, wie in der Familie ist sehr oft entscheidend für den Ausgang der Klassenkämpfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, wie für das Verhalten der einzelnen Proletarier in diesen Kämpfen. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat muß auch die Tat der überzeugten kommunistischen Proletarierinnen sein. Das gleiche gilt nach der Aufrichtung der proletarischen Klassendiktatur von dem Aufbau der Räteordnung, von der Durchführung des Kommunismus. Diese tiefgreifende, riesigste Umwälzung der Gesellschaft, ihrer wirtschaftlichen Grundlage, aller ihrer Einrichtungen, ihres gesamten kulturellen, moralischen Lebens ist ohne die tätige und verständnisvolle Mitwirkung der breitesten kommunistisch gesinnten

Frauenmassen ein Ding der Unmöglichkeit. Die Mitwirkung solcher Frauenmassen besagt nicht nur dem Umfang nach vermehrte Arbeit für die Verwirklichung des Kommunismus, sondern auch der Art nach andere, also reichere, vielseitigere Leistungen. Sie ist eine Voraussetzung für die nötige Vermehrung des materiellen Reichtums der Gesellschaft, wie für die Steigerung, Verfeinerung und Vertiefung ihrer Kultur.

Wie der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats in den einzelnen Ländern sich international zusammenballt und in der Weltrevolution seinen Höhepunkt erreicht, so muß auch der revolutionäre Kampf der Frauen gegen den Kapitalismus, gegen dessen höchste Entwicklungsform, den Imperialismus, und für die Diktatur des Proletariats, die Aufrichtung der proletarischen Klassendiktatur und der Räteordnung, international zusammengefaßt werden.

VI. Das höllische Verbrechen des imperialistischen Weltkrieges der großen kapitalistischen Staaten und die Zustände, die dieser Krieg geschaffen hat, haben für die erdrückende Mehrzahl der Frauen die sozialen Gegensätze und Übel aufs höchste gesteigert, die unabwendbare Folgen des Kapitalismus sind und nur nach seiner Vernichtung verschwinden können. Und das nicht bloß in den kriegführenden, sondern auch in den sogenannten neutralen Staaten, denn insgesamt sind sie ebenfalls mehr oder weniger von dem blutigen Malstrom des Weltkrieges und seiner Auswirkung ergriffen worden. Die ungeheuerliche und wachsende Spannung zwischen den Wucherpreisen des Lebensbedarfs und dem Einkommen, den Existenzmitteln ungezählter Millionen Frauen verschärfen deren Sorgen, Entbehrungen, Leiden und Lasten als Erwerbstätige, als Hausfrauen und Mütter auf das unerträglichste. Die Wohnungsnot ist zu einer furchtbaren Geißel geworden. Der Gesundheitszustand gerade der Frauen verschlechtert sich dauernd und in rasch steigendem Maße als Folge der chronischen Unterernährung und der erdrückenden Arbeitsbürde im Erwerb und in der Hauswirtschaft. Die Zahl der Mütter nimmt ab, die normal entbinden können und kräftigen, gesunden Kindern das Leben schenken. Die Säuglingssterblichkeit schnellst unheimlich in die Höhe, Krank-

heit und Siechtum, unvermeidliche Folgen von ungenügender Ernährung und jämmerlichen Lebensbedingungen überhaupt, sind das Schicksal Hunderttausender, ja Millionen proletarischer Kinder, sind die Verzweiflung ihrer Mütter.

Eine besondere Erscheinung verschärft die Qualen der Frauen in allen Ländern, in denen sich der Kapitalismus noch in der Herrschaft behauptet. Während des Krieges gewann die Berufsarbeit der Frau eine außerordentliche Ausdehnung. Zumal in den kriegführenden Ländern lautete die Losung: die Frauen in die Schützengräben der Wirtschaft, der Verwaltung, aller Kulturtätigkeit. Das Vorurteil gegen das „schwache, minderbegabte und rückständige Geschlecht“ verstummte vor den Schlachttrompeten der imperialistischen Weltmächts- und Ausbeutungsgier, dieser stärksten Auswirkung des internationalen Kapitalismus. Der Zwang zu verdienen, die Lüge der Vaterlandsverteidigung und kapitalistische Profitsucht vereinigt trieben Frauenmassen als Berufstätige in die Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Verkehr. In allen Zweigen der kommunalen und staatlichen Verwaltung, der sogenannten öffentlichen Dienste und gelehrten Berufe drang die Frauenarbeit reißend und unaufhaltsam vor.

Nun, da im Gefolge des Weltkrieges die kapitalistische Wirtschaft aus den Fugen geht, zusammenbricht; nun, wo sich der noch herrschende Kapitalismus als ohnmächtig erweist, die Wirtschaft gemäß den Existenz- und Kulturbedürfnissen der breitesten schaffenden Massen aufzubauen; nun, wo der Zerfall der Wirtschaft und ihre bewußte Sabotage durch die Kapitalisten eine nie dagewesene Krise der Produktionsstockung und der Erwerbslosigkeit heraufbeschworen haben, sind die Frauen die ersten und zahlreichsten Opfer dieser Krise. Die einzelnen Kapitalisten, wie die kapitalistische Gemeinde- und Staatsverwaltung etc. fürchten die meist politisch unaufgeklärte und unorganisierte arbeitslose Frau weniger als den arbeitslosen Mann. Sie rechnen auch damit, daß diese bei Brotlosigkeit als letzte Ware ihr Weibtum zum Markte tragen und verkaufen kann. In allen Ländern, wo das Proletariat nicht revolutionär kämpfend die Macht erobert hat, erklingt heute wieder stark die Losung: Heraus mit der Frau aus dem Erwerbsleben, die

Frau zurück ins Heim! Sie findet ihr Echo bis in die Gewerkschaften, erschwert und hemmt den Kampf für die gleiche Entlohnung gleicher Leistungen beider Geschlechter, und in ihrem Gefolge gewinnt die alte kleinbürgerlich-reaktionäre Ideologie von dem „einzig wahren Naturberuf“ und der Minderwertigkeit des Weibes neues Leben. Als parallele Erscheinung zu der steigenden Erwerbslosigkeit und bitteren Not ungezählter Frauen geht die zunehmende Prostitution in den verschiedensten Formen, von der Versorgungsehe an bis zum nackten Verkauf des weiblichen Körpers bei geschlechtlicher „Akkordarbeit“.

Die steigende Tendenz zur Wiederverdrängung der Frau aus dem Gebiet der gesellschaftlichen Arbeit steht in schreiendem Gegensatz zu dem vermehrten Bedürfnis breiter Frauenmassen nach selbständigem Erwerb und befriedigender Tätigkeit. Der Weltkrieg hat Millionen Männer gemordet, weitere Millionen zu ganz oder teilweise unterhalts- und pflegebedürftigen Krüppeln gemacht; die Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft setzt Millionen Männer außer Stand, wie früher durch ihre Berufsarbeit für den Unterhalt ihrer Familie aufzukommen. Die hervorgehobene Tendenz steht aber auch in schroffstem Widerspruch zu den Interessen der übergroßen Mehrzahl der Gesellschaftsglieder. Nur wenn der Gesellschaft auf den verschiedensten Wirkungsgebieten auch alle Kräfte und Talente der Frau nutzbar gemacht werden, ist es möglich, die riesige Vernichtung materieller und kultureller Güter durch den Krieg auszugleichen, die nötige Steigerung des Reichtums und der Kultur herbeizuführen.

Die um sich greifende Tendenz, die Frau als Mitschaffende an der gesellschaftlichen Gütererzeugung und Kultur zu verdrängen, hat als letzte Wurzel die Gier der kapitalistischen Profitpresser, ihre Ausbeutungsmacht zu verewigen. Sie erweist die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Wirtschaft, der bürgerlichen Ordnung mit den wichtigsten Lebensinteressen der erdrückenden Mehrzahl der Frauen, der Gesellschaftsglieder überhaupt.

Für alle die drückenden Gegenwartsnöte der Frauen ist aber das Eine entscheidend. Sie sind der unvermeidliche Ausfluß von Wesensäußerungen des ausbeutenden und knechtenden Kapitalismus.

Der Krieg hat sie aufs höchste verschärft und gesteigert und zum traurigen Los größter Frauenmassen gemacht. Sie sind jedoch nicht vorübergehende Erscheinungen, die mit dem Frieden verschwinden werden. Davon zu schweigen, daß der weitere Bestand des Kapitalismus die Menschheit mit neuen imperialistischen Raubkriegen bedroht, die sich schon heute deutlich genug ankündigen. Die vielen Millionen Proletarierinnen, Frauen des schaffenden Volkes empfinden die sozialen Gegenwartsübel am drückendsten, weil das Zusammenwirken ihrer Klassenlage als Ausgebeutete und ihrer Geschlechtslage als Minderberechtigte sie im höchsten Maße zu Opfern der kapitalistischen Ordnung macht. Allein ihre Nöte und Leiden sind nur Teilerscheinungen des allgemeinen Geschicks der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse des Proletariats, und das in allen Ländern, die noch der kapitalistischen Herrschaft unterworfen sind. Sie können daher nun und nimmer gewendet werden durch Reformen der bürgerlichen Ordnung zur angeblichen „Bekämpfung des hinterlassenen Kriegselends“. Sie können ganz und für immer nur mit dieser Ordnung selbst verschwinden durch den revolutionären Kampf der ausgebeuteten und enterbten Frauen und Männer in allen Ländern, durch die revolutionäre Aktion des Weltproletariats. Einzig und allein die Weltrevolution kann als geschichtliches Weltgericht in den einzelnen Ländern die Hinterlassenschaft des Weltkrieges an Armut, geistigem und sittlichem Verfall, blutigem Massenleiden, und den vollständigen Bankrott des Kapitalismus liquidieren.

VII. Angesichts der aufgezeigten gesellschaftlichen Erscheinungen und Zusammenhänge ruft der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale zu Moskau alle Frauen des **w e r k t ä t i g e n V o l k e s**, die nach Freiheit und vollem Menschentum dürsten, in Reih und Glied der kommunistischen Parteien ihrer Länder, und damit in Reih und Glied der Kommunistischen Internationale selbst, in der diese Parteien zu gesteigerter, entschlossener Aktion zusammengefaßt sind. Indem die Kommunistische Internationale zielklar, wegsicher und tatbereit für die Überwindung des Kapitalismus und für die Aufrichtung des Kommunismus durch die Weltrevolution kämpft, erweist sie sich auch als die einsichtsvolle und treueste

Vertreterin des Rechts der Frauen. Auf höherer geschichtlicher Stufe setzt sie im Interesse des weiblichen Geschlechts das Werk fort, das die II. Internationale begonnen hatte, aber nicht konsequent durchzuführen vermochte, weil sie unter dem wachsenden Einfluß des opportunistischen Reformismus in der Arbeiterbewegung darauf verzichtete, sich von einer Bekenntnisgemeinschaft zu einer Tatgemeinschaft zu erheben; jenes Werk, das sie schließlich im August 1914 schmachvoll verriet. Denn die II. Internationale gab auch das Recht, die Interessen der Frauen preis, als sie die Proletarier aller Länder nicht zum gemeinsamen internationalen, revolutionären Kampf gegen den kapitalistischen Imperialismus, gegen die kapitalistische Ordnung rief, vielmehr die Verbrüderung der Ausbeuter und Ausgebeuteten in den nationalen Heeren segnete, die der Imperialismus zu Nutz und Frommen des kapitalistischen Profits, der kapitalistischen Weltmachtssucht, im Bruder- und Selbstmord der Arbeiterklasse gegeneinander trieb.

Bei ihrer Gründung schrieb die II. Internationale auch den Kampf für die volle Gleichberechtigung und soziale Erlösung des weiblichen Geschlechts auf ihre Fahne. Sie hat unzweifelhaft Wertvolles und Fortwirkendes geleistet, indem sie diese Forderungen propagandistisch in die breitesten Kreise trug, zusammen mit der Überzeugung, daß ihre Erfüllung die Vernichtung des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus zur Vorbedingung habe; zusammen mit dem Gedanken des unversöhnlichen Klassengegensatzes zwischen den Frauen der ausbeutenden Minderheit und der ausgebeuteten Mehrheit, wie der nationalen und internationalen Solidarität der kapitalistischen Lohnsklaven ohne Unterschied des Geschlechts. Sie verpflichtete die Gewerkschaftsorganisationen und sozialistischen Parteien, die Frauen als gleichberechtigte Mitglieder und Mitträgerinnen der wirtschaftlichen und politischen Klassenkämpfe des Proletariats in ihre Reihen zu rufen. Sie forderte, daß die Wehr- und Kampfestüchtigkeit der Proletarierinnen für das Ringen ihrer Klasse gesteigert werde durch gesetzliche Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsmacht durch, Hausfrau und Mutter entlastende, soziale Fürsorgeeinrichtungen und Zuerkennung voller politischer Gleichberechtigung. Sie forderte die reinliche

Scheidung der sozialistischen von der bürgerlichen Frauenbewegung. Allein wie viel oder wie wenig von all diesen Verpflichtungen erfüllt wurde, wie viel oder wenig von den beschlossenen Forderungen Gegenstand der Betätigung, des Kampfes war, das überließ die II. Internationale den Gewerkschaftsorganisationen und sozialdemokratischen Parteien der einzelnen Länder. Im allgemeinen wurde in Sachen der Fraueninteressen und Frauenrechte von ihren Beschlüssen nur soviel durchgeführt, als die organisierten Sozialistinnen in den einzelnen Ländern den Organisationen der Proletarier abzuwingen imstande waren.

Die Kluft zwischen Theorie und Praxis, zwischen Beschluß und Tat trat besonders scharf im Verhalten zu der Forderung des Frauenrechts zutage. Die II. Internationale duldete es, daß ihr angegliederte Organisationen in England jahrelang für ein beschränktes Damenwahlrecht eintraten, dessen Einführung die politische Macht der Besitzenden und damit den Widerstand gegen das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen gestärkt haben würde. Sie ließ es geschehen, daß die Sozialdemokratische Partei in Belgien und später in Oesterreich beim großen Wahlrechtskampf darauf verzichtete, auch das allgemeine Frauenwahlrecht zu fordern. Zwar machte es der Stuttgarter Kongreß der II. Internationale den sozialdemokratischen Parteien aller Länder zur Pflicht, den Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht als einen wesentlichen, nicht auszuschaltenden Teil des allgemeinen proletarischen Wahlrechts- und Machtkampfes aufzunehmen und durchzuführen, sowohl in scharfer Trennung von frauenrechtlerischen und bürgerlich demokratischen Bestrebungen, wie ohne Rücksicht auf reformistische Opportunitätspolitik. Allein auch dieser Beschluß blieb für die meisten Länder auf dem Papier und hat insbesondere nicht verhindert, daß die Partei der geeinigten Sozialisten Frankreichs sich mit platonischen parlamentarischen Anträgen für die Einführung des Frauenwahlrechts begnügte, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Belgiens bis heute in ihren Anträgen für das allgemeine Frauenwahlrecht sogar hinter den Forderungen der Klerikalen zurücksteht.

Nicht bloß schwächlich, schmachvoll und ehrlos war die Haltung der II. Internationale, als innerhalb der Arbeiterbewegung

der ganzen Welt die sozialistischen Frauen der kriegführenden und neutralen Länder die ersten waren, die einen tastenden Vorstoß unternahmen, das Gebot der internationalen Solidarität der Ausgebeuteten über die nationalen Schlachtkommandos der verräterischen Sozialpatrioten zu stellen, durch internationale revolutionäre Massenaktionen die imperialistischen Regierungen zum Frieden zu zwingen und das geschichtliche Blachfeld frei zu legen für den internationalen revolutionären Kampf der Arbeiter zur Eroberung der politischen Macht und zur Niederzwingung des Imperialismus, des Kapitalismus. Weit davon entfernt, diesen Vorstoß zu unterstützen, gab die II. Internationale stillschweigend ihren Segen dazu, daß ihr angegliederte Parteien in den einzelnen Ländern — allen voran ihre „Musterpartei“ erst der Organisation und Taktik, dann des Verfalls und des Bankrotts: die deutsche Sozialdemokratie — ihn beschimpften, denunzierten und in jeder Weise zu hemmen bestrebt waren. Sie wirkt noch heute dafür, daß die kapitalistische Ausbeutungsmacht gestärkt und dadurch der vollen Freiheit des weiblichen Geschlechts entgegengearbeitet wird, indem sie die proletarischen Massen durch das Gaukelspiel der Demokratie, des Parlamentarismus, des Sozialpatriotismus und des Sozialpazifismus täuscht.

Die II. Internationale hat übrigens nie ein Organ geschaffen, dessen Aufgabe es gewesen wäre, international für die Durchführung der aufgestellten Grundsätze und Forderungen zugunsten der Frauen zu wirken. Die Anfänge zur internationalen Zusammenfassung der Sozialistinnen und Proletarierinnen für einheitliche geschlossene Aktionen sind außerhalb des Rahmens ihrer Organisation und selbständig geschehen. Ihre Vertreterinnen wurden wohl zu den Kongressen der II. Internationale zugelassen, allein es stand ihnen nicht das formale Recht der Beteiligung daran zu, und im Internationalen Büro hatte die sozialistische Fraueninternationale nicht Sitz und Stimme.

Die Kommunistinnen und konsequenten revolutionären Sozialistinnen und Proletarierinnen müssen daher ihren Zusammenhang mit der II. Internationale lösen und sich der Kommunistischen Internationale anschließen, die auch im Kampf für Frauenrechte und

Frauenfreiheit nicht Resolutionsfabrik sein wird, vielmehr Aktionsgemeinschaft. Die vollkommenste, die folgerichtigste Form ihres Anschlusses ist, wie bereits erklärt, der Eintritt in die Landespartei, die der Kommunistischen Internationale angehört. Die weiblichen Mitglieder von Parteien und Organisationen, in denen der Kampf um die Zugehörigkeit zur III. Internationale noch nicht entschieden ist, haben die selbstverständliche Pflicht, ihre ganze Energie dafür einzusetzen, daß diese Organisationen und Parteien die grundsätzlichen, taktischen und organisatorischen Richtlinien der Kommunistischen Internationale anerkennen, sich dieser in aller Form angliedern und ihrem Wesen wie ihren Forderungen getreu handeln. Kommunistinnen und konsequente revolutionäre Sozialistinnen, Proletarierinnen haben Organisationen und Parteien den Rücken zu kehren, die grundsätzlich in Gegnerschaft und Kampf wider die Kommunistische Internationale beharren und den proletarischen Klassenkampf durch opportunistisch-reformistische Losungen versuchen und lähmen. Hin zur Dritten Internationale der revolutionären Tat! — das muß der allgemeine, unzweideutige Sammelruf aller Frauen des schaffenden Volkes sein, die der Klassenklaverei und der Geschlechtssklaverei ledig werden wollen.

VIII. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale verpflichtet alle dieser angeschlossenen Parteien, getreu den vorstehenden Richtlinien zu wirken, um die breitesten Frauenmassen zu erfassen, zu erwecken, zu sammeln und zu schulen; ihre Arbeits- und Kampfestüchtigkeit für den Kommunismus auf das höchstmögliche zu steigern; ihnen durch Wort und Tat zu beweisen, daß allein der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats und die Verwirklichung seiner Ziele auch für die Gesamtheit des weiblichen Geschlechts volles Recht, volle Freiheit, volles harmonisches Menschentum sichert. Diesen Richtlinien entsprechend haben die kommunistischen Parteien einzutreten:

A. In den Ländern, in denen das Proletariat bereits die Staatsmacht erobert und in der Sowjetordnung seine Herrschaft aufgerichtet hat, wie in Rußland:

1. Für die umfassende Heranziehung der Frauen zu allen Kämpfen und Maßnahmen, die im Ringen mit den einheimischen und ausländischen Gegenrevolutionären an der Front und in der Heimat für die Behauptung und Befestigung der Sowjetordnung nötig sind, wie der Dienst weiblicher Milizen, Roter Schwestern, die Bildungsarbeit in der Roten Armee usw. Ebenso ist die umfangreiche, verständnisvolle Mitarbeit der Frauen unumgänglich nötig zur restlosen Überwindung nicht nur aller wirtschaftlichen und sozialen Überbleibsel des Kapitalismus, sondern auch seiner egoistischen Moral.

2. Für die energische, tiefgehende Aufklärung der Proletarierinnen, Kleinbäuerinnen, aller berufstätigen, schaffenden Frauen, darüber, daß es auch in ihrer Hand liegt, von ihrer wachsenden Einsicht, ihrem unerschütterlichen Willen, ihrer hingebungsvollen Betätigung abhängt, die schwere Übergangszeit vom verfallenden und niederzuzwingenden Kapitalismus zur höheren Gesellschaftsform des Kommunismus zu verkürzen — jene schwere Übergangszeit, während der Übel, Leiden und Opfer unvermeidlich sind, die die Frauen und ihre Kinder am schmerzhaftesten treffen.

3. Für die energischste, tiefgehende Aufklärung der Proletarierinnen, Kleinbäuerinnen, aller berufstätigen, schaffenden Frauen darüber, daß die neue, die befreiende Gesellschaftsordnung des vollkommenen Kommunismus, der unter Kämpfen mit den Kräften der versinkenden alten bürgerlichen Welt und im Ringen mit neuen Problemen heranreift, in großem Maße auch ihr eigenes Werk sein muß, die Frucht der Zielklarheit, des unzerbrechlichen Willens, des allzeit opferbereiten Handelns jeder einzelnen von ihnen.

4. Für die umfassende Mitwirkung der weiblichen Berufstätigen an der wirtschaftlichen Aufbauarbeit durch die Sowjetorgane, die Gewerkschaften und Genossenschaften und ihre verschiedenen Einrichtungen.

5. Für die umfassende Mitarbeit der Frauen in den Sowjets, ihren verschiedenen Kontroll-, Verwaltungs- und Aufbauorganen, sowie auch auf jedem anderen Gebiet, nicht ausgenommen das der Wissenschaft.

6. Für eine Gestaltung der Arbeitsbedingungen der berufstätigen Frauen, die der Eigenart des weiblichen Organismus und den leiblichen wie geistig-sittlichen Anforderungen der Mutterschaft gerecht wird und eine harmonische Vereinigung mit der Berufstätigkeit ermöglicht — eine Vereinigung, die bei höchsten Leistungen alle Kräfte und Werte der Frauen in weiblichem Vollmenschentum zur Entfaltung kommen und wirksam werden läßt.

7. Für die Einbeziehung der überkommenen Hauswirtschaft der Familie — der rückständigsten, verkrüppelsten und zwerghaftesten Form des alten zünftigen Handwerks — in die allgemeine Gesellschaftswirtschaft und für die Umwandlung der Hausfrau aus der Sklavin der kleinen Einzelwirtschaft in die freie Berufstätige der großen Gesellschaftswirtschaft.

8. Für die Schaffung von mustergültigen gesellschaftlichen Einrichtungen, die die seitherigen wirtschaftlichen Aufgaben der Frau in der bisherigen Familie übernehmen und die mütterlichen Leistungen erleichtern, ergänzen und vervollkommen.

9. Für mustergültige gesellschaftliche Fürsorgeeinrichtungen zum Schutz der Mutterschaft, der Kinder und der Jugend.

10. Für ebensolche Einrichtungen zum Beistand für Kranke, Schwache, Alte, Arbeitsunfähige; für wirtschaftliche und erzieherische Maßnahmen, die die Prostituierten, diese Hinterlassenschaft der bürgerlichen Ordnung, aus dem Lumpenproletariat wieder in die Gemeinschaft der Arbeitenden zurückführen.

11. Für eine Gestaltung des Erziehungs- und Bildungswesens, die auf der Grundlage des erzieherischen Arbeitsunterrichts und der Koedukation sowohl das Recht zur Entwicklung der Individualität gewährleistet, wie der Pflicht der Erziehung zur Solidarität gerecht wird, und die damit auch dem weiblichen Geschlecht die Bedingungen für die Entfaltung allseitigen Menschentums verbürgt.

12. Für die umfassende Mitarbeit der Frauen bei der Festsetzung und Durchführung von Maßnahmen, bei der Gründung, Gestaltung und Verwaltung von Einrichtungen, die bestimmt sind, die Hausfrau und Mutter zu entlasten, die der sozialen Fürsorge dienen, namentlich aber der Fürsorge für die Frauen, Kinder und Jugendlichen.

B. In allen Ländern, in denen das Proletariat noch um die Eroberung der politischen Macht kämpft:

1. Für die Einreihung der Frauen als gleichberechtigter und gleichverpflichteter Mitglieder in die Kommunistische Partei und in die wirtschaftlichen Klassenkampforganisationen des Proletariats; für ihre gleichberechtigte und gleichverpflichtete Mitarbeit in allen Organen und Instanzen der Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften.

2. Für die Aufklärung der breitesten Frauenmassen des Proletariats und des Kleinbauerntums über den Kommunismus, über Wesen, Ziel, Methoden und Mittel der revolutionären Aktionen und Kämpfe des Proletariats; für die Beteiligung breiter Frauenmassen an allen diesen Aktionen und Kämpfen als einen außerordentlich wirksamen, praktischen Anschauungs- und Erziehungsunterricht; für alle Mittel, Maßnahmen, Einrichtungen, die geeignet sind, das Klassenbewußtsein der Proletarierinnen zu stärken und zu klären und ihre revolutionäre Energie und Kampfestüchtigkeit zu steigern.

3. Für die volle Rechtsgleichheit beider Geschlechter vor dem Gesetz und in der Praxis, auf allen Gebieten des privaten und öffentlichen Lebens.

4. Für die klassenbewußte revolutionäre Ausnutzung des aktiven und passiven Wahlrechts der Frau zu den Gemeinde- und Staatsparlamenten, wie zu allen öffentlichen Körperschaften, mit der nötigen starken Betonung des beschränkten Werts des Wahlrechts, des Parlamentarismus, der bürgerlichen Demokratie für das Proletariat, und der geschichtlich gegebenen Notwendigkeit für diesen, Parlamentarismus und bürgerliche Demokratie durch die Sowjetordnung und Diktatur der Arbeiterklasse zu überwinden.

5. Für die zielklare, regste Beteiligung der Arbeiterinnen, weiblichen Angestellten und Beamten, aller weiblichen Berufstätigen in Stadt und Land als Wählerinnen an der Wahl wirtschaftlicher und politischer revolutionärer Arbeiterräte; für die eifrigste Mitarbeit der Arbeiterinnen, weiblichen Angestellten und Berufstätigen als Gewählte in diesen Arbeiterräten und ihren Organen; für die

Erfassung der Hausfrauen des Proletariats und der wenigbemittelten Bevölkerungsschichten als Wählerinnen der revolutionären Arbeiterräte und für ihre Mitarbeit als Gewählte in diesen; für die Ausbreitung und Durchführung des Rätegedankens unter den Kleinbäuerinnen und den ihnen sozial verwandten ländlichen Bevölkerungsschichten.

6. Für das Recht der Frau auf gleiche, freie, unentgeltliche allgemeine und berufliche Bildung und für ihre Einbeziehung als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Berufstätige in die gesellschaftliche Arbeitswirtschaft und auf allen Gebieten; für die Anerkennung und Wertung der mütterlichen Aufgaben als gesellschaftlicher Leistung.

7. Für die gleiche Entlohnung gleicher Leistungen von Mann und Weib.

8. Für die durchgreifende Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsmacht durch wirksamen gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen, weiblichen Angestellten und Beamten — das sogenannte „Gesinde“ inbegriffen — auf allen Gebieten der Wirtschaft und mit Berücksichtigung der gebotenen Maßnahmen für weibliche Jugendliche, für Schwangere, Wöchnerinnen und stillende Mütter.

9. Für eine umfassende Arbeitsinspektion durch einen genügend zahlreichen Stab unabhängiger Beamten, der aus Aerzten, Technikern, vollberechtigten Arbeitern besteht, und in dem die Frauen entsprechend dem Umfang der Frauenarbeit vertreten sein müssen.

10. Für gesellschaftliche Maßnahmen und Einrichtungen, die die berufstätige Frau als Hausfrau und Mutter entlasten, die überkommenen hauswirtschaftlichen Arbeiten aus der Familie in die Gesellschaftswirtschaft überführen und die Erziehung der Kinder im Heim durch die gesellschaftliche Erziehung ergänzen, vervollständigen und ihr den notwendigen Wesenszug einer Erziehung zur Solidarität aufprägen.

11. Für Schaffung der entsprechenden Einrichtungen nicht nur in den Städten und Industriezentren, sondern ebenso auf dem Lande zugunsten der Landarbeiterinnen, Bäuerinnen usw.

12. Für die Aufklärung der Frauen über den rückständigen

Charakter der alten Hauswirtschaft, über die mit ihr verbundene Vergeudung von Zeit, Kraft und Mitteln; über die Ausnutzung des Haushalts durch den Kapitalismus als eines Mittels, in Anrechnung der unbezahlten Arbeit der Hausfrau den Lohn des Mannes niedrig zu halten und die Frau durch die Absperrung vom gesellschaftlichen Leben geistig und politisch in Rückständigkeit zu belassen.

13. Für eine durchgreifende Reform des Wohnungswesens, die nicht respektvoll vor dem bürgerlichen Eigentumsrecht auf Luxus und Überflußwohnungen Halt macht, und bei deren Durchführung die Frauen mitzuwirken haben.

14. Für eine ausgedehnte und organische Regelung des öffentlichen Gesundheitswesens, die u. a. in der Stadt und auf dem Lande unentgeltliche ärztliche Beratungsstellen schafft, in denen auch Aerztinnen amtieren, die beruflich ausgebildete Säuglings-, Kranken- und Hauspflegerinnen zur Verfügung stellen.

15. Für wirtschaftliche und soziale Maßnahmen zur Bekämpfung der Prostitution; für hygienische Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten; für Aufhebung der Kaserrierung, der sittenpolizeilichen Kontrolle und der sozialen Ächtung der Prostituierten; für die Überwindung der zweierlei geschlechtlichen Moral für Mann und Weib.

16. Für die Mitarbeit der Frauen bei allen Maßnahmen und Einrichtungen, die in entscheidender Weise das Recht der Frau auf Bildung, Berufstätigkeit, Schutz gegen die kapitalistische Ausbeutung usw. berühren.

C. In den Ländern mit vorkapitalistischer Entwicklung:

1. Für die Überwindung der Vorurteile, Sitten, Gebräuche, religiösen und rechtlichen Satzungen, die die Frau zur Haus-, Arbeits- und Lustsklavin des Mannes erniedrigen — eine Überwindung, die nicht nur die Aufklärung der Frauen, sondern auch die der Männer zur Voraussetzung hat.

2. Für die volle rechtliche Gleichstellung der Frau mit dem Manne in der Erziehung, in der Familie und im öffentlichen Leben.

3. Für durchgreifenden Schutz der armen und ausgebeuteten Frauen gegen die Ausbeutung und Verknechtung durch die herr-

schenden besitzenden Klassen, wie sie zumal bei der Hausindustrie auftritt, deren krasseste Schäden unter anderem auch durch Genossenschaften gemildert werden können.

4. Für Maßnahmen und Einrichtungen, die die vorkapitalistischen Formen der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens in den Kommunismus überleiten und insbesondere durch beispielgebende Leistungen in einem Anschauungsunterricht der Tatsachen den Frauen zeigen, daß die individuelle Hauswirtschaft sie versklavt, während die gesellschaftliche Arbeit sie befreit.

Bei der Agitations- und Organisationsarbeit unter den Frauen von Ländern vorkapitalistischer Entwicklung sind ganz besonders die Erfahrungen nutzbar zu machen, die seit der russischen Revolution von den russischen Genossinnen und Genossen bei ihrem Wirken unter den Frauen der Ostvölker gesammelt worden sind.

IX. Damit die der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien nach diesen Richtlinien möglichst erfolgreich wirken können, beschließt der Zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale die folgenden o r g a n i s a t o r i s c h e n Maßregeln:

A. Landesorganisation.

1. Die Frauen sind innerhalb der Kommunistischen Partei eines Landes nicht in besonderen Vereinigungen zusammenzuschließen, sondern als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Mitglieder den örtlichen Parteiorganisationen einzureihen und zur Mitarbeit in allen Parteiorganen und Parteinstanzen heranzuziehen.

Die Kommunistische Partei ergreift jedoch besondere Maßnahmen und schafft besondere Einrichtungen, um die Frauen agitatorisch zu erfassen, organisiert in ihren Reihen festzuhalten und zu schulen. Das alles in Wertung der geistig-sittlichen Eigenart der Frau, ihrer geschichtlich gegebenen Rückständigkeit und der Sonderstellung, die sie häufig noch zufolge ihres häuslichen Wirkens einnimmt.

2. Bei jeder örtlichen Parteiorganisation besteht ein Frauenagitationsausschuß, dem auch Genossen angehören können. Seine Aufgabe ist:

a) Die Agitation unter den der Partei noch fernstehenden Frauen planmäßig und dauernd zu betreiben durch öffentliche Versammlungen, Betriebsbesprechungen und Betriebsversammlungen, Hausfrauen - Versammlungen, parteilose Delegierten - Konferenzen, Hausagitation, Schaffung und Verbreitung entsprechender Flugblätter, Zeitungen, Broschüren und Literatur jeder Art.

b) Die von der Agitation erfaßten Frauen der Partei, den Gewerkschaften und Genossenschaften und anderen Kampf- und Aufbauorganisationen des Proletariats als Mitglieder zuzuführen.

c) Dafür zu wirken, daß die weiblichen Mitglieder der Partei, der Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterräte und aller Organe des kämpfenden revolutionären Proletariats nicht als toter, passiver Ballast mitgeführt werden, sondern von den kommunistischen Idealen beseelt an dem Leben und Handeln der Organisationen und Organe verständnisvollen und energischen Anteil nehmen.

d) Dafür zu sorgen, daß die weiblichen Parteimitglieder die nötige Schulung in Theorie und Praxis erhalten, sei es durch die allgemeinen Bildungseinrichtungen der Partei, sei es durch besondere Frauenlese-, Frauendiskussionsabende usw.

e) Darauf hinzuwirken, daß die agitatorisch und organisatorisch begabten Frauen Gelegenheit zu einer gründlichen Durchbildung und zur vollen Betätigung erlangen.

f) Eine Redakteurin für die in jedem Parteiblatt einzurichtende Frauenseite zu bestimmen und für Mitarbeiterinnen daran aus den Reihen der Proletarierinnen zu sorgen.

Der örtliche Frauenagitationsausschuß besteht aus 5—7 Mitgliedern, die von den organisierten Genossinnen vorgeschlagen und von der örtlichen Parteileitung bestätigt werden. Er arbeitet in engster Verbindung mit dieser und bedarf ihrer Zustimmung zu seinen Maßnahmen und Beschlüssen. Er hat in der Parteileitung eine ständige Vertreterin, die an allen Sitzungen und Arbeiten teilnimmt mit beratender Stimme in allen allgemeinen Parteiangelegenheiten, mit entscheidender Stimme in allen Angelegenheiten der Frauenbewegung.

3. Bei jeder Bezirksleitung der Partei besteht ein Bezirksfrauenagitationsausschuß. Seine Aufgabe ist es, die örtlichen Frauenagitations-Ausschüsse des ganzen Bezirks bei der Erfüllung ihrer Aufgaben anzuregen und tatkräftig zu unterstützen. Zu diesem Zweck hat er

a) in ständiger und regelmäßiger Verbindung mit allen örtlichen Frauenausschüssen des Bezirks zu stehen, sowie auch mit dem Landes-Frauenagitationsausschuß bzw. dem Landes-Frauensekretariat.

b) alles wichtige Tatsachenmaterial zu sammeln, das sich aus der Arbeit der einzelnen örtlichen Frauenagitations-Ausschüsse ergibt, und dieses Tatsachenmaterial den einzelnen Ausschüssen zur Verfügung zu stellen.

c) Agitations- und Bildungsliteratur für den ganzen Bezirk zu vermitteln.

d) größere Agitationsveranstaltungen jeder Art für den ganzen Betrieb anzuregen, vorzubereiten und durchzuführen, sowie die dafür nötigen agitatorischen und organisatorischen Kräfte zu vermitteln.

e) alle Maßnahmen zu ergreifen und durchzuführen, die geeignet sind, die Frauen des schaffenden Volkes im Bezirk für alle größeren Arbeiten und Aktionen der Partei zu mobilisieren und aus passiven Zuschauerinnen in aktive Mitwirkende zu verwandeln.

f) Bezirks-Frauenkonferenzen zu veranstalten, an denen ein bis zwei Vertreterinnen der örtlichen Frauenagitations-Ausschüsse teilnehmen müssen, und die außerdem mit gewählten Delegierten der weiblichen Parteimitglieder der einzelnen Orte beschickt werden. Auf je 50 weibliche Parteimitglieder fällt eine Delegierte. Die Bezirks-Frauenkonferenzen werden von dem Ausschuß nach Bedarf, mindestens aber einmal in sechs Monaten einberufen. Der Bezirks-Frauenausschuß hat des weiteren parteilose Delegiertenkonferenzen für den Bezirk einzuberufen und durchzuführen.

Der Bezirks-Frauenausschuß besteht aus 5 bis 7 Mitgliedern, die von den organisierten Genossinnen des Bezirks auf ihrer Konferenz vorgeschlagen und von der Bezirksparteileitung bestätigt werden.

Er arbeitet im engsten Einvernehmen mit der Bezirksleitung und ist für seine Maßnahmen und Beschlüsse an deren Zustimmung gebunden. Er ist in ihr durch eine oder mehrere Genossinnen vertreten. Seine Vertretung nimmt an allen Sitzungen der Parteileitung teil, mit beratender Stimme für alle allgemeinen Parteiangelegenheiten, mit entscheidender Stimme für alle Angelegenheiten der Frauenbewegung.

4. Bei der Landesparteileitung besteht ein Landes-Frauenagitations-Ausschuß bzw. ein Landes-Frauensekretariat. Seine Aufgabe ist es:

a) die ständige und regelmäßige Verbindung mit den Bezirks- und Orts-Frauenagitations-Ausschüssen zu unterhalten und in engsten Zusammenhang mit der Landesparteileitung zu bringen.

b) alles Tatsachenmaterial zu sammeln, das sich aus der Tätigkeit der einzelnen Bezirks-Frauenausschüsse ergibt, und ihnen dieses Tatsachenmaterial mit seinen Erfahrungen und Anregungen gegenseitig zu vermitteln.

c) Agitations- und Bildungsliteratur für die Bezirks-Frauenausschüsse des ganzen Landes zu vermitteln.

d) Der Entwicklung der Erwerbsarbeit, der Bildung, der Rechtstellung der Frauen, des Arbeiterinnenschutzes, der Erscheinungen und Streitfragen, die die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Interessen der Frauen berühren, sorgfältige Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Bezirks- und Orts-Frauenagitations-Ausschüsse zur Beschäftigung mit den umstrittenen Fragen anzuregen.

e) eine periodische Zeitschrift herauszugeben, die der theoretischen Schulung der Genossinnen dient, diese zu vertieftem Verständnis des Kommunismus erzieht, wie in engster, innerer Fühlung mit dem geistigen Gehalt der Partei und ihren jeweiligen revolutionären Aufgaben bringt. Der Landes-Frauenausschuß bestimmt die Redakteurin dieser Zeitschrift und ist bestrebt, ihr Beiträge und Mitarbeiterinnen aus den Reihen der Arbeiterinnen zu verschaffen.

f) Agitationsveranstaltungen jeder Art für das ganze Land anzuregen, zu organisieren und die dafür nötigen agitatorischen und organisatorischen Kräfte zur Verfügung zu stellen.

g) alle Maßnahmen zu ergreifen und durchzuführen, die geeignet sind, für die großen allgemeinen Aufgaben und Kämpfe der Partei die breitesten schaffenden Frauenmassen des ganzen Landes aufzurufen und zur tätigsten, opferbereiten Beteiligung daran zu veranlassen.

h) Landes-Frauenkonferenzen einzuberufen, an denen ein bis zwei Vertreterinnen jedes Bezirks-Frauenausschusses teilnehmen, und die mit gewählten Delegierten der weiblichen Parteimitglieder aller Orte zu beschicken sind. Auf je 100 weibliche Parteimitglieder entfällt eine Delegierte; weibliche Mitgliederstämme unter 100 können ebenfalls eine Delegierte entsenden. Die Landes-Frauenkonferenzen werden nach Bedarf veranstaltet, mindestens jedoch einmal im Jahre. Der Landes-Frauenagitations-Ausschuß beruft auch parteilose Delegiertenkonferenzen für das ganze Land ein.

i) eine internationale Korrespondentin zu bestimmen, die in ständiger Verbindung mit dem internationalen Frauensekretariat steht.

Der Landes-Frauenagitations-Ausschuß besteht aus 7 bis 10 Mitgliedern, die von der Landes-Frauenkonferenz vorgeschlagen und von dem kommunistischen Landesparteitag bestätigt werden. Er arbeitet im engsten Zusammenhang mit der Landesparteileitung und ist für seine Entschlüsse an ihre Zustimmung gebunden. Seine Vertretung nimmt an allen Sitzungen und Arbeiten der Parteileitung teil, mit entscheidender Stimme für alle Frauenangelegenheiten, mit beratender Stimme für alle allgemeinen Parteiangelegenheiten.

B. Internationale Organisation.

Bei der Exekutive der Kommunistischen Internationale wird ein internationales Frauensekretariat errichtet. Es besteht aus drei bis fünf Genossinnen, die von der internationalen Konferenz der Kommunistinnen vorgeschlagen und von dem Kongreß der Kommunistischen Internationale bestätigt werden, oder in deren Vertretung von der Exekutive. Das Frauensekretariat arbeitet in engster Verbindung mit der Exekutive der Internationale und ist für seine Beschlüsse und Maßnahmen an deren Zustimmung gebunden. Eine

Vertreterin des Sekretariats nimmt an allen Sitzungen und Arbeiten der Exekutive teil, mit beratender Stimme in den allgemeinen, mit entscheidender Stimme in besonderen Fragen der Frauenbewegung. Seine Aufgabe ist es:

a) Eine rege Verbindung mit den Landes-Frauenausschüssen der einzelnen kommunistischen Parteien herzustellen und zu unterhalten, ebenso die rege Verbindung dieser Landes-Frauenausschüsse untereinander.

b) Alles Tatsachen- und Agitationsmaterial zu sammeln, das sich aus dem Wirken der einzelnen Landes-Frauenausschüsse ergibt, und es diesen zugänglich zu machen.

c) Die Erzeugnisse der kommunistischen Frauen- und Parteiliteratur der verschiedenen Länder — „Frauseiten“, Zeitschriften, Flugblätter usw. — zu sammeln und ihren Austausch von Land zu Land zu veranlassen.

d) Die Entwicklung der Erwerbsarbeit, der bürgerlichen und öffentlichen Rechtstellung der Frauen, ihrer beruflichen und allgemeinen Ausbildung, Fragen des Arbeiterinnenschutzes, der Fürsorgeeinrichtungen für Mutter und Kind, des Wohnungswesens usw., kurz alle Probleme des Frauenlebens und der Frauenbetätigung in den verschiedenen Ländern zu verfolgen, das darauf bezügliche Material zu sammeln, die Landes-Frauenausschüsse auf besondere Fragen und Aufgaben von internationaler Bedeutung aufmerksam zu machen und auf das vorliegende Studienmaterial hinzuweisen.

e) Die internationalen Korrespondentinnen der einzelnen Landesorganisationen aufzufordern, rasch über besonders wichtige Vorgänge und Erscheinungen zu berichten, mindestens aber einmal in drei Monaten.

f) Ein internationales Informationsorgan herauszugeben, das außer einem zusammenfassend allgemeinen Bericht besonders wichtige Einzelberichte veröffentlicht und auf vorliegende allgemeine Fragen, Aufgaben und Aktionen hinweist.

g) Bei internationalen Aktionen des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Internationale unverzüglich alle Schritte zu tun, um in allen Ländern auch die breitesten schaffenden Frauen-

massen als einsichtsvolle, opferwillige und kühne Mitträgerinnen des Kampfes dem revolutionären Heer einzureihen.

h) Internationale Konferenzen der Kommunistinnen einzuberufen und zu leiten, die dazu dienen, den Austausch der gewonnenen Erfahrungen und neuen Anregungen für die Arbeit zu erleichtern, die Verbindung zwischen den Genossinnen zu festigen und die großen Massen schaffender Frauen international zu revolutionärer Arbeit und zu revolutionärem Kampf zusammenzuballen.

Die internationalen Frauenkonferenzen müssen den weiblichen Ausgebeuteten und Versklavten der ganzen Welt zurufen:

Proletarierinnen aller Länder! Vereinigt Euch mit den Proletariern aller Länder unter dem Banner der Kommunistischen Internationale gegen den Kapitalismus und seine verlogene Demokratie, zum Kampf für die Eroberung der politischen Macht, die Aufrichtung der proletarischen Diktatur und die Räteordnung! Mehr noch als für die Proletarier gilt für Euch, Proletarierinnen, daß Ihr in diesem Kampfe nur Eure Ketten zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen habt.

Redigiert von Clara Zetkin.

